Geschichte

des

zweiten Pariser Friedens

für

Deutschland.

Aus Aktenstücken

von

Dr. A. F. H. Schaumann,
Außerordentlichem Professor der Geschichte zu Göttingen.

Göttingen,
Verlag von Vandenhoeck und Ruprecht.
1844.

Vorrede.

Es war von dem vorliegenden Werke bereits ein nicht unbedeutender Theil gedruckt, als ich die Anzeige las, daß Herr von Gagern sein bekanntes Werk: „Mein Antheil an der Politik" fortsetzen, und in einem fünften und sechsten Theile grade diesen Gegenstand, den zweiten Pariser Frieden, behandeln werde. Es war natürlich mein erster Gedanke, zurückzustehen und einem Staatsmanne, der so viel erlebt und erfahren hat, in der Geschichtschreibung über jene Zeit den Vorrang zu lassen. Indessen jener obige Umstand, so wie vorzüglich das Bedenken: daß der Charakter der Arbeit des Herrn von Gagern, — schon nach dem Titel zu urtheilen — ein mehr subjektiver sein mußte, daß meine Auffassung hingegen eine rein objektive ist, bestimmten mich, im Druck fortzufahren. Und so wird es vielleicht möglich werden, daß beide Arbeiten sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen, und daß keine die andere unnöthig macht.

Der Zusatz auf dem Titel: „für Deutschland" sollte gleich von Anfang an den Leser darüber verständigen, daß er keine Geschichte aller der Verhandlungen zu erwarten habe, welche die Thätigkeit der Staatsmänner vom Juli bis November 1815 in Anspruch nahmen. Bei den meisten Darstellungen des gedachten Zeitabschnitts wird hauptsächlich das hervorgehoben, was die französische Geschichte ganz vorzüglich angeht. Aber auch ein großer Theil von solchen Aktenstücken ist bereits bekannt, welche einzelne mit behandelte deutsche Interessen betreffen, z. B. Vertheilung der Contribution, Ausgleichung wegen der geringen, von Frankreich abgetretenen Parcelen u. dgl. m. Alle diese Sachen kommen in jeder nur einigermaßen bedeutenden Geschichte jener Zeit vor, uud es hätte sich nicht der Mühe verlohnt, sie nochmals zum Gegenstande einer Darstellung zu wählen. Hingegen eine Hauptfrage, auf deren Entscheidung allein das ganze Friedensgeschäft beruhete, die nämlich: „Soll Frankreich zur Garantie der künftigen Ruhe Europas bedeutendere Abtretungen, wodurch die Macht der Nachbarn gestärkt wird, machen," ist meist nicht nur beiläufig und kurz erwähnt, sondern manche Umstände sind dabei ganz falsch aufgefaßt und dargestellt. Die Geschichte der Verhandlungen über diese Frage soll also allein Gegenstand dieses Werkchens sein; da vorzüglich Deutschland seiner Lage wegen dabei interessirt war, so mag sich der Zusatz auf dem Titel damit rechtfertigen.

Bereits im September war jene Frage entschieden und das Resulat Frankreich zur Annahme vorgelegt. Manche Geschichtschreiber behaupten, daß erst in diesem Monate die eigentlichen Verhandlungen über den zweiten Pariser Frieden begonnen hätten; ich möchte behaupten, sie seien der Sache nach hier bereits beendigt. Frankreich zur Annahme zu bewegen, geschah leicht, und die Darstellung wird zeigen, daß nicht die Verhandlungen mit Frankreich, sondern die der großen Mächte Rußland, England, Oesterreich und Preußen unter sich den interessantesten Theil der Geschichte des Pariser Friedens bilden, ferner daß unterhandelt nur unter diesen Staaten wurde, daß man Frankreich mehr die Annahme der also gewonnenen Resultate befahl.

Eine Menge von Aktenstücken über diesen Gegenstand ist bereits abgedruckt in den bekannten Werken von **Martens, recueil etc., Schöll, pièces justificatives** u. s. w. Die Zahl derselben wird hier noch um ein Beträchtliches vermehrt. Jedoch muß ich dabei bemerken, daß der Inhalt der meisten derselben, wenn sie auch noch nicht vollständig veröffentlicht waren, doch schon aus einer Zahl von Druckschriften mehr oder weniger bekannt ist. Dahin gehören vor allen Dingen die Zeitungen jener Periode. Unter den französischen steht das Journal des Debats, unter den englischen das Morning Chronicle oben an; der ministerielle Courier, mehr parteilicher, theilte nur das mit, was

in seinem Interesse war. Auch die deutschen Blätter, namentlich der Rheinische Merkur, die Allgemeine und die Bremer Zeitung ꝛc. enthalten Manches aus den Memoirs der deutschen Staatsmänner. Außerdem bietet die französische Literatur die größte Ausbeute. Hier sind denn zunächst die **Memoires de Louis XVIII.** zu nennen; als sehr unterrichtet zeigt sich ferner Capefigue, in seiner **histoire de la restauration**, vorzüglich Theil **III.** im Capitel: **Negociations diplomatiques avec les Alliées p. 74** u. f. Jedoch ist von ihm die Hauptsache, Verhandlungen der Alliirten unter sich, fast ganz dunkel gelassen. Im Jahre 1842 gab Cretineau=Joly eine: „**Histoire des traités de 1815**“ heraus, natürlich ganz vom französischen Gesichtspunkte aus. Die kleineren, in jenem Jahre geschlossenen Special=Conventionen sind mit größerer Ausführlichkeit behandelt, als das allgemeine europäische Friedenswerk. Doch wird man in diesem Werke manches Neue finden. Weil es in Deutschland weniger bekannt sein dürfte, so habe ich aus demselben die Aktenstücke **XVIII.** und **XIX.** abdrucken lassen. Da ich beim Drucke einige Tage von Göttingen entfernt war, so hat sich jedoch grade hiebei ein Druckfehler des französischen Werks auch in das meinige eingeschlichen. Die Unterschrift des österreichischen Gesandten, des Baron von Wessenberg ist hier nämlich in „Weissenburg“ verdreht. Ich bitte den Leser im Voraus, über diesen auffallenden Verstoß gütigst hinwegzusehen.

Die übrige benutzte französische Memoiren-Literatur hier namentlich aufzuzählen würde zu weit führen.

Beim Vergleiche mit allen diesen und anderen Quellen wird man jedoch hoffentlich meine Arbeit als eine vollkommen selbstständige anerkennen. Schon die Art und Weise, nur einen speciellen Gegenstand allein zu behandeln, mußte sie dazu machen, noch mehr aber das Material, was mir bei der Ausarbeitung zu Gebote stand. Dieses setzte mich in den Stand, oft gradezu zu sagen: „es ist so" und die Autorität dieses Büchleins muß daher bei etwaigen Collisionen mit den Darstellungen Anderer, gegen diese mindestens nicht zurückstehen. Ueberall kam es mir auch mehr darauf an, die Literatur über einen Zeitabschnitt der neueren Geschichte zu vermehren, als aus der schon bekannten nur einen kritisirenden Auszug zu machen. Ich führe dies im Voraus an, wenn mir vielleicht der Vorwurf gemacht werden sollte, daß ich das eine oder das andere Werk nicht citirt habe. Von allen Arbeiten über jene Zeit ist aber darum gewiß keine der wichtigsten unbeachtet geblieben.

So haben auch bei der Darstellung einzelne Punkte mehr als einmal herbeigezogen werden müssen. Diese Wiederholungen jedoch waren unvermeidlich, weil es mir am passendsten schien, die individuelle Ansicht eines jeden einzelnen Staatsmannes möglichst ungeschmälert und im vollständigen Zusammenhange dem Leser vorzuführen. Nur bei einem ganz allgemein gehaltenen

referirenden Auszug hätte sich etwas der Art vermeiden lassen. Der Leser wird hoffentlich diese kleine Unbequemlichkeit als einen Gewinn ansehen.

Das dritte Buch macht auf weiter nichts Anspruch, als was seine Ueberschrift besagt. Es hat weder jedes Moment herbeigezogen sein sollen, was sich wohl bei Besprechung der berührten Gegenstände noch auffinden ließe, noch hat diese selbst zu einer vollständigen Erörterung derselben anwachsen können. Ich erkenne vollkommen meine Unfähigkeit für so etwas an; was ich nur kurz berührte, sind Gesichtspunkte, die dem Historiker bei Betrachtung seines Gegenstandes sogleich einfallen. Sie sind nicht entwickelt aus einer philosophisch-politischen Auffassung desselben, die als unnütze Träumerei und als Spielwerk aller Parteien unserer Tage wohl von keinem mehr gehaßt wird als grade von mir, sondern sie sind rein empirisch-historisch, und in sofern praktisch, als sie aus der Anschauung der Verhältnisse früherer Zeit, wo sie schon einmal vorkamen, entstanden. Die beste Weisheit einer Zeit bleibt aber immer die Erfahrung aus einer früheren.

Göttingen, den 20. Mai 1844.

Inhalt.

Erster Theil.

Zweiter Theil.

Erster Theil.

Erstes Buch.

Einleitende Ereignisse.

Zweifelvolle Gefahr sinkt nicht
Auf des Schwächlings Haupt. Wessen des
Todes Nothwendigkeit harrt, —
Warum verzehrte er noch einsam im
Dunkel fruchtlos ein ruhmentbehrendes Alter,
Jeglichen Schmuckes beraubt? Ich will
Jetzt diese Arbeit bestehen, doch Du
Verleihe des Strebens süßes Gelingen! —
Pindar's Olymp. Oden I. Epod. 3.

Nichts beweis't deutlicher, daß die Bestimmungen des ersten Pariser Friedens nicht im Stande sein konnten, einen Zustand der Zufriedenheit und Ruhe in Frankreich einzuführen, als die Landung Napoleons zu Cannes mit ihren wunderbaren Erfolgen. Die letztern allein einer Partei zuzuschreiben, verriethe eben sowohl Unkenntniß aller Geschichte, als aller politischen Verhältnisse; es gab zwar eine Partei Napoleons; aber sie war nicht die einzige in Frankreich, — eben so starke standen neben ihr in dem bourbonischen Staate, so wie er von den Alliirten im Jahre 1814 wieder hergestellt war. Daß man aber alle die getroffenen Einrichtungen in Frankreich gern und sogleich fallen ließ bei der ersten Gelegenheit, die sich darbot, daß man sich fast einstimmig um Napoleon sammelte, um eine neue Ordnung der Dinge herzustellen,

das hätte wohl ein Fingerzeig sein können, daß eine Garantie für die Ruhe Europas, in sofern sie von Frankreich aus gefährdet erschien, nicht in den bis zu Anfang des Jahrs 1815 festgestellten Institutionen gefunden werden könne. Ein Einzelner mit einer Begleitung von 600 Mann, und wäre sein Name auch noch so berühmt, und wäre er Einigen oder einer großen Partei auch noch so theuer, wird niemals einen Staat von 30 Millionen umwerfen können, wenn in demselben nur einigermaßen Zufriedenheit mit dem bisherigen Zustande herrscht; was ein solcher Staat nicht selbst mit sich vornimmt, erzwingt der Einzelne nicht von ihm; dieser kann höchstens Anlaß zu diesen oder jenen Schritten geben und sie vielleicht nachher leiten; aber man muß ihm auch ungewöhnlich entgegenkommen. — Vielleicht würde nicht grade Napoleon dazu nöthig gewesen sein, um 1815 in Frankreich einen Umsturz der Dinge herbeizuführen, und vielleicht ist man eben deßhalb zu weit gegangen, wenn man ihn 1815 noch als das einzige, die Ruhe Europas störende Princip hinstellte.

Entweder war der von den großen europäischen Mächten 1814 hergestellte und neu eingerichtete Staat in Frankreich nicht dazu geeignet, nach Innen Zufriedenheit, und nach Außen Ruhe zu verbreiten; dann lag, wenn diese gestört wurde, die Schuld eben soviel an jenen Mächten, die dadurch Napoleon die Sache leicht gemacht hatten, als an Letzterem allein. Oder aber, jene Einrichtungen waren in jeder Hinsicht vortrefflich, und Ruhe ward doch nicht erzielt; dann lag wieder die Schuld mehr am ganzen französischen Volke, das nie zufrieden gewesen sein würde, und nicht an Napoleon. Die Ereignisse des Jahres 1830 entscheiden noch nicht, welche Ansicht die richtige sein würde; sie könnten zur Noth eben sowohl aus der Unzulänglichkeit der Institutionen von 1814 und 1815, als aus dem nimmer ruhenden und zu befriedigenden Charakter der Franzosen erklärt werden; aber gewiß ist, daß die Operationen der Staatsmänner der Verbündeten

zu Paris 1815 gradezu auf einem offenbaren Fehler basirten und eben so fehlerhaft fortgeführt wurden. Entweder, wenn aus dem von ihnen ausgedachten ersten Pariser Frieden die Folgen flossen, die zu verhindern ganz Europa jetzt in die Waffen trat, so hätte man doch seine Bestimmungen nach erreichtem Erfolge ändern müssen. Wenn man jenen aber als gut ansah und keinen andern Zustand einzuführen vermochte, so mußte man, da das französische Volk mit seinem Nationalcharakter sich als das allein zu fürchtende Princip jetzt klar ausgewiesen hatte, sich auch von dem ganzen Lande und Volke die Garantien für die Zukunft nehmen. Deßhalb konnten unter keiner Bedingung auch die Bourbons, welche ihre Unfähigkeit gezeigt hatten die Bestimmungen des ersten Pariser Friedens dem französischen Volke gegenüber, durchzuführen, auf eine solche Basis, wie die von 1814 war, fußend, jemals die Ruhe Europas verbürgen, und eine andre Ordnung der Dinge, wie die des ersten Pariser Friedens, hätte man unter jeder Bedingung in Frankreich einführen müssen. Die neueste Zeit hat über die Richtigkeit dieser Ansicht bereits entschieden. Doch zur Sache selbst.

Der Wiener Congreß war in seiner Aufgabe, Europa nach einer mehr als zwanzigjährigen Aufregung zu einigen, im Anfange des Jahres 1815 noch nicht sehr weit vorgeschritten. Es war vielmehr am politischen Horizont trüber geworden, statt daß es hätte lichter werden sollen. Zwei Staaten hatten sich eng verbunden zur Erzwingung einer Entschädigung für die Anstrengungen der letzten Jahre, — Rußland wollte den letzten Rest des polnischen Reichs, Preußen das Königreich Sachsen. Die übrigen großen Mächte, da sie eine ähnliche Erwerbung nicht machen konnten, wollten eine solche Bevorzugung auch keinem Andern zugestehn; die Debatten wurden hitziger und aus dem Friedenscongreß schien sich die Veranlassung zu einem neuen europäischen Kriege entwickeln zu wollen. Denn um jenen Ansprüchen

zu begegnen, schlossen Oesterreich, England und Frankreich am 3. Januar 1815 einen neuen Bund, der selbst mit Waffengewalt einzuschreiten drohete*). Die kleineren deutschen Staaten waren zum Theil auch schon bis zum 4. Februar gegen Rußland und Preußen gewonnen. Es hätte nur ein Weniges bedurft, so wäre der Bruch unheilbar geworden; die Eifersucht der Mächte auf einander stand schon auf der dazu ganz geeigneten Höhe.

Und doch hätte dies kein damals in Wien Anwesender ahnen sollen; es schien vielmehr die schönste Einigkeit zu herrschen; denn man sah keine Zurückhaltung, sondern nur allgemeine Fröhlichkeit auf den nie endenden Festen. Eines derselben, — es war am Abend des 5. Märzmonats — ward jedoch durch die unerwartete und erschreckende Nachricht unterbrochen, Napoleon habe sein Exil auf Elba verlassen und sei vor wenigen Tagen in Frankreich gelandet. Dies Ereigniß kehrte sofort die ganze Politik um.

Der Zug Napoleons von Cannes bis nach Paris mit seinen Erfolgen ist zu bekannt um ihn nochmals zu verfolgen; es geschah Alles, was von ihm geschehen konnte, um die im Sturm zum zweitenmale errungene Krone Frankreichs auf seinem Haupte zu befestigen. Er versprach Frankreich eine Garantie, und stellte andere Minister an die Spitzen der Verwaltungszweige. Zwei davon zwang ihm sein Rath, der vielleicht der Stimme des Volkes folgte, auf; Carnot wollte man für den Krieg, Fouché für die auswärtigen Angelegenheiten. Napoleon wehrte sich zwar dagegen, indem er zeigte, wie beide Männer für solche Stellen unter den jetzigen Verhältnissen schwerlich die geeigneten seien; endlich gab er nach, und nahm sie, um „den Patrioten eine Garantie zu geben“ wie er sagte. Jedoch erhielt Fouché nur das Mi-

*) Zwar ward jene Vereinigung durch die Worte des Vertrags nur als ein Defensiv-Bündniß bezeichnet, — in dieser Sache aber fast einerlei mit einem Offensiv-Bündniß.

nisterium der Polizei; dies schien ihm jedoch, wie aus einer langen Conferenz mit Napoleon hervorging, fast wie eine Zurücksetzung, denn zu den auswärtigen Angelegenheiten hatte er eine ganz besondere Lust, und rühmte stets von seinen Verbindungen, die er mit Metternich*) und dem Hause Wellesley habe. Ludwig **XVIII.** hatte kurz vor seiner Abreise nach Gent — man weiß nicht weswegen — einen Versuch der Verhaftung Fouché's gemacht, dem dieser aber entgangen war. Dieser Umstand diente gewiß zur Empfehlung bei der neuen Regierung. Vielleicht war, — und dies ist genug schon behauptet, — dieses Stückchen ein verabredetes und von Fouché ersonnenes, um Ludwig **XVIII.** als Minister Napoleons ganz besonders nützlich zu sein. Vielleicht aber trieb auch erst das verweigerte, so sehr gewünschte Portefeuille Fouché zum Uebertritt auf die Seite der Bourbons. Soviel nur ist gewiß, daß er schon vom Anfange seiner Thätigkeit an nicht ein treuer Diener war, sondern im höchsten Maße die zweideutige Rolle des Intriguants ganz offenbar entwickelte, — ein Umstand, der für die Folge der Begebenheiten von der höchsten Wichtigkeit war. Carnot erhielt das Ministerium des Innern, statt des des Krieges. —

Napoleon sah es sehr bald, daß sein Thron mehr noch als von seinen innern Einrichtungen, von dem Willen der europäischen Mächte abhängig war. Verständigung mit ihnen war auch seine nächste Sorge, und er wandte alles an, eine solche herbeizuführen. Aber Talleyrand, Wellington und Metternich hatten ihm schon zu sehr entgegengearbeitet; der Congreß hatte bereits am 13. März die Erklärung gegeben, daß Napoleon, als einzige Ursache der getrübten Ruhe Europas außer den Schutz der Gesetze und der ihm bisher gewährten Verträge zu stellen sei, und daß der erste pariser

*) Diese Verbindung mit Metternich bestand auch wirklich seit 1809 und Ludwig XVIII. in seinen Memoiren X. 245 ff. erkennt sie vollkommen an und belehrt uns über deren Entstehung und Fortgang.

Frieden in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten werden solle. —

Napoleon schickte zwar eine Gesandtschaft nach Wien, die versprechen mußte, daß er sich in Frieden treu an den letzten Zustand halten werde, Briefe an alle Monarchen enthielten deswegen die heiligsten Zusicherungen; aber nichts ward angenommen. Es sollte auch noch etwas früher ein Unternehmen, Marie Louise mit dem jungen Napoleon nach Frankreich zu entführen, gemacht werden, allein es mißglückte gänzlich. Da sollte wenigstens versucht werden, Alexander von der Coalition abzuziehen. Bei der eiligen Flucht Ludwig XVIII. waren alle wichtigen Staatspapiere zurückgeblieben und in die Hände Napoleons gefallen, mit ihnen auch jener Vertrag vom 3. Januar 1815. Schnell ward er dem Kaiser von Rußland zugesandt, um diesem den Beweis zu liefern, wie treu es die, mit welchen er sich jetzt zu verbünden dachte, mit ihm meinten. Alexander soll zwar höchlich erbittert sich geäußert haben, aber der Erfolg war nicht der gewünschte. Vielleicht überwog sein Haß gegen Napoleon wegen des Feldzuges von 1812 alle anderen Rücksichten; vielleicht aber hat die Politik diesem klug angelegten Schritte auf eine noch klügere und feinere Weise entgegen gearbeitet. Es war in dem Innern Alexanders eine Saite, die, wenn sie angeschlagen wurde, alle andern in ihm übertönte, — die mystisch-politische. Er glaubte an eine besondere heilige Bestimmung, welche die Vorsehung grade mit ihm als Monarchen vorhabe, eine Bestimmung, die nichts weniger sein sollte, als die Befreiung Europas von äußerer Knechtschaft, und hernach die Beglückung dieses Welttheils durch einen allgemeinen innern Frieden, gegründet auf die Lehre Christi. Ganz diese Richtung sprach sich später in den von ihm aufgestellten Principien des heiligen Bundes aus. Derselben Richtung huldigte mehrere Jahre später gleichfals Stourdza in seiner berüchtigten Schrift, die deßhalb auch von Alexander so günstig aufgenommen wurde. Man sagt, man habe auch auf dem Con-

gresse zu Wien diese Stimmung wiederum benutzt, und ihm vorgestellt, wie er jetzt zum zweitenmale dazu berufen sei, Europa von der Tyrannei Napoleons zu befreien und wie er, erst wenn auch dieses vollendet, alle seine weitern auf das Wohl der Menschheit gehenden Pläne würde realisiren können. Dann habe Alexander schnell jedes Bedenken, jedes Schwanken und jeden Haß gegen die Bundesgenossen beseitigt und sei der Stimme gefolgt, welche man ihm als eine göttliche bezeichnet. Und die Sache erscheint auch so unglaublich nicht.

Die vier großen Mächte, Rußland, Oesterreich, Preußen und England verbanden sich also unwiderruflich dahin, Napoleons Herrschaft in Frankreich nicht zu dulden und keinerlei Unterhandlung mit ihm über diesen Gegenstand anzuknüpfen. Die Waffen mußten entscheiden; in einem neuen Bünniß vom 25. März wurden die alten Verträge, namentlich der von Chaumont erneuert, und die eigentliche Kriegserklärung war in den Worten jenes enthalten. Eine jede der großen Mächte verpflichtete sich nämlich neuerdings, 150,000 Mann, wovon wenigstens ein Zehntel Reiterei sein müßte, ins Feld zu stellen, und schnell gingen nach allen Orten die Befehle zur Ausführung dieser Maßregel, nur England ward ein Erlaß an Mannschaft bewilligt; dagegen zahlte es aber zur Vertheilung 5 Millionen Pfund Sterling. Man erklärte, man habe nicht den Zweck, die Franzosen oder Frankreich zu bekriegen, sondern man wolle es, so wie jedes andere Land, vor den Unternehmungen Napoleons und seiner Gefährten schützen; ganz Europa, — dies sagen Worte und Sinn jener Erklärung vom 25. März — stellte seine Heere als Hülfstruppen Ludwig XVIII. zu Gebote.

Es ist längst bekannt geworden, daß die Abfassung auch dieser Akte Herrn von Gentz beigelegt werden muß, der leider hiebei so wenig feinen politischen Sinn wie politische Voraussicht zeigte, — Eigenschaften, die ihm sonst in hohem Grade inwohnten. Er schrieb auch, ob auf höheren Auftrag

oder im eigenen Interesse, steht dahin, im österreichischen Beobachter einen Artikel, der die Vertheidigung des Inhaltes jener Akte bezwecken sollte. Sie konnte nur dürftig ausfallen, wie selbst der Herausgeber von Gentz's Schriften bekennen muß. Noch kühler aber blieb das Publikum; es fand weder darin eine Ueberzeugung für sich, noch eine Genugthuung für seine Ansichten. Die Alliirten, vor allen aber die deutschen Staaten, sind durch jene Erklärung nachher nicht wenig in Verlegenheit gekommen. Sie läßt sich unter keiner Bedingung rechtfertigen. Am 25. März wußte man längst, daß man es nicht mehr mit einer Parthei Napoleons, wie man vielleicht anfangs geglaubt hatte, zu thun haben werde, sondern mit Ausnahme weniger Departements, mit ganz Frankreich und mit dessen ganzer Bevölkerung. Frankreich hatte durch Reception Napoleons allerdings zu einem Kriege die erste Veranlassung gegeben, denn Umwerfung eines eben garantirten Staatensystems lag zugleich mit in diesem Faktum; die Alliirten aber waren es, welche den Krieg durch ihre Erklärung und ihre Rüstungen unvermeidlich machten und der Sache nach anfingen, — denn nicht immer hat der Angreifer ihn überhaupt begonnen — und doch wollten sie mit Frankreich im Frieden bleiben! Solche Widersprüche konnten zu keinem guten Ziele führen, und wir werden sehen, daß sie es nicht thaten. War man von dem eigentlichen Verhältnisse am 25. März noch nicht unterrichtet, so hätte man später wenigstens eine andere Proklamation erlassen sollen, welche jene aufhob. Noch mehr verwickelte sich später die Politik in ihren eigenen Fäden. Als Napoleon seine Heere aufstellte, ward die Frage gestellt, ob nicht noch zuvor eine besondere Proklamation an das französische Volk zu erlassen sei. Man gab dies, Oesterreich an der Spitze, auf, — vielleicht in Folge Talleyrands falscher Suggestionen, — weil durch das Beginnen Frankreichs der Krieg faktisch an Deutschland erklärt sei. Und dasselbe Land, was Deutschland dieses gethan, wird vom Feldmarschall Schwar-

zenberg am 23. Juni 1815 mit einer Friedens- und Freundschafts-Proklamation haranguirt. So hatte die Politik nachher wirklich das Recht, fest an jenen unglückseligen Worten zu halten, durch welche man sich in eine Stellung brachte, die mit den Ereignissen in offenbarem Widerspruche war. Muß man also die Schuld jener Urkunden Herrn von Gentz beilegen, so hat Er doppelt Unrecht gethan, sich über die preußischen Proklamationen von 1806 so wegwerfend zu äußern.

Alle unter den Monarchen noch obwaltenden Mißhelligkeiten wurden schnell und in möglichster Eile abgemacht, — die Thätigkeit und die Erfolge des Congresses waren unglaublich. Am 3. Mai sagten in zwei besondern zu Wien abgeschlossenen Verträgen Oesterreich und Preußen dem Kaiser Alexander den Besitz von Polen zu. Um Preußen zufrieden zu sprechen, hatten sich schon früher Wellington, Metternich und Talleyrand zu dem gefangen gehaltenen König von Sachsen begeben, und ihm angedeutet, daß er unwiderruflich den größten Theil seines Landes an Preußen abzutreten habe; schon am 18. Mai war auch hierüber der Vertrag abgeschlossen. Eben so schnell gingen die Arbeiten, welche für Ordnung der innern Angelegenheiten Deutschlands einer besondern Commission übergeben waren. — Endlich noch ward mit fast allen kleineren Mächten Deutschlands ein besonderes Bündniß abgeschlossen, durch welches sie dem Vertrage vom 25. März beitraten und ihre Heere von dem Augenblick an gegen Frankreich in Bewegung setzten. Klüber in den Akten des Wiener des Congresses und Schöll in seinem bekannten Werke führen die ganze Reihe dieser Documente an. Jeder nur irgend bedeutenden Macht war ausdrücklich Theilnahme an dem demnächstigen Frieden, einigen sogar Theilnahme an allen Eroberungen, erbeuteten Trophäen u. s. w. zugesagt. Man hat später für gut befunden, diese Zusicherungen ganz zu ignoriren und von ihnen keine zu halten, und es muß darauf hier schon ausdrücklich aufmerksam gemacht werden. —

Sofort begaben sich alle Generale auf ihre Posten und alle europäischen Mächte sorgten auch, daß Staatsmänner den Orten, wo muthmaßlicherweise die erste Entscheidung vorfallen mußte, nahe wären. Leider versäumten auch in dieser Hinsicht die deutschen Mächte ihren Vortheil, — wir werden sehen, daß der Schaden, welcher hierdurch entstand, nie wieder gut gemacht werden konnte. Ludwig XVIII., obwohl in Gent nur Flüchtling, hatte doch einen vollkommenen Hof und ein vollkommenes Ministerium um sich. Sir Charles Stuart, obwohl nicht öffentlich accreditirt, war englischer Gesandter dort und nachher hatte der Herzog von Wellington bei seiner Reise zum Heere, drei lange Conferenzen mit Ludwig XVIII., und brachte den Hof von Gent in unmittelbare Verbindung mit dem Cabinet von St. James. Pozzo di Borgo, mit einer ganz außerordentlichen Mission von seinem Souverain an Ludwig XVIII. beauftragt, vertrat das Interesse Rußlands, Fagel das der Niederlande u. s. w. Später machte Talleyrand, sobald er dort anlangte, die Sache großartiger und wichtiger. Die Staatsmänner am Hofe zu Gent kamen und gingen, und er ward eine kleine Zeit lang der wahre Mittelpunkt für die europäische Politik. Schnell wurden nach jedem Schlage auf dem Schlachtfelde auch in dem Cabinette schon Pläne und Beredungen, ja noch mehr, schon vorläufige Einigungen für die Zukunft entworfen. An das Interesse Deutschlands aber dachte dabei Niemand, denn kein Deutscher war da, es zu vertreten, und die übrigen europäischen Mächte sahen dies zu ihrem Vortheile gewiß nicht ungern! Erst viel zu spät, als Ludwig mit England und Rußland einig war, langten für Preußen und Oesterreich auch die Herren v. Golz und v. Vincent an. Ludwig XVIII. redet auch von einem noch früher in Gent befindlichen preußischen Baron v. Brokhausen. Einen diplomatischen Charakter scheint dieser nicht gehabt zu haben. —

Als der Krieg unwiderruflich bestimmt war, und wenige Tage bevor Napoleon zur Armee abgehen wollte, ward ihm

von Fouché noch eine Kabale gespielt, oder vielmehr, zeigte sich dessen Treulosigkeit. Letzterer legte eine Correspondenz vor, gleichsam wie einen unbedeutenden, bisher vergessenen Gegenstand, welche durch einen Agenten, Namens Werner, mit dem Fürsten Metternich geführt sein sollte. Der Inhalt war, daß Napoleon, wenn er die Krone nicht auf sein Haupt, sondern auf das seines Sohnes setzen wolle, dann schwerlich gleichen Widerstand finden würde. In Fouché's angeblichen Memoiren wird die Sache so erzählt, als wenn er diese Correspondenz in Folge einer Aeußerung begonnen, welche ihm der österreichische Gesandte Vincent gleich im Anfange der hundert Tage bei der Madame de Souza gemacht habe. Es scheint aber, als wenn Fouché eine Treulosigkeit mit einer Lüge habe decken wollen. Ich glaube nicht, daß Vincent zu der Zeit, welche in Fouché's Memoiren dafür angegeben wird, bevollmächtigt sein konnte, eine solche Aeußerung zu machen. Später mag allerdings etwas ähnliches vorgefallen sein. Die Memoiren Ludwig **XVIII.** im zehnten Bande S. 88. u. f. wenigstens lassen es vermuthen*). — Fouché konnte ohne Kabale nicht leben; daß er mit Oesterreich correspondirt habe, ist wohl gewiß, aber vermuthlich auch nur in seinem Interesse, oder auch nur in dem der Bourbons, zum Schein konnten denn vielleicht einige andere Briefschaften mit unterlaufen, — eine in der Politik schon oft angewandte Methode. — Napoleon ahnete oder wußte diesen Umstand und drohete Fouché als Verräther erschießen zu lassen; vielleicht aber kam dieser so erst auf die Idee, die Correspondenz als im Interesse Napoleons geführt, darzustellen. Aber selbst wenn sie dies gewesen wäre, so war die Verrätherei Fouché's gegen den, welchem er Dienste und Treue gelobt, nicht minder offenbar. Einen Umstand von solcher Wichtigkeit, der früh genug offenbart, das Schicksal

---

*) Es ist dieselbe Kabale, von welcher auch Napoleon auf St. Helena etwas abweichend erzählt. Las Cases 2c. Bd. III. t. A.

Europas ganz anders gestaltet haben könnte, hält man nicht absichtlich zurück und offenbart ihn dann erst, wenn alle übrigen Ereignisse ihn als unnütz und jetzt nicht mehr helfend hingestellt haben. Aber dessen Kenntniß ist für Beurtheilung der folgenden Begebenheiten wichtig; er giebt die Einleitung zu Fouché's großem offenem Kabalenspiele, und er erklärt vielleicht die unter den in Betracht kommenden Umständen sonst unbegreifliche Thronentsagung Napoleons zu Gunsten seines Sohnes. Daß man Napoleon II. trotz jener angeblichen Zusage des Herrn von Vincent so entschieden verwarf und ihn gar nicht berücksichtigte, scheint mir wenigstens die Lüge des Herzogs von Otranto in das hellste Licht zu setzen.

Um nicht auf einen Krieg innerhalb der Gränzen Frankreichs beschränkt zu werden, und um nicht die Vortheile des Angriffs zu verlieren, marschirte Napoleon mit seinem eben erst gebildeten Heere dahin, wo ihm der nächste Feind drohete, nach Belgien. Der Verlauf, der Ausgang und die Folgen dieses kurzen Feldzuges sind Jedem bekannt. Erst Sieger bei Quatrebras und Ligny verlor Napoleon alle Erfolge am 18. Juni, grade in dem Augenblicke, wo er den Sieg sicher in Händen zu haben glaubte, und den letzten Versuch ihn zu ergreifen, machen wollte. Die Ankunft der Preußen auf dem Schlachtfelde von Waterloo machte schnell den Sieger zum Besiegten. Aber der größte Erfolg dieser Schlacht war, daß damit auch der Krieg sein Ende erreichte. Nur zwei Aufgaben hatten die siegenden Engländer und Preußen noch zu erfüllen — Verfolgung der fliehenden Feinde und kluge Benutzung der errungenen Vortheile in strategischer und politischer Hinsicht. Bei dem letzten Theile der Aufgabe haben die Engländer den Preußen sich leider um ein Bedeutendes überlegen gezeigt, ein Umstand, der gleichfalls für die spätern Friedens-Verhandlungen von höchster Wichtigkeit geworden ist.

Die berühmte Flucht über Planchenoit lös'te die französische Armee in die furchtbarste Unordnung auf, und nicht

das Heer, was vor wenig Tagen so stolz die Grenze Frankreichs überschritten hatte, sondern nur einzelne ungeregelte Haufen kehrten über dieselbe zurück. Aber vielleicht war eben diese Auflösung daran Schuld, daß die Franzosen auf ihrer Flucht verhältnißmäßig wenig Verlust erlitten, denn es ist eine bekannte militärische Erfahrung, daß, dem siegenden verfolgenden Feinde in Quarré's und geordneten Linien die Stirn bieten, mehr Verlust herbeiführen muß, als wenn in einem, dem Besiegten befreundeten Lande nur Einzelne gejagt werden und daß diese sich eher ihren Verfolgern entziehen können, als geregelte Massen. Dazu konnten auch die Engländer und Preußen ihre Verfolgung nicht sogleich nach Belieben ausdehnen. Ihre Verluste bei Ligny, Quatrebras und Waterloo hatten gewiß die mobilen Armeen um 60,000 Mann vermindert, und so geschwächt ohne Weiteres bis Paris vorzudringen, war gefährlich. Somit war denn Napoleons Lage für den Augenblick wenigstens, nicht rettungslos *). Jene Rücksichten, welche die Verbündeten nehmen mußten, gaben ihm Zeit seine Kräfte auf's Neue zu sammeln. Die Franzosen geben ihren Verlust in jenen drei Tagen auf 41000 Mann an; wir wollen es Andern überlassen, solche Angaben zu prüfen, glauben jedoch, daß sie sich unmöglich weit von der Wahrheit entfernen können. Verloren gingen Napoleons Armee über 100 Stück Geschütz, aber Mannschaft und Bespannung hatten sich meist gerettet. Zu Avesnes angelangt, wurden sie sogleich nach La Fere gesandt, um aus dem dortigen großen Depot einen neuen Geschütztrain herzustellen, und in wenigen Tagen hätte sich dies erreichen lassen. Das

*) Ich kann hier nur wenige Andeutungen über diesen Punkt geben. Das Beste davon findet man noch in den Mémoires pour servir à l'histoire de France en 1815. Paris 1820. Man braucht aber eigentlich gar nicht die Quelle eines Schriftstellers, da keine so treu sein kann, wie die späteren Fakta, die wir selbst erlebt haben und deßhalb aus eigener Erfahrung kennen.

Hauptquartier ward nach Laon verlegt, Grouchy, dessen Handlungsweise mit seinem Heere von 36000 Mann am Tage der Schlacht von Waterloo so unerklärlich ist, ward sogleich angewiesen, sich nach diesem Orte zurückzuziehen. Hier stießen nun die flüchtigen Corps der französischen Armee mit den Verstärkungen zusammen, welche nach Belgien schon unterwegs waren, so daß sich 60 — 70000 Mann leicht wieder sammelten. Grouchy mit seinem Corps, noch 32000 Mann und 108 Kanonen stark, der sich gegen Aller Erwartung seinen Verfolgern entzogen hatte, und nun auch zu Laon glücklich anlangte, gab den von Neuem sich ordnenden Haufen einen festen Kern, und so stand augenblicklich noch ein Heer von 90—100000 Mann zwischen Paris und den Verbündeten, die zusammen, wenn man die zu sichernden Seitenbewegungen nöthigen Kräfte abrechnet, namentlich die Mannschaft, die zur Berennung der Frankreich schützenden Festungsketten verwandt wurde, mit kaum eben soviel die Verfolgung fortsetzen konnten. Paris selbst konnte leicht noch 700 Kanonen im Fall einer Belagerung in Thätigkeit setzen, und das ganze Aufgebot der Nationalgarde dieser Stadt brachte 72000 Bewaffnete auf den Kampfsplatz. So waren die gegenseitigen Kräfte, welche augenblicklich nach der Schlacht von Waterloo sich gegenüberstanden. Zwar waren russische und österreichische Verstärkungen schon unterwegs; aber die übrigen Grenzen Frankreichs waren keineswegs blos gegeben; das Eindringen fremder Mächte in dies Land konnte nur langsam und vorsichtig geschehen, und eben so schnell wie diese hätten auf dem Felde der Entscheidung anlangen können, konnte auch Napoleon die Kräfte aller Provinzen Frankreichs dahin ziehen.

Seine Lage war somit nichts weniger als hoffnungslos. Vielleicht hätten sich in unserm Jahrhundert nochmals von Neuem die Ereignisse wiederholen können, welche des vorigen letztes Jahrzehend so merkwürdig machten, wenn Frankreich einig war und zu seinem neuen Herrscher gehalten, wenn es

überhaupt dasselbe Frankreich hätte sein wollen, was es in jenen Tagen war. Aber es kam anders, anders als die kühnsten Erwartungen der Verbündeten ahnen konnten.

Laon liegt nur wenige Tagereisen von Paris. Während der Tage vom 20. Juni an sollte das französische Heer sich neu bilden, bis dahin war an keinen ernsten Angriff zu denken. Napoleon übertrug dies Geschäft den Generalen, auf die er am meisten bauen konnte, und, indem er seine Anwesenheit in Paris für wichtiger hielt, verließ er die Armee, zu der er am 25. Juni zurückzukehren gedachte. Es ist ihm dies oft verschieden ausgelegt; solche Vorwürfe wie der der Feigheit ist, brauchen wohl nicht weiter gewürdigt zu werden, aber fragen kann man wohl: war es nicht von Napoleon ein Fehler, das Heer, auf dem Frankreichs und seine eigene augenblickliche Selbstständigkeit beruhete, grade in dem Augenblicke zu verlassen, wo die höchste und die kräftigste Hand dazu gehörte, es zusammenzuhalten und aufzurichten, zumal da schon während der Schlachten von Ligny und Waterloo sich hier und da ein bedenklicher Geist, wie die glaubwürdigsten Augenzeugen versichern, in ihm äußerte? Es ist wahr, auf dem Heer beruhete viel, aber noch mehr beruhete jetzt auf Frankreich, das Napoleon in Paris suchen mußte, und hier konnte seine persönliche Anwesenheit viel mehr nützen als ein paar Tage Abwesenheit vom Heere schadeten. Gelang es Napoleon in Paris die Kammern für sich zu gewinnen, und durch sie über die Hülfskräfte der Provinzen zu verfügen, so konnte er unbesorgt mit noch größerer Zuversicht den Krieg von Neuem beginnen, und war noch nicht einmal auf die Defensive beschränkt. Somit hätte denn der Monat Juni trotz seinen Schlachten und seiner Opfer eigentlich gar nichts entschieden. Dies erwartete auch der größte Theil des französischen Heeres, dies befürchteten die Verbündeten *).

*) Dies lag so klar vor, daß es auch einem viel kleinern Geiste wie Napoleon nicht hätte entgehen können. Fleury de Chaboulon in

Am 21. Juni rückten in zwei Abtheilungen Blücher und Wellington auf französischen Boden; die nächsten Tage gingen unter unbedeutenden Bewegungen hin. In Avesnes zog das Auffliegen des Pulvermagazins den Verlust dieser Stadt nach sich; bis zum 24. waren die Preußen in Guise, und die Engländer in Cambray und Peronne; dies hätte aber noch nichts entschieden. Noch nicht einmal die Hälfte des französischen Gebietes zwischen Laon und der Gränze war eingenommen, und das neue sich hier bildende Heer würde auch in den nächsten Tagen noch nicht beunruhigt sein. Napoleons Vermuthung war in dieser Hinsicht also richtig gewesen; das Heer erwartete jeden Tag seine Zurückkunft, so wie er sie zugesagt, um auf's Neue unter seiner Leitung dem Feinde entgegen zu gehen. Statt dessen langte unerwartet die Nachricht an, daß bereits am 22. Juni Napoleon zu Gunsten seines Sohnes der Krone entsagt habe; jetzt wußte natürlich das Heer nicht, welche Handlungsweise es ergreifen sollte, — es trat einen Rückzug nach Paris an. Wer von den Generalen zuerst diese Maßregel angeordnet, wird wohl nicht aufgeklärt werden; sie steht aber ohne Zweifel mit den Machinationen der Parteien im Zusammenhange, die schon länger im Stillen für ihre politischen Pläne gearbeitet hatten. Die Kunde dieser Ereignisse erhielten Blücher und Wellington am 25. Juni. Sie entnahmen daraus die Gewißheit, daß das Heer, durch keinen Einzelnen zusammengehalten und geleitet sei, und für seine Bewegungen auf die Verantwortlichkeit der einzelnen Generale beschränkt, einen ernstlichen Widerstand nicht entgegensetzen würde; und

seinen Mémoires pour servir à l'histoire de la vie privée, du retour et du règne de Napoléon en 1815 will in seiner Eitelkeit die Welt glauben machen, er habe Napoleon zu diesem Schritte verleitet, — er, der Secretair, will diese große politische Frage entschieden haben! Man müßte Napoleon schlecht kennen, um dies glaublich zu finden.

dann, daß keine Einigkeit im Innern Frankreichs herrsche, und Napoleon nicht über alle Kräfte dieses Landes gebiete; daß Parteien sich gegenüberständen, von denen immer eine zur Bekämpfung der andern sich auf die Seite der Verbündeten schlagen würde. Eine Vereinigung derselben war auch später nicht zu befürchten. Sie hatten sich grade eben erst im Angesicht der Feinde offen getrennt und mußten deswegen aller Wahrscheinlichkeit nach vorerst noch eine Zeitlang in dieser Lage bleiben. Nun rückten die Verbündeten rascher vor, und ohne Widerstand zu finden, sahen sie bald die Thürme von Notre Dame.

Jenes Ereigniß der Thronentsagung Napoleons zu Gunsten seines Sohnes ist eines der merkwürdigsten Fakta der neueren Geschichte. Sie ist gewiß nicht von ihm sofort beim Abgange vom Heere beabsichtigt, sie ist so wenig von diesem wie vom ganzen französischen Volke gefordert, die Nothwendigkeit so zu handeln hatte daher keinen nicht zu besiegenden politischen Grund; sie gehört vielmehr ganz der Geschichte der Parteien in Paris an, welche bereits im Stillen vorgearbeitet hatten, und dann unmittelbar hinterher ihre Thätigkeit sowohl offen als heimlich, im Großen wie im Kleinen, wenige ehrlich, die meisten mit verachtungswerther Treulosigkeit begannen. Aber dieses politische Treiben bildet die wahre Einleitung zu unserm eigentlichen Thema.

Bereits als der König Ludwig **XVIII.** Paris verließ, blieb eine Partei für ihn zurück, aber sie bestand weniger aus den Dienern, die nach französischen Ansichten ihren eigentlichen angewiesenen Platz um den Thron der Bourbons hatten, — diese waren meistens nur sich zu retten bedacht gewesen, — als vielmehr aus Roturiers der Revolution, die, wie so oft gesagt ist, allen Parteien gedient, aber alle betrogen hatten. Die Stärke einer solchen Partei liegt nicht in ihrer Treue, sie liegt vielmehr darin, daß ihre Mitglieder für sich selbst arbeiten, indem sie die Macht zu entfernen suchen, die ihrer Existenz bedrohlich ist. Und das wäre die Napoleons gewe-

sen. Er konnte gegen viele Personen, die sich unter den Bourbons zur Ruhe gesetzt hatten, einen Prozeß auf Leben und Tod wegen Desertion beginnen! Eigennutz und Selbsterhaltung sind wohl die größten Triebfedern zur Thätigkeit; darum handelte denn auch diese Partei am meisten, zwar heimlich, aber nach einem gewissen Plane, der schon lange vorher berechnet, und der nicht jetzt erst im Drange der Umstände entworfen zu werden brauchte. Talleyrand, der bei Ludwig **XVIII.** in Gent war, knüpfte die Interessen dieser Partei klüglich an die der Sieger und verständigte sich sogleich mit ihnen. Der Hof Ludwigs folgte Schritt vor Schritt dem Hauptquartiere Wellingtons; Fouché war in Paris das Haupt derselben schon indem er Napoleon in den 100 Tagen diente *). Wir dürfen hieran nicht zweifeln, wenn natürlich auch allen den einzelnen kleinen Anekdoten, welche über Fouché's Berufung zum Polizeiminister Napoleons im Gange sind, kein Glauben beizumessen ist. Fouché leitete nun klüglich alle Bewegungen in Paris so, daß sie im genauesten Zusammenhange mit den äußern Ereignissen, stets mit der zweckmäßigsten Thätigkeit ausgeführt wurden. Auch im Heere, aber nur bei einigen Offizieren, fand man Anhänglichkeit an die Sache der Bourbons. Einig mit sich selbst, Engländer und Preußen zu Verbündeten, hätte diese Partei unter allen Umständen siegen müssen. Daß sie es aber sobald und ohne eigentlichen Kampf mit den übrigen Parteien that, hat sie der wirklich ausgezeichneten und wohlangelegten Klugheit oder vielmehr Schlauheit ihrer Aufführer zu verdanken. Der Politiker kann viel von diesen lernen. —

---

*) Die Bourbons hatten für 14 Mill. Krondiamanten auf ihrer Flucht vor Napoleon mitgenommen. Fouché schlug vor, eine Unterhandlung deßwegen mit ihnen einzuleiten. Dies gab ihm einen vortrefflichen Vorwand, beständig mit Gent zu correspondiren. Die Diamanten wurden dabei bald Nebensache. So erzählt Capefigue.

Eine zweite Partei bestand aus Republikanern und Constitutionellen in unzähligen Unterabtheilungen und Schattirungen. Man wundere sich nicht, daß ich zwei so verschiedene Elemente hier zusammenwerfe, Elemente, die sich in den Verhandlungen der Kammer der Deputirten (ich nenne sie deßhalb kurzweg Partei der Kammer), wo ihr eigentlicher Mittelpunkt war, so oft feindlich gegenüber gestanden hatten. Alle die Männer, welche ich zu jener Partei rechne, lassen sich ihrer Persönlichkeit und ihren politischen Ansichten nach sehr wohl wieder in jene zwei Hauptclassen sondern; aber wenn die Thätigkeit in den Tagen vom 19. Juni an allein in Frage kommt, so haben wir nur Eine Klasse, die sich dahin einig ward, daß man Napoleon nicht weiter als Kaiser wollte. Aber damit würde diese Partei noch wenig charakterisirt sein. Die Anforderung, thätig zu handeln in dieser Hinsicht, war ihnen plötzlich und erst mit der Schlacht von Waterloo gekommen; von einem festen, Schritt vor Schritt zu befolgenden Plane konnte daher nicht die Rede sein, und schon auf dem Wege, der befolgt werden sollte, zeigte sich die Verschiedenheit der das Ganze bildenden Theile. Aber die Hauptsache blieb, daß die Partei noch gar keine Zeit gehabt hatte, sich darüber zu verständigen, was demnächst eigentlich geschehen sollte, wenn der Hauptzweck, Entfernung Napoleons von der Regierung erreicht war! Ein kleiner Theil, wozu auch seinem eigenen Geständnisse nach Benjamin Constant gehört hat, sah sogar augenblicklich dies zu fordern für weder nöthig noch zweckmäßig an. Bei den weitern Wünschen und Forderungen zeigte sich nun erst recht auffallend das bunte Gemisch der einzelnen Theile. Lafayette hat gewiß damals an eine Republik gedacht, Andere wollten ein Königthum, wozu der Herzog von Orleans im Vorschlage war, ja Einige dachten an Bernadotte, Andere sogar an den König von Sachsen oder an Prinzen aus dem oranischen und welfischen Hause, und die im Herzen für Napoleon II. stimmten, wagten ihre Gesinnun-

gen nicht laut werden zu lassen, sondern folgten mehr den Ereignissen *). Vorerst glaubte man dahin wirken zu müssen, daß die letzten Kriegsunfälle dem freien Wahlrecht des französischen Volkes nicht schaden dürften. Die ältern Bourbons hätten von dieser Partei alsdann nichts zu hoffen gehabt. Sie bestand zwar aus den feurigsten Köpfen und meist aus jungen Kräften, welche im ersten Enthusiasmus vor keiner Handlungsweise, auch nicht der außerordentlichsten, zurückschrecken, aber es entging ihr die kalte kluge Berechnung des Alters und der Erfahrung. Ihr Verhältniß zur bourbonischen Partei stellt sich leicht so fest: diese war neu aufbauend, still und undurchschaut handelnd, jeden Fehler ihrer Gegner benutzend, und einig im Innern über das Ziel, was sie erreichen wollte; jene war eine das Bestehende zerstörende Partei, die noch nicht wußte, was an dessen Stelle treten sollte, unheilbar uneinig im Innern — und so mußte jeder Schritt einen Fehler enthalten, der sie ihren Feinden in die Hände lieferte.

Die dritte Partei endlich, die Napoleons, hatte wohl noch augenblicklich die meisten Kräfte zur Verfügung. Das Heer war ihm unbedingt ergeben, wenigstens in den niedern Graden; im Commando standen freilich Viele, die des Krieges überdrüssig waren, und welche Bedachtsamkeit und Scheu vor Verantwortlichkeit von kühnern Handlungen abhielt; aber es wäre leicht gewesen, bei der ganz neuen Organisation eine jüngere Generation von Obersten und Brigadegeneralen als Befehlshaber an die Spitze der einzelnen Corps zu setzen.

---

*) Vielleicht dachte der Herzog v. Orleans schon damals ernstlich an den französischen Thron; Ludwig XVIII. traute ihm seit jener Zeit nie mehr. Vergl. Memoiren des Letztern Bd. 10. pag. 199 u. folg. Ja Fouché, der sich für alle Fälle zu betten dachte, hatte sogar schon eine vollständige Intrigue mit jenem angesponnen, welche dem Könige durch den Expräsidenten Barras angezeigt und nachgewiesen wurde. ibid. pag. 338 folg.

Unternehmungsgeist und Ruhmsucht würde mit ihnen dasselbe möglich gemacht haben, was die jetzt Befehlenden gethan hatten, als sie noch daran arbeiteten, sich ihren Ruhm, ihren Marschallsstab und — ihre Herzogthümer zu erwerben. Dazu waren gewiß 4/5 der Bevölkerung von Paris für Napoleon; er erhielt davon die unzweideutigsten Beweise. Wie kam es, daß diese Partei dennoch so schnell unterlag? Zwar waren die beiden Theile, aus denen ihre Kraft bestand, Paris und das Heer, getrennt, und während Napoleon, auf dem allein Alles beruhete, an dem einen Orte war, arbeiteten entfernt von seiner Person auch die Parteien gegen ihn; mit dem Heere sich nach Paris zurückzuziehen, um hier die Elemente der Macht zu vereinigen, war eben so gefährlich zu einer Zeit, wo es darauf ankam, durch kühnes Handeln die bestürzten Gemüther aufzurichten. Aber wie leicht wäre es gewesen, die Kammer, also die Parteien der Constitutionellen (— Napoleon pflegte diese les reveurs zu nennen —) und der Republikaner, aufzulösen, und hätte es mit Gewalt, wie einst am 18. Brumäre, geschehen müssen! Für die Folgen eines solchen Schrittes eröffnet sich ein unbegrenztes Feld der Vermuthungen. Zweierlei historische Fakten stehen aber fest. Einmal täuschten die, welche als Vertreter zwischen Paris und dem Heere, diesen eigentlichen augenblicklichen Elementen seiner Macht und Napoleon selbst standen, ihn über den Umfang und den wirklichen Bestand derselben. Geschah es aus Unfähigkeit oder Muthlosigkeit, oder gehörten die, auf deren Urtheil und Worte Napoleon sich verließ, schon heimlich einer andern Partei an, der sie dienten, — indem sie absichtlich falschen Rath gaben, — dies mag dahin stehen. Die Masse der französischen Memoiren wird diesen Punkt nicht aufklären, sie sind zum großen Theil selbstgesetzte Monumente, um der Nachwelt einen Glauben über ihren Verfasser aufzuzwingen, den die Mitwelt beständig und hartnäckig verweigerte. Mehr aber als dies kommt in Betracht, daß Napoleon selbst von seiner Macht nicht den äußer-

sten Gebrauch machen wollte; die letzte Enscheidung übe sein Schicksal hat er selbst mit eigenem Willen herbeigeführt zwar besiegt im Felde, ist er es nicht von seinen innern Feinden. Ueber die moralischen Beweggründe zu dieser Handlungsweise reden wir noch, wenn wir auf die Beweise der aufgestellten Behauptungen zurückkommen.

Also und auf solche Hülfsmittel gestützt, begannen die Parteien ihr Spiel gegeneinander. Wie dies ausfallen mußte, ist schon in der Charakteristik derselben angedeutet, aber wir wollen noch jenen heimlichen Faden der Politik, der sich durch die Operationen der ersten Partei zog, näher im Allgemeinen angeben. Es kam vorerst auf kühnes Handeln gegen Napoleon an; hiezu waren, wie schon bemerkt, Republikaner und Constitutionelle wie berufen. Schritte, welche die Kammer that, hatten dazu noch in den Augen des Volks einen Schein der Gesetzmäßigkeit und der Popularität, — ja die öffentliche Meinung richtete sich vielleicht allein nach dem, was die Kammer angab. Die bourbonische Partei, schlau genug, sich nicht offen eine solche zu nennen und als solche zu handeln, stellte sich aber klüglich heimlich so, als wenn sie auch mit zu jenen gehöre, und feuerte noch mehr zu solchen Schritten an; Fouché, das Haupt derselben, hatte hiervon den doppelten Vortheil, daß er, im Fall des Mißlingens, solche Schritte, die seine Partei gefährdeten, auch nicht anzuerkennen brauchte, und dann daß er für seine Person das Schiff seines Glücks lenken konnte, wohin er wollte. Es war klar, daß, um die napoleonische Partei zu stürzen, allein gegen das Haupt derselben gehandelt werden mußte, die ihre wirkliche Macht bildenden Theile zerfielen ohne bewegende und befehlende Triebkraft alsdann von selbst War dies erreicht, so bedurfte es von Seiten Fouché's eines Kampfes mit der im Innern uneinigen Partei der Kammer kaum. Dazu Heer und Volk zu Paris ohne Haupt — ehe aus diesem Chaos nur ein Schein von Ord-

nung hergestellt war, mußten die Verbündeten vor den Thoren von Paris stehen und aller Widerstand war während der Unordnung unmöglich. So also ließ klüglich Fouché Anderen den ersten gefährlichen Akt der Initiative mit seiner ganzen Verantwortlichkeit, dessen Erfolg leicht der dem vermutheten entgegengesetzte hätte sein können. Als Alles aber glücklich ausfiel, da trat er zu und pflückte ruhig die ohne Arbeit ihm zugewachsenen Früchte, und ließ denen das Nachsehen, die zu spät inne wurden, daß sie da nur für Andere thätig gewesen waren, wo sie für das Beste Frankreichs aufgetreten zu sein meinten. — Sondert man so und in diesem Geiste die einzelnen nachfolgenden Ereignisse, so kann man über ihre Quelle und ihre politische Bedeutung nicht weiter in Zweifel bleiben.

Kaum war die Kunde von Napoleons Unglück erschollen, so, — wie Benjamin Constant, einer der hervorragendsten in der Partei der Kammer selbst, erzählt *), — erschienen bei ihm sofort eine Menge Leute, (er nennt sie kleine Verschwörer) welche viel von der Nothwendigkeit redeten, der Kaiser müsse abdiciren. Es ist offenbar, daß dies nicht Mitglieder der Kammern sein konnten; schon die Bezeichnung: Leute, kleine Verschwörer, läßt nicht auf Mitglieder einer Corporation schließen, welcher der Berichterstatter selbst angehörte

*) Mémoires sur les cent jours en formes de lettres. Paris 1822. Benjamin Constant war zwar, wie allgemein gesagt wird, zu Napoleon unbedingt übergegangen, während er früher als Constitutioneller schon ein wenig zu den Bourbons sich hingeneigt hatte. Er war es auch, welcher vereint mit Sismondi die Zusatzartikel zu der Charte für Napoleon ausarbeitete. — Nichts destoweniger stehe ich keinen Augenblick an zu behaupten, daß er noch jetzt im Geiste ein Constitutioneller war. Er betrachtete die Constitution etwa wie ein Grundstück, dem unveräußerliche Rechte aufkleben, den Monarchen als jedesmaligen Besitzer, der auch bei Beurtheilung von dinglichen Rechten ganz und gar gleichgültig ist.

und die er alle kennen mußte; wenn aber derselbe weiter sagt, „solche Leute, welche er dem Kaiser am meisten zugethan glaubte," so sind sie damit genugsam charakterisirt, — sie waren in derselben Lage also wie Fouché. Daher waren es ohne Zweifel Emissaire seiner Partei, welche die bewährtesten und geachtetsten Köpfe sondiren und sie klüglich für den Weg gewinnen sollten, den Fouché für seine Erfolge eingeschlagen wünschte. Offen und mit Gewalt konnte wenigstens dieser mit seiner Partei Napoleon nicht stürzen, es ging nur unter dem Scheine der Gesetzlichkeit und als wenn es durch das Volk selbst geschehe. Dazu waren die Kammern wie geschaffen. Dies von Fouché gewiß an mehreren Orten hingeworfene Feuer fing an den meisten Stellen besser und um so mehr, als er eine solche Maßregel den Aengstlichen als das einzige Schutzmittel für sie selbst darstellte. Diejenigen, welche jene Tage mit erlebt haben, wissen und erzählen offen, welch' eine feile Menge sich damals in der Kammer fand, die für ihren Vortheil und ihre persönliche Stellung Alles that. Napoleon sagte von ihr richtig: Heute sprechen die, welche Bonaparte überliefern, es sei um Frankreich zu retten; morgen, wenn sie Frankreich überliefern, werden sie beweisen, sie haben nur ihre Köpfe retten wollen. — Unbegreiflich bald huldigten die meisten Mitglieder der Kammer nun dem Gedanken der Abdikation Napoleons, und verfolgten ihn offen, als wenn er von ihnen selbst ausgegangen wäre. Kaum aber war die Ankunft des Kaisers selbst in Paris gewiß, so entfernten sich auch sogleich jene kleinen Verschwörer und baten B. Constant inständig, ihre Vertraulichkeit nicht zu verrathen. Kann irgend noch ein Zweifel sein, welcher Partei Jene dienten, so müßte er nunmehr sofort verschwinden. Zugleich fing man in Frankreich an, auf die Kriegserklärung der Verbündeten, die nur allein gegen Napoleon und seine Partei gerichtet war, hinzuweisen. Diese ward von diesem Augenblick an politisch

wichtig — als wenn nicht Napoleons Partei ganz Frankreich gewesen wäre! *)

Gleich nach seiner Ankunft im Palast Elisée erschien auch bei ihm der in allen Lagen ihm gleich treue Caulaincourt. Napoleon sprach kurz seine Absicht, die ihn nach Paris führe, aus; beide Kammern wollte er zu einer kaiserlichen Sitzung vereinigen, von ihnen die Mittel fordern, das Vaterland zu retten, und dann wieder zum Heere abgehen. Er glaubte nur Lafayette, Lanjuinais, Flauguergues und wenige Andere wider sich zu haben; aber Caulaincourt klärte ihn schon darüber auf, daß in Folge seines Unglücks eine plötzliche, vielleicht künstlich genährte Unzufriedenheit und Aufgeregtheit vorherrsche. Lucian, der sich vollkommen mit Napoleon ausgesöhnt hatte, so wie Joseph bestätigten dies, und riethen ihm, schnell entscheidende Maßregeln vorzunehmen, die Kammern aufzulösen, sich mit der Dictatur zu bekleiden, und zum Heere zurückzukehren. Die ruhigsten unparteiischsten Zeugen jener Tage versichern Alle, daß dies ein Leichtes gewesen sei. Lucian, jener Feuerkopf, der vor keinem neuen 18. Brumaire zurück-

---

*) Capefigue in seiner Geschichte der Restauration II. pag. 410 nimmt zwar dieselbe Kabale und dieselbe Stellung Fouché's an, doch läßt er diesen ganz offen sein Spiel treiben, kennt eine Versammlung der Hauptmitglieder der Kammer, in welcher geradezu von Fouché an Lafayette und andere ihre Rollen ausgetheilt werden, so daß sie als seine Kreaturen erscheinen. Dies ist jedenfalls einer der vielen Zusätze Capefigue's; auf diese Art würde Fouché nie seinen Zweck erreicht und für einen bloßen Akteur in dessen Dienst würde sich Mancher, wenn er es gewußt hätte, daß er nur diese Rolle spielte, zu gut gehalten haben. Nur allein durch geheime, zurückhaltende Leitung, wie sie geschildert, konnte Fouché Herr der Intriguen und der Parteien bleiben. In seinem spätern Werke: Histoire des cent jours stellt denn auch Capefigue die Sache viel mehr in dem eben gedachten Geiste dar. — Weßhalb ich das letztere Werk nicht öfter hier als eine Autorität anführe, darüber sind die Gründe in der Beurtheilung desselben in den Gött. Gel. Anz. Jahrg. 1813. enthalten.

schreckte, ward dringender *), aber Napoleon konnte sich nicht rasch genug entschließen, — man wollte noch zuvor die Meinungen der Minister hören. Unter diesen hatte Carnot seine Dekrete, vor zwanzig Jahren erlassen, noch nicht vergessen. Er wollte wieder das Vaterland in Gefahr erklären, Frankreich im Angesicht der äußern Feinde vereinigen, und diesen mit allen Kräften widerstehen; die Föderirten und die Nationalgarden sollten gleichfalls zu den Waffen gerufen werden. Die Geschichte darf es nicht vergessen, daß sich so grade die Männer sogleich für Napoleon aussprachen, die sich wegen Zurücksetzung am bittersten über ihn zu beklagen Ursache hatten.

Fouché dagegen, der die Kammer schon für seine Zwecke gegen Napoleon in Thätigkeit wußte, beging hier wieder die doppelte Treulosigkeit, diesem ein günstiges Resultat durch Verhandlungen mit jener vorzuspiegeln; die Sache ward somit auf der Seite Napoleons in Unthätigkeit hingehalten, während man schon an seinem Sturze auf der andern Seite arbeitete. Dazu ward die Angelegenheit noch verwickelter und schwieriger, indem in dieser Ministerialverhandlung durch Fouché's Vorschlag der Unterhandlung noch eine neue Ansicht aufkam.

Die Minister des Seewesens und des Krieges, der Herzog von Decrès und der Graf Regnault dagegen erklärten offen, daß auf eine Mitwirkung der Kammern nicht zu zählen sei; sie stellten den Zustand Frankreichs hoffnungsloser dar, als er war, und namentlich ist es leicht, dem Vortrage des Kriegsministers nachzuweisen, daß er nicht die Wahrheit darlegte, sondern im Dienste einer Partei aufgestellt war. Es waren dies Männer, die Napoleon Alles verdankten was sie waren, und die für ihren Nutzen einst sein Glück ausgebeutet hatten.

---

*) Mémoires de Lucien Bonaparte prince de Canino.

Die Verhandlung in der Minister=Conferenz begann; Napoleon suchte die Meinungen der Einzelnen zu vereinigen, indem er alle die Mittel herzählte, die ihm und Frankreich nach dem Verluste einer Schlacht noch blieben. Der Kaiser soll, wie seine Geschichtschreiber versichern, auf dem Punkte gestanden haben, Alle (natürlich mit Ausnahme Fouché's) für seine Ansichten zu gewinnen, als eine Botschaft aus der Kammer der Repräsentanten anlangte, mit einem Beschlusse, auf den Fouché wohl ängstlich harren mochte, der sogleich Alles auf einen andern politischen Standpunkt stellte.

Diese hatte sich nämlich schnell versammelt, sobald sie von Napoleons Absicht und Ankunft unterrichtet war; einige Mitglieder waren vorher von Fouché schlau genug bearbeitet, andere arbeiteten ihm, ohne daß dies nöthig gewesen wäre, von selbst in die Hände, keiner aber mehr als Lafayette. Noch immer nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Frankreich die Staatsform der Republik als die allerunzweckmäßigste, nicht vertragen könne, wollte er Alles wieder unter die dreifarbige Fahne der Freiheit, der Gleichheit und der öffentlichen Ordnung sammeln und setzte durch, daß schnell und wie im Fluge vier Beschlüsse gefaßt wurden, durch welche die Kammern sich für permanent und Jeden für einen Hochverräther erklärten, der es wagen würde sie aufzulösen. Die Minister Napoleons wurden in die Kammer gefordert, um mit ihr die nöthigen Schritte, welche zu thun seien, zu bereden; dazu ward unnöthigerweise die Aufregung durch die öffentliche Proclamation, daß die Unabhängigkeit der Nation bedroht sei, gefördert. Auch die Nationalgarde, dies Paradepferd Lafayettes, der zu Liebe vielleicht die andern Beschlüsse mit gemacht sind, sollte aufgerufen werden; dies ward jedoch nicht angenommen. Lafayette meinte es mit seinem Vorschlage ohne Zweifel treu und ehrlich, und gewiß nicht allein der Haß gegen Napoleon war die Veranlassung dazu. Aber das Schicksal Frankreichs stellte den alten Anführer der Nationalgarden, der ein großer En=

thusiast, aber ein schlechter Politiker war, leider mehr als einmal in den bewegtesten Tagen an eine Stelle, der er offenbar nicht gewachsen war; daher ward er ewig zum Spielwerk der Parteien benutzt, eben weil er die Folgen dessen, was er that, nie voraussehen und berechnen konnte.

Durch diese Beschlüsse nun stellte sich die Kammer als höchste gesetzliche Behörde hin, welche die eigentliche Macht übernehmend, fortan bestimmen wollte, was zum Wohle Frankreichs zu thun sei. Dies mußte, da es die ganze politische Lage dieses Landes anders gestaltete, von der höchsten Wichtigkeit sein, und über eine solche Maßregel kann der Historiker so leicht nicht hingehen. — Wie fällt ein Urtheil über diesen Schritt aus, wenn man ihn von der rein politischen Seite betrachtet?

Die Beschlüsse der Kammer waren die bestehende Ordnung für einen monarchischen Staat in dessen ersten und höchsten Erfordernissen durchaus auflösend, die nächste Folge davon mußte sein, daß dieser in die einzelnen Theile wieder zerfiel, die ihn überhaupt bildeten; denn keiner jener Beschlüsse enthielt irgend die Feststellung einer neuen Ordnung, oder einer neuen höchsten Gewalt, die das, was man vernichtete, auch sogleich vollkommen ersetzte. Da erst berathen werden sollte, was geschehen müsse, so trat, wenigstens so lange diese Berathuug dauerte, eine Art von Zwischenreich ein, wo eigentlich gar keine Regierung Statt fand. Es ist wohl die allererste Regel für den Politiker, keine, auch die unzweckmäßigste Einrichtung im Staate eher aufzuheben, bevor man genau weiß, was an deren Stelle zu setzen sei, denn die geringste Stockung in dem Gange der Maschine hat Unordnung und Auflösung zur Folge. Befolgt man nun diesen Grundsatz allenthalben, selbst in Kleinigkeiten im tiefsten Frieden, um wieviel mehr hätte man ihm huldigen müssen zur Zeit der innern Aufregung, wo die Feinde dazu die Grenze überschritten hatten! Die Einheit im Staate war somit vernichtet, und die Parteien standen sich unbeschränkt während

der Dauer der Berathung, von der Niemand wissen konnte, wie lange sie währen würde, gegenüber. Parteien aber sind ferner dann grade am schwächsten, wenn sie sich aus einer sie bisher beschwerenden Ordnung losgerissen haben, gleich dem neugeborenen Geschöpfe; erst später im langen Kampfe stärken und einigen sie sich und werden sich dessen, was sie wollen und erreichen müssen, so wie ihrer Mittel vollkommen bewußt. Das Heer war durch jene Maßregel seines Führers beraubt und somit zur Unthätigkeit verdammt, das Volk losgelassen und der Kampfplatz für die verschiedenen Meinungen der Constitutionellen, der Republikaner, der Legitimisten und der Bonapartisten eröffnet, — war hier wohl vorerst Einigkeit, Ordnung und innere Stärke zu hoffen? Lafayettes Beschlüsse setzten also Frankreich in dem Augenblick grade in den Zustand der größten Schwäche, wo es am meisten bedroht war. Wenn in diesem Treiben nur eine Partei, welche schon länger bestehend und grade einen solchen Zustand erwartend, zum Handeln bereit war, so konnte dieser der Erfolg unmöglich fehlen; — dies war die der Bourbons. Lafayette hat es schwerlich vorhergedacht, daß die funfzehn Jahre Frankreichs bis 1830 mit ihren Erfahrungen und Folgen zum großen Theil auf Rechnung der Politik kommen, zu welcher er die Kammer hinriß. Aber, könnte man noch sagen, die verbündeten Mächte hatten ja erklärt, sie führten nicht gegen Frankreich, nur gegen Napoleon und seine Partei Krieg; ward dieser nicht sogleich mit Entfernung des Letzteren von der höchsten Gewalt beendigt? Das hätten sich die französischen Politiker, selbst die schlechtesten doch wohl sagen können, daß, da ganz Frankreich auf Seiten Napoleons gestanden, man nicht allein von diesem, sondern auch von jenem Garantien fordern, und daß der Sieger diese nehmen und nicht sie sich geben lassen werde. —

War ferner das Verfahren der Kammern, Napoleon gegenüber, ein gesetzliches, ein gerechtes? Wenn dies in Beziehung auf erstere entschieden werden soll, so kann dabei na-

türlich nicht in Frage kommen: war Napoleon illegitim, oder war Ludwig XVIII. der gesetzliche König, denn grade diese Kammern hatten Napoleon als Herrscher und Kaiser anerkannt, und dieser sie wieder als die Volksrepräsentanten seiner Herrschaft; beide also, sich einander gegenüber, waren durch Eid und Vertrauen legitime Behörden. Dazu kommt, daß die Kammer damals nicht im entferntesten daran dachte, für Ludwig XVIII. zu handeln und diesen als König zurückzurufen. Daher stellt sich die Frage vielleicht so: kann eine Kammer die gesetzliche höchste Staatsgewalt wegen eines drohenden Unglücks, durch einen Krieg herbeigeführt, den sie selbst gebilligt hat, aufheben und sich ohne Weiteres damit bekleiden? Eine Beantwortung ist nicht nöthig. Es sagt Alles, wenn sogar Sir Walter Scott erklärt, Napoleon sei das höchste Unrecht geschehen. Das Wesen einer repräsentativen Verfassung ist aber grade, daß Regent und Volk zusammen, im innigsten Verein mit einander ihre gegenseitigen Interessen nicht trennen und sich gegenüberstellen, sondern sie aufgehen lassen in dem einzigen des Vaterlandes. Bemächtigen sich aber die Repräsentanten des Volks, also eigentlich dieses selbst, ohne Weiteres der höchsten Gewalt und wollen eine neue Regierungsform allein bestimmen, so ist dies ein Akt, der wohl schon den Erfolg für sich gehabt hat, aber nie den Titel der Gerechtigkeit. Aber außer den unzähligen Banden, welche Volk und Herrscher an einander knüpfen, ist das der Ehre nicht zuletzt zu nennen, und diese ist immer durch ein einseitiges Verlassen im Unglück für geschmälert geachtet. Wenn also die Kammern bei ihren Beschlüssen die Forderungen der Ehre, der Gerechtigkeit und der Klugheit unbeachtet ließen, so dürfen sie es sich nie einfallen lassen, sich über das zu beschweren, was die nächste Zeit über Frankreich gebracht hat.

Waren aber zur Zeit in der französischen Kammer so schlechte Politiker, die nicht einsahen, was man alles durch jene Beschlüsse gefährdete, — Verordnungen, die sich kaum

zu irgend einer Zeit, am wenigsten für die nach dem 18. Juni erklären lassen? Nur auf eine Art vermag man dies. Sie wurden in Sturmeseile gefaßt und ohne lange Debatte, die den Gegenstand ganz erörtert hätte; die Persönlichkeit der Vorsteher der Kammer, welche solche Vorschläge machten, ward als Garantie für dieselben ohne vieles Nachdenken von der Menge angenommen. Nur blinder Enthusiasmus oder Parteiinteresse kann aber solche Propositionen durchgehen lassen und genehmigen, die eine offenbare Verrätherei an dem gegebenen anerkannten Zustande enthalten; und danach hat denn die Geschichte die Wortführer für eine solche Maßregel schon längst gesondert, aber es auch für gewiß angenommen, daß Verrätherei, klug auf die Individualität berechnet, die Mittel anwandte, die nöthig sind, um brave Enthusiasten und verächtliche Feile für ihre Zwecke gleich viel benutzen zu können.

Die Beschlüsse waren gefaßt; Napoleon schnell alle Folgen davon übersehend, wollte auch diese der Kammer begreiflich machen. Caulaincourt, Fouché und Carnot, welche Lucian als Bevollmächtigten Napoleons begleiteten, sollten die Verhandlungen deßhalb leiten. Diese selbst sind bekannt, so wie auch, daß Fouché nichts that — und so grade handelte er am meisten. Man sprach in der Kammer gegen Napoleon geradezu aus, daß man ihn nicht weiter wolle, da er das einzige Hinderniß des Friedens sei; was weiter nachher eintreten müsse, darüber kam nichts vor. Jetzt blieb Napoleon nur übrig, freiwillig zu abdiciren, wenn er nicht abgesetzt sein wollte, oder mit Gewalt gegen die Kammern aufzutreten und sie aufzulösen, bevor ein direkter Beschuß gegen ihn gefaßt werden konnte. Noch einmal, im Garten des Palast Elisée suchte Lucian seinen Bruder zu diesem letzten Schritte mit allen Gaben der Ueberredungskunst zu bewegen, und er war nicht der Einzige, der so sprach; das Volk von Paris gab unzweideutige Beweise, daß es den Kaiser bei einem solchen Beginnen unterstützen würde, aber Eile that Noth und — die Zeit verging. Dies war ein nicht einzubringender Nachtheil, denn der ver-

öffentlichte Beschluß der Kammer verfehlte seine moralische Wirkung auf die Menge nicht, und wenn auch diese Anfangs zweifelte, wohin sie sich wenden solle, so ward sie, da sie den Kaiser unschlüssig, die Kammer aber muthig handeln sah, auf die Seite der letztern gezogen. Männern, wie Benjamin Constant, die früher die Abdication des Kaisers für unzweckmäßig gehalten hatten, schien sie nun, nachdem Oeffentlichkeit die Ansicht der Kammer verbreitet, das gemäßeste. Sendungen von Napoleon an sie und wieder von ihr zurück vermehrten nur eine unzeitige Erbitterung; er sah wohl ein, er könne nur Herr bleiben, wenn er einen Kampf auf Leben und Tod mit den Parteien im Innern beginne, die mit jeder Stunde nach der Permanenzerklärung der Kammer erstarkten und heftiger wurden, und zugleich außer diesem innern Kriege Frankreich zwinge, auch die äußern Feinde abzutreiben. Nach kurzer Ueberlegung beschloß Napoleon die Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes nicht zu übernehmen und unterschrieb die Erklärung vom 22. Juni, durch welche er zu Gunsten seines Sohnes der Krone Frankreichs entsagte. Er sprach sich noch einmal über das Verfahren der Kammer aus; ihn zurückstoßen, als er von Elba landete, oder ihn vor 14 Tagen absetzen, als die Gewißheit war, daß er ohne Krieg nicht Kaiser bleiben könne, das wäre recht und männlich gewesen; wenn aber in diesem Augenblick eine Behörde ihn vom Throne zu steigen aufforderе, die aus ihrer gesetzlichen Sphäre trete, so erheischte es eigentlich sein Recht und seine Pflicht, diese aufzulösen. Indessen solle nicht von ihm die Rede sein, nur von Frankreich, aber in zwei Tagen habe dieses, seinem äußern Feinde gegenüber, keine Armee mehr, deren einziger Mittelpunkt nur er sei. — Unbekümmert um sein ferneres Schicksal trat Napoleon lieber zurück, um nicht in Frankreich auch noch einen innern Kampf zu veranlassen; er zog seinen Untergang der Möglichkeit der Rettung durch gewaltsame Mittel vor. Noch einmal müssen wir auf die Worte Benjamin Constants zurückkommen, der

Zeuge der letzten Entschließung war. Er erkennt vollkommen das Edle, Große an, was in Napoleons Schritte lag, und will nur, vielleicht um nicht unbedingter Lobredner zu scheinen, zugleich eine gewisse Ermüdung im Charakter des Mannes gefunden haben, dem gewagte Unternehmungen, unter denen sein ganzes Leben hingegangen, immer mehr zuwider wurden; aber auch er theilt die Ueberzeugung, daß Frankreich diesen Schritt weder den Rathschlägen furchtsamer Freunde, noch den Drohungen erbitterter Feinde zu verdanken habe. Und das ist auch unsere Ueberzeugung; es ist soviel geschrieben und gesprochen über diesen Punkt; politische Aussichten, daß der Kaiser von Oesterreich nach jener Abdikation zu Gunsten seines Enkels von der europäischen Coalition abgehn und diesen schützen würde, haben vielleicht in diesem Augenblicke Napoleons Geiste aus der letzten Unterredung mit Fouché vorgeschwebt, selbst wenn er daran auch nicht im mindesten glaubte. Denn man weiß, wie der Schiffbrüchige nach einem Halme greift, von dem er doch keine Rettung hoffen kann, und immer war es nur die natürliche Stimme des Blutes, welche hier laut wurde. Doch genug darüber, das was Napoleon ferner betraf, kann nicht Gegenstand dieser Geschichte sein *).

Um einen großen Schritt war also Fouché seinem Ziele näher gekommen; die stärkste Partei war in ihrem Haupte gebrochen; das Heer ward dadurch gänzlich entwaffnet, daß man den Kaiser weiter überredete, diesem seine Entsagung nochmals besonders zu übersenden. Aber noch hatte in Na-

*) Diejenigen, welche die Abdikation Napoleons zum Gegenstande einer besondern Erörterung machen, werden nicht unterlassen dürfen, von Wort zu Wort das anzuführen, was der Graf Las Cases in Folge einer langen Unterredung mit Napoleon darüber im Mémorial de St. Helène Bd. III Kap. II. mittheilte. Die Worte des Kaisers stimmen so genau mit der unbefangensten historischen Abstraktion zusammen, daß sie nothwendig Wahrheit, und nicht eine Deklamation über die That, enthalten müssen.

poleons Sohne dessen Partei einen Mittelpunkt; griff man diesen schonungslos und zu direkt an, so war das Aufstehen aller Bonapartisten zu befürchten, — daher that noch eine Zeit die heimliche Politik Noth, die auf krummen Wegen, deren Ziel der Uneingeweihte nicht ahnen kann, ihren Zweck verfolgt. Mit der vielköpfigen Partei der Kammern, ohnehin schon zum Theil für Fouché gewonnen, war leichteres Spiel, mit ihr ward dann offen und ohne Umstände verfahren.

Die Verhandlungen über die Anerkennung Napoleon II. in den Kammern begannen also und dauerten bis zum 24. Juni *). In der Pairskammer kam es wegen eines persönlichen Streites zwischen Lucian und dem Grafen Pontecoulant, (— er war ohne Grund und absichtlich, um vom Hauptthema abzulenken, —) und Labedoyere und Andern, gar nicht zur Erörterung der Sache. Inzwischen hatte man eine provisorische Regierung, aus fünf Mitgliedern bestehend, ernannt; sie waren: Fouché, Coulaincourt, Carnot, Quinette und Grenier **); ersterer als Präsident derselben, konnte nun schon im eigenen Namen etwas thun, namentlich in Beziehung auf Beseitigung Napoleon II. Er ließ Manuel in der Kammer der Deputirten darüber einen Vortrag halten, ganz im Geiste seiner Plane, der wie vorauszusehen war, nach dem was man bereits erreicht hatte, durchgehen mußte. Napoleon II. brauche nicht förmlich anerkannt zu werden — so hieß es — weil er unmittelbar schon durch die

*) Wie ganz im Einverständnisse mit den Bourbons und allein im Interesse derselben erkennt auch Ludwig XVIII. in seinen Memoiren Bd. 10. pag. 237 u. folg. an.

**) Ohne allen Zweifel dachte Lafayette mit in eine solche Commission zu kommen, wenn nicht gar ihr Präsident zu werden. Fouché aber wußte dies schlau zu vereiteln. Er machte den Bonapartisten noch Hoffnung und gewann auf diese Art gegen Lafayette alle Stimmen derselben und die Ausschließung des Letztern. — Er hatte das gethan, was man von ihm wollte, und man begann nun, ihn bei Seite zu schieben.

Entsagung im Besitze der Krone sei. Eben so solle auch keine Proklamation des neuen Herrschers Statt finden, und, was das Merkwürdigste war, auch kein Eid, weder der Huldigung noch der Treue. Dazu war davon keine Rede, ob die Regierungscommission nur im Namen oder als vormundschaftliche Behörde des neuen Herrschers thätig sein solle; selbstständig, unumschränkt war ihre Thätigkeit.

Manuel wird sich nie von dem Verdachte reinigen können, solche Vorschläge nur im Dienste Fouché's gemacht und vertheidigt zu haben; auch andere Parteien wollten Napoleon **II.** nicht, aber sie sprachen offen; aber jene künstliche Dialektik, wodurch man einen in fernen Landen weilenden Prinzen für in Besitz des Thrones erklärt, ihn also als unbezweifelten Herrscher nimmt, ihm aber die nach allen Rechten und Gewohnheiten der Staaten zukommende Proklamation und Huldigung weigert, die Regierung durch ein selbstständiges, ihm nicht verantwortliches Direktorium vollziehen läßt, das ist denn doch etwas, was unmöglich in dem Kopfe eines Staatsmannes entsprungen sein kann als innige Ueberzeugung des Rechten, oder Manuel müßte eigene Ideen von Staatsrecht und Staatsverwaltung gehabt haben. Das Interesse der Fouché'schen Partei aber sieht gar zu klar durch. Der farb- und kraftlose Schatten Napoleon **II**. sollte die Partei der Bonapartisten vorerst noch beruhigen und die anderen Parteien abhalten, mit ihren Candidaten des Thrones offen hervorzutreten; die eigentliche selbstständige Gewalt aber übte die Commission, deren Seele wieder Fouché war. Unmöglich jedoch konnten alle andern Parteien mit einem solchen widersinnigen Systeme, das voll von innern Widersprüchen war, lange hingehalten werden; dies war auch nicht nöthig. Die Verbündeten, auch Fouché und der bourbonischen Partei verbündet, waren bereits auf dem Marsche nach Paris, und Napoleon den man noch immer fürchtete, schon von der Polizei Jenes in Malmaison eng umstrickt und seine ihm treue Umgebung bis auf wenige Begleiter ge-

waltsam und unter jedem nur möglichen Vorwande von ihm getrennt. Bald ward er, zur endlichen Erfüllung seines Schicksals, ganz aus Frankreich entfernt. Da ließ man natürlich still, und ohne nur mal ein Wort darüber zu verlieren, auch seinen Sohn fallen. So ward die eine Partei nach klugem Plane ganz beseitigt, — von ihr war nichts mehr zu fürchten. Unwillkürlich drängt sich noch eine Betrachtung auf. Hätte Napoleon zu den äußersten Mitteln greifen wollen, so hätte noch einmal Europa im Feuer gestanden; wir brauchen nicht einmal die Vermuthung aufzustellen, wie der Erfolg ausgefallen sein könnte; soviel nur ist gewiß, daß in einem solchen Kampfe auf Leben und Tod die Zahl der Opfer sich nach Hunderttausenden gerechnet haben würde. Frankreich zog allein den Nutzen, daß Napoleon auf einen solchen Kampf zu eignem Vortheil verzichtete, und man erkannte dies sehr wohl an, indem die Kammern sein Verdienst um das Vaterland in diesem Schritte öffentlich aussprachen. Keine Stimme aber erhob sich, ihm dafür zur Dankbarkeit nur einmal die Sicherheit eines Privatmannes auszuwirken *), — man warf ihn fort und überließ ihn allein sich selbst. Dafür war er zu gut, oder wenn man auf die Seite der Eiferer gegen ihn treten will, zu schlecht. Ist irgend etwas im Stande, zu beweisen, daß in den letzten Tagen des Juni in Frankreich nicht das Interesse und die Ehre des Landes, sondern nur die Interessen der Parteien verhandelt wurden, — ein Treiben, wo im Dienste des

*) Das bloße Schreiben der provisor. Regierung darum an Wellington kann unmöglich gerechnet werden, — diese sah vielleicht die Verweigerung nicht ungern und im Voraus. Aber sie wäre nicht verweigert worden, nachdem Napoleon einen solchen überzeugenden Beweis seiner Friedensliebe gegeben, wenn es Frankreich zu einer nationalen Ehrensache gemacht hätte, sie zu fordern und eine solche Forderung durchzusetzen. Nur allein der Minister Bignon in seiner Instruction für die französischen Bevollmächtigten nahm diesen Punkt auf, aber seine Worte verhallten im Winde.

Egoismus das Allgemeine jeder Betrachtung entrückt ward, — so müßte es auch jener Umstand sein.

Doch Fouché verlor keine Zeit; immer grader und immer offener ging er seinem Ziele entgegen; seine Verbindungen mit den Bourbons und dem englischen Hauptquartiere traten klar hervor. Noch während Napoleon in Malmaison war, ward bei den französischen Vorposten des Grafen Reillé der Bruder des Herzogs von Benevent eingebracht, der von Paris kam und mit einem Paß unter dem Namen: „Petit“ reisete. Man wollte ihn zur Untersuchung der Regierungscommission überliefern, ließ ihn aber ziehen, als er sich auswies, grade von dieser, — d. h. natürlich von Fouché, die andern Mitglieder wußten nichts davon, — mit einer wichtigen Mission für die Verbündeten beauftragt zu sein; der Inhalt derselben ist nicht bekannt geworden. So unbedeutend dies Ereigniß an sich ist, so vortrefflich dient es dazu, den Geist anzudeuten, in welchem die folgenden Begebenheiten aufzufassen sind. Es kam Fouché darauf an, die Partei der Kammern und seine übrigen Collegen in der Regierungs-Commission, die zwar wirklich und aufrichtig Frieden, aber keine Bourbons wollten, klüglich zu beseitigen; es gelang dies leichter fast noch, wie die Trennung der Partei Napoleons.

Bereits am 25. Juni hatte eine Commission Paris verlassen, die dazu angewiesen war, sich in das Hauptquartier der verbündeten Monarchen nach Manheim zu begeben, um hier über das Schicksal Frankreichs und den Frieden zu unterhandeln. Bignon, Minister der äußern Angelegenheiten, hatte für sie eine Instruction entworfen, eines der wichtigsten politischen Aktenstücke jener Tage. Die Bevollmächtigten waren angewiesen, hauptsächlich auf die Integrität des Gebiets Frankreichs und auf die National-Unabhängigkeit zu bestehen, letztere namentlich in sofern in Anspruch zu nehmen, als nach Entsagung Napoleons sein Sohn von selbst Herrscher geworden sei; dabei solle auf alle Erklärungen der verbündeten Mächte Bezug genommen werden, wodurch sie geradezu

ausgesprochen, sie gehen nicht darauf hinaus, Frankreich eine bestimmte Regierungsform aufzudringen. Vorzüglich auf Oesterreich waren die Abgesandten hingewiesen; man glaubte, der Großvater würde Interesse für seinen Enkel nehmen, und zugleich ward darauf aufmerksam gemacht, wie das Gleichgewicht in Europa grade dadurch und am leichtesten gefährdet scheine, wenn die Familie der Bourbons eine Menge Throne, wie die von Frankreich, Spanien und Neapel einnehme. Vor allen Dingen ward aber vorgeschrieben: da die Interessen der einzelnen Höfe und Monarchen nicht dieselben seien, mit jedem besonders für den Hauptzweck zu verhandeln, und dabei die geeignetsten, näher beschriebenen Motive wirken zu lassen. Hier kommt die merkwürdige Stelle vor: Der Hof von Berlin sei derjenige, von welchem Frankreich die wenigste Schonung zu hoffen habe; man solle ihn daher vorerst am wenigsten berücksichtigen, denn wenn es gelänge, die übrigen Mächte Frankreich geneigt zu machen, so müsse dieser Staat, dessen Kräfte einen bedeutenden Stoß erlitten, schon von selbst nachfolgen. Ich habe diese Worte ausdrücklich hervorgehoben; sie sprechen die Politik Frankreichs, Preußen gegenüber, während der folgenden Zeit klar aus, und vielleicht haben sie überhaupt dazu gedient, diese zu begründen. Wir kommen oft darauf zurück.

Die Vorsteher der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung waren noch ziemlich unabhängig; Bignon war, wenn auch nicht grade Bonapartist, doch dem Interesse dieses Hauses, insoweit es sich mit dem Frankreichs vereinigen ließ, ergeben. Fouché hatte nicht die Macht, eine solche Instruktion zu verhindern, oder, wenn er sie hatte, hielt es noch nicht an der Zeit, offen eine andere im Interesse der Bourbons unterzuschieben. Wohl aber hatte er als Präsident der Regierungs-Commission einen ganz besondern Einfluß bei Ernennung derer, welche nach jener Instruktion handeln sollten, und somit war ihm denn das Mittel gegeben, diese, die nicht in seinem Plane lag, in der Stille unwirksam zu

machen. Er ließ für jene Gesandtschaft ernennen die Herren: Sebastiani, den Grafen Pontecoulant, den Grafen de la Forest, Lafayette, Argenson, und zum Secretair Benjamin Constant. Die drei ersten, namentlich der Graf Pontecoulant, hatten sich offenbar und geradezu gegen Napoleon II. ausgesprochen, vielleicht waren sie schon von Fouché's weiteren Plänen unterrichtet und ihnen gewogen, und der Graf de la Forest als Werkzeug Talleyrands bekannt. Dieser letzte Umstand ist von ganz besonderer Wichtigkeit. — Aber auch keiner der drei letzten war für den neuen Herrscher. So konnte denn Fouché die Herren um so sicherer ziehen lassen, als kein Erfolg, ihrer Instruktion gemäß, zu fürchten war. Denn schon hatte sich wenigstens England so gut als geradezu für die Herstellung Ludwig XVIII. ausgesprochen in einem Zusatzartikel zu dem Vertrage vom 25. März. Es war dieser als Erklärung von London datirt, und vom 15. April 1815 *).

Von einer solchen Commission war daher für eine Handlungsweise im Geiste der Bignonschen Instruktion nichts zu hoffen. Aber der schlaue Fouché hatte ohne Zweifel bei Ernennung der drei letzten Mitglieder noch einen andern Zweck. Von Benjamin Constant, dem starren Constitutionellen, der schon in dieser Partei einen bedeutenden Einfluß hatte, war vielleicht, wenn Fouché's Pläne ans Licht gekommen wären, eine bedeutende Opposition zu fürchten; noch mehr aber von den Republikanern, die im Verein mit der Nationalgarde, auf die kein Name einen solchen Zauber ausübte, wie der Lafayettes, vielleicht offen aufgestanden wären. Jene Parteien wurden daher um ihre Häupter geschwächt und diese von dem Schauplatz der Begebenheiten entfernt **). Man

*) Vid. Klüber Akten des Wiener Congresses II. pag. 290.

**) Sehr charakteristisch ist die Erzählung, welche Capefigue in den cent jours II. pag. 443 liefert. In demselben Augenblick, wie die Commission abging, und wo Fouché noch eine lange Zeit mit La-

war sicher, daß von ihnen, da man sie auf einer Mission beschäftigte, die ganz ihren Grundsätzen zuwider war, nicht gehört würde, sie seien als Bonapartisten thätig gewesen. Und diese Gewißheit hatte man auch schon aus ihrem ersten Berichte, vom 26. Juni, aus Laon datirt. Der Erfolg dieser Sendung ist bekannt genug.

Inzwischen waren die Verbündeten immer mehr nach Paris vorgedrungen. Schnell wurden andere Abgeordnete ernannt, welche sich in ihr Hauptquartier, hauptsächlich aber in das Wellingtons, begeben sollten, um einen Waffenstillstand zu unterhandeln. Es waren: Andreossy, Valence, Flauguergues, Boissy d'Anglas und La Benardière. Aber eingeleitet ward diese Botschaft durch einen Brief Fouché's an Wellington, in welchem er ihn in einem schmeichlerischen Tone um seine Vermittelung bei Anordnung der neuen für Frankreich festzustellenden Verhältnisse angeht *). Ob Fouché bei Ernennung der Mitglieder jener zweiten Commission ein

fayette über die Sendung redete, harrte im Vorzimmer schon ein anderer Abgesandter, der eine Sendung in das Hauptquartier Wellingtons und von da zu Ludwig XVIII. übernehmen sollte.

*) Ueber jenen Brief noch einige Worte. Er ist vom 27. Juni. Es wird darin auseinandergesetzt, daß Frankreich unter einem Monarchen und unter der Herrschaft der Gesetze leben wolle; es habe in der Republik die Extreme der Freiheit, und unter der Kaiserherrschaft (die Kaiserherrschaft, da von Staatsformen, nicht von Personen die Rede war, blieb unter Napoleon II.) die Extreme der Macht kennen lernen; es wünsche zwischen beiden eine Mitte. Wellington solle dazu behülflich sein. Eine Person ist nicht genannt, die Bourbons sind gewiß gemeint, ich schließe dies aus jenen Andeutungen und aus dem Umstande, daß grade Wellington, in dessen Hauptquartier Ludwig war, um Vermittlung angerufen wurde. Sonderbar, in dem Briefe dahin, wo die Politik geleitet wurde, nur jene Andeutung, und in einem andern an Blücher vom 1. Juli spricht Fouché geradezu für Napoleon II.! Ich traue dem Briefe nicht, jedenfalls hatte er, wenn er ächt ist, eine perfide Absicht und dient im letzteren Fall zum Beweise, daß Fouché damals nicht für den Herzog von Orleans zu wirken im Sinne hatte.

ähnliches Interesse verfolgt hat, wie bei der ersten, ist aus den Geschichtschreibern für die Begebnisse jener Tage nicht zu ersehen. Jedenfalls waren Alle gegen Napoleon II.

Die Eröffnung der Verhandlungen grade mit dem Herzog von Wellington ist nicht zu übersehen. Mit ihm war Talleyrand, der dem König Ludwig XVIII. nach Gent folgte, in beständiger Verbindung geblieben, und beide waren früh einig, wie im Interesse Englands die künftige Stellung des Königs und die Frankreichs sein müsse. Ueberhaupt waren England und die Familie der Bourbons sich vollkommen einverstanden. Capefigue in der Geschichte der Restauration (II. p. 402) behauptet, daß bereits die Herzogin von Angouleme, welche die Unterhändlerin mit dem Prinz Regenten machte, für ihre Familie wenigstens persönliche Zusicherungen erhalten habe. Ich kann nicht sagen, worauf diese Angabe beruhe; der Gang der Verhandlungen und Ereignisse aber macht sie mehr als wahrscheinlich. In Wellingtons Hauptquartier war ferner gleichfalls der Graf Pozzo di Borgo; auch er ward, indem er Rußlands Interessen wahrnahm, zu jenen Beredungen gezogen, und somit waren drei der Hauptmächte bereits, lange vor der Einnahme von Paris, einig über den künftigen Zustand Europas, und, da eine Majorität vorhanden war, mußten die übrigen Mächte, namentlich Oesterreich, das zum Nachgeben geneigt war, wohl folgen. Napoleon, als man ihm vorschlug, sein und seines Sohnes Interesse in die Hände Rußlands, namentlich Alexanders zu legen, meinte: dieser würde durch Englands Stimme geleitet, und Oesterreich thue wie im Jahre 1813, was die Anderen thäten. Er hat die Politik der Höfe nach dem 18. Juni 1815 damit richtig charakterisirt. Preußen scheint die Wichtigkeit der politischen Verhandlungen im Wellington'schen Hauptquartiere nicht früh genug erkannt zu haben; es ward nur sehr allgemein über die Einsetzung der Bourbons mit dem Hauptquartiere Blüchers communicirt. In dem Eifer, das erst mit dem Schwerte zu erringen, was nachher durch die

Feder zu befestigen sei, übersah Preußen, daß in letzterer Hinsicht schon Alles thätig war, und es erfuhr dies nachher zu seinem großen Schaden. Die Stellung der einzelnen europäischen Mächte auf dem späteren Frieden zu Paris, und die Politik, wie Forderungen Einzelner durchgesetzt, Anderer zurückgewiesen wurden, ist damit schon angedeutet. Nicht in Paris, nein im Hauptquartiere Wellingtons war schon das spätere Staatensystem verabredet. Doch hierüber später mehr.

Die Unterhandlungen Fouché's beschränkten sich aber nicht allein auf jene offenen Schritte; diese waren scheinbar im Interesse Frankreichs und aller Parteien darin; auch für seine eigene Stellung sorgte er noch besonders durch geheime Verhandlungen, die nur zur Zeit Wenigen bekannt wurden. Alle diese Schritte aber fanden ihr Ziel in dem Hauptquartiere Wellington's; hier war ja um so mehr der Hauptsitz der bourbonischen Partei, als Ludwig XVIII. mit dem englischen Heere zog, um zum zweitenmale Besitz von seinem Throne zu nehmen. Geheimer Unterhändler, dem zwar mehr versiegelte und schriftliche Depeschen, als mündliche Aufträge anvertraut wurden, war der neapolitanische Ritter Macirone, einst Adjutant Murats in Neapel, der aber dessen Dienst verlassen, als England sich in Folge seines unüberlegten Krieges in Italien gegen ihn erklärt hatte. Schon früher mit englischen Staatsmännern bekannt geworden, lebte er jetzt als Privatmann in Paris, wo er hoffte, seinem ehemaligen Herrn, Murat, wenigstens persönlich nützlich sein zu können, wenn er auch Theilnehmer seiner Unternehmungen, die ihn um seine Krone, und später um sein Leben brachten, nicht hatte sein wollen. Nichts ist so sehr im Stande, ein klares Bild der geheimen Politik Fouché's zu geben, als das, was Macirone darüber veröffentlicht hat*). Zwar ist

*) Interesting Facts relating to the fall and death of Joachim Murat, king of Naples, the Capitulation of Paris in 1815 and the

dieses später im Quarterley Review oft zweifelnd angegriffen, allein der Verfasser hat sich dagegen siegend vertheidigt, so wie denn seine Angaben das innere Gepräge der einfachen Wahrheit tragen und meist so gestellt sind, daß sie leicht controllirt werden können. Auch andern Geschichtschreibern jener Zeit, namentlich Fleury de Chaboulon, ist es sehr wohl bekannt, daß Fouché bei den Unterhandlungen über die Uebergabe von Paris sich des Ritters Macirone bedient habe.

Fouché gab jener von ihm erwählten Commission eine weitläuftige Instruktion mit; sie ist vom 27. Juni. Wir übergehen das rein militairische darin, und betrachten nur ihren politischen Inhalt. Geradezu irgend Jemand zum Herrscher zu verlangen steht nirgend vorgeschrieben, sondern es wird nur im Allgemeinen gesagt, man habe auf Nationalunabhängigkeit zu sehen; wenn hierunter freies Wahlrecht des französischen Volks in Beziehung auf einen neuen Herrscher hätte von Einzelnen verstanden werden können, so war Fouché früh genug bemüht, eine solche Ansicht gehörig einzuschränken. So sollten die Abgesandten auf Alles aufmerksam sein, was vielleicht den Beschluß erkennen ließe, welchen die verbündeten Souveraine über die künftige Form der Regierung in Frankreich gefaßt hätten, und was in dieser Hinsicht Einfluß auf den Entschluß der provisorischen Regierung haben könnte. Es könnte möglich sein, daß die Ereignisse forderten, den Inhalt der früheren Instruktionen (die Bignons für die Abgesandten an die Souveraine selbst, welche der jetzigen Commission mitgetheilt wurde) in seinen Grundlagen zu erweitern, und daß die Commissarien versuchen müßten, ein anderes Arrangement zu treffen, um einen Theil der Nationalunabhängigkeit zu retten, wenn diese nicht ganz

---

second restoration of the Bourbons: original letters from king Joachim to the author with some account of the author and of his persecution by the French Government. By Francis Macirone late Aide-de-Camp to king Joachim. London 1817.

zu erhalten sei. Es ist kaum möglich, einen Gegenstand, ohne ihn geradezu zu nennen, deutlicher zu bezeichnen. Fouché aber blieb hiebei allein noch nicht stehen.

Durch jenen Ritter Macirone, — es ward klüglich dafür gesorgt, daß die Zeitungen jener Tage auch nicht ein Wort darüber bekannt machten, — unterhandelte nun auch Fouché direkt mit Wellington, und ließ eine versiegelte Depesche an diesen überbringen. Eine Scene, die dem Ritter auf dem Wege begegnete, ist zu charakteristisch, um sie zu übergehen. Er gelangte zuerst in das preußische Hauptquartier, und als er hier den Zweck seiner Reise angab, Mission an Wellington, so gerieth Gneisenau darüber in die höchste Bewegung, die ihn in die Worte ausbrechen ließ: Was? Niemand als der Herzog von Wellington? Immer nur der Herzog von Wellington? Haben Sie vergessen, daß es auch einen Fürsten Blücher und eine preußische Armee giebt, man soll es wenigstens noch fühlen! Zum erstenmale tritt hervor, wie Preußen seine Zurücksetzung bei allen diplomatischen Verhandlungen fühlte, und wie diese von Frankreich künstlich unterhaltene Politik dahin führen mußte, den Sieger in mancher Hinsicht zum Besiegten zu machen. Noch einmal wäre der Augenblick gewesen, für Preußen das Verlorne einzubringen, aber auch dieser entschwand unbenutzt und unerkannt!

Inzwischen konnte man Macirone in seiner Sendung nicht aufhalten; er trug Sorge, Fouché's Depesche noch früher an Wellington zu überreichen, als dieser die fünf französischen Commissarien gesprochen hatte. Der Inhalt derselben ist so wenig ihrem Ueberbringer als der Nachwelt bekannt geworden; aber als bald nachher jene Commissarien zur Audienz kamen, da erhielten sie nach einer fünfstündigen Verhandlung gradezu den Bescheid, daß nichts übrig bliebe, als Ludwig **XVIII.** zum Könige auszurufen.

Die französische Armee hatte sich nach und nach bis unter die Mauern von Paris zurückgezogen. Grouchy, der sie

commandirte, sandte Berichte von ihrer vollkommenen Desorganisation ein, die, wie es sich später auswies, ganz falsch waren, und die reine Erdichtungen über den Geist der Generale und Soldaten enthielten. Er gab die Nationalsache für verloren und meinte, es bleibe nichts für Frieden und Ordnung über, als die Bourbons anzuerkennen. Wichtiger war noch, daß auch Davoust geradezu schon der Regierungs-Commission Bedingungen vorlegte, unter denen man die Bourbons zurückrufen müsse; auch correspondirte er darüber noch besonders mit Fouché *). Letzterer hatte natürlich über diesen Punkt nicht die alleinige rechtliche Entscheidung; die Regierungs-Commission wies für jetzt noch diesen Schritt zurück. Aber Fouché führte die Angelegenheit dahin, daß zuletzt die Ereignisse, nicht die Menschen, den Spruch thaten; er setzte es durch, daß Davoust am 30. Juni an die Spitze der Armee gestellt wurde, als Grouchy seinen Abschied nahm. Damit war diese freilich nicht für Ludwig **XVIII.** gewonnen, aber sie war doch durch ihren Befehlshaber verhindert, irgend etwas gegen ihn zu unternehmen.

Dies war unterdessen zu Paris geschehen, als Macirone dahin zurückkehrte mit dem Bescheide, den auch die Kammern erhalten hatten, daß nichts übrig bleibe, als zu Ludwig **XVIII.** zu halten. Davoust, der hiervon benachrichtigt wurde, glaubte doch, obgleich dies Resultat ganz seinen früher gethanen Schritten und geäußerten Wünschen gemäß war, um sich eine Popularität beim Heere zu erhalten, und dies nicht zu offenbaren Schritten gegen sich zu reizen, sich so stellen zu müssen, als wenn er aufs Höchste über eine solche tyrannisirende Anforderung entrüstet sei. Es ist dies nicht zu verwundern, zu einer Zeit, wo Jeder wenigstens zweizüngig war, und gern für alle Fälle vorbereitet sein wollte. Manchem mochte ein solches Benehmen schwer werden; einem Mann aber wie Davoust, der einst Napoleon, der ihn zu

*) Brief vom 29. Juni.

allem gemacht, was er war, sagen ließ, als die Abreise von Malmaison nach Rochefort unter verschiedenen Anerbietungen sich verzögerte: „Sagen Sie Ihrem Napoleon, daß wir ihn nicht wollen, und wenn er nicht bald geht, so werden wir die Mittel finden, ihn mit Gewalt fortzubringen,“ einem solchen Mann hat es gewiß nicht viel gekostet, den Schmeichler aller Parteien zu spielen.

Als Macirone der provisorischen Regierung Bericht von seiner Seite über die Sendung an Wellington abstattete, ging es natürlich nicht ohne Verwunderung darüber ab, daß die Vollmacht dazu allein von Fouché, nicht von seinen übrigen Collegen herstammte; die Erzählung dieses Umstandes und der Vertheidigung Fouché's deswegen klärt den Weg, den Letzterer für seine Zwecke eingeschlagen, immer mehr auf.

Die Preußen waren darauf auf das linke Seineufer übergesetzt, um Paris von der offenen, unbeschützten Seite anzugreifen, während Wellington die Seite des Montmartre bedrohete; man wollte eine förmliche Belagerung, wie die im Jahre 1814, dadurch umgehen. Ueber die Zweckmäßigkeit dieser militairischen Maßregel mögen Andere urtheilen; fast scheint es aber, daß man eine solche Trennung der Streitkräfte im Angesichte einer Stadt von fast einer Million Einwohnern, unter deren Mauern ein Heer stand, was jedem einzelnen Theile an Zahl überlegen war, nicht hätte wagen dürfen, wenn man nicht die feste Gewißheit hatte, keinen allgemeinen Widerstand zu finden. Die Nationalgarden, in die Werke auf der Ostseite verlegt, würden Wellington leicht so lange beschäftigt haben, bis die ganze vereinte französische Armee, deren Bewegungen noch dazu die Stadt vortrefflich verdeckte, den Preußen einen heißen Tag bereiten konnte. Doch die Ereignisse sollten sich immer mehr ihrem Schlusse nähern.

Die Rathlosigkeit auf der einen, die Zuversicht auf der andern Seite stieg immer mehr, als auch später als Macirone, jene officielle Commission wieder nach Paris zurück-

kehrte und die Anforderungen überbrachte, die man an sie im Wellington'schen Hauptquartiere gemacht hatte. Man wandte sich an mehrere Generale, um deren Meinung über die militairische Lage von Paris zu hören. Massena und Lefebre meinten beide, die Stadt könne nicht eingenommen werden, wenn man überhaupt dies nicht leiden wolle, aber dazu gehöre Einigkeit; Soult, der sich schon mehr für die Bourbons ausgesprochen, erklärte sie für ganz unhaltbar; Carnots Meinung hielt das Mittel dieser Ansichten. Man ließ es auf einen Kriegsrath ankommen, der in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli gehalten wurde; seine Zusammensetzung war für einen gewissen Plan unbedingt berechnet. Soult vergaß sich in sofern darin, als er in einer Berathung, die einen rein militairischen Punkt zu entscheiden hatte, auch einen politischen, die Restauration der Bourbons, zur Sprache brachte. Das Resultat war: Paris sei nicht haltbar. Darauf versuchte man nochmals einen Waffenstillstand mit dem preußischen Heere zu schließen, um während desselben wegen der Uebergabe von Paris zu verhandeln. Aber auch dieser ward abgeschlagen, — erst nach Uebergabe der Hauptstadt und der Armee sollen die Waffen ruhen.

Da nun einmal die Sachen ohne ernstlichen Widerstand so weit gekommen waren, so konnte man jetzt mit fester, kräftiger Hand die letzte Entscheidung herbeiführen; zu fürchten war nichts mehr. Fouché sandte ohne Vorwissen der provisorischen Regierung zwei Emissaire ab. Herr Tromeling ward für das preußische Hauptquartier bestimmt; darüber, was er zu überbringen hatte, ist nichts bekannt geworden; wohl aber der Inhalt der Note, die Macirone dem Herzog von Wellington, auf dessen Umgebung die letzte Entscheidung in der Tagespolitik beruhete, einhändigen mußte. Es hieß darin: die Armee widersetzt sich, weil sie unglücklich ist; man beruhige sie und sie wird treu und ergeben werden; eben so die Kammern, man beruhige auch sie und man wird Alle auf seiner Seite haben. Man entferne die Ar-

mee; die Kammern werden in Alles willigen, wenn man ihnen einen Anhang zur Verfassungsurkunde, als eine vom König versprochene Garantie zusagt. Dies Alles wird in drei Tagen ins Reine gebracht werden können, es ist aber nöthig, daß die Heere erst nach dieser Zeit in Paris einrücken. Denn die Kammern werden dann noch bei diesen Verhandlungen an ihre Unabhängigkeit glauben, und dadurch gewonnen; nur Ueberredung, nicht Gewalt muß bei ihnen angewandt werden. Es ist nicht unwichtig zu wissen, daß zu Gonesse, im Hauptquartiere Wellingtons, damals noch Talleyrand, Pozzo die Borgo und Sir Ch. Stuart waren. Zwischen diesen also und Fouché war dies die letzte Verständigung, an diese gingen jene Verhaltungsregeln; dieser einfache Umstand beweis't einen großen Theil früherer aufgestellter Behauptungen. —

Am 3. Juli fand die bekannte Capitulation von Paris Statt, ganz im Geiste jener angerathenen Maßregeln; die französische Armee zog sich hinter die Loire zurück und konnte dann nicht mehr für die ferneren in Paris vorzunehmenden Schritte gefährlich werden. Zwar zeigten sich im Heere Spuren der Gährung, der Widerwille gegen jene Convention — wie sie Fouché taufte — sprach sich ohne Rückhalt aus. Der Oberbefehl aber war in zu guten Händen, und Davoust, der schon offen den Abgesandten Ludwigs, den später so übel berüchtigt gewordenen Herrn von Vitrolles bei sich sah, wußte trotz aller Bewegungen sein Ziel zu erreichen.

Das Document, was Macirone von seiner zweiten Sendung zurückbrachte, lautete, nachdem dies Ereigniß vorangegangen war, natürlich schon befehlender als das erste. Wellington gab der Regierungs-Commission den Rath, beim Abgange zu ihrer eigenen Sicherheit zu erklären: sie habe nur darum die Verantwortlichkeit der Regierung übernommen, um die öffentliche Ruhe, das Reich aber Sr. Majestät Ludwig **XVIII.** zu sichern. Auch Talleyrand, jetzt zum erstenmale gradezu als Bevollmächtigter des neuen Königs

handelnd, ließ durch Macirone versichern, daß der König, zu dem man das unbedingteste Vertrauen habe, ganz nach der alten Verfassung mit sofort zu ernennenden Kammern regieren werde. Dann lud Wellington Fouché nochmals ein, mit ihm besonders über alle Punkte zu verhandeln, und bot ihm jede Unterstützung von seiner Seite an, wenn er solche noch bedürfen solle, um die Capitulation von Paris in Kraft zu setzen. —

Es fand auch wirklich mit Bewilligung der Regierungs-Commission eine Unterredung zwischen Fouché und Wellington Statt. Zwar hatte man ihm aufgetragen, nochmals einen ernstlichen Versuch zu machen die Bourbons zu beseitigen*); aber er kam mit ganz andern Resultaten zurück. Wellington hatte ihm schon den Tag bestimmt, wo Ludwig **XVIII**. seinen Einzug halten solle, eben so hatte ihm Pozzo di Borgo Namens des Kaisers von Rußland erklärt, daß nur Ludwig als König von Frankreich anerkannt werden würde. Briefe von Metternich sprachen aus, daß der Kaiser von Oesterreich gleiche Gesinnungen hege. Fouché war bereits bei dieser Sendung auch bei Ludwig **XVIII**. gewesen, von dem er die Zusage mitbrachte, der Charte neue Garantien beizufügen. Solches zu verhandeln und gar anzunehmen, dazu aber war er von der Regierungs-Commission weder angewiesen noch bevollmächtigt. Von nun an bedurfte es von Seiten Fouché's keiner Verstellung mehr. Die öffentlichen Blätter machten seine Ernennung zum Polizei-Minister Ludwig **XVIII**. bekannt, und plötzlich waren die

*) Fleury de Chaboulon setzt hinzu: „seinem Briefe vom 1. Juli gemäß"; es kann dies kein anderer gewesen sein, als der schon erwähnte an den Fürsten Blücher. Welche Absicht Fouché hatte, an denjenigen der damaligen Feinde, der sich am wenigsten auf Politik verstand, einen solchen Brief zu schreiben, wird wohl nicht aufgeklärt werden können. Vermuthungen für irgend einen Zweck lassen sich zwar in Menge aufstellen, sie sagen und erklären aber nichts.

aufgeklärt, welche über die Farbe in Zweifel waren, welche Fouché bis jetzt getragen. —

Die Regierungs-Commission lös'te sich, nachdem die Verbündeten in Paris eingezogen waren, am 7. Juli auf. Fouché suchte auch die Kammern hiezu zu bewegen, freilich nicht direkt, wohl aber anrathend, indem er anzeigte, daß fremde Truppen alle Sitzungslokale besetzt hielten und die Verbündeten nur Ludwig XVIII. anerkennen wollten; daß, da die Sitzungen und Berathungen daher nicht mehr frei wären, man nur noch Wünsche für das Vaterland haben könne. Die Kammern jedoch ließen diesen Fingerzeig unbenutzt; als sie aber am andern Morgen ihre Sitzungen fortsetzen wollten, da fanden die Mitglieder das Lokal von Nationalgarden besetzt, welche Jedem den Zugang wehrten. Da war es denn mit den Kammern von selbst aus, — ein unrühmlicheres Ende hätten sie nicht nehmen können. Nicht die Genugthuung ward ihnen, wenigstens den Schein zu retten, als wenn sie freiwillig das gethan, was doch in ihrer Macht nicht mehr stand abzuwehren; nicht die Genugthuung, sagen zu können, daß unberufene Macht ihnen mitten in ihren Sitzungen ihr Ende angekündigt, und daß sie im rühmlichen Widerstande gefallen seien. Nein, spurlos wurden sie bei Seite geschoben, spurlos verschwanden sie; das Volk redete nicht mehr von ihnen, und sie nicht mehr von sich; das wahre Bild des Unbedeutenden, was auch nicht einmal den Versuch macht, sich geltend machen zu wollen. Aber diese Kammern waren auch dieses Endes werth! Hier zeigt sich wieder die Wahrheit, daß Kammern nur etwas bedeuten im innigsten Verein mit der gesetzlichen Macht, daß im festen Halten an einander Beider wahres Wohl und wahre Stärke ist, und daß die Eide, welche eine solche Verbindung knüpfen, noch nie ungestraft gebrochen worden sind. Aber da erscheinen dann die jallezeit fertigen philosophischen Köpfe, die sich im praktischen Leben entweder noch nicht versucht und gezeigt haben, oder die dieses für unbrauchbar erkannt, und wohl

gar als unverbesserlich ausgestoßen hat. Beweisen aber können Alle diese klar und schön, daß sämmtliche Staatsformen nichts taugen, deren letzte Gründe nicht auf ihre Ideen fußen. Ohne einer festen Hand gewiß zu sein, die aufbauen und ordnen kann, wird umgeworfen, von Wenigen auch nur in reiner Absicht, dem Bessern Platz zu machen, wenn auch die Kräfte der Ausführung fehlen; von den Meisten weil Eitelkeit oder versteckte Herrschsucht die Erhebung ihrer Person im Hintergrunde zeigt. Irgend ein Unglück, welches es auch sei, ist die Zeit ihrer Erndte, nnd die leicht erregte Hoffnung der Menschen das unendliche Feld ihrer Aussaat. Denn es wird nun dargethan, das alles Unglück, was den Staat getroffen, nur daher komme, weil er nicht nach ihren Grundsätzen regiert, und daß es besser werde, so wie man vom Alten lassen und zum Neuen treten wolle. Grade hier aber sollte man zur Geschichte zurück kehren und aus ihr lernen, daß dem Unglück nicht durch trennende Neuerungen, sondern nur durch festeres Schließen an einander gesteuert werde; und daß eine so geknüpfte und treu gehaltene Verbindung im Staate von einer höhern Hand noch immer mit Ruhm und Erfolg gekrönt ist, — wir dürfen nur an Preußen seit 1807 erinnern. Aber die Kraft des Ausharrens gehört mit hierzu, die willige Entsagung jedes Einzelnen; selten nur findet man leider die Bereitwilligkeit, dieses Schwerste zu leisten. So strömt die Masse dem zu, der da verheißt, ohne jene Forderungen und Aufopferungen, in neuen von ihm erdachten Formen, Friede Glück und Einigkeit in den Staat zurückzuführen. Aber so wie die Zeit der Wunderdoctoren vorüber ist, so gehen auch alle Theorien, Luftschlösser und der auf solcher Basis beruhende Enthusiasmus unter in der Feuerprobe der Wirklichkeit. Irgend ein Geschichtschreiber jener Zeit, — ich weiß nicht gleich welcher, — sagt: Als Napoleon in den Tagen nach dem 18. Juni von Einigkeit, Männern und Waffen redete, schwatzte man von Freiheit, Gleichheit und allgemeinen Menschenrechten; aber, frage ich, die es thaten, waren

sie die Männer danach, Frankreich durch die Stürme der Gegenwart zu diesen Gütern zu führen? Und wenn sie es nicht waren, welches muß das Urtheil der Geschichte über sie sein, wenn sie trotz dem die bürgerliche Ordnung umwarfen und dem Verrathe und dem Spiel der Parteien ihr armes Vaterland preis gaben. Als die Stunde der Entscheidung so furchtbar nahete, — wo war da Lafayette mit seiner dreifarbigen Fahne der bürgerlichen Ordnung und der Einigkeit*), wo waren die Stimmen Jener, die ihm zugejauchzt, die ganz Frankreich um sich und unter jenen Fahnen versammeln wollten, wo zeigte nur Einer von ihnen den Muth dem kraftvollen Feinde gegenüber, auf den er groß gethan, als er den Fuß auf den gefallenen Löwen setzte. So mußte denn auch kommen, was kam. Vormundschaft des Feindes, Contributionen, die für alle Zeiten einen fressenden Wurm in den Staatshaushalt übersiedelten, und schlimmer als alles, die 15 Jahre der älteren Bourbons mit ihrer Geschichte. Und doch scheinen die Franzosen nicht viel klüger geworden, — der Staatskünstler macht noch immer mehr Glück dort, als der wahre Staatsmann.

Im Schlosse von Arnouville war zwischen Ludwig XVIII. und denen, welche für ihn gearbeitet hatten, das Nähere für die neue Staatseinrichtung verabredet, das Ministerium unter Talleyrand und Fouché**) gebildet, und vielleicht schon

---

*) Schon vor 21 Jahren bei Berathung der Adresse für die Befreiung Lefayettes hatte der große Edmund Burke ihn richtig einen Mann genannt, der weder Talent noch Kraft besitze, Stürme, welche er künstlich aufgeregt, zu leiten.

**) Es ist wohl nicht uninteressant, aus den Memoiren Ludwig XVIII. das Zeugniß auszuschreiben, was er selbst Fouché ausstellt. Es ist im zehnten Bande pag. 153 enthalten in den Worten: Je doit ajouter que pendant la durée de mon second exil il trouva toujours moyen de nous faire passer des avis utiles, et que si le prince de Talleyrand a pu réclamer la gloire de ma restauration en 1814, le duc d'Otrante a beaucoup aidé à celle de

berathen, wie man nun auch die Verbündeten, durch deren Hülfe man wieder Herr Frankreichs war, am besten überlisten könne, gleichwie man den innern Feind, die Parteien in Frankreich dupirt hatte. Man ging frisch an die Arbeit und sie gelang. Ludwig zog in Paris ein, und andere Ereignisse folgten. Kein Staat aber, außer Frankreich, hat ein gleiches Interesse daran, diese nie zu vergessen, wie Deutschland, denn mit ihm ist fast eben so arg gespielt, wie mit Frankreich. Es ist geschehen, und nun nicht mehr zu ändern, aber heilige Pflicht ist es für die Geschichte, eine Lehre dieserhalb für künftige Zeiten aufzustellen. Darum zum Schluß noch eine Bemerkung.

Die Verbündeten hatten über die Sache des französischen Volks so eben gerichtet und seine Bestrebungen, den Frieden von Europa zu trüben, danieder getreten. Es hätte wohl auf dieses Gericht ein Urtheil gehört, und dieses wäre in dem demnächstigen Friedensdokument enthalten gewesen.

1815. — Wichtiger fast noch ist das, was pag. 245 ff. über die Stellung Fouché's zu Ludwig und den Cabinets der Verbündeten vorkommt. Talleyrand und Metternich waren ein wenig brouillirt; desto lieber ließ sich letzterer mit Fouché ein, um mit ihm vereint die Restauration zu bewirken, und die Ehre davon Talleyrand zu entziehen. — Bemerkt muß noch werden, daß Ludwig von seinem neuen Ministerium sagt: Talleyrand und Fouché haben es allein gebildet, die drei andern Collegen seien nur der Form wegen dagewesen. Dabei kann ich nicht unterlassen, auf eine Nachricht des Morning Chronicle aus jener Zeit aufmerksam zu machen. Hier heißt es: Der Minister Fouché hatte es übernommen, Bonaparte nach der entscheidenden Schlacht vom 18. Juni auszuliefern. Er unterhielt deßhalb mit dem Herzog von Wellington eine besondere Correspondenz, auch bezog sich die lange Conferenz mit jenem Feldherrn auf diesen Gegenstand. Fouché werden dann die Bewachungen der Küste und die Communikationen mit den englischen Kreuzern, namentlich die Benachrichtigung derselben von dem Aufenthalt Napoleons in Rochefort zugeschrieben. Wenn der Artikel auch nichts beweis't, so lernt man doch, wie die öffentliche Meinung war.

Wollte man dies auch günstig ausfallen lassen, und den Inquisiten wieder ganz auf freien Fuß stellen, so hätte man doch bis zum Ausspruch der Behörde seiner Herr bleiben und seine Freiheit beschränken sollen. So etwas schreibt das Recht aller Staaten vor.

Da aber erlaubt man vor jeder Uebereinkunft, vor jedem Frieden schon wieder Ludwig XVIII. ohne Weiteres als Herrscher aufzutreten und sich stillschweigend als unumschränkter König des ganzen Frankreichs zu benehmen, man macht höchstens die Militairverpflegung der besetzten Provinzen von eignen Beamten abhängig. Dieser Fehler ist vielleicht von England und Rußland absichtlich geduldet, ja klug herbeigeführt, aber Deutschland ist damit arg betrogen. Es war damit schon das Resultat des Friedens gewissermaßen anticipirt. — Es war allerdings jenes Bündniß der großen Mächte auf Wiedereinsetzung Ludwig XVIII. gegangen, man hatte allerdings erklärt, nicht gegen Frankreich, nur gegen Napoleon Krieg führen zu wollen. Ersteres zwang aber zum Kriege gegen sich; da hätte man auch dem gemäß verfahren sollen, und über das Frankreich Ludwig XVIII. wieder als König stellen sollen, das man gestraft, und von dem man Garantien für die Zukunft genommen. Bevor dieß geschehen, eher konnte Ludwig XVIII. auch allen Verträgen nach, seine Einsetzung nicht verlangen.

Dadurch, daß dies früher geschah, hatte Deutschland den Nachtheil, daß Ludwig XVIII. als eine stillschweigend anerkannte Macht mit England und Rußland zusammen beim Stimmen in den Friedensverhandlungen die Majorität bildete *). Da könnte man vielleicht einwenden: man mußte Ludwig einsetzen, um in ihm einen Repräsentanten Frankreichs zu haben, mit dem man überhaupt über den Frieden

*) Es versteht sich, daß dies nicht so gemeint ist, als wenn französische Minister an den Sitzungen Theil gehabt hätten. Das Nähere in Beziehung auf diesen Punkt siehe im folgenden Buche.

unterhandeln konnte; also selbst in dem Falle, wo man auf Abtretungen bestanden hätte, wäre es nöthig gewesen, Ludwig XVIII. sogleich herzustellen, weil er allein sie als König von Frankreich rechtmäßig bewilligen konnte. Was man nehmen kann, braucht man sich nicht bewilligen zu lassen; aber selbst wenn man die Restitution Ludwigs zugelassen, hätte man nie ihn vor dem Frieden als vollkommen selbstständigen Herrscher auftreten lassen dürfen; der ausgesprochene Grundsatz, sich nicht in die innern Angelegenheiten Frankreichs unter Ludwig XVIII. mischen zu wollen, konnte jedenfalls doch erst von dem demnächstigen Frieden an in Kraft treten, nicht von dem Einzuge Ludwigs in Paris, das er nicht erobert, aus dem er durch den Willen und die öffentliche Stimmung des Volks vertrieben war, und in dem Er auch nicht den Zustand wieder hergestellt, daß er überhaupt wieder herrschen konnte. Faktisch waren die Verbündeten Herren von Frankreich, ohne sie war Ludwig nicht König, eher auch konnte er sich nicht als solcher behaupten, bis sie nicht jene Stimmung des Volks eben so besiegt, wie die Heere der Franzosen bei Waterloo. Aber hier wieder eine Handlungsweise der Diplomaten, der Sachlage und den Begebenheiten geradezu entgegen. Sie lassen Ludwig unumschränkten Herrscher sein, wo sie das größte Interesse haben, die Grundsätze festzustellen, nach denen Frankreich zu regieren sei, wenn es einigermaßen für die Zukunft eine Bürgschaft des Friedens geben sollte, zu einer Zeit, wo der Kampf der öffentlichen Meinung unbesiegt wüthete und sich im Allgemeinen gegen Ludwig erklärte, ja sie lassen letzteren wieder vor dem Frieden, der ihm erst alle Rechte wieder geben konnte, und unter ihren Augen solche Handlungen ausüben, welche dem Volke die Bourbons verhaßt, Napoleon aber erwünscht gemacht hatten, und in Folge deren alle Unruhen des Jahres 1815 herbeigeführt waren. Ich erinnere an die Wahlen für die neue Kammer, an die Abdankung des alten Ministeriums Fouché nnd Talleyrand, an die Proscriptionslisten des erste-

ren, und an die Processe, welche gegen die Lieblinge der Nation geführt wurden. Ludwig mit seiner Partei, den Grafen Artois an der Spitze, hat in den ersten Monaten seiner neuen Regierung für alle Zeiten die Liebe der Nation verscherzt, und hier den Grundstein für die Ereignisse des Jahres 1830 gelegt. Wer hat davon am meisten gelitten, England und Rußland oder Deutschland? Doppelt war es daher die Pflicht seiner Staatsmänner, auch einen Blick in die Zukunft zu thun, und in der ersten Vertreibung der Bourbons mehr zu sehen, als den Erfolg des Unternehmens eines Einzelnen.

Wenn ich daher von Schuld rede, die man begangen, vor dem Frieden zu wenig die innern französischen Angelegenheiten beherrscht zu haben, so kann man sie auch nur zum größten Theile den deutschen Diplomaten zuwälzen. Schuld entstand für sie, als sie die Einmischung selbst da unterließen, wo diese für sie Pflicht war, wo sie angerufen wurde, und wo sie hätte in politischer Hinsicht von so großer Wichtigkeit sein können. Dies war namentlich Alles der Fall in dem Processe der Proscribirten, namentlich in dem spätern des Marschalls Ney. Hier ward sich stets auf die Capitulation von Paris berufen, wo eine allgemeine Amnestie von den Verbündeten zugesagt war; und man erlaubte Ludwig, der nichts war, und dessen Schicksal allein von der Großmuth der Alliirten abhing, deren heiliges Wort allen Verträgen zuwider in den Staub zu treten, und damit geradezu zu erklären, daß sein Wille mehr gelten sollte, als Verträge und Bestimmungen seiner Wohlthäter! War es so schon eine Forderung der Ehre und des Rechts einzuschreiten, so mochte die Politik an die deutschen Staatsmänner einen noch dringendern Ruf ergehen lassen. Die Sache der Proscribirten war nicht die Einzelner, sie war Sache einer ganzen Partei, vielleicht der zahlreichsten und mächtigsten in Frankreich; wie wenn die Deutschen diese sich ihnen günstig stimmten, wozu jetzt eine so gerechte Ursache gegeben wurde, wenn sie diese Verbindung festgehalten und eine Brücke daraus ge-

baut hätten, welche ihnen den Weg geebnet, in das innere Staatsleben Frankreichs einschreiten zu können, und von Innen heraus so schon dem entgegen zu arbeiten, was uns nach der späteren Explosion nothwendigerweise als Schlacke und Asche zufiel und unser Gebiet für alle Zeiten verschlechtert! Wann werden wir doch endlich so klug wie die französischen und russischen Staatsmänner! Diese haben nie eine Gelegenheit versäumt, sich in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarstaates einzunisten und die Geschichte weiß davon zu erzählen, welche Vortheile dies noch stets gewährt hat. Zwar ist diese Politik häufiger auf eine nicht gerechte Weise, wie z. B. in Polen geübt, sie ist noch immer benutzt, um jeden Erwerb, jeden Vortheil durch Verwirrung, die geschafft wird, gleich einzuziehen. Auf diesem Wege hätte die deutsche Politik nicht zu folgen brauchen. Da nun aber einmal die Ansicht lebte, daß alle Unruhe, alle Gährung von Frankreich ausgehe, so hätte man auch wissen müssen, daß sich diese leichter in Frankreich selbst bekämpfen lasse, als wenn sie ausgebrochen, bereits die Gränzen dieses Landes überschritten habe. Nur für eigne Ruhe, für eigne Sicherheit hätte man arbeiten, und als Feld, wo dies geschehen mußte, Frankreich erkennen sollen!

Zweites Buch.

Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen.

Der Ausgang richtet der Sterblichen Worte!
Pindar's 4. Olymp. Ode, Antistrophe.

Da standen nun die Verbündeten in der Hauptstadt nicht ihrer Feinde, sondern ihrer Freunde, denn so waren die Franzosen von ihnen genannt; und doch sah und hörte man nichts als Waffen, bemerkte nichts als eine feindliche, mißtrauische Stimmung, und fühlte sehr bald, daß man noch stets auf dem Kriegsfuße mit seinen Freunden lebe, mit denen eine Abkunft getroffen werden müsse, wie sie zwei Völker mit einander abschließen, die sich beide danach sehnen, einander los zu werden.

Ludwig XVIII. hatte sich unmittelbar nach seinem Einzuge sofort wieder an die Spitze der Regierung gestellt, bereits am 9. Juli war sein neues Ministerium vollständig ernannt, dem eine Commission beigegeben war, welche die Angelegenheiten der vom Feinde besetzten Provinzen regeln sollte; denn daß diese, trotz des Krieges und der Besetzung nicht von der königlichen Gewalt zu trennen seien, ward ohne Weiteres angenommen.

Diejenigen Maßregeln, welche die Verbündeten in Paris neben den Verordnungen französischer Behörden noch nahmen, waren fast nur polizeiliche und betrafen die eigene Sicherheit. Der Baron von Müffling ward zum Gouverneur von Paris ernannt, und die Nationalgarde und die Gensd'armerie unter seine Befehle gestellt, so sehr sich auch die Franzosen hiergegen wehrten und darin eine Verletzung der Artikel 9. und 10. der Capitulation von Paris sehen wollten. Ferner brachte der Moniteur am 9. Juli die Bekanntmachung, daß alle Pässe aus Paris am linken Ufer der Seine das Visum des preußischen Obersten v. Pfuel, die vom rechten Ufer aber das des englischen Obersten Barnard haben müßten. Sonst griff man in keiner Hinsicht französischer Thätigkeit vor.

Am 10. Juli kamen die Kaiser von Oesterreich und Rußland und der König von Preußen nach Paris. Man füllte die nächsten Tage noch nicht mit Geschäften aus, sondern gab sich ganz dem Genusse der Freuden des Sieges und der Hauptstadt hin. Schon aber waren bald die Staatsmänner bestimmt, welche mit der Feder das Werk des Schwertes befestigen sollten. Von Seiten Englands waren diese der Herzog von Wellington und der Lord Castlereagh; von Seiten Oesterreichs der Fürst Metternich und der Baron Wessenberg; Preußen hatte den Fürsten Hardenberg und den Baron Wilhelm von Humboldt, so wie Rußland den Fürsten Rasumoffsky und den Grafen Nesselrode ernannt. Doch scheint schwerlich von Anfang an die Absicht vorherrschend gewesen zu sein, daß diese Commission gradezu und nichts weiter als den demnächstigen Frieden mit Frankreich zu verhandeln habe. Es war dies vielmehr ein Collegium, welches auch über alle laufenden Bedürfnisse des Augenblicks, und über jeden diplomatischen Gesichtspunkt verhandelte, der in Europa überhaupt nur während seiner Sitzungen auftauchte. Nebenbei circulirten denn auch die Noten, welche zum demnächstigen Friedensschluß mit Frankreich

führen konnten. Doch theilen die Zeitungen aus jener Zeit oft merkwürdig sich widersprechende Nachrichten mit. So hat z. B. der Moniteur vom 12. October aus der Wiener Hofzeitung die Nachricht: daß am 20. September die Commission zusammengetreten, welche zum definitiven Abschluß des Friedens bestimmt sei. Sie bestand aus denselben Männern, mit Ausnahme des Baron Wessenberg und des Grafen Nesselrode, an deren Stelle der Fürst Schwarzenberg und der Graf Capo d'Istria getreten sein sollten. Wenn auch eine Veränderung des Personals später eintrat, so muß doch Folgendes dabei bemerkt werden. Einmal hat der Baron Wessenberg nie aufgehört, Theil an den Verhandlungen zu nehmen, dagegen erscheint der Fürst Schwarzenberg, der nur einigemal in den Sitzungen war, nie thätig, und dann hatte die Friedens-Commission, wie wir sehen werden, schon am 20. September ihr Ultimatum übergeben. Der Herr von Gentz war für die Verhandlungen erwählter Protokollführer. Von den Mächten niederen Ranges ward keine als Theilnehmer an den Verhandlungen zugelassen, trotz der feierlich gegebenen Versprechungen. Demnächst werden wir weitläuftiger auf diesen Punkt zurückkommen. Jedoch wurden von einzelnen Vertretern jener Mächte Memoirs eingereicht, welche das Interesse ihrer Souveraine und ihrer Staaten wahren sollten. Ob solche Staatsschriften aber von ihnen als Gutachten gefordert, oder ob sie nur ungefordert angenommen wurden, vermag ich nicht zu sagen.

Die Sitzungen wurden im ehemaligen Hotel Borghese, der Wohnung des Lord Castlereagh, in der Regel von 12 bis 3 Uhr gehalten, und der Fürst Metternich präsidirte ihnen, später kam man oft im Hotel Sir Ch. Stuarts zusammen. Nur die Minister der vier großen genannten Mächte nahmen Theil daran. Der König von Frankreich hatte freilich für das Friedenswerk gleichfalls seine Bevollmächtigten ernannt, es waren Talleyrand, Dalberg und Louis, aber sie wurden zu den Sitzungen der Verbündeten nicht zugelassen.

Sie waren nur angewiesen von den Verbündeten, die Protokolle ihrer Verhandlungen mitzutheilen und darauf dann weitere Eröffnungen zu erwarten. So wenigstens berichten die Zeitungen. Nur einmal, am 20. September, waren sie mit bei den Verhandlungen, die dem Friedensschlusse vorangingen, gegenwärtig. Doch darf man hieraus nicht zu viel folgern, namentlich nicht, daß Frankreich von Anfang an zu den Verbündeten in dem Verhältnisse gestanden, als habe es stets nur das anzunehmen, was ihm von diesen diktirt wurde. Talleyrand war bereits vor förmlicher Eröffnung der Conferenzen mit Wellington und Capo d'Istria theils noch in Belgien, als der Hof Ludwig **XVIII.** hier weilte und dem brittischen Hauptquartiere folgte, theils im Juli in Paris längst über den Inhalt des Friedens einig geworden, und bildete mit dem Staate, den er repräsentirte, die fünfte europäische Großmacht. Es war einerlei, ob dies in den Conferenzen oder außerhalb derselben geschah. Die Zeit, bevor diese eröffnet wurden, ist von den Franzosen meisterhaft benutzt.

Da es ganz außer unserm Gesichtskreise liegt, eine allgemeine Geschichte der letzten Hälfte des Jahres 1815 zu schreiben, so übergehen wir natürlich auch das, was auf rein französische, und die Verhältnisse der Staaten Bezug hat, welche nicht unmittelbar bei dem Pariser Frieden in Frage kamen, so wie auch das, was deren innere Angelegenheiten anging. Auch alle diplomatischen Verhandlungen, welche nicht unmittelbar zum Abschluß des Friedens selbst führten, bleiben unbeachtet, es sei denn, daß Principe darin ausgesprochen wären, deren Ausbildung und Feststellung für das Friedensgeschäft von Wichtigkeit wurde.

Die Unterhandlungen wurden theils in mündlichen Conferenzen geführt, theils auf einen Austausch von Memoirs beschränkt. Das letztere ward oft in mancher Hinsicht wichtiger, wie das erstere; denn grade in jenen wurden die eigentlichen politischen Ideen und Grundsätze zunächst ausgesprochen, die mündlichen Debatten bestanden nur zum Theil in

einem Verhandeln über dieselben. Darum soll denn aber auch in dieser Darstellung ganz vorzüglich jenen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein. Es ist so viel darüber geschrieben, was alles in Paris verhandelt und nicht verhandelt sein soll. Der Eine hat den Andern Lügen gestraft, und vor Vertheidigung und Angriff hat in vielen Punkten die Nachwelt das richtige Urtheil noch nicht finden können. Als Grundlage der Geschichte liegen hier aber nun Dokumente vor, die für sich selbst sprechen, und die über jeden Angriff eben so erhaben sind, als sie ihren Commentar schon durch ihre eigenen Worte geben.

Die politische Thätigkeit der genannten Staatsmänner scheint nicht vor dem 24. Juli begonnen zu haben. Mittelst einer Note, unterzeichnet von Metternich, Nesselrode, Castlereagh und Hardenberg verhandelte man an diesem Tage über eine Demarkationslinie, welche in Frankreich die von den Verbündeten besetzten Provinzen von den andern unbesetzten abzusondern habe. Die ersteren sollten zum Unterhalt der Truppen derselben dienen, jedoch im Uebrigen ganz unter den eignen Behörden, namentlich unter Präfekten und Sous-Präfekten bleiben. Damit in Verbindung stand eine andere Note vom 3. August, mit denselben Unterschriften, welche dem französischen Ministerium anzeigte, daß eine eigene Commission ernannt sei, welche für die Bedürfnisse der verbündeten Heere die höchste Sorge übernommen habe, mit dem Ersuchen, daß alle französischen Behörden sich unmittelbar mit derselben in Rapport setzen möchten*).

*) Der König von Frankreich setzte dagegen gleichfalls eine eigne Behörde ein, bestehend aus den Herren Corvetto, Labouillerie, Portal und Dubon, welche allein für die Bedürfnisse der Armeen der Verbündeten zu sorgen hatte. Neben dem großen Friedensgeschäfte mit seinen Memoirs und Noten, führten nun beide Behörden ein gleiches kleineres und untergeordnetes, welches bis zum September zu einer Menge von Verträgen und Abschlüsse mit den Staaten führte, welche

Damit war die Bahn für weitere Thätigkeit gebrochen. Aber nicht übergehen dürfen wir einen Artikel, welcher gleich im Anfange des Augusts vom Journal des Debats veröffentlicht wurde. Er sprach sich über das System der europäischen Politik aus, was diese bei dem vorzubereitenden Frieden befolgen würde. Er sagte schon ganz gewiß vorher, daß die Monarchen weiter nichts gewollt haben, als die Rechte Ludwig **XVIII.** verfechten; er führte aus, wie es undenkbar sei, von einem Verbündeten, wozu man Ludwig gemacht und feierlich ausgerufen habe, irgend eine Abtretung oder nur etwas Lästiges zu verlangen. Dann bezog er sich auf die Wiener Proklamationen, vom 13. und 25. März und leitete aus ihnen dasselbe Resultat ab, da die Verbündeten ja nur gegen Napoleon und seine Partei hätten Krieg führen wollen, jener aber bereits in den Händen der Engländer sei. Es sei also eigentlich, da man nie mit Ludwig **XVIII.** in Krieg verwickelt gewesen, überhaupt nicht einmal ein förmlicher Friedensschluß nöthig. Endlich leitete der Verfasser jenes Artikels den Gegenstand der Politik auf das Feld der Moral, und führte sehr fein und künstlich aus, daß die erstere immer ihre Hauptquelle aus letzterer ableiten müsse. Jetzt gebiete Moral Wort zu halten und zu erfüllen, was man versprochen; eine solche Handlungsweise würde den Völkern die sicherste und beste Beruhigung geben, und somit auch eine allgemeine politische Ruhe und Sicherheit herbeiführen; und eine solche moralische Garantie, in den Völkern selbst begrün-

Contingente zur großen Armee gestellt hatten. Alle diese Verhandlungen jedoch nahmen gegen die eigentlichen allgemeinen europäischen Friedensinteressen nur eine höchst untergeordnete Stellung ein. Ich habe mich daher auf eine Darstellung derselben um so weniger eingelassen, als man eine vollkommen genügende Uebersicht dieserhalb findet in Cretineau-Joly Kap. 2 und 3, — vielleicht die Partie in seinem Werke über den Pariser Frieden, welche am besten gerathen ist. Ueber Hauptmomente läßt er sich meist sehr ungenügend aus, und weiß nur spärlich hie und da etwas Neues mitzutheilen.

det, biete mehr Sicherheit für die Staaten, als jede politische. — Der Aufsatz mag immerhin aus einer französischen Feder geflossen und zu dem Zwecke verfaßt sein, um die Staatsmänner für ihre Schritte im Voraus induciren. Aber ich habe mehr als einen bloßen Verdacht, daß jene Worte nicht geschrieben sind ohne russischen Einfluß und ohne genaue vorherige Communication mit russischen Staatsmännern. Ich werde dies gleich mehr zu rechtfertigen suchen.

Am 28. Juli nämlich *) war von russischer Seite durch den Grafen Capo d'Istria den versammelten Ministern das erste Memoire überreicht worden, worin die Principe abgehandelt wurden, nach denen die Unterhandlungen über einen Frieden mit Frankreich einzuleiten und zu beenden seien **). Es ist mit jenem Artikel im Journal des Debats auf eine

*) Also die Zeit der Redaction und des Drucks in der Zeitung mit in Anschlag gebracht, ziemlich gleichzeitig.

**) Vid Aktenstücke Nro. 1. Es ist die eigentliche Eröffnung der Friedensverhandlungen durch das Memoire eines Staatsmannes, der dazu nicht schon jetzt berufen war, ein bischen sonderbar. Ich habe nicht erfahren können, worauf das beruhete. Vielleicht ging diese Arbeit von einem Cabinet aus, was Alexander näher zu seiner Person gestellt hatte, als das allgemeine Departement der auswärtigen Angelegenheiten. Ludwig XVIII. in seinen Memoiren X. p. 366. erwähnt dieses Memoirs gleichfalls, und sagt, es sei im September bei Gelegenheit der Verabschiedung Talleyrands von Capo d'Istria verfaßt und Alexander überreicht, um ihn recht günstig für Frankreich zu stimmen. Allein schon das Datum der Abfassung dieses Memoirs so wie die Vergleichung desselben mit jenem Artikel im Journal des Debats zeigt einfach und klar, daß Ludwig XVIII. entweder im Irrthum war, oder absichtlich die Sache falsch dargestellt hat. Das letztere ist wahrscheinlich, ich komme später genauer auf diesen Punkt zurück. Wenn es noch nöthig wäre, einen Beweis zu führen, daß dieß Memoire lange vor September geschrieben sei, so liegt er der Behauptung Ludwig XVIII. entgegen, auch darin, daß in demselben noch davon gesprochen wird, in welcher Form die erst zu eröffnenden Verhandlungen zu führen seien, und daß Wilhelm von Humboldt es seinem Inhalte nach schon lange vor dem Monat September widerlegte.

merkwürdige Weise übereinstimmend. Obgleich das Wort: „Garantie" fast zum Stichwort bei den Pariser Verhandlungen wurde, so stehen doch die „garanties morales" so einzig da, daß man sie, wo sie vorkommen, unwillkürlich von einem Vater abzuleiten geneigt ist. Das Memoire führt aus: „Daß das Bündniß, welches man zu Wien geschlossen, mit „der Gefangennehmung Napoleons seinen Hauptzweck erreicht „habe, daß es nur darauf ankomme, Garantien von Frank„reich zu verlangen, damit ein ähnliches Unternehmen unmög„lich sei. Diese Garantien seien moralische und reelle. Er„stere beruhen auf der öffentlichen Meinung und auf der ver„nünftigen Stellung, welche für die Folge der König zu sei„nen Unterthanen einnehme; die reellen Garantien beruhen „auf der Schwächung der Macht Frankreichs. Beide Arten „lassen sich auch auf verschiedenen Wegen vereinigen. Dann „folgt die Ausführung dieser Ansichten mit der Angabe, wie „weit von jenen Garantien im jetzigen Fall eine Anwendung „zu machen sei. Dies ist die Hauptsache, denn die „reellen" „werden alsbald auf einen kleinen Kreis beschränkt. Es heißt „hier: indem die Alliirten die Waffen ergriffen, ging das „Unternehmen gegen Bonaparte und seine Anhänger, und „Frankreich ist nie wie ein feindliches Land behandelt. „Obgleich man dies jetzt militairisch besetzt habe, dürfe man „doch nicht das geringste Recht der Eroberung ausüben. „Motiv des Krieges war ferner nur Aufrechthaltung des „ersten Friedens von Paris und der Beschlüsse des Wiener „Congresses, nichts dürfe im Widerspruch damit vorgenom„men werden. Man habe den König von Frankreich wäh„rend der 100 Tage stets anerkannt, und sich mit ihm ver„bündet, man habe ihm Zusicherungen gemacht, — die euro„päischen Mächte können und werden daher nicht ihr eigenes „Werk umstoßen! Die Kräfte der französischen Nation schwä„chen, hieße um deswillen das Gleichgewicht Europas um„werfen, weil sie glauben könne, der Krieg gegen sie sei noch „nicht geendet.

„Es würde daher das allerbeste sein dafür zu sorgen, „daß Frankreich eine vernünftige, Alle zufrieden stellende „Verfassung erhalte, bei welcher die Familie Bonaparte auf „ewig vom Throne auszuschließen sei. Zur eigenen Sicher„heit können dann die Verbündeten eine bedeutende Geld„summe fordern, theils für die Kriegskosten, theils für Er„bauung einer Reihe Festungen am Rhein und der belgischen „Gränze, um damit die Niederlande und die deutschen „Gränzstaaten vor Einfällen von Frankreich aus sicher zu „stellen. Diese Summe würde nicht auf einmal, sondern in „verschiedenen Raten zu zahlen sein. Beide Forderungen „vereinigt, sollen reell-moralische Garantien hervorbringen. — „Unter denselben Gesichtspunkt gehört dann noch die Propo„sition: Einige Plätze von Frankreich eine Zeitlang militai„risch besetzt zu halten. Dies würde der Regierung in Frank„reich Festigkeit geben, und zu den moralischen Garantien der „Verbündeten gehören; letzteren aber auch eine reelle Garan„tie zugleich gegen Unternehmungen, die von Frankreich aus„gehen könnten, gewähren. — Die Formen, unter denen „man diese Ansprüche gegen Frankreich geltend zu machen „habe, können keine anderen sein, als die einer freund„schaftlichen Unterhandlung, denn Europa ist ja „im Frieden mit Frankreich. Ja endlich scheint es aus „eben diesem Grunde dem Grafen Capo d'Istria schon zuviel „zu sein, daß man an den Anordnungen für einen längern „Aufenthalt sämmtlicher Truppen der Verbündeten in Frank„reich arbeite. Er weiſ't darauf hin, daß diese Angelegenheit „schnell beendet werden müsse, weil ein langes Schweigen „über die Principe, die man zur Anwendung kommen lassen „wolle, die Gemüther erbittere.“

Dieses Aktenstück ist für die Geschichte der Politik jener Tage viel zu wichtig, als daß man schnell darüber hingehen könnte. Hätten die Franzosen einen Advokaten in der Versammlung der Minister der Alliirten gehabt, er hätte meiner Meinung nach nicht günstiger für sein Vaterland reden kön-

nen. Dazu muß man bedenken, daß noch keine unbillige Forderungen gegen Frankreich erhoben waren, die mittelbar auch zur Zurücksetzung eines der alliirten Höfe, hier namentlich Rußlands, geführt hätten, und auf deren Widerlegung oder Entkräftung es ankam; nein, so ohne Weiteres ergreift Rußland die Initiative nicht zu Gunsten seiner Verbündeten, sondern zu Gunsten Frankreichs. Ist es daher wohl anders denkbar, daß eine Verständigung zuvor Statt gefunden habe? Folgender Umstand mag noch hinzukommen, diese Meinung wahrscheinlicher zu machen.

Frankreich hatte natürlich das größte Interesse schnell zu erfahren, was man mit ihm vorhabe, und, schon der militairischen Besetzung wegen, schnell zum Friedensabschluß zu kommen. In dem Memoire des Grafen Capo d'Istria wird beides als nöthig hingestellt und zwar so, als wenn die Alliirten den größten Vortheil davon hätten, daß es geschähe, während dieser doch der Sache nach auf Seiten Frankreichs war. Talleyrand mochte vielleicht nicht gleich im Anfang zu streng auf eine Erklärung über jene Punkte dringen um die Alliirten in keiner Art zu reizen; als aber die Bahn gebrochen war, und vielleicht die Ansichten des Grafen Capo d'Istria keineswegs allenthalben durchdrangen, und in derselben Art sogleich erwiedert wurden, da machte Talleyrand Anstalt zur Eröffnung der Negotiationen auf freundschaftlichem Fuße; um den angesetzten Keil schnell weiter zu treiben und das Eisen zu schmieden weil es warm war, reichte er ein Memoire ein*), „über die Art und Weise, wie „Frankreich in Zukunft regiert werden solle, und nahm Ge„legenheit, am Schluß zu fragen, was die Minister der al„liirten Mächte bei dieser innern Lage Frankreichs für Dis„positionen zu nehmen Willens seien. Das Memoire führt „aus, daß der König wieder eingesetzt, Napoleon gefangen,

*) Vid. Actenstücke Nro. II.

„und die Armee, auf der seine Stärke beruhete, aufgelös't „sei; daß Kammern den König in ein richtiges Verhältniß „zu seinen Unterthanen setzen, und alle inneren Einrichtungen „so gestellt würden, daß nothwendig Ruhe und Zufriedenheit „entstehen müsse.“ Man sieht leicht, daß die ganze Staatsschrift nur eine weitere genauere Ausführung der Capo d'Istria'schen moralischen Garantien ist, und daß die Hauptsache derselben die wenigen letzten Worte sind, welche Talleyrand mit aller der Schlauheit eines ausgelernten Unterhändlers so ganz beiläufig nur zugestellt hat, um die Verbündeten in die Falle zu locken, und sie zu verleiten, unachtsam darauf einzugehen; sie steht mit dem russischen Memoire also nicht allein dem Inhalte, sondern auch der Zeit der Ueberreichung nach im genauesten Zusammenhange. Es mag einem Jeden selbst überlassen bleiben, welche Folgerungen er hieraus ziehen wolle. —

Aber gewiß werden diese Fakta vollkommen das beweisen, worauf schon in der Einleitung hingewiesen ist, daß nämlich schon vor Beginn der Unterhandlungen in Paris, noch zur Zeit, als man sich in Belgien schlug, die französischen, russischen und englischen Politiker vollkommen darüber übereingekommen waren, auf welche Grundlagen ein künftiger Friede abzuschließen sei, und daß man jeden weitern Forderungen von andern Höfen (dies konnten natürlich nur deutsche sein) entgegen zu arbeiten habe. Die englischen Minister werden wir gleichfalls später stets auf Seiten Frankreichs und Rußlands finden. Aber noch ein Umstand scheint klar und einfach eine vorhergegangene Verabredung und getroffene Uebereinkunft zu beweisen. Man lese jenes Memoire des Grafen Capo d'Istria; es enthält einen beinahe ganz genauen Grundriß für den wirklichen spätern Pariser Frieden. Bei einer so verwickelten Sachlage würde eine aufgestellte Proposition, wäre sie arglos von Einem Staate ausgegangen, am Schlusse der Verhandlungen unendlich modifizirt wieder zum Vorschein gekommen sein; die Masse von An-

sprüchen, welche von allen Seiten zu berücksichtigen und abzuweisen waren, würde hier zugesetzt, dort weggenommen haben. Nur die absolute Macht vermag Friedensbedingungen geradezu hinzustellen, sie eben so unangetastet während des ganzen Laufs der Unterhandlungen aufrecht zu erhalten, und ganz dem Inhalte der ersten Forderung gemäß abzuschließen. Rußland allein für sich war nun auf dem Friedenscongreß zu Paris eine solche Macht nicht; diese konnte, den andern Staaten gegenüber, erst wieder aus einer Vereinigung entstehen, welche andere einzeln stehende Staaten überflügelte. Dazu muß man niemals vergessen, daß auch die Unterhandlungen wegen der Stellung der französischen Armee jenseit der Loire gleichfalls von russischer Seite eröffnet und fortgeführt wurden; auch dieses wichtigen Punktes hatte sich russiche Politik bemächtigt. Cretineau Joly in seiner: **Histoire des traités de 1815** führt die Note des Grafen Nesselrode, womit das Geschäft begonnen wurde, an (pag. 21). Lies't man sie mit Aufmerksamkeit durch, so könnte man, wenn man wollte, in ihrem Anfange leicht eine Induktion finden, welche dem französischen Gouvernement die Worte in dem Mund legte, und die Politik, auf welche es pochen müsse, gradezu lehrte. Zuletzt noch sei das Zeugniß Ludwig **XVIII.** selbst aus seinen Memoiren angeführt. Er theilt im letzten Capitel des zehnten Bandes einige Sätze des Capo d'Istria'schen Memoires mit, und versichert ausdrücklich, daß französische Politik um den Inhalt, als in ihrem Interesse verfaßt, wohl gewußt habe. —

Was übrigens England und Rußland diesmal zusammenführte, braucht wohl kaum angedeutet zu werden, — eine zu befürchtende Vergrößerung Oesterreichs oder Preußens, an der sie vermöge ihrer Lage nicht Theil nehmen konnten ist der einfache Schlüssel dieser Politik.

Diesem nach muß zum Theil die Erzählung der Thatsachen berichtigt werden, wie sie der sonst so wohl unterrichtete Verfasser des Werks: „**Histoire de la restauration etc.**

par un homme d'état" Theil 3, S. 99 ff. hat. Er schildert die Sachlage so, als wenn die Verbündeten ganz einig in der Ansicht Frankreich zu verkleinern gewesen wären, und als wenn Talleyrand, dies bemerkend, spät im Laufe der Verhandlungen, nur in der Trennung der Coalition noch Rettung gefunden habe. Es sei sodann, namentlich erst zu der Zeit, als Nesselrode in dem Congreß der Minister durch Capo d'Istria ersetzt wurde, im Monat September ein Versuch gemacht, den Kaiser Alexander auf französische Seite zu ziehen. Ueber die Mittel durch welche man auf das so weiche Gemüth dieses Monarchen wirkte, könnte, auch ohne die Erzählung jenes Staatsmanns, gar kein Zweifel sein. Die Chevalerie erlaubte nicht, gegen den Gastgeber, — als solcher stellte sich Ludwig klüglich hin, — hart zu sein; noch mehr aber konnte man hoffen, wenn man sich den Weg zu dem mystisch-frommen Elemente bahnte, was im Innern Alexanders ruhete. — Man fand ihn durch die Frau von Krüdener *), welche schon jetzt die beständige Begleiterin des Kaisers von Rußland geworden war. Der Verfasser jenes Werks läßt ahnen, daß durch diese Frau manches Wort, manche Ansicht zu Alexander zu Gunsten Frankreichs gelangt sei, welche ihre Früchte getragen haben, und die vielleicht als von göttlicher Eingebung ausgegangen angesehen wurden, während ihre eigentliche Quelle doch nur die irdische Politik Frankreichs war. —

Gewiß fanden während des ganzen Laufes der Friedensverhandlungen zu Paris solche Einwirkungen auf Alexander Statt, um ihn auch ferner in einer Frankreich günstigen

---

*) Vielleicht geht Ludwig XVIII. in seinen Memoiren aber wohl zu weit, wenn er X, 364 sagt: Je sus, qu'elle parlerait aussi à l'empereur Alexandre, et lui ordonnerait au nom de Dieu de se montrer favorable à la France. Jedenfalls werden solche Befehle von Gott in mehr verhüllter und diplomatischer Form vorgebracht sein. —

Stimmung zu erhalten; aber gewiß ist auch, daß noch vor Eröffnung derselben die russischen Staatsmänner über das politische Resultat, was sie erreichen wollten, längst mit englischen und französischen Diplomaten sich geeinigt hatten, und daß dieses für Frankreich kein allzuungünstiges sein sollte. Jetzt trug das, was während Ludwigs Flucht an seinem dem englischen Hauptquartier folgendem Hofe verhandelt war, seine schönsten Früchte, und jetzt trat der Schaden, den Deutschland davon hatte, daß es jene politisch wichtige Zeit früher ganz übersehen hatte, klar hervor. Von Deutschland hatte Frankreich am meisten zu fürchten; ich erinnere an das, was ich in der Einleitung historisch nachgewiesen; ängstlich suchte man von allen politischen Unterhandlungen, welche der Schlacht von Waterloo folgten, die Preußen auszuschließen, und England war mit diesem Verfahren wohl zufrieden. Ganz derselbe Gang der Politik ward gegen Deutschland im Allgemeinen bei dem Pariser Frieden nur fortgesetzt, nicht etwa neu ersonnen, und auf Rußlands Hülfe konnte man gewiß zählen, denn dessen Politik ist es, Deutschland schwach, nicht stark zu sehen. Merkwürdig genug kam Preußen und Oesterreich solchem Bestreben willig entgegen! — Eine Einigkeit der verbündeten Nationen in den Vertretern ihrer Politik hat, wie das Folgende noch klarer beweisen wird, von Anfang an nicht existirt; Frankreich brauchte in dieser Beziehung keine Coalition zu trennen. Es brauchte nur darauf zu sehen, daß nicht etwa die Monarchen selbst unter einander eine Coalition schlössen, welche über der ihrer Staatsmänner gestanden hätte. Und daß dies nicht geschah, dafür sorgten die russischen Minister, die natürlich ihre Ansicht durchführen wollten, bei ihrem Kaiser schon eben so gut, als Talleyrand und die Franzosen nur irgend thun konnten. Deutschland kann es nur beklagen, daß der Kaiser von Oestreich und der König von Preußen von dem Kaiser von Rußland nicht das aus einer persönlichen Majorität über ihn wieder gewannen,

was ihre in der Minorität befindlichen Minister in den Verhandlungen verloren. —

Somit standen beim Beginn derselben sich schon die Parteien offen gegenüber, und die Punkte klar da, auf die es ganz besonders ankommen würde. Fest pochte Frankreich und die, welche Andern auf dessen Kosten nichts gönnten, weil sie selbst Aehnliches nicht erhalten konnten, auf die Worte der Erklärungen vom 13. und 25. März, und deren unselig übereilten Inhalt, welcher die faktische wirkliche Stellung Deutschlands so ganz in Widerspruch brachte mit dem was es thun mußte und durfte, überhaupt mit seiner wahren richtigen Politik. Die Initiative der Unterhandlungen war auch gerade in diesem, Deutschland ungünstigen Geiste begonnen; auf diese kommt aber allenthalben unglaublich viel an. Es galt jetzt Alles, deren nachtheiligen Eindruck auszulöschen, und statt der russisch-französischen, neue Principe aufzustellen, auf denen das künftige System eines europäischen Friedens sicherer und fester zu basiren sei.

Wilhelm von Humboldt unternahm dies Geschäft, in einem Memoire, welches zur Widerlegung der Capo d'Istriaschen Ansichten dienen sollte *). Unter den vielen Denkmalen, welche der Geist dieses Mannes sich selbst gesetzt hat, ist diese zwar nur kleine Arbeit wahrhaftig nicht das geringste; es weht eine Gesinnung darin, die den Namen des Verfassers jedem Deutschen doppelt theuer machen muß. Leider stellte sich nur zu früh das Resultat heraus, daß die ausgesprochenen Ansichten mehr persönliche, als solche der Politik des Berliner Cabinets waren, das oft schon mit den Ansichten der großen Männer Preußens im Widerspruch gestanden, und sie mitunter geradezu zurückgesetzt hat. Die Schrift ist ein Muster einer politischen Ausführung; diese richtige Auffassung der Sachlage, diese klare Ausführung der

*) Aktenstücke Nro. III.

Ideen, diese Unumstößlichkeit der Beweisführung hätten überzeugen und auf des Verfassers Seite ziehen müssen. Aber man war schon entschieden, man wollte auf das nicht hören, was er sagte, man wollte das Entgegengesetzte für Recht erkennen, denn sonst bliebe es unerklärlich, wie man solche ausgesprochene Wahrheiten hätte unbeachtet verklingen lassen können! Es war unmöglich die begangenen Fehler für Deutschland wieder gut zu machen als man später durch andere Gründe sich bewegen ließ, von den Humboldt'schen Vorschlägen ganz abzugehen. —

„Diese setzten vor allen Dingen in das klarste Licht, „daß man wohl unterscheiden müsse, zwischen Frankreich und „der Regierung in Frankreich. Die Verträge vom 13. und „25. März sagt Humboldt, sind in dem Geiste geschlossen, „daß man voraussetzte, die alte Regierung bestehe noch, und „werde noch bestehen; sie beziehen sich aber nicht auf das, „was seitdem geschehen. Denn in jenen ist zugleich noch „immer davon die Rede, was der König in die ihm zugestandene Bundesgenossenschaft mit einwerfen könne. Von „dieser Seite aber hat sich Alles geändert, der König von „Frankreich trat ganz in den Hintergrund, und die Alliance „mußte einen andern Charakter annehmen, den einer „Ligue gegen Frankreich zu eigner Sicherheit. „Wenn man jetzt von Rechten Ludwig XVIII. spricht, so „muß man wohl bedenken, daß, wenn die Alliirten diese „auch als unverletzlich anerkannt haben, er doch für den „Augenblick gar keine hat, wir allein, unsere Bajonette haben sie der Sache nach, und durch uns wird der König „sie erst haben. Dieser ist zwar wiedergekommen, hat angefangen zu regieren und mit uns zu unterhandeln, aber wir „haben zwei Erfahrungen und Lehren bekommen, die wir „nicht vergessen sollen, einmal, daß die Idee der Legitimität, „und die Mäßigung und Güte während eines ganzen Jahres „von Ludwig ausgeübt, die Nation nicht habe an ihn fesseln „können, und daß man zweitens daher sich hüten müsse, den

„König und Frankreich als dieselbe Sache anzusehen. Die „Unterhandlungen mit ersterem müssen daher auch modi„fizirt werden durch die Rücksichten, welche man dahin zu „nehmen habe, daß die königliche Autorität, und die Unterwer„fung der Nation unter dieselbe auch dauernd sei; offenbar „giebt der erste Pariser Frieden eine solche Garantie nicht. „Da der Zweck des Krieges und der Coalition Sicherheit „und Friede Europas war, so haben die siegenden Mächte „das Recht, von Frankreich alles das zu fordern, was dies „befördern kann, und das zu nehmen, was es beeinträchtigt, „denn die Nation hat sich nicht mit dem König, sondern „freiwillig mit Napoleon identifizirt, und ersterer ist aus der „europäischen Coalition von selbst ausgeschieden, weil er „außer Stande war, die Verbindlichkeiten zu erfüllen, welche „man von ihm voraussetzte, und in Folge der Verträge vom „13. und 25. März von ihm zu fordern berechtigt war.

„Das Raisonnement, man dürfe Frankreich nicht als „ein feindliches Land ansehen, und darin auf keine Weise „das Recht der Eroberung ausüben, ist daher ganz falsch. „Der Krieg allerdings sollte anfangs kein Eroberungskrieg „sein; aber daß wir ihn dazu machen mußten, dazu hat „uns Frankreich gegen unsern Willen und gegen unsre Prin„cipien gezwungen, und so ist es gekommen, daß der „Sache nach die Eroberung nun einmal doch exi„stirt. Wenn daher die Einengung der Gränzen Frankreichs „das einzige Mittel ist, die Ruhe Europas zu erhalten, so „hat man ohne Zweifel das Recht dazu, dieses Mittel an„zuwenden. Dazu steht in allen Verträgen kein Wort dar„über, daß man die Integrität der Gränzen Frankreichs nicht „anzutasten, sich verbindlich mache *).

*) Und darin hat Wilhelm v. Humboldt vollkommen Recht. Die günstigste Versprechung welche Frankreich für sich aufweisen konnte, war die von England gegebene, enthalten in dem Zusatz-Artikel zu dem Vertrage vom 25. März — mais il (art. 3.) ne doit par être

„Nichts ist so sonderbar, als gradezu zu behaupten, der „Krieg sei zu Ende, weil Napoleon gefangen und in der „Gewalt der Alliirten sei; als wenn dieser, und nicht das „französische Volk ihn geführt! Wenn man in den Prokla„mationen damals sagte: der Krieg solle nicht gegen die „Nation, sondern nur gegen Napoleon und seine Anhänger „gehen, so geschah dies, um erstere zu vermögen, sich von „letzterem getrennt zu halten. Wenn die Franzosen daher jetzt „auf unsere Worte pochen, so könnte dies mit Recht nur dann „geschehen, wenn sie jene Voraussetzung erfüllt, und sich „wirklich von Napoleon abgesondert hätten; da sie aber das „Gegentheil gethan, so ist nicht einzusehen, woher sie ihr „Recht der Berufung ableiten wollen!

„Alle Ereignisse der letzten Monate waren Folgen des „schwachen Gouvernements, — dies muß daher anders werden. „Die moralische Garantie, welche die bisherige Regierung „durch sich selbst giebt, existirt gar nicht, und letztere kann „auch nicht durch sich, sondern erst durch die Tutel der Ver„bündeten stark werden. Es giebt ferner nur Ein Mittel, „Europa vor Frankreich nach Außen zu sichern, das, die „Nachbaren stark zu machen, und sie in den Stand zu setzen, „einem Angriffe siegreich und mit Erfolg zu widerstehen. „Was dafür in dem ersten Pariser Frieden und auf dem „Wiener Congresse geschehen ist, hat sich in der Wirklichkeit „als nicht genügend ausgewiesen; führt man jetzt deren Be„stimmungen weiter aus, so bringt man keine neue Princi„pien und kein neues Staatensystem an den Tag, sondern „man festigt nur das alte, was man für gut erkannt hat. Für „die Stärkung der Niederlande und Deutschlands ist noch

entendu comme obligeant S. M. Britannique à poursuivre la guerre dans la vue, d'imposer à la France aucun gouvernement particulier. Das Folgende beweist, daß damit Aufrechthaltung der Bourbons gemeint sei; aber das war auch Alles, mehr war nicht versprochen.

„nicht genug geschehen, daher muß ohne Verzug noch mehr „gethan werden.

„Gegen diese beiden Staaten von Frankreich aus stets „neue Angriffsversuche zu machen, ist eine Politik die nicht „von Napoleon ausgeht; sie hat sich wiederholt zu allen Zei- „ten, und wird noch nicht zu Ende sein. Frankreich muß „man schwächen, Deutschland stärken; und man kann dies „mit Zuversicht, weil das europäische Gleichgewicht niemals „dadurch gestört, sondern vielmehr noch gestärkt wird; Deutsch- „land ist ein Staat, der seiner Zusammensetzung und seiner „innersten Natur nach ein friedlicher ist, und dies auch ewig „bleiben wird.

„Dies ist die einzige reelle Garantie, die es für den „Frieden und die Ruhe Europas giebt, alle andern, welche „in den vorigen Memoires *) vorkommen, führen nicht zum „Ziele; und was nun gar die vorgeschlagenen moralischen „Garantieen angeht, so existiren solche überall gar nicht, in- „dem sie in der Art, wie davon die Rede ist, entweder „wieder reelle werden, oder geradezu ungerechte sind, die „wir nicht nehmen dürfen. Die Garantie namentlich, aus „der Regierung des Königs geschöpft, wenn diese auch neu „geregelt werden soll, ist gar nicht in politische Berechnung „zu bringen. Man kommt nur zum Zweck, wenn man „Frankreich seine gewaffnete Angriffslinie nimmt, und diese „besteht aus jener bekannten dreifachen Linie von Festungen. „An dieser Abtretung müssen alle Gränzstaaten, die Nieder- „lande, Deutschland und die Schweiz, Theil haben." Na- türlich meinte Humboldt, daß es nicht allein sich um Abtre- tung der Festungen, sondern auch um die der dadurch ge-

*) Es ist vorzüglich das des Grafen Capo d'Istria gemeint, den besonders zu widerlegen, W. v. Humboldt sich angelegen sein ließ, — wie ja auch schon im Anfange bemerkt wurde. Die Ironie, mit wel- cher der Erdenker der moralischen und reell-moralischen Garantieen gegeisselt wird, kann nicht feiner sein!

bildeten Gebiete handele; auch meinte er, daß außerdem noch eine Contribution für die letzten Kriegskosten hinzukommen müsse. —

Somit war eine der russischen ganz entgegenstehende Ansicht aufgestellt, und sie ward das Maximum der Forderung einer andern Partei, welche zum Kampfe für ihre Ansichten aufzutreten bereit war. Statt einer Einigkeit der noch eben Verbündeten, bieten die Unterhandlungen vielmehr schon jetzt das Bild eines Kriegs, der durch besondere vorgeschobene Corps eröffnet ist, so daß aber die Pläne der einzelnen Heere schon auf das Klarste hervorleuchten. Die Debatten wurden auch bald heftig genug, um die Rechtfertigung jenes Bildes noch mehr zu begründen.

Aus den mündlichen Verhandlungen, welche jenen allgemein aufgestellten Principien folgten, geht hervor, daß die größte von Frankreich zu fordernde Abtretung, an welche überhaupt zur Zeit Staatsmänner dachten, ungefähr nach der damaligen Bevölkerung 4,762,000 Seelen betragen haben würde, enthalten in der Franche Comté, im Elsaß, in Lothringen und in Burgund, oder vielmehr in den daraus später gebildeten Departements, so wie endlich, in den Gebieten, welche einst den Niederlanden entrissen, und jetzt im Departement du Nord vereinigt waren. Noch um ein Ansehnliches würde sich die Verminderung Frankreichs gesteigert haben, wenn es wahr wäre, wie Ludwig **XVIII.** in seinen Memoiren (**X. 349**) versichert, daß man auch Roussillon und das französische Navarra, so wie gewisse Distrikte der Dauphiné und der Provence gefordert hätte. So viel mir bekannt ist, ist weniger oder wohl nie davon die Rede gewesen; Ludwig hat oft seine Lage in sehr schlimmen Lichte dargestellt, um vom Resultate desto größern Ruhm zn erndten. —

Was hierüber und über die aufgestellten Principe überhaupt Alles mündlich verhandelt ist, das können natürlich nur Die wissen, welche selbst dabei geredet haben. Die Nachwelt braucht davon auch nur die Resultate nicht den ganzen Ver-

lauf der geredeten Worte zu kennen. Den mündlichen Debatten folgte auch bald wieder der schriftliche Notenwechsel, und jetzt erst beginnen die Hauptverhandlungen, geführt von den Staatsmännern, auf welche Europa als die ersten hinzusehen gewohnt war. Der kleine Krieg war geendet, die großen Operationen begannen.

Es war natürlich, daß man dem Fürsten Metternich als Präsidirendem die erste Stimme ließ. Sein Memoire, in welchem er seine Meinung ausspricht*), ist wiederum in mehr als einer Hinsicht charakteristisch und wichtig. Es ist offenbar, daß der österreichische Vorschlag nicht ein solcher ist, der beim Beginne des Krieges schon vor der Seele des Staatsmanns stand, der ihn machte; er ist nicht dadurch eingegeben, daß ein unverrücktes Ziel ihm von vorn herein vorschwebte für die politischen Resultate die er durch jenen Krieg erreichen wollte, und von denen er, wie einst Richelieu, nimmer sein Auge ließ, wie drohend, und wie trübe auch oft die Umstände waren, die den Weg zu jenem Ziele zu versperren droheten. Er bezweckte vielmehr nur eine Vereinigung der bis jetzt geäußerten Ansichten, einen Versuch, augenblicklich Friede zu erhalten durch Ausgleichung der entgegengesetzten Ansprüche. Weder Deutschland, vielleicht kaum Oesterreich, noch ein zukünftig fest zu gründendes europäisches Staatensystem hatte Metternich ganz speciell im Auge; nur Friede, Ruhe und Einigkeit schien ihm vorerst Hauptsache, denn er hatte sich aus den Ereignissen seit 1812 die Lehre gezogen, daß jedes gewaltsame Eingreifen, was natürlich außerordentliche Veränderungen herbeiführen mußte, zu vermeiden sei. Nicht die Erscheinungen der Zeit hervorzurufen, sondern sie gehen zu lassen, und auf die schonendste Art ihrer Herr zu werden, war bis jetzt der oft öffentlich und vertraulich ausgesprochene Grundsatz Metternichs. Diese vermittelnde Politik, so

*) Aktenstücke Nro. IV.

wohlthätig sie auch in den meisten Fällen werden kann, ist aber da nicht wohl angebracht, wo sich wie aus einem Chaos erst neue Zustände losringen sollen. Wird hier der erste Grund zu ihnen nicht mit fester Hand und weit voraussehendem Auge gelegt, verlangt man, daß sich der Unterbau, der das Ganze tragen soll, immer nach den spätern Umständen noch rücken und drücken soll, dann kann es mit der Beständigkeit nicht wohl aussehen. Die Zeit des zweiten Pariser Friedens war eine solche, und man könnte nur wünschen, daß Metternich schon damals so selbstständig und energisch aufgetreten wäre, wie später seit den Jahren 1819 u. 1820 in andern Angelegenheiten. Vielleicht mag zu jenem Schwanken seine doppelte Stellung als österreichischer Canzler und als Vertreter der allgemeinen deutschen Interessen mit beigetragen haben; vielleicht mag auch sein System für Oesterreich, namentlich wenn es sich Preußen gegenüberdachte, das zweckmäßigste gewesen sein; vielleicht nahm auch Metternich nicht mit voller Seele und vollem Interesse an den Verhandlungen Theil, weil in Beziehung auf die von Frankreich zu fordernden Abtretungen ein Lieblingsplan von ihm bereits hintertrieben war, was wir später im Zusammenhange erzählen; Deutschland hat aber tief darunter gelitten, und zwar unmittelbar, noch mehr aber mittelbar. Wir kommen sogleich wieder auf diesen Punkt zurück. —

„Der Krieg von 1815, so stellte der Fürst Metternich „vor, ist kein Eroberungskrieg, und darf auch nicht dahin „ausarten, theils der Erklärung der Verbündeten wegen, „theils auch weil eine gesunde Politik eine bedeutende Ge„bietsveränderung, welche den Bestimmungen des Wiener „Congresses zuwider liefe, um deswillen verhindern muß, „weil dadurch leicht neue Verwickelungen herbeigeführt wer„den können, in denen der eigentliche Zweck des Krieges und „der bisherigen Politik verloren gehen kann. Aber man hat „das Recht von Frankreich zu fordern

1) „eine Entschädigung für die Kriegskosten, die na-

„türlich nicht anders als durch eine Contribution aufgebracht „werden kann.

2) „Eine reelle und dauernde Garantie, daß es gegen „die Gränzstaaten seine offensive Stellung in eine mehr de= „fensive verwandle. Die erstere ist seit Ludwig XIV. ge= „gründet durch Anlage von großen Waffenplätzen und durch „eine dreifache Reihe von Festungen, die um so mehr überwie= „gen, als es französisches System war, alle gegenüberlie= „genden Festungen in den Niederlanden und Deutschland zu „zerstören. Die Stellung hat aber in der neuern Zeit erst „ihre wahre Stärke durch das Institut der Nationalgarden „erhalten; diese können zum Dienst in jenen Plätzen verwandt „werden, so daß es Frankreich erlaubt ist, mit seiner ganzen „Heeresmacht nach Außen zu operiren. Seine Offensive ist „freilich nach den Verlusten der Jahre 1812. 13. 14. und „15. bedeutend geschwächt, aber es kommt nur auf die Re= „gierung an, um alsbald Alles auf den alten Fuß wieder „herzustellen. Daher muß Frankreich die Offensivpunkte ver= „lieren, welche ihm der Friede von Paris gelassen, so wie „die erste Linie von Festungen abgeben, damit aus ihnen die „Gränzstaaten eine Defensiv=Stellung sich bilden; wenigstens „müssen jene festen Plätze geschleift werden. Frankreich wird „durch ein solches System nicht in seiner eignen Sicherheit „gekränkt, denn die Gebirge der Vogesen und des Jura, so „wie eine zweifache Reihe von Festungen, die ihm bleiben, „bilden immer noch eine mehr als hinlänglich gesicherte „Gränze.

3) „Können die europäischen Mächte fordern, daß ein „solches System der Regierung eingeführt werde, welches „durch seine Institutionen die Ruhe Frankreichs, und mittel= „bar die Ruhe Europas sichere. Die Mittel wodurch dies „erreicht werden kann, haben sich nur nach den Umständen „zu richten.

4) „Endlich muß man Frankreich auch einer solchen „polizeilichen Aufsicht unterwerfen, von welcher sowohl der

„Regierung Ludwig XVIII., als dem äußern Frieden Be-„ständigkeit zu versprechen ist. Dies wird durch einen ver-„längerten Aufenthalt der Truppen der Verbündeten in „Frankreich erreicht, — 150,000 Mann scheinen dazu zu ge-„nügen. Man hat nur besonders noch zu berücksichtigen, „aus welchen Armeen diese auszuwählen sind, welche Feld-„herren sie befehligen sollen, und welches Feld für ihre Can-„tonirungen ihnen anzuweisen ist.“ —

Dieser Vorschlag besteht aus einer Vereinigung der russischen und der preußischen Forderungen, jedoch ist keine ganz darin enthalten, sondern von allen nur ein Theil; er scheint fast zu der Categorie der halben Maaßregeln zu gehören, wenigstens konnte ein selbstständiges Resultat aus der vorgeschlagenen Politik kaum erwartet werden. Von Wien aus ward denn auch bald in Privat-Briefen die ausgesprochene Politik in diesem Memoire noch specieller charakterisirt. Es hieß darin: Oesterreich sucht auch diesmal als vermittelnde Macht von Europa zu Paris aufzutreten, um die entgegenstehenden Extreme in der Politik der Nationen mit einander auszusöhnen, und ein System aufzustellen und zu behaupten, welches mit einer Schonung gegen Frankreich, so weit sie möglich ist, auch die Sicherstellung der angränzenden, besonders der deutschen Staaten durch hinreichende Garantien als einen Hauptzweck der jetzigen neuen Anordnung der Dinge betrachtet.

Der Erfolg dieses Systems konnte schwerlich befriedigen, da es scheint, als wenn in der Proposition schon etwas Unausführbares gelegen hätte. Die erste Linie der Frankreich schützenden Festungen von den übrig bleibenden beiden absondern, hieß Länder und Provinzen, — wir haben sie oben genannt, — von einander trennen, die sich als zusammengehörend seit fast tausend Jahren anzusehen gewohnt waren, wenn auch eine Oberherrschaft über sie in derselben Zeit zwischen Deutschland und Frankreich hin und her geschwankt

hatte. Blieben von diesen nun zwei Drittel bei Frankreich, so wäre natürlich in dem zu Deutschland gekommenen einem Drittel immer der Wunsch rege geblieben, sich mit der Mehrzahl ihrer Landsleute wieder zu vereinigen, denn Trennung der Verwandtschaft, beruhe sie im Blute, oder im Stamme, erträgt der Mensch an wenigsten; läßt der Oberherr diese unangetastet, so duldet man ihn leichter, wie seine Person auch wechsele. Statt Deutschlands Gränze durch eine solche Abtretung zu stärken, hätte man sie geschwächt. Man würde einen unruhigen Theil gewonnen haben, der ewig nach Vereinigung mit seiner Hauptmasse zurückstrebte. Diese Tendenz wäre gerade dazu geeignet gewesen, binnen den nächsten Jahren schon wieder Verwickelungen mit Frankreich herbeizuführen, und dann war es wieder um einen allgemeinen Frieden geschehen. Die Abtretung, die man von Frankreich wollte, mußte entweder ein Ganzes sein, oder man mußte gar nicht darauf bestehen.

Doch hätte sich dieses Nachtheilige was in dem österreichischen Vorschlage lag, erst in der Folge herausstellen können; in anderer Beziehung trat es sogleich hervor. Die übrigen großen europäischen Staaten hatten kennen gelernt, welche innere Macht Deutschland nach so viel Schlägen des Schicksals noch zu entwickeln vermöge, und in ihrem Interesse lag es, dieses Land nicht noch mehr zu vergrößern. Als man nun an dem Schwanken des österreichischen Vorschlages sah, daß man eine feste Vereinigung der größern deutschen Staaten zu einem allgemeinen Zwecke nicht zu befürchten habe, als man sah, daß eigentlich nur eines Staates Ansprüche zurückzuweisen seien, daß Oesterreich halb auf der einen, halb auf der andern Seite stehe, da war es natürlich, daß die Deutschland feindliche Partei nur um so fester auf dem Ultimatum ihrer Ansprüche bestand, denn der Sieg konnte ihr nicht fehlen. Gerade dadurch, daß Oesterreich ungefähr nur auf dem Drittel der v. Humboldt angedeuteten

Abtretung bestand *), erhielt man gar nichts, denn schon gegen die Fassung der Forderung Metternichs ließ sich Manches einwenden. —

Da einmal im Anfange seines Memoirs der Grundsatz: „der Krieg dürfe kein Eroberungskrieg werden" hingestellt, oder vielmehr aus den russischen Inductionen aufgenommen war, so mußte, wie fein die Deduction auch war, doch immer eine Inconsequenz sich bei Forderung auch der geringsten Abtretung herausstellen. Diese schwache Seite ließ sich nicht verdecken, und Metternich hat sie vielleicht selbst recht wohl erkannt; die Unsicherheit in seinen Forderungen, indem er Festungen abgetreten oder doch wenigstens demolirt haben will, scheint ganz darauf hinzuweisen. Aber eben sowohl haben Rußland und England sie erkannt, und ihre politische Handlungsweise danach aufs Vortrefflichste eingerichtet. Doch soll hier wiederum angedeutet sein, daß die Lauheit, und das Schwankende in Metternichs Auftreten vielleicht nicht ohne Absicht gewesen sein kann. Bei den spätern Verhandlungen über das Elsaß werde ich mich weitläuftiger darüber auslassen können, wie ich dies meine. —

„Zunächst nach ihm trat Lord Castlereagh auf; er reichte „ein Memoire ein**) dem er noch verschiedene Erklärungen „beifügte. Vorzüglich drang er darauf, und stellte es als „nothwendig hin, daß man sich schnell einigen müsse, um „noch vor dem 15. September der französischen Regierung „alle die Forderungen vorlegen zu können, welche man an „sie machen wolle ***). Zögern könne leicht als Uneinigkeit

*) Humboldt hatte ohne Zweifel jene größere Abtretung bei seinem Memoire im Auge. In allen mündlichen Verhandlungen hat er sich auch dahin ausgesprochen — Hardenberg weniger durchgreifend trat dann später, wie wir gleich sehen werden, mehr dem Metternich'schen Vorschlage bei.

**) Aktenstücke Nro. V.

***) Vergl. Aktenstücke I. und II.

„ausgelegt werden; dazu seien auf jenen Tag die französi-„schen Kammern berufen, und die Minister würden auch noch „einige Tage Vorbereitung bedürfen, bevor sie über den Frie-„dens-Gegenstand mit den Ständen gehörig verhandeln könn-„ten. Auch habe der Kaiser von Rußland vorgestellt, daß er „seine Armee, ohne sie den Nachtheilen eines Wintermarsches „auszusetzen, unmöglich länger als Mitte Septembers in „Frankreich lassen könne. Bei Anordnung des Friedens-„werks selbst müsse man vorzülich darauf sehen, die Ver-„bindung der vier europäischen Mächte, der man schon ein-„mal so viel verdankt habe, aufrecht zu erhalten; diese müsse „man für ein beständiges Fortleben des Vertrages von Chau-„mont nehmen. Vor allen Dingen aber ist es das Haupt-„augenmerk, Ruhe in Frankreich herzustellen, und diese ist „durchaus an die Autorität des Königs geknüpft *); wird „diese gestürzt, so entsteht wieder eine revolutionaire Ordnung „der Dinge, die leicht einen militairischen Charakter annehmen „kann. Der temporaire Aufenthalt von Truppen der Ver-„bündeten während 7 oder 10 Jahren wird Europa eben so „gut, wie die neu hergestellte Regierung in Frankreich vor „einem Umsturze schützen, und für eine weitere Zeit hinaus „kann menschliche Vorsicht nicht sehen. 150000 Mann werden „eine Stellung einnehmen an der Gränze Frankreichs und „in den Festungen, die dazu näher zu bestimmen sind. „Doch darf man von dem König sonst bedeutende Abtretun-„gen nicht fordern, eben so wenig wie Besetzung oder Demo-„lirung von einigen der Hauptplätze des Königreichs, wohin „namentlich Strasburg gehört. Denn es liegt in dem In-„teresse der Verbündeten, Ludwig den Franzosen beliebt und „angenehm zu machen. Würde er seine Regierung mit ei-„nem für Frankreich ungünstigen oder schimpflichen Frieden

*) Die ewige Ausschließung der Bonapartischen Familie vom Throne wird dabei ganz dem russischen Antrage (Aktenst. Nro. I.) gemäß, gefordert.

„beginnen, so habe man alsbald seinen Sturz und neue „Unruhen für Europa zu befürchten. Darum muß man alle „Forderungen an Frankreich so mäßig stellen wie möglich, „und auch in der Form behutsam sein; sie sind nicht an „Frankreich als einen Staat zu richten, sondern als wie „an eine gefährliche Partei in demselben gehend, „anzusehen. Eben so darf man diese neue Verständigung „nicht etwa wie eine Wiedereröffnung des Congresses von „Wien, zu einer neuen Ländervertheilung führend, betrach„ten; was man etwa fordern mag an Abtretungen, muß „daher auf ganz allgemeine Principien, nicht auf das Recht „einer jetzigen Eroberung zurückgeführt und gestützt werden, „z. B. Wiederherstellung der Gränze von 1790. — Die „Alliirten dürfen nie vergessen, daß sie in dem Verhältniß „von Verbündeten zu dem König von Frankreich stehen, „und ihn daher nicht in die Verlegenheit setzen, Forderun„gen, die Einzelne an ihn erheben möchten, auszuschlagen. „Man müsse vielmehr das Minimum derselben hervorsuchen „und fixiren, dies aber als Ultimatum bei den Verhandlun„gen hinstellen, dann aber auch im Fall der Verweigerung „desselben sogleich den Waffenstillstand aufkündigen. Für eine „Contribution stimmte auch Castlereagh, mit der besondern „Bestimmung, daß ein Theil davon, nicht weniger als ein „Drittel, während der Occupation dazu verwandt werden „sollte, den französischen Festungen gegenüber eine gleiche „Anzahl Plätze in den Niederlanden und Deutschland zu „befestigen *).“ —

Ohne darauf aufmerksam gemacht zu werden, muß es Jedem auffallen, in welchem genauen Zusammenhange der Inhalt dieser englischen Staatsschrift mit den Vorschlägen von Seiten Rußlands aufgestellt, stehe, nicht minder, wie bereitwillig Castlereagh war, auf französische Vorschläge ein-



*) Vid. Aktenst. Nro. I.

zugehen *), ja auf beide wird sich geradezu berufen. Dies schon öfters Angedeutete wird im Verlaufe der Verhandlungen noch mehr und noch klarer hervortreten. Es war allerdings wünschenswerth, mit dem Friedensschluß sobald als möglich zu Stande zu kommen; aber unnöthig eilen, hieß hier übereilen. Wo so viele Forderungen, so viele sich widersprechende Interessen in Frage kamen, da war es unmöglich, wie hier geschehen, einen kaum noch vier Wochen entfernt liegenden Tag als den anzusetzen, wo Alles in Einigkeit und Ordnung abgemacht sein sollte. Es konnte nicht anders sein und nicht anders werden, als daß der Schwächere nachgeben und sich bis dahin in den Willen des Stärkern gefügt haben mußte. Beide Parteien hatten sich auf diesen Punkt geprüft und richtig erkannt, und in diesem Geiste drang die stärkere zum raschen Handeln. Ueberzeugung oder Ausgleichung ihrer politischen Interessen konnte die schwächere bis dahin nicht gewonnen haben. Und, kann man fragen, war im Grunde der 15. September, der Tag wo die französischen Kammern eröffnet werden sollten, ein Termin, der eine solche Eile gebot? Konnte den Ständen nicht auch während ihrer Sitzungen das Projekt zu einem Frieden mitgetheilt werden, brauchte dies gleich in ihrer ersten Sitzung zu geschehen? Mir scheint es fast, als wenn die französischen Stände sich hätten nach den Verbündeten richten müssen, warum man das entgegengesetzte Princip aufstellte, sehe ich in der That nicht **). Fürchtete man sich vielleicht vor einer Partei, welche sich während der Versammlung hätte bilden können? Ich glaube,

---

**) Namentlich wegen der schnellen Beendigung der Verhandlungen will ich auf das verwiesen haben, was bereits bei Besprechung der Capo d'Istria'schen und Talleyrand'schen Memoires gesagt ist. Die englische Politik schließt sich hier ganz an die russische und französische.

*) Dazu kamen, wie bekannt ist, die Stände auch wirklich viel später zusammen, wie am 15. September; wenn diese Aenderung nicht auch von den Verbündeten veranlaßt ist, so hätten sie, wenn sie gewollt, eine solche leicht bestimmen können.

ein solches Bedenken brauchte den Mitteln gegenüber, welche die Verbündeten in die Wagschale zu legen hatten, nicht aufzukommen. Alexander hätte seine Russen ruhig nach ihrem Vaterlande abziehen lassen können, sie hätten sich, damit das Imponirende der Stellung nicht geschwächt wurde, aus Oesterreich, Preußen und dem übrigen Deutschland leicht ersetzen lassen; aber klug genug sah das russische Cabinet auch ein, daß dann, wenn ihm diese Macht in der Nähe fehlte, seine Politik um eben so viel an Nachdruck verliere; daher natürlich zu eigner Bequemlichkeit und in eignem Interesse jenes Drängen zur Beendigung der Verhandlungen, das mir vorkommt wie ein reißender Strom, den man absichtlich aus Dämmen und Schleußen hervorbrechen ließ, um schnell jedes Bedenken, jeden Einspruch fortzuschwemmen und zu ersäufen, den man nicht rechtlich, und auch nicht mit solchen Gründen widerlegen konnte, welche aus der natürlichen richtigen Sachlage geschöpft waren. Castlereagh will Besetzung der Festungen, kleine Abtretungen und eine vielleicht große Contribution, und alles doch nicht von Frankreich als Staat fordern, sondern von einer gefährlichen Partei in demselben. Der edle Lord hätte sie, wenn seine Vorschläge realisirt werden sollten, doch genau bezeichnen müssen, wo sie war, wer zu ihr gehören sollte, und wo ihre Mittel und Länder belegen wären, von denen man nehmen wollte; sie zur Leistung von etwas auffordern was nur der Staat allein gewähren kann und darf, hätte denn doch mindestens die politische Folge gehabt, daß jene Partei als die herrschende angesehen wäre, — ein schlechtes Compliment für Ludwig **XVIII.** und seine Regierung. Man kann immer annehmen: je complicirter und künstlicher die Dialektik, je falscher wird sie; je falscher, desto schlechter die Sache, die sie vertheidigen soll, denn die gute bedarf nur sich selbst und der Wahrheit die in ihr liegt, um sogleich zu überzeugen. Schon von dieser Seite betrachtet, hätten die englischen und

russischen Deduktionen, wie ich meine, Mißtrauen erregen müssen gegen die Partei, von der sie ausgingen *)!

Das Memoire Castlereaghs war von einem andern kleinen unbedeutenden Wellingtons begleitet **). Die temporaire Besetzung Frankreichs und das Innebehalten einiger Festungen war ein Punkt, über den Alle einig waren. In den mündlichen Verhandlungen hatte man schon verschiedene, zu jenem Zweck taugliche Plätze bestimmt. Wellington schlägt nun eine andere Festungslinie, von dem Meere, bis zur Schweiz gehend, vor, die folgende Städte umfassen sollte: Condé, Valenciennes, Bouchain, Maubeuge, Landrecy, Quesnoy, Avesnes, Rocroy, Philippeville, Givet, Bitsch, Landau und Hüningen. Zugleich gab Wellington seine Meinung dahin ab, daß für den Zweck, welchen die Verbündeten mit jener Maßregel erreichen wollten, ihm 100,000 Mann vollkommen zu genügen scheinen. Ein Theil davon sollte zur Besatzung dienen, aus dem andern aber schnell ein mobiles Heer gebildet werden, das alle von Frankreich ausgehenden feindlichen Bewegungen wenigstens so lange aufhalten könne, bis die Macht der Verbündeten sich hinter dem Rhein gesammelt habe. —

Diese neuerdings zu Gunsten Frankreichs vorgebrachten Ansichten zu bekämpfen, blieb nur eine Macht übrig, Preußen; denn Metternich als Präsident der Versammlung konnte allerdings mit seinem Votum sich wenden, wohin er wollte,

---

*) Das feste Anschließen Englands an Frankreich und sein Interesse geschah bekanntlich, als auf dem Wiener Congresse mit jenem berühmten Vertrage vom 3. Januar 1815 das Alliancesystem wechselte. Nunmehr auch Rußland auf Seiten dieser Staaten zu sehen, ist eine eigene Erscheinung. Hat England den Vermittler zwischen ihm und Frankreich, oder Frankreich zwischen ihm und England gemacht? — Eins von Beiden hat Statt gefunden, die Vermittlung war aber leicht, bei der schon angedeuteten Lage der Sache und der Ansprüche an Frankreich.

**) Aktenstücke Nro. VI.

und auch zuletzt den Ausschlag geben; aber als Partei mit den Parteien zu verhandeln, über denen er doch stehen sollte, konnte er nicht so gut, wie Preußen. Daher war dieser Umstand in sofern nicht günstig für Deutschland, als jenes noch mehr dadurch in die Lage gesetzt wurde, isolirt sich England und Rußland gegenüber zu stellen. Der Fürst von Hardenberg überschickte gegen Ende des Augusts dem Fürsten Metternich ein neues Memoire *), welches — man sieht kaum ein weswegen — weniger die allgemeinen Forderungen und Rechte betraf die man gegen Frankreich durchsetzen müsse, als vielmehr speciell den Zweck hatte, Castlereagh und Wellington zu antworten. In ersterer Beziehung ließ sich auch schwerlich nach dem, was Humboldt bereits vorgestellt hatte, noch etwas Neues vorbringen ohne wieder auf das Gesagte zurückzukommen, aber es so ganz auf sich beruhen zu lassen, war etwas mehr als sonderbar.

„Hardenberg wieß auf die precaire Lage hin, in welcher „sich die Bourbons in Frankreich noch nach den letzten Er„folgen befänden, und machte darauf aufmerksam, daß, wenn „man nicht jetzt mit äußerster Vorsicht zu Werke gehe, man „leicht die Früchte aller der letzten Anstrengungen verlieren „könne. Er beklagt noch immer die Verschiedenheiten der „Ansichten der Minister, und mit Recht konnte er das, denn „bis zum 15. September waren nur noch wenige Wochen. „Sodann geht er Punkt vor Punkt die Vorschläge Castle„reaghs und Wellingtons durch, jedoch ist er mit ihnen nur „in dem Principe: Friede und Wiederherstellung der Bour„bons, einig. Dann hält er für eine temporaire Besetzung „Frankreichs die Truppenzahl von 100,000 Mann für unzu„reichend, indem er annimmt, daß davon für Besatzun„gen wenigstens 60,000 Mann abgehen, und daher für etwa „nöthige Operationen ein viel zu geringes Herr übrig bleibe. „Sehr richtig stellt er vor, daß Frankreich bei seinem Be-

*) Actenstücke Nro. VII.

„waffnungssystem und seiner concentrirten Lage mit Leichtig„keit ein Heer von 300,000 Mann schnell mobil machen „könne. Wenn nun ein Theil davon die von den Verbün„deten besetzten Festungen in Schach hielte, ein anderer der „Weissenburger Linien sich bemächtigte, so könnte der Kern des „Heeres bei Straßburg den Rhein überschreiten, schnell die „Straße der Donau gewinnen und in der Mitte Deutsch„lands stehen, bevor man hier ein Heer zum Widerstande „gesammelt habe. Zugleich würde durch eine solche Opera„tion den Besatzungstruppen in Frankreich der Rückzug ab„geschnitten; darum müssen diese, nach Hardenbergs Mei„nung, auf 240,000 Mann erhöht werden. — Die von Frank„reich zu erhebende Contribution zu einem großen Theile auf „Anlegung einer Festungslinie zu verwenden, weis't er grade„zu von der Hand, und meint, von dem Gelde ließe sich ein „besserer Gebrauch machen; denn nach so vielen Anstren„gungen nnd Aufopferungen haben die Regenten Pflichten „gegen ihre Unterthanen, an deren Erfüllung zuerst gedacht „werden müsse, und hiezu biete die Contribution ein will„kommenes Mittel. Ohne auf die Bestimmungen des Wie„ner Congresses zurückkommen zu wollen, in sofern er eine „ganz neue Vertheilung von Ländern hervorgerufen, muß „ich, so sagt Hardenberg, doch auf einer Landabtretung beste„hen, welche beständig ist. Sie wird sich mit der temporai„ren Besetzung recht wohl vereinigen lassen, indem wir einen „Strich Landes von unsern Truppen einnehmen lassen, und „davon nach einer Reihe von Jahren einen Theil zurückge„ben, einen andern behalten. Von diesen Abtretungen müssen „die Niederlande zur Sicherung ihrer gegen Frankreich ganz „offenen Gränzen erhalten: Condé, Valenciennes, Maubeuge, „Philippeville, Charlemont und Givet, dagegen auf Luxemburg „mit einem angemessenen Gebiet verzichten. Dieses so„wohl als Thionville und Saarlouis muß Preußen; Bitsch, „Landau, Fort Vauban und Hüningen das südwestliche Deutsch„land, Fort Joux und Eclüse aber die Schweiz und Savoyen

„erhalten. Der große Waffenplatz Straßburg, der Deutsch-„land und einer nahegelegenen Hauptstadt so gefährlich ist, „muß mit der Citadelle nicht allein seine Festungswerke ver-„lieren, sondern mit einem angemessenen Gebiete zur freien „Reichsstadt erhoben, und ganz in die Lage und die Rechte „wieder eingesetzt werden, welche diese Stadt 1648 zur Zeit „des westphälischen Friedens hatte. Endlich zählt Harden-„berg die französischen Festungen auf, welche diesen Abtre-„tungen gegenüberliegen, und es kommen fast immer deren „zwei auf eine verlorene heraus, welche zur Beschützung „der Gränzen Frankreich noch verbleiben. —

„Für die Contribution wird eine Summe vorgeschlagen, „welche wenigstens 1200 Millionen Franks betragen solle. „Mit der energischen Art, die Verhandlungen zu betreiben, „so wie sie Castlereagh vorgeschlagen hat, ist auch der preu-„ßische Minister vollkommen einverstanden, nur sieht er nicht „ein, warum man grade Frankreich gegenüber diese Forde-„rungen nach den Ereignissen auf das Minimum beschrän-„ken solle.“ —

Von Seiten Preußens hatte man auch den General v. d. Knesebeck mit zugezogen, um sich seines Rathes, namentlich für militairische Angelegenheiten zu bedienen. Schon am 4. August hatte er dem Fürsten Hardenberg ein Memoire übergeben, in welchem er seine Ansicht über die jetzige Sachlage aussprach und diese Ausführung in einer Beilage noch mehr erläuterte*). Manches davon, jedoch meist nur das Unbedeutende, findet sich, als von Hardenberg aufgenommen, in dessen Vortrage wieder, auf manche Punkte aber, zum Theil grade die Wichtigsten, ist letzterer gar nicht weiter eingegangen. Jedoch scheint im Allgemeinen diese Arbeit nur als ein gefordertes Privat-Gutachten anzusehen zu sein.

„Der Zweck aller Mächte, so sagt der General v. d. „Knesebeck, ist, einen dauerhaften Frieden für Europa zu be-

*) Actenstücke Nro. VIII. und IX.

„gründen. Man hat Frankreich, um jenen Zweck zu errei„chen, neuerlich viel verziehen; aber es hat diese Nachsicht „nur mißbraucht, und es wäre daher jetzt eine unverzeihliche „Schwäche, sich von Neuem zu den Mitteln zu wenden, mit „denen man, wie die Ereignisse gelehrt haben, nicht zum Ziele „kommt. Die Garantien sowohl für die Kosten des jetzigen „Kriegs, so wie auch für die Mittel, jeden künftigen zu ver„hindern, muß Europa sich selbst nehmen, und diese müssen „politische, oder militairische, oder beide in einer Vereinigung „sein. Im Allgemeinen spricht er die Ansicht aus: daß eine „Nation, welche mehr Egoismus als Patriotismus besäße, „eine Abtretung von Land nicht so hart finden würde, als „eine bedeutende Contribution in Gelde; denn die letztere „vertheile sich auf Alle, und drücke daher jeden Einzelnen „fühlbar, hingegen von der ersteren werde die Masse des zu„rückbleibenden Staates nichts gewahr. Dies sei ganz der „Fall bei Frankreich, und da man den Grundsatz ausgespro„chen habe, der Friede müsse so geschlossen werden, daß er „nicht Erbitterung des Volkes und damit einen neuen Krieg „hervorrufe, so werde dies wohl am besten erreicht, wenn „man nur den entfernt liegenden Staaten eine Entschä„digung in Gelde, den angränzenden aber eine solche in „Lande zukommen lasse. Temporelle Abtretung aber und „Occupation führe zu gar nichts; grade hiedurch können „allein die Franzosen gegen die Verbündeten erbittert werden, „indem ihnen durch diese Maßregel täglich und stündlich ihre „Abhängigkeit ins Gedächtniß zurückgerufen werde, und es „wird dabei treffend an Preußen und seine Schicksale nach „der Schlacht von Jena erinnert.

„Sodann wird eben so klar gezeigt, wie schon seit den „Zeiten Ludwig **XIV**. und noch früher Frankreich eine offen„sive Stellung gegen Deutschland gehabt habe; ganz natür„liche Folge davon mußte die Politik der Könige sein; bestän„dige Angriffe auf Deutschland und Streben nach Vergröße„rung auf dessen Kosten. Diese Stellung hat sich nicht etwa

„im Laufe der Jahre geändert, sondern sie ist durch die bis=„herigen Eroberungen nur noch mehr potenzirt und doppelt „gefährlich geworden. Man kann daher nur wieder auf Fort=„setzung der alten Politik gefaßt sein. Dauerhafte Ruhe und „ein beständiger Frieden werden nur erreicht durch Vernichtung „jener offensiven Stellung und Zurückweisung Frankreichs in „die Defensive. Dies erreicht man, wenn das Elsaß abgetre=„ten wird, so wie ferner alle die Festungen, welche einmal „den offnen Niederlanden gegenüber, und sodann an den „Ufern der Meuse, Mosel und Saar liegen. Frankreich be=„hält alsdann eine vortreffliche Defensivlinie, sie wird gebil=„det von den Vogesen und einer doppelten Reihe von Fe=„stungen, welche von der Meuse bis zum Meere reichen. „Nur so wird es zu einer friedlichen Stellung gezwungen „werden können; der glückliche Augenblick, wo man dies „wichtige Resultat erreichen kann, ist jetzt da, und läßt man „ihn sich entgehen, so kehrt er vielleicht nie wieder!

„Einzelnen Einwürfen gegen einen solchen Vorschlag sucht „der General v. d. Knesebeck schon im Voraus zu begegnen, „so z. B. dem: Frankreich verlöre durch eine solche Forde=„rung in Straßburg, Lille und Metz seine Hauptplätze, und „es blieben ihm alsdann nur Festungen zweiten Ranges. „Dieses Bedenken ist nur scheinbar; durch jene Plätze wird „allein die Gränze gegen Deutschland geschwächt, nicht „das innere, das allgemeine Frankreich; diesem bleiben „noch eine Menge Hauptdepots, wie Besançon, Greno=„ble, Toulouse u. a., so daß es nicht wie ein offenes, hülf=„loses, unvertheidigtes Land erscheint. Auch kann durch die „geforderte Abtretung nie ein Wechseln der Politik entstehen, „und den angrenzenden Staaten kann es nie einfallen, ihrer=„seits dagegen offensiv gegen Frankreich aufzutreten. Es sind „fünf verschiedene Mächte *), welche sich von Dünkirchen bis

*) Zählt man Baiern und Baden getrennt, wie man muß, da auch Preußen besonders, und nicht für Deutschland im Allgemeinen gerech=

„Nizza an Frankreich anlehnen; dieses bildet hingegen eine „consolidirte Masse, und ist daher auch jeder einzelnen bei „Weitem überlegen; seine Stellung ist eine centrale, welche „mit ihrer ganzen Macht leicht auf jeden Punkt der Peri„pherie hinwirken kann. Die Forderung, Festungswerke zu „schleifen oder zu sprengen, genügt in keinem Fall; Frank„reich wird stets zögern, diese Bedingung ganz zu erfüllen, „so daß man vielleicht gar einen neuen Krieg führen muß, „um die Bedingung eines alten Friedens zu erreichen; auch „sind die Plätze selbst ja die Hauptsache; bleiben sie in den „Händen der Franzosen, so sind die Werke leicht wieder „hergestellt.

„Ferner hat man auch nicht zu fürchten, daß Frankreich „über solche Abtretungen im Osten erbittert, sich im Westen an „Spanien schadlos zu halten, versuchen würde. Hier besteht „eine natürliche Gränze, die sich so leicht nicht verrücken läßt; „dazu würde sich Spanien allein schon durch einen Volks„krieg schützen können, und dazu außer England in ganz „Europa sogleich einen natürlichen Verbündeten haben.

„Bei allen diesen Forderungen und Opfern aber ist es „so schwer nicht, die französische Nation ruhig zu erhalten, „und sie in Uebereinstimmung mit den übrigen europäischen „Mächten zu bringen; man muß ihnen nur eine vernünf„tige, freisinnige, constitutionelle Verfassung, das Ziel alles „ihres Strebens garantiren. Zwar muß man den König „Ludwig **XVIII.** für seine Lebenszeit aufrecht erhalten, aber „nach seinem Tode muß die Thronfolge dem Hause Orleans „zugesichert werden; es ist freier von alten verjährten Vor„urtheilen, und nicht gebunden durch eine Unsumme von „Versprechungen, welche die ältere Linie der Bourbons in „den früheren Zeiten der Emigration an Einzelne gemacht „hat. Die Verbündeten müssen sich jetzt auf alle Fälle zum

net wird, so sind es jetzt sechs; die Niederlande, Preußen, Baiern, Baden, die Schweiz und Savoyen. —

„Vermittler zwischen dem Volke und dem Regenten, welchem „das Volk selbst seine Wünsche nicht vorlegen kann, machen, „und man wird sie als Retter ansehen.

„Alles dies zusammengenommen bildet Eine große po„litische Garantie; jede militairische ohne diese, führt zu „nichts. Eine moralische Garantie nun vollends existirt, „Frankreich gegenüber, gar nicht; des Grafen Capo d'Istria „Theorie darüber wird am Schluß nochmals angegriffen und „durch eine überzeugende Deduktion völlig zurückgewiesen."

Damit nun keine Forderung, von Preußen gestellt, als zu hart erschiene, und vielleicht auch um ein Recht der Wiedervergeltung zu begründen, ward eine Ausführung darüber in Umlauf gesetzt, wie die Franzosen in den Jahren 1806 und 1807 in Preußen gehauſ't hatten. Sie bildet in der That ein nicht zu übersehendes Seitenstück zu der schonenden Handlungsweise der Verbündeten 1814 und 1815. Man kann es dem alten Blücher um so eher verzeihen, wenn es ihn drängte, jetzt nun auch einmal in Paris die Rechte des Siegers in vollem Maße auszuüben und alles zu vertilgen, was an eine vergangene Zeit der Erniedrigung erinnerte. Jedoch war jenes Aktenstück schon älter und nicht etwa jetzt erst verfaßt. Schöll in seinem Werke: **recueil des pièces officielles destinées à detromper les Français Tom. VI. p. 298 sqq.** hat es bereits veröffentlicht, und setzt es in das Jahr 1807 zugleich mit einer Angabe aller der Kunstwerke, welche Denon den öffentlichen Sammlungen in Berlin entnahm. Da dort nicht angegeben ist, von wem diese Ausführung herrühre, so will ich nur hier hinzufügen, daß der Verfasser der General Graf v. Bülow war *).

*) Ich weiß nicht, woher rc. Schöll die Nachricht hat, daß jenes Dokument früher verfaßt sei; da er aber zuverlässig ist, so will ich es glauben. Sonst liegt es ziemlich nahe, einen Irrthum zu vermuthen, denn eine gelegenere Zeit, die Abfassung eines solchen Memoirs zu motiviren, wie die jetzige, konnte es wohl nicht leicht geben. Eben waren auch die Kunstwerke zurückgefordert worden.

So wie ich schon früher aus dem bisher Mitgetheilten die ziemlich verlassene Stellung Preußens angedeutet habe, so jetzt einen andern noch viel traurigern Umstand: das Schwankende nämlich in der Ansicht der einzelnen Staatsmänner Preußens, was eigentlich zu fordern sei. Man gedenke auf der andern Seite der Einigkeit in den Cabinetten der dem deutschen Interesse entgegenstehenden Mächte, ihr Drängen nach einen definitiven Abschluß, Oesterreichs unbestimmtes Vermittelungssystem, — was wollte da das isolirt stehende, mit sich nicht einige preußische Cabinet, das sich erst über seine Lage zu besinnen schien, für Resultate erwarten können? Und vielleicht war auch ein Unglück, daß Hardenberg an der Spitze desselben, es hier bei dieser Gelegenheit vertrat. Weil er zur Zeit, als Großes geschah, erster Minister war, so folgt noch nicht daraus, daß Alles dies allein sein Werk gewesen. Hardenberg hat unendlich viel gewirkt; es bedarf nicht der Aufzählung, was Preußen ihm verdankt; sein Wohlwollen gegen Alle, seine persönliche Herzensgüte werden sein Andenken noch theurer machen. Aber diese letzten Eigenschaften, die ihn als Mensch zierten, waren zuweilen Fehler an ihm in seiner Eigenschaft als Ordner der preußischen Angelegenheiten fremden Staaten gegenüber. Er sah nicht die Schlingen, die durch Worte und Verhältnisse künstlich gedeckt, von schlaueren Jägern für einen Fang späterer Jahre gelegt wurden. So wie ihm Friede, Ruhe und Ordnung das höchste Gut bildeten, so strebte er auch, diese nur unter jeder Bedingung zu erreichen, alles Andere hielt er für Nebensache. Aber so dachten nicht Alle; manche sahen die Verhältnisse der Gegenwart häufig nur als verborgene Thüren an, durch welche der Weg bequem zu späteren Planen führte. In dieser Hinsicht ist Hardenberg zum Unglück Preußens oft getäuscht, und hat mehr als einmal in seiner Politik nicht die Voraussicht großer Staatsmänner walten lassen, welche weniger für sich und ihre Zeit, sondern fest und dauerhaft noch für ihre Kinder und Enkel bauen wollten. Hardenberg

eilte zu sehr mit seinen Pflanzungen, deren Früchte er noch genießen und in deren Schatten er selbst noch ruhen wollte. Weitaussehende Plane mit eiserner Consequenz durchzuführen, fernliegende Resultate schon klar vor sein geistiges Auge heraufzubeschwören, jeden Wechselfall des launischen Glücks vorher zu berechnen, — das war nicht sein Werk, sondern vielmehr seine schwächere Seite. Man weiß, um ein Beispiel in diesem Geiste anzuführen, wie lange Niebuhr in Rom an einem Concordate mit der römischen Curie gearbeitet, um die Verhältnisse der Kirchen in dem preußischen Staate dauerhaft und für alle Zeiten zu ordnen; aber tausend Bedenklichkeiten oder Punkte, die dies künftig werden konnten, hielten das Geschäft jahrelang hin. Hardenberg, nur Frieden und Einigkeit wollend, schloß nach nur dreitägiger Arbeit das nachher so berühmt gewordene Concordat ab. Aber eine solche Treibhauspflanze konnte kein gesundes Leben in sich tragen; wir haben in unsern Tagen gesehen, daß Friede und Einigung im Leben des Staats und der Kirche etwas ganz anderes sei, als ein darüber ausgestelltes, unterschriebenes und besiegeltes Dokument! Etwas nicht ganz Unähnliches finde ich schon in der Handlungsweise Hardenbergs bei den Verhandlungen in Paris.

Das schon früher im Anfange des Monats August ausgearbeitete Memoire des Generals v. d. Knesebeck stimmt im Allgemeinen mehr mit den Ansichten überein, welche Wilhelm von Humboldt so lichtvoll dargestellt hatte; es geht sogar in manchen Punkten noch weiter; aber obgleich im Endresultate das was gesagt ist, vortrefflich erscheint, so sieht man doch aus mehr als einer Entwicklung, daß der, von welchem es herrührt, nicht Politiker von Fach war, und oft entgeht ihm etwas, was diesem gleich klar vorgeschwebt haben würde. Und doch ist dieser Fehler nur Folge eines Vorzugs. Denn jener obenanstehende Grundsatz: „Jede militairische Maßregel führe so wenig wie eine temporäre Besetzung, wenn nicht eine ganz neue politische Uebereinkunft hin-

zukomme, zu einem dauernden Resultate, kann nicht genug als vollkommen richtig belobt werden. Ein Militair wird stets geneigt sein, einem Erfolge, der von seinem Stande ausgeht, einen sehr hohen Werth beizulegen; sagt aber ein solcher sogar offen, daß nicht er helfen könne, sondern allein der Politiker, so muß die Sachlage dringend genug sein, und man muß den Bemühungen des Generals v. d. Knesebeck schon um deswillen vollkommene Gerechtigkeit widerfahren lassen, weil er aus allen Kräften sich bemühete auf das Feld des Politikers allein die Verhandlungen zu leiten, und ihm Einzelnes willig nachsehen, was er selbst in diesem ihm ungewohnten Wirkungskreise zu wenig überdacht hat.

Dahin scheint vor allen Dingen der Punkt über die Länderabtretung, jedoch nur in den ihn anrathenden Motiven zu gehören. Wenn wir auch die Richtigkeit der Schilderung des französischen Nationalcharakters im Allgemeinen zugeben wollen, so ist ein anderer Punkt übersehen: der Nationalstolz, dieser ungeheure Hebel für die Thatkraft des Franzosen. Sein Reich ist ein im Innern ungetrenntes, und dies hat ein Gefühl im Einzelnen hervorgebracht, das wir Deutschen, so viel wir uns auch bemühen, ein allgemeines Deutschland zu verkünden, längst nicht mehr in gleicher Gewalt kennen. Jeder Franzose würde hier die ausgesprochene Schmach einer Abtretung tief im Innern als Verletzung der allgemeinen Nationalehre gefühlt haben, denn Frankreichs innere Einrichtung bringt es mit sich, daß dort der Bearner dem Elsasser näher steht, als bei uns nicht etwa der Pommer dem Schwaben, nein schon wie im Allgemeinen der Norddeutsche dem Süddeutschen. Eine Abtretung von Land würde daher wohl ihre Schwierigkeiten gefunden haben, viel mehr als eine Geldentschädigung. Aber die Macht alle Hindernisse zu besiegen war da; dieser fügt sich am Ende Alles, und die Politik soll ein Mittel, wenn es gut ist, nicht verschmähen allein aus dem Grunde, weil es schwer zu errei-

chen ist. Das leicht Errungene ist wenigstens nicht immer auch das Dauernde.

Eine andere Inconsequenz scheint mir sodann in dem Vorschlage zu liegen: die entfernt liegenden Mächte mit Gelde, die angränzenden mit Lande abzufinden, obgleich eben erst das Gefährliche, was eine Geldcontribution hervorrufen würde, entwickelt ist. Das, was man ängstlich vermeiden wollte, Aufregung eines jeden Einzelnen in Frankreich, wäre ja dann doch herbeigeführt; es wären dann zwei Systeme ins Leben getreten; von beiden hätte man die ihnen eigenthümlich anklebenden Nachtheile mit in Rechnung bringen müssen, ohne ganz und vollkommen den Vortheil eines jeden einzelnen zu genießen, so wie es ewig bei halben Maßregeln oder bei ausgeglichenen von verschiedenen Seiten her gethanen Vorschlägen zu geschehen pflegt.

Schon aus dem Inhalte des Memoirs des Generals v. d. Knesebeck scheint fast hervorzugehen, daß auch der Fürst Metternich es vor Ueberreichung des seinigen an die Minister von England und Rußland in Händen gehabt habe; die Abtretungen, welche darin gefordert werden, ordnen sich so ziemlich nach der Gränze, welche hier angegeben wird. Ich habe schon früher über diesen Punkt, — den Metternich übrigens noch viel allgemeiner, ängstlicher und weniger bestimmt, wieder gegeben hat, — einige Bemerkungen hinzugefügt, die ich hier nicht zu wiederholen brauche. Sie sind jedoch nicht zu übersehen, und man darf die Sache nicht von vorn herein so betrachten, als wenn dem zurückzugebenden Lille als Annexum auch der größte Theil dessen ankleben müsse, was einst Frankreich den Niederlanden entriß, und ein gleiches Verhältniß auch für Metz und Lothringen, mit Ausnahme des Elsasses, vermuthen. Knesebeck dachte vorerst mehr an die Festungen, aber nicht die Festungslinie hätte hier als Gränzbestimmung dienen müssen, sondern die Nationalität aller der in Frage kommenden Provinzen. Den größten Theil oder nichts davon mußte, wenn Ruhe erreicht wer-

den sollte, damals Deutschland erhalten; die kleineren Theile würden unruhig geworden sein; wer sie besaß, hatte alle Nachtheile, der Besitzer der größern alle Vortheile von Unruhen in einem Nachbarstaate.

Die politische Ansicht, welche ausgesprochen wird: „daß in den Bourbons schwerlich Heil und Ruhe für Frankreich und mittelbar für Europa zu erwarten sei, namentlich nicht in Charles X. und seiner Coterie, bedarf seit Jahren schon weder des Lobes noch der Anerkennung, die Zeit selbst hat hier gerichtet und macht Menschenwort überflüssig. Wenn aber vorgeschlagen wird, Ludwig XVIII. noch in seiner Würde zu belassen, und erst nach seinem Tode einen Thronwechsel eintreten zu lassen, so bewährt sich dabei keineswegs ein praktischer Politiker. Da würde die ältere Linie der Bourbons die Lebenszeit ihres Repräsentanten auf dem Throne nur dazu benutzt haben, um sich eine Partei zu verschaffen, um auf sie gestützt, wieder Versuche zu ihren Gunsten wagen zu können; so gutwillig übergiebt sich eine Macht nicht der andern, und Europa wäre wahrscheinlich gezwungen gewesen, von Neuem den Schiedsrichter in Frankreich zu machen. Unnöthig ist es, Vermuthungen zu äußern, wohin dieses wieder hätte führen können. Wollte man sich zu einer ähnlichen Maßregel verstehen, so mußten die Bourbons sofort vom Throne entfernt werden, als nach der Abdankung Napoleons derselbe in Frankreich der Sache nach erledigt war, und als jene Gesandtschaft, deren schon in der Einleitung erwähnt ist, wenigstens das freie Wahlrecht für die französische Nation zu erbitten, an die verbündeten Monarchen abging. Es wäre leicht gewesen, die Wahl dahin zu leiten, wo sie auch Letzteren angenehm gewesen wäre. Jetzt aber traten alle die Nachtheile der von den Verbündeten begangenen Fehler ein, wovon ich gleichfalls geredet habe. Man hatte Ludwig ohne Weiteres den Thron, als ihm etwas von selbst Gebührendes, nie Entzogenes, wieder besteigen lassen; man ließ ihn wieder walten wie vorher, getraute sich nicht, sich in irgend etwas zu

mischen, — nunmehr war es zu spät. Ludwig war als König anerkannt; die Vertheidiger des Legitimismus konnten nicht den legitimen Erben des Thrones von demselben ausschließen und so mußte denn die drohende Warnung, welche Frankreich in Beziehung auf die Bourbons 1815 erhob, ungehört und ohne Nutzen vorübergehen. Sie wiederholte sich, wie vorauszusehen war, 1830 *); aber nur unter andern Verhältnissen. Während früher Frankreich von der Ausstoßung derselben alle Nachtheile, und die übrigen Staaten Europas eine ungeheure Reihe von Vortheilen hätte haben können, kehrte sich 1830 die Sache um. Hier hatte Frankreich alle Vortheile, und wenig europäische Staaten giebt es, die nicht, sei es mittelbar oder unmittelbar, die Nachtheile jener Zeit und ihre Ereignisse erfahren haben.

Aber des ersten Staatsmannes würdig ist die Ansicht des Generals v. d. Knesebeck: Die Verbündeten können kein sichereres Mittel, Ruhe herbeizuführen, auffinden, als wenn sie die Vermittelung zwischen Volk und Thron in Frankreich übernähmen und eine neue Constitution garantirten, welche die Willkür, zu der die Bourbons beständig sich hinneigten, für alle Zeiten außer Kraft setzte. Nach einer solchen sehnte sich der Franzose am meisten; er war der ewigen innern Unruhen und Kriege längst müde; es war jedoch auch eine Ehrensache für ihn, wenigstens etwas aus der Revolution für das Land gerettet zu haben. Aber alle ihre Resultate nach Außen waren verloren an äußere Feinde, nach Innen an einen niemals geliebten, fast gehaßten Regentenstamm. Das war zu viel; und ewig würde sich das Volk hiegegen gesetzt haben; aber es würde auch, nach so viel Erfahrungen längst ruhig und zufrieden mit einem Vortheile, gleichviel ob ein innerer oder ein äußerer, gewesen sein. Frankreich

*) Es ist bekannt, wie Alles dies schon in der Denkschrift des Advokaten Teste an den Petersburger Hof und nachher von Alexander selbst auf dem Congreß von Verona vorausgesagt worden ist.

würde willig eine Abtretung von Land gewährt haben, wenn man es dafür nach Innen an seiner Verfassung entschädigt hätte; ewig ging sein Streben dahin, und es würde den Gewinn immer noch für hoch genug erachtet haben. Und nun die Vortheile, welche aus der thätigen Mitwirkung an dem Werke einer solchen Verfassung und aus ihrer Garantie erwachsen konnten! — hätte Rußland an Frankreich gegränzt, es würde sich diesen Umstand besser zu Nutzen gemacht haben. — Die Verbündeten mußten sich freilich auf die Seite des Volks als dessen Anwalt stellen; aber das konnten sie auch noch während der Verhandlungen in Paris; Ludwig **XVIII.** stand, wie W. von Humboldt zeigt, mit ihnen nicht als Verbündeter gleich, er war vielmehr durch die Ereignisse ein hülfloser Schützling geworden; noch hatte das Gesetz der Legitimität in der heiligen Allianz nicht die höchste Stufe seiner Ausbildung erhalten, und die Verpflichtung der Monarchen, in jeder Unruhe sich auf Seiten des Thrones stellen, und dessen Sache als eine eigene ansehen zu wollen, war noch nicht ausgesprochen; auch hatte der Inhalt des Vertrages von Pillnitz noch kein Gewohnheitsrecht dieserhalb in der Politik begründet. Und ganz abgesehen hievon, wäre doch nirgend ein Hinderniß gewesen, jene schon angedeutete Stellung zu übernehmen, denn Thron und Volk sind ja nicht geschieden, sondern eins; und zum Vortheil der Bourbons und des Gesetzes der Legitimität wäre endlich jene Maßregel gleichfalls gewesen; denn hätte man sie gezwungen, vernünftig mit Berücksichtigung der Geschichte Frankreichs seit 1789 zu regieren, so trügen sie gewiß dessen Krone noch bis auf den heutigen Tag.

Hardenberg sah nun einen doppelten Weg für seine Thätigkeit vor sich; seine Landsleute drangen auf eine gründliche Cur, welche dem europäischen Staatskörper auf lange Zeit eine gesunde Existenz sichern sollte. Das aber ließ sich voraussehen, die Verhandlungen wären schwierig geworden; unzählige Bedenklichkeiten würden außer den schon offenbaren,

noch während der Dauer eines langen Congresses entstanden sein, und die Thätigkeit des Staatsmannes wäre weder Tag noch Nacht zur Ruhe gekommen, sie hätte immer etwas auszugleichen gehabt. Aber dafür war auch das zu erreichende Ziel mit seinem Ruhme wohl einer solchen Arbeit werth. Hardenbergs Charakter aber sagte sie nicht zu; fühlte er sich ihr nicht gewachsen, oder schreckte er vor dem Weitaussehenden, Unsichern ihres Ergebnisses zurück, — er überhörte die Stimmen, welche aus seinem eigenen Preußen zu ihm laut geworden waren. Die höchste Palme des Ruhmes für den Staatsmann war jetzt Friede, nach welchem alle Welt nach 23jährigem Kriege verlangte; sie ließ sich ja leichter erreichen, und man hatte nicht nöthig vorerst ein Chaos von Verwirrungen heraufzubeschwören. Warum die Verhandlungen sich jetzt schwierig machen und sich in Opposition mit den Verbündeten setzen, da diese schon mündlich und schriftlich bewiesen hatten, es müsse nur der alte Zustand wieder hergestellt werden! Aber dieser war ja mehr Kriegs= als Friedenszustand; daß sich die Heere der Verbündeten in der Hauptstadt Frankreichs befanden, hätte am besten jeden diplomatischen Beweis des Gegentheils niederschlagen können. Ein Frieden wäre leicht zu schließen, wenn man an ihn keine höheren Anforderungen zu machen hätte, als Herstellung einer augenblicklichen, freundschaftlichen Uebereinkunft mit einer Nachbarmacht. Zwar kann ein Friede, wie jedes Menschenwerk, nie ewig währen; aber nichts desto weniger muß es Pflicht jeden Staatsmannes sein, ihn nie anders und nur so abzuschließen, daß er wenigstens in sich die Garantie ewiger Dauer trägt, und diese erreichen könnte, wenn nicht andere unvorhergesehene Ereignisse später hinzuträten. Solchen Grundsätzen, nicht denen des Lords Castlereagh, der für seine zu gründenden politischen Verhältnisse nur eine zehnjährige Dauer verlangt, wird jeder große Politiker huldigen! — Hardenberg handelte nicht in diesem Geiste; er hielt sich mehr an das Aeußere der Sache; ja es schien fast, als wenn er sich

scheute, recht tief in ihr Inneres einzudringen. Es trieb ihn auf dem leichtesten Wege zum Ziele zu kommen, und in diesem Sinne hatte er sich in seinem Memoire ausgesprochen, über welches ich nur noch einige wenige Bemerkungen hinzufügen will. Es scheint fast, als wenn es noch mehr militairischer, als wie das des Generals v. d. Knesebeck politischer Natur ist, ohne auf dem ungewohnten Felde die gleiche Geschicklichkeit des Letztern zu entwickeln. Zwar scheint es richtig, daß ein Besatzungsheer der Verbündeten von 100,000 Mann zu gering sei; die Nachtheile aber, welche aus einem schleunigen Marsche der Franzosen gegen die Donau entwickelt sind, bestehen zum großen Theil doch nur in der Einbildung, namentlich in Beziehung auf den abgeschnittenen Rückzug. Die Franzosen würden es wohl gewußt haben, daß dem in Frankreich stationirten Heere Vereinigung und Rückzug durch Belgien frei geblieben wären, und dann mußte das in Deutschland an die Donau vorgedrungene französische Heer, in der Flanke bedroht, in viel größere Gefahr gerathen, als die war, welche die Verbündeten jemals zu befürchten nöthig hatten. Straßburg zu einer Reichsstadt machen, würde gar keinen Nutzen gewährt haben. Es würde nicht die Macht gehabt haben, eine selbstständige Stellung aufrecht zu erhalten, und Deutschland wäre gezwungen, beständige Versuche Frankreichs zu überwachen und abzuwehren, diesen wichtigen Platz wieder zu seinem Interesse herüberzuziehen. Keine Friedensbedingung hätte ein sicherer künftiger Kriegsgrund sein können! Dazu kommt, daß das Institut der deutschen Reichsstädte im Staatensystem des neunzehnten Jahrhunderts etwas durchaus Veraltetes ist. Kaum vermögen sich deren wenige Ueberbleibsel im Innern Deutschlands, allenthalben von gleicher Nationalität umgeben, aufrecht zu erhalten; und nun gar eine deutsche Reichsstadt rings von französischem Gebiete umschlossen! Endlich erscheint auch die geforderte Contributionssumme von 1200 Mill. Franks als viel zu hoch. Sie hätte das Volk zu auffallend gedrückt, und hier wirklich zu den

Nachtheilen führen können, welche v. Knesebeck in seinem Memoire entwickelte. Es ist mit anzuwendenden Mitteln in der Politik grade wie in der Medicin; die Vortheile, welche man von einer vernünftigen Dosis haben kann, verwandeln sich bei dem Uebermaße derselben oft in die grade entgegengesetzten Nachtheile. Von einer mäßigen Contribution konnte man in Frieden und Ruhe die Vortheile genießen; eine allzu große Forderung würde nur zu Unfrieden und damit zu neuen Anstrengungen und neuen Kosten geführt haben. — Dagegen scheint die Ansicht, die Contributionssumme nicht zu Gränzfestungen, sondern zur innern Entschädigung und Festigung zu verwenden, eben so richtig als lobenswerth, um so mehr, da die Rollen, welche Festungen in den Kriegen gespielt haben, beständig unwichtiger geworden sind. Ausbildung der innern Bewaffnung, diese Grundlage für den eigentlichen Volkskrieg, wird für künftige Zeiten immer mehr die Hauptsache werden. Eine Festung kann ohne Nachtheil umgangen werden, die Operationen gegen dieselbe können geleitet und deren Ausgang vorausgesagt werden nach dem Buchstaben, den die Schule darüber gelehrt hat; der Angriff aber auf ein Volk in Waffen hat einen andern Charakter, wie der auf einen Wall. Doch genug darüber; es lag nur daran zu zeigen, daß Hardenberg bei seiner politischen Thätigkeit in Paris viel zu wenig Gewicht auf die Stimmen legte, die aus seinem Vaterlande laut geworden waren, und die er billig wie eine Vertretung desselben hätte achten sollen. Es waren wenigstens Hoffnungen und Wünsche, die gegen ihn ausgesprochen waren, und zwar von solcher Art, daß sie Jeder für zu bedeutend geachtet haben würde, um sie ganz zu überhören. Aber es geschah dennoch; freilich allein konnte Hardenberg nichts durchführen; er mußte sich für seine Pläne treue Verbündete schaffen, und in völliger Uebereinstimmung mit ihnen zum Ziele durchdringen. Warum nichts von allem dem geschah, und warum das Heil, was Deutschland erwartete endlich gar durch die traurigsten Motive vernichtet wurde,

darüber weiter unten noch mehr. Hier jedoch muß über die preußischen Staatsschriften und die darin ausgesprochene Politik schon Folgendes zur Erläuterung derselben im Ganzen und im Zusammenhange angeführt werden.

Humboldt ergreift in seinem Memoire sogleich Partei gegen Rußland, und zwar mit einem Feuer und mit einem Ernste, die nicht gewöhnlich waren. Es muß dies um so mehr auffallen, als noch bis vor Kurzem Preußen und Rußland die Staaten waren, die am engsten an einander gefesselt erschienen, und die noch eben treu gegen das übrige Europa verbündet, gemeinschaftliche Ansprüche zusammen durchkämpften. Aber sonderbar genug geht Hardenberg in dem wenige Wochen später eingereichten Memoire gar nicht auf die Ideen Humboldts ein, ja er desavouirte sie förmlich, so daß der wunderbar verschiedene Geist, der in beiden Staatsschriften sogleich auffällt, nicht genug befremden kann. Was ist der Grund deßhalb?

Die bewegte Zeit hatte in Preußen eine Menge ausgezeichnete Köpfe an einen ihren Talenten würdigen Platz gestellt. Die Ansicht aller dieser Staatsmänner sprach sich dahin aus, daß für Deutschlands Bestes durchgreifende Maßregeln überall anzuwenden seien. Hardenberg war dieser ganzen Partei nicht gut, oder harmonirte wenigstens nicht immer mit ihnen. Alle die, welche den Fürsten gekannt haben, sind einig, daß eine kleine Schwäche, die sich so leicht beim Menschen findet, auch dessen Charakter nicht fremd war. Das war eine gewisse Eitelkeit auf sich und seine Stellung, und eine Eifersucht auf jedes hervorragende Talent, und auf jede geistige Ueberlegenheit, die ihn zu überflügeln drohete. Wilhelm von Humboldt gehörte in die Reihe jener Charaktere. — Wollte Hardenberg, um nicht Maschine in der von Jenem angedeuteten Politik zu sein, auf anderm Wege, wo er selbstständig war, zum Ziele gelangen? Daß solche geheime Triebfedern schon oft mitgewirkt haben, wird wohl Niemand läugnen; aber die Geschichte vermag selten gewiß

zu behaupten: es war so, eben weil das Motiv zu geheim in der Seele dessen liegt, der es anwendet. Und deßhalb mag denn auch Jeder sich selbst sein Urtheil in diesem Punkte bilden.

Das Hardenberg'sche Memoire geht speciell nur gegen die englischen Vorschläge, von Rußland ist darin gar nicht die Rede; könnte man sich die Sache nicht so auslegen, daß Humboldt Rußland, und Hardenberg England zu bekämpfen übernommen? Wenn dieses der Fall gewesen wäre, so hätte es doch nur geschehen können, wenn die beiden preußischen Staatsmänner ganz fest ihre Ansichten vereint hielten, und aus beiden ein constantes System bildeten. Denn da Rußland und England ihrerseits sich für eine gleiche Politik vereinigt hatten, so konnte es wenig helfen, bei jedem Staate getrennt etwas zu verhandeln, was in einer Verbindung doch doppelte Wirkung hätte hervorbringen müssen.

Es ist über die Trennung Rußlands von dem preußischen Interesse bei den Verhandlungen zu Paris schon Einzelnes angedeutet, was nicht wiederholt werden soll. Welcher Staat sie aber auch bewirkt hat, England oder Frankreich, so viel ist gewiß, es hat nirgend anders geschehen können, als bei den im ersten Buche erwähnten Genter Verhandlungen, die Deutschland zu sehr übersehen hat.

Vielleicht mag Einigen die Politik Hardenbergs durch die Annahme erklärlich werden, daß er absichtlich nicht auf die schroffe Opposition Wilhelm von Humboldts gegen Rußland habe eingehen wollen, indem er vielleicht Ursache hatte, zu hoffen, daß wiederum ein näheres Verständniß mit dieser Macht eröffnet werden könnte. Die Hoffnung hätte jedenfalls auf schwachen Füßen gestanden, denn so viel war leicht zu sehen, daß bereits eine Verständigung zwischen Rußland, England und Frankreich existirte. Wegen einer höchst unsichern Aussicht aber das aufzugeben, was für den Augenblick Noth that, hätte keineswegs den ausgezeichneten Staatsmann verrathen. Wer auf diese Art etwas zu erreichen

hoffte, ist am Ende stets der gewesen, welcher verkürzt davon gehen mußte.

Es ist etwas anderes mit militairischen Verbindungen zu einem großen Zweck, und politischen, die für eine längere Zeit berechnet sind. In Beziehung auf erstere hatte Preußen Bundesgenossen genug, in Beziehung auf letztere stand dieser Staat, als Rußland, sein treuer Gefährte vom Wiener Congreß, sich von ihm abwandte, und zu den übrigen Staaten überging, ganz isolirt. Wie erkannte Hardenberg diese Lage, und wie handelte er ihr gemäß? —

Allein konnte Preußen solche Grundsätze und Forderungen, wie sie von Wilhelm v. Humboldt aufgestellt waren, als kleinster Staat der fünf großen Mächte, nicht durchfechten. Nur mit Verbündeten wäre es gegangen. Deren gab es nur zwei. Zunächst die kleineren deutschen Staaten, vielleicht in Verbindung mit den Niederlanden. Aber diesen konnte durch einen solchen Aufruf, selbstständig aufzutreten, leicht eine politische Bedeutung beigelegt werden, welche Preußen nachher im Frieden in Deutschland nicht gelegen kam; Hardenberg verzichtete darauf, und wies ihr Entgegenkommen zurück. Schon 1814 hatte man in Beziehung auf diese andere Absichten geäußert, — ich komme später darauf zurück. — Sodann hätte ein enges Anschließen an Oesterreich zum Ziele führen können. Fast scheint auch aus dem Inhalte des Hardenberg'schen Memoirs hervorzugehen, als wenn in manchen Punkten ein Eingehen auf die Ansichten des Fürsten Metternichs darin enthalten sei, und als wenn also jene Politik hätte versucht werden sollen. Daher vielleicht der merkwürdige Abstand in dem Inhalte der Humboldt'schen und der Hardenberg'schen Staatsschrift. Aber die alte natürliche und daher schwerlich ganz zu beseitigende Eifersucht zwischen den Häusern Zollern und Habsburg ließ auch diese neue Verbindung nicht fest werden. So wie Hardenberg darüber Gewißheit erhielt, daß Oesterreich bei den zu erstreitenden Vergrößerungen große Hoffnungen für sich hegte, verzichtete man

auf einen engern Anschluß. Preußens politischer Einfluß wird immer in Deutschland das größte Feld seiner Wirksamkeit haben; sollte man aber durch Stärkung der Macht, welche hiebei am meisten im Wege stand, so ganz seinem eignen Vortheile entgegen arbeiten? Lieber in Ruhe und ohne sich mit den übrigen europäischen Mächten in neue Verwickelungen zu stürzen, die Sache so beigelegt, wie es der Wunsch der Mehrzahl zu sein schien. Denn nur zu dieser konnte Preußen, als es mit Oesterreich nicht mehr vollkommen harmonirte, halten, und auf diese Art kam denn wenigstens Preußens Stellung in Deutschland nicht in Gefahr.

Dies wird genügen, um den verschiedenen Inhalt der preußischen Staatsschriften zu verschiedenen Zeiten eingereicht, so wie den Fortgang der Politik, welcher Hardenberg folgte, zu erklären. Auf die Einzelnheiten werden wir noch später einzugehen haben. Wilhelm v. Humboldt's Ansicht ging jedoch beständig mehr auf das allgemeine deutsche Interesse hinaus, und wich, — in soweit sie eine persönliche und keine offiziell politische zu sein brauchte, — häufig von der Hardenbergs ab. Aber sie mußte natürlich im Verlauf der Sache immer mehr gegen die des Canzlers zurücktreten, so wie auch der letztere von Tage zu Tage mehr die Verhandlungen über die allgemeine Hauptfrage übernahm, und seinem Collegen hauptsächlich die Erledigung die Specialpunkte anwies, deren Bearbeitung wegen der vielen Einzelnheiten, die dabei berücksichtigt werden wollten, allerdings einen Mann erforderten, von solchen ungeheurem, und dabei doch so geregeltem Wissen, wie Wilhelm von Humboldt war. —

Die gespannteste Aufmerksamkeit aller Staatsmänner folgte natürlich von Tage zu Tage den Verhandlungen, die kein Geheimniß bleiben konnten, und es vielleicht auch nicht einmal sollten. Hauptsächlich waren jedoch die unmittelbar an Frankreich gränzenden Staaten dabei interessirt, als die Richtung der Politik der hohen Cabinette für letzteres eine so durchaus günstige werden wollte. Spanien that in dieser

Hinsicht am wenigsten. Es hatte sich bei den letzten Ereignissen der hundert Tage fast gar nicht betheiligt *), dazu, — das verstand sich von selbst, — mußten die Pyrenäen wohl respektirt werden. Wie der Friede auch ausfiel, Spanien hatte nichts davon zu fürchten und nichts davon zu hoffen. Denn die Colonien konnten nicht zum zweitenmale mit in den Bereich der Verhandlungen gezogen werden; darüber galten die Bestimmungen des ersten Pariser Friedens. Anders war es mit den Staaten, welche die östliche Gränze Frankreichs bildeten, vornehmlich mit Deutschland und den Niederlanden. Oesterreich und Preußen waren nicht die einzigen Gränznachbaren, sondern außer ihnen noch mehrere kleinere deutsche Staaten. Sie hatten daher an den jetzt abgehandelten Fragen ein ganz besonderes Interesse, um so mehr, da ihre Ansichten einstimmig die entgegengesetzten von denen waren, welche auf dem Friedenscongreß so sichtbar zu überwiegen droheten. Alle ihre Bemühungen, direkt an diesem Theil zu nehmen, um hier ihre Sache zu vertreten, scheiterten, obgleich sie sich auf das allgemeine Völkerrecht, und auf die Buchstaben der besonderen Verträge beriefen, in denen man ihnen bei ihrem Beitritt zur Verbindung vom 25. März dieserhalb Zusicherungen gemacht hatte. Aber dies war wohl vorauszusehen. Die russisch-englische Partei, welche den Sieg bereits in Händen hatte, würde ihn sich von Neuem zweifelhaft gemacht haben. Aber auch bei Preußen und Oesterreich fand man merkwürdigerweise ganz gleichen Wider-

---

*) Zwar hatte Herr von Vitrolles sich mit dem französischen Gesandten in Madrid, dem Herzog von Laval-Montmoreucy in Verbindung gesetzt, und dieser wußte den spanischen Hof zu einem Versprechen zu bewegen, daß ein Heer von 12000 Mann unter Castannos zum Schutze Ludwig XVIII. gegen Napoleon die Pyrenäen überschreiten sollte! allein aus dem Projekte ward bekanntlich nichts, wenigstens schritt man viel zu spät, als schon alles entschieden war, zu dessen Ausführung.

stand. Diese wollten, eifersüchtig auf einander, dann wieder auf das übrige Deutschland, letzterem keine Macht zugestehen, und allein dessen Stimme führen. Es blieb den Gesandten jener kleinern Mächte daher, die ein viel größeres Interesse als Gränzstaaten an dem Friedensabschluß hatten als Rußland, England, Oesterreich und auch als Preußen (wenn man nach Meilen die Länge der Gränze mißt) nur der Notenwechsel, und zwar hauptsächlich mit den deutschen Höfen; aber auch nur in der Art, daß man die Einreichung von Memoirs zwar nicht hinderte, aber ihnen einen officiellen Charakter, namentlich eine Erwiederung nicht angedeihen ließ. Man gestattete diesen allenfalls den Charakter von Gutachten, aus denen man nach Belieben einen oder den andern Punkt zur Berücksichtigung zog. Der damalige Minister von Würtemberg, Graf v. Winzingerode, übernahm es, die Interessen der am meisten betheiligten südwestlichen Deutschen Mächte zu erläutern und zu vertreten, da Baden und Baiern schwiegen. Sein Memoire *) führt hauptsächlich Folgendes aus: „Nach den letzten Ereignissen müssen die Garantien, welche „Frankreich Europa für künftige Ruhe zu leisten hat, einen „Hauptpunkt der Betrachtung abgeben. Jene selbst haben „gelehrt, daß die Restitution der Herrschaft der Bourbons „allein solche noch nicht gewähren könne, denn nur der „kleinste Theil von Frankreich scheint ihnen anzuhängen. „Eine temporäre Besetzung von Festungen und Provinzen „führt eben so wenig zum Ziele, denn so wie diese zu Ende „geht, tritt das alte Verhältniß wieder ein. Europa verlangt „beständige und dauerhafte Garantien, die von dem ganzen „Frankreich ausgehen. Die nächste Sorge muß wohl sein, „die an dasselbe gränzenden Staaten so groß und so mächtig „zu machen, daß sie aus eigner Kraft einen von dorther „kommenden Angriff abzuwehren vermögen. In diesem Geiste

*) Aktenstücke Nro. X.

„hat man auch schon auf dem ersten Pariser Frieden und auf „dem Wiener Congresse gehandelt; alle Staaten haben die „Vortheile davon genossen, die des südwestlichen Deutschlands „allein ausgenommen. Diese liegen noch ganz frei da, und „doch haben auch sie mitgewirkt, Oesterreich und Preußen „wieder herzustellen, wie sie vor 1805 waren, und alle wie„der aufgerichteten Throne in Europa, große und kleine, „haben die Vortheile einer solchen Mitwirkung im Jahre 1814 „empfunden. Warum will man nun Süddeutschland allein „von den Vortheilen des Friedens ausschließen, und es allein „in der Stellung lassen, welche ihm Frankreich, — also ein „feindlicher Staat, — gewiß nicht in freundschaftlicher Absicht „gegeben hat? Wenn bei der Loyalität der Cabinette auch „dem Gedanken nicht Raum zu geben ist: dies sei nur um „deswillen geschehen, um nur einen guten Vorwand zu ha„ben, bei der precairen Lage jener Staaten einen oder den „andern derselben in die allgemeinen Interessen eines größern „mit hinüberzuziehen, so ist doch ein anderer Punkt nicht „weniger zu übersehen. Gleiche Ursachen nämlich müssen zu „gleichen Wirkungen führen. Durch das Vergessen der In„teressen der süddeutschen Staaten auf den Frieden von Ba„sel, Campo-Formio, Lüneville und Regensburg, hat man „sie mit Gewalt auf die französische Seite geschleudert; sie „beklagten sich über ein gleiches Vergessen kürzlich wieder in „Paris und Wien, und nun zum drittenmale. Daß man „diesen Staaten nur läßt, was ihnen Napoleon gegeben, ist „nicht genug, denn es handelt sich um andere und allgemei„nere Interessen. Nicht diesen einzelnen Staaten, „sondern ganz Deutschland ist man eine Schadloshal„tung für die vergangene, und eine Sicherung für die zu„künftige Zeit schuldig; diese wird aber dem Ganzen gar „nicht gegeben, wenn ein Theil desselben in einer offnen „Stellung verbleibend, leer ausgeht. Dazu hat auf keinem „Punkte von den Alpen bis zur Nordsee die Natur die wahre „Gränze Frankreichs so bestimmt vorgezeichnet, wie gegen

„Süddeutschland in den Vogesen. Was könnte noch gegen „die Vereinigung der von ihnen östlich gelegenen Provinzen „mit ihrem alten Vaterlande reden? Vielleicht das Beden„ken: die Ruhe Europas hängt zunächst von der Ruhe Frank„reichs ab, und diese wieder von der Beständigkeit der dort „von Neuem eingesetzten Regierung; diese aber wird sich nicht „im Innern halten können, wenn man sie dadurch unpopu„lär macht, daß man sie sogleich zu Abtretungen zwingt? „Dies würde recht sein, wenn die Bourbons irgend eine Ga„rantie gewähren könnten; wir haben nicht von ihnen, wohl „aber von Frankreich nach wie vor zu fürchten, so lange „seine offensive Lage gegen den Osten dieselbe bleibt. Es ist „daher nicht gut, die Ruhe Europas der zweifelhaften Si„cherheit der Familie der Bourbons auf ihrem Throne zu „opfern; besser, sich die Garantien vom französischen Volke „selbst zu nehmen. Dazu ist gar keine Rede von Abtretung „eines Stücks des alten Frankreichs, sondern nur von „Restitution einer Provinz, welche nie anders als durch „das Recht der Eroberung zu demselben gehört hat. Man „ahmt nicht einmal ein von Frankreich seit 25 Jahren gege„benes Beispiel der Länderzerstückelung nach, sondern man „kommt nur wieder darauf zurück, wovon so oft die Rede „gewesen ist: die natürlichen Gränzen zwischen Frankreich und „Deutschland wieder herzustellen, und zu jedem dieser Reiche „die Provinzen zu legen, welche eigenthümlich dazu gehören. „Frankreich verliert auch bei einer solchen Abtretung nicht „seine Gränze; es behält sie in den Vogesen mit seinen „Defilés und seinen Festungen; es verliert einzig und allein „seine offensive Stellung gegen Deutschland. Man darf hie„gegen nicht einwenden, die Alliirten stehen mit den Bour„bons in einem Bündniß, und seien verpflichtet, letzteren „Frankreich in seiner ganzen Integrität zu erhalten. Ver„träge setzen nach natürlichem und positivem Rechte voraus, „daß die Contrahenten in der Lage sein müssen, ihre Ver„pflichtungen erfüllen zu können. So wie aber die Bour=

„bons, — sei es durch eigne Schuld oder durch andere Er„eignisse, — ihren Thron verloren, stellten sie sich selbst „außer den Contrakt; sie haben nicht verhindern können, „daß Frankreich von Neuem die Integrität des Gebietes der „Alliirten bedrohete, sie können daher unmöglich verlangen, „daß man nach dem, was darauf erfolgte, die Integrität „Frankreichs respektire. Seitdem dieses seine Sache von der „Ludwigs getrennt hat, muß es daher auch allein die Ga„rantien für die Zukunft leisten, und darf nie, um dies zu „verhindern, die Bourbons vorschieben; denn nicht Frank„reich hat sie zurückberufen, sondern durch unsere Bajonette „sind sie zurückgeführt. — Aber Ludwig ist nun einmal „wieder restituirt und befindet sich auf dem Throne, leben „nicht die alten Verträge wieder auf? Unmöglich kann man „dies Ereigniß zugelassen haben, um sich selbst um die Früchte „aller Siege zu bringen; eingesetzt ist er dazu von keiner „Macht zu diesem Zwecke, denn dies wäre ein Verrath an „den übrigen Verbündeten; und es kann daher nicht eher „von einer Wiedereinsetzung auf den Thron die Rede sein, „bis alle die Opfer zuvor gebracht sind, unter denen man „dies Ereigniß allein überhaupt in dem europäischen Staaten„system wieder zulassen darf. Auch die Legitimität der Throne „erfordert nicht jene übertriebene Schonung Frankreichs und „der Bourbons, denn gerade die Repräsentation dieser heili„gen Sache scheint bei ihnen in Betracht aller der Schritte, „welche sie vorgenommen haben, nicht in die besten Händen „gelegt zu sein.

„Der Schutz Süddeutschlands, der hauptsächlich in Frage „kommt, wird nicht erreicht durch Abtretung von Festungen „ohne Land, und noch weniger dadurch, daß man Schleifung „einiger den Nachbarn gehöriger, verlangt; nur natürliche „Gränzen vermögen Schutz zu geben. Süddeutschland kann „diesen auch nicht allein in der Gewißheit der Hülfe, die es „von den Armeen der großen Mächte hoffen darf, finden; es „hat seiner Lage wegen seit 20 Jahren mehr als einmal den

„Armeen aller Nationen zum Kriegsschauplatz gedient; soll „es auch ferner dazu reizen, und nach den Opfern die es „gebracht, und nach den Verwüstungen die es erlitten, nicht „einmal das Recht und die Macht haben, sich selbst zu ver- „theidigen? Mögen die erlauchten Cabinette diese Lage „Deutschlands wohl bedenken, und zugleich die öffentliche „Stimme daselbst nicht überhören, welche laut die Vereini- „gung der auf dem linken Rheinufer gelegenen Provinzen „mit dem alten Mutterlande fordert, und diese Stimme muß „man wichtiger halten, als eine aus Frankreich erschallende, „welche hiegegen reden würde. Dazu sprechen noch zwei „andere Umstände dafür. Das neue Königreich der Nieder- „lande wird seine wahre Stärke und die Garantie seines „Bestehens erst dadurch erhalten, wenn auch das Elsaß in „den Händen befreundeter Mächte ist; und dann kann auch „nie das Bedenken aufkommen, daß durch die geforderte Ab- „tretung von Frankreich ein anderer größerer Staat eine zu „überwiegende Macht erhält. Die Vergrößerung, welche die „süddeutschen Staaten erhalten, bleibt immer so klein, daß „sie zu keinen Befürchtungen Raum giebt; es wird Alles „sein, daß sie durch eine größere Zahl von Truppen, die sie „halten können, und durch die gewonnenen Festungen den „ersten Stoß von Westen her abzuhalten vermögen."

Die in diesem Memoire auseinandergesetzte Stellung der Verbündeten Frankreich und Ludwig **XVIII.** gegenüber erläutert die Ansicht, welche Wilhelm v. Humboldt schon ausgesprochen hatte, in mehr als einem Punkte noch eindringlicher. Es ist fast unmöglich, klarer und faßlicher die Gesichtspunkte anzugeben, welche eine vernünftige Politik, und noch mehr die Gerechtigkeit gegen Verbündete nunmehr in Betracht ziehen mußte. Vor allen Dingen gehört hieher das Interesse Deutschlands außerhalb Oesterreichs und Preußens. Zwar wird zunächst nur von süddeutschen Staaten gesprochen, aber die äußere Lage der norddeutschen war zum Theil, die öffentliche Meinung hingegen ganz dieselbe. Es

wird streng darauf hingewiesen, wie man nimmermehr dem Könige von Frankreich habe erlauben dürfen, sich so ohne Weiteres wieder als Herrscher unter den alten Verhältnissen anzusehen; ganz richtig wird also hier die politische Ansicht ausgesprochen, es sei Territorium und Regierung vorher von den Siegern genau zu bestimmen gewesen, in welche man Ludwig zu treten, erlauben könnte. Ob das Elsaß die einzige Abtretung sein müsse, welche von Frankreich zu fordern sei, ist ein Gegenstand der außerhalb der diplomatischen Bemühungen des Grafen von Winzingerode zu liegen schien, indem er nur das direkt angab, was für Süddeutschland das nächste Interesse hatte. Jedoch scheint es, als wenn hier, wie auch später in andern Debatten, das Elsaß nur als Stichwort für größere Landabtretungen gebraucht sei. Wie richtig ist endlich das Urtheil über die Stellung der südbelgischen Provinzen zu dem Elsaß! Wäre letzteres abgetreten, und wäre so Belgien durch Holland und Deutschland in den Flanken begränzt, wir hätten dann vielleicht keine belgische Revolution gehabt, und brauchten es nun nicht zu beklagen, daß ein Theil des Königreichs, das errichtet war, um Deutschland gegen Frankreich zu decken, jetzt dessem Einflusse unwiderruflich verfallen und dazu bestimmt ist, die Stärke der Angriffsstellung des letzten nur noch zu vermehren! So wäre denn der Erwerb des Elsasses nicht allein damals ein Zuwachs an Macht geworden; noch viel heilsamer für das Wohl und die Ruhe Europas mußte auch die nothwendig dadurch hervorgerufene Politik werden! Wie ist man unserer Tage erfreut, wenn öffentliche Blätter die Nachricht bringen, daß es gelungen sei, kleine Verbindungen und Annährungen zwischen Belgien und Deutschland in merkantilischer Hinsicht zu Stande zu bringen. Man kann fragen, wären sie jemals unterbrochen worden, wenn das Elsaß in deutscher Hand war? und während wir nun über das Erlangen des zehnten Theils jauchzen, hat man es ganz in Vergessenheit gerathen lassen, daß das Ganze schon einmal in

unserer Gewalt war. Wahrlich mehr als ein Punkt der Deutschland zum innern und äußern Frieden hätte gereichen können, ist in diesem Memoire berührt, und das Augenscheinliche, und das Gerechte dabei wurde von denen, die seine Vertreter allein sein wollten, gar nicht beachtet!

Würtemberg hatte zwei Gründe für sein Verlangen, bei dem abzuschließenden Frieden thätig zu sein. Einmal das Recht, was jeder deutsche Fürst schon vermöge seiner Stellung als solcher in Anspruch nehmen konnte nach dem, was in den Wiener Verhandlungen, die während des Krieges zum Schluß und zur Bundesakte geführt hatten, festgesetzt war; und dann noch ein besonderes aus dem mit England am 30. Mai 1815 geschlossenen Vertrage über den Beitritt zu jener großen Coalition gegen Napoleon vom 25. März d. J. Hier sagt der Art. 2.: **When the object of the present war shall have been attained, His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland engages, in concert with the Allies, to admit the Plenipotentiaries of His Majesty the King of Würtemberg to take a part in the arrangements of the future peace, in as far as they may concern the interest of his States; His Majesty the King of Würtemberg reserves to Himself the right of accrediting for his purpose a Minister to the Grand Head-Quarters.** — Aber nichts von allen diesen Ansprüchen und Versprechungen konnte den vier großen Mächten gegenüber durchgesetzt werden.

Ganz gleiche Wünsche und Hoffnungen sprach der Minister der Niederlande, Freiherr v. Gagern, für seinen Staat aus *). „Europa so führte er aus, verlangte von Frankreich „ein friedliches System seiner Politik, und glaubte dies „durch Wiedereinsetzung der alten Dynastie zu erreichen.

*) Aktenstücke Nro. XI.

„Kaum aber erschien Napoleon, so fiel es mit allen seinen „Kräften ihm zu; von Neuem ward die Ruhe und die Si„cherheit der Staaten von ihm gefährdet; warum soll jetzt, „da es unterlegen ist, ihm nicht mit gleicher Münze gezahlt „werden? Nichts kann hiegegen angeführt werden, wenn es „sich, wie in diesem Augenblick, um Landabtretungen han„delt. Man führe nicht dagegen an: die französische Ehre „werde zu sehr dadurch verletzt! Ist diese etwa anders con„struirt wie die anderer Völker, die Aehnliches erdulden muß„ten? Auch gehört zur Ehre zunächst, Eid und Wort hal„ten; beides haben die Franzosen durch den Abfall von den „Bourbons zuerst gebrochen. Dazu kann von einer Untheil„barkeit Frankreichs nicht die Rede sein; seine Diplomaten „haben Gleiches bei andern Staaten nicht ausgeübt, vielmehr „die Lehre gegeben, daß Länderverlust die unausbleibliche „Folge des Sieges sei; auch kommt nicht der Boden des al„ten eigentlichen Frankreichs in Frage, sondern nur das, „was durch eine Reihe ungerechter Eroberungen in verschiede„nen Zeiten dazu gelegt worden ist. Dahin gehören vor al„len Dingen die Bisthümer Metz, Toul und Verdun, so „wie das Elsaß mit dem Sundgau. Die Stimmen aller „Zeiten und aller Völker, selbst die der französischen Staats„männer sind über den Titel der Erwerbung einig, und wir „können heutiges Tages nichts anderes behaupten. Der 30jährige Krieg war zunächst ein Bürgerkrieg in Deutschland; „die protestantische Partei rief zur Hülfe und Aufrechthaltung „des Gleichgewichts Schweden und Frankreich herbei. Hier„für wurden nachher zur Entschädigung Länderabtretungen „und Contributionen gefordert, obgleich beide nicht zu„nächst Zweck und Grund des Kriegs waren. Wir „sind ganz in derselben Lage, und verlangen jetzt unter glei„chen Umständen auch Gleiches. Die Verjährung legt jene „Provinzen und Städte nicht unwiderruflich zu Frankreich; „sie ist nur eine Erfindung des positiven Rechts, welches „damit undurchdringliche und unbestimmtere Rechtsfragen leicht

„und bequem abthun wollte, und so die Verjährung von „einem, bis zu der unvordenklichen von dreißig Jahren er„fand, die aber dem Naturrechte ganz fremd ist. Eben so „wenig giebt es auch in der Politik etwas Unvordenkliches. „Zwar will eine gesunde Moral, daß alle Verträge, auch die „unvortheilhaftesten, von dem Benachtheiligten treu gehalten „werden. Wird aber von Neuem der Zustand des Kriegs „unter den Parteien aufgeregt, dann lebt für Herstellung ei„nes neuen Zustandes das Gesetz auf: was damals dem Ei„nen recht und billig war, ist es jetzt auch dem Andern.

„Zu sagen, daß man allein an Napoleon den Krieg er„klärt habe, ist eine der thörichtsten Behauptungen, die man „thun kann. Hat man sich etwa allein mit ihm bei Quatre„bras, Ligny und Waterloo geschlagen, oder waren hier die „Kräfte des ganzen Frankreichs zu bekämpfen? Es ist davon „die Rede gewesen, man habe Integrität des Gebiets dessel„ben zugesagt. Dies ist nirgend und von Niemand gesche„hen. Schon früher einmal hatte sich eine ähnliche Phrase „in eine Declaration beim Congres zu Wien eingeschlichen. „Der Minister der Niederlande, welcher ohne Zweifel das „meiste Interesse daran hatte, daß daraus nicht falsche Prin„cipien und Schlußfolgerungen abgeleitet wurden, protestirte „schon dagegen in einem Briefe vom 11. April 1815, ge„richtet an den Minister Englands. — Zwar begünstigt „man in Frankreich gern jenes Raisonnement, und glaubt „uns mit Geld abfinden zu können; wer aber erlaubt grade „unsern Feinden die Wahl? Auf dem Frieden zu Osnabrück „und Münster bestanden die Entschädigungen der Kronen in „Geld und Landabtretungen; die einen ergänzten die andern.— „Die Alliance der Staaten Europas ist auch darauf mit be„sonderer Voraussicht gerichtet: dem Zustand der Ruhe, durch „den ersten Pariser Frieden gegründet, jede Ausdehnung zu „geben, welche die Umstände unausbleiblich fordern. Und „war nicht der Wiener Congres eigens dazu bestimmt, die „Satzungen jenes Friedens vom 30. Mai, die man noch

„nicht für genügend hielt, weiter auszuführen? Hier hat „uns nun grade das Auftreten Napoleons mit seinen Erfol„gen die Nothwendigkeit viel zu ändern und zuzusetzen, ge„lehrt; denn der Zweck, den man mit jenem Frieden errei„chen wollte, ward durch seine Bestimmungen nicht hergestellt. „An uns ist es zu bestimmen, wie dies jetzt erreicht wer„den soll. Weit entfernt wird jedem Staatsmanne die Idee „liegen, das eigentliche Frankreich in einen Zustand der „Schwäche versetzen zu wollen; aber die Besitzungen am „Rhein, namentlich das Elsaß, werden stets dazu reizen, sie „in neuen Eroberungen noch mehr auszudehnen.

„So wie dies Land einst Frankreich für Deutschland „öffnete, so jetzt umgekehrt; letzteres ist eingeklemmt dadurch „zwischen Holland und die Schweiz, — Einer muß hier dem „Andern Platz machen. Deßhalb ist die Abtretung des El„sasses für Deutschland eine nationale Frage, die für die „Niederlande zugleich zu einer militairischen wird. Auch diese „erwarten die Herstellung in ihre alten Gränzen, in soweit „sie von Frankreich verletzt sind. Nimmermehr wird dadurch „zu viel Macht erlangt werden; ein föderativer Staat in fast „noch höherem Grade wie Deutschland wird immer nur Ruhe „und Frieden wünschen. Vielleicht wird Frankreich später „wegen dieser Abtretungen einmal wieder Krieg anfangen, „es ist sogar wahrscheinlich; aber seine Lage bleibt immer „offensiv, es mag ihm jetzt etwas genommen werden oder „nicht, und dem gemäß wird auch seine Politik sein. Und „so ist es denn auch wohl das Sicherste, ihm vorerst einen „großen Theil der Mittel zu entziehen, mit denen es dem„nächst einen Krieg gegen uns nur mit um so größerer Aus„sicht auf einen glücklichen Erfolg zu führen im Stande ist.“

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die französischen Geschichtschreiber und Staatsmänner der neuesten Zeit alle den Glauben haben, daß Herr von Gagern bei den Friedensverhandlungen zu Paris im Jahre 1815 eine ganz besonders wichtige Rolle gespielt habe. Sie führen ihn an, wo sie

Keinen der andern Diplomaten nennen, sie kennen die Worte, welche er gesprochen, und den Inhalt der Memoiren, welche er eingereicht hat, ganz genau; sie scheinen ihn sogar mit für den furchtbarsten Gegner Frankreichs und den gefährlichsten Vertreter, ja mitunter sogar für den Urheber der gegen dasselbe erhobenen Ansprüche gehalten zu haben. Diesen Eindruck machen wenigstens die Werke, welche am genausten auf diesen Gegenstand eingehn, die schon mehr genannten von Capefigue *) und von Cretineau-Joly **). Wie ein solcher Glaube entstanden sei, und worauf er sich stütze, habe ich nicht erfahren können; er ist mir jedoch unerklärlich, da die unbedeutende officielle Stellung, auf welche man von Anfang an den Minister der Niederlande beschränkt hat, ziemlich klar vorliegt, und es ihm auch nicht gelungen ist, nur mit einer einzigen seiner Forderungen Gehör zu finden oder gar zu den eigentlichen diplomatischen Verhandlungen über die Punkte, welche er berührte, mit zugelassen zu werden. Fast gezwungen wird man, auf die Individualität des Herrn von Gagern zurückzukommen, in so weit sie auch aus seinen Schriften erkennbar ist. Neben dem vielen Ausgezeichneten, was sie enthalten, ist darin sogleich eine starke Eitelkeit erkennbar, die es aber versteht, mit einer gewissen äußeren Tournure, ja zuweilen sogar mit Pomp aufzutreten. So etwas sagt vorzüglich dem Franzosen zu. Auch das vorliegende Memoire ist ganz in diesem Geiste geschrieben. Die Erörterung darin beschränkt sich nicht auf ein nüchternes dabei aber tiefes und gründliches Eingehen auf die Sache, die nur diese allein im Auge hat und nicht rechts und nicht links sieht, sie ist vielmehr ein geistreiches Abspringen, ein phrasenhaftes Hinwerfen der Gegenstände in einer kurzen diktatorischen Sprache, die viel mehr zu denken übrig läßt als

*) Histoire de la restauration Tom. III.

**) Histoire des traités de 1815.

sie ausdrückt; und über das Ganze zieht sich der Duft einer wohlangebrachten Gelehrsamkeit, die aus dem Schatze ihres Wissens sogleich die passendsten Beispiele und Belegstellen zur Hand hat. So etwas vermag allerdings zu blenden und zu bestechen. Es ist wahr, Herr von Gagern hat sich schriftlich deutlicher als alle andern Staatsmänner über die von Frankreich abzutretenden Provinzen ausgesprochen, und auf die Unrechtmäßigkeit hingewiesen, mit welcher sie zum Theil erworben sind; eine klare Darlegung dieses Umstandes konnte den Franzosen nur verderblich sein, und sie hatten allerdings alle Ursache, den Mann zu scheuen, welcher dies übernahm. Aber es war dies ein Gegenstand, dessen erste Kenntniß man nicht dem Herrn von Gagern verdankte, sondern von dem ein Jeder vielleicht eben so gut unterrichtet war; und auch die Größe der Abtretung ist in den mündlichen Verhandlungen nicht erst nach dieser Angabe debattirt. Dazu vergesse man nie, daß Herr von Gagern nicht einmal ein consultatives Votum hatte; der Erfolg zeigte auch leider, daß der moralische Einfluß seiner Worte nie von großer Bedeutung gewesen ist. Ohne auf solche Gegenstände einzugehen, welche Herr v. Gagern in seinem Memoire eben so hat, wie sie andere Staatsmänner bereits ausführten, will ich nur bemerken, daß man heutiges Tages den Treubruch von 1815 nicht allein dem Volke und dem Heere in Frankreich zur Last legen würde; vielleicht brachen die Bourbons gegen beide zuerst das, was sie versprochen, und hatten die meiste Schuld an den Ereignissen. Vortrefflich aber ist die Hinweisung auf die Gleichheit der Lage der Staaten und der Begebenheiten zur Zeit des Ende des dreißigjährigen Krieges und 1815. Viel mehr noch wie Frankreich auf dem Frieden von Osnabrück und Münster erreichte, konnte jetzt Deutschland von ihm zurückerwerben. Zwei an einandergränzende Staaten können ihre Politik nicht von einander absondern, es sind zu viel Berührungspunkte da, die sich anziehen und abstoßen; und dies ewige Spiel der Bewegung ist zugleich ernst genug,

um es nie aus den Augen zu lassen und es klug zu beaufsichtigen. Glücklich der, welcher die Bewegung leitet und ihren Gang stets in seinen Händen hat; gewinnt er auch nicht, so ist doch der ungeheure Vortheil der, daß er nie Schaden hat. So war Frankreichs Stellung gegen Deutschland seit 1648, — nur daß es mitunter auch einen reellen Gewinnst nicht verschmäht hat. — Man hat 1815 Alles aus den Händen gelassen, um zum Vortheile Deutschlands einmal die Rollen zu wechseln; die äußere Stellung ist dieselbe schwache geblieben, die uns abgetrotzt ist; die innere Verfassung und Politik Frankreichs zu ordnen, ist uns angeboten, ja fast dringend verlangt von uns. Was hätte bei diesem Geschäfte Alles geschehen können für die gegenseitige Stellung Frankreichs und Deutschlands, für Communication, Handel, Gewerbe. Man darf sich kaum das Bild im Geiste weiter ausmalen. —

Die mitgetheilten Memoirs vermögen vollkommen eine Uebersicht aller der politischen Meinungen zu geben, welche in Paris von den einzelnen Cabinets geltend gemacht wurden, und zu diesem Zwecke sind sie auch ganz besonders ausgewählt. Da nun zugleich die mündliche Debatte zu einem großen Theile weiter nichts sein konnte, als eine Vertheidigung und weitere Ausführung der schriftlich ausgesprochenen Principien und Wünsche, so gewährt die Mittheilung der letzteren auch zugleich eine vollkommen genügende Kenntniß davon. Ganz gleiche Bemerkungen und Einwürfe, wie noch heutiges Tages nach Lesung jener Memoirs in Jedem aufsteigen, wird man auch in den Verhandlungen von 1815 gehört haben. Es konnte dies schon der Natur der Sache nach nicht anders sein. Und doch werden die mündlichen Verhandlungen seit dem Ende des August ganz besonders wichtig, jedoch nicht um deßwillen, weil man viel Neues, bisher noch nicht Gehörtes darin vorgebracht hatte, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil man die Ausgleichung der schriftlich hingestellten Ansprüche und Forderungen in den mündlichen

Conferenzen bewerkstelligte. Diese werden allerdings immer im Stande sein, am leichtesten und bequemsten zu einem solchen Ziele zu führen; hier aber drangen noch alle die Staaten, denen an einer schleunigen, fast übereilten Abschließung des Friedens ganz vorzüglich gelegen war, noch besonders darauf, und darum nehmen denn auch sie jetzt ganz vorzüglich unsere Aufmerksamkeit in Anspruch.

Bei den geforderten Länderabtretungen, bei denen man zum Unglück sich selbst nicht recht klar, noch weniger aber einig unter einander war, stellte es sich jedoch heraus, daß vorzüglich Lothringen und das Elsaß gemeint seien. Man ließ sich zunächst davon überzeugen, daß an andere Provinzen Frankreichs z. B. die Franche Comté, oder gar das Departement du Nord gar nicht zu denken sei. Somit wurden die Abtretungen von fast fünf Millionen Seelen, die zuerst Einige im Sinn hatten, schon mit einemmale auf 2,800,000 zurückgeführt. Gewiß aber abstrahirte man freiwillig so bald nicht von Lothringen, obgleich darüber später wenig mehr gehört wird; denn die Verhandlungen wurden so geführt, als wenn man die Sache so ansehen wolle, daß Alles, was über das Elsaß ausgemacht werde, auch für Lothringen gelten solle; die Ansicht, daß beide Gebiete unzertrennlich (d. h. in Beziehung auf die Politik die deßhalb beliebt werden möchte) sein mußten, ist allerdings mehr als einmal ausgesprochen. Die Unterhandlungen über das Elsaß sind deswegen von höchster Wichtigkeit und von höchstem Interesse, und stets im obigen Verstande zu nehmen.

Da ward denn zunächst eingewendet, das Land, so lange mit Frankreich vereinigt, sei bei diesem Staate heimisch geworden*), es habe sich an das Recht und die Verfassung

*) Schöll in seinem Recueil des pièces officielles T. 9. p. 253 hat einen Extrait d'un rapport officiel sur la situation de l'Alsace, aus dem Monat August 1815. Diese Schrift ist ganz offenbar eine rein politische, welche den Zweck hat, darzustellen, daß die Elsaßer zu

desselben gewöhnt, und es jetzt davon trennen, heiße es unglücklich machen. Alte Rechte könne dazu Deutschland nicht mehr in Anspruch nehmen. Im Völkerrecht und in der Politik gäbe es keinen Ur-Besitzstand, und noch weniger könne daher ein solcher für ein Recht, was man daraus ableiten wolle, jemals die Quelle werden. Bei dem Fortschritte und der Veränderung der Staaten geben freiwillige Uebereinkünfte und Frieden die einzig wahren und anerkannten Besitz-Titel; und in Folge eines solchen habe Frankreich mit vollem, stets zu respectirendem Rechte das Elsaß von Deutschland überkommen. Ein neuerer Schriftsteller*), nachdem er eben eingestanden, daß das deutsche Element im Elsaß noch heutiges Tages das vollkommen überwiegende sei, sagt hinterher: Deutschthümler von 1814 und 1815, welche gern Franzen statt Franzosen sagen, haben grade um deßwillen gern das Elsaß „mit allem was daran hängt“ unserm Vaterlande vindiciren wollen. Solche Rückeinverleibungsversuche gehören aber zu den politischen Unmöglichkeiten, und dazu gewährt es einen viel größern Vortheil, wenn dies Land zu Frankreich, als wenn es zu Deutschland gehört, denn so hat es die wichtige politische Aufgabe, den Uebergang zweier großen Nationen sanft und unmerkbar zu vermitteln. Ich führe dies an, weil es fast dasselbe ist, was auch damals in Paris zur Sprache gebracht wurde.

---

allen Zeiten gute Franzosen gewesen seien. Sie sollte dazu eine Vertheidigungsschrift gegen Vorwürfe bilden, welche ihnen gemacht waren, nicht immer ganz treu zur königlichen Sache gehalten zu haben. Freunde des Königs hatten diesen und Vaterland oder Frankreich für eins genommen, und in dieser Beziehung Beschuldigungen erhoben. Schon dieser Umstand im Allgemeinen scheint darzuthun, daß sich ein anderes Element in den Elsassern geregt habe, als das französische; und dann wird auch zugegeben, daß wohl hin und wieder Einige von Frankreich abstrebten. Diese Schrift könnte allein schon das Vorhandensein deutscher Sympathien im Elsaß genugsam darthun.

*) Gans, Rückblicke auf Personen und Zustände p. 351.

Es ist wahr, das Elsaß war unter Frankreich zu hohem Wohlstande gekommen. Durch die Aufhebung der Feudallasten und Zehnten in Folge der Beschlüsse der denkwürdigen Nacht vom 4. auf den 5. August, ferner durch die Veräußerung und Vertheilung der größern Güter in kleinere Parcelen hatte sich der bisher leibeigene Bauernstand eine glücklichere Stellung erworben; der Mittelstand war emancipirt und die Gewerbthätigkeit des Elsasses war unter französischer Herrschaft zu einer Höhe gestiegen, wie es unter deutscher schwerlich geschehen sein würde. Mußten denn aber alle diese Bedingungen des neuern Wohlstandes und des Glückes wiederum fallen mit dem Anschlusse an Deutschland? Ein jeder Fürst, welcher das Elsaß als Zuwachs bekommen sollte, würde sich gern die Bedingung haben gefallen lassen: in den inneren Zuständen, insoweit während französischer Herrschaft erworbene Privat- und Staatsrechte in Frage kämen, nichts zu ändern. Denn ein solcher Zusatz bei Länderabtretungen in Friedensschlüssen ist ja ein ganz gewöhnlicher. Dazu sollte nicht aus dem Grunde allein das Elsaß zurückgegeben werden, weil es einst einmal deutsch gewesen, sondern um deßwillen, weil Deutschland die Gränzen bedurfte, die ihm von der Natur in den Vogesen gegeben waren. Jene Lehre, daß es keinen Urbesitzstand gäbe, hätte man auch für Deutschland anwenden können. Zwar rechtlich erworben durch Vertrag und Frieden, bestand deßhalb keineswegs für Frankreich das Recht, nun für ewige Zeiten das Elsaß zu behalten und dafür einen von 1648 angehenden Urbesitzstand in Anspruch zu nehmen. — Dieselben Verhältnisse, welche Frankreich damals das Recht der Eroberung gaben, bestanden nun für Deutschland, etwas Aehnliches zurückzufordern. Und in der That, eine größere Aehnlichkeit politischer Beziehungen wie 1648 und 1815, konnte es nicht leicht geben. Auch Frankreich führte damals durchaus keinen Eroberungskrieg gegen Deutschland, es unterstützte hier nur eine Partei, nur einen Theil; eben so um-

gekehrt beschützten die Alliirten, wie es hieß, nur den Thron der Bourbons gegen eine andere, mächtigere Partei in Frankreich. Darum konnte auch letzteres in dem westphälischen Frieden keine Landesabtretung als Eroberung in Anspruch nehmen, und es war nur von einer **satisfactio coronae Gallicae** die Rede; Niemand aber fand es anstößig, daß diese in Land bestehen könne; ja deutsche Fürsten, Baiern an der Spitze, hielten diese für die zweckmäßigste und redeten am eifrigsten dafür. Es war wiederum 1815 die Zeit, von einer **satisfactio coronarum** zu reden; der westphälische Frieden gründete ein neues Staats- und Völkerrecht; seine Bestimmungen und Principien sind oft citirt und stets anerkannt, man hätte nicht davon abgehen, sondern fest auf dem von ihm gelehrten Dogma beharren sollen: Eroberung ist nicht der einzige völkerrechtliche Grund, um eine Landabtretung zu verlangen. Zwar sah die Politik der neuern Zeit ihr Einschreiten gegen Napoleon nicht allgemein wie eine Hülfe, einer Partei der Bourbons gebracht, an, — wenn es auch im Grunde nichts anderes war, — sondern wie eine Hülfe, dem legitimen König und damit ganz Frankreich geleistet. Aber nur um so mehr bestand für dieses eine Pflicht der **satisfactio**, wenn man für Deutschland eine ähnliche schon da für begründet hielt, wo in einem innern Parteikriege nur dem einen Theile, also nur der Hälfte etwas reell Nützliches zu Gute gekommen war. Der Herr v. Gagern konnte wirklich keinen glücklichern politischen Wurf thun, als den Versuch zu machen, aus dem westphälischen Frieden leitende Principe, oder wenn ich so sagen darf, ein Gewohnheitsrecht als Entscheidungsnorm für jetzige Verhältnisse abzuleiten. Leider nahm er nicht, wie schon bemerkt ist, an der mündlichen Debatte Theil, und war daher auch nicht im Stande, seine nur ganz allgemein gehaltene Andeutung bis ins Einzelne weiter auszuführen und zu begründen. Man ist merkwürdigerweise auf diese nicht so eingegangen, wie sie es verdient hätte, obgleich sich viel davon erwarten ließ.

Denn über einen schon einmal im Leben anerkannten und entschiedenen Grundsatz kann schon um deßwillen weniger gestritten werden, weil er wie von selbst einen bedeutenden moralischen Zwang ausübt und keiner mag das als Unrecht verdammen, wofür er eben erst als anerkanntes Recht gestritten! Ganz anders aber ist es, wenn man sich nicht auf etwas Positives stellt; hier wird ewig über die Grundlehren, aus denen man erst neue Principe ableiten will, gestritten werden, und Jeder nimmt für seine Behauptungen gleiches Recht, gleiche Anerkennung in Anspruch. Die Schuld jener Versäumniß fällt natürlich nur auf die Staatsmänner der deutschen Cabinette; das Interesse der übrigen war es ja grade, die Verhandlungen schnell über diesen Punkt hinüberzuheben. —

Eben so gut, wie das Elsaß bei Frankreich mit seinem ungeschmälerten deutschen Charakter im Innern, die Vermittlung zwischen den beiden Nachbarstaaten ausführen konnte, eben sowohl hätte dies geschehen mögen, wenn man es zu Deutschland legte und ihm die französische Färbung ließ, welche es seit 150 Jahren angenommen, seine Rechtsverfassung, seine gewohnte Verwaltung u. dgl. Warum sollte Frankreich allein die Vortheile der Vermittlung haben? Seine Hand hatte seit zwanzig Jahren schwer auf Deutschland gelegen, beide Länder hatten sich stets feindlich gegenüber gestanden, und das eine stets gegeben, das andere nur mit vollen Händen genommen. Da ward endlich der alte Zustand wieder hergestellt, aber nicht etwa Entschädigung geleistet, sondern nur das Nehmen hörte auf; Deutschland vergilt dies im Anfange 1815 durch Hülfe mit eigner Aufopferung, und nicht einmal die Vortheile wollte man ihm zugestehen, welche aus einer Vermittlung der Stellung beider Reiche hervorgehen konnten, nein auch diese soll der besiegte Staat für alle künftigen Zeiten genießen und seine Stellung, die des Besiegten gegen den Sieger, die präponderirende bleiben! — Wenn überhaupt Gründe der Billigkeit und des herge-

brachten Rechts die Frage über das Elsaß in den politischen Debatten hätten entscheiden sollen, so weiß man kaum, was solchen, wie die angeführten sind, überhaupt hätte mit Recht und Fug entgegen gesetzt werden können. Aber es lag grade in der Absicht derer, welche etwas anderes wollten, nur die augenblicklichen Interessen und die daraus abzuleitende politische Klugheit unterzuschieben. Und grade dabei versieht sich der Mensch in seiner Kurzsichtigkeit am allermeisten, sie ist die unsicherste und schlechteste Leiterin in der Politik, wenn sie sich gegen Recht und Billigkeit geltend machen und aufrecht halten will; nur mit diesen vereint vermag sie Gewähr für die Zukunft zu geben; und grade Alles vereint, sprach damals für Deutschland.

Die Fürsten dieses Landes waren längst darauf gefaßt, daß jene Frage zur Erörterung kommen müßte, so wie, daß das Elsaß seiner Lage nach, leicht an einen der süddeutschen Staaten kommen könnte. Was geschehen konnte, um dies schöne Land zu erwerben, war bereits von den Einzelnen eingeleitet. Kaum war es aber bekannt geworden, daß grade in diesem Augenblick die Verhandlungen sich um den längst ersehnten Gegenstand dreheten, so verdoppelten alle ihre Anstrengungen. Wo der Einzelne nur politische Verbindungen hatte, da wurden sie gefestigt und neue hinzugefügt; jeder Anhalt ward geprüft, alle politischen Hebel sah man in Bewegung gesetzt. An Baden hätte seine geographische Lage zuerst denken lassen; eine Vereinigung des Elsasses mit diesem Staate schien auch wirklich die natürlichste. Dazu wäre am ersten damit das erreicht, was man überhaupt mit einer Landabtretung, von Frankreich gefordert, bezwecken wollte, — Stärkung der deutschen Gränze gegen französische Unternehmungen. Baden hat von den deutschen Staaten wohl die längste Gränze gegen Frankreich, die der Rhein allein nicht schützt, er ladet vielmehr zu einem Unternehmen ein; der erste Angriff von Osten her, wird sich nur zu leicht auf dieses deutsche Territorium stürzen. Politische Klugheit schien es also von selbst

diktatorisch zu gebieten, so daß gar nicht gefordert zu werden brauchte, Baden so stark zu machen, daß es aus eignen Mitteln eine Unternehmung Frankreichs gegen Deutschland so lange aufzuhalten vermöchte, bis sich im Innern des Landes alle Mittel zu einem allgemeinen Widerstande vereinigen könnten. Aber war es auch rathsam, einen bisher kleinerem deutschen Staate mit einemmale so viel Macht und eine so wichtige politische Stellung zu geben? Der deutsche Staatsmann giebt sich gern und leider nur zu leicht solchen Bedenken hin; dazu hätte denn Baden eben der auf seine geographische Lage sich stützende Stellung wegen, in deutschen Angelegenheiten leicht fast eben so viel Bedeutung erhalten, wie das zwar an Areal größere, aber dagegen eingeschlossene Baiern; viel mehr als Würtemberg und Sachsen; und vielleicht nur Hannovers Lage an einem offenen Meere, die Mündungen dreier Haupt-Flüsse Deutschlands beherrschend, hätte sich einigermaßen dann an politischer Wichtigkeit mit der Badens messen können. Die deutsche Geschichte bietet in ihrem Verlaufe ein oft wiederkehrendes Gemälde von lebhafter Eifersucht des einen Fürsten auf den andern. Man hat schon mehrmals bereitwillig dem allgemeinen Feinde etwas zugestanden, wenn man es damit nur sicher dem benachbarten Freunde entzog. Wie, sollte man nur gekämpft haben, um einen kleinen, bisher weniger beachteten Staat so hoch zu erheben? Dazu stand freilich Baden nach dem ersten Pariser Frieden zur Zeit politisch auch noch ziemlich unglücklich. Der Großherzog Carl Ludwig war ohne männliche successionsfähige Erben, und die spätern Verträge und Beschlüsse, welche die Grafen von Hochberg erbfähig machten, waren noch nicht gefaßt. Baden war zur großen Alliance nur zugelassen, hatte noch keine Garantie für seine Lande, wohl aber schon Anweisungen zu demnächstigen Abtretungen, namentlich der Rheinpfalz an Baiern, erhalten. Von definitiven Entschädigungen dafür war die Rede noch nicht gewesen, aber Verbindlichkeiten zu nöthigen weitern ausgleichenden

Cessionen waren auferlegt. Wenn auch bis zur Mitte des Jahres 1815 sich von dieser ungünstigen Lage Manches ausgeglichen hatte, so war doch die politische Existenz eines auf zwei Augen beruhenden Staates zu unsicher, um darauf Hoffnungen einer Schutzwehr gegen Frankreich zu bauen. Dem gemäß war auch die Urkunde über den Beitritt Badens zur Coalition gegen Napoleon am 11. Mai 1815 abgefaßt. Allen andern Fürsten war die Garantie gegeben, daß ohne ihre freie Einwilligung an ihrem Besitzstande nichts geändert werden solle. Baden aber konnte in den Artikeln 3 und 4 nur die ganz allgemeine Versicherung erhalten, daß die politische Existenz des Großherzogthums nicht gefährdet, und es zu den künftigen Friedensausgleichungen mit zugelassen werden solle, wenn diese seine eigenen Interessen berührten *). Die Aussichten dieses Landes also für Erwerbung des Elsasses waren wohl die schwächsten, und wurden kaum der Berücksichtigung für werth gehalten.

Die Stimmung im Elsaß selbst war zu der Zeit am meisten für Oesterreich; man hatte zu lange einem großen Staate angehört und die Vortheile davon kennen gelernt; man wollte daher nicht gern badisch, würtembergisch u. s. w. werden und vom Mitgliede eines Staates ersten, zu dem eines dritten oder vierten Ranges degradirt werden. Dazu waren noch aus der alten Reichs= und Kaiserzeit eine Menge Erinnerungen vorhanden, welche alle auf das Herrscherhaus der Habsburger sich bezogen. Das österreichische Cabinet, welches diese Stimmung aus früheren Verhandlungen sehr wohl kannte, hatte namentlich schon bei den Berathungen welche dem ersten Pariser Frieden vorangingen, dann auch später zu Wien die Absicht, zu eignem Vortheil, wenn sich Gelegenheit dazu darböte, davon Gebrauch zu machen. Der Plan war nicht ganz aufgegeben, obgleich er schon Widerspruch gefunden, und vielleicht war es nicht ohne

*) Klüber, Akten des Wiener Congresses.

Absicht, daß bei der Besetzung der Departements Frankreichs nach den Ereignissen im Juni österreichische Truppen grade im Elsaß standen.

Auch mit England sind nach der Versicherung des Rheinischen Merkurs Verhandlungen angeknüpft, um den Plan Oesterreichs, das Elsaß und Lothringen zu gewinnen, zu unterstützen. Man stellte vor, wie es das wohlverstandene Interesse Englands sei, Oesterreich allenthalben stark zu sehen, auch gegen Frankreich. Es ward auseinandergesetzt, wie alle europäischen Kriege seit vielen Jahrhunderten durch die Eingriffe der Nachbarn in Deutschlands Selbstständigkeit ihren Ursprung genommen, und wie also die Vertheidigungskraft dieses Reichs eine der ersten Bedingungen für die Ruhe der europäischen Gesellschaft sei. Seit aber Frankreich das Elsaß an sich gerissen, sei Deutschland in ein durchaus leidendes Verhältniß gegen dasselbe herabgesunken; von diesem Zeitpunkte an sei Frankreich in natürlicher Folge der furchtbarste Nebenbuhler für England geworden, und seither habe dieses stets nothgedrungen äußere Bündnisse, besonders das von Oesterreich gesucht, damit es den Andrang des übermächtigen Nachbars von sich abhalte. Die Kraft dieses natürlichen Bundsgenossen sei daher auch seine Kraft; wenigstens sei es Pflicht, ihm da, wo alle Gränzen ohne schützende Festung, ja ohne die Möglichkeit, auch nur eine Stellung zu nehmen, dem Einbruche des Feindes offen ständen, eine feste Vormauer zu gewähren. Das geschehe durch das Elsaß und Lothringen, wodurch auch die zwischenliegenden Reichsfürsten von der unmittelbaren Berührung mit Frankreich abgehalten würden, auch die Schweiz der unmittelbaren Einwirkung des Nachbars entzogen, als eine Scheidewand zwischen die streitenden Theile träte. Auch erst in dieser Verbindung würden dann die Niederlande ganz ihren Zweck, Schutz gegen Frankreich zu gewähren, erfüllen können. Wäre England dann gegen Frankreichs nie rastende Vergrößerungssucht sicher, dann habe auch seine wachsende Schuldenlast ihr Ziel gefunden, die seit

dem Verluste jener deutschen Provinzen durch die Frankreich entgegengehenden Bestrebungen entstanden sei. — Dergleichen Gründe fanden zur Zeit bei manchem englischen Staatsmanne Anklang, und würden, wenn sie gehörig von Andern unterstützt wären, vielleicht England für deutsche Ansprüche geneigt gemacht haben.

Auch verstand man sich sehr gern dazu, Elsaß und Lothringen nicht unmittelbar mit Oesterreich zu verbinden, sondern man wollte es nur zur Secundo= oder Tertiogenitur des Kaiserhauses machen.

Das Ansprechende, was dieser Plan von mehr als einer Seite bieten konnte, mußte auch bald Allen einleuchten. Ward die Regierung getrennt von Oesterreich gehalten, so konnte von einer direkten Vergrößerung dieser Macht nicht die Rede sein, und eine Zurücksetzung der übrigen europäischen großen Staaten trat wenigstens nicht sichtbar hervor. Und doch konnte Deutschland bei dem Interesse, welches Oesterreich an dem von sich getrennten Elsaß nehmen mußte, den Vortheil ziehen, einen mächtigen Staat zum Gränznachbaren gegen Frankreich zu besitzen. Auch die Elsasser konnten mit der lockenden Aussicht eines selbstständigen Staates leicht gewonnen werden; die deutschen und französischen Elemente wenigstens würden sich bei einer solchen Abkunft noch am leichtesten haben vereinigen lassen. Alle öffentlichen Blätter wußten eine Menge Aeußerungen der öffentlichen Meinung aufzuzählen, welche für Oesterreich in jenem Sinne günstig waren.

Bei jenen gedachten Verhandlungen mit England mußte jedoch Oesterreich ganz natürlich bei seinem alten Nebenbuhler in Deutschland, bei Preußen anstoßen, das ganz gewiß auf den Erwerb von Provinzen rechnete, so wie eine Abtretung von solchen von Frankreich erstritten war. Und so geschah es auch. Bei Preußens politischem Systeme ging es auch unmöglich an, dem ihm schon viel zu mächtigen Nachbarstaat die Früchte des Sieges zu überlassen. Das hieß nur Verlust aus dem Siege holen, ein solcher Plan

mußte um Alles hintertrieben werden, und sollte es auch durch das letzte Mittel geschehen: Aufgeben seiner zuerst vorgeschlagenen Politik, Abgehen von allen Gebietsabtretungen, und Hinübertreten zur englisch-russischen Partei. Es ist ein Grundsatz im Recht, daß das Specielle das Allgemeine aufhebt. Wer wird sich also wundern, daß auch hier das allgemeine deutsche Interesse dem speciellen weichen mußte. Aber noch von einer andern Seite hatte Oesterreich für Ausführung seines Plans Hülfe gesucht.

Man weiß, wie hoch zu der Zeit der Einfluß Rußlands in den Angelegenheiten des europäischen Festlandes angeschlagen wurde; man buhlte mehr darum, wie wohl immer nöthig gewesen wäre, und glaubte ohne diesen nichts, durch ihn aber Alles erreichen zu können. So sollte denn auch Rußland durch eine andere Annäherung gewonnen werden, für jene Erwerbung zu reden. Man bemühte sich schon 1814 in Wien die Verbindung beider Staaten ungewöhnlich enge zu schließen, und ganz neue Fäden hervorzusuchen, um dies zu bewerkstelligen. Die Politik glaubte alles gelungen, als die Zeitungen seit dem Januar 1814 schon im Voraus verkündeten, es sei wahrscheinlich, daß der Erzherzog Carl von Oesterreich die Großfürstin Catharina Paulowna, Schwester des Kaisers Alexanders von Rußland, und Wittwe des Großherzogs Georg von Oldenburg, heirathen werde. Das Elsaß sollte dann die Ausstattung des hohen Paares werden. Dann meldeten auch andere Nachrichten einmal, jedoch nur als ein Gerücht, zu Warschau solle ein Thron und eine neue Herrschaft für die neu entstehende Dynastie gegründet werden. Nach solchen Aussichten mußte es natürlich eine Nachricht sein, wichtig genug, daß sie den Kreislauf durch alle Blätter, bis zum französischen Moniteur machte, als über ein Geschenk berichtet wurde, welches die Großfürstin Catharina auf ihrer Durchreise durch Wien im März 1815 dem Erzherzog Carl verehrte. Es war eine Fahne für sein Regiment, welche in mehren Abtheilungen alle die Schlachten, die er gewonnen

hatte, sehen ließ, und an welcher die Stickerei von der hohen Geberin mit eigner Hand gefertigt war. Die nahe bevorstehende Verbindung Oesterreichs und Rußlands und die Realisirung aller darauf gebauten Plane schien klar; inzwischen hielt Rußland damals an seinen Ansprüchen auf Polen zu fest, und Frankreich hatte gleichfalls die Unantastbarkeit seines Gebietes vollkommen sich gesichert, so daß man eine Zeitlang von allen Vermuthungen ganz zurückkam. Aber auch die Heirath selbst und damit zugleich die nahe Verbindung der beiden Staaten ward bald dazu eben so zweifelhaft als weitaussehend, als man vernahm, die Großfürstin von Rußland sei bereits längst heimlich mit dem damaligen Kronprinzen von Würtemberg verlobt. Es wird versichert, daß Kaiser Franz seinen Bruder gern in einer andern ehrenvollen, seiner Geburt angemessenen Stellung außerhalb seiner Staaten gesehen hätte. War er, wie auch wohl gesagt ist, eifersüchtig auf den hohen Ruhm des Kriegers und die Liebe, welche dieser im ganzen Heere genoß, oder war es nur im Allgemeinen um deswillen, weil es nach den Ereignissen der letzten Jahre nicht mehr thunlich schien, den Erzherzogen überhaupt eine solche ausgezeichnete Stellung in den kaiserlichen Staaten zu verschaffen, wie sie vermöge ihrer hohen Abkunft wohl in Anspruch nehmen durften, — man weiß es nicht genau. Eine Menge Gerüchte, welche zu jener Zeit in öffentlichen Blättern cursirten, die aber augenscheinlich den Charakter der Aufgeregtheit des Augenblicks tragen, brauchen der Vergessenheit, der sie bereits anheimgefallen, nicht wieder entrissen zu werden.

Alle österreichischen Plane aber mußten fallen mit jener andern Verbindung, welche die Großfürstin Catharina eingehen wollte. Man suchte ihr auf jede mögliche Art zuvorzukommen. Das Elsaß unter den angedeuteten Umständen gewonnen, bot beim Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Frankreich wiederum Gelegenheit, den alten Plan aufzunehmen, und eine vortreffliche Versorgung für den Erzherzog Carl. Oesterreich that Alles was in seinen Kräften stand, ihm diese

als Ausstattung zu verschaffen. Man hatte schon früher nicht allein die Gründe der Politik für eine Familien-Verbindung Rußlands mit Oesterreich, sondern auch die gegen eine solche mit Würtemberg reden lassen, so daß, wie versichert wird, man es vielleicht nicht ungern gesehen haben würde, wenn die Heirath mit dem Kronprinzen des letzteren Staates sich zerschlagen hätte. Indessen fügten sich die Umstände so, daß Oesterreich von selbst schon auf jenen Plan verzichten mußte, indem der Erzherzog Carl bereits in der Mitte des Jahres 1815 sich eine andere Lebensgefährtin gewählt hatte. Später, am 24. Januar 1816 ward sodann auch die wirkliche Heirath der Großfürstin Catharina mit ihrem hohen Verlobten vollzogen.

Damit aber änderte sich zugleich auf einen Schlag Alles in Beziehung auf das Elsaß. Würtemberg, schon früher durch die Bande des Blutes und der Verwandschaft Alexander so nahe stehend, war im Begriff, dem russischen Kaiserhause noch viel näher zu treten. Alle politischen Vortheile, auf welche Oesterreich bei gleicher Verbindung mit Rußland Rechnung gemacht hatte, gingen ohne Weiteres auf Würtemberg über. Es hatte schon lange Hoffnungen und Wünsche über seine Stellung in Süddeutschland gehegt und beschloß, sie jetzt lauter werden zu lassen und zu versuchen, was der Bruder für eine Schwester und deren Gemahl thun würde. — Herr von Gagern in seiner Geschichte des Wiener Congresses kennt einen Antrag Würtembergs, der gegen das Ende des Congresses dahin gemacht sein soll: „Die gegen „Norden und Osten befindlichen Kreise sind durch ihre Län„dermassen stark genug, um den Zweck des Bundes durch „schleunige Hülfe in dringenden Fällen zu entsprechen. Da„mit nun die gegen Westen vorliegenden Kreise durch innere „Kraft gleichfalls in den Stand gesetzt werden, Widerstand gegen „Angriffe zu leisten, so wird es nöthig sein, daß ein solcher „unter ihnen aus Ländern, welche zusammen eine Bevölkerung „von wenigstens drei bis vier Millionen Menschen enthalten,

„bestehe *).“ Es bezog sich dieser Antrag auf die projektirte Kreiseinrichtung Deutschlands; es ist jedoch nicht klar, ob Würtemberg nur über eine solche Masse von Unterthanen das Kreis=Direktorium wünschte, oder ob es die Absicht war, alles zu einem eigenen Königreiche zu vereinen. Andere die besser unterrichtet sind, mögen hierüber die nöthigen Aufklärungen geben.

Aber gradezu hatte bereits Würtemberg als ihm vermöge besonderer Hausgesetze zukommend, die Herrschaft Mömpelgard im Elsaß zu verschiedenen Malen und zu verschiedenen Zeiten auf das Entschiedenste zurückgefordert. Der Blick dehnte sich natürlich jetzt weiter auf die ganze Provinz aus, und Manche erkannten auch wohl den Vortheil an, den ganz Deutschland davon haben konnte, wenn das offne Gebiet des Süd=Westens durch eine Macht gedeckt sei, stark genug, um dem ersten Anlaufe von Frankreich her zu widerstehen. Es ist zu seiner Zeit viel über diese Angelegenheit unter den Staatsmännern geredet, und Ansichten sind für und wider ausgesprochen, aber bis zur wirklichen Debatte, welche sich mit diesem Punkte offiziel beschäftigte, scheint man nicht vorgeschritten zu sein. Nur darüber hatte man sich genau erkannt, was für ein solches Projekt in die politische Wagschale fiel.

Zwar schien eine Verbindung zweier ganz getrennt liegender Gebiete, wie das Elsaß und das Königreich Würtemberg waren, eben so unzweckmäßig als unausführbar **), weil Baden jene trennte. Aber hier darf man wieder dessen damalige zweifelhafte politische Stellung nicht außer Augen lassen. Die Erbfolge der damaligen Grafen Hochberg konnte Niemand mit in Berechnung bringen; eine Auflösung jenes Landes mußte man vielmehr als bevorstehend ansehen. Und

---

*) Gagern, Mein Antheil ꝛc. Th. 2. S. 351.

**) Es braucht wohl kaum angeführt zu werden, wie jedoch Würtemberg unmöglich daran denken konnte, auch Lothringen zu erwerben.

im schlimmsten Falle hätte eine Abkunft durch einen Tausch mit Baden sich treffen lassen, da letzterem sogar die Verbindlichkeit zu dergleichen Ausgleichungen auferlegt war. Das Gebiet des Schwarzwaldes, oder ein Terrain im Norden mit Mannheim und Heidelberg waren von der Natur für einen solchen Tausch schon gezeigt. Darauf aber konnte man fest rechnen, daß wenn einmal die Zeit gekommen war, dergleichen Pläne wirklich gradezu zu verfolgen, man auf den Beistand Rußlands, namentlich auf die Stimme Alexanders zählen konnte. Es war jetzt wieder eine vortreffliche Gelegenheit, sie für sich aufzurufen.

Fast immer hat aber dieser Monarch in seinem wichtigen politischen Leben das Unglück gehabt, so manches was er sich vorgenommen, nicht nach Wunsch zur Ausführung bringen zu können, weil ein innerer Zwiespalt ihn bald nach dieser bald nach jener Seite zog. Dieses Zweifeln und dieses Schwanken, welcher Entschluß zu fassen sei, ist auch bei diesen Verhandlungen wieder hervortretend. Das russische Cabinett hatte die Initiative für Frankreichs Vortheil bei den Friedensunterhandlungen ergriffen; der Einfluß desselben auf den persönlichen Entschluß des Kaisers war schon seit 1814 sehr groß, und dieser hatte auch dessen Handlungsweise diesmal anerkannt. Auch war man von Seiten Frankreichs bemüht, jedes Motiv, was nur irgend im Bereich der politischen Berechnung lag, herbeizuziehen, um Alexander in den aufgestellten Grundsätzen zu bestärken. Persönliche Neigung zu seiner Schwester aber ließ den Wunsch in ihm aufkommen, ihrem Gemahl jeden nur möglichen Vortheil zuzuwenden, und diese Rücksicht konnte ihm wirklich jetzt die Abtretung des Elsasses wünschenswerth machen.

Diese Sympathie für Deutschland von Seiten Rußlands blieb aber auch ganz allein auf die Person des Kaisers beschränkt, das Cabinet theilte sie nicht und huldigte ganz entgegengesetzten Principien. Eine russisch-deutsche Partei, — es muß hier schon darauf aufmerksam gemacht werden, — hat es

niemals gegeben; man kann eine verwandtschaftliche Zuneigung die nur Wünsche erzeugte, welche dazu nicht einmal gradezu laut werden konnten, nicht so nennen. Vielleicht finden Andere doch Grund für ihre Behauptung des Gegentheils in dem dargelegten Verhältniß.

Denn Alexander durfte, nachdem seine Bevollmächtigten mit England vereint, einmal gegen jede bedeutendere Landabtretung von Seiten Frankreichs sich erklärt hatten, jetzt nicht mit einemmale für Würtemberg das Elsaß fordern. Wohl aber ließ sich vielleicht der Weg einschlagen, immer weniger an der allgemeinen Congreßfrage Theil zu nehmen: „Soll überhaupt Territorialverkürzung Frankreichs Statt finden," und in der That finden wir auch die russischen Minister im Laufe der Verhandlungen über diesen Punkt weniger thätig, als ihr erstes, entscheidendes Auftreten wohl hätte erwarten lassen. Die englischen Minister, namentlich Castlereagh, wurden nun die hauptsächlichen Verfechter von Frankreichs Interesse. Aber gradezu auf eine andere Seite sind auch die russischen Bevollmächtigten nie getreten, sie mäßigten nur ihren Eifer ein wenig für eine kleine Zeit.

Alexander hätte es vielleicht für seine Person jetzt nicht ganz ungern gesehen, wenn gegen ihn die deutschen Mächte das Elsaß erstritten hätten. Denn war dies gewonnen, so war die zweite Frage: „welcher deutsche Fürst soll es haben," dann leicht entschieden. So viel war gewiß, daß Würtembergs Hoffnung sogleich sehr hoch steigen mußte. Jedes Document aus jener Zeit enthält den Beweis, was Rußland, wenn es wollte, damals durchsetzen konnte, und wie man sich beeilte, Alles was ihm angenehm war, zu erfüllen. Dazu wäre leicht Preußen bei Entscheidung dieses Punktes ein treuer Verbündeter mit einer gewichtigen Stimme in Deutschland geworden. Denn diesem Staate würde am wenigsten eine Vergrößerung Oesterreichs, seines hundertjährigen Nebenbuhlers in Deutschland an Land und Leuten und folgeweise auch an Einfluß auf die innern Verhältnisse gele-

gen gekommen sein. Es hatte schon früher allen Plänen, das Elsaß Oesterreich oder dem Erzherzog Carl zuzuwenden, bei den übrigen Großmächten entgegen gearbeitet, und eine zu große Bevorzugung des Hauses Habsburg vor ihnen, trotz der Secundo= oder Tertiogenitur darin gefunden. Hatte ja auch Oesterreich noch vor kurzer Zeit den Ansprüchen Preußens auf Sachsen selbst durch Bündnisse entschieden sich widersetzt; die Zeit der Vergeltung dieserhalb war nun gekommen! Konnte also Oesterreichs Ansprüchen durch Begünstigung Würtembergs, das viel weniger zu fürchten war, entgegen gearbeitet werden, so war dies ganz gelegen, auch schon um deswillen, weil bei einer solchen Landesvertheilung Elsaß und Lothringen getrennt gehalten wurden, und dadurch dann Ansprüche Preußens auf letzteres Land entstehen mußten. Das herzliche Verhältniß in welchem endlich Alexander und Friedrich Wilhelm standen, würde Zweifel von Staatsmännern, wenn solche hätten noch aufkommen können, leicht beseitigt haben, denn es war eine Zeit, wo diese sich mehr wie einmal dem gradezu ausgesprochenen Willen der Monarchen fügen mußten. Machten diese die Angelegenheit zu einer persönlichen, dann mußte auch die Stimme der Eifersucht, die von andern kleinen deutschen Fürsten dagegen erhoben wäre, wohl schweigen, oder doch ohne Anklang zu finden, verhallen. So standen damals Würtembergs Angelegenheiten und seine Ansprüche auf das Elsaß!

Das Alles konnte Jeder leicht vorhersehen, und dem österreichischen Cabinet entging es noch viel weniger. Sollte es unter diesen Umständen jetzt auftreten, und aus voller Seele, vielleicht mit Gefahr, sich dadurch anderwärts in bedenkliche Verwickelungen zu stürzen, für Länderabtretungen reden, wovon ihm am Ende kein Quadratfuß zu Gute kam, und grade für solche Erwerbungen, wo die Hoffnungen, sie selbst zu besitzen, ihm eben erst von einem Andern entwunden waren? Und wenn man auch endlich den Sieg errungen hätte, wer genoß die Früchte davon, — grade die

Staaten, auf die man eben der letzten Ereignisse wegen, so gerechte Ursache hatte, erbittert zu sein. Das allgemeine deutsche Interesse mußte daher wohl schweigen, und Oesterreich mag man es auch am ersten verzeihen, schon der Zusammensetzung seiner Monarchie wegen, wenn es in seiner allgemeinen Politik dieses nicht in allen Fällen als das allerhöchste stets oben an stellt. So kam es zum Theil mit, daß es mündlich und schriftlich bei den Verhandlungen über französische Abtretungen an der Ostgränze von demselben Augenblicke an, wo es von dieser Sachlage vollkommene Ueberzeugung gewonnen hatte, nur mit halber Seele zugegen war, daß es ihm vielleicht niemals Ernst war, diese wirklich durchzusetzen, und daß es sich der englisch-russischen Partei sehr bald ganz fest anschloß, um keine Gelegenheit an Rußland zu geben, bei einem verzögerten und verwickelten Gange der Debatten, davon abzutreten und sich besiegen zu lassen. Denn die Sachen standen nun so, daß ein Anschließen an Rußland und vorzüglich an England in sofern Vortheil brachte, als ersteres dadurch verhindert wurde, Pläne durchzusetzen, die nach dem, was vorgefallen war, Oesterreich nur sehr unangenehm berühren konnten. — Da dieses also das Elsaß, wozu die meiste Hoffnung vorhanden war, nicht erwerben konnte, so war noch viel weniger eine Arealvergrößerung durch lothringische Parcelen zu erwarten, denn diese würden ihrer geographischen Lage nach zum größten Theile von Preußen in Anspruch genommen sein. Die alte National-Eifersucht zwischen diesen beiden Staaten wird noch lange dieselbe sein, welcher Deutschland die beiden Frieden von Basel und Campo Formio mit ihren Bestimmungen zu verdanken hat, wenn sie sich auch in Friedenszeiten in ganz andere Farben hüllt. Zu jener Zeit, 1815, bestand sie aber im hohen Grade, — hatten ja die kaum obenhin abgethanen politischen Verhältnisse auf dem Wiener Congresse erst vor einem halben Jahre einen Bund hervorgerufen, mit welchem Oesterreich Preußens An-

sprüche durch Waffengewalt zurückzuweisen gedachte. Alle diese Umstände sind bei Beurtheilung der österreichischen Politik wohl in Betracht zu ziehen; sie würde Preußen eine Vergrößerung jetzt unter keiner Bedingung zugestanden haben, da ihr eine gleiche Vergünstigung nicht gegönnt war. Wo sollte Oesterreich entschädigt werden? In Italien waren seine Gränzen so weit ausgedehnt, als es nur irgend hatte mit Fug und Recht geschehen können, alle andern Nachbaren aber hatten unantastbare Gebiete; säcularisirt und mediatisirt war im Innern Deutschlands bereits Alles, und daß dies überhaupt aufhören sollte, darüber war man bereits einig. Man wollte nicht weiter, wie man damals sagte: „in Napoleons Fußtapfen treten," — da, meinte man, sei es immerhin besser, Frankreich seine Provinzen zu lassen, und sich friedlich mit drei andern Großmächten Europas zu stellen, denn als Advokat Preußens etwas für diesen Staat zu erstreiten, der so oft in seinem Interesse schon den Absichten Oesterreichs entgegen gearbeitet hatte. Solche Rücksichten entschieden, und immer mehr gab der Fürst Metternich gegen das Ende des Augusts den englischen und russischen Vorschlägen Gehör, und immer williger ging er auf Anderer Pläne ein; die völlige Vereinigung damit mußte bald nachfolgen.

Was sollte nun Preußen thun, nachdem sich die Sachen auf diese Art immer mehr gestalteten? Hardenberg war dazu, wie sich aus dem Vorigen klar genug herausstellt, in sofern nicht einig mit Wilhelm von Humboldt, als letzterer immer durchgreifende Maaßregeln anrieth, und stets darauf hinwies, bei Bestimmung der Politik in diesem Augenblick vor allen Dingen auf die Stimme des Volkes zu hören, für welches man sie feststellen wollte. — Die Politik des Cabinets zu Berlin jedoch neigte sich seit dem Jahre 1806 entschieden auf englische Seite, vorzüglich seit der Zeit, wo Hardenberg das Ruder der Verwaltung den Männern aus den Händen nahm, welche in ihrer Richtung vollkommen

noch dem vorigen Jahrhundert angehörten. Zwar schien seit dem Vertrage von Kalisch mit seinen geheimen Artikeln und dem Wiener Congreß mehr ein Anschließen an Rußland sich herauszustellen, indeß für diesmal wäre es einerlei gewesen, zu welchem Staate sich Preußen genauer hielt, zu England oder zu Rußland, denn beider Politik war dieselbe. So wie Preußen die seinige nicht als eine rein volksthümliche, aus dem Innern des Staates selbst hervorgegangene aufrecht halten konnte oder wollte, und so wie das Vermitteln Hauptsache wurde, und eine Scheu eintrat, es mit England oder Rußland zum Bruch kommen zu lassen, und so lange man es endlich verschmähte, das übrige Deutschland als gleich berechtigte Macht anzuerkennen, oder sich fest an Oesterreich zu schließen, blieb gar nichts anders übrig, als dem allgemeinen Grundsatze sich zu fügen: es ist kein Eroberungskrieg geführt, folglich darf sich auch kein Staat auf Kosten des französischen Territoriums vergrößern. Darüber, ob es möglich war, eine solche Politik, wie angedeutet ist, trotz allen jenen unglücklichen Umständen durchzuführen, mag man wohl Vermuthungen äußern, aber auch nicht mehr. Hardenberg wollte es nicht einmal, das zeigen klar seine Schritte; aber selbst wenn er es gewollt, so wäre er schwerlich der Mann dazu gewesen, dies auszuführen. Wilhelm von Humboldt wollte es, hätte es auch vielleicht gekonnt, aber er durfte es nicht in seiner zum Canzler stets untergeordneten Stellung. Die absolute Möglichkeit ein solches Ziel zu erreichen, bezweifle ich keinen Augenblick; dann aber mußten außer einem festen Anschluß an Oesterreich noch neue Kräfte und neue Ansichten auf den Kampfplatz geführt werden, und darüber soll später noch geredet werden. Da aber in Preußens Cabinetspolitik für den Augenblick ganz der Volksstimme entgegen immer noch die Ansicht des Anschließens an einen andern großen Staat vorherrschte, sei es nun an England oder Rußland, — vielleicht hielt man den eben wieder erstandenen preußischen

Staat noch zu jung für ein unabhängiges Selbstleben, — so war damit, freilich aus ganz andern Gründen, wie bei Oesterreich, eine Anerkennung der von den übrigen Großmächten Europas ausgesprochenen Ansicht gleichfalls entschieden. —

Nun kam freilich das übrige Deutschland bei dieser Frage mit einer Einwohnerzahl größer wie die des ganzen preußischen Staates noch in Betracht, zugleich mit den Interessen, welche es daran haben mußte, ob Frankreich in seiner Offensivstellung ihm stets ein gefährlicher Nachbar bleiben solle oder nicht. Und dies Interesse war um so größer, da jenes, wie schon angeführt ist, die längste noch offene Gränze hatte, daher aller Wahrscheinlichkeit nach den ersten Kriegsschauplatz abgeben mußte, während Preußens westliche Besitztheile meistens durch die Niederlande gedeckt waren. Richtiger würde wohl gesagt sein: dies hätte billig nicht allein in Betracht kommen, sondern ganz hauptsächlich die Politik Preußens und Oesterreichs bestimmen sollen; allein davon ist nur wie zum Schein die Rede gewesen, der Sache nach gar nicht; niemals ist es auch darum jenen beiden Staaten ein Ernst gewesen, denn sonst hätte man doch wohl von ihrer Seite eine Communikation mit den Abgesandten jener kleinen deutschen Staaten über ihre Hoffnungen und Aussichten gewünscht und eröffnet; es muß ein voller Beweis für jenen Ausspruch sein, wenn man weiß, daß alle derartigen Gesuche und Deduktionen, die unaufgefordert genug einkamen, unberücksichtigt ad acta gelegt wurden, trotz aller Verträge und feierlichen Zusicherungen, die kleinen Staaten bei dem allgemeinen Friedenswerk mit zuzulassen. Das Gewicht der allgemeinen deutschen Interessen in der Wagschale der Entschließungen ward zu gering angeschlagen, um es mit irgend etwas Bekannten bezeichnen zu können; es ging auf in dem speciell österreichischen und preußischen. Man stellte dieses nur allein in Berücksichtigung, und zwar nicht einmal als Interesse deutscher Mächte, sondern als eu-

ropäischer Staaten, und vereinte sich dann mit denen, welchen man gleichen Rang zuerkannte, über ein ganz in diesem Geiste geschaffenes Resultat. —

So war also zum großen Theile die damalige unglückliche Stellung Oesterreichs zu Preußen Schuld daran, daß Deutschland mit seinen Ansprüchen unberücksichtigt blieb, denn welcher von beiden Staaten sich dessen angenommen hätte, wäre dadurch der Feind des andern geworden. Man hätte Fürsprache für die übrigen deutschen Staaten und Bundesgenossenschaft mit ihnen sogleich zusammengebracht, und eine solche wäre allerdings im Stande gewesen, die europäische Wichtigkeit, sei es nun die Oesterreichs oder Preußens, bis fast auf das Doppelte zu steigern. Nie sind wohl schneller und williger Aussichten und Ansprüche aufgegeben, und nie hat man sich leichter zum Fallenlassen von Forderungen überreden lassen, als hier, wo es darauf ankam, daß nur nicht der Eine den Andern mächtiger werden sah; die Geschichtschreibung vermag kaum zu berichten, wie schnell es geschah! Jener Zweck war allerdings vollkommen dadurch erreicht, aber der übrige Theil Deutschlands hatte damals, wie so oft schon früher, allein den Schaden davon. Man darf wohl fragen, was Alles hätte erreicht werden können, wenn Oesterreich und Preußen nur auf kurze Zeit die alte Nationaleifersucht hätten aufgeben, und beide als deutsche Mächte ihre Stärke und ihren Schwerpunkt nur in Deutschland selbst mit seiner Macht und seinen unversiegbaren Hülfsquellen hätten finden wollen, statt in der Uebereinkunft und in dem Bunde mit europäischen Großmächten, — eine Verbindung, die nicht von der Natur angewiesen ist und daher zerfallen und wechseln muß bei jedem veränderten politischen Winde!

Die Kenntniß der in Paris gepflogenen Verhandlungen verbreitete sich bald allenthalben, und blieb kein Geheimniß für die Cabinette allein. Von deutschen Blättern war zu der Zeit der rheinische Merkur am besten unterrichtet. Die russi-

sche Staatsschrift des Grafen Capo d'Istria so wie die preußischen Memoirs mit ihren verschiedenen Färbungen muß er alle gekannt haben, so wie er auch namentlich aus dem des Generals v. Knesebeck längere Stellen fast wörtlich wiedergiebt. Es blieb natürlich nicht aus, daß sich die Stimme des Volks laut hören ließ, und bald ängstlich, bald dringend bat, die Früchte aller Mühen, aller Leiden und aller Opfer nicht kleinlicher Eifersucht der Cabinette aufzuopfern. Alle öffentlichen Blätter sprachen einig die Verkleinerung Frankreichs offenbar als den Wunsch der öffentlichen Meinung aus, vorzüglich die Oppositionsblätter in England. Und selbst hier war die allgemeine Volksstimme so laut dafür, daß die rein ministeriellen Zeitungen, namentlich der Courier, oft unwillkürlich gleiche Färbung annahmen. Von den deutschen Blättern war wohl keines, was nicht in gleichem Geiste sich geäußert hätte. Alle weisen hin auf das, was von Deutschland mit Gewalt und List abgerissen war, auf die günstige Gelegenheit des Wiedererwerbs. Es war freilich eine Gespanntheit, ein ängstliches Erwarten bemerklich, ob man wohl darauf hören werde, was das Volk so laut wünschte; aber im Ganzen war man doch voll Hoffnung, ja es schien Jedem fast unmöglich, daß die Politik sich zu entgegengesetzten Ansichten wenden könne. Vor allen war wieder der rheinische Merkur — einst die fünfte Macht in der Verbindung gegen Frankreich genannt — ein wahrer Vertreter und Verkündiger solcher Stimmen. Görres und Arndt, damals Arbeiter bei diesem Tageblatt, wurden nicht müde, die öffentliche Meinung gewaltig und laut zu verkünden. Kein Blatt hat es damals wohl ehrlicher und treuer mit Deutschland gemeint, wie dieses, aber keines hat durch den heftigen und leidenschaftlichen Ton, mit dem es seine Ansichten kund that, bei den besten Absichten vielleicht so viel geschadet! Ich will nicht davon reden, daß bei der Aufgeregtheit man mitunter schwache Seiten zeigen, ja hier und da selbst ungerecht werden mußte, oder daß die Vater=

landsliebe bisweilen so parteilich wurde, daß sie wie Egoismus erschien. Hier hätte sich einlenken und verbessern lassen. Schlimmer aber als das war, daß schon jetzt und in den nächsten Tagen jene unglückseligen Verhandlungen über geheime Verbindungen in Preußen aufkamen. Die Veranlassung dazu, und die Schriften des geheimen Rath Schmalz in Berlin sind bekannt; sie führten bald zur ersten Gegenerklärung Niebuhrs, und schon im October war der Federkrieg über diesen Punkt in vollem Gange. Man hat den rheinischen Merkur sehr bald mit diesem ganzen Gegenstande in Verbindung gebracht, und ihn darauf mehr als das Organ einer Partei angesehn. So lag es denn in den unglücklichen Verwickelungen der Zeit, daß man das, was wirklich Stimme des Volks im Vaterlande war, als die einer Verbindung zu eignen Zwecken in demselben ansah, die man um so mehr glaubte zurückweisen zu müssen, als sie kräftig, energisch und fordernd auftrat. —

Nicht minder als Vorkämpfer der öffentlichen Meinung in Deutschland erschienen zur Zeit der Verhandlungen in Paris eine Menge von Brochüren, meist anonym, deren Verfasser aber zum Theil über die Ereignisse sehr wohl unterrichtet waren. Alle, im Schoße des Volks entstanden, dessen Wünsche sie aussprachen, mußten schon um deswillen eine bedeutende Verbreitung finden; sie erhöheten natürlich die Spannung nicht wenig, mit der man eine Entscheidung über das Schicksal Frankreichs und Europas, beschlossen im hohen Rathe der Staatsmänner zu Paris, erwartete. Es sind hauptsächlich folgende unter ihnen zu nennen: „Ist Frankreich weniger furchtbar ohne Napoleon“ ferner: „der Einfluß der neuesten kriegerischen und politischen Ereignisse auf die öffentliche Meinung in Deutschland 1815“ so wie: „Was sollen wir Deutschen fordern? Aufruf an die in Paris“ und endlich eine umfassendere: „Ueber das Interesse der Staaten von Süddeutschland, in Bezug auf die

Garantien, welche Frankreich anzusinnen sind.“ — Die letztere vertrat zwar zunächst und direkt nur locale Interessen, indem sie ganz gleiche Bedenken auf das Feld der Berathung führte, wie wir sie in dem Memoire des würtembergischen Gesandten, Grafen v. Winzingerode, kennen gelernt haben; indessen konnte sie nicht umhin, auch allenthalben allgemeine deutsche Interessen zu berühren. Sie zeigte ganz vorzüglich klar die Ungerechtigkeit, welche darin liege, daß man die süddeutschen Staaten, welche doch auch mit ihrer Macht dazu beigetragen, daß Oesterreich, Preußen und andere deutsche Territorien wieder ungeschmälert ihren alten Besitzern zugefallen seien, jetzt ganz leer ausgehen, und ihr Gebiet offen und ungeschützt, wie eine Einladung für Frankreich zu neuen Unternehmungen da liegen lasse. — Als sich später von Tage zu Tage die Kunde mehr bestätigte, daß die Resultate für Deutschland nicht die günstigsten werden würden, ja als man endlich im September und October hierüber schon die Gewißheit erhielt, da mehrten sich dergleichen Schriften; aber ihr Ton war nun der des Unmuths und des Tadels, während der der früheren voll Hoffnung und Zuversicht war. Ja man hatte in ihnen zum Theil die Vermuthung, daß Oesterreich und Preußen etwas anderes beschließen könnten, als was das allgemeine deutsche Interesse zu fordern schien, als eine Ungereimtheit verlacht.

Auf eine andere Art war, um das nationale Interesse in Frankreich gegen die Forderungen der Feinde wach zu halten, hier die Presse thätig. Herr v. Salvandy war mit einer donnernden Schrift aufgetreten: »**De la necessité, de se rallier au Roi pour sauver la France,**« und der Vorläufer einer zahlreichen ganz ähnlichen Litteratur geworden. Es ward darin gesagt, wie Frankreich sich in Masse gegen die Forderungen der Alliirten erheben, und das Volk durch Läuten der Glocken zum Aufstande und zum Volkskriege berufen werden müsse. Derselbe Vorschlag war bereits Ludwig **XVIII.** von einer andern Seite her gemacht. In einer

geheimen Conferenz hatte nämlich der ehemalige Direktor Barras zu dieser Maßregel gerathen. Früher glaubte man, dies sei von Talleyrand ausgegangen, bis Ludwig in seinen Memoiren (X. 354) darüber vollkommne Aufklärung gab. Obgleich man von Seiten der Verbündeten von einer solchen Maßregel schon um deswillen nichts zu fürchten gehabt haben würde, weil die mächtigste Partei in Frankreich, der Pavillon Marsan, dem entschieden entgegen gewesen wäre, und der Graf Artois nie seine Einwilligung zu einem solchen Staatsstreich, der in die Revolution zurückführen konnte, gegeben haben würde, so sprach man doch viel von der möglichen Vereinigung aller getrennten Parteien und von einem einigen Frankreich unter der Fahne der Nationalität, das durch Haß gegen die Fremden zu Allem bereit sei.

Aber schon die Tageserscheinungen der Presse hätten letztere belehren können, daß nicht zu viel zu fürchten sei, denn andere Parteien ließen sich anders vernehmen. Es wurden sogar Briefe von Ludwig XVIII. veröffentlicht, die ein wahres testimonium paupertatis dieses Fürsten waren. Er klagt darin, daß Alter und Krankheit ihn verhindern, mit Energie aufzutreten, und daß ihm in dieser traurigen Lage nichts andres übrig bleibe, als mit sich machen zu lassen, was seinen Feinden beliebe. Diese Briefe und ähnliche Documente wurden dann regelmäßig von einer andern Partei für falsch und untergeschoben erklärt.

Alles dies geschah zu derselben Zeit, wo Fouché seine berüchtigten Memoirs und Briefe, eigentlich Pasquille, an Ludwig XVIII. richtete. Ihr Inhalt ist bekannt genug geworden, und es ist unnöthig, ihn hier nochmals von Neuem mitzutheilen. Es bestehen bis auf den heutigen Tag noch stets verschiedene Ansichten über die Absicht, welche Fouché bei Abfassung dieser Schriften gehabt haben könnte, und über den eigentlichen Zweck, den er damit erreichen wollte. Ich komme nochmals darauf zurück. Was man ihn aber selbst darüber in seinen angeblichen Memoiren sagen läßt,

glaube ich am allerwenigsten, und wenn es wirklich nach einem Ausspruch von ihm niedergeschrieben wäre. Denn Niemand hat wohl sein ganzes Leben hindurch mehr dem Grundsatz gehuldigt: „daß die Sprache uns von der Natur allein dazu gegeben sei, um die wahren Gedanken unsers Innern zu verheimlichen," als eben Fouché. Nur vorläufig so viel: es war gewiß, daß häuptsächlich eigennützige Pläne damit verfolgt werden sollten; die Lage Frankreichs scheint viel weniger für dieses Land und für seine Stellung im politischen Staatensysteme, als vielmehr für die Stufe gezeichnet und entworfen zu sein, welche bei dessen Regierung der Herzog von Otranto gar zu gern eingenommen hätte. Wie das Schicksal aber oft mit den Entwürfen des Einzelnen spielt! Die Sache kam ganz anders, und jene Berichte schadeten ihrem Verfasser und nützten Frankreich, beides ganz gegen den Willen und die Voraussicht desselben, und während dieser gewiß zunächst mit keiner Sylbe an Deutschland dachte, hat dieses nicht weniger die schädlichen Folgen seiner Memoirs erfahren.

Was in denselben über die Stimmung in Frankreich für sein neues Herrscherhaus gesagt wird, verhielt sich allerdings in der That so. Es waren wirklich drei Viertel der Departements Ludwig XVIII. gradezu entgegen. Ebenso das Heer mit fast allen Officieren bis zum Obersten aufwärts. Die kurze Regierung der Bourbons von 1814 bis 15 hatte eine ungeheure Masse von Stoff zur Unzufriedenheit gegen sie gesammelt, und Fouchés Schilderungen der Einzelnheiten waren im Ganzen wahr und nur wenig übertrieben. Die Cur aber, welche vorgeschlagen wurde, um die Stellung der Bourbons zu verbessern, war ganz des alten Conventsmitgliedes würdig. Auch hier wieder Aufstand des Volkes in Masse, Volkskrieg mit allen Excessen. Diese Maxime zu einer Sache des Throns gemacht, sollte zweierlei bewirken, Ludwig volksthümlicher zu machen, und verhindern daß sich ein Fremder an dem Gebiete und an dem Interesse Frankreichs vergreife.

Man sorgte klüglich für die Verbreitung jener Fouché'schen Schriften, und mit unglaublicher Schnelligkeit vollendeten sie ihren Weg durch alle öffentlichen Blätter Europas.

Alles dies benutzten die Gesandten Englands und Rußlands im Verein mit Talleyrand klüglich für ihre Pläne, und verarbeiteten die freilich im Aeußern einigen, der Sache nach schon längst in ihren Meinungen auseinandergehenden Minister Oesterreichs und Preußens zum Uebertritt auf ihre Seite. Es ward ihnen aus dem Gemälde der innern Zustände Frankreichs bewiesen, daß bei einer solchen Stimmung des Volks, wie sie genugsam laut geworden, es doppelt thöricht sei, dasselbe durch Forderungen von Abtretungen noch mehr zu reizen; daß man, wenn nichts desto weniger hierauf bestanden würde, auf einen allgemeinen Krieg, der von Seiten der Franzosen leicht ein Volkskrieg wie der von 1792 werden könne, rechnen müsse, und daß die Nachtheile davon, die zunächst auf Deutschland als Gränzstaat unfehlbar fallen würden, längst nicht im Verhältniß ständen zu den Vortheilen kleinerer Gebietserwerbungen. Ja noch viel weiter wurden Blicke in die politische Zukunft, wie diese werden könne, eröffnet. Da hieß es weiter: es wird ganz unmöglich sein, die Bourbons bei der schon so ungünstigen Stimmung gegen sie, in Frankreich wieder einzuführen, und sie auf dem Throne zu erhalten, wenn ihre erste Handlung Verkleinerung zu Gunsten der Feinde Frankreichs ist. Damit wäre aber der Zweck der ganzen Verbindung gegen Frankreich vernichtet, und zugleich die Aussicht auf Ruhe und Frieden von Europa. Denn welche neue Regierung sich alsdann herstellen würde, und welche politische Ideen dadurch von Neuem hervorgerufen werden könnten, wisse man noch nicht, und doch sei es, wie die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre gelehrt habe, eine viel zu wichtige Sache, um sie allein dem Zufall zu überlassen.

Aber noch mehr kam zusammen. Gegen Ende des Augusts las man in den Zeitungen, es seien Nachrichten im

Publikum über eine entdeckte Verschwörung, die zum Zweck gehabt habe, einen der hohen in Paris anwesenden Souveraine aufzuheben, und es sei davon gesprochen, den Congreß in eine andere Stadt zu verlegen. So viel oder so wenig auch an diesem Gerücht gewesen sein mag, sicherlich sollte der Zweck kein anderer sein, als zur eiligen Beendigung der Geschäfte zu treiben. Er liegt, wenn man es in Verbindung mit dem Obigen bringt, zu klar vor.

Frankreich war grade beschäftigt, die alte Armee aufzulösen und sie vollständig neu zu organisiren. Sogleich ward auch dieser Umstand mit benutzt, und England und Rußland stellten vor, wie bei der Verzögerung der Verhandlungen die Verbündeten verlieren müßten. Es geschehe nämlich eine solche absichtlich durch Ludwig **XVIII.**, der nur Zeit zu gewinnen suche, um auf neue, erst zu schaffende Hülfsmittel gestützt, ganz anders gegen die Forderungen seiner Feinde auftreten zu können. Nur durch schleunigen Abschluß der Geschäfte könne man dem zuvorkommen. Eine Hast, zum Schluß zu kommen, welche wir schon in den russisch-englischen Memoirs ausgesprochen finden, sollte auch durch diesen Grund noch weiter gerechtfertigt werden.

Man wählte zur Ausmalung der Lage der Dinge die grellsten Farben, und trug sie so stark auf, wie nur irgend möglich war. Schwankt das Zünglein in der Wage der Entscheidung schon hin und her, so giebt ein kleiner Grund, der sonst gewiß nicht für wichtig genug gehalten wäre um ihn in Berathung zu ziehen, nicht selten den Ausschlag. So war es hier; und noch ein anderer Umstand kam hinzu.

Die eigentlichen Gründe, welche Oesterreich sowohl wie Preußen bewogen, zu dem vorgeschlagenen Systeme der übrigen europäischen Großmächte überzutreten, damit sie der Verlegenheit enthoben würden, sich gegenseitig zu begünstigen, waren solche, welche man natürlich nicht offen hinstellen konnte, im Gegentheile, man mußte damit wie mit einem Geheimniß, was freilich ein ziemlich offenes war, zurück-

halten. Wohl aber mußten beide bei dem Systeme, sich entgegenzuarbeiten, solche Motive haben, welche öffentlich ihre veränderte Politik und das Abweichen von den ersten Forderungen rechtfertigen konnten. Dazu waren nun aber solche Bedenken, aus den angeführten Deduktionen und Ereignissen gezogen, wie geschaffen. Man ergriff sie begierig und legte ihnen gern eine viel größere Wichtigkeit bei, als sie wirklich und in der That hatten. So hätte ja, um nur ein Beispiel anzuführen, die ganze Reorganisation der französischen Armee so überwacht und geleitet werden können, daß aus diesem Umstande nimmermehr eine Gefahr entstehen konnte, und Abtretungen an der Gränze würde Deutschland wenn es einig war, gegen das dadurch an intensiver Kraft um ein Viertel geschwächte Frankreich wohl behauptet haben, da es ja schon einmal dem starken Frankreich unter Napoleon widerstanden. Die Bourbons hatten dazu das allergrößte Interesse, Frieden unter jeder Bedingung zu halten, weil ein Krieg im nationalen Interesse erneuert, unausbleiblich wieder zur alten Revolution mit ihren Ideen zurückgeführt haben müßte. So lange die Bourbons nicht geradezu auf den Thron des an Volksmenge um etwa ein Zwölftel verringerten Frankreichs verzichten zu wollen erklärten, so lange hatte es mit einem Volkskriege keine Noth; und das ist ihnen nach Allem, was man weiß, nie eingefallen.

So war nun der Schein gerettet, und man hatte nur der veränderten Sachlage, welche der Unberufene nicht kannte, nachgegeben; jetzt waren es nur tiefe, weitgehende politische Verwickelungen, die allein der Eingeweihte verfolgen konnte, welche die Nothwendigkeit der neuen Entschließung bedingt hatten, — mit einem Worte, man konnte sich nun mit Ehren diplomatisch besiegen lassen und von den ersten Forderungen abgehn.

Die Stimmen der Opposition erstarben auch von Tage zu Tage mehr, so wie man die Gewißheit deutlicher hervortreten sah, darüber, wie abgeschlossen werden solle, sei man

höhern Orts bereits einig. Die Conferenzen beschränkten sich auf einen geringern Kreis, und in der Regel nahmen nur Metternich, Castlereagh, Nesselrode und Hardenberg daran Theil, wenigstens nahmen sie die Leitung des Hauptpunktes ganz allein in ihre Hände. Man hörte W. von Humboldt nicht mehr. Er war in andern Separatconferenzen, wo die lästige Ausmittelung und Bearbeitung von Special-Punkten ihm übertragen war, so beschäftigt, daß seine Arbeiten sich oft tief in die Nacht hineinzogen. Für solche Beschäftigungen, wo es weniger auf eine politische Ansicht, als auf faktisches Wissen ankam, ward in der Regel dieses Genie in Anspruch genommen. Gneisenau hatte stets bei den Versammlungen der Monarchen und der Minister Klagen über die Stellung seiner siegreichen Armee geführt, und in diesen beständig darauf gedrungen, die Grundsätze einer Eroberung und namentlich deren Folgen in Anwendung kommen zu lassen. Sein Wort im Verein mit dem Blüchers war damals ein höchst gewichtiges, denn es vertrat das Heer, dem man eben erst den Sieg über Napoleon und die Herstellung des alt-monarchischen Princips zu verdanken gehabt hatte. Aber der preußische General ward endlich der ewigen Zurückweisung seiner Anträge, die man ihm noch dazu nicht einmal besonders günstig aufnahm, auch müde und zog sich zurück. Auch den wohlbekannten „Nommé Stein" hatte man nach Paris beschieden. Voll von Hoffnungen und reich an Aussichten reis'te er dahin. Man kannte seine Popularität, und namentlich wußte Jeder aus Erfahrung, wie der Kern seiner politischen Ansichten so fest mit der Volksstimme und der öffentlichen Meinung verschwistert war, daß man ihn wohl zur Zeit als Repräsentant derselben annehmen konnte. Aber Stein sah bald, wie die Sache stand, und mußte die Erfahrung machen, daß es ganz andere Interessen, als allgemein deutsche sein würden, die für dasmal zur Entscheidung führten. Sprechen dagegen wäre Ueberfluß gewesen, und Erörterung einer Sache, wenn das Resultat schon ange-

nommen ist, bleibt stets unnütz. Warum die Conferenzen nur hitziger machen, wo nichts zu gewinnen war? Stein schwieg; ob sein Verhältniß zu Hardenberg, welches nicht das glücklichste war, auch hiezu beigetragen habe, mögen Andere entscheiden.

Nesselrode, ruhig Rußlands System verfolgend, sah mit Freuden darein, wie Alles, was früher so weit von den ersten Planen abgestanden hatte, in immer engeren Bahnen um den Mittelpunkt der Vereinigung zu kreisen begann. Er sprach absichtlich wenig, weil ganz im Geiste der ergriffenen Initiative die Begebenheiten von selbst sich so, wie er wollte, gestalteten. Alexanders persönlicher Wunsch war vorübergehend und drohte auf keinen Fall eine Störung zu veranlassen, man mußte ihm nur Raum zum Verrauchen geben, und ihn nicht durch offenen Widerspruch bekämpfen. Auf einer andern Seite galt es nun das Eisen zu schmieden, weil es warm war. Schnell wurden in den höchsten Conferenzen vorläufige Grundlagen über den künftigen Frieden festgestellt. Man wußte recht wohl, daß über die vollständige Ausgleichung von Nebenpunkten noch Monate hingehen konnten. Es wird versichert, daß Nesselrode vorgestellt habe, wie sämmtliche Friedensverhandlungen sich nicht bis in den December erstrecken dürften, weil man dem Kaiser Alexander, dessen Geburtstag in diesen Monat fiel, kein angenehmeres Geschenk machen könne, als die Nachricht von dem zuvor vollendeten Friedensschluß. Ich lasse eine solche Nachricht dahin gestellt sein, da sie den Schein offenbar gegen sich hat; aber wahr ist es, daß man eine Hast zeigte, sich schon vorläufig zu einigen, die ganz ungewöhnlich war. Und bei der gegenseitigen Stellung von Oesterreich und Preußen war jeder Vorwand willkommen, um von den zuerst schroffer hingestellten Ansichten abzugehen.

Ein vorzüglicher Maßstab für Kenntniß und Beurtheilung der politischen Ereignisse der neueren Zeit ist in unsern Tagen der Cours der Staatspapiere geworden. Die großen

Geldpotentaten, welche ihn leiten, greifen zwar nicht stets geradezu in die Begebenheiten selbst mit ein, dies würde höchst selten und nur bei untergeordneten Verhältnissen verstattet sein; aber das ist gewiß, daß sie diejenigen Personen sind, welche am ersten sichere Nachrichten über den Gang der Politik haben, zuweilen früher, mindestens aber eben so früh, wie manche Staatsmänner selbst. Seit Mitte des Augusts fingen die französischen Staatspapiere an, ungewöhnlich zu steigen, und dieses Steigen erhielt sich die folgenden Monate hindurch unverändert bis auf temporaire, jedoch unbedeutende Schwankungen. Schon daraus könnte man einen Beweis entnehmen, daß der eigentliche diplomatische Kampf, in soweit das Hauptresultat in Frage kam, zur Zeit beendet sei. Es handelte sich nur noch um Kleinigkeiten und einige Accidenzien, welche die Verhandlungen höchstens noch eine Zeitlang aufhalten, jedoch im Wesentlichen nichts daran verändern konnten. Man bereitete sich schon, die letzte Hand an das Werk zu legen.

Man würde auch, allein dem Course der Staaspapiere folgend, kein falsches Resultat gewonnen haben. Das Journal des Debats versicherte bereits am 14. August, die Hauptfrage, Integrität Frankreichs, sei für letzteres günstig entschieden, und seit dem 19. desselben Monats versichert es auch das englische ministerielle Blatt the Courier; außerdem thun alle Privatbriefe dasselbe. Zwar ist auf so etwas nicht immer viel zu geben, aber für diesmal verhielt es sich wirklich so. Eine Uebersicht der folgenden Verhandlungen ergiebt zur Genüge, daß man die Hauptsachen festgestellt habe: Für Frankreich dasselbe Gebiet wie im ersten Frieden von Paris, und an der Gränze gegen Deutschland einige Abtretungen, damit der Schein für Oesterreich und Preußen gerettet sei; denn anders kann man eine Abtretung von $1/60$ nicht nennen. Es kam nur noch auf eine genaue specielle Normirung dieses abzutretenden Gebiets an, welche späteren Verhandlungen vorbehalten blieb.

Da der Prinz Regent von England nicht persönlich in Paris anwesend sein konnte, und er noch zuvor seine Zustimmung zu solchen Friedensbedingungen geben mußte, so ward Sir Charles Stuart zu derselben Zeit abgesandt, um diese, nach Vorlegung der gewonnenen Resultate, einzuholen. Er befand sich gegen Ende des Augusts zur Betreibung dieses Geschäfts in London. Hier ward der zu schließende Frieden, mit allen dem was er bringen sollte, im Geheimen-Rathe noch vielfach hin und her besprochen. In dieser Versammlung war es ganz vorzüglich Wellesley Pole, welcher die Ansicht vertheidigte, daß Frankreich auf seiner Ostgränze um ein Bedeutendes geschwächt werden müsse, wenngleich unmittelbar England keine Vortheile daraus hätte. Desto größer würden aber die mittelbaren sein, welche durch Stärkung der Niederlande und Deutschlands erwüchsen; sie würden das Resultat gewähren, daß Frankreich alsdann nie wieder in die Lage kommen könne, als angreifender Staat die Ruhe Europas zu trüben. Die Gelegenheit, ein solches politisches Ziel zu erreichen, müsse also, weil sie schwerlich jemals so wiederkehren würde, mit vollen Händen ergriffen werden. Diese Ansicht fand in London viele Vertheidiger, die alle auch der Meinung waren, daß die Niederlande und Deutschland als föderative Staaten nie durch Macht und Vergrößerungen dem allgemeinen europäischen Staatensystem gefährlich werden könnten. Indessen hatte auch Lord Castlereagh, in dessen Plänen Sir Charles Stuart schon vor der Schlacht von Waterloo in Gent mitgearbeitet hatte, dafür gesorgt, daß jene verschiedenen politischen Ansichten dem nicht gefährlich werden konnten, was er selbst durch eine Begünstigung und nähere Verbindung mit Frankreich erreichen wollte.

Der Prinz Regent genehmigte also Alles, worüber die Minister der Großmächte in Paris schon übereingekommen waren, und gab die Weisung, die letzte Hand an das Friedenswerk zu legen. Sir Charles Stuart reis'te am 29. August von London ab und war am 1. September bereits wie-

der in Paris. Das Resultat seiner Sendung konnte nicht verborgen bleiben. Im Anfange des letzten Monats bringen alle Blätter schon die Nachricht von einem angeblich definitiv abgeschlossenen Frieden. Der Sache nach hatten sie Recht, aber nur die Form war noch nicht vorhanden.

So wie Rußland in der ersten Periode der Conferenzen zu Paris die Unterhandlungen begonnen, so übernahm in der jetzt eintretenden zweiten das mit ihm Hand in Hand gehende England die Initiative. Am 2. September reichte Lord Castlereagh sein zweites Memoire ein *).

„Nachdem, so sagt er darin, sämmtliche Memoirs und „Meinungen der verschiedenen Minister über die an Frank„reich zu machenden Forderungen dem Prinz Regenten von „England zur Berücksichtigung vorgelegt seien, sei er (Castle„reagh) von Seiten seines Hofes beauftragt zu erklären, daß „dieser unter allen Umständen den von dem Kaiser von Ruß„land gemachten Vorschlägen bei Weitem den Vorzug gäbe, „indem man offenbar zu Ludwig XVIII. nicht in einem sol„chem Verhältnisse stehe, welches eine Schwächung der militairi„schen Macht und der Hülfsmittel Frankreichs wünschenswerth „mache. Dazu kommt, daß, wenn man auch eine ganze Reihe „von Festungen abreißt, ohne jedoch damit die entsprechende „Vergrößerung an Territorium verbinden zu können, dieser „Umstand den begünstigten Staaten eher zum Schaden wie „zum Vortheil gereichen wird; sie werden dadurch nur eine „Gelegenheit bekommen, in neue Kriege verwickelt zu wer„den, ohne an innerer Macht, diese durchzuführen, gewonnen „zu haben. Auch würde die Schwächung Frankreichs nach„theilig auf das politische Gleichgewicht wirken, ein Verhält„niß, auf welchem grade bis zur französischen Revolution die „relative Stärke der Staaten Europas bestanden hat.

„Eine temporaire Occupation kann alle die Plätze umfas„sen, welche Preußen in dem letzten Memoire des Fürsten v.

*) Aktenstücke Nro. XII.

„Hardenberg abgetreten wissen will. Binnen einer Zeit von „sieben Jahren kann man also alle die Vortheile genießen, „welche eine wirkliche Abtretung selbst gewähren würde, — „ein Zeitraum lang genug, um ihn vorerst allein im Auge „zu behalten. Wie die Umstände nach jener Zeit sich gestal„ten werden, steht noch dahin, namentlich die Frage, ob dem„nächst noch Allen eine Verkürzung Frankreich wünschens„werth sei. Aber gewiß ist jetzt, daß eine solche augenblicklich „eine Menge von Ungelegenheiten hervorrufen würde. Jener „entfernte, sehr problematische Nutzen kann und darf daher „jetzt zur Zeit nicht störend auf die Maßregeln der Alliirten „einwirken, noch weniger darf er uns zu einem Kriege mit „einem Souverain führen, der uns als Freund gegenüber „steht, und eben so wenig kann jene problematische Sicher„heit in Anwendung kommen, welche man mehr von einem „muthmaßlich unruhigen, revolutionairen Frankreich zu for„dern scheint, als von dem königlichen unter Ludwig XVIII. „welches man noch kurz zuvor auch dadurch anerkannt hat, „daß man seine Bevollmächtigten zu den Verhandlungen des „Wiener Congresses mit zuließ. Warum also jetzt den neuen „Grundsatz aufstellen, daß Frankreich und Europa verschie„dene Interessen haben? Bleibt ersteres ruhig, so thut man „unter jeder Bedingung am besten, gar nicht weiter hierauf „zu achten; tritt das Gegentheil ein, so haben wir nicht al„lein die Mittel, sondern auch dann das offenbare Recht, an„ders als jetzt einzuschreiten.

„Die preußische Forderung würde die ganze Art der Ne„goziation ändern und eine ganz gewöhnliche Unterhandlung, „bestehend in Fordern und Abhandeln, daraus machen. Wir „kämen dann aber dadurch in die Verlegenheit, wenn man „von französischer Seite ein Ultimatum ablehnte, augenblick„lich den Waffenstillstand aufkündigen und zu den Waffen „greifen zu müssen.

„Wegen eines solchen Ansinnens nun einen neuen Krieg „zu beginnen, muß wenigstens Namens der englischen Regie-

„rung geradezu abgelehnt werden; wohl aber wird sich diese „ein Vergnügen daraus machen, in allen Punkten, welche mit „den obersten Grundsätzen der Unterhandlung, mit denen sie „einverstanden ist, harmoniren, dem österreichischen und dem „preußischen Cabinette entgegen zu kommen.

„Vielleicht kann der Stand des Occupationsheeres von „150,000 Mann in dem ersten Jahre noch mit Nutzen erhö„het werden. Die geforderte Zerstörung der Festungswerke „von Straßburg könnte man auch wohl dadurch vermeiden, „daß man die Bedingung stellte, in dieser Stadt während „sieben Jahren keine andere Besatzung zu halten, wie die „Bürgergarde.

„Das Memoire schließt mit der Phrase, daß England „nichts mehr am Herzen liegen könne, wie die Sicherung der „westlichen Gränze Deutschlands gegen Frankreich; aber es „scheine ihm dies viel eher erreicht werden zu können durch „Vermehrung der Local-Vertheidigungen von Preußen und „Belgien, als dadurch, daß man diesen Staaten unbedeutende „Landstriche zuspreche, die Frankreich seit länger als einem „Jahrhundert gehörten und deren Cession das ganze Volk „aufbringen würde. In diesem Betracht stimmt Castlereagh „nochmals, den preußischen Vorschlägen entgegen, für Anlage „neuer Festungen, deren Kosten von den französischen Con„tributionsgeldern zu bestreiten seien.“

Die Verhandlungen neigen sich sichtbar ihrem Ende zu; man wünschte es von mancher Seite und suchte jedes Motiv auf, was dies befördern konnte, so jetzt das Ansehen des Prinz Regenten und des englischen Hofes. Der Ton des letzten Memoirs ist fast so, als wenn Jenem die letzte entscheidende Stimme in dieser Angelegenheit zugestanden hätte, und zwar nach Prüfung aller der Meinungen und Vorschläge, welche von den Staatsmännern Europas gemacht waren. Castlereagh spricht am 2. September das Votum seines Hofes auf die übersandten Memoirs aus, von denen das letzte des Fürsten Hardenberg aber erst am 28. August in Paris

überreicht war. Man konnte also in England nur das Wilhelm von Humboldt's kennen. Castlereagh konnte nun die spätern Hardenbergschen Vorschläge um so leichter gleich mit bekämpfen, als sie schon von den Humboldt'schen in mancher Hinsicht abwichen und bei Weitem nachgebender waren.

Aber noch in einer andern Hinsicht ist dies letzte Aktenstück ungewöhnlich wichtig. Es beweis't mehr als alle andern das gemeinsame Einverständniß, in welchem sich England und Rußland vom Anfange der Unterhandlungen an befanden, obgleich alle Schriftsteller über jene Zeit diese beiden Staaten in Beziehung auf ihre Politik während der letzten Hälfte des Jahres 1815 ängstlich zu sondern bemüht sind. Den Irrthum hat ohne Zweifel das Herüberziehen der Verhältnisse vom Wiener Congreß, so wie der bald nachher eintretende Wechsel im französischen Ministerium hervorgerufen, aber, wie sich nachher zeigen wird, ganz ohne Grund.

Was soll man über die abermals ausgesprochene Politik Englands äußern? Wunderbar tritt uns der hier zum zweitenmale so nachdrücklich verfochtene Grundsatz entgegen: zunächst bei Regulirung der europäischen Verhältnisse nur einen kleinen Kreis der nächsten sieben bis zehn Jahre im Auge zu behalten. Und doch ist von Beruhigung Europas und Frankreichs stets die Rede. Wird diese aber durch eine solche Bestimmung erreicht, welche, wie die über das Schicksal Frankreichs während jener Jahre, geradezu nur eine vorübergehende ist? Also für alle die Möglichkeiten, die nach Zurückziehung des Occupationsheeres eintreten können, wird nicht im entferntesten Bedacht getragen. Nach jenem Zeitraum mußte, menschlicher Voraussicht nach, derselbe Zustand wieder aufleben, wie der war, welchen man jetzt verhindern wollte. Im Allgemeinen ist es auch so 1830 gekommen. Tausend Vermuthungen drängen sich hier auf über das Interesse, welches England dabei haben konnte, den Zustand der europäischen Politik stets so ungewiß und so ungeordnet zu erhalten. Ward diese für ewige Zeiten so regulirt, daß

Deutschland stark genug gemacht wurde, um jede in Frankreich entstehende Unruhe nicht über die Gränze dieses Landes hinauskommen zu lassen, so war natürlich der englische Einfluß auf die Politik des Festlandes zum großen Theil ausgeschlossen, und der Schwerpunkt derselben nach Deutschland gelegt. Um aber stets unentbehrlich zu bleiben, mußte Frankreich als ein an Macht ganz gleiches Gegengewicht aufrecht erhalten werden. Das Entgegenstreben zweier solcher Pole konnte nicht ausbleiben, — eine vortreffliche Aussicht, die Regulirung solcher Kräfte in Händen zu behalten. Aber England oder vielmehr Castlereagh machte dabei einen argen Fehler, den, daß diese seine Politik zu fein war, und dabei nicht ehrlich gegen seine Verbündeten in dem langen Kriege gegen Frankreich. Eine solche schlägt, wenn tausendjährige Erfahrung etwas gilt, unausbleiblich zum Nachtheile des Unternehmers aus. Anders waren die Ansichten der großen Vorgänger Castlereaghs im englischen Cabinet; sie führten für ganz England, für ihr Vaterland, Krieg mit Frankreich, mit einem ganzen Lande, zum Besten aller englischen Interessen. Dieser sah die Sache mehr als einen Dynastienkampf an, und stritt für die einflußreiche politische Stellung des brittischen Cabinets, dem er vorstand*). Daher sein Abweichen von der nationalen

*) Niebuhr in seinen: „Nachgelassenen Schriften, nicht philologischen Inhalts," hat einen Aufsatz: Ueber Englands Zukunft; er wirft den englischen Ministern, die er gleichfalls nicht sehr hoch stellt, bedeutende Fehler vor z. B. heißt es Pag. 427. Anm. 1.: der unverzeihliche Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einer Zeit, wo die Union getrennt werden konnte, wenn man ausdauerte; die Abschaffung der Einkommensteuer; nicht einmal von den heillosen Fehlern im Pariser Frieden zu reden, die vielleicht noch kein Engländer einsieht Niebuhr läßt sich nicht auf eine Aufzählung der Fehler letzterer Art ein. In jenem Aufsatze kommt so Manches vor, was aus jenen Memoirs geschöpft scheint, obgleich sie Niebuhr gewiß nicht gekannt hat. Man vergl. noch den Inhalt der Pag.

englischen Politik, die Schwächung Frankreichs seit dem Beginn der französischen Revolution forderte. Jetzt genießt England die Früchte der Handlungsweise seines Ministers! Er hat Frankreich mächtig erhalten, und dafür neigt es sich jetzt nicht mehr gegen Deutschland, wie gegen England, dem es allenthalben auf der Erde in jeglicher Bestrebung entgegentritt. Was mögte England wohl darum geben, wenn es die ganze Zeit des Castlereagh'schen Ministeriums zurückkaufen und namentlich Frankreich um einen bedeutenden Theil seiner innern Macht geschwächt sehen könnte! Aber der Fehler ist gemacht und vielleicht ist er wohl kaum mit Blut wieder auszulöschen.

Darin hat unser Memoire Recht, wenn man einen Alle und Alles auf lange Zeiten beruhigenden Zustand wollte, so hätten sich die Verhandlungen noch eine längere Zeit hinziehen können; eine Menge Verwickelungen wären gewiß entstanden, aber auch eben so gewiß beigelegt, wie jener jämmerliche, statt dessen angenommene precaire Zustand zu Keines Wohle gereichen konnte. Ja vielleicht konnte es auch möglich sein, daß an Frankreich nach Verweigerung eines Ultimatums von Neuem der Krieg hätte erklärt werden müs-

435 daselbst. Wenn freilich Niebuhr meint, England habe niemals vernünftigerweise Frankreich als Feind zu fürchten, so hat er recht für die Zeit, wo jener Aufsatz geschrieben wurde; (noch vor 1827) jetzt nach der Umwälzung von 1830 und nach den Bestrebungen im Innern scheint mir die Sache anders zu stehen. Aber Niebuhr, sonst so groß in politischen Voraussichten, hätte es sich leicht sagen müssen, daß jener Zustand in Frankreich unter den Bourbons unmöglich ein constanter hätte bleiben können! Denn trotz der Bündnisse und trotz der wechselnden Zuneigung haben uns die Jahre 1836—40 genugsam gezeigt, daß ein Bruch mit England über Nacht wegen einer Kleinigkeit geschehen kann, der beste Beweis, daß nicht ein dauerndes, festes Interesse beide Staaten an einander hält, die sich in zu manchen politischen Beziehungen immer auf einem Wege finden. Alle Quadrupel-Allianzen werden auf die Länge der Zeit doch nicht schützen.

sen. Aber eine Verlegenheit konnte selbst hieraus nicht entstehen. Alle Quellen sprechen zu der Zeit von 890,000 Bajonetten, welche in Frankreich den Forderungen der Verbünbündeten Nachdruck zu geben bereit waren. Dagegen konnte Frankreich, das im Innern allen Parteiungen Preis gegeben war, nur ein Heer von höchstens 100,000 Mann stellen, und um dies zu verstärken, auch nur die Hälfte seiner Kräfte entwickeln, weil die Mehrzahl der Departements vom Feinde bereits besetzt war. Bei solcher Lage der Dinge hätte dann grade ein neuer kurzer Krieg schneller zum Ziele geführt, als eine Unterhandlung, von der Diplomatik auf ihren langen und krummen Gängen geleitet *).

Da in der vorstehenden Denkschrift hauptsächlich auf eine preußische Ansicht, als die der englisch-russischen am meisten entgegenstehende, Rücksicht genommen war, so war es wohl natürlich, daß der Fürst von Hardenberg sich zur nächsten Antwort verpflichtet fühlte. Er reichte sie auch am 8. September ein **), und wir dürfen ihren Inhalt nicht übergehen, um so weniger, da in den mündlichen Verhandlungen neue wichtige Resultate gewonnen waren, die grade hier besonders ausgesprochen werden.

„Nachdem es endlich gelungen war, die Herrschaft Frank-„reichs auf dem Continente zu stürzen, haben wir alle Uebel, „welche es uns zugefügt, nicht mit gleichen vergolten. Der „Dank dafür war ein neuer Versuch der Umwerfung der „Ruhe Europas unter Napoleon. Frankreich ist zum zwei-„tenmale in unserer Hand; sollen wir zum zweitenmale durch „unzeitige Großmuth alle Früchte unserer Siege und unserer „Anstrengungen verlieren? Diejenigen Lande, denen die

*) Auf einen andern Punkt, der vielleicht Castlereagh bewog, für Frankreich so günstige Bedingungen zu fordern, komme ich nochmals zurück am Schluß der Beurtheilung des Briefes des Herrn von Gagern, Aktenstücke Nro. XVI.

**) Aktenstücke Nro. XIII.

„meiste Gefahr droht, und die in erster Angriffslinie liegen, „wie Deutschland, Preußen und die Niederlande, haben ein „Recht, gegen ein solches unzeitiges System der Mäßigung „zu protestiren.

„Man kann sich unmöglich davon überzeugen, daß uns „die Declaration vom 13. März 1815 zu Ludwig XVIII. „in eine solche Beziehung gebracht haben sollte, die uns „zwänge, die Rücksichten zu überhören, welche wir unserer „eigenen Sicherheit wegen nothwendig zu nehmen haben. „Denn da die ganze Nation für Napoleon aufgestanden ist, „so kann man nicht sagen, man habe nur gegen diesen und „seine Partei Krieg geführt; dieser ging gegen ganz Frank„reich, und ist glücklich für uns ausgefallen. Ludwig ist zwar „wieder eingesetzt auf den Thron seiner Väter, und die Ruhe „für jetzt wieder hergestellt; aber ist sie es auch auf lange „Zeit und sicher, erreicht man dies durch eine vorübergehende „Besetzung einzelner festen Plätze, und werden nicht nach sie„ben Jahren dieselben Uebel wieder aufleben, welche wir in „diesem Augenblick bekämpft haben? Die Bevollmächtigten „Großbritanniens stützen sich dabei auf ein Argument, was „ich durchaus nicht anerkennen und gelten lassen kann. Sie „sagen: wir werden ein großes Gut haben, Ruhe während „der nächsten sieben Jahre; dies dürfen wir nicht aufgeben, „und um uns vor einer entfernten Gefahr zu schützen, kön„nen wir die jetzigen Vortheile nicht außer Acht lassen. Aber „diese Gefahr ist meiner Meinung nach, gar nicht so entfernt. „In sieben Jahren leben aller Wahrscheinlichkeit nach, noch „dieselben Menschen, und dieselben Elemente und politischen „Motive, die wir heute berücksichtigen, sind dann eben so gut „noch vorhanden. Wir fürchten uns jetzt, daß sie uns einen „Krieg erregen können, werden sie es vielleicht später weni„ger thun? Und wir brauchten einen solchen grade jetzt, da „wir einig sind, weniger zu scheuen, als zu irgend einer an„dern Zeit.

„Ohne allen Zweifel würden wir das Recht haben, von

„Frankreich einzelne Provinzen zu fordern, wie es alle Staa „ten und auch letzteres, stets ausgeübt haben nach einem „glücklichen Kriege. Da jedoch die andern Mächte weniger „dieser Ansicht zu sein scheinen, so soll auch von Seiten Preu„ßens kein Widerstand in den Weg gelegt werden. Jeden„falls wird dieser Staat darin einen Trost finden, in einer „so wichtigen Angelegenheit seine Meinung ohne Rückhalt „ausgesprochen zu haben, und man wird ihm wegen der Ue„bel keine Verantwortlichkeit aufbürden, welche Folge der „Maßregeln sein können, die man im Begriff ist zu nehmen.

„Deswegen macht man zur Ausgleichung von Seiten „Preußens die betreffenden Vorschläge, und führt in drei An„lagen eine genaue Verzeichnung der Gebiete auf, welche im „ersten Pariser Frieden noch bei Frankreich geblieben sind, „wie sie jetzt zu vertheilen, und endlich welche Ausgleichun„gen in Folge jener Abtretungen zweckmäßig sein möchten *).

„Es fällt in die Augen, daß diese Vorschläge so wenig „eine Verletzung des von England und Rußland ausgespro„chenen Princips enthalten: Frankreich auf seinen Länderzu„stand von 1790 zurückzuführen, als ihnen auch irgend eine „Absicht des Gewinns oder der Vergrößung inwohnt. Der „König von Sardinien zieht dabei das beste Loos, dann „Oesterreich, dann Preußen, dann die Niederlande u. s. w.

„Auch tritt Preußen alle den Einrichtungen bei, welche „man in Beziehung auf die temporaire Besetzung Frankreichs „von Seiten der übrigen Mächte für nöthig erachten wird.

„Bei Feststellung des Betrages der von Frankreich zu „zahlenden Contribution kann Preußen vorzüglich und allein „nur seine eigenen Unterthanen im Auge haben; sie sind „ruinirt durch Frankreich, und dieses muß ihnen auch wieder „die Mittel zahlen, sich erholen zu können. Die andern „Mächte sind vielleicht im Stande, auch was diesen Punk„anbetrifft, Frankreich ihre Großmuth zu Gute kommen zu

*) Aktenstücke Nro. XIII. A. B. und C.

„lassen; dies wäre von Seiten Preußens eine Ungerechtig„keit. Darum muß nochmals die schon einmal vorgeschla„gene Summe von 1200 Millionen Franks gefordert wer„den, und man hält sie für die Ressourcen Frankreichs, nicht „zu hoch. In einer besondern Anlage *) wird dieser Punkt „nochmals ausführlich erörtert, bei der Vertheilung aber noch „eine besondere Vergünstigung für die englischen und preußi„schen Waffen, wegen der Einnahme von Paris gefordert.

„Zum Schluß stellt Hardenberg vor, wie die alliirten „Höfe von Sardinien, der Niederlande, von Baiern und „Würtemberg insgesammt das dringende Verlangen bezeugten, „von dem Stande der Unterhandlungen unterrichtet und zu „ihnen zugelassen zu werdeu, — es wird, so heißt es dieser„halb, diese Forderung, soweit es ihre Interessen an„geht, recht wohl mit dem übereinkommen, was unter „uns über diesen Punkt ausgemacht ist.“

Jedermann würde vielleicht nach dem energischen, decidirten Eingange dieses Memoirs etwas ganz anderes erwartet haben, als jenes einfache: **dixi, et salvavi animam meam.** So hätte Hardenberg, reden und solche Grundsätze ausführen sollen, als er sein erstes Votum überreichte, hier hätte es vielleicht noch etwas gefruchtet. So aber konnten diese richtigen Ansichten nichts mehr nützen, weil sie Hardenberg selbst an einen verlorenen Posten gestellt hat. Schon mancher Staatsmann hat sich, den Umständen nachgebend, in Bedingungen fügen müssen, die seinen politischen Ueberzeugungen und dem Wohle seines Vaterlandes schnurstracks zuwider liefen; aber die Gereiztheit und der Unwille die deßhalb im Innern kochten, haben sich dann immer leicht erkennen lassen an dem aufgeregten Tone dessen, was er abfaßte, oder in den zitternden Zügen der Unterschrift. Sollte es wohl so mit Hardenberg bei diesem Memoire gewesen sein und sollte der erste Theil desselben auch nur Kunde geben von einer

*) Aktenstücke Nro. XIII. D.

tief verletzten politischen Ueberzeugung. — Wer will hier auftreten und mit Gewißheit etwas behaupten? aber das darf ich sagen: ich glaube es nicht. Warum redete er nicht früher eben so, da doch Wilhelm von Humboldt ganz denselben Ton angestimmt hatte, den wir hier vernehmen; warum schwankte Hardenberg zu einer Zeit, wo mit bestimmter Erklärung und Forderung noch etwas auszurichten und zu gewinnen war? Ich will nicht das wiederholen, was ich über das Zurücktreten der österreichischen und preußischen Minister von ihren ersten Ansichten gesagt habe; sie thaten es freiwillig, aus innerer Ueberzeugung, weil sie es für nöthig, ja für ihre beiderseitigen Staaten für vortheilhaft hielten, und somit kann es ihnen nicht schwer geworden sein. Aber thaten sie es zum wirklichen Vortheile ihrer Staaten, oder nur zu einem relativen, insofern, als sie nur zu verhindern suchten, daß der andere nicht gewinne? Und so sehe ich denn in der Einleitung des Hardenbergschen Memoirs weiter nichts als einen Versuch, durch die Form etwas zu beschönigen, während man innerlich ganz zufrieden war, daß es so und nicht anders gekommen sei. Sie ist im Geiste mancher Condolenz-Versicherungen zu nehmen. Denn waren die ausgesprochenen Ansichten wirklich die Hardenbergs, so war das Abgehen von ihnen doch zu schnell, fast für ein Scheingefecht noch zu schnell. Man hat dem Fürsten Hardenberg von manchen Seiten den Vorwurf gemacht, daß er sich in seiner Politik, wo es anging, immer gern an England angeschlossen habe. Ohne auf so etwas auch nur im Entferntesten eingehen zu wollen, müssen wir jedoch aufmerksam darauf machen, wie der Canzler in dieser zweiten Periode der Unterhandlungen, obgleich sich England im Anfange bei dem Kampfe der Verschiedenheit der Meinungen oft ein bischen sehr direkt gegen Preußen ausgesprochen hatte, doch sogleich nicht allein zur Ansicht Castlereaghs sich hinneigt, sondern sogar der ist, welcher die weitere Ausarbeitung derselben bis ins genaueste Detail übernimmt. So darf man wohl die Sache bezeichnen,

wenn man sich den Inhalt der englischen Memoirs ins Gedächtniß zurückruft. Welcher Abstand hier von Humboldt's Fordern und von Hardenbergs Nehmen, und dieser jetzt Erörterer der Ansichten der ihm anfänglich gegenüberstehenden Partei! Der Eingang des Memoirs aber sollte vielleicht noch dazu dienen, zu zeigen, welche überlegene Gründe eigentlich gegen die englisch-russische Politik sprächen, und wie sie diejenigen, auf welche sich letztere stützte, sogleich zu besiegen im Stande seien, wenn man es überhaupt nur im Willen gehabt hätte, davon Gebrauch zu machen.

Da jedoch die von Hardenberg vorgeschlagenen Ausgleichungen alsogleich und fast ganz ungeändert von allen verbündeten Mächten angenommen wurden, so hat man die Sache nicht etwa so anzusehen, als wenn hier von Preußen jetzt eben erst ersonnene Vorschläge vorlägen. In mündlichen Verhandlungen war vielmehr die Friedensangelegenheit bis zu diesem Punkte besprochen, und Preußen scheint der allerdings ehrenvolle Auftrag geworden zu sein, die Redaktion dessen, worüber man sich eben vereinigt hatte, zu übernehmen. Allein bei dieser Einigung, das fällt sogleich von selbst in die Augen, waren die von England gleich Anfangs ausgesprochenen Principe bei Weitem die vorherrschenden geworden.

Aber merkwürdig genug schienen die also gewonnenen und neu aufgestellten Resultate Manchen, da doch einmal das Princip, Frankreich nicht zu verkürzen, festgehalten werden sollte, noch als Gewinn. Das waren sie nun für Deutschland wenigstens nicht. Aus der Masse der 557,000 zu vertheilenden Unterthanen, erhielt es längst nicht das zuzück, was vor den Revolutionsfeldzügen sein gewesen war, und was, man begreift kaum aus welchem Grunde, Frankreich in den ersten Pariser Frieden noch in seine Gränzen einschließen durfte *). Nicht einmal konnte, wie der Erfolg

---

*) Wir kommen bei dem Conferenz-Protokoll vom 2. October darauf zurück.

gezeigt hat, Hardenberg mit seiner Contributionsforderung durchdringen, trotz der Gründlichkeit der Auseinandersetzung, welche die Finanzlage Frankreichs beleuchtete. Die Forderung endlich einer besonderen Vergünstigung für England und Preußen wegen der Einnahme von Paris, ist ohne Zweifel nach der Theorie der englischen Priesengelder erdacht und hingestellt. In beiden Punkten ward in Folge des in der Mitte Septembers eingetretenen Ministerwechsels wiederum Rußland Preußens entschiedener Gegner, und vorzüglich Alexanders Bemühungen hatte es Frankreich auch in Beziehung auf den Geldpunkt zu verdanken, daß man keineswegs vom Rechte der Eroberung Gebrauch machte.

Noch ein Punkt ist im Memoire des Fürsten Hardenberg von politischer Wichtigkeit, die Forderung der Höfe von Sardinien, der Niederlande, von Baiern und Würtemberg, zu den Verhandlungen mit zugelassen zu werden. Es ist zum erstenmal, daß dieser Punkt in den officiellen Aktenstücken schriftlich ausgesprochen wird, vorher ist nur beiläufig in den mündlichen Verhandlungen darüber etwas vorgekommen. Ueber die politische Bedeutung einer solchen Zulassung werden wir später noch Gelegenheit haben, weitläuftiger zu reden. Hier nur so viel wie nöthig ist, um jenen Vorschlag Hardenbergs zu verstehen. Er selbst war derjenige, an den sich die deutschen Fürsten und deren Gesandte, gestützt auf die Zusicherungen der besonders mit ihnen eingegangenen Verträge, zum öftern mit dem Gesuche um deren Erfüllung wandten. Aber grade Hardenberg war es wieder, der sich hiergegen dann eben so entschieden wie alle seine Collegen erklärte. Jene Zurückweisung des Einflusses der kleinen deutschen Staaten war freilich ganz dem preußischen politischen Systeme in Deutschland conform, und in sofern consequent und nothwendig; eben so natürlich war es, daß alle Minister der übrigen großen Staaten gegen Zulassung neuer deutscher Mitglieder zu den Berathungen da protestirten, wo durch Einführung neuer Stimmen die Einigkeit gefährdet

und die Verhandlungen weitläuftiger werden konnten. Was Hardenberg jetzt fordert, ist nicht seiner anfänglichen Politik entgegen, oder nicht etwa ein anderes Auftreten im allgemeinen deutschen Interesse; — erklärt er ja gradezu, daß er bei den wichtigsten Gegenständen nur das preußische im Auge haben könne! Mit Annahme seines Vorschlages war vielmehr die Hauptsache der Friedensverhandlungen mit Frankreich geendet, und es kam nur auf die Vertheilung der einzelnen Abtretungen und Contributionen unter die Betheiligten an. Bis zu diesem Punkte hatte er alle an ihn gestellten Forderungen zurückgewiesen und hingehalten. Nun blieben nur noch die förmlichen Zuschreibungen von Einzelnheiten zurück, welche man dem Einen oder dem Andern im höchsten Rathe der Staatsmänner zuerkennen wollte, und hiebei waren denn manche deutsche Staaten betheiligt. Das war die Zulassung derselben zu den Verhandlungen in ihrem Interesse, nachdem, worüber man übereingekommen war, welche Hardenberg fordert. Denn eine andere am Schlusse der Verhandlungen, so beiläufig wie ein Postscriptum hingeworfen, hat er nach seinen frühern Erklärungen gegen die Minister der kleinen Staaten auch nie beabsichtigen können. Preußen und Oesterreich aber hätten sich früher durch diese, wenn es wirklich ihnen zu Schritten gegen Frankreich Ernst gewesen wäre, ein bedeutendes Gewicht für ihre Wagschale schaffen können. Somit war gegen jene kleinen Staaten der Schein gerettet, sie selbst aber von jedem wirklichen Einflusse ausgeschlossen, da man längst am Ende der Unterhandlungen war.

Kaum hatte der Hannoversche Gesandte, Graf von Münster, der auch hier so viel es nur irgend bei der Stellung Hannovers zu England möglich war, beständig von Anfang an auf Zulassung aller Mitglieder des deutschen Bundes zu den Friedensverhandlungen kraft der geschlossenen Verträge bestand, eingesehen, daß in dieser Beziehung nichts auszurichten sei, und daß er für Hannover bei der von Hardenberg beantragten Theilnahme, die sich nur auf Theilung

nach angenommenem Frieden erstreckte, gar nicht interessirt sein könne, so reis'te er von Paris ab, um in Hannover die für diesen Staat nöthigen Veränderungen unter seinen Augen in's Leben treten zu lassen. Bereits am 22. September langte er hier an. Eine Geldquote konnte ja in Paris leicht jeder Andere auch berechnen! Wie einst in Wien, so hatte auch Münster hier für Deutschlands Wohlfahrt nach Außen dieselben Wünsche, dieselben Worte, so wie man sie von einem Staatsmanne von seiner Gesinnung nicht anders erwarten konnte. Aber er fand auch diesmal von daher wo die Macht war, in seinen Bestrebungen Hemmung und Widerstand!

Die mündlichen Verhandlungen nach diesem letzten geringen Notenwechsel waren unbedeutend. Oesterreich schien gar nichts mehr einzuwenden zu haben, und da Preußen mit Allem zufrieden war, und auch, wie gleich gezeigt werden wird, noch an seiner Geldforderung ein Bedeutendes nachließ, so konnte der Minister-Congreß, nun im Innern einig, als Corpus zu Frankreich reden, und im Namen der vier verbündeten hohen Monarchen einen Vorschlag zu einem demnächstigen Frieden dem Könige Ludwig XVIII. vorlegen*). Nachdem man sich bis zur Mitte des Septembers noch über einzelne kleine Punkte geeinigt hatte, geschah dies auch in einer Conferenz am 20. desselben Monats, welcher der Inhalt der obigen zuvor ausgearbeiteten und berathenen Staatsschrift zum Grunde lag. Während bis dahin es nur Verhandlungen der Alliirten unter einander gab, während man bisher nur an einem Frieden unter Rußland, England, Oesterreich und Preußen zu arbeiten hatte, konnte man nun auch zum letzten Akte der Handlung, dem Friedenswerke mit

---

*) Aktenstücke Nro. XIV. Auch Ludwig XVIII. in seinen Memoiren Th. X. S. 370 theilt die Einzelnheiten dieses Documents im Auszuge mit.

Frankreich selbst schreiten. Herr von Gentz läßt von diesem Tage an die eigentlichen Friedensverhandlungen beginnen; man hatte ein viel größeres Recht zu sagen, daß der schwierigere und wichtigere Theil derselben, die Verhandlungen der Mächte unter einander geendet waren. Frankreich mußte sich wohl fügen, wenn es Ernst war, eine Forderung durchzusetzen. —

Der Inhalt jenes Friedens-Vorschlages ist im Allgemeinen folgender:

Art. 1. „Der Frieden von Paris vom 30/18. Mai 1814 „wird im Allgemeinen bestätigt und aufrecht erhalten, und „nur durch folgende Bestimmungen modificirt:

Art. 2. „In Beziehung auf die östliche Gränze Frank„reichs, so wie sie durch den Art. 2. des gedachten Friedens„festgesetzt ist, soll folgende neue Demarcationslinie verabre„det werden, die gleich günstig für die Ruhe Europas als „der Billigkeit angemessen ist. Im Norden bleibt die bis„herige alte Gränze bis dahin, wo die Schelde in das De„partement von Jemappes tritt, dann folgt sie diesem Flusse „bis zum District Condé, welcher nicht mit zu Frankreich „kommen wird; weiter bleibt die Gränze meist die alte ge„gen die belgischen Provinzen, nur Philippeville, Marien„burg und der Canton von Givet werden an die Niederlande „fallen. Bis Perle tritt derselbe Fall ein; dann scheidet eine „von da bis Houvre gezogene Gränze den letztern Staat von „Frankreich. Die Gegenden der Saar, namentlich Saarbrück „und Saarlouis bleiben bei Deutschland. Gegen dieses bil„det dann nach wie vor, das Departement der Mosel die „Gränze bis zur Lauter, dann dieser Fluß bis zu seiner „Mündung in den Rhein, so daß Landau an Deutschland „kommt, Lauterburg und Weissenburg dagegen bei Frankreich „bleiben, dann tritt, dem Laufe des Doubs entlang bis zum „Fort Joux keine Veränderung ein; letzteres kommt an die „Schweiz, dagegen Pontarlier, am rechten Ufer des Doubs „belegen, an Frankreich. Vom Fort Joux läuft die Gränze

„gegen die Rhone hin, so daß dort das Fort Eclüse nicht zu „Frankreich kommt. Von der Rhone bis zum Mittelmeer „wird gegen Savoyen die alte Gränze von 1790 hergestellt, „dazu verzichtet Frankreich auf das Besatzungsrecht in Mo= „naco, und die Neutralität der Schweiz wird so anerkannt, „wie es der Art. 92. der Wiener Congreß=Akte vorschreibt.

Art. 3. „Die Befestigungen von Hüningen, welche das „naheliegende schweizerische Gebiet, vornehmlich Basel bedro= „hen, sollen geschleift werden, und Frankreich verpflichtet „sich, sie nie wieder herzustellen, und im Umlaufe von drei „Meilen von Basel auch keine neue Festung anzulegen.

Art. 4. „Die Verpflichtungen, welche die verbündeten „Monarchen gegen ihre Völker haben, zwingen sie dazu, „eine Schadloshaltung wegen der Kriegskosten von Frankreich „zu fordern. Hiezu ist die Summe von 600 Mill. Franks „festgesetzt, und Art und Termine der Zahlungen sollen durch „besondere Verträge festgesetzt werden.

Art. 5. „Da die an Frankreich gränzenden Staaten, „vorzüglich die Niederlande, Deutschland und Piemont in „den Kriegsjahren meist gezwungen sind, die ihre Gränzen „deckenden Befestigungen zu schleifen, so ist es nöthig, jetzt „der eignen Vertheidigung wegen neue Festungen zu bauen. „Frankreich wird dazu noch außerdem die Summe von 200 „Mill. Franks bezahlen, und die Plätze Condé, Givet mit „Charlemont und Saarlouis mit den im Art. 2. bestimmten „Gebieten abtreten.

Art. 6. „Da man ungeachtet der väterlichen Intentio= „nen, welche Ludwig **XVIII.** in seiner Charte gegen alle „Stände ausgesprochen, doch nicht wissen kann, wie lange „der Zustand der Ruhe in Frankreich dauern werde, so ist „es zum Besten desselben wie Europa's, wenn eine tempo= „raire Occupation, die jedoch in keiner Hinsicht der Souve= „rainetät Ludwig **XVIII.** Eintrag thun soll, verfügt wird. „Die dazu ausersehene Truppenzahl, von einem von den Ver= „bündeten zu ernennenden Feldherrn befehligt, wird 150,000

„Mann nicht übersteigen, und die Plätze, Valenciennes, „Bouchain, Cambrai, Maubeuge, Landrecy, Quesnoy, „Avesnes, Rocroy, Longwy, Bitsch und den Brückenkopf „des Forts Louis besetzen.

„Aus Strasburg soll alles Linienmilitair zurückgezogen, „und der Platz zur Bewachung nur der Bürgergarde überge„ben werden *). Es wird eine Linie bestimmt werden, welche „die Truppen der Verbündeten von denen Frankreichs son„dert; alle in das Gebiet derselben fallenden Plätze, welche „nicht von den Verbündeten besetzt sind, werden zur Be„wachung allein der Bürgergarde übergeben. Ueber den Un„terhalt der Armee wird man besonders übereinkommen. „Die Dauer der Besetzung ist vorläufig auf 7 Jahre fest„gestellt; doch kann dieser Zeitraum nach Umständen abge„kürzt werden. Nachher werden die Verbündeten jedenfalls „Frankreich räumen, und alle Plätze Ludwig **XVIII.** oder „seinem gesetzmäßigen Erben und Nachfolger wieder zurück„stellen.“

Man wird bei einem Vergleiche dieses Projektes mit der wirklichen Friedensurkunde vom 20. Nov. 1815 manchen Punkt mit denselben Worten, alle wenigstens in demselben Geiste abgefaßt finden, wie er hier aufgezeichnet ist. Aber nicht weniger ergiebt auch schon eine bloße Vergleichung, daß die Diplomaten Frankreichs thätig genug gewesen sind, bei mehr als einem Artikel zu Gunsten ihres Vaterlandes die Forderungen der Verbündeten theils zu mildern, theils ganz von der Hand zu weisen. Es ward dies nicht so schwer, wie es vielleicht scheinen möchte. Da man einmal auf das Recht verzichtet hatte, vermöge des augenblicklichen Besitzstandes und der Macht welche man in Händen hatte, zu fordern,

*) Man hatte zuerst in diesem Entwurfe auch noch im Sinne, das Besatzungsrecht der Citadelle von Strasburg in Anspruch zu nehmen. Doch stand man freiwillig hievon ab.

oder gar zu nehmen, und man sich vielmehr darauf eingelassen, einen frühern politischen Zustand zur Grundlage der jetzigen Verhandlungen und zur Norm der jetzigen Forderungen zu machen, so konnte es nicht fehlen, daß jenes Projekt an mancher Stelle Inconsequenzen bot. Bei Regulirung der Gränzen nämlich war keineswegs ein ganz fester Besitzzustand zum Grunde gelegt, sondern abwechselnd der von 1790 und 1792 — freilich in den meisten Punkten gradezu zum Schaden Deutschlands, wobei man kaum einsieht weßhalb, — und so entstand denn in Folge der Hardenbergschen Propositionen ein anderer neuer Zustand, der zwar Manchem wünschenswerth erscheinen mochte, der aber wenigstens in der neueren Zeit jeder historischen Grundlage entbehrte. So wurden die Einwürfe nicht schwer, und so konnte es nicht fehlen, daß Frankreich manches zurückerhielt, was man von ihnen verlangte, z. B. Condé, so wie die wichtige Festung Givet, welche militairisch als ein weit in das belgische Gebiet hineingeschobener Posten so bedeutend ist u. a. m. — Eben so ward die hier im Ganzen auf 800 Mill. festgestellte Geldforderung später noch wie bekannt ist um 100 Mill. ermäßigt. Doch es ist unnöthig, alle die Verschiedenheiten zwischen den beiden gedachten Instrumenten hier nochmals namentlich aufzuführen, da eine flüchtige Uebersicht sie augenblicklich bemerkbar macht. Nichts desto weniger kann man diesen Friedensvorschlag als das Ultimatum der Alliirten ansehen, denn die Modifikationen betrafen nur einzelne Punkte, dehnten sich aber nicht so weit aus, daß irgend ein Princip der Forderung umgestoßen wäre. Und wie von einem Ultimatum werde ich auch von diesem Vorschlage, wenn ich darauf zurückkommen muß, reden. Auch allgemein, in allen andern Schriften geschieht dies. Die französischen Commissaire, Talleyrand, der Baron Louis und der Herzog von Dalberg ließen auch nicht lange mit einer Antwort auf sich warten, sondern faßten alle die Einwürfe, welche sie gegen die Vorschläge der Verbündeten zu

machen hatten, bereits am 21. September in einer neuen Staatsschrift zusammen *).

Nach einer kurzen nochmaligen Aufzählung alles dessen, was von Frankreich gefordert war, heißt es: „Der Kö„nig ist gern bereit so viel an ihm ist, auch dazu beizutragen, „daß der Zustand der Unruhe in Frankreich und Europa auf„gehoben werde, und möchte in dieser Beziehung den Mo„narchen gern seine guten Intentionen zu erkennen geben. „Er fügt zu den Vorschlägen, welche als Basis für einen „Frieden aufgestellt sind, namentlich zu dem ersten derselben, „die territorialen Abtretungen betreffend, nur folgende Be„merkungen hinzu: Da es für die Souveraine bei Entschei„dung ihrer Streitigkeiten keinen allgemeinen höheren Richter „mehr giebt, so hat man für einen solchen nur allein noch das „Recht der Waffen. Sind die Besitzungen des Einen einge„nommen, so befinden sie sich unter dem Rechte der Erobe„rung bis zur Wiederherstellung des Friedens. Um diesen „herbeizuführen kann man eine Abtretung von dem Eroberten „fordern. Dies ist eine Art der Erwerbung, welche stets „das Völkerrecht gebilligt hat. Aber Kriegszustand, Erobe„rung und Forderung von Abtretungen sind solche Sachen, „deren eine nur aus der andern folgt, die nur von einander „abhängig sind, und die ohne einander einzeln gar nicht exi„stiren können. Denn ohne Kriegszustand giebt es keine „Eroberung, und wo diese nicht ist, kann von territorialen „Abtretungen überall keine Rede sein.

„Wenn man daher gegen ein Land, oder vielmehr ge„gen eine größere oder geringere Zahl der Unterthanen Krieg „führt, aber den Souverain davon besonders ausnimmt, so „befindet man sich gar nicht im Kriegszustande. Denn da „man, wie hier geschehen, nur die Waffen ergriffen hat, um

*) Aktenstücke Nro. XV. Auch von diesem Aktenstücke enthalten die Memoiren Ludwig XVIII. B. X. S. 371 flg. Einzelnheiten in einem jedoch nur dürftigen Auszuge.

„den Souverain zu schützen, so kann man diesen nicht von sei-
„nem Lande trennen; und wenn man sagt, man kriege ge-
„gen dasselbe, so ist dies nur eine Redensart. Gegen das
„Land kann man sich nicht in einem feindlichen Zustande
„befinden; der Krieg kann kein Eroberungskrieg sein, und
„daher auch nicht zu Gebietsabtretungen führen, denn Lud-
„wig **XVIII.** ist stets als der gesetzliche Gebieter Frank-
„reichs anerkannt.

„Will man aber nichts destoweniger wirklich den Kriegs-
„zustand gegen Frankreich mit seinen Folgen annehmen,
„obgleich man den Beherrscher davon ausdrücklich ausgenom-
„men hat, so kann man dies nur unter zwei Voraussetzun-
„gen bewerkstelligen:

1) „Die Souverainetät ist wirklich auf den Theil oder
„die Partei der Unterthanen übertragen, welche man bekriegt
„hat. Aber damit müßte man zugleich alle die Doctrinen
„anerkennen, welche man eben verdammt und bekriegt hat.
„Macht man so den Akt, durch welche jene Souverainetät
„in andere Hände kam zu einem gesetzlichen, so ist damit
„die Sicherheit der Throne für ewige Zeiten mit gefährdet.

2) „Oder man müßte annehmen, daß es eine doppelte
„Souverainetät gäbe. Aber dies ist nicht der Fall; sie kann
„wohl unter verschiedenen Formen existiren, aber ihrem We-
„sen nach ist sie nur einig, und ein Land kann nie zur Zeit
„zwei gleich gesetzmäßige Herrscher haben. Wollen die Ver-
„bündeten jetzt durch ihre Handlungsweise offen vor der Welt
„erklären, daß sie an keine dieser beiden Wahrheiten glauben?
„Und doch haben sie eben noch die Unternehmung Bonapar-
„te's als ein Verbrechen dargestellt, und den Anhängern
„desselben während der hundert Tage auch nicht das geringste
„Recht in Frankreich eingeräumt.

„Die Verbündeten haben keinen Augenblick aufgehört,
„Ludwig **XVIII.** als König von Frankreich anzuerkennen,
„natürlich zugleich auch mit allen den Rechten, welche ihm
„in dieser Eigenschaft zustehen; sie sind stets zu ihm in

„freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen geblieben, und „diese Verbindung ist oft genug von ihnen stillschweigend „anerkannt, und auch ausdrücklich in den Declarationen vom „13. und 25. März. Noch enger ward sie dadurch, daß „Ludwig als Mitglied in das allgemeine Bündniß gegen den „gemeinschaftlichen Feind aufgenommen wurde. Und man „darf ihm nicht vorwerfen, daß er nur ein müssiges, unthä„tiges Mitglied gewesen sei, der deßhalb, weil er nichts in „die Verbindung eingeworfen, nun auch keine Rechte für sich „daraus ableiten könne. Als das ganze Heer abfiel, da war „der König die alleinige Ursache, daß, nachdem 60—70000 „Vendeer für ihn aufstanden, ein bedeutender Theil des „Heeres hiedurch beschäftigt wurde, welcher Umstand den „Sieg über Napoleon nicht wenig erleichterte. Nach der „Schlacht von Waterloo war es wieder die Partei des Kö„nigs, welche den Usurpator hinderte, neue Hülfsmittel an „Geld und Leuten zusammenzubringen, so daß die Erfolge „in Frankreich allein durch solche Bestrebungen möglich wur„den. Sind etwa alle diese vortheilhaften Cooperationen für „gar nichts zu achten? Und als nun, hauptsächlich in Folge „derselben, französische Provinzen besetzt wurden, da erklärte „man ja offen, es geschehe dieses und man komme nur in „der Absicht, um die Autorität des Königs wieder herzustellen. „Diese Erklärung schließt schon jede Eroberung aus und fol„geweise mit ihr alle territorialen Abtretungen. Der Krieg „darf keine Quelle des Gewinnstes für die Alliirten werden. „Sie haben für Frankreichs, aber auch für ihren eignen „Nutzen gestritten. Sie haben bei ihrer Unternehmung nur „Geld und Menschen, aber kein Land geopfert, es ist da„her billig, daß die Entschädigung, welche sie in Anspruch „nehmen können, nur eine ganz gleiche sei. So stellt sich die „Sache dar, vom Standpunkte der Gerechtigkeit betrachtet.

„Ein ganz gleiches Resultat erlangt man auch, wenn „allein der Vortheil Entscheidungsgrund wird. Wir leben in „einer Zeit, wo mehr als wie je, das Vertrauen auf Kö-

„nigswort aufrecht erhalten werden muß. Beschränkung „Frankreichs, da man eben erst die Aufrechthaltung des „Friedens vom 30. Mai 1814 zugesagt hat, würde aber „ganz diesem entgegenlaufen. Dazu haben territoriale Ab„tretungen noch den Nachtheil, daß sie

1) „den König von Frankreich verhindern in den Un„terthanen den Geist der Eroberung zu ersticken, welcher ih„nen durch einen Usurpator zum Schaden Europas einge„haucht ist, und der sie ewig zur Wiedereroberung des Ver„lornen treiben würde;

2) „von Frankreich Ludwig als Verbrechen ausgelegt „würden, als ein Kauf, durch den er sich die Anerkennung „der Verbündeten erworben. Die Ruhe der legitimen Dyna„stie, zugleich so nöthig für Europa, würde nicht minder „dadurch gefährdet sein.

3) „Auch würde das Gleichgewicht Europas, wofür „man so viel gethan und gestritten, durch solche Forderun„gen nicht wenig gestört sein. Es giebt nur zwei Staaten „in Europa, welche Frankreich an Größe und Bevölkerung „überbieten. Ihre absolute Gewalt würde zur Gefahr aller „übrigen um ebensoviel wachsen, als man Frankreich ver„kürzte. —

„Nichts desto weniger willigt Frankreich in die Herstel„lung der Gränzen, wie sie für dasselbe in dem Frieden vom „30. Mai hergestellt sind, nicht weniger auch in die Zahlung „einer Entschädigungssumme, die jedoch so eingerichtet wer„den muß, daß sie die Mittel Frankreichs nicht übersteigt, „und seine eignen Bedürfnisse zu befriedigen, nicht hindert. „Es willigt endlich auch in eine provisorische militairische „Besetzung; aber man erklärt gradezu, daß die angeschlagene „Dauer von 7 Jahren durchaus unverträglich ist, mit der „innern Ruhe des Königreichs, die doch wohl zu berücksichti„gen sein wird, da sie grade allein Zweck des ganzen Krie„ges ist.“ —

Dies Memoire fällt, seinem Datum nach, grade in die

Zeit der Entlassung Talleyrands von seinem Ministerposten. Verfasser desselben war auch er nicht mehr, wenn es auch noch unter seiner Autorität überreicht wurde; es war dies vielmehr der Chevalier de La Benardière. Aber täuschen müßte ich mich gewaltig, wenn nicht Talleyrands Geist, seine Gesinnung und die Art seiner Politik aus mehr als einer Stelle hervorleuchteten, so wie es denn gleich von vorn herein unglaublich scheint, daß der wenig genannte La Benardière *) eine solche wichtige Staatsschrift ohne die genaueste zuvorige Berathung mit einem Manne wie Talleyrand sollte abgefaßt haben. So haben wir, um nur eine Kleinigkeit anzuführen, auch schon hier das System der politischen Cooperationen. Jeder weiß, wie man glaubte, als in unsern Tagen dies Wort mit seiner politischen Drehung und Deutung von Neuem aufkam, der Pathe habe erst eben für sein Kind einen neuen Namen erfunden; schon hier giebt er sich zu erkennen. Doch mag der Verfasser sein wer da will, dies Memoire ist von seinem politischen Standpunkt aus betrachtet, in jeder Beziehung ein wahres Meisterwerk, und von allen gewechselten Staatsschriften scheint es nur an innerm Werthe von der Wilhelm v. Humboldts übertroffen zu werden.

Steht man außerhalb jener Zeit mit ihren Parteien, mit ihren Meinungen und Ansichten, so ist es ein Leichtes, eine Menge Irrthümer, historische, politische und logische, in jenem Memoire aufzufinden. Wenn z. B. La Benardière sagt: Wenn man an Frankreich den Krieg erkläre, aber mit dem König in Frieden bleiben wolle, so sei der erstere Zusatz Redensart, es existire der Sache nach gar kein Krieg, so hat man dasselbe Recht zu behaupten, nur der letztere

*) Er war, wie auch im ersten Capitel angeführt ist, mit bei der Gesandschaft, welche von Fouché bei dem Vordringen der Verbündeten nach Paris in das Hauptquartier derselben, der Sache nach eigentlich zu Wellington, gesandt wurde

Zusatz sei vielmehr Redensart, und man könne in Wirklichkeit keinen Krieg führen, und doch zugleich in Frieden leben. Es ist ferner falsch, wenn gesagt wird, die Verbündeten haben in dem Kriege nicht ihre eignen Länder eingesetzt, sondern nur Geld; fiel der Krieg unglücklich aus, so mußten Abtretungen von ihrer Seite von selbst folgen. Dazu war für die Verbündeten, nach den friedlichen Anerbietungen Napoleons, gar keine Nothwendigkeit vorhanden, sich mit ihren Gebieten den Wechselfällen eines neuen Krieges auszusetzen. Viel zu hoch ist weiter die Cooperation der Vendée angeschlagen. Zur Zeit der Schlacht von Waterloo, und als Larochejaquelin bei Servieres gefallen *), war durch einzelne Militaircapitulationen bereits das ganze Land beruhigt. Endlich wäre durch die geforderten Abtretungen von Frankreich das Gleichgewicht Europas nimmermehr gestört. Einmal hätten 500000 Menschen dazu nicht hingereicht, indem sie Frankreichs Stellung in keiner Hinsicht verändern konnten; und dann auch muß man bedenken, daß, wären jene Abtretungen zehnmal bedeutender gewesen, hauptsächlich zwei andere Staaten, Oesterreich und Preußen, oder kleinere deutsche Staaten, die nicht in Betracht kamen, dadurch gewonnen haben würden. Dann wären diese ja gegen jene andern beiden mächtigern Staaten, — unter denen La Benardière ohne allen Zweifel Rußland und England versteht — um so mehr im Stande gewesen, das Gegengewicht zu bilden; es war dann in zwei Händen, und vielleicht wäre dies für die Ruhe Europas noch besser gewesen. Warum muß denn allein

---

*) Aber um gerecht zu sein, muß man eingestehen, daß wirklich jene abgemachte Unternehmung eine bedeutende Heeresmacht wenigstens hinderte, mit in Belgien zu fechten. Nach Gourgaud, la campagne de 1815, (écrite à Ste Hélène) wohl noch immer der wahrhaftesten Quelle, entgingen der Nordarmee 15000 Mann, worunter 3 Dragonerregimenter, 2 Regimenter der jungen Garde, und eine bedeutende Anzahl Detachements und dritter Bataillons. —

Frankreich diese Rolle spielen? Es gab eine Zeit, die noch gar so fern nicht lag, wo dieser Staat mit 25 Millionen Einwohnern an seiner festgegründeten Stellung im europäischen Staatensysteme als Aufrechthalter des politischen Gleichgewichts nicht gezweifelt hatte. Warum sollte das letztere gestört sein, wenn Frankreich etwas von dem genommen wurde, was so bedeutend über jene Zahl hinauslief?

Aber von einem solchen freien Standpunkt aus darf man nicht immer politische Schriften beurtheilen. Ihr Werth liegt meistentheils in der genauen Berücksichtigung der augenblicklichen Sachlage, der herrschenden politischen Ideen, und in Benutzung jedes Vortheils, den die Umstände bieten, und vorzüglich jeder Waffe, welche der Feind selbst in die Hände liefert. So die Sache betrachtet, steht Alles in der Antwort der französischen Commissaire an seinem Platze. Die Verbündeten hatten sich durch das, was sie über das Princip dieses Krieges in jenen unglückseligen Proclamationen vom 13. und 25. März, schwarz auf weiß dargelegt, viel zu sehr die Hände gebunden. Man wollte einen staatsrechtlichen Grund durchaus haben, um den Krieg gegen Napoleon zu rechtfertigen, und da mußte dieser die Legitimität der Throne, natürlich des französischen sein. Warum dies? Genügte nicht schon der allgemeine völkerrechtliche oder der politische, der des Vortheils und vorzüglich der Zweckmäßigkeit für die übrigen europäischen Staaten, namentlich der ihrer eignen Sicherheit? Damit aber hatte man zugleich den Franzosen die Mittel in die Hände gegeben, sich aller weitern Ansprüche zu erwehren. Ganz die von den Verbündeten eben proklamirten staatsrechtlichen Grundsätze werden in der Einleitung jenes Memoirs durchgeführt, und jener Punkt, daß Souverain und Volk in dem Begriff des Ersteren zusammenfallen, konnte in Frankreich nicht umgestoßen werden, da man täglich mehr darin überingekommen und es schon oft ausgesprochen war, ihn als Norm für das künftige europäische Staatsrecht aufzustellen. Die Verbünde-

ten konnten es nicht in Abrede nehmen, daß sie nach der Schlacht von Waterloo hauptsächlich den Kabalen in Paris, namentlich denen der Fouché'schen Partei ihre Erfolge verdankten; mit wundervoller Klugheit wird sogleich dieser Umstand als bourbonsche Cooperation in Anspruch genommen, und damit der Einwurf der Staatsmänner widerlegt, welche behauptet hatten, Ludwig gehöre nicht mit zu der Alliance, weil er nicht im Stande gewesen sei, eine einzige der ihm dadurch gewordenen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Und wie schön endlich weiß La Benardière jene unzweckmäßigen weitern Proklamationen, mit denen man in Frankreich einrückte, und deren ich bereits in der Einleitung erwähnt habe, zu benutzen! Herstellung der Ruhe und des Phantoms eines politischen Gleichgewichts waren die Worte, die man immer hörte, nur dies allein sollte Kriegszweck sein. Wie durfte man aber diesen in einem Frieden wieder gradezu umkehren, wenn Frankreich bewies, daß beides durch die gemachten Anforderungen gefährdet sei? Waren hier auch einige Gründe, mit denen man stritt, schwach, so läßt sich nicht läugnen, daß dagegen andere wirklich zu wahr und zu stark waren, um sie ganz hinwegzuläugnen.

Möchte sich doch eine jede Politik aus solchen und ähnlichen Erfolgen für alle Zeiten eine Lehre nehmen! Es kommt so oft vor, daß sie ihren Kopf darauf setzt, gewisse Dinge, gewisse Verhältnisse, welche doch da sind und nicht weggeläugnet werden können, als gar nicht vorhanden ansehen zu wollen. Sie glaubt damit ein besonderes Stück von Klugheit auszuführen, und einen Grund für Stabilität von Rechten und Zuständen zu gewinnen. Aber grade das Gegentheil; die Politik wird sich bei der Consequenz eines solchen Systems immer in tausend Widersprüche verwickeln, sie muß sich offen vor Jedermanns Augen als eine solche darlegen und wird endlich, das Schlimmste von allen, doch nachgeben oder durch die Finger sehen müssen. Denn wenn es auch gelingt, eine einzelne

Proposition streng mit der Wirklichkeit aus einander zu halten, so geht dies doch unmöglich bei allen weitern Consequenzen, die sich daraus ableiten, und am Ende ist es ganz unmöglich, gegen das Gegebene, gegen das, was einmal doch in der Wirklichkeit besteht, anzukämpfen. So hier in Frankreich 1815. Die Rechte der Bourbons auf den französischen Thron waren in der Wirklichkeit von Napoleon aufgehoben; er war in Frankreich wirklicher Herrscher durch allgemeine Anerkennung. Man bekämpfte ihn nach Politik und Völkerrecht, weil man von seiner Herrschaft für die Ruhe Europas fürchtete. Die falsche Politik der Verbündeten lag in der weitern Annahme, die Rechte der Bourbons haben nie aufgehoben werden können und seien nie erloschen; man fürchtete, aber sehr mit Unrecht, dem monarchischen Princip Eintrag zu thun, wenn man eine andere höchste Gewalt, die sich doch nicht verläugnen ließ, für jenes Zwischenreich anerkenne, welche man bekämpft habe, und nach welcher jetzt erst wieder zum zweitenmal die Bourbons ihre Herrschaft zu beginnen hätten. Diese einzelne Proposition hätte sich als solche immerhin aufstellen lassen; nun kamen aber die Folgen, die alle mit dem, was man klar alle Tage vor Augen sah, streiten mußten. Und diese haben wir vorzüglich in Deutschland fühlen müssen. Obgleich in dem Kriege von 1815 leicht 30—40000 todte und verwundete Deutsche gezählt wurden *), mußten wir uns doch beweisen lassen, daß wir uns mit Frankreich gar nicht im Kriegszustande befänden, sondern nur mit einer Partei, die sich gegen die nie getrübte gesetzliche Gewalt aufgelehnt hatte. Es mußte ein Krieg geführt werden, wo der Gewinn mit dem Verlust in gar keinem Verhältniß stand. Der Sieg jener angeblichen Partei gefährdete alle Regierungen in Deutschland, was nie ge-

*) Die preußischen offiziellen Armeelisten gaben damals den Verlust an Todten, Verwundeten und Vermißten auf die Zahl zwischen 33 und 34000 Menschen an.

winnen konnte, auch im Fall des Siegs; denn die Partei hatte nichts zu vergeben, Ludwig, der immer regierte, war aber an dem, was geschehen, unschuldig! Noch ein anderes und schlagenderes Beispiel. Ludwig **XVIII.** mochte immerhin bei seiner Wiedereinsetzung das Jahr 1814 das neunzehnte seiner Regierung nennen; man hätte ihn dies als eine unschuldige Kleinlichkeit nachgesehen. Nun kamen aber die Consequenzen. Er läugnete damit die Gesetzlichkeit aller doch von Europa anerkannten politischen Zustände in Frankreich seit 1795, sowie den Umstand, daß er durch eine neue Capitulation mit den Franzosen erst eben sein Recht auf den französischen Thron gewonnen, er läugnete Verbindlichkeiten gegen sie, weil seine alten Rechte niemals erloschen seien, und gab, statt eines vorhandenen Grundgesetzes, eine octroyirte Charte. Diese Consequenzen, statt irgend etwas für die Legitimität der Kronen und deren Stabilität zu thun, haben diese leider nur gefährdet und die Bourbons um ihren Thron gebracht, und werden so lange die Welt steht, stets ganz gleichen Erfolg haben. Doch zurück von dieser Abschweifung.

Da saßen nun die Politiker, die Minister der vier großen Mächte. Die ausgesprochenen Ansichten Rußlands und Englands, und jene so oft genannten Proklamationen vom 13. und 25. März hatten denn richtig den Wagen so weit ins Wasser geschoben, daß er das Trockne vorerst nicht erreichen sollte; denn nun, wo man meinte aufs Ufer zu fahren, standen die Franzosen da, um ihn wieder zurückzurollen. Die Fahrt schien ganz von Neuem beginnen zu sollen. Man hatte nämlich gemeint, die letztern würden die Bedingungen, welche ihnen gestellt waren, als eine Vergünstigung mit beiden Händen ergreifen. Aber sie erkannten die Sachlage vollkommen richtig, und benutzten sie aufs Klügste. Castlereagh fing doch jetzt auch an einzusehen, wie er sich selbst Schlingen gelegt habe, in denen er gefangen zu werden, fürchten mußte. Aber was sollte er thun, er wußte weder ein noch

aus; wollte er nicht gradezu das von ihm Gesagte ableugnen, so mußte er die Richtigkeit der französischen Deduktionen anerkennen. In dieser Herzensnoth schrieb er an den Herrn von Gagern, und bat ihn um seine Ansicht über die Lage der Dinge.

Dem Letztern kam dies grade recht; er hatte wiederum Gelegenheit seine Meinung laut werden zu lassen, und das that er gar zu gern.

„Er meinte in seiner Antwort *) auf jenes Schreiben, „es sei nicht schwer, ein ganz anderes System der Gerechtigkeit und des Nutzens im Völkerrechte aufzufinden, welches „Resultate ergäbe, ganz denen entgegengesetzt, welche die „französischen Bevollmächtigten für sich ableiteten, deren Arbeiten er übrigens völlige Anerkennung und Gerechtigkeit „widerfahren zu lassen, nicht umhin könne.

„Eigentlich müßte das französische Ministerium, bevor „man sich in eine Verhandlung mit ihm einließe, nach der „Meinung des Herrn von Gagern, zuvor vier Punkte beweisen:

„1) daß man sich ungeachtet der Schlachten von Ligny „und Waterloo doch nicht im Kriegszustande befinde;

„2) daß man sich nur allein gegen Napoleon habe bewaffnen müssen;

„3) daß Ludwig XVIII. auch Frankreich noch besessen, „als er in Gent war;

„4) und endlich, daß die alliirten Mächte sich mit Ludwig allein zu seinem Vortheile verbündet hätten.

„Die wichtigste Stelle des französischen Memoirs ist „ohne Zweifel die Deduktion über Kriegszustand, Eroberung „und Landerwerbung mit ihren weitern Folgerungen über „Verhältniß des Souverains zu seinem Staate. Hier haben „nun zu allen Zeiten die Weisen anerkannt, daß der letztere „nicht in seinem Beherrscher aufgehe, sondern daß dieser nur

*) Aktenstücke Nro. XVI.

„der erste Beamte, in welchem die höchste Gewalt sich nie„dergelegt befinde, sein dürfe. Auch haben schon unsere Vor„gänger behauptet, daß die Souverainetät sehr wohl getheilt „sein könne, z. B. Hugo Grotius in der Stelle: **si Rex „partem habeat summi Imperii, partem alteram popu„lus aut senatus.** Es kann auch selbst dem erklärtesten Ul„tra=Royalisten nicht einfallen zu behaupten, daß ein König „sein Königreich besitze. Denken Sie einmal, Mylord, ob „wohl Georg III. oder der Prinz Regent England besitze; „würde ich wohl von meinem König sagen, daß er die Nie„derlande besitze, oder Ferdinand Spanien? Was wollte da„her Ludwig **XVIII.** behaupten, er besitze Frankreich? Er „hat dies zu Gent eben so wenig gethan, wie zu Mitau „oder zu Hartwell, und es ändert gar nichts an der Sache, „wenn er auch mehrere treuergebene Herzen in Frankreich zu„rückgelassen hat.

„Es sind allein die Nationen, welche den Krieg ma„chen; sie entwickeln dazu die Kräfte, sei es für einen An„griffs= oder für einen Vertheidigungskrieg; sie sind es, auf „welche alle Uebel und alle Vortheile desselben zurückfallen; „sie sind es, im Namen derer man Bündnisse abschließt, er„wirbt oder Länder abtritt. Einerlei ist es, ob Kaiser oder „Könige oder Senatoren und andere Behörden an der Spitze „stehen. Wir haben dafür in der jetzigen Zeit den allgemei„nen Namen: „die Mächte, **les puissances.**“ Aber diese „höchste Macht kann nie in den Händen eines solchen sein, „der von seinem Volke getrennt und vertrieben im Exile „befindlich ist. Nimmt man dies an, so ist es nur eine „reine Fiktion. Denn man kann nicht Verträge für ein „Volk eingehen, wenn es nicht gehorcht, und eben deswe„gen, weil man die Handlungen eines Volkes nicht garanti„ren kann, können auch Verträge, welche stets wechselseitige „Verpflichtungen in sich enthalten, von einem solchen Regen„ten nicht eingegangen werden. So hat Hugo Grotius= „**Conventiones Ulpianus divisit in publicas et priva-**

„tas; **publicas ergo conventiones eas intelligit, quae** „**nisi iure imperii maioris aut minoris fieri nequeunt.**

„Deßhalb kann uns auf keine Weise jene imaginaire „Herrschaft Ludwig **XVIII**. genügen, mit den nur ins „Blaue hinein daraus abgeleiteten Folgen. So kann auch „die Cooperation der Vendée um deswillen für nichts ange„schlagen werden. Die Einwohner dieses Landes haben, so „lange sie unter Napoleon standen, in allen Schlachten ge„gen uns gefochten, und wir würden sie ohne Zweifel wie„derum gegen uns gehabt haben, wenn die Schlacht von „Waterloo unglücklich ausgefallen wäre.

„Wir können leicht zugeben, daß wir uns in einer ganz „eigenthümlichen Lage befinden, die auf eine sonderbare Art „Friedens= und Krieges=Intentionen mit einander vermischt. „Aber die Geschichte bietet aus allen Zeiten Beispiele. So „das Verhältniß Cäsars zu den Galliern und Ariovist. Als „ferner die Mehrzahl der Carthager sich gegen den zweiten „punischen Krieg erklärte, da drang Hannibal mit seiner „Partei durch und erzwang denselben. Als Scipio darauf „nach Afrika übersetzte, hörte man in Rom nicht auf die „Carthagischen Gesandten, welche alle Schuld des Krieges „allein auf Hannibal und seine Anhänger wälzen wollten „(**vid. Livius XXX**. 22.). Scipio verfolgte damals seine „Unternehmungen so gut wie unser moderner Scipio und sein „großer Freund Blücher. Eben so bietet die Geschichte des „spanischen Erbfolgekrieges den Beweis, daß man wohl Freund „eines Königs sein und doch recht gut dessen Gebiet ver„mindern kann. —

„Wenn der Fürst Talleyrand und mein Freund La Be„nardière von Verachtung des Geistes der Eroberung spre„chen, so glaube ich ihnen persönlich dies und achte solche „Gesinnungen; behaupten sie dies aber im Namen und als „Stellvertreter Frankreichs, so kommt mir die Sache wie „eine Fabel Gellert's oder La Fontaine's vor.

„Auch ist durch jenen Alliance=Vertrag zu Wien gar

„kein Vertrag gemacht mit Frankreich oder besonders zu sei-
„nem Gunsten, und man hat sich keineswegs allein vorge-
„nommen, den Frieden von Paris vom 30. Mai 1814 auf-
„recht zu erhalten; der Traktat hatte vielmehr allgemeine
„europäische Verhältnisse im Auge, und war sogar geradezu
„feindlich gegen Frankreich, weil dieses es war, wodurch
„solche Hauptinteressen, Ruhe und Gleichgewicht von Europa
„gefährdet würden.“

Man muß wohl bedenken, daß nur ein Brief vorliegt, und kein officielles politisches Aktenstück, eine Antwort auf eine Anfrage. Wir haben auch hier wieder den Herrn von Gagern wie er leibt und lebt, und wie wir ihn schon einmal früher gehabt haben. Gute Ideen, geistreiche Ausführungen, glückliche Beispiele und die deutsche Gelehrsamkeit treten uns allenthalben entgegen, und verdienen von Jedermann anerkannt zu werden. Aber — vom politischen Standpunkte aus die Sache betrachtet, — so glaube ich schwerlich, daß der Brief des Herrn von Gagern alle die Bedenken zerstört haben wird, welche Lord Castlereagh bei dem Fortgange der Verhandlungen hatte, und daß letzterem nach Lesung desselben um Vieles leichter geworden sei!

Das Gefährliche und Drohende des französischen Angriffs bei der Deduktion über Kriegszustand, Eroberung, Souverainetät und ihr Verhältniß zum Volke lag, wie schon kurz vorher bemerkt ist, weniger in der Unfehlbarkeit der Gründe, auf welche sie sich stützte; von dieser Seite hätte man auf zehn verschiedene Arten Beweise für die Falschheit der Ansichten beibringen können. Es lag vielmehr darin, daß alles sich auf solche Gründe stützte, welche die Verbündeten selbst eben aufgestellt hatten, und welche kurz vorher noch auf dem Wiener Congreß für ein künftiges neues europäisches Staatsrecht als Basis angenommen waren. Eine getrennte Souverainetät, wovon nach der Lehre des Hugo Grotius ein Theil dem Regenten, ein Theil dem Volke zustehe, würde schwerlich Rußland, Oesterreich und

Preußen anerkannt haben; lieber wollten sie gewiß hier in Frankreich nichts erwerben, als zu Hause die Nachtheile solcher Doctrinen fühlen. Man hatte Frankreich zu viel über diesen Punkt schon erfahren lassen, denn die Verwerfung solcher Principien, wie sie z. B. in den Memoiren des Generals v. d. Knesebeck vorkamen, war kein Geheimniß geblieben. Es wäre also Herrn von Gagern allein noch übrig geblieben, von demselben monarchischen Standpunkte aus die Deduktionen Frankreichs anzugreifen und ihre Unrichtigkeit zu zeigen. Ganz andere Prämissen einem Gegenbeweise unterzuschieben, das konnte, und wenn er auch noch so vollständig und überzeugend ausgefallen wäre, jetzt nichts helfen, und in diesem Augenblicke zu nichts führen. Seitdem es schon Wilhelm von Humboldt fehlgeschlagen war, die Unterhandlungen in dem Geiste zu leiten, daß man sich nur an das Wirkliche halte, Frankreich und die Bourbons stets trenne, und für höchste Gewalt im Staate die nehme, welche sie wirklich besitze, seitdem Castlereagh und der russische Gesandte auf dem Friedenscongreß ganz entgegengesetzte leitende Ideen anerkannt wissen wollten, und auch Oesterreich und Preußen sich endlich dazu bekannten, seit der Zeit war Wort und Verhandlung in ganz enge gewisse Gränzen gewiesen. Wilhelm von Humboldt, um seinen zuerst ausgesprochenen Grundsätzen nicht untreu zu werden, schwieg von da an mehr. Daß Herr von Gagern nochmals von einem neuen Gesichtspunkt ausging, beweis't fast, daß er die politische Lage der Hauptfrage nicht recht erkannt habe. Mit einem solchen Gegenbeweis waren die Franzosen nun einmal nicht mehr zu schlagen. Aber auch noch in mancher andern Hinsicht war sein politischer Brief schwach; die ganze behauptete Cooperation der Bourbons war da, wo sie am wenigsten weggeleugnet werden konnte, in den Bemühungen Fouché's, durchaus nicht widerlegt, ja dieses Punktes nicht einmal erwähnt. Schwerlich konnte auch Castlereagh selbst an den Punkt glauben, daß es das Volk sei, welches die

Kriege errege und in dessen einzigem Interesse sie geführt werden. Denn die englische Politik unsers Jahrhunderts unter den verschiedenen Ministern hat grade am deutlichsten gezeigt, daß dem Volke es unter Fox ganz recht war, als Friede eintrat, und daß nicht das letztere es war, welches nach dem Tode dieses Ministers Krieg wollte, sondern nur sein Nachfolger Pitt, mit den veränderten Ansichten seines Ministeriums. Nur allein hätte die Ausführung der Proposition zu etwas führen können: Jenes Bündniß vom 25. März 1815 ist nicht für, vielmehr gegen Frankreich geschlossen; aber es hätte hier schwer gehalten, einen Beweis zu führen. Das Privatrecht schreibt freilich vor, bei zweifelhaften Punkten von Verträgen mehr auf den Sinn, auf den Geist und die Absicht der Contrahirenden zu sehen. Wer aber sollte hier der Richter sein, wenn Frankreich solche privatrechtliche Grundsätze aus dem Staats- und Völkerrechte ausschließen und sich allein an den Buchstaben der Urkunde halten wollte? Trotz aller Citate und aller Beispiele, die passend genug sein mochten (— aber bei allen befand sich nichts Geschriebenes, wodurch sich eine Partei selbst die Hände gebunden —) stand die Sache grade so wie vorher.

Doch ich habe öfter von Verlegenheiten des englischen Ministers gesprochen, und doch bewiesen, daß es grade von Anfang an dessen Absicht gewesen sei, Frankreich unverkürzt zu erhalten. Demnach hätte es diesem ja grade gelegen kommen müssen, wenn die Verhandlungen so ausfielen, daß ihm von Frankreich selbst in die Hände gearbeitet wurde. Die Lage der Sache war jedoch mittlerweile so geworden, daß für Einzelnheiten der entschlossene Ton des französischen Memoirs mit seinen Forderungen wohl Anlaß zu Bedenklichkeiten geben konnte. Wie aus den bisherigen Mittheilungen hervorgeht, so war England der Staat, welcher bei dem Gange des Friedensgeschäftes die größte Thätigkeit entwickelt hatte, während Rußland, nachdem es einmal die Initiative ergriffen, sich mehr beobachtend und nur seine Propositionen vertheidi-

gend verhielt. Es hatte sein Ziel starr und unverrückt im Auge, und erkannte den Vortheil recht wohl, fast gar nicht weiter aktiv thätig sein zu brauchen. Die Verwickelungen, welche sogleich unter den europäischen Mächten entstanden, mußten am Ende von selbst in dem Plane aufgehen, den Rußland weniger zum Nutzen Frankreichs oder eines anderen Staates, als vielmehr im eigenen Vortheil von Anfang an entworfen hatte. Alles was von England gefordert war, war auch von dem französischen Ministerium, so lange Talleyrand an dessen Spitze stand, gebilligt. Man war über das Ultimatum so ziemlich einig. Preußen und Oesterreich welche Deutschland repräsentirten, waren durch kleine, nichtssagende Abtretungen gewonnen, mit der Besetzung auf sieben Jahre war Talleyrand vollkommen einverstanden, nichts schien den Frieden zu hindern. Und England erwartete diesen sehnlichst. Er würde endlich einmal dem Systeme der Subsidien ein Ende gemacht haben, welches die brittischen Finanzen so zerrüttet hatte, daß, wenn nicht bald ein Einhalt geschah, der Verlauf kaum abzusehen war. Dazu hofften die Fabriken, die zum Theil ihre Erzeugnisse seit Jahren aufgehäuft hatten, endlich auf einen Absatz, der sich doch ohne Einschränkung nur im Frieden auf dem Continente bewerkstelligen ließ. Darum wollten denn auch Volk und Regierung in England Frieden um jeden Preis. Da mit einemmale treten die französischen Commissaire auf und erklärten alle jene alten Bedingungen, welche man längst nach vorgängiger Uebereinkunft festgestellt glaubte, für unzulässig, — nämlich jene Besetzung von sieben Jahren, indirekt auch jene geforderte Entschädigungssumme, und endlich auch die kleinen territorialen Abtretungen, durch deren Zusagung allein man die deutschen Staaten zum Nachgeben veranlaßt zu haben glaubte. Und dies Alles geschah in demselben Augenblick, als Talleyrand vom Ministerium abtrat und durch einen Andern ersetzt werden sollte, dessen Forderungen und dessen Hülfsmittel man noch nicht kannte. Frankreich schien einer ganz andern Politik

huldigen zu wollen, und das Friedenswerk mußte damit in sich selbst zerfallen. Man fürchtete, daß russisches Interesse demnächst im französischen Cabinette vorwalten könnte. Zwar war Rußland in Beziehung auf die allgemeinen an Frankreich zu machenden Forderungen bisher mit England Hand in Hand gegangen, und würde es auch wohl für die Folge noch gethan haben; aber wer wußte dies gewiß? In einer Beziehung aber sah sich der englische Minister vielleicht schon jetzt getäuscht. Mit Talleyrand einverstanden, hatte er wahrscheinlich diesem um deswillen so günstige Bedingungen für Frankreich zugesagt, um dafür wieder für den englischen Handel gleiche Vergünstigungen von letzterem zu erhalten. Die ganze Aussicht zerfloß mit einemmale mit dem Ministerwechsel, und jetzt wäre es England vielleicht lieber gewesen, von Anfang an andere Bedingungen gestellt zu haben. Aber es war nun, wenn man wollte, an Bedingungen gebunden, ohne die zu erwartenden Vortheile dafür zu genießen. Grund genug, um aus einer solchen Sachlage mehr als ein Bedenken zu schöpfen!

Ich habe, um den Zusammenhang nicht zu unterbrechen, die Erzählung der Begebenheiten bis hieher geführt. Zwei wichtige Ergebnisse waren inzwischen eingetreten, welche unmöglich übersehen werden dürfen, die schon oft erwähnte Veränderung im französischen Ministerium und die Stellung der heiligen Allianz.

Bei dem ersten Ereignisse habe ich gleich im Anfange einen Irrthum der meisten Schriftsteller zu berichtigen. Sie stellen die Sache so dar, als wenn England und Rußland, was ihre Forderungen beim Friedensgeschäft anlangt, ganz getrennte Parteien gewesen wären; man habe Talleyrand um deswillen abgesetzt, weil er die englischen Wünsche zu sehr begünstigte. Dann habe man sich mehr zu Rußland geneigt, um bessere Bedingungen zu erhalten. — Der Eingang des Aktenstücks Nro. XII. widerlegt diese Meinung so vollkommen, daß ein Zweifel nicht weiter aufkommen kann. Denn die Forderungen, auf denen England thätig bestand und zu

deren Genehmigung von Seiten Oesterreichs und Preußens es Alles that, was in seinen Kräften stand, waren grade von Rußland ausgegangen und ganz russisch.

Der Gang der Verhandlungen des zweiten Pariser Friedens ist daher niemals Grund gewesen, Talleyrand seines Ministerpostens zu entlassen. Dies hätte nur in dem Falle Sinn gehabt, wenn Rußland über Grundprincipien mit England ganz verschiedener Ansicht gewesen wäre. Die Uebersicht der diplomatischen Noten giebt einen treuen Beweis, daß es wohl keine eifrigere Kämpfer für das Interesse Frankreichs geben konnte, als die englischen Abgesandten, Castlereagh und Wellington. Für das Friedensgeschäft wäre es daher der thörichtste Streich gewesen, den Frankreich hätte begehen können, wenn es einen Staat wie England durch Entlassung Talleyrands hätte vor den Kopf stoßen wollen. Es konnte nichts damit erreichen, denn die andere Macht, zu welcher man sich wandte, Rußland, war der eigentliche Stifter der Forderungen, welchen man zu entgehen dachte, und in Folge des schon gestellten Ultimatums, ganz mit England und den übrigen Mächten einverstanden.

Der Grund der Entlassung Talleyrands beruht vielmehr auf ganz andern Zuständen. Zwar ist es richtig, Alexander mochte den Herzog von Benevent nicht gern, vorzüglich nicht seit der Zeit, als er auf dem Wiener Congresse das Seinige dazu beigetragen, daß am 3. Januar 1814 Frankreich, England und Oesterreich zu einem Bunde zusammengetreten waren, der sich der Politik des Kaisers von Rußland und seines Bundsgenossen, des Königs von Preußen, so entschieden entgegensetzte. Indessen war die Abneigung nicht so unüberwindlich, und Alexander gab Proben davon *). Er ergriff

*) Wenn ich nicht sehr irre, so hatte Alexander auch 1815 in Paris das Hotel des Herzogs von Benevent bezogen. Ich führe diesen Punkt, weil ich irren könnte, auch nur in einer Anmerkung an. Das Portfolio Nro. 15, will den im Text schon angeführten Umstand

die Initiative zum Frieden mit Frankreich und stellte die ersten Bedingungen; England geht darauf ein, vertheidigt sie gegen Mitglieder des Congresses, und hoffte sie durch den ihm günstig gesinnten Talleyrand in Frankreich zur Annahme zu bringen, — der letztere war daher auch mittelbar ein Arbeiter für russische Zwecke, warum hätte man ihn entfernen sollen? Ein neuer Ministerwechsel hätte vielleicht das gute Vernehmen mit England trüben, und letztern Staat auf die Seite Oesterreichs und Preußens treiben können.

Nicht die Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten Europas vermochten Ludwig also zu jenem Schritte, sondern Schuld daran war allein die neuere Politik Frankreichs und das Spiel der Coterien daselbst. Es ist bekannt, wie zur Zeit grade die Wahlen für die Kammern im Gange waren, wie die Ultras bereits alles Einflusses im Staate und daher auch dessen, der grade hierauf ging, sich bemächtigt hatten. Der Pavillon Marsan mit seinem Repräsentanten, dem Grafen Artois, regierte Frankreich. Keiner aber haßte Talleyrand so gründlich, als der letztere. Man hätte diesem wohl Manches verziehen, namentlich daß er Sohn der Revolution, Emporkömmling und abtrünniger Priester war; aber als im Jahre 1814 der Einfluß des Grafen Artois schon zu so bedenklichen Auftritten führte, und der Prinz keinen vernünftigen Vorstellungen Gehör geben wollte, da hatte Talleyrand den Rath gegeben, ihn unter irgend einem Vorwande aus dem Königreiche ganz zu entfernen. Seit der Zeit war dem Herzog von Benevent der Untergang und Krieg auf Leben und Tod geschworen. Die ganze Verwandtschaft des Königs überhaupt

---

als den einzigen Grund der Forderung Alexanders, Talleyrand zu entfernen, angesehen wissen, so wie jener gleiche Wünsche schon 1805 und 1807 gegen Napoleon geäußert haben soll. Indessen hier irrt der Correspondent, und wir glauben besser unterrichtet zu sein. Nicht Alexander, sondern der Graf Artois war Talleyrand's unversöhnlichster Feind.

war gegen sein Ministerium. Die Herzogin von Angouleme, auf die Ludwig so viel hielt, spielte die Beleidigte und schmollte beständig mit ihm. Sie ging nicht zu ihm, und erklärte, sie würde auch seine Zimmer nicht eher wieder betreten, bis sie von Königsmördern rein seien. Ihr Haß ging jedoch mehr gegen Fouché, den Collegen Talleyrands, als gegen den letzteren selbst.

Die Wahlen von 1815 fielen auch ganz im ultraroyalistischen Sinne aus. Als dies Talleyrand gewahr wurde, dachte er, um sich in seiner Stellung zu erhalten, nichts besseres thun zu können, als sich gleichfalls ganz auf diese Seite zu neigen. Er fing an, viel mehr als es anfänglich seine Absicht gewesen war, nur royalistische Candidaten zu begünstigen, so daß fast nur mit diesen die Kammern besetzt waren. Er hoffte auf Dankbarkeit und Anerkennung für sein Streben. Aber hier zum erstenmale hatte sich der alte Staatsmann ganz verrechnet. Kaum waren die Wahlen vollendet, und man einer dem Grafen Artois und dem Pavillon Marsan ganz ergebenen Kammer gewiß, da brach der alte Haß hervor und man ließ dem Könige nicht eher Ruhe, als bis er, der schon ganz unter seinem Bruder und dessen Partei stand, nachgab und seine Minister der Emigration mit ihren Plänen zum Opfer brachte. Talleyrand wußte recht wohl, von welcher Seite der Schlag kam, und er konnte wohl sagen: „die Undankbaren, sie schieben mich bei Seite, mich, dem sie ihren Thron zu verdanken haben; sie werden sehen, welche Früchte es ihnen bringt.“ Als er einst gegen seinen neuesten Herrn Ludwig Philipp äußerte, er wisse gewiß, daß es allen den Regierungen niemals gut gegangen sei, welche ihn verachtet haben, da konnte man die Sache halb für ein Bonmot oder für eine Uebertreibung halten. Aber halb ist auch wirklich das Schicksal stets bedacht gewesen, dem Ausspruch jenes politischen Proteus, den es zu seinem Liebling erkoren zu haben schien, zu Hülfe zu kommen, und ihn auf eine Art wahr zu machen, die ernsthaft

genug war. Nicht Ludwig stürzte Talleyrand; dieser König starb auf seinem Throne. Wohl aber that es der Graf Artois; aber er beschloß fern von seinem Vaterlande als Flüchtling und mit Verwünschungen beladen, sein Leben, und schloß vielleicht auf immer auch seine Familie von einer Krone aus, die Kindern und Kindeskindern zu bewahren und zu befestigen so leicht gewesen wäre!

Zum großen Theil sind eben die Memoiren derer, welche mit dem Hofe in Verbindung standen, vorzüglich aber die Ludwig's **XVIII.** selbst Schuld daran, daß man das Geschäft des Pariser Friedens mit der Entlassung Talleyrands in Verbindung gebracht hat. Der König von Frankreich will es nicht gern eingestehen, daß er damals unter dem Einflusse seines Bruders und seiner Partei stand, er giebt daher dem Schritte, zu welchem man ihn zwang, Motive, welche er nicht hatte *), und legt eine politische Stellung der Mächte England, Rußland und Frankreich in gegenseitigen Beziehungen vor Augen, so wie sie in der Wirklichkeit überall gar nicht existirt hat. Auch wider seinem Willen ist aber Ludwig in seinen Memoiren doch die Wahrheit entschlüpft, nur wird mancher Leser es übersehen haben. Im elften Theile, im ersten Capitel redet er über dies Ereigniß und schreibt **): **Cette dissolution etoit donc moins l'effet de ma volonté que celui de la marche impérieuse des évènemens. Au dedans, une chambre élective *un peu plus que royaliste;* au dehors, un nouveau système politique à suivre, un rapprochement forcé avec la Russie, lequel n'auroit pu avoir lieu si M. de Talleyrand eût été placé à la tête des affaires.**

*) Man läßt auch gradezu, wie im Portfolio vom 20. Februar, den Kaiser Alexander 100,000,000 Fr. für Talleyrand's Entfernung bieten. Es sollten diese an der Contribution gekürzt werden. Dieser Punkt gehört übrigens mehr in das Gebiet der Sage und der spätern Erdichtung.

**) Pag 2.

Der Gang der Verhandlungen blieb auch bei der Ministerfrage ununterbrochen derselbe, wie er früher gewesen war. Ein neues politisches System, wie das sein sollte, wovon Ludwig redet, kam überall nicht zum Vorschein, und wie hätte es auch nur geschehen können? England sich abwenden und sich auf russische Seite schlagen, waren für den Augenblick ganz identische Begriffe. Jeder Buchstabe der früheren Unterhandlungen mußte auch weiter anerkannt werden *). Wenn auch Talleyrand es nicht vergönnt war, den endlichen Frieden zu unterzeichnen, so gebührt ihm doch von Frankreich die alleinige und volle Anerkennung für dieses politische Meisterstück. Seinem Nachfolger, dem Herzog von Richelieu, darf man, ohne ungerecht zu sein, nicht zu sehr auf Kosten Jenes erheben.

Da nun Artois einmal den alten Minister bei Seite geschoben hatte, und es auf die Wahl eines neuen ankam, so war es ganz natürlich, daß Alexander es als eine persönliche Rücksicht gegen sich sehr wohl aufnehmen mußte, als Ludwig einen Mann ernannte, der zu Rußland und dessen Beherrscher in so nahen Beziehungen gestanden hatte. Aber man glaube ja nicht, allein aus diesem Grunde habe Alexander es bewirkt, daß von den gestellten Friedensbedingungen noch Manches zu Gunsten Frankreichs geändert sei; und wenn zwischen diesem und Ludwig XVIII. gar ein Versprechen, ein Vertrag behauptet wird, so irren die französischen Schriftsteller, welche es thun, gar sehr. Nachdem in dem letzten noch von Talleyrand vermittelten Memoire die Verbündeten in manchen Punkten so gründlich mit ihren eigenen Worten

---

*) Wenn Ludwig XVIII. erzählt, man habe sich zu jener Zeit an die Baronin v. Krüdener gewendet und diese dahin vermocht, daß sie: „lui (Alexandre) ordonnerait au nom de Dieu, de se montrer favorable à la France,“ so will das wenig bedeuten, da Rußland ein Ultimatum, von dem es nun nicht mehr abgehen konnte, bereits gestellt hatte.

geschlagen waren, konnte es nicht fehlen, daß das Ultimatum zu einem gütlichen Vergleiche führen mußte. Die Natur eines solchen bringt ein Ablassen von beiden Seiten schon von selbst mit sich, und auch Talleyrand würde ganz gleiche Bedingungen für einen endlichen Frieden erhalten haben, wie der Herzog von Richelieu.

Sollte aber nicht, abgesehen vom Friedensgeschäfte selbst, die Aussicht, sich künftig mehr an Rußland schließen zu können und die Furcht vor dem künftigen Einfluß Englands jenen Wechsel im Ministerium veranlaßt haben? Auch dieses kann ich unmöglich glauben. Frankreich hatte im Augenblick so unendlich viel mit sich selbst zu thun, daß die äußere Politik gegen die innere eine Zeitlang ganz zurücktreten mußte. Und wollte man auch, der Zeiten Catharinas II. eingedenk, dem Cabinette von Petersburg sich eng anschließen, so konnte dies jeden Augenblick bewerkstelligt werden, nachdem man zuvor den Vortheil des Friedensabschlusses in Ruhe abgewartet, und ihn nicht durch eine voreilige öffentliche Erklärung über die künftig zu befolgende Politik weiter hinausgerückt hätte. Denn die so plötzliche Herzuziehung Richelieu's konnte sehr leicht zu einer Störung der Geschäfte führen, wenn England eine Demonstration darin gegen sich hätte finden wollen. Erst nach dem Frieden selbst wäre die geeignete Zeit zu solchen Operationen gewesen. Dazu kommt noch, daß für den Augenblick in der That den französischen Interessen ein Anschluß an England, mit welchem es täglich in unmittelbare Berührungen kommen mußte, viel angemessener gewesen wäre, als eine genaue Verbindung mit dem entfernteren Rußland, die doch erst in der Folge, nachdem die Verhältnisse in Frankreich mehr geordnet waren, von politischem Gewicht hätte sein können. Das Vortheilhafte jener Quadrupelallianz vom 22. April 1834, welche England und Frankreich für den Augenblick in so nahe gegenseitige Beziehungen brachte, war nicht erst in der Zeit ihres Abschlusses aus ganz neuen Umständen erwachsen. Sie hätte

1815 mit demselben Nutzen wie neunzehn Jahre später abgeschlossen werden können. Kurzum, man mag die Sache betrachten, von welcher Seite man will, so geben immer nur die Parteiinteressen im Innern Frankreichs eine vernünftige Erklärung für den Ministerwechsel im Monat September. Man muß das Glück Frankreichs hier in sofern abermals bewundern, daß von alle den nachtheiligen Folgen, die allen Vermuthungen nach daraus entspringen mußten, nicht eine eintrat. Hier ist wiederum der englischen Politik der größte Vorwurf zu machen. Es scheint, als wenn hier der edle Lord Castlereagh geschlafen hätte, und Wellington zu sehr beschäftigt gewesen wäre, von seinem kriegerischen Ruhme zu zehren, und die Complimente und Orden einzusammeln, die von allen Seiten auf ihn herabregneten.

Mehrere Schriftsteller *) stellen die Auflösung des Ministeriums Talleyrand auch so dar, als wenn sie Folge von ganz einfachen Motiven gewesen sei, so daß die äußern politischen Ereignisse sie ganz unwiderruflich geboten. Dies ist nur zum Theil richtig, jene äußern Ereignisse trugen das ihrige mit zur Veränderung des französischen Ministeriums bei, aber das geheime Getriebe, was zu jenem Ziele führte, und dessen man zu wenig erwähnt hat, war die eigentliche siegende Kraft; die Einwirkungen von Außen wären keineswegs unüberwindlich gewesen.

Talleyrand sprach sich bei Bildung seines Ministeriums gegen Pasquier nämlich so aus: Einheit des Gesichtspunktes, ehrenvoller Friede, keine Reaktion und regelmäßiger Gang der Justiz gegen einige der vornehmsten Urheber der hundert Tage! Das hinter die Loire versetzte Heer sollte einen Mittelpunkt abgeben, von welchem Widerstand gegen

*) Capefigue in hist. de la restauration T. II. p. 399 sqq. Im Ganzen folgt dieser Darstellung die Abhandlung in Ranke, histor. politische Zeitschrift 1832 Heft 3: „Die Kammer von 1815.“

ungerechte Forderungen ausgehen und durchgesetzt werden konnte *).

Nun ward aber, so wird allgemein dargestellt, von den Hoffnungen und Absichten Talleyrands nicht eine realisirt. Das Heer ward durch die Marschälle St. Cyr und Macdonald aufgelös't, um nach neuen politischen Grundsätzen wieder zusammengesetzt zu werden; es fand eine Reaktion von Seiten der Royalisten Statt, dazu konnte Talleyrand keinen ehrenvollen Frieden zu Stande bringen, er hatte mithin keinen der Hauptgesichtspunkte seiner Verwaltung durchführen können, also mußte er abgehen.

So einfach die Sache scheint, so bedarf sie doch, wenn die Darstellung ganz wahr sein soll, noch mancher Zusätze. Talleyrand war ein zu alter, gewiegter Staatsmann, als daß er nicht die Unmöglichkeit eingesehen hätte, im Voraus behaupten zu können: so, und nicht anders, ohne Abweichung nach rechts und links, soll regiert werden. Die Ereignisse hatten sich zu schnell und mit zu furchtbarer Schwere gedrängt, man mußte die Verhältnisse, welche dadurch entstanden waren, zum Theil erst vorsichtig sondiren; der Herzog von Benevent hat auch gewiß von Anfang an den Gedanken gehabt, also zu handeln, und Verwaltungsgrundsätze nur in höchster Allgemeinheit, die ein Ab- und Zuthun gestatteten, aufzustellen. Hätte allein das Mißlingen eines der ersten Vorsätze den Abgang des Ministers bedingt, so wäre die Zeit dazu nicht im September, sondern unmittelbar schon nach Auflösung des Heeres gewesen.

Dazu bedenke man ja recht wohl, daß nicht der Royalismus Talleyrand von seinen Posten drängte, sondern die Royalisten, welche grade augenblicklich und zufällig

*) Dies letztere wird zwar nicht geradezu von Talleyrand ausgesprochen, aber vielleicht lag es in der Berechnung einiger Staatsmänner, diese Kraft mit in Anschlag zu bringen. Ob mit Recht, darüber gleich mehr.

an's Ruder kamen. Er selbst hatte die Nothwendigkeit eingesehen, sich etwas mehr auf deren Seite zu neigen, als anfänglich seine Absicht war, und auch hier nachgegeben, um mit ihnen vereint zu handeln; nicht eine politische Partei, der er nicht hold war, veranlaßte ihn also zum Abgang, sondern mehr als das, gewisse Personen waren es, deren individuelle Feindschaft ihn stürzte. Man darf auch dabei nicht die Stimmen überhören, welche gleichzeitig laut wurden. Was dabei den Erfindungen des Tags angehört, sondert sich leicht ab z. B. Talleyrand habe sich nach dem Abgange Fouché's allein nicht stark genug gefühlt, oder: die Minister haben vom Könige gefordert, mit Ausschluß seines Bruders und seines Neffen den Herzog von Orleans zu seinem Nachfolger zu ernennen u. dergl. mehr. Jeder Wohlunterrichtete sah der Sache gleich auf dem Grund, und alle bessern Blätter melden, Talleyrand sei von Artois, der mit seiner Partei die constitutionelle Charte schon jetzt ins Gedränge brachte, gradezu verdrängt, und ersterer habe seiner Stellung wegen aus dem Frieden nur einen Vorwand seines Abgangs genommen.

Und das kann man auch sagen, nie hätte der wirkliche Verlauf der Friedensverhandlungen zu jenem Ereignisse führen können. Talleyrand wollte einen ehrenvollen Frieden. Europa mag das Urtheil übernehmen, ob der zweite Pariser Frieden nicht ein ehrenvoller für Frankreich war, und ob nicht Talleyrand vor seinem Volke und seinem Gewissen die Verantwortung hätte übernehmen können, sein Wort gelös't zu haben. Man hat überall keinen Grund für eine Behauptung: Talleyrand habe mit Aufrechthaltung der Constitution, die er als nöthige Maßregel immerfort predigte, auch völlige Integrität des Gebietes des alten Frankreichs gewollt, dahingegen sei die royalistische Partei von Anfang an zu Abtretungen geneigter als er gewesen. Grade diese Partei hatte sich am meisten dagegen gewehrt, weil sie meinte, ihre Stellung, den Franzosen gegenüber, dadurch gleich von

vorn herein zu verscherzen. Und die Ansicht war richtig. Viel eher konnte Ludwig **XVIII.** mit einem gemäßigten, dem Volke mehr befreundeten Ministerium Abtretungen wagen, als mit einem andern royalistischen.

Bei den nachfolgenden Ereignissen übersehe man nur nicht den Geist der ihnen inwohnt. Die Bedingungen des Pariser Friedens, den der Nachfolger Talleyrands, der Herzog von Richelieu, nur unterschrieb, nicht unterhandelte, sind weniger solche, welche Talleyrand verweigerte, wenn er sich auch äußerlich dagegen stets zu verwahren schien; der Sache nach sind es vielmehr solche, welche man ihm und seiner politischen Klugheit allein zu verdanken hatte; sie waren nicht eine Niederlage, vielmehr ein Triumph für seine vorherverkündete Politik. Nimmt man dazu das, was über die politische Stellung der Mächte zu einander gesagt ist, so tritt immer deutlicher hervor, daß nicht die Ereignisse, sondern allein die Personen es waren, die den Sturz des Herzogs von Benevent bewirkten.

Bekanntlich war Fouché bereits mehrere Tage vor Talleyrand seines Amtes entlassen, und bei ihm durch einen Gesandtenposten ein ehrenvolles Exil verdeckt.

Auch der Herzog von Otranto sah bald nach der Rückkehr der Bourbons sich sogleich von Royalisten gefährdet und allenthalben bedrückt. Während Talleyrand sich durch Anschluß an dieselben auf seinen Posten zu erhalten glaubte, war Fouché einer andern Politik gefolgt, hatte damit jedoch nicht mehr Glück, wie sein Gefährte so vielfacher Schicksale.

Er wollte nämlich Frankreich allarmiren, und dadurch die Stimmung aus der Revolution, welche nach und nach einzuschlafen schien, wiederum von Neuem wecken. Sollte Ludwig in dieser dann die Stütze seines Thrones finden, so war es natürlich, daß ihm stets nur solche nahe stehen konnten, welche mit jener Stimmung einverstanden waren, und auf die wiederum das Volk, als ihm aus alter Zeit bekannt und bewährt, mit Zutraun hinsah. Das ist die

wahre Bedeutung der Briefe und Memoirs von Seiten Fouchés an den König gerichtet, deren bereits bei mehreren Gelegenheiten erwähnt ist. Er hatte sie nicht für Frankreich, sondern zum Besten seiner eignen Stellung abgefaßt. Gelang der Plan, so war die natürliche Folge, daß nie eine royalistisch=bourbonsche Partei, so wie wir sie später sehen, das Cabinet Ludwigs beherrschen konnte, sondern daß dies stets sich zu Männern aus der Revolution flüchten mußte. Während also Talleyrand mit dem Royalismus der Royalisten Herr zu werden hoffte, suchte Fouché die letzteren ganz aus dem Felde zu schlagen, indem er sie gradezu in der Fronte angriff.

Aber auch er mußte erfahren, daß seine Zeit unwiderruflich abgelaufen sei. Sein vollständiger Rückzug war unvermeidlich, so wie sein Angriff nur einmal abgeschlagen war. Die Herzogin von Angouleme vollendete dann seinen Sturz. Was die Bourbons ihm verdankten, ward nicht so hoch angeschlagen, um ihm Verzeihung für sein früheres Leben, vornehmlich aber wegen seiner letzten Absichten, angedeihen zu lassen. Denn was er gegen diese Familie gesündigt, blieb stets etwas persönliches; man hätte es vielleicht wohl übersehen; nunmehr aber war er auch einer ganzen Partei mit einem gefährlichen Angriffe nahe getreten, das wird nie verziehen, nur der Fall des Thäters giebt hier Genugthuung. So konnte denn Fouché wohl sagen: „Es ist Alles vorbei, die Reaktion übereilt Alles und uns Alle.“

Wie hoch übrigens diesen Mann die öffentliche Meinung stellte, und was sie von ihm hoffte, kann man daraus sehen, daß die Renten, so wie sein Abgang bekannt wurde, bedeutend fielen, viel mehr als später nach der Entlassung Talleyrands.

Nur wenige Worte werden hinreichend sein, auch über die am 26. Septbr. 1815 geschlossene heilige Alliance die hier nöthigen Verständigungen zu geben. Es scheint sehr nahe zu liegen, in ihr noch eine indirekte politische Absicht

ihres Stifters und Begründers zu vermuthen. Vergegenwärtigen wir uns nur nochmals kurz die Lage der Sache. Das russische Cabinet stellt für Frankreich günstige Friedensbedingungen; Preußen und Oesterreich scheinen nicht darauf eingehen zu wollen. Da gelingt es Alexander, durch jenen heiligen Bund die Monarchen zweier Rußlands Absichten nicht gewogenen Staaten in eine enge und nahe persönliche Beziehung zu Rußland zu setzen, in welcher die Idee von Frieden und Völkerglück herrschend war, und wo ausdrücklich die kleinliche Politik des Vortheils und der äußern Vergrößerung der Staaten gegen das Princip deren Beglückurg im Innern zurücktrat. Diese Idee sollte fortan in allen Handlungen hervortreten, natürlich auch in denen, welche man gegen Frankreich beabsichtigte. Ein Bund in der Politik wird aber in der Regel so geschlossen, daß die beitretenden Mächte sich im allgemeinen zu den Ansichten des Staates bekennen, von dem die Initiative dazu ausgegangen ist! So nahe es aber auch zu liegen scheint, jenes von Rußland vermittelte Bündniß, zu welchem Oesterreich und Preußen übertraten, als ein Eingehen auf die Politik des ersteren aufzufassen, so möchte ich mich doch meiner innersten Ueberzeugung nach hier dagegen aufs Entschiedenste erklären. Denn die Interpretion von politischen Handlungen muß nach andern Grundsätzen vorgenommen werden, wie die philologische eines alten Schriftstellers. Bei letzterer kommt es oft nur als Hauptsache darauf an, zu zeigen, was sich alles durch jede nur mögliche Verrenkung daraus machen läßt; bei ersterer hat man den Spielraum der Phantasie und der Willkür der Vermuthung einen strengeren Zaum anzulegen. —

Man darf vor allen Dingen die ganze Persönlichkeit Alexanders nicht übersehen. Ueber die seit der letzteren Zeit seinen Charakter beherrschende frömmelnde Richtung braucht nichts mehr hinzugefügt zu werden; aber eben, weil diese Richtung sein ganzes Wesen, seine ganze Thätigkeit beherrschte, war für eine andere auch in seinem Innern kaum

Raum mehr. Wohl mag es wahr sein, daß manches Schwanken, manche Schwäche bei den Handlungen des Selbstherrschers des größten der Reiche auf diese Art hervorgerufen wurde; aber in sofern war wenigstens wiederum Alexander ein ehrenwerther Charakter, als es ihm niemals in den Sinn gekommen ist, jenes Princip der Frömmigkeit und der Demuth gegen Gott zu erheucheln, und es als ein trügerisches Aushängeschild zu benutzen, um Andere zum Eingehen in seine Ideen zu vermögen, und sie, einmal gefangen, zu übervortheilen. Ein solches Mittel ist zwar auch der sogenannten feinen Politik, namentlich der italiänischen nicht zu allen Zeiten fremd gewesen, nie aber ist es dem Kaiser von Rußland in den Sinn gekommen, dergleichen Grundsätze zur Anwendung zu bringen; nie hat er mit einer solchen Richtung Andere getäuscht oder geleitet, sondern vielmehr umgekehrt ist es vorgekommen, daß er selbst ohne es zu wissen, durch das vorgebliche Eingehen auf seine Ideen zum Werkzeuge der Pläne und der Absichten Anderer geworden ist.

Die Idee jener heiligen Alliance und der Grundsätze, welche sie in dem Staatensysteme Europas zur Ausführung bringen sollte, ist nach allem dem, was man jetzt darüber weiß, eine rein persönliche Alexanders, deßhalb aber auch nicht von seiner eben geschilderten und streng ausgeprägten Persönlichkeit zu trennen. Alexander sah es nicht allein schon 1815 in Paris, sondern später auch noch auf den verschiedenen europäischen Congressen ein, daß die Politik im Großen oft höheren Rücksichten folgen müsse, wo das Wohl des Individuums gegen das Ganze nothwendig zurücktritt. Eine solche Wahrnehmung kann oft dazu dienen, einem wohlwollenden Gemüthe die bittersten Empfindungen zu erwecken, um im Innern eine Zerrissenheit zu begründen, die ihr Wachsthum durch das ewige Vorhalten der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen auf dieser Erde nährt! Dies verursachte in der russischen Politik eine bedeutende

Veränderung. Früher ging diese wirklich zunächst nur von Alexander aus, und war zum großen Theil allein von seiner Persönlichkeit abhängig; später schien nach und nach sich eine Abneigung desselben gegen eine ähnliche Thätigkeit herauszustellen, und das russische Cabinet ward, wenn auch nicht äußerlich und dem Namen nach, doch der Sache nach immer unabhängiger, und verfolgte mehr auf eigne Hand, gleichsam wie eine Curie, die Pläne der russischen Politik, die der Kaiser dann nur noch genehmigte. Aber stets finden wir bei diesem noch das Streben, solche Widersprüche möglichst auszugleichen, die hervorgerufen waren dadurch, daß die Anforderungen der Politik seinen persönlichen wohlwollenden Empfindungen oft gradezu entgegengingen, — wenn auch der Kreis, auf welchen Alexander seine Wirksamkeit beschränkte, sich von Jahr zu Jahr verengte!

Wäre die Idee zur heiligen Alliance von dem russischen Cabinette ausgegangen und hauptsächlich von dessen Diplomaten weiter verfolgt, so würde die Vermuthung eines indirekten politischen Zweckes derselben gewiß keine Ungerechtigkeit enthalten. So aber, unabhängig, vielleicht ganz ohne Mitwissen des Cabinets allein in der Individualität Alexanders fußend, kann ich auch für meine Person keinen andern Plan in jenem Bunde finden, als den, durch ihn für Herbeiführung einer Zeit zu wirken, wie die war, für welche Alexander schwärmte. Denn es braucht nur kurz hier in Erinnerung gebracht zu werden, wie von keinem Staatsmann, sondern nur von den drei Regenten von Oesterreich, Preußen und Rußland die Akte des heiligen Bundes unterzeichnet war.

Auch aus deren Inhalte kann man nicht minder Schlüsse für die ursprüngliche Absicht dabei ziehen. Die Akte enthält hauptsächlich nur Verpflichtungen, welche die Regenten Gott und ihren Völkern gegenüber willig und von Neuem übernehmen. Von Rechten derselben durch den Bund, oder von politischer Stellung der Völker zu einander kommt nichts

vor. Alexander hat hieran bei Verfolgung eines ihm höher liegenden Zwecks nicht gedacht. Zwar hat die heilige Bundesakte später auch zur Grundlage mehr rein menschlich-politischer Verhältnisse dienen müssen. Die Idee, daß sie aber auch eine solche Grundlage bilden könne, ist nicht von Alexander ausgegangen, sondern hierfür hat ihm erst von Andern der Beweis wieder erbracht werden müssen. Weil aber die spätere vollständige Praxis der Bundesakte somit weniger Alexander und Rußland zufällt, so darf man auch nicht so weit gehen, dem Ersteren bei Erlaß derselben weitere politische Pläne, die er damit verfolgen wollte, unterzuschieben *).

Endlich wäre, wenn das letztere hätte geschehen sollen, auch am 26. Septbr. 1815, dem Tage der Vollziehung der heiligen Alliance, die günstige Zeit dazu bereits längst verstrichen gewesen. Die Meinungen der gegen Frankreich in den Waffen stehenden Mächte waren ja schon unter einander verständigt. Oesterreich und Preußen hatten von ihren Forderungen abgelassen, und es war in diesem Geiste ein genau bestimmtes Ultimatum gestellt. Eine Verbindung, in welcher Rußland beide Mächte an sein Interesse näher knüpfte, hätte jetzt wenig oder gar keinen Sinn mehr gehabt; wäre sie geschlossen im July oder August, so stände es mit einem Urtheile darüber anders. Aber, kann man nicht sagen: durch den Ministerwechsel in Frankreich ward das russische Interesse wegen der genauen Verbindung beider Staaten schon prävalirend; durch jenen Bund konnte der englische Einfluß auf dem ganzen Continent immer mehr aufgehoben werden?

*) Bekanntlich ward in der brittischen Parlamentssitzung Lord Castlereagh von Lord Holland befragt, ob die Heilige-Alliance-Akte auch geheime Artikel habe, worauf ersterer ausweichend antwortete. Ich muß gestehen, ich glaube nicht daran; wenn solche geheime Artikel existirten, so waren sie gewiß nicht am 26. Sept. 1815 abgefaßt, sondern es waren spätere Zusatz-Artikel. —

Wer sich so weit in Vermuthungen ergehen mag, kann es immerhin zu seinem eignen Schaden thun. Ich wiederhole nochmals, dem Bunde kam es anfangs gar nicht darauf an, politische Zwecke für und gegen einzelne Staaten zu verfolgen, am wenigsten gegen England, welches ja selbst später Mitglied desselben geworden ist. Doch wieder zurück zu unserm Gegenstande.

Man befand sich also in Beziehung auf das eigentliche Friedensgeschäft in einer üblen Lage, die man jedoch zum Theil selbst mit verschuldet hatte. Es war zu viel proklamirt, und dem gemäß unter den Verbündeten hin und her debattirt, ja sogar schon zugestanden, wo man in der Lage war, dies gar nicht zu brauchen, sondern wo man handeln, wo man mit einem neuen politischen Zustande auch den Frieden diktiren konnte. Frankreich hatte sich während der Zeit, die darauf hinging, von dem ersten niederschmetternden Schlage erholt, es hatte seine Hülfsmittel die ihm blieben gemustert, seine Verbündeten, auf die es zählen konnte, neu geprüft, und nahm nun aus dem Munde seiner Feinde die Waffen zur Vertheidigung, ihm in den vielen Worten so reichlich dargeboten, die, wenn sie auch gar nicht gesprochen wären, doch darum die Sache kein Härchen besser oder schlechter gemacht haben würden. Diplomatisch waren die Franzosen nicht mehr unter solchen Umständen zu besiegen, das lag klar vor, neue Diskussionen über Punkte, wie sie der Herr von Gagern vorgeschlagen, hätten auf ein Feld der Politik geführt, wo Deutschland so leicht keinen Frieden ausbeuten konnte, und ein Ende mußte doch einmal von dem Dinge werden, und so that man denn jetzt endlich, was man hätte im Anfange auch thun sollen und können, — man machte kurzen Proceß und zerhieb den Knoten mit dem Schwerdte. Noch am Schlusse des Monats September vereinigten sich die Bevollmächtigten der alliirten Mächte in einer Conferenz über eine Antwort auf die Bemerkungen,

welche die französischen Minister auf das Projekt eines Friedens vom 19. September eingereicht hatten *).

Es hieß darin: „man sei erstaunt über die Ausführun„gen vom Rechte des Krieges und der Eroberung und die „Folgerungen, welche man aus ihnen zu Gunsten Frankreichs „ziehe, halte sich jedoch in keiner Beziehung verbunden, ei„nem solchen Ideengange zu folgen.

„Die alliirten Höfe sind bei allen ihren Schritten nur „von dem Verlangen beseelt gewesen, mit dem rechtmäßigen „König zugleich Ruhe und Glück in Frankreich herzustellen. „Wenn man jetzt Anforderungen an dieses macht, so sind es „nur zwei Principe, nach welchen sie aufgestellt werden: „Einmal das einer gerechten Genugthuung für alle die Opfer „und Verluste der Staaten, welche für diesen Zweck zum „Besten Frankreichs mit thätig gewesen sind; und dann das „Princip, auch für die Folge eine Sicherheit der benachbar„ten Länder vor künftigen Unternehmungen gegen sie zu ha„ben. Dies sind die einzigen Basen, auf welchen alle For„derungen beruhen.

„Das erste dieser Principe ist den französischen Bevollmäch„tigten recht wohl bekannt, sie haben es schon anerkannt; „und doch schweigen sie hartnäckig über das zweite, während „es sich doch von selbst versteht, daß dieses eben so nöthig „ist als jenes, und nicht davon getrennt werden kann. Die „Ereignisse des Jahrs 1815 haben es ganz Europa deutlich „und zur Genüge gezeigt, daß die Gränzlinie, welche nach „den Vorgängen von 1814 und nach dem Frieden vom 30. „Mai die vollkommen gerechte zu sein schien, jetzt überall „nicht mehr genüge. Denn wenn auch die Franzosen ferner „damit zufrieden sein wollten, so käme denn doch auch nun „die Frage in Betracht: ob auch die von ihnen abermals so „schwer beunruhigten Nachbaren gleicher Ansicht seien?

*) Aktenstücke Nro. XVII.

„Diese Gründe, welche die vereinten Höfe für Abtre=„tungen haben, sind nicht mit dem Maßstabe der Erobe=„rungs= und Vergrößerungssucht zu messen; einzig und al=„lein die Sicherheit der benachbarten Staaten soll damit er=„reicht werden. Auch können die Opfer, die man von Frank=„reich fordert, nicht im Mindesten die Integrität seines Ge=„biets gefährden, denn nur ganz äußere und zum Theil weit „vorgeschobene Punkte sind in Betracht gezogen, eben so we=„nig wird die innere Administration dadurch gestört, denn „Frankreich bleibt nichts desto weniger einer von den Staa=„ten Europas, dessen Gränzen am besten gesichert sind, und „der am vollkommensten arrondirt ist.

„Ohne dies gehörig zu bedenken, bestehen die französi=„schen Bevollmächtigten nichts desto weniger immer auf Her=„stellung des Gebiets des alten Frankreichs, und stellen die „Unverletzlichkeit desselben als Norm hin. Diese Idee aber „ist nur eine solche, welche in Curs gesetzt wurde durch die „Anführer und Apostel eines revolutionairen Systems, und „ein Hauptcapitel in deren Codex bildet.

„Diese Idee würde sogleich die Gleichheit der Rechte „Frankreichs und der andern Mächte Europas vernichten. „Denn hat es ersteres in den langen Kriegen, welche es „führte, nicht für Unrecht gehalten, die Gebiete seiner Nach=„baren zu verkürzen, und das Eroberte mit sich zu vereini=„gen, so ist doch wahrlich nicht abzusehen, warum sein Ter=„ritorium andere, und größere Rechte in Anspruch nehmen „könnte, und warum es seinen Nachbaren gegenüber nicht „nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen sei, welche es „gegen letztere selbst angewandt hat.

„So viel zur Entgegnung der französischen Ausführung „über das Recht des Kriegs und der Eroberung. Ueber das, „was außerdem noch in jener Deduktion enthalten ist, wird „man in einer bald zu haltenden Conferenz gleichfalls das „Nöthige eröffnen.“

Die eigentlichen Unterhandlungen über den Frieden und

seine einzelnen Bedingungen endeten der Sache nach mit dieser Erklärung, die mehr einen Befehl: „so soll es sein, und nicht anders“ in sich enthält, als eine diplomatische Widerlegung derjenigen Punkte, die doch zum Theil jetzt, zum Theil früher mit auf das Gebiet der politischen Diskussion gezogen waren, und zwar nicht allein von Seiten Frankreichs. Aber daß dieses sich in Alles fügte, daß jeder Widerstand verstummte, nachdem man nur einmal ihm gegenüber befehlend aufgetreten war, muß uns den Beweis liefern, daß die verbündeten Mächte recht wohl in der Lage gewesen wären, an Frankreich von Anfang an den Frieden auch mit andern Bedingungen zu diktiren. Die Rücksichten und Verzögerungen welche man anerkannte, konnten wenigstens nicht aus der Lage abgeleitet werden, in welcher sich die übrigen Mächte, Frankreich gegenüber befanden. Denn ich glaube nicht, daß man das Heer hinter der Loire, kaum 100,000 Mann stark, auch früher hätte zu fürchten brauchen, nachdem die Verstärkungen aus ganz Europa nach und nach an den Gränzen Frankreichs angelangt waren. Zwar wies Fouché zu wiederholten Malen wohl auf jenes Heer hin, als eine Macht, groß genug, um willkürlichen Forderungen Schranken zu setzen; aber eine solche Prahlerei grade in dem Munde Fouchés wollte nicht viel sagen. Auch würde dieser schon von selbst das Seinige dazu beigetragen haben, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, denn nach den Vorgängen in den Monaten Mai und Juni hatte man wohl keinen französischen Staatsmann so gründlich in Händen als grade den Herzog von Otranto. Dazu war nun jenes Heer schon lange wirklich aufgelöst und diese Rücksicht, wenn es eine gewesen wäre, also bereits seit Monaten gefallen. Zwar ward sogleich zur Reorganisirung einer neuen Militairmacht geschritten, aber der Geist derselben war noch nicht erprobt, und wäre schwerlich so wie der der alten zu fürchten gewesen. Auch nicht das eben veränderte französische Ministerium konnte den Grund abgeben, warum es jetzt er-

laubt war, befehlend aufzutreten. Man konnte höchstens, was man auch forderte, auf entschiedenen Widerstand und eine definitive Verweigerung Talleyrands stoßen. Aber bis wie weit stand ihm die Macht zu, solchen Widerstand durchzusetzen? Wie ward die Lage Frankreichs, wenn man es zum Aeußersten kommen ließ? Wie verhielten sich die Kräfte in einem solchen Kampfe gegen einander? Wie würden die Bedingungen nach demselben gewesen, und würde man dann noch mit $1/_6$, was das Aeußerste der Forderung war, die an Frankreich gestellt wurde, zufrieden gewesen sein? Das sind Fragen, die man wohl vorlegen darf, wenn es auf eine Vermuthung ankommt, was Talleyrand gethan haben würde, wenn man einstimmig von Anfang an eine Verkleinerung Frankreichs verlangt hätte. Alle Staaten können oft in Lagen kommen, wo es klüger ist, sich in ein unvermeidliches Unglück zu fügen, als Alles auf's Spiel zu setzen, um nur einen verhältnißmäßig kleinen Theil zu retten. Oesterreich und Preußen müßten doch diese Wahrheit kennen, und hätten überzeugt sein können, Frankreich würde nicht anders gehandelt haben wie sie, um so weniger, da es den Erfolg einer solchen Handlungsweise aus der Geschichte seiner Feinde genugsam vor Augen hatte.

Also nochmals wiederhole ich es, keine von Frankreich abzuleitende Rücksicht hätte die Verbündeten jemals abhalten können, diesem Lande einen noch ungünstigern Frieden vorzuschreiben, allein die Uneinigkeit unter ihnen hielt sie davon zurück. Keiner wünschte, daß der Andere Vortheile genösse, an denen er nicht direkt Theil nehmen konnte, und nur um dies Verhältniß zu beschönigen, mußte Frankreich, seine innere und äußere politische Lage, zum Vorwande dienen. Man stellte das Princip auf: staatsrechtliche Grundsätze dürfen allein die Verhandlungen leiten, und am Schlusse derselben konnte man es nicht durchführen, sondern war doch in der Lage, gradezu als Sieger sprechen zu müssen! Man hatte jetzt Frankreich gegenüber, alle Nachtheile dieses Systems, und

keinen einzigen Vortheil davon, während man wenigstens diese im Anfange hätte so reichlich genießen können! Wer wird noch zweifeln, ob hier ein Fehler begangen sei? Vielleicht würde man sich noch nicht einmal jetzt auf's Befehlen eingelassen haben, wenn nicht die Verbündeten mit ihren eignen Worten von der französischen Diplomatie zu sehr in die Enge getrieben wären. Eine Antwort mußte doch gegeben werden, die Discussion war der Erklärungen vom 13. und 25. März wegen, am Ende; zwingt man aber die physische Macht zu einer Entgegnung, und schneidet die Unmöglichkeit ab, diese in Gründen zu geben, so kann man sich leicht vorhersagen, wie jene ausfallen muß. Dieser Fall trat auch hier ein.

In der Antwort der Bevollmächtigten wird auch noch einer nächstens in dem Friedensgeschäft zu haltenden Conferenz gedacht. Sie fand Statt am 2. October, und in ihr ward das geheime Schlußprotokoll *) in dieser Angelegenheit aufgenommen. Es war unterzeichnet von dem Baron Wessenberg für Oesterreich, dem Fürsten Rasumofsky und dem Grafen Capo d'Istria für Rußland, dem Lord Castlereagh und dem Herzog von Wellington für England, dem Fürsten Hardenberg und dem Baron v. Humboldt für Preußen, so wie dem Herzog von Richelieu für Frankreich. Die Unterhandlungen gingen, nachdem Letzterer ganz den Herzog von Benevent ersetzt hatte, rascher zum Ziele. Die Veränderungen in den Personen der russischen Bevollmächtigten, deren schon im Anfange gedacht worden ist, hatten auf das Friedensgeschäft in sofern keinen Einfluß, als die politische Gesinnung der neu Eintretenden durchaus keine andere war, als die ihrer Vorgänger. Das Protokoll enthielt ganz die Hauptbedingungen des spätern wirklichen Friedens und diente diesem zur Basis, so wie ihm selbst wiederum jenes Ultimatum vom 19. September unterlag. Nicht nur die Gränzen und die Gebietsabtretungen wurden vorläufig festgestellt, son-

*) Aktenstücke Nro. XVIII.

dern auch die Entschädigungsgelder, so wie die näheren Bestimmungen über die temporaire Occupation von Frankreich. Auch ward verabredet, daß eine besondere Commission, zu welcher auch von französischer Seite Mitglieder gestellt werden sollten, sich über alles Militairische zu berathen habe, über die zu besetzenden Provinzen und Festungen, so wie über die augenblickliche Befreiung aller übrigen Provinzen, welche noch von den Truppen der Verbündeten inne gehalten wurden. Eine andere ähnlich zusammengesetzte Commission sollte über die Art, die Termine, so wie über die Garantien der Zahlung von 700 Millionen Franks die näheren Bedingungen festsetzen. Die Prüfung der Reklamationen verschiedener Mächte, die über Nichterfüllung einzelner Punkte des ersten Friedens von Paris erhoben waren, ging in begonnener Maße fort. Diese besondern Arbeiten, deren Resultate nach der ausdrücklichen Bestimmung jenes geheimen Protokolls mit in die letzte Akte des neuen Friedens aufgenommen werden sollten, nahmen den ganzen Monat October, so wie die erste Hälfte des Novembers ein.

So wie übrigens eine Kunde laut wurde von den Ergebnissen jener Conferenz vom 2. October, so nahm man sie allgemein für den Frieden selbst, und die öffentlichen Blätter verkündeten ihn, als an jenem Tage abgeschlossen. Der Sache nach hatten sie auch wohl recht, denn das Friedensinstrument selbst ist in den Hauptstücken nur eine feierlichere Redaktion des Inhaltes jenes Protokolls.

Natürlich wurden über mehrere Punkte nun beurtheilende Stimmen gehört. Die unbedeutenden Gebietserwerbungen, welche Deutschland machte, gründeten sich auf den Vorschlag des preußischen Canzlers von Hardenberg. Rußland und England schienen den Verhandlungen nach, ganz damit einverstanden, daß der Zustand von 1790 wieder hergestellt werde; es findet sich in den einzelnen Memoirs zum öftern gradezu ausgesprochen. Warum aber Hardenberg trotz jenes Princips es nicht für gut hielt, selbst diesen gehörig

auszumitteln, ist nicht bekannt geworden. Ein deutsches Blatt machte auch nach dem Friedensschlusse den Einwurf: „Frankreich gewinnt offenbar bei diesem Frieden; es wird „einiger lästiger, fremdartiger Theile entledigt; seine vier „verlorenen Festungen (Landau, Saarlouis, Philippeville und „Marienburg) sind finanziell eher ein Gewinn wie ein Ver„lust, und militairisch sind sie zu unbedeutend um je gefähr„lich werden zu können. Auch bei allen andern abgetretenen „Gebieten läßt sich dasselbe sagen. Bouillon trug nichts ein, „Monaco war eine Last, und der einzige wahre Verlust des „kleinen Streifs vom Lande Gex, und der Winkel zwischen „der Lauter und der Quaich ist doch sehr unbedeutend! Ein „anderes wäre, wenn die Weissenburger Linien nicht französisch „geblieben wären. Hingegen ist es wohl interessant, zu berech„nen, was Frankreich an Land und Leuten gegen seinen Be„sitzstand im Jahre 1790, der doch als die Basis des Frie„dens gradezu ausgesprochen ist, durch denselben noch ge„wonnen. Und hier ergeben sich denn folgende Resultate „nach Schätzungen:

Frankreich erwirbt:	QM.	Einwoh.	Eink. in Guld.
1) Avignon und Venaissin	45	200,000	100,000
2) Die Stadt Mühlhausen im Sundgau, im Jahre 1799 an 10,000 Seelen zählend	1/4	10,000	40,000
3) Die Besitzungen deutscher Fürsten, Grafen und Herrn im Elsaß, die als Enklaven bei Frankreich bleiben, im Jahre 1799 berechnet auf	60 1/2	160,000	1,049,600
4) Dergleichen Besitzungen in Lothringen	6	10,000	80,000
5) Besitzungen der katholischen Geistlichkeit im Elsaß, die Malteser und Deutsch-Ordens-Güter miteingerechnet	56	120,000	548,000
Also Gewinnssumme	168	500,000	2,717,600

„Was Frankreich dagegen an die Alliirten und deren „Unterthanen bezahlen muß, beträgt vielleicht noch nicht die „Hälfte von dem, was es früher schon von ihnen erhoben.“

Was die Einkünfte jener Gebiete anlangt, so sind sie noch nach dem alten Erhebungsstile berechnet, sie betragen jetzt leicht das Doppelte. Unbegreiflich nun ist es, wie trotz dieses Defizit's die deutschen Diplomaten in dem Frieden selbst den ausgemittelten Zustand als den von 1790 passiren lassen konnten, denn der Zusatz des Artikels I. des Friedensinstruments: „mit folgenden Ausnahmen“ will nichts sagen, da die Ausnahmen an Gewichtigkeit die angenommene Norm gradezu verdecken.

Ganz eben so äußerte sich später der rheinische Merkur in dem: „Gang der diplomatischen Verhandlungen seit dem 10. September,“ worüber eine Uebersicht in den Spalten dieses Blattes in den Monaten November und December sich findet.

Auch die Monarchen hielten ihre Thätigkeit gleich nach dem 2. October für geendet und die Angelegenheiten mit Frankreich vollkommen geordnet. Alle Tage wurden Ordres erlassen, um den Rückmarsch aller Truppen zu beschleunigen, welche die Zahl derer überstieg, die zur Besetzung eines Theils Frankreichs und seiner Festungen bestimmt waren. Bald darauf reis'ten auch die Monarchen in ihre Staaten zurück, nachdem noch kurz vorher verschiedene große Musterungen, namentlich eine solche bei Dijon Statt gefunden hatten. Kaiser Franz besuchte zuvor noch seine italienischen Provinzen. Den Ministern allein war die förmliche Beendigung des Friedenswerkes vorbehalten.

Nur gegen das Ende des Monats Octobers schienen in den diplomatischen Verhandlungen einige Stockungen eintreten zu wollen. Man las viel von Gegenbefehlen, welche den Truppen gegeben wurden, die sich schon allenthalben nach ihrem Vaterlande in Bewegung gesetzt hatten. Es ward berichtet, daß einige Zwistigkeiten entstanden seien zwischen

Preußen und England über Subsidien, welche von letzterem Staate beim Beginn des Krieges versprochen aber noch nicht gezahlt seien. Ferner habe das Cabinet von St. James von Frankreich eine Bürgschaft verlangt über die Integrität der englischen Unterthanen gehörigen Renten, die bisher noch nicht mit in der Liquidation der Staatsschuld begriffen waren. Doch waren dies Punkte, die ihre Erledigung leicht finden mußten.

Zwei andere Umstände aber, für das politische Interesse Deutschlands von der höchsten Wichtigkeit, die sich auch noch am Ende des Monats Octobers und im Anfange des Novembers zutrugen, können hier unmöglich mit Stillschweigen übergangen werden.

Nachdem also der zweite Pariser Frieden allen Zusicherungen und allen feierlichen Verträgen zuwider ganz ohne Mitwirkung der übrigen deutschen Staaten, außer Oesterreich und Preußen, abgeschlossen war, und nachdem es sich herausgestellt, daß von den gerechten Erwartungen, die manche derselben von seinen Resultaten wohl hegen durften, keine erfüllt wurde, so protestirten mehrere davon gegen den Inhalt desselben, und legten die nöthigen Verwahrungen ein. Man nahm jedoch darauf nicht im Mindesten Rücksicht, legte die Protestationen ruhig ad acta und bekümmerte sich um diese Schritte der deutschen Staaten so wenig, wie man sich früher um die ihnen zuständigen Rechte bekümmert hatte.

Schlimmer aber noch waren die mit Baiern Statt findenden Verhandlungen *). Zufolge des Rieder Vertrages und der spätern Discussionen darüber hatte Baiern vertragsmäßig das Inn- und Hausrückviertel so wie Salzburg inne. Noch während der Anwesenheit der Monarchen zu Paris forderte der Kaiser Franz von Oesterreich, so viel man weiß, aus rein persönlichem Antriebe, mit einem sonst ganz unge-

*) Auch Hormair, Lebensbilder rc. Thl. I. pag. 176. theilt darüber die Hauptsachen schon mit; ich folge ganz dem Inhalte jenes Werkes.

wohnten Ungestüm, jene Parcelen als Eigenthum Oesterreichs zurück und keine Vorstellungen der Minister konnten ihn von diesem Vorhaben zurückbringen, sondern dieselben führten vielmehr zu Unannehmlichkeiten für sie, — vielleicht steht damit in Verbindung, daß man den so ausgezeichneten Wessenberg später nicht mehr thätig findet, — und bestärkten den Kaiser nur in seinem Entschlusse. Da dieser unwiderruflich feststand, so mußte die Diplomatie dann wohl die nöthigen Schritte thun. Es erschien also am 3. November 1815 eine österreichische Erklärung. unterstützt von England, Rußland und Preußen, wegen Abtretung jener ebengenannten Provinzen. Sie war jedoch gradezu ein Befehl einer überlegenen Macht über eine geringe. Indem Se. Majestät der Kaiser, (so hieß es darin) die Möglichkeit einer Weigerung von Seiten Baierns in die durch die ersten Mächte von Europa unterstützten Ausgleichungen einzugehen, nicht zulassen können, würden Sie dagegen mit Vergnügen die aufrichtige Mitwirkung und Verwendung ihrer erhabenen Alliirten annehmen, um zu dem einzigen Resultate zu gelangen, welches Seine Majestät befriedigen und den unangenehmen Verwickelungen zuvorkommen könne, die ein Ihren Ansichten widersprechender Ausgang unzweifelhaft herbeiführen würde.

Was sollte Baiern thun gegen einen Abtretungsbefehl einer so überlegenen Macht, die noch dazu von so mächtigen Verbündeten unterstützt wurde, Baiern, was allein stand und dem doch Deutschland 1813 wegen des Beispiels, welches es gab, so viel zu verdanken hatte! Es mußte sich dieser in Paris ergangenen Verfügung wohl unterwerfen und später die Sache durch den Vertrag zu München am 14. April 1816 ausgleichen. Wie wenig die Baiern dafür gewährte Vergütung an territorialem Umfang der Abtretung entsprach, führt schon Hormair aus; was den innern Werth anlangt, so war die Verkürzung noch empfindlicher. Das schöne Salzburg wird Baiern so bald nicht vergessen. Zu welchen traurigen inneren Verwickelungen mit den baierschen Ständen

diese Angelegenheit dann später führte, soll hier nicht einmal erwähnt werden.

Man kann wohl fragen, ob so etwas möglich gewesen wäre, wenn die kleineren deutschen Staaten insgesammt Theil an den Verhandlungen des Pariser Friedens genommen und wenn sie also nicht ganz außer dem Kreise derer gestanden hätten, die jetzt allein das Schicksal Europas bestimmten! Bei allem Unterschiede der materiellen Macht würde doch auf der andern Seite eine Gleichheit der unterhandelnden Staaten, wie sie das Völkerrecht zu deren ursprünglichsten Rechten zählt, hervorgetreten sein, und nimmermehr hätte es zu einem Befehl eines der paciscirenden Staaten über den andern kommen können. Gegen einen solchen waren die kleineren Staaten sich dann selbst natürliche Bundesgenossen.

Wohl mögen mächtigere Staaten das Recht haben, bei unsinnigen Weigerungen eines Schwächeren zu Ausgleichungen dessen Einwillung zu erzwingen, wenn dem Allgemeinen dadurch ein offenbarer Nachtheil erwachsen müßte. Aber wenn ohne solche politische Nothwendigkeit allein der Vortheil eines einzigen Staates dergleichen Abtretungen nur wünschenswerth macht, wenn nicht allein kein Rechtstitel für die Erwerbung da ist, sondern wenn sogar im Gegentheil Brief und Siegel und feierliche Verträge vorhanden, daß sie nicht Statt finden solle, dann hätte auch die Politik Grund genug, von ihren Forderungen abzustehen, schon des Princips wegen.

Doch die Sache ist geschehen, und bereits zum Verschmerzen Zeit genug darüber hingerollt. Möge dies, der allgemeinen deutschen Sache wegen, vollständig geschehen sein.

Immer mehr schritt man aber beim Beginn des Monats November dem Schlusse des Friedensgeschäftes entgegen. Bereits am dritten desselben Monats konnte ein Schlußprotokoll über die Theilung der von Frankreich abzutretenden Parcelen, so wie über die genauen Bestimmungen, unter denen die Occupationen der Festungen Statt finden sollten,

aufgenommen werden; es ward am 20. November in allen Punkten genehmigt *).

Ein ganz gleiches Dokument über die Vertheilung der von Frankreich zu zahlenden Gelder folgte am 6. desselben Monats **). Fast alle Mächte Europas wurden als Empfänger aufgeführt, freilich in sehr verschiedenen Quoten, die von 100 Millionen herabstiegen bis zu der Summe von 42,529⅓ Franks, welche der Fürst von Lichtenstein empfing. Nur ein Staat, Schweden, ward ausgeschlossen, weil er, wie es hieß, wegen der Schwierigkeit mit seinen Truppen das baltische Meer zu passiren, von einer thätigen Cooperation gegen Frankreich abgehalten worden war!

So kam denn der Moment immer näher heran, wo man den definitiven Frieden, der so Vieles ausgleichen, so Vieles neu begründen sollte, als vollendet annehmen, und die darüber aufgenommene Akte unterzeichnen konnte. Der Herzog von Richelieu that es für Frankreich schon am 19. November, und schrieb dann dieserhalb die merkwürdigen Zeilen: **Tout est consommé; j'ai apposé hier, plus mort que vif, mon nom à ce fatal traité. J'avais juré de ne pas le faire, et je l'avais dit au Roi; ce malheureux Prince m'a conjuré, en fondant en l'armes, de ne pas l'abandonner, et de ce moment je n'ai pas hesité. J'ai la confiance de croire que sur ce point personne n'aurait mieux fait que moi; et la France, expirante sous le poids qui l'accable, reclamait imperieusement une prompte délivrance; elle commencera dès demain, au moins à ce qu'on m'assure, et s'opérera successivement et promptement.**

Der folgende 20. November war dann der wichtige Tag, der durch vollständige Unterschrift aller Bevollmächtigten der

*) Es ist vollständig abgedruckt in Martens supplément au recueil des principaux traités T. VI. p. 668 sq.

**) Ebendaselbst pag. 676 sq.

vereinten, gegen Frankreich in den Waffen stehenden Mächte, einen der wichtigsten völkerrechtlichen Verträge, gewöhnlich der zweite Pariser Frieden genannt, ins Leben rief *). Ersehnt war er gewiß von allen Seiten; die Commission, die ihn ins Leben rufen sollte, konnte sich endlich eines Erfolges ihrer Arbeiten freuen; — auch einer Erfüllung ihrer Hoffnungen? Dies ist eine andere Frage. Die Völker, die sich eben im Kriege gegenübergestanden hatten, schieden friedlich aus einander, am unzufriedensten aber der Staat, der am meisten zu befürchten hatte, Frankreich selbst. Es schlug vollständige Besiegung, Auflösung seiner Heere, gänzliche Hülfslosigkeit einer Armee von einer Million Streiter gegenüber für nichts an, und glaubte durch Zahlung einer Summe und andere pecuniaire Opfer, die nicht viel sagen wollen, (denn der französische Grundsatz: „man glaubt nicht, was ein Land alles aushalten kann," muß auch in Frankreich gelten) so wie durch Abtretung von 500,000 Einwohner schon zu viel zu thun! Es ist wohl die Gelegenheit, zu vergleichen, wie Napoleon ähnliche Stellungen gegen seine Feinde benutzte, und zu fragen, wie er und die Franzosen eine ähnliche auch jetzt ausgebeutet haben würden!

Jene Reklamationen, deren das Protokoll vom 2. October gedenkt, wurden ebenfalls in zwei Dokumenten, dem einen abgeschlossen zwischen Frankreich und England, dem andern zwischen Frankreich und Rußland, Oesterreich und Preußen, ausgeglichen; sie sind unterzeichnet an demselben Tage, wo der allgemeine Friede geschlossen wurde **).

Auch wird in einer gleichzeitigen Note dem französischen Ministerium angezeigt ***), daß dem Herzoge von Wellington der Oberbefehl über das Besatzungsheer von 150,000 Mann anvertraut worden sei. In einem Schreiben an denselben

*) Ebendaselbst p. 682 sq.
**) Ebendaselbst pag. 707 und 717.
***) Ebendaselbst pag. 738.

ward er vollständig mit einem solchen Amte bekleidet und ihm der Umkreis seiner Verpflichtungen und Berechtigungen deutlich vorgezeichnet *). Es ist unterschrieben von den Bevollmächtigten der verbündeten Mächte.

Andere Verträge, welche zu gleicher Zeit beendet wurden, wie z. B. der über die Stellung der Jonischen Inseln, oder die Erneuerung des Vertrags von Chaumont u. dgl. m. können nicht direkte Gegenstände dieser kleinen Abhandlung sein, die ja nur die deutschen Angelegenheiten allein ins Auge fassen soll. Aber auch in dieser Hinsicht scheint es, als wenn wir einen Gegenstand, der doch auch im Interesse der deutschen Höfe verhandelt wurde, rein vergessen hätten, nämlich die Reklamation der geraubten Kunstwerke, die seit dem Verlaufe des Augusts und während des Septembers zu einem eigenen Notenwechsel führte, bei dem vorzüglich das englische Cabinet sich thätig erzeigte **). —

---

*) Aktenstücke Nro. XIX.

**) Martens ꝛc. pag. 632. Nro. 58a und 58b. Es sind dies die beiden Hauptnoten unter denen, die gewechselt sind. Die Nro. 58a ist jedoch nicht eigentlich zunächst an alle verbündeten Mächte, sondern nur an den Grafen Nesselrode gerichtet, welcher sie erst später den andern Bevollmächtigten mittheilte. Ihr voran ging ein Schreiben Castlereagh's, welches ich zur Vervollständigung hier mittheile: The undersigned, His British Majesty's principal Secretary of state for foreign affairs, hath the honour to transmit to H. E. Count Nesselrode a memoir, containing the sentiments of his Court, with respect to the disposal of the statues, pictures and works of art, at present at Paris; and as this paper adverts to the confidential negotiations now tending, the undersigned has marked it accordingly.

The undersigned renews to H. E. Count Nesselrode the assurances of his distinguished consideration.

Paris, 7. Septbr.

H. E Castlereagh.

Count Nesselrode.

Auch das Datum der Note ist hiernach in dem Werke Martens zu corrigiren.

Als die Franzosen alle die Denkmale zurückgeben sollten, die ihrer Eitelkeit so schmeichelten, weil jedes derselben an einen Sieg und an eine Demüthigung anderer Nationen vor Frankreich erinnerte, da war die Noth fast größer, als bei allen andern erhobenen Forderungen. Man bestürmte Talleyrand vom Morgen früh bis zum Abend spät, nur in diesem Punkte, der die Ehre Frankreichs so sehr gefährde, nicht nachzugeben; der alte Fürst, nur stets das wirklich Wichtige im Auge habend, wies den Haufen der auf ihn Andringenden ruhig und kalt zurück mit den Worten; »**Ah, ce n'est pas une affaire.**« Man staunte ihn an, ging fort, und schalt dann nachher über den harten, gemüthlosen Egoisten.

Man mag darüber sagen was man will, aber bei dem, was bei dem zweiten Pariser Frieden für Deutschland als Gewinn und Verlust auf dem Spiele stand, bei den Vortheilen und Nachtheilen die bleibend sind, und allen Generationen nach uns zum Gewinn oder Verlust ausschlagen, bei der Frage über eine politische Stellung, welche die Dauer unserer glorreichen Nationalität für künftige Zeiten verbürgen, oder sie gradezu gefährden, zum wenigsten doch 34 Millionen in einer ewigen Spannung und Besorgniß darüber erhalten kann, — da vermag auch ich über die Restitution der Kunstwerke nichts Anderes zu äußern, als die Worte des Fürsten von Benevent: **Ah, ce n'est pas une affaire.**

Wohl aber muß es Deutschland auch hier nicht vergessen, daß, während Alle befriedigt wurden, nur Ein Fürst bei der Rückgabe auch selbst gewaltsam um das Seinige kam; es war gleichfalls ein kleinerer deutscher Souverain, der seine Rechte größern Mächten gegenüber nicht vertreten durfte — der Churfürst von Hessen. Er hat einen einzigen Schatz, die vier Tagszeiten von Claude Lorrain, dem Kaiser von Rußland nach Petersburg folgen sehen!

Ungewöhnlich war übrigens die Kälte, mit welcher die Nachricht über den Abschluß des zweiten Pariser Friedens al-

lenthalben aufgenommen wurde. In London war eine Illumination veranstaltet; sie erstreckte sich jedoch nur auf die öffentlichen Gebäude uud die Wohnungen Derer, welche sich nicht wohl davon ausschließen konnten. Das Publikum aber hielt sich, damit der Contrast desto schroffer hervortrete, ganz und gar davon entfernt. In den Blättern, welche nicht rein ministeriell waren, hieß es: das sei ein schöner Frieden, der nicht anders wie durch einen Kriegszustand, durch 150,000 Mann Soldaten, aufrecht erhalten werden könne. Aber auch selbst «the Courier» der doch eine Art Entgegnung liefern mußte, bekannte, es wäre freilich besser gewesen, wenn andere Bedingungen von Frankreich zu erhalten gewesen wären. Nur über den Punkt ließ er sich klüglich nicht aus, in wieweit die Minister selbst, die er vertrat, oder nur die Umstände Schuld daran waren, daß man keine bessere erhalten. — Eben so war es in Deutschland. Von Wien berichteten Privatschreiben: „Die Kälte, mit welcher das Wiener Publi„kum den Inhalt der zu Paris abgeschlossenen Friedens„grundlagen aufgenommen hat, war wohl durch ganz Deutsch„land dieselbe. Außerdem, daß das Recht der Wiedervergel„tung nicht im gleichen Maße ausgeübt ist, bleibt im Herzen „eines jeden Deutschen der Gedanke unvertilgbar, daß Frank„reich sich zu schwer an uns versündigt hat und jeden Au„genblick sich wieder versündigen kann, daß wir für unsern „Muth und unsere unsäglichen Aufopferungen mehr erwartet „hätten, und daß nie und zu keiner Zeit eine ähnliche Ge„legenheit wieder kommen werde, den ewigen Feind unserer „Ruhe und unserer Sicherheit unschädlich zu machen.“

Ganz ähnlich war es in Berlin und ganz Preußen. Es zeigte sich zur Zeit viel Aufregung und Begeisterung, aber sie galt nur den in ihre Heimath zurückkehrenden Tapfern! Vom Frieden selbst war wenig die Rede, und es ist eine zu bekannte Sache, wie grade das Heer, in welchem die kräftigen Soldaten-Ausdrücke Blüchers darüber bei Jedermann cursirten, damit am meisten unzufrieden war, und wie der

Ausdruck der Meinung desselben über jenen Frieden so recht ins Volk überging, weil das letztere zur Zeit inniger als jemals mit dem Heere selbst verwachsen war.

Wie die Stimmung aber in den kleinern deutschen Staaten war, braucht wohl kaum, nach dem was bei Erzählung der Begebenheiten schon vorgekommen ist, noch ausgeführt zu werden.

Der rheinische Merkur hatte im November und December ganz gradezu gegen den Frieden gesprochen, auf die Vernachlässigungen, die man sich dabei hatte zu Schulden kommen lassen, hingewiesen, und die drohenden Folgen derselben, wie ein finsteres Gebirge im Hintergrunde gezeichnet. Es war ein eigner Ton in dem Blatte, der vielleicht jetzt wenig, und am allerwenigsten Glück im englischen Parlamente gemacht hätte. So aber war die Beredsamkeit Görres ganz wie die Begeisterung der Zeit, die mit dem Gewöhnlichen nicht ausgereicht, sondern zu Ungewöhnlichem gegriffen und Großes damit ausgerichtet hatte. Darum drang auch damals die Sprache desselben so zum Herzen, weil sie war wie das Volk selbst, ein treuer Spiegel des Augenblicks und der Verhältnisse.

Selten oder fast nie nennt Görres irgend eine Sache oder ein Verhältniß nüchtern und einfach mit dem ihm im gewöhnlichen Leben zukommenden Namen. Wenn er für oder wider etwas streitet, so reißt die Phantasie allsogleich den Redner so gewaltig fort, daß es stets nur die glänzendste Seite oder deren schroffster Gegensatz ist, die er festhält, wenn er sich über seinen Gegenstand ergeht. Er setzt, wie sich von selbst verstehend, bei seinem Leser oder Hörer stets das trockne Thema als längst bekannt voraus. Und nie ist es die abgeschlossene Gegenwart, wenn sie auch noch so lärmend fordernd auftrat, welche diesen Feuergeist ganz in Anspruch zu nehmen vermochte; stets ist es nur die Zukunft mit ihrem unabsehbaren Felde für die Folgen der Begebenheiten, die er in einem überreichen Bilde dem geistigen Auge derer vorführt, zu

denen er redet. Für ihn ist die Gegenwart nur Vergangenheit, die schon weit hinter ihm liegt. Noch nie sind wohl alle äußere Erscheinungen und Begebenheiten von einem solchen Gemüthe so aufgefaßt und in einer solchen Sprache wiedergegeben, und es kann manches Jahr hingehen, ehe die Geschichte unsers Vaterlandes von einer gleichen Eigenthümlichkeit zu berichten vermag!

Eine Stimme von solchem Gewicht muß begreiflich von unendlichem Einfluß sein auf die öffentliche Meinung, und sie war es auch. Allenthalben wurden nun öffentlich oder in kleineren Kreisen ähnliche Urtheile über die Arbeit der Diplomaten zu Paris in Deutschland gefällt.

Es schien deswegen schon im Interesse der Regierungen zu liegen, solchen Urtheilen entgegen zu arbeiten. Der Herr von Gentz *), der persönlich bei den Verhandlungen als Protokollführer thätig gewesen war, übernahm eine Rechtfertigung derselben im österreichischen Beobachter. Man kann hier zweierlei sagen, daß es wohl gut sei, wenn einer über einen Gegenstand spricht, der, weil er selbst mit an ihm gearbeitet, auch wegen gründlicher Kenntniß besonders dazu berufen scheint; dann aber auch: das Werk soll den Meister loben, nicht der Meister das Werk. Das letztere erweckt kein gutes Vorurtheil. Gentz führte aus, wie die Unterhandlungen über den Frieden erst im September in Gang gekommen seien, ja erst am 20. ihren Anfang genommen hätten, daß Deutschland Alles erhalten habe, was als Ersatz für die ihm von Frankreich zugefügten Uebel zu erhalten gestanden, daß jeder Punkt zur Sprache gekommen, für jeden das Aeußerste versucht, und das Mögliche durchgesetzt worden sei. Die Hauptmächte hätten nicht für ihre ausschließlichen Vortheile gearbeitet, jedem kleineren Mitglied des Bundes sei das Seinige geworden,

*) Die vollständigen Aufsätze siehe in von Gentz Schriften Th. II. Seite 399 ff. Ich nehme an, daß er nicht auf höheren Auftrag sondern auf eigne Hand jene Artikel verfaßte.

nichts sei unvollständig, nichts zweideutig entschieden. Was in Wien noch unentschieden geblieben, davon habe Manches zu Paris seine Erledigung gefunden, und selten sei ein so großes, verwickeltes, und von mannigfaltigen Schwierigkeiten umringtes Geschäft in einer so kurzen Zeit so gründlich, so glücklich und so erschöpfend beendigt. Die von Frankreich erhaltenen Territorialabtretungen überstiegen die Kosten des letzten Feldzugs bedeutend, und böten Sicherheit und Bürgschaft für die Zukunft dar. Zwar haben sich Stimmen erhoben, die das ganze Friedensgeschäft im Voraus verdammten, weil nicht bedeutende Gebietsabtretungen von Frankreich erreicht seien. Dies würde aber den politischen Zustand dieses Staats und somit die Ruhe von ganz Europa aufgelös't haben, und die Politik habe höhere Rücksichten, als die Wünsche Einzelner. Gleichmäßig in diesem Geiste haben auch die Cabinette stets einen übereinstimmenden Gang der Unterhandlungen befolgt, denn Alles, was von Verschiedenheit der Meinungen, langen Kämpfen und lebhaften Debatten über diese Fragen gesagt und geschrieben worden sei, gehöre vollkommen unter die Fabeln der Zeit.

Görres konnte keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Widerlegung hauptsächlich ihm gelte, und aus der Urne, die dem rheinischen Merkur als Sinnbild des nie fehlenden Ergusses voransteht, braus'te am 16. December 1815 das donnernde: „Nach Wien hinüber," wie ein hinter einem Damm zurückgehaltener und angeschwollener Strom.

Die Art und Weise, wie der Aufsatz des Herrn von Gentz angegriffen und seine Sätze bekämpft wurden, war ganz die eigenthümliche Görres, die noch dazu auf ihren höchsten Gipfel gesteigert war durch den Unmuth, der sich über sein Inneres gelegt hatte, und der aus jedem Worte der Erwiderung klar hervorleuchtet.

Gentz, wie zum Gruße erst tief die Lanze senkend vor einem solchen würdigen Gegner, schrieb eine neue Rechtfertigung seiner ersten Vertheidigung, unter dem Titel: Gegen

Görres. Wie ein kluger Kämpfer ersah sich ersterer bald seinen Vortheil, und die Art, wie Görres gestritten, lieferte ihn seinem Gegner in die Hände. Was jener gesprochen hatte, widerlegte Gentz leicht, denn die Sprache hatte, wie immer, den Redner dahingerissen, der im gewaltsamen Flusse zu viel berührt, zu viel angedeutet, aber daher auch wenig erörtert hatte.

Man nahm damals Görres für vollkommen widerlegt, und der Herausgeber der Werke des Herrn von Gentz thut es auch noch jetzt. Er hat Recht in gewisser Beziehung; die Worte des Ersteren sind es; aber wenn man den Geist, in dem sie gesprochen, in Betracht zieht, steht die Sache anders. Man kann wohl fragen: Ist das auch widerlegt, was Görres gemeint hat, oder sind die Worte auch wahr, mit denen Herr von Gentz widerlegt hat?

Einfacher und nüchterner, aber daher auch praktischer, äußerte sich über die erste Rechtfertigung desselben ein anderes deutsches Blatt, die Bremer Zeitung. Es heißt darin: „Den Bemühungen derjenigen Männer, welche die letzten „Pariser Unterhandlungen, deren Resultate wir vor Augen „haben, leiteten, wird in jenem Aufsatze ein Lob, das nur „Leidenschaftlichkeit und Unkunde dessen, was auf dem Wege „der Diplomatie überall erreichbar ist, herabsetzen könnten. „Wer aber irgend den Gang jener Verhandlungen kennt, ja „wer nur irgend das Offenkundige zu vernehmen und zu „deuten gewußt, dem dürfte es schwer werden, sich in den hier „ausgesprochenen Ansichten zurecht zu finden. Was als Er„zeugniß vielfach abweichender und oft sogar widerstrebender „Richtungen der Cabinette das höchste Lob und die höchste „Anerkennung verdiente, wird hier dargestellt als ein Resultat „ihrer stets einmüthigen Bestrebungen, als ein „Ideal, was stets unverrückt Allen vorgeschwebt, „und nur durch Aller vereinte Kräfte verwirk„licht worden sei. Was von Verschiedenheit der Mei„nungen, langen Kämpfen und lebhaften Debatten über den

„Hauptgesichtspunkt gesagt und geschrieben ist, wird für un-„wahr erklärt und in das Reich der Fabeln verwiesen. Die „Zeit möchte indeß nicht mehr fern sein, wo die Welt erfah-„ren wird, daß diese Ansicht wenigstens nicht — die geschicht-„liche ist.“ —

Die Geschichte liegt vor, und es mag sich ein Jeder sein Urtheil selbst bilden. Ich zweifle nicht daran, daß, wer die Sache der Cabinette in dieser Angelegenheit führen wollte, dafür noch Manches vorbringen könnte, was Herr von Gentz, sei es absichtlich oder nur arglos, ganz übergangen hat. Dieser hat im Jahre 1815 zwei arge Uebereilungen begangen; seine Proklamation gegen Frankreich, und seine Vertheidigung des Pariser Friedens mit Gründen, die, — um ihnen noch das Günstigste nachzusagen, — auf der äußersten Höhe zwischen gröbster Unwahrheit und feinster Spitzfindigkeit schweben.

Drittes Buch.

Patriotische Phantasien.

„Wenn man vom Rathhause kommt, so ist man immer klüger als wenn man hinaufgeht."
Altes Sprichwort.

Von Friedensschlüssen im Allgemeinen.

Mit jenem uralten, ächt deutschen Kernspruch sei eine Reihe von kurzen Betrachtungen eröffnet, so wie sich solche aus den geschilderten Ereignissen ableiten. Sie sollen nicht dazu dienen, die Gegenstände welche sich wie von selbst darzubieten scheinen, zu eröteren, sondern nur, um nochmals daran zu erinnern. Noch viel weniger kann es Absicht sein, ein Urtheil aussprechen zu wollen, oder zu verlangen, daß Andere gleicher Ansicht sein sollen. Am allerwünschenswerthesten aber wäre es, von der Critik den Bescheid zu vernehmen: daß die Hinzufügung von solchen Dingen, die sich von selbst verstehen, eigentlich ganz unnöthig gewesen sei.

Wohin sind Friedensschlüsse ihrer innern Bedeutung nach zu stellen, an das Ende eines abgelaufenen Zeitabschnittes, oder an den Anfang eines neuen? Lies't man die Werke der Historiker alter und neuer Zeit, so scheint es, als wenn man an das erstere glauben müßte, und doch hat das letztere meiner Meinung nach, gar kein Bedenken. Das Ende einer

krank und alt gewordenen Zeit ist die Krisis, die sich in großen nach Innen und Außen verlaufenden Völkerbewegungen kund thut; sie ist selbst das Heilmittel und der Schluß der Krankheit. Hat dann die Zeit genug auf ihre Art geredet, und hat man sich davon überzeugt, daß Widerstand gegen das was sie gebracht, nicht mehr möglich sei, dann treten die Menschen hinzu uud ordnen ihre Angelegenheiten nach dem, was sie erfahren, was sie vermögen, und dem gemäß, was ihnen noch geblieben; da werden neue Verbindungen und neue Beziehungen verabredet, in denen man ferner zu einander stehen will; das Alte muß man oft gradezu vergessen, weil es selbst nicht immer erlaubt ist, Rechte aus ihm mit herüber zu nehmen. Das ist der Friede, nach dessen Bedingungen fortan leben zu wollen, man mit einander übereinkommt, und gewiß ist selten einer geschlossen, an den nicht Hoffnungen für die Zukunft sich knüpften, die grade auf ihn, als auf ihre letzte Quelle zurückgingen. Zwar werden oft Abkünfte, die auch den Namen Frieden tragen, geschlossen, um nur einen augenblicklichen Stillstand in die gewaltig fortschreitenden Bewegungen zu bringen, so wie ein Arzt oft, ohne auf die Krankheit wirken zu wollen, deren Schmerzen und Erscheinungen auf eine Zeitlang unterdrückt; aber so gewiß es ist, daß die wirkliche Genesung nie mehr mit zur Krankheit gehöre, so gewiß ist es auch, daß ein wirklicher, allgemeiner Frieden stets eine neue Aera beginne, er ist, wenn ich so sagen darf, das Grundgesetz einer neuen Zeit.

Man wird sich nur wenig in der Geschichte unsers Vaterlandes umzusehen brauchen, um sogleich die Richtigkeit jenes Satzes einsehen zu müssen. Allenthalben zwar heißt es in allen Geschichtsbüchern: der von der Reformation anfangende Zeitraum endige mit dem westphälischen Frieden. Es würde richtig sein, wenn dieser nur einen Schluß in den Bewegungen hervorgebracht hätte, der Zustand aber so geblieben wäre, wie er früher war. Aber die äußern Gränzen der

Territorien in Deutschland für die Zeit bis zum Schluß des 18ten Jahrhunderts basiren auf ihm, ein neues Staats- und Völkerrecht kam auf, als dessen Grundlage immer die Bestimmungen zu Osnabrück und Münster angegeben werden, ja noch mehr, ein neues europäisches Staatensystem, dessen politisches Leben auch erst in der Zeit nachher beginnen konnte, schreibt sich nicht weniger von daher. Diese neuen Zustände alle hervorgerufen durch jenen Frieden, führten die Nothwendigkeit in sich, daß nichts von dem Abgethanen wieder aufleben konnte; und wenn er daher mehr auf die Zukunft berechnet war, und für sie tausendmal so viel wirkte als für die Gegenwart oder gar die Vergangenheit, so ist wohl nicht zu fragen nöthig: schloß er die alte Zeit, oder begann er vielmehr eine neuere?

Wie bis ins Kleinste manche Verhältnisse am Schlusse des Jahres 1815 denen im Jahre 1648 ähnlich waren, ist Manchem nicht entgangen, und ausgezeichnete Staatsmänner haben sich bemüht, Erfolge aus dieser Vergleichung zu gewinnen. Wir haben Gelegenheit gehabt, hierauf hinzuweisen. In der That war die Krisis von 1789 bis 1815, in welcher eine alt gewordene Zeit unterging, wohl mit der des dreißigjährigen Krieges zusammenzustellen. Die Versammlungen zu Paris und Wien gehalten, deren Ergebnisse, den eignen Bestimmungen nach, als zusammengehörig anzusehen sind, und wovon eine die andere ergänzen und festigen sollte, übernahmen es, das Grundgesetz einer neuen Zeit zu bestimmen. Sie ist erschienen, wiederum mit einem in mancher Hinsicht neuen Staats- und Völkerrechte, und mit einem neuen Staatensysteme. Schon fast ein volles Menschenalter ist von ihr dahin, und in dieser Periode sind Erscheinungen aufgetaucht, so merkwürdig, so verschieden von denen aller Zeiten, und wiederum in so reicher Folge, daß derjenige, der sie selbst mit erlebt, sie kaum alle zu erfassen und zusammenzuhalten vermag. Aber sie sind nicht so eigenthümlich, daß die Quelle, aus welcher sie flossen, nicht nach-

gewiesen werden könnte, — sie ist zum Theil jener Frieden, mit seinen Bestimmungen, die zum Gesetze geworden sind, nach welchem wir leben. Die Zeit, sich hierüber Rechenschaft zu geben, ist vielleicht grade jetzt die rechte, denn das Ereigniß über welches zu urtheilen ist, liegt nun schon so fern, daß es nicht mehr die Aufregung der Gegenwart ist, die das Wort zu führen braucht. Dazu kann das Urtheil nicht mehr ein willkürliches in den Tag hineingesprochenes sein, denn die Erfahrung, diese nie trügende Richterin, hat der bloßen Meinung und der Ansicht das Wort längst abgenommen. Aber wir haben nicht allein nach jenen Grundbestimmungen der Jahre 1814 und 15 schon eine Zeitlang gelebt, wir denken dies auch noch ferner zu thun. Eine Anerkennung dessen, was sie Vorzügliches schon bewirkt haben, wird uns daher ebenso wohl thun, als eine genaue Erörterung und Darlegung der Unvollkommenheiten, die ihnen, wie allem Menschenwerk noch ankleben. Möge grade die Erfahrung einer früheren Zeit es sein, welche uns vor solchen Nachtheilen, an welchen wir in ihr litten, bewahre; hier führt wirklich die Krankheit die Arznei in sich. — Doch sollen es nur ganz gewisse abgeschlossene vaterländische Verhältnisse sein, die hier, vielleicht zum erstenmal grade in diesem Zusammenhange besprochen werden.

Von den Friedensschlüssen der Jahre 1814 und 1815.

Je vollständiger ein Friedensschluß alle möglichen Verhältnisse der Staaten nach Innen und Außen im Auge hat, und je sorgfältiger er bedacht ist, Alles so zu regeln, daß Conflikte entweder nicht eintreten können, oder daß sie, wenn sie doch eintreten, ihre Erledigung und ihre Entscheidung nach einer vorgeschriebenen und mit kluger Voraussicht festgestellten Ordnung finden, desto ruhiger wird die Zeit verlaufen, der ein solches Staatsgrundgesetz unterliegt.

Ueberläßt man aber die Zeit sich selbst, und nimmt eine augenblicklich hergestellte Ruhe für die Gewähr einer eben so guten und einer noch bessern Zeit, so ist man in der Regel schlecht berathen. Es sind wenige Ereignisse, die wie vom Himmel in den Kreis der menschlichen Gesellschaften hineinfallen; die meisten lassen sich vorhersehen, und zu allen Zeiten hat es genug Kluge gegeben, welche es thaten, wenn dem, was sie darüber sagten, auch nicht immer geglaubt ist. Verwickelungen der Staaten nach Innen und Außen entstanden stets nur, wenn ihre Zustände schwankend und schlecht und nicht sicher geordnet waren; und da dies stets in Frieden und Abkünften geschah, so ist wieder deren größere oder geringere Vollständigkeit wenigstens zu einem großen Theil die letzte Ursache für die Erscheinungen der Zeit. Sind diese nicht erwünscht, so kam es stets daher, daß der Willkür der Zukunft zu viel Raum gelassen. Wie es auch geschehen sein mag, wenn man zu beschränkt war in der Aussicht, oder wenn man sich absichtlich gescheut hat, mögliche künftige Verwickelungen wie einen wunden Fleck zu berühren, beides ist von gleich verderblichen Folgen gewesen; das letztere aber am meisten. Denn man vermeidet ein künftiges Ereigniß dadurch noch nicht, wenn man es mit Worten umgeht und in der Gegenwart nicht davon spricht. Es wächst während der Zeit, daß man es vernachlässigt, und redet dann als Riese zu der Generation, die seiner, als es noch ein Kind war, wohl hätte Herr werden können.

Sehen wir, wie es mit den Friedensschlüssen aussieht, welche die letzte Grundlage unserer staatlichen Beziehungen bilden. Der erste Pariser Frieden war nur eine vorläufige Abkunft, und ist auch von allen den Regenten und Staatsmännern, welche bei seinem Abschlusse thätig waren, nie anders angesehen worden. Dies geht schon daraus am sichersten hervor, daß sie selbst die endliche Lösung aller wichtigen politischen Fragen auf den Wiener Congreß hinausschoben, der alle die Verwirrungen ausgleichen sollte, welche die fran-

zösische Revolution während ihrer 25jährigen Dauer in dem Staatensysteme Europas hervorgerufen hatte, — Verwirrungen, unter denen die, welche nur die äußern Verhältnisse desselben getrübt hatten, nicht die schlimmsten waren, bedenklicher noch schienen die im Innern.

Hat der Wiener Congreß diese Aufgabe für Deutschland zu Ende bringen können, und zwar auf eine solche Art, daß Alles, was auszugleichen war, seine alle Parteien befriedigende Erledigung fand, oder mußte er durch die neuen Ereignisse in Frankreich und die Landung Napoleons gezwungen, Manches abbrechen, und bei andern sich mit provisorischen Maßregeln und Bestimmungen begnügen?

Wenn man über diesen Punkt so entscheidet: daß das Resultat der Verhandlungen über deutsche Zustände, die Bundesakte, in den meisten Punkten zu unbestimmt und allgemein sei, daß mithin die Unmöglichkeit klar vorlag, daß allein auf sie gestützt, Deutschlands Zukunft eine solche sein würde, wo alle die Verhältnisse stets friedlich und nach einer solchen Ordnung sich lösen würden, für welche die Bundesakte wieder allenthalben ausreichende Norm werden könne, so kann darin unmöglich ein Vorwurf liegen, der dem Gesetze selbst, oder den Männern, welche es abfaßten, gemacht wird. Bei allem Guten, was jenes Gesetz in sich hat, und was seine Früchte schon so reichlich getragen hat, mußte es sich doch schon beim ersten Anblick herausstellen, daß unbedeutende Verhältnisse, Einzelnheiten, die schwerlich jemals zu großen politischen Verwickelungen hätten führen können, und die sich leicht von selbst gemacht haben würden, weitläuftig und in jeder Beziehung ergründet und erwogen waren, während alle die wirklich schwierigen Punkte nur beiläufig erwähnt wurden, und so, daß entweder zu viel oder nichts aus ihnen folgte, — der sicherste Beweis, daß die eigentliche Berathung darüber nicht vollendet, oder daß gar kein allgemeines Resultat in solchen Angelegenheiten zu erhalten gewesen war.

So wie die Rede auf diesen Punkt kommt, hat immer der berühmte Artikel 13 zum Beispiele dienen müssen. Es sei deswegen einmal ein anderes gewählt. Es sagt der Art. 11: „Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen." — Aus Klübers Akten des Wiener Congresses *) liegen die Verhandlungen, die über diesen Punkt gepflogen wurden, namentlich über das, was Hauptsache bei dieser wichtigen Frage war: „Was ist ein Bundeskrieg, und wann muß er geführt werden," vor. Die Debatten waren mitunter stürmisch, und man kann in sofern sagen, sie haben zu gar keinem Resultate geführt, als nach dem, worüber man sich damals einigte, schwerlich jemals hätte ein Bundeskrieg erklärt werden können. Man hatte sich zwar geeinigt, aber die Sache war damit nicht erledigt; nur um davon zu kommen, war dem individuellen Urtheil und Belieben über diesen Punkt viel zu viel Raum gelassen. Hätten wir über diesen Punkt nicht spätere festere Bestimmungen, so sähe es wahrlich schlimm damit aus. Aber angeführt mußte er doch in der Bundesakte werden, und so geschah es mit Worten, welche das Schwierige dieser Sache dadurch umgingen, daß sie in solcher Allgemeinheit gehalten wurden, die eigentlich gar nichts erledigte, weil des Hauptpunktes gar keine Erwähnung geschah. Und dies Verhältniß war ganz dasselbe bei sehr vielen der wichtigsten politischen Fragen.

Jenes Urtheil über den Inhalt der Bundesakte ist auch nicht das von unberufenen und unbefugten Schreiern, die ohne die gehörige Umsicht der Verhältnisse zu besitzen, Vorstellungen welche sie sich machen, für Resultate geben, nein, es war das Urtheil von den ersten Staatsmännern, welche selbst bei der Abfassung jenes Gesetzes mit thätig gewesen waren. Die Worte, welche der Graf Münster in die-

*) Thl. II, 85 flg. 103 flg.

ser Hinsicht gesprochen, sind zu bekannt und zu unvergessen, als daß sie wiederholt zu werden brauchten. Von dem Fürsten Metternich selbst hat die Geschichte Aeußerungen aufbehalten, die ganz in ähnlichem Geiste gehalten sind; es ist ferner bekannt, wie eine Anzahl deutscher Staaten gradezu gegen dieses Gesetz protestirte, und aus der Art und Weise, wie man an dasselbe die Anforderungen stellte, kann der Politiker sehen, daß es zu den Bestimmungen gehörte, welche, wie dies so oft vorkommt, keiner Partei genügen. In seiner Unbestimmtheit hatte es denen zu wenig gethan, welche eine absolutere Form der Regierung wollten, eben so aus demselben Grunde denen, welche deren Form freisinniger ausgedehnt wünschten. Da nun beide Parteien im Gesetze selbst keine Norm fanden, wie weit in dieser Beziehung die vorzunehmenden Handlungen gehen durften, so war die nothwendige Folge, daß in der Praxis des Lebens den Parteien selbst, um sich zu versuchen, freies Spiel gegeben werden mußte. Wir kommen auf diesen Punkt nochmals wieder zurück.

Aber die folgende Zeit hat schon in sofern das Urtheil des Einzelnen über Vollkommenheit und Unvollkommenheit der Bundesakte ganz unnöthig gemacht, als später solche Zusätze wie z. B. die Wiener Schlußakte abgefaßt werden mußten, um nur einige der fühlbarsten Mängel zu erledigen. Die Ursachen, welche dazu trieben, waren nicht ungewöhnlich und in ihrer Art neu und ohne Grund; der letztere lag vielmehr grade in den durch die geringere Vollkommenheit der ersteren Bestimmung hervorgerufenen Erscheinungen.

Zweierlei Gründe waren es, welche es unmöglich machten, in Wien 1814 und 1815 die deutschen Verhältnisse so zu ordnen, daß aus den Bestimmungen dieserhalb ein vollkommener, befriedigender Zustand hervorgehen konnte.

Zwar waren die Berathungen über rein deutsche Angelegenheiten von den allgemeinen europäischen getrennt, aber an einem Ort, zu derselben Zeit, zum Theil von denselben Männern geführt, konnte es nicht fehlen, daß deutsche Ver-

hältnisse, die man allein vor das Forum deutscher Entscheidungen hätte ziehen müssen, zu europäischen wurden, — wie z. B. die Forderung Preußens wegen Sachsens, — und umgekehrt wurden manche deutsche Angelegenheiten dadurch aufgehalten, daß sie von europäischen Interessen nicht ganz fern gehalten werden konnten *), an denen Theil zu nehmen Deutschland als solches, zum wenigsten doch aber ein großer Theil seiner Staaten, gar keinen Beruf hatte. Wie wäre es nur möglich gewesen, ein befriedigendes Einigungsgesetz in demselben Augenblicke zu entwerfen, wo Europa sich in zwei große, feindlich drohende Bündnisse, Preußen und Rußland gegen England, Frankreich und Oesterreich, getheilt hatte. Deutschland ward dadurch in zwei Hälften gesondert, derselbe Staat, den man doch als ungetrennten Bundesstaat aufzurichten im Begriff stand!

Der andere Grund war die Unterbrechung der Verhandlungen durch die Ereignisse in Frankreich. Im Angesichte der größeren Gefahr einte man sich zwar; aber es war vorauszusehen, daß, wenn diese gehoben sei, so manches aus den vorigen Verhältnissen nothwendig wieder aufleben mußte, denn diese waren eigentlich nicht erledigt, sondern man hatte darin nur vorläufig nachgegeben. Ein solches Deutschland, welches im Innern scheinbar einig war, hat an der Herstellung seiner Bundesakte also kaum drei Monat arbeiten können, eine Zeit, von welcher Niemand das Unmögliche fordern wird. Aber doch war es wichtig genug, daß Deutschland, dem Auslande namentlich Frankreich gegenüber, als der

*) So heißt es z. B. in einer Note vom 22. Nov. 1814 des Fürsten Metternich: Da nun bei dem ersten, die Territorialverhältnisse besonders betreffenden Punkt die Frage über die vertragsmäßig zu bewerkstelligende Reichsconstruction der österreichischen und preußischen Monarchien, und die erforderliche Abrundung der Gränzen der deutschen Staaten zur Frage kommt, so gehört derselbe unstreitig zu den großen europäischen Angelegenheiten, worüber die deutsche Comité nicht zu entscheiden hat. —

Bundesstaat hergestellt werde, der durch den Frieden zu Paris im Jahre 1814 ins Leben gerufen war, schon um deswillen, um nur das Auseinanderfallen der Theile, die ihn bilden sollten, zu verhindern. In diesem Sinne ward nun Alles beschleunigt, und man mußte zufrieden sein, wenn nur dieser eine Hauptgesichtspunkt erreicht wurde; hundert andere konnten wie ganz natürlich war, obgleich sie wichtig genug waren, und deren Nichterledigung zu spätern Conflikten führen mußte, entweder gar nicht zur Berathung kommen, oder diese mußte aufgegeben werden, bevor das Alle befriedigende Ende gefunden war. So kam es, daß die Bundesakte über so viele Punkte, über welche in ihr eine feste Grundlage hätte befindlich sein müssen, gar nichts oder nur ganz Allgemeines enthielt. Sie selbst war zwar da, und als solche fertig und vollendet; etwas anders war es mit den Gegenständen, die sie nur berührte und doch hätte ergründen müssen. Es ist bekannt, wie man sich auch von Seiten mehrerer Staaten dahin äußerte, es sei besser, nur vorläufig einen weniger vollständigen und vollkommenen Bund zu schließen, als gar keinen. So Preußen in seiner Schlußerklärung vom 6. Juni 1815; Hannover in der Erklärung vom 5. Juni; der niederländische Gesandte sprach bei der Unterzeichnung der Bundesakte am 6. Juni die Nothwendigkeit der Verbesserung und Vermehrung gradezu aus, und die mecklenburgischen Häuser behielten sich für den Fall, daß Mehrere nicht beiträten, was also damals für so unwahrscheinlich nicht genommen wurde, alle Zuständigkeiten und Freiheiten vor *).

Schon jetzt aber stellte sich deutlich heraus, daß die Resultate des Pariser Friedens mit denen des Wiener Congresses zusammengenommen, für einige Staaten in Deutschland eine viel mehr vollendetere, in sich fertigere Grundlage einer künftigen Zeit bilden konnten, als für andere. Oesterreich und Preußen hatten zwar in den Stürmen der Napo-

*) Vid. Klüber Akten II., p. 556. 524. 546. 550.

leonischen Zeit unendlich viel leiden müssen. Allein sie standen doch beim Auseinanderfallen des deutschen Reichs so selbstständig da, daß, als sie gezwungen waren, sich ihre künftige politische Stellung außerhalb eines deutschen Verbandes zu suchen, sie diese auch als europäische Staaten finden konnten. Zwar mußten sie später sich manche Abtretungen gefallen lassen, aber es blieb doch immer ein Kern des Staates da, der mit sich selbst einig geworden war über seine politische Bedeutung, und der ganz dem gemäß seine innere Verfassung nach festen Grundsätzen geregelt hatte. Als später jenem Mittelpunkte die einzelnen von ihm eine Zeit lang getrennten Theile, oder andere, wieder zufielen, da war allerdings Alles gleich fertig und geordnet, ein Schwanken konnte nicht Statt finden, und so ist es wohl erklärlich, wie für Oesterreich und Preußen allerdings die Ergebnisse und Resultate zu Paris und Wien vollkommen ausreichend und genügend sein konnten, und wie für sie die Nothwendigkeit gar nicht existirte, für die zukünftigen Verhältnisse ihrer Staaten noch andere weitläuftigere Grundlagen unterzulegen. Es liegt gar zu nahe, Andere nach demselben Verhältnisse zu beurtheilen, in welchem man sich selbst befindet.

Aber ganz anders war es mit den übrigen kleineren deutschen Staaten. Noch vor Auflösung des deutschen Reichs wurden sie unter dem Protektorate Napoleons zu einem Staatenbunde vereint, der nicht selbstständig, sondern dem seine Stellung ziemlich genau vorgeschrieben war. Bei ihnen war in allen ihren Beziehungen schon seit dem Frieden von Basel und dem Congreß zu Rastadt viel mehr noch Alles schwankend geworden als wie bei Oesterreich und Preußen trotz deren späteren Länderabtretungen; nämlich Verfassung im Innern und politische Stellung nach Außen. Alles mußte neu gefunden werden, namentlich war die Nothwendigkeit der Regeneration der Verfassungen in demselben Augenblicke, wo die Bundesakte zu Stande kam, vorhanden. Hier mußte deren Unvollständigkeit doppelt hervortreten, und man wird

diese richtig charakterisiren, wenn man sagt, sie bestehe hauptsächlich darin, daß sie die speciellen Verhältnisse der kleinern deutschen Staaten sowohl nach Innen, als auch in ihrer Beziehung zu den übrigen größeren Staaten nur in der größten Allgemeinheit, die nicht immer bei allen Fragen der Zeit ausreicht, in Betracht ziehe. Für die Mediatisirten war fast mehr geschehen, wie für die kleineren Souveraine.

Wenn also auch alle Deutsche die Nothwendigkeit einsahen, zusammen das Ziel zu verfolgen, Deutschland nach Innen und Außen stark und groß zu machen, so zeigte sich nicht minder in sofern in den politischen Systemen eine Verschiedenheit unter den einzelnen Staaten, als Oesterreich und Preußen über den Standpunkt, wie sie von Innen heraus dazu beitragen konnten, längst vor allen Friedensschlüssen einig waren, während dieser von den kleinern deutschen Staaten erst später gewonnen werden mußte.

Da der zweite Pariser Frieden keine Erweiterung und Vervollkommnung der frühern Bestimmungen zu Paris und Wien erhielt, sondern allein nur auf die Grundlage derselben abgeschlossen wurde, so waren damit natürlich auch die Unvollkommenheiten derselben für bleibend erklärt. Die unbedeutende territoriale Vergrößerung, welche Deutschland erhielt, war Sache einiger wenigen Betheiligten, und unter diesen abgemacht; die Berechnung der Vertheilung der französischen Contribution war auch ein zu unbedeutender Gegenstand, um bei ihm Anderes Allgemeines wieder und zum zweitenmale aufzunehmen. Dazu war auch dieses Geschäft zu eigenthümlicher und zu sehr specieller Art. Was der Herr von Gentz daher auch bei Beurtheilung des zweiten Pariser Friedens sagt, das wird sich nie abstreiten lassen, daß er anerkannte Unvollständigkeiten, weil er sie nicht ausglich, für die meisten Staaten nur fortsetzte, und daß mit einer solchen Grundlage eine neuere Zeit für Deutschland begonnen wurde. —

Was konnte und was mußte der zweite Pariser Frieden im Jahre 1815 für Deutschland werden?

Eben so wenig wie der Einzelne, kann auch der Staat für eine ehrenvolle Existenz der öffentlichen Meinung entbehren, ihre Allgewalt ist zu groß; aber wie würde sie es sein, wenn sie nicht den festen Grund hätte, daß sie in der Regel auch das Rechte trifft? Nie, und zu keiner Zeit aber hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland so einstimmig ausgesprochen, wie 1815 darüber, daß von Frankreich beim Abschluß des Friedens Länderabtretungen zu fordern seien; hat sie sich in dieser Forderung geirrt, oder haben die einen Irrthum begangen, welche ihrer Stimme nicht gefolgt sind?

Ueber die Gerechtigkeit dieser Forderung und über das, was ihr entgegen zu stehen schien, ist schon Manches vorgekommen, was Ansicht der Staatsmänner gewesen ist. Es ward von den Gegnern Deutschlands der Satz aufgestellt: daß dies Land um deswillen nicht Provinzen wieder zurückfordern könne, weil sie einmal zu demselben gehört haben, — Provinzen, die Frankreich bereits länger als 150 Jahre besessen, und die mit seinem Staate in Eins verwachsen seien. Damit ist natürlich der politische Grundsatz ausgesprochen, daß es keinen ewigen Besitzstand der Staaten gebe, und daß ein Ab= und Zugang etwas Gesetzliches, Rechtliches werden könne. Da es nun in der Politik nie etwas nützt, einen Grundsatz mit einem andern und Folgerungen daraus, zu bekämpfen, weil damit über das Princip nichts entschieden ist, und Jeder behaupten kann, daß allein Er Recht habe, so wollen wir ganz abgesehen von der Richtigkeit jenes Princips, nach ihm diese Angelegenheit kurz besprechen.

Hatte Deutschland nicht das Recht, auf immer diejenigen Provinzen an der Gränze Frankreichs zu besitzen, die ihm durch Verträge und Erbschaft einst zugefallen waren, so muß denn doch der letztere Staat ganz in demselben Falle

sein, und auch er kann nicht verlangen, seit dem 16ten und 17ten Jahrhundert ewige Rechte auf solche Landestheile erworben zu haben, die er, ohne daß Deutschland Veranlassung dazu gegeben, auf eigne Hand und in eignem Interesse eroberte. Keine europäische politische Nothwendigkeit war da, daß Frankreich jene Eroberung machte; es nahm vielmehr eine günstige Zeit dafür wahr, und ließ sich in einem Frieden das bestätigen, was es mit Gewalt erzwungen hatte. War dies gerecht, warum sollte nicht auch eine gleiche Handlungsweise von Seiten Deutschlands dies gewesen sein, als die Verhältnisse wechselten? Man kann also, ohne daß dies etwas ändern würde, den alten Besitzstand hiebei ganz aus dem Spiele lassen.

Eine Eroberung, ohne Nothwendigkeit dazu, wird jedoch stets die öffentliche Meinung gegen sich haben, und dieser Gesichtspunkt hätte allerdings damals bei dieser Frage in Deutschland wohl in Betracht kommen können. Aber grade in dieser Beziehung kann man wohl sagen, war nie und zu keiner Zeit mehr die Nothwendigkeit einer Eroberung für unser Vaterland vorhanden. Der Besitzzustand in Deutschland war seit langen Jahren, man kann sagen seit Jahrhunderten in sofern ein schwankender geworden, als alle Entschädigungen, die in einer langen Reihe von Friedensschlüssen bedungen wurden, Deutschland stets aus sich — zum Theil durch das Gut ganz Unbetheiligter — an sich und Auswärtige geleistet hat. Daraus folgte ganz natürlich weiter ein Schwanken der Zustände des Rechts und der Politik; die Selbsterhaltung, die bei dem Deutschen oft dem Deutschen gegenüber in Frage kam, trieb ihn an, um Hülfe seine Augen über die Gränzen schweifen zu lassen. Durch diese stets restriktive Politik ist unsägliches Elend entstanden, in sofern als ein Auseinandertreiben von Innen heraus erfolgen mußte. Wir brauchen nicht an das zu erinnern, was in dieser Beziehung seit den Zeiten der Reformation geschehen ist, wenn uns nur die

Friedensschlüsse und Congresse durch die französische Revolution bedingt, vorschweben. — So schon, zur Vermeidung dieser Uebel schien man wie von selbst darauf hingewiesen zu sein, es einmal mit einer entgegengesetzten Art der Politik, einer mehr extensiven zu versuchen, sei es auch nur, um das wieder einzubringen, was bei der alten Art zu handeln verloren gegangen war. Aber noch ein besonderer Umstand kam grade jetzt hinzu, der dies abgesehen von allen allgemeinen Gesichtspunkten, unbedingt vorschrieb.

Preußen forderte für das, was es angeblich verloren, und für die Anstrengungen, die es in der allgemeinen Befreiungssache gemacht hatte, eine Entschädigung, und keinem Deutschen konnte dies unbillig scheinen. Daß aber wieder, ohne jene unglückliche Restriktiv-Politik zu verlassen, ein deutscher Staat zur Leistung derselben ausersehen war, Sachsen, das war für den Bund, grade bei seinem Entstehen ein Ereigniß, so schlimm es nur der Feind hätte erdenken können, und man muß allein in der Aufregung der Zeit eine Erklärung für den Umstand suchen, daß Männer, welche Deutschland zur Zeit unter seine gefeiertsten Geister zählte, von einem Rechte Preußens auf Sachsen öffentlich zu reden unternahmen! — Man schließt einen Bund, aus großen und kleinen Staaten bestehend; das gegenseitige Vertrauen, dieses einzige die Festigkeit desselben bedingende Band kann doch nur entstehen, wenn im Innern die Sicherheit des Besitzthums über jeden Zweifel erhaben ist. Und grade in demselben Augenblick, wo das Band geschlungen wird, wird es auch fast unheilbar verletzt von einem Staate, der sich an die Spitze der deutschen Angelegenheiten gestellt hatte, und deren Vorfechter hätte sein sollen. Die spätern dreißig Friedensjahre, in denen politische Verwickelungen seitdem nicht eintraten, geben nun den kleinern Staaten keine Garantie für künftige unruhige Kriegeszeiten, die wir auch einmal wieder werden durchleben müssen. Denn wenn hier eine Entschädigung an Oesterreich und Preußen zu leisten ist,

und die außerdeutschen Mächte wollen sie nicht von dem Ihrigen gewähren, — wird hier, weil für jene Staaten ein Conflikt mit Europa gefährlicher ist, als ein solcher mit Deutschland, nicht wieder letzteres, von jeher das freie Feld für dergleichen Ansprüche, aushelfen müssen? Diese Ansicht muß auch noch heutiges Tages in voller Kraft leben, weil man noch nicht einmal von jener Politik abgegangen ist, so oft die Gelegenheit sie anzuwenden, vorkam; erst dann könnte alle Besorgniß schwinden, und das gegenseitige Zutrauen stark werden, wenn man einmal jene Politik freiwillig verschmäht hätte zu einer Zeit, wo man die Macht hatte, sie abermals in Ausführung zu bringen. Zwar kann man sagen, dem Datum nach wurden die Angelegenheiten mit Sachsen früher arrangirt, und die spätere Bundesakte garantirte nur den übrig gebliebenen Rest jenes Königreichs. Dem Buchstaben nach ist dies richtig; wird aber die öffentliche Meinung sich durch einen solchen Einwand zurückdrängen lassen in ihrem Urtheil über die Sache? Wenn ein Grundsatz während der Berathung über ihn verletzt wird, welche Garantie hat das Resultat der letzteren? Wir hoffen Alle, daß die Bundesakte endlich jene Sicherheit gewähre, aber das übrige Deutschland steht in dieser Beziehung Oesterreich und Preußen erwartungsvoll gegenüber bis zu der Zeit, wo bei neuen Stürmen, die in Europa nicht ausbleiben können, die politische Praxis über jenen Punkt allen Zweifel lösen wird.

Dies hätte aber schon 1815 geschehen können, denn die Zeit war dazu wie geschaffen, und grade um dies bewerkstelligen zu können, war eine Eroberung nöthiger als wie je. Man darf wohl fragen, wie es in Deutschland ausgesehen haben würde, wenn Preußen jene Entschädigung in Lothringen gefunden, und dagegen die kaum besetzten sächsischen Provinzen ihrem ursprünglichen Herrn zurückgegeben hätte! Damit wäre volles Vertrauen im Innern hergestellt, und der deutsche Bund würde sich einen mächtigen Pfeiler mehr für seine Existenz

erbaut haben, wenn er also zeigte, daß es ihm ein Ernst gewesen, Unverletzlichkeit des Einzelnen unter jeder Bedingung und im weitesten Sinne aufrecht zu erhalten. Der Stand der öffentlichen Meinung müßte alsdann ein ganz anderer sein. Aber auch dieses sind abermals Rücksichten, die bei Oesterreich und Preußen weniger in Betracht kommen können, als bei den übrigen Staaten. Jene beiden Reiche bleiben was sie sind, der Bund mag stehen oder fallen; letztere haben in vielfacher Hinsicht ein größeres Interesse daran, daß er auch ganz im Geiste das sei, was er zu sein verspricht.

Eroberungen von französischen Provinzen, wie Lothringen und das Elsaß, würden, wem sie auch zugefallen wären *), im Innern Deutschlands zu weiteren Ausführungen geführt haben. Diese hätten es alsdann von selbst nöthig gemacht, abermals einen deutschen Congreß zu versammeln, und diesem lag endlich wieder nichts näher, als neben oder nach diesem Geschäfte die weitere Bearbeitung der Akte vorzunehmen, die dem Bunde als Grundlage unterliegt, und Beseitigung von Mängeln und Unvollkommenheiten der ersten, nur schnell und provisorisch abgefaßten, zu bewerkstelligen. Denn wir werden noch sehen, wie viel grade daran lag, daß die neue Staatengemeinschaft mit einer in vielfacher Beziehung mehr vollständigern Organisations-Akte begonnen hätte. Ein solcher Congreß aber hätte auch noch einen andern Vortheil vor dem Wiener vorausgehabt, der gar nicht hoch genug anzuschlagen gewesen wäre. Er wäre ein wirklich deutscher geworden, und hätte die rein deutschen Interessen

*) Wir haben früher über die Art, wie eine Vertheilung hätte Statt finden können, geredet. Einen andern, jedoch nur gesprächsweise entwickelten Plan, der aber nunmehr auf künftige, vielleicht auf ewige Zeiten verschoben werden muß, lernen wir kennen aus Hormayr, Lebensbilder, III, p. 183. Baden soll ganz jenseit des Rheins ansässig gemacht werden, während die Pfalz an Baiern, der Breisgau an Würtemberg fällt, die sich dann auch noch in das übrige Schwaben theilen mögen.

auch ganz getrennt von andern europäischen, deren störende Einwirkung man genug gefühlt hatte, berathen können. Stammte grade vom Gegentheil zum Theil das, was bei der Bundesakte vermißt oder ausgesetzt wurde, so schien wiederum nichts näher zu liegen, als diesen empfindlichen Nachtheil wieder auszugleichen.

Andere unberechenbare Vortheile, zu welchen der zweite Pariser Frieden für Deutschland hätte Veranlassung werden können, bleiben billig ganz ohne Erwähnung. Aber auf jene beiden hatte man wohl ein Recht zu hoffen, und Deutschland that es auch gewiß, denn die öffentliche Meinung hat sich genugsam, als nichts in Erfüllung ging, ausgesprochen. Hätte man nur Erwerbungen gemacht, Alles andere hätte sich leicht und ganz von selbst entwickeln müssen. Oesterreich und Preußen, welche diesen Punkt für den Bund verfochten, sind nicht durchgedrungen. Ob wirklich eine Unmöglichkeit dieserhalb existirte, muß dem Urtheil der Nachwelt vorbehalten bleiben. Wir zur Zeit haben nur die Verpflichtung, alles Material zusammen zu tragen, damit darauf gestützt, ein Urtheil auch ein gerechtes und kein willkürliches werde.

Fortsetzung. Folgen der Vernachlässigung der hiebei in Betracht kommenden Gesichtspunkte.

Da also, wie gezeigt ist, der Inhalt der drei Friedensschlüsse, welche das regenerirte Deutschland ins Leben riefen, in Beziehung auf letzteres in so vielfacher Hinsicht noch ganz unvollendet, und die Erwartungen keineswegs befriedigend war, so konnte es nicht ausbleiben, daß die nächsten Erscheinungen der Zeit demgemäß ausfielen. Was unbestimmt gelassen war, darüber mußte das fehlende Gesetz und die nicht gesetzte Regel erst im Leben, aber auch im Kampfe der Parteien gefunden werden. Denn da sein muß ein Gesetz und kann nirgends entbehrt werden; Alles strebt zu ihm wie zu seinem Mittelpunkt und ginge der Weg auch durch Ge-

fahr und Unglück. Und hierin liegt eben seine unendliche Gewalt. Zum Theil währt dieser Kampf noch jetzt. Er gehört in seinen Erscheinungen nicht zu den glücklichen Ereignissen in unserm Vaterlande, aber wer wird es läugnen, daß er wenigstens theilweise hätte vermieden werden können, wenn über das, worüber man streitet, nicht Unbestimmtheit von Anfang an vorgeherrscht hätte. Manches in jenen Friedensschlüssen halb aufgebaute Werk ist wieder zusammengefallen, eben weil man es unvollendet stehen ließ. In dreißig Jahren hat die Zeit schon manchen Richterspruch gethan, und nur nach diesen wollen wir hören.

Alle Mächte hatten es für nöthig gehalten, daß im Westen Deutschlands, zum Schutze desselben, ein neues Reich entstehe. So ward das Königreich der Niederlande hervorgerufen, das eine Vormauer gegen Frankreich und seine Angriffe gegen Osten bilden sollte. Fand man den Plan selbst billig und gerecht, so mußte dasselbe auch für alle die Mittel gelten, welche allein dazu geeignet sein konnten, ihn zum glücklichen Ende zu führen, denn Zweck und Mittel waren hier beide frei von Tadel und Vorwurf. — Jene neue europäische Macht trug aber keineswegs in sich selbst die Garantie ihres ewigen Bestehens; zusammengesetzt aus zwei verschiedenen Nationalitäten, konnte sie nur bestehen, wenn sie von Außen kräftig zusammengehalten wurde, und die Theile mußten wieder auseinanderfallen, so wie dieser Zwang von Außen aufhörte. Ein solcher aber hätte wohl von Deutschland ausgehen können dadurch, daß durch die Erwerbung des Elsasses, Belgien von drei Seiten von solchen Staaten eingeschlossen wurde, die ein Interesse dabei hatten, daß es bei Holland blieb. Allein aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, wäre eine Vergrößerung Deutschlands jenseit des Rheins mehr wie wünschenswerth, ja sogar nöthig gewesen. Das was längst befürchtet und genug vorhergesagt ist, die Trennung Belgiens von Holland, ist in unsern Tagen wirklich zu Stande gebracht, und damit ist Deutschland seiner Vormauer

gegen Frankreich, die doch jetzt noch eben so nöthig ist wie im Jahre 1814 und 1815, vollkommen beraubt. Denn wer kann sich darüber täuschen, daß die belgischen Provinzen für die Folge ihren politischen Schwerpunkt mehr in Frankreich wie in Deutschland suchen werden, — sei es nun freiwillig oder gezwungen. Und Frankreich hat bei jener Trennung schon redlich das Seinige gethan, eine Einleitung dazu zu treffen. Zwar ist es wahr, daß ungeachtet alles dessen, was für Belgien von jenem Staate geschehen ist, ungeachtet der Heirath des Königs, für den Augenblick die Sympathien der belgischen Regierung eben nicht sehr für Frankreich sind. Aber wie leicht wechselt dies, und noch dazu in einem Staate, der eine politische Selbstständigkeit in verwickelten Zeiten auf eigne Hand nicht aufrecht erhalten kann! Schon durch die geographische Lage wird Frankreich stets Herr Belgiens bleiben, — die Neigung des Volkes selbst nicht einmal in Anschlag gebracht, und ersteres kann darum ruhig dem zusehen, was versucht werden könnte, um ihm entgegen zu arbeiten. Auf diese Weise ist ein Territorium, welches zur Verstärkung unserer defensiven Stellung gegen Frankreich dienen sollte, jetzt so weit an letzteres verfallen, daß es sich dessen, wenn es will, stets zur Unterstützung seiner Offensive gegen uns bedienen kann. Wäre aber das Elsaß eine deutsche Besitzung geworden, so hätte man doch, selbst wenn die Trennung Hollands und Belgiens nicht zu verhüten gewesen wäre, wenigstens durch diese Stellung die Mittel zur Hand gehabt, zu bewirken, daß letzteres nie ganz unter französischen Einfluß gerathen konnte. Die Eisenbahn- und Handels-Annäherungen unserer Tage, doch nur auf dem augenblicklichen, stets wechselnden Bedürfniß beruhend, können nicht dazu dienen, das wieder einzubringen, was wir politisch verloren haben, sondern nur dazu um uns zu zeigen, was wir hätten haben können, ohne uns viel darum zu bemühen, und ohne jemals einen Verlust davon befürchten zu brauchen.

Auch im Süden der Westgränze ist die Stellung Deutsch-

lands gegen Frankreich dieselbe bedrohete geblieben, die es seit den Zeiten des westphälischen Friedens war. Es mußte auch sein, da eine temporaire Besetzung einzelner Festungen hierbei nichts ändern konnte; so wie diese wegfiel, mußte auch das alte Verhältniß wieder eintreten. Die Hoffnung, die man hegte, in der wiedereingesetzten Dynastie der Bourbons Gewähr für freundschaftliche Gränznachbaren zu finden, ist gefallen, und dieser Umstand beweis't wieder, daß persönliche Verhältnisse unter den regierenden Familien einem Lande niemals auf die Dauer eine politische Garantie gewähren können. Jede Nationalität, — und nach ihnen sondert sich das Staatensystem am sichersten und am dauerndsten, — hat feste, von der Natur vorgeschriebene Gränzen, und nur in Aufrechthaltung dieser kann daher Heil von der Zukunft erwartet werden. Es sind genug Staatsmänner gewesen, welche predigten, daß die Gränzen Deutschlands nicht der Rhein, sondern die Vogesen seien. Aber man hat nicht darauf gehört. Frankreich hat wiederum seine offensive Stellung gegen Deutschland eingenommen und die Politiker und die Dichter haben schon von Angriff und Vertheidigung deßhalb gesprochen. Aus diesem Umstande folgt leider für Deutschland die Nothwendigkeit, ein Heer zu unterhalten, was, wie bekannt ist, fast die Hälfte der jährlichen Einnahmen aller Staaten aufzehrt, und was in sofern von Frankreich abhängig ist, als jede Ministerveränderung, jede Richtung der Parteien der Kammern daselbst, die oft und meistens nur den Fahnen des Ehrgeizes und des Egoismus folgen, es in Bewegung zu setzen vermögen. Wie ganz anders stände die Sache, wenn durch die Wegnahme des Elsasses und Lothringens Deutschlands defensive Stellung zu einer offensiven geworden wäre! Dann wären auf Frankreich alle Kosten und alle Aengste jener gefallen, und der letzteren Vortheile, die wir diesem Staate großmüthig zu unserm Nachtheile geschenkt haben, wären uns zu Gute gekommen. Und dann konnte dies Verhältniß auch der allgemeinen europäischen Ruhe nie gefährlich werden.

Deutschland als föderativer Staat, würde niemals von jener offensiven Stellung ohne Noth Gebrauch gemacht haben; in der Natur des letztern liegt schon die Nothwendigkeit davon. Wird Frankreich, wo der Wille eines Einzigen und die That so leicht eins werden können, sich auch ewig innerhalb der Schranken gemäßigter Gesinnungen halten?

Doch es mögen diese wenigen Andeutungen genügen. Alle Nachtheile, welche Deutschland in seinen äußern Beziehungen drohen, sind doch wieder gut zu machen, und da sie sichtbar sind, so weiß man, wie man sie zu bekämpfen hat. Ganz anders aber sind die Nachtheile, die im Innern unsers Vaterlandes dadurch erwuchsen, daß ein unvollkommen geregelter Zustand Grundlage unsers beginnenden Staatslebens war. Ich fürchte, daß manche derselben nie wieder gut zu machen sind, weil sie der Art sind, daß sie eben durch die Bekämpfung neue Spannkraft gewinnen. Wir befinden uns in dem Fall, wo eine Gesellschaft ihren Gesellschafts-Vertrag erst während des Bestehens derselben nach und nach ausarbeiten und feststellen muß. Natürlich geht es hier ohne Reibung und Unruhe nicht ab. Hätte Alles vorher sein Recht und sein Gesetz gehabt, so wäre dieses wohl vermieden.

Eine vollkommene Stufenleiter in der Gradation der Gewalten, die der Politiker alle in den Kreis seiner Berechnungen zieht, kann wohl schwerlich angegeben werden; nur die Erfahrung steht fest, daß eine höchste allgemeine nicht aufgefunden ist, sondern daß in jedem Verhältniß sich noch eine höhere Gewalt finden läßt, die dieses beherrscht. Aber darum sehe man sich wohl vor, bevor man eine solche in Schwung setzt. Sind unerträgliche Einflüsse, unter denen wir stehen, durch gewöhnliche Mittel von uns nicht mehr zu entfernen, gebrauchen wir einer noch größern Kraft als jene sind dazu, um sie zu beseitigen, — wie sind wir nun zu dieser gestellt, wie werden wir des Siegers Herr werden, da es uns schon bei dem Besiegten unmöglich war?

Die Herrschaft Frankreichs über Deutschland stand so

fest, daß sie mit den gewöhnlichen Mitteln und den Staatskräften, welche in der letzten Zeit zur Anwendung gekommen waren, nicht mehr zu besiegen war. Es mußten außerordentliche Kräfte dazu angewandt werden, man fand sie, indem man die letzte Quelle der Macht eines Staates, das Volk in allen seinen Ständen im ungetheilten Strome in Bewegung setzte, und nicht mehr wie früher nur einzelne Rinnsale des vollen Borns. Noch nie hatte das Volk so an seiner eigenen Sache Theil nehmen können; allenthalben ward der Enthusiasmus für diese neue Thätigkeit aufs Höchste gesteigert, so daß jedes andere Bedenken, jeder andere Gedanke an Gut und Blut schwand, und einer solchen Gewalt vermochte eine Zwingherrschaft nicht zu widerstehen, die zwar auch ein Geist beseelte, der aber der Begeisterung in Deutschland unterliegen mußte.

Die Reihe der Proklamationen, wodurch diese hervorgerufen wurde, von der an: „Alles für mein Volk, und Alles durch mein Volk“ bis zu der letzten die im Jahre 1815 nöthig war, liegt vor uns, und wir dürfen in einer ruhigeren Zeit auch ruhiger über sie Betrachtungen anstellen. Für nichts kann man schwerlich Jemand begeistern, es muß ein Ziel, ein Resultat im Hintergrunde dem Geiste vorschweben. Hier war es die wiederherzustellende Nationalehre, und er noch größere materielle Hebel einer besseren Zeit mit allen ihren Erscheinungen, die allenthalben in reichlichen Versprechungen verheißen wurde. Sollte jene Zeit aber allein darin gefunden werden, daß das Alte, vor der französischen Herrschaft Bestandene, wieder eingeführt wurde, oder waren in jenen Proklamationen auch noch Versprechungen von Verbesserungen, als Dank für die Aufopferungen, die gemacht waren, enthalten? Ein Streit über die Auslegung der Proklamationen in diesem Sinn hat unsäglichen Zwiespalt in Deutschland hervorgebracht. Die Entscheidung darüber liegt diesen Untersuchungen fern, sie sollen sich allein mit den Erscheinungen dieses Faktums beschäftigen.

Der Enthusiasmus und die Begeisterung auf jede Art und Weise von Oben genährt und angefeuert, blieben natürlich auch noch nach den Erfolgen, zu welchen sie geführt, vorhanden, nur bedurfte man ihrer in den folgenden ruhigern Zeiten nicht mehr. Aber keine menschliche Gewalt konnte ihr Ende, weil sie geistige Mächte waren, gradezu befehlen; es blieb weiter nichts übrig, als ihnen Raum zu geben sich zu verlaufen. Dies konnte sowohl nach Außen wie nach Innen geschehen. Das erstere hätte man leicht erreicht durch solche Eroberungen altdeutscher Provinzen von Frankreich, wie sie die öffentliche Meinung laut und stürmisch forderte. Dann hatte man wirklich ein Resultat, auf welches man hinweisen konnte, und im Ruhme wäre vielleicht nach und nach die ganze Begeisterung aufgegangen und ersterer an die Stelle von letzterer getreten. Es war dies ja das ganze Geheimniß von Napoleons Regierung, und man hätte außer andern Lehren auch recht wohl diese daraus nehmen können; denn das hätte man sich leicht vorhersagen mögen, daß der Ruhm, nur die französische Herrschaft über Deutschland gebrochen und das Alte wieder hergestellt zu haben, zu einem solchen Zwecke nicht ausreichte. Man hatte die Möglichkeit, die Franzosen zu besiegen und zu vertreiben, gesehen; damit hing natürlich die andere Frage, die man sich vorlegen mußte, zusammen: warum haben wir uns, wenn wir ihrer Herr werden konnten, nur überhaupt unterjochen lassen? Je höher man also den Ruhm der Befreiung anschlug, desto tiefer wäre auch die Schande dessen, was wir mit uns haben machen lassen, gewesen. Als man ruhiger über die Begebenheiten nachdachte, sah man bald ein, daß es gut sei, bei Besprechung dieser beiden Ereignisse nicht auszuschweifen, sondern sie in ein vermittelndes Verhältniß zu bringen. So mußte denn aber für jenen Enthusiasmus noch Raum vollauf bleiben.

Unter den vielen Gründen, welche also für die Nothwendigkeit einer Eroberung vorhanden waren, stelle ich die-

sen wahrlich nicht am niedrigsten. Man scheint ihn in der Politik nicht beachtet zu haben, wenigstens finde ich nirgend die gehörige Würdigung dieses Bedenkens. Jedoch muß man nicht ungerecht sein und einen Vorwurf hierauf gründen wollen. Ueber geschehene Dinge ist leichter reden, als sie richtig vorherzusehen. So wie das Mittel und die Kraft, welche man genützt hatte, neu war, so vermogte man sich vielleicht über alle ihre Erscheinungen noch keine Rechenschaft zu geben.

Genug, man zwang jetzt die aufgeregte Stimmung des deutschen Geistes sich allein nach Innen zu verlaufen und die Erwartung wollte natürlich nun in Deutschland selbst eine Entschädigung für das, was auswärts nicht zu erlangen gewesen war. So ward der Kampf der Meinungen über das Verfassungswerk mit hervorgerufen.

Zwar gab es zur Zeit in unserm Vaterlande Viele, welche sogleich die Lage der Sache ruhig und mit unumwölkten Geiste zu beurtheilen vermochten; aber es war unmöglich, daß sie allein der allgemeinen Stimmung Herr werden konnten. Denn hatte man einmal die Zeit des Enthusiasmus und der Aufregung heraufbeschworen, so war die natürliche Folge davon auch, daß sie auf andern Bahnen wandeln mußte, wie auf dem Mittelwege. Jenes Faktum ist ja weiter nichts, als das Aufgeben des letztern. Nur im gewöhnlichen Gange der Dinge vermag man die Verhältnisse nach allen Seiten so zu prüfen, daß Jedem sein Recht geschehe und Keiner übervortheilt werde; jetzt aber hatte Jeder zu fordern, und — stets das Aeußerste, weil Extravagiren im Geiste der Zeit lag. Die kaum vereinten Parteien im Staate wurden sogleich durch einseitiges Interesse und Egoismus auseinander getrieben; der Kampf gegen sie von Oben herab mußte also beginnen, hatte aber häufig den schlimmen Erfolg, daß das, was früher unbedeutend war, grade durch diesen Kampf und die Mittel, die dagegen angewendet wurden, sich consolidirte, und sich dadurch erst als Partei erkannte und verständigte. Erst von diesem Augenblicke an war wirk-

lich Gefahr für den Staat vorhanden, und von nun an entstand jener gefährliche, schwankende Zustand, der seines Gleichen in der deutschen Geschichte nicht gehabt hat. Ungewohnte Mittel mußten hiegegen angewandt werden; aber sie vergrößerten zum Theil das Mißtrauen; denn eben, weil sie noch nicht angewandt waren, entbehrte man auch der historischen Erfahrung, wohin sie führen würden und konnten. Es lag wieder in dem Geiste der Zeit, daß man sie damals nicht als solche erkennen wollte, die zum allgemeinen Besten führen konnten; man sah nun grade eine Partei darin, weil Alles sich in Parteien im Staate gegenüber stand. Möge dieser Zustand, der zwar schon eine Zeitlang hinter uns liegt, dessen Folgen aber die innere Entwickelung Deutschlands so lange gehemmt haben, und die noch heutiges Tages hier und da in Einzelnheiten sich fühlbar machen, nie wiederkehren! Dies wird aber zum Theil am sichersten vermieden, wenn man nicht stets wie früher, die Schuld davon nur allein dem bösen Willen Einzelner beimißt, sondern der Zeit allein mit ihren Erscheinungen, deren der Mensch nie Herr ist, und denen der Einzelne so gut wie ganze Staaten sich am Ende beugen müssen.

Zwar ward die Behörde der Bundesversammlung eingesetzt, um fortwährend für die Ausbildung der deutschen Verfassung im Innern Sorge zu tragen, und es bedarf nicht der Aufzählung, was wir ihr in dieser Beziehung schon wirklich zu danken haben. Aber eben so klar liegt es auch in der Natur der Sache, daß sie, wo von den von Innen ausgehenden Verwickelungen die Rede ist, in den meisten Fällen dann erst ihre Thätigkeit am schlagendsten und am einstimmigsten wird entwickeln können, wenn es gilt, Folgen eines schon entstandenen Uebels zu bekämpfen und für die Zukunft unschädlich zu machen, und daß sie bei dem besten Willen nie eine breitere Grundlage, auf der das ganze deutsche Staatsleben von Anfang an beruht hätte, — eine Grundlage, in der zum Theil schon mancher spätere Aus-

spruch der Bundesversammlung enthalten gewesen wäre, — entbehrlich machen konnte. Während eine solche dem Entstehen der Uebel selbst vorgebeugt hätte, wird der Bundestag in den angedeuteten Verhältnissen nur in seltenen Fällen gleichfalls ein solches Resultat erreichen können.

Aber nicht minder liegt in seiner tiefsten Natur, daß, da er meist nur schon Vorhandenes, Entstandenes bekämpfen kann, seine Maßregeln ferner in der Mehrzahl der Fälle nur einen temporairen Charakter und einen temporairen Einfluß haben werden, und daß durch sie daher auch nicht stets eine für alle Zeiten allgemeine Fortbildung der innern Verhältnisse der Staaten erzielt werde. Ich komme auf jene Zeit zurück, wo nach dem zweiten Pariser Frieden in Deutschland die Folgen des unvollkommen gelassenen Zustandes sich so weit herausgestellt hatten, daß eine Vervollständigung der Bundesakte zugleich als Dokument der begangenen Vernachlässigung dienen konnte. Es entstand die Wiener Schluß-Akte vom 15. Mai 1820. Aber auch sie wird wegen der angeführten Gründe nie die Unvollständigkeiten jener ganz und für immer beseitigen. Eine Beurtheilung dieses Gesetzes liegt ganz fern, namentlich auch des zur Sprache gebrachten Punktes: ob nicht das Schwanken des staatsrechtlichen und des völkerrechtlichen Princips in demselben eine Unbestimmtheit in der Anwendung, namentlich der Interpretation und der Consequenz wegen, hervorrufen müsse. Nur für den Beweis der obigen Behauptung mögen mir ganz einfach die spätern wirklich geschehenen Ereignisse seit dem Jahre 1830 dienen. Die Schlußakte läßt um deswillen in den deutschen Verhältnissen noch Vieles unbestimmt, weil sie nach den Erfahrungen jener Zeit nicht immer unter allen Umständen in allen den Fällen zur Anwendung gebracht werden konnte, wo sie doch eigentlich ihrem Geiste und ihrem Inhalte nach hätte zur Ausführung kommen müssen; oder, weil man ihre Anwendung vielleicht absichtlich von vorn herein nur mit Auswahl in Kraft treten lassen wollte.

Es wird freilich nie möglich sein, Gesetze als Grundlage eines solchen Zustandes zu erdenken, der unverbesserlich sei und in vollkommener Ruhe verliefe. Wo Leben und Bewegung ist, da ist auch Veränderung. Aber nichts destoweniger sollte stets das Streben der Menschen dahin gehen, alle staatlichen Vereinigungen nur auf solchen Grundpfeilern zu errichten, an denen eine billige Voraussicht vorerst nichts mehr zu bessern findet; denn es ist etwas anderes, ein festes vollendetes Gebäude, oder nur einen offenen Platz zu beziehen, und dann um sich herum bald hie und da nach dem Bedürfniß des Augenblicks und dem wechselnden Ergebniß des Wetters den Bau zu beginnen. Ein solcher kann nie ein vollendetes Ganze werden *)

Und so möge denn nochmals beim Rückblick auf das nur kurz und fragmentarisch Angedeutete darauf hingewiesen sein, welch' eine reiche und fruchtbare Reihe von unmittelbaren, noch mehr aber von mittelbaren Folgen Deutschland von dem Erwerbe seiner alten, einst ihm gehörigen Provinzen hätte haben können. Darüber, daß wir nach Außen nicht mächtiger geworden sind, würde sich der Deutsche noch wohl am leichtesten trösten. Nur dasjenige, was in Folge davon für Besserung und Festigung unserer innern Zustände uns entgangen ist, bleibt es, was nie genug beklagt werden kann.

War es möglich, im Pariser Frieden 1815 Länderabtretungen von Seiten Frankreichs an Deutschland durchzusetzen?

Ueber diesen Punkt waren, wie wir gesehen haben, die Stimmen der größeren europäischen Mächte grade getheilt;

*) Der oft gedruckte Brief des Herrn von Gagern an den Fürsten Metternich über die Lage Deutschlands am Schlusse des Jahres 1816 und nach Eröffnung des Bundestags berührt manche der angedeuteten Verhältnisse in demselben Geiste und demselben Sinn, wie sie hier dargestellt sind.

während Oesterreich und Preußen im Anfange eine bedeutende Verkleinerung Frankreichs zu wünschen schienen, widersprachen England und Rußland derselben aus leicht begreiflichen Gründen. Friede sollte sein unter jeder Bedingung, und man würde ihn auch im Laufe der Verhandlungen selbst bei diesem schroffen Entgegenstehen der Ansichten durch Ausgleichung und Nachgeben gefunden haben; aber das Nachgeben hätte eben darum auch noch kein vollständiges Aufgeben der Forderungen der einen Partei zu sein brauchen. Ein solches jedoch ward, wenigstens der Sache nach, erzwungen, und nur kümmerlich der äußere Anschein gerettet.

Es sagt ein großer deutscher Mann, daß seiner Meinung nach das Genie hauptsächlich in der Consequenz der Verfolgung eines Plans bestehe, viel weniger in der Beweglichkeit des Geistes, deren mehrere zu entwerfen. Auf dem Felde der Politik wenigstens hat sich die Richtigkeit dieses Ausspruchs mehr als tausendmal bewährt, und es ist unglaublich und oft ans Wunderbare gränzend, was, bei sonst sicherer Grundlage, schon in Verhandlungen durch festes, eisernes Ausharren gewonnen worden ist. So wie nur einmal ruhig und unerschüttert das Toben und Drängen einer andern entgegengesetzten Meinung ausgehalten ist, so hat man auch in demselben Augenblick gewonnen, und alles Drohen wird dem Ausharrenden nicht halb so gefährlich, wie dem Drohenden das Ausharren. Die geringste Unsicherheit dagegen, welche der Angreifende bei seinem ersten Anlauf bemerkt, liefert ihm seinen Gegner fast ohne Ausnahme in die Hände. Noch kurz vor den Pariser Verhandlungen hatte man gesehen, wie Preußen und Rußland sich wohl dabei befanden, von ihren ersten Forderungen zu Wien in Beziehung auf Sachsen und Polen nicht abzugehen, trotz Coalition und Drohen mit Krieg. Sie würden ihren Zweck auch ohne die Rückkehr Napoleons erreicht haben. Wenn auch dies Ereigniß grade ein ganz ungewöhnliches war, so hat doch die Zeit stets ähnliche mit sich geführt, und selten ist es anders gekommen, als daß die Ent-

schiedenheit nicht die Palme davon getragen hätte! Warum hätte es 1815 in Paris anders sein sollen, wenn Oesterreich und Preußen fest und unerschüttert geblieben wären? Aeußere politische Gründe waren es, wie die vorhergehende Darstellung zeigt, nicht, welche ihnen den andern Mächten gegenüber, einen Zwang auferlegt hätten nachzugeben; ihre Forderung galt beim Unterhandeln soviel als die der letztern, und da schon eine heilige, beschworene Uebereinkunft unter jenen vier Mächten zusammen bestand, nur vereint den allgemeinen Friedensspruch zu thun, so hätte es denn doch mindestens zu einer Theilung aller Interessen kommen müssen. Wir kennen die höchsten Ansprüche, die an Frankreich gemacht wurden, und können ungefähr daraus ableiten, was Deutschland bei jenem angedeuteten Verhältniß noch immer gewonnen haben würde.

Es war ferner nicht überwiegende Macht von Seiten Rußlands und Englands, welche Preußen und Oesterreich zwangen, gegen sie zurückzustehen. Englands Landmacht, die es auf dem Festlande damals unterhielt und unterhalten konnte, war die geringste jener vier genannten Staaten; die Rußlands entfernt von dem ihr so günstigen vaterländischen Boden, ist nach allen früheren und späteren Erfahrungen so furchtbar noch nicht, um ein politisches Gewicht abzugeben, was zum Befehlen ein Recht ertheilt hätte. Dazu vergesse man ja nicht den Umstand, daß das beste russische Heer, ausgerüstet wie es in Frankreich stand, durch Deutschland vom Vaterlande, der Quelle seiner Hülfsmittel, ganz abgeschnitten war. Jeder des Militairwesens und des Krieges Kundige kann über die Lage eines also gestellten Heeres urtheilen, wenn es zum Aeußersten gekommen wäre; Rußland hätte es gewiß nicht dazu kommen lassen. Und wie war Deutschland zur Zeit! Es würde willig alle Anstrengungen von 1813 und 1814 nicht noch einmal gemacht, nein sie gern verdoppelt haben, wenn ihm in Aussicht gestellt wäre, die Früchte davon zu erkämpfen und zu sichern. Was in dieser

Zeit, die nach Ruhm so begierig, und in der soviel davon die Rede war, Alles hätte erreicht werden können, und wie Deutschland das wieder einzubringen vermochte, was ihm 300 unglückliche Jahre nach und nach genommen, das waren nicht etwa nur Vorstellungen einzelner exaltirter Köpfe. Es ist gewiß keine übertriebene Behauptung, daß man, wenn nicht das allgemeine Interesse voreilig durch ungerechte, selbstsüchtige Forderungen Einzelner geschwächt und in den Hintergrund geschoben wäre, leicht über eine Million Bajonette gebieten durfte.

Zwar ist es richtig und unsere ganze Darstellung hat dazu gedient, den Umstand noch klarer ins Licht zu stellen, daß die Partie eigentlich nicht so ganz gleich stand, indem Frankreich, mit welchem man sich unter der Hand über sein Schicksal schon verständigt hatte, augenblicklich bereit war, als dritte Macht die Englands und Rußlands zu vermehren. Aber sein Einfluß konnte denn doch immer nur ein sehr indirekter sein, und eine Majorität der Stimmen von ihm als fünfter Macht damals nicht gewonnen werden. Ich will zwar nicht die Möglichkeit bestreiten, daß Oesterreich und Preußen gradezu bedrohet wären mit einer feindlichen Coalition jener drei übrigen Mächte — in strengster Form das Nachspiel zu den Erscheinungen in Wien, — aber ich muß gestehen, daß ernsthafte Schritte geschehen seien, halte ich nicht für wahrscheinlich, theils der eben entwickelten Gründe wegen, theils auch nicht um deswillen, weil eine solche Handlungsweise gegen Verbündete, mit denen man eben erst gegen Frankreich gekämpft, Rußland und England ohne allen Zweifel in der allgemeinen Meinung Europas zu sehr zurückgesetzt haben würde. Denn ein Uebergehen vom Freunde zum Feinde gegen feierlich gegebenes Wort, ist denn doch ein Schritt, der stets seine eigenthümliche Bedeutung hat, und sich unausbleiblich in der Folge selbst bestraft. Eben war es noch ein russischer Staatsmann, Capo d'Istria, der die moralischen Garantien so hoch über alle anderen erhoben hatte und welch'

einen praktischen Commentar von Seiten Rußlands hätte ein Bund mit Frankreich zu der Lehre seines Bevollmächtigten gebildet! Jener Staat konnte unmöglich wollen, daß bei den Bündnissen das Gegentheil der von ihm in Anregung gebrachten Politik zur Anwendung komme. Aber auch alle die schlimmsten Fälle angenommen, so würde die wirkliche Macht, die Frankreich jetzt nach einem drei und zwanzigjährigen Kriege aufzubringen vermochte, um deswillen nicht allzusehr zu fürchten gewesen sein, weil in Folge der Entscheidung im Juni ein großer Theil dieses Landes durch die schon geschehene Eroberung und Besetzung daran verhindert war, die Kräfte, die in ihm waren, frei und nach Belieben zu entwickeln. — Dahingegen hatte Deutschland damals auf eine eben so einfache als gerechte Weise die Mittel in der Hand, auch in den Berathungen eine direkte Majorität der Stimmen zu erhalten. So wie Oesterreich und Preußen verlangten, daß auch die kleineren Staaten zu den Verhandlungen mit zugezogen würden, sei es auch nur zusammen mit einer einzigen Plenarstimme, so war bereits der Zweck erreicht, denn über das Resultat dieser also gewonnenen dritten Stimme konnte nach dem, was man wußte, gar kein Zweifel sein. Nichts in der Welt schien einfacher sein zu können, und was man gegen die indirekte Wirkung Frankreichs auf die Verhandlungen verloren hatte, wäre auf diese Art und Weise direkt vollkommen wieder eingebracht.

Aber auch gerecht wäre dies Verfahren gewesen. Schon um deswillen hätte es nie unterbleiben sollen; und wie das Gerechte stets die Leichtigkeit der Ausführung um seiner selbst willen in sich trägt, so diesmal auch hier bei diesem besondern Falle. Die Reihe der Verträge, durch welche die kleineren deutschen Fürsten zur Theilnahme an dem Kriege gegen Napoleon aufgefordert wurden, und in denen allen man ihnen Theilnahme an den demnächstigen Friedensunterhandlungen ganz ausdrücklich zusagte,

ist aus den Werken von Schöll, Klüber und Martens längst bekannt; sie wurden nicht allein mit den größeren deutschen Staaten, Oesterreich und Preußen, sondern auch zum Theil mit Rußland und England verabredet. Wenn man daher jetzt wirkliche Erfüllung jener Bedingungen gefordert hätte, so war dies nicht etwa ein solches Recht, über dessen Ausübung man sich nur innerhalb der Gränzen Deutschlands unter einander geeinigt hatte, was aber erst der Durchsetzung gegen die übrigen großen Mächte bedurfte, bevor es zur allgemeinen Anerkennung kommen konnte. Diese hatte man schon im Voraus durch Wort und Siegel, die nicht verläugnet werden konnten, wenn nur eine ernsthafte Berufung darauf erfolgt wäre. Sie geschah aber nicht von Seiten Oesterreichs und Preußens.

Gewiß lag in dieser ungerechten Zurücksetzung der kleineren deutschen Staaten in Beziehung auf die ihnen feierlich zugesagten Rechte, wenigstens der Sache nach, eine abermalige Verletzung der eben erlassenen Bundesakte. Beim Beginn des Krieges war diese noch nicht vollendet, und der Ausspruch eines allgemeinen Bundeskrieges konnte also nicht Statt finden; der Paragraph aber, welcher verordnete, daß ein solcher nie von einem Staate allein durch einen einseitigen Friedensschluß, sondern nur von allen gemeinschaftlich beendet werden sollte, und der gleichfalls in dieser Beziehung Gleichheit der Rechte aller deutschen Bundesstaaten aussprach, war mittlerweile zum Gesetz erhoben und veröffentlicht vor der Entscheidung von Waterloo, und vor der Eröffnung der Friedensunterhandlungen. War nun aber der Krieg, welchen man führte, kein Bundeskrieg, weil ihm dieser erst später aufgekommene Name noch nicht bei seiner Entstehung gegeben werden konnte? Der Name wird schwerlich die Sache selbst wie sie war, besiegen können, und die Politik wird immer auf die Dauer am weitesten kommen, wenn sie sich an die letztere hält. Ob aber jemals wieder ein solcher wirklicher Bundeskrieg wie im Jahre 1815, mit glei-

cher Begeisterung und mit gleichem allgemeinen Interesse dafür von Seiten des vereinten Deutschlands geführt werden wird, das steht dahin. Dieser Umstand, verbunden mit der eben von Preußen geschehenen Hinnahme Sachsens konnte unmöglich zu jener Zeit ein günstiges Vorurtheil für das kaum erlassene erste deutsche Grundgesetz hervorrufen.

Das waren die Rechte, auf welche die kleineren deutschen Staaten sich stützten und unaufhörlich Erfüllung derselben, Zulassung zu den Friedensunterhandlungen forderten; dazu kam die Billigkeit, indem auch sie eben so gut wie alle anderen zum Sturze Napoleons und zur Wiedereinsetzung der alten Dynastien in ihre Rechte und auf ihre Throne mit beigetragen hatten. Wir brauchen hier die schon vorgekommenen Einzelnheiten nicht nochmals zu wiederholen. An Eifer, Anerkennung jener Rechte zu erlangen, fehlte es nirgends. Zwar mögen wohl hie und da selbst verschuldete Vernachlässigungen Einzelner vorgekommen sein. So erzählt z. B. der Ritter von Lang in seinen Memoiren, daß der Fürst von Wrede, obgleich vom Minister von Montgelas ausdrücklich dazu verbindlich gemacht, den Rechten Baierns in jener Hinsicht nichts zu vergeben, in einem übel angebrachten Soldatenstolze, — vielleicht Blücher nachahmend, — das Werk der Federfuchser verächtlich als ein ganz unbedeutendes angesehen, und es seiner Mitwirkung für nicht würdig gehalten habe. Die Erzählung mag bei der oft angetasteten Glaubwürdigkeit von Langs dahin gestellt sein; Baiern, als Staat, hat so wenig als irgend ein anderer der kleineren in Deutschland seine Lage verkannt, und unzählige, freilich leider vergebliche Versuche gemacht, sie den größern daselbst gegenüber geltend zu machen.

Wie war es aber nur möglich, darf man bei dieser Lage der Sache fragen, daß Oesterreich und Preußen gegen Vertrag, Pflicht und Recht, ja was noch mehr sagen will, gegen ihren offenbaren Vortheil die Forderungen der kleineren deutschen Staaten stets zurückwiesen? Der Einwurf Eng=

lands und Rußlands, daß durch Zuziehung Vieler das Friedensgeschäft, an dessen schleuniger Beendigung allerdings viel lag, zu sehr aufgehalten werde, ließ sich durch Errichtung einer Plenarstimme beseitigen. Damit wäre zugleich das Mißverhältniß der Macht einzelner kleinerer Staaten zu der der contrahirenden größeren in Deutschland vollkommen ausgeglichen. Nach Innen und Außen hätte also eine solche Verfahrungsart allen Anforderungen genügt. Die Gründe, sie nicht zur Ausübung kommen zu lassen, müssen also tiefer liegen; sie sind zum Theil schon vorgekommen, vielleicht ist dabei auch noch folgendes historische Faktum in Betracht zu ziehen.

Schon nach der ersten Eroberung von Paris im Jahre 1814 wurden bei den Friedensunterhandlungen vorläufige Beredungen über einzelne Punkte, die auf dem demnächstigen Congreß zu Wien vorkommen sollten, unter den Staatsmännern gehalten, und unter den deutschen, wie es nicht anders sein konnte, vorzüglich über die künftige innere Einrichtung des deutschen Bundes. Schon damals kam die Rede darauf, daß in demselbem eigentlich nur die kleineren Mächte rein deutsche Staaten bildeten, daß daher auch nur von ihnen das deutsche Interesse ohne alle andere Beimischung repräsentirt werde, daß ferner Oesterreich und Preußen wegen ihrer außerdeutschen Staaten, die sie nicht gegen ihre andern Länder zurücksetzen dürften, gradezu oft verhindert sein könnten, eine allein Deutschland förderliche Politik zu verfolgen, und daß endlich letzteres wegen jener Gebiete oft in solche Collisionen mit den übrigen europäischen Großmächten gebracht werden könne, an denen es gar kein allgemeines, sondern nur Oesterreich oder Preußen ein ganz abgesondertes Special-Interesse habe. Dem gemäß ward die Frage aufgeworfen, ob es nicht am zweckmäßigsten sei, den deutschen Bund auch nur aus den rein deutschen Staaten zu bilden, und Oesterreich und Preußen außerhalb desselben als Garanten hinzustellen. Ersteres sprach sich zur Zeit nicht gradezu und

ganz entschieden gegen, aber auch nicht für einen solchen Plan aus, wohl aber bekämpfte ihn Preußen sogleich mit aller Macht, und unter den Gründen, die es dagegen anführte, war auch der: daß es wünschenswerth sei in vorkommenden Fällen auch über die übrigen Kräfte Deutschlands verfügen zu können, wobei namentlich Defensionszwecke zunächst in Aussicht gestellt wurden. Es hätte alsdann allerdings weniger Einwirkung auf das übrige Deutschland Statt gehabt, deren Vortheile, wenn Staaten verschiedenen Ranges zusammentreten, nothwendig auf Seite des größeren sein müssen. Und solche zu genießen, konnte Preußen bei seiner Macht in Vergleich zu Oesterreich, England, Rußland und Frankreich, nur wünschenswerth sein. — Da zu jener Zeit der vorläufigen Beredungen Einigkeit um jeden Preis als Hauptsache erstrebt werden mußte, so trat Oesterreich den Wünschen Preußens bei. Da man also auf diese Art sich gegen eine geschlossene Selbstständigkeit des übrigen Deutschlands erklärt hatte, so konnte dies leicht ein Grund sein, auch den Gedanken an eine Plenarstimme, der doch so nahe lag, gar nicht aufkommen zu lassen, weil Folgen davon auch nach geschlossenen Frieden noch nachhaltig werden mußten. Denn dies hätte mittelbar zu dem geführt, was man gern vermeiden wollte.

Ueber Hardenbergs Antrag: Zulassung der kleinern Staaten zu den Verhandlungen in demselben Augenblick, wo er durch seine Erklärung grade diejenigen schließt, an welchen man allein ein Interesse hatte, Theil zu nehmen, haben wir gesprochen. Recht der Mitberechnung bei Vertheilung des Entschiedenen, war jetzt die einzige Theilnahme, die ihnen noch zufallen konnte. Es ist ein unfruchtbares Geschäft, Vermuthungen über die Motive einer solchen Politik aufzusuchen; aber daß Hardenberg die Anforderungen deutscher Staaten, in dem Congresse und zu der Zeit mit zu stimmen, wo die Hauptsache debattirt wurde, entschieden zurückgewiesen habe, dafür können noch genug lebende Zeugen aufgerufen werden.

Noch ein anderer Punkt, der vielleicht nur Wenigen wichtig scheint, darf nicht übersehen werden. Warum verhandelte man das Friedensgeschäft das über Frankreichs Schicksal entscheiden sollte, zu Paris? Es ist eine ganz gewöhnliche Maßregel der Politik, die Unterhandlungen, bei denen man betheiligt ist, wenn es nur irgend möglich ist, nach der Hauptstadt des eignen Landes zu verlegen. Wem dies gelingt, der ist um einen großen Schritt dem, was er sich vorgenommen, näher gerückt. Die Mittel der Einwirkung sind dann so mannigfach, daß eins davon gewiß zum Ziele führt, und wäre es auch nur die größere Schlaffheit, welche durch das Vergnügen und das ungeregelte Leben, hervorgerufen durch die Uebertreibungen im gesellschaftlichen Kreise, entsteht. Es könnten aus dem Jahre 1815 interessante Belege hierfür mitgetheilt werden, wenn dazu hier der Ort wäre. Frankreich wußte jenen Umstand aufs Ausgezeichnetste zu benutzen, und sein indirekter Einfluß konnte täglich und stündlich bald auf dieser bald auf jener Seite thätig sein. Mehrere deutsche Blätter sprachen schon gleichzeitig über diesen Punkt, und verlangten den Congreßort nach Deutschland verlegt, indem von hieraus Frankreich der Frieden diktirt werden sollte. Das war nun im Enthusiasmus der Zeit wohl ein bischen zu weit gegangen, und bei dem Diktiren hatten Rußland und England auch ein Wort mit zu reden. Aber gewiß hätte man es zugestanden, wenn ein anderer französischer Ort vorgeschlagen wäre, der entfernt genug lag vom Getreibe der Hauptstadt, namentlich von der Einwirkung der Parteien daselbst. Denn wer hätte es abschlagen wollen, wenn Oesterreich und Preußen diese Bedingung einstimmig von Anfang an verlangt hätten? Freilich schien die Anwesenheit so vieler Monarchen in Paris einen großen Vortheil bei den Verhandlungen darzubieten; aber man brauchte ihn auch nicht an einem allzu entfernten Orte ganz zu entbehren, und gewiß wog er den Nachtheil des gesteigerten Einflusses Frankreichs nicht auf.

Die Mittel also, die Deutschland aus sich hätte entwickeln können, scheinen allerdings, wenn sie gehörig auf den Kampfplatz gebracht wären, hinreichend, um seine Hoffnung in Erfüllung gehen zu lassen. Mußte man vielleicht aus noch höheren Rücksichten zurückstehen, und auf den eignen Vortheil zur Zeit verzichten, weil der künftigen Nachtheile und Verwickelungen zu viel geworden wären? Dies ist der Punkt, den die Vertheidiger des zweiten Pariser Friedens in Deutschland immer geltend gemacht haben, und: „neue unabsehbare Unruhen, und Störung des ganzen europäischen Gleichgewichtes“ sind dabei die Grundangeln, um welche sich die Darstellung dreht.

Man gestand schon 1815 zu, daß Frankreich der Heerd der Unruhe für Europa sei; man glaubte Ruhe zu erlangen dadurch, daß man die Bourbons als Wächter der Stürme bestellte, und diesen ihre Stellung wieder dadurch zu sichern, daß man sie nicht unbeliebt machte durch geforderte Abtretungen. Welch' unglückseliges Verhältniß, wo der Wächter vom Bewachten abhängig ist! Die Zeit hat längst dargethan, wie sehr man sich verrechnet hat. Berufe sich aber auch Keiner darauf, daß man solche Folgen nicht habe vorhersehen können. Die Ereignisse des Jahres 1814 waren nicht Allen unbeachtet vorübergegangen, und was geschehen ist, haben 1815 genug Stimmen vorhergesagt, so daß man Gründe gehabt haben muß, sie absichtlich zu überhören. Denn, daß man Frankreich durch Milde beruhigen und den übrigen Mächten befreunden würde, das war eine Ansicht und eine Hoffnung, deren gänzliche Nichtigkeit vor Jedem zur Zeit offen dalag. Man sah nämlich daselbst den zweiten Pariser Frieden mit seinen angeblichen versöhnenden Tendenzen, als den schimpflichsten an, der je geschlossen, und der die Ehre Frankreichs bis ins Innerste verletzte. Das Werk: »**La France et la Coalition**« aus jener Zeit enthält Predigten dagegen, die nicht heftiger hätten erfunden werden können, und es war vorauszusehen, daß es der

feurigste Wunsch eines jeden Franzosen werden mußte, einmal deswegen Rache an denen zu nehmen, die den Ruhm der Kaiserzeit so ganz darniedergetreten hatten. Die Aufregung hätte nicht größer sein können, wenn man auch Frankreich um die Hälfte verkleinert hätte. Daraus hätte man sich leicht vorhersagen können, daß Frankreich einmal jenen Frieden ahnden würde, sei es früh oder spät, und es ist dann völlig einerlei, ob wir und jeder Unbefangene darin nur einen höchst ehrenvollen und vortheilhaften erkennen wollen, wir werden damit nichts erreichen*). Tritt jener Fall aber einmal ein, dann hat allein Deutschland den Schaden zu tragen, nicht England und nicht Rußland. Warum nicht lieber mit einem Streich die Sache abgemacht, und für jenen Fall Frankreich schwächer und Deutschland stärker gemacht? Feindlicher als die Stimmung war, konnte sie nach Allem wie die öffentliche Meinung sich aussprach, nicht werden; wie tief der Groll lag, können wir jetzt aus seiner Consequenz so recht erkennen; er ist noch derselbe wie vor dreißig Jahren, und der Geist des Volks eben so kriegerisch und bereit zum Angriff wie damals. Nun haben wir, wie 1815, Verlangen des französischen Volks, den Schimpf jenes Jahrs auszugleichen; die Bourbons, welche die Ruhe Europas verbürgen sollten, sind nicht mehr in ihrer Macht, und um eben so viel als man

*) Wenn auch die Zeit manche damalige Ansicht der Franzosen widerlegt hat, z. B. jene ungeheure Contribution diene dazu, um vorerst Frankreich zu schwächen und im Innern aufzulösen, um später mit ihm die Rolle Polens durchzuführen u. a. m.; so ist doch die allgemeine Stimmung gegen Deutschland ganz dieselbe geblieben, selbst unter den Bourbons. Le Blanc in seiner histoire des dix ans etc. erzählt von einem Plane des Ministeriums Polignac, Deutschland bis an den Rhein an Frankreich zu bringen. Schon soll mit Rußland über eine enge Conföderation eine lebhafte Unterhandlung Statt gefunden haben, um Preußen ohne Krieg durch Entschädigung zur Einwilligung zu zwingen. Wir lassen diese Nachricht ganz dahin gestellt sein; der Geist des Volks spricht sich darin aus, es mag daran viel oder wenig wahr sein. —

den doch unausbleiblichen Angriff hätte schwächen und die Vertheidigung stärken können, hat man zu Gunsten seines offenbaren Feindes gearbeitet! Ein doppelter Vortheil für Frankreich, ein doppelter Nachtheil für Deutschland, da doch Ruhe so wenig als vollständige Aussöhnung unter solchen Verhältnissen möglich war. Dazu bei solcher Stimmung die Besetzung Frankreichs von fremden Truppen, — ein Umstand, der täglich an das Verlorne erinnerte. Man hatte davon wieder alle Nachtheile aufregender Maßregeln, und doch keinen Vortheil irgend einer Garantie; denn daß nach Zurückziehung der militairischen Macht hinter ihr Alles in den früheren feindlichen Zustand zusammenfluthen mußte, wissen wir nicht allein jetzt, nachdem es wirklich geschehen ist; man sagte es längst 1815 vorher, und auch Lord Stanhope in seiner bekannten, im Anfange des Jahrs 1818 gehaltenen, den französischen Verhältnissen gewidmeten Rede, hat diesen Punkt vor den Augen Europas gehörig gewürdigt.

Auch das Gleichgewicht Europas hätte keineswegs durch eine Verkleinerung Frankreichs um etwa drei Millionen gelitten. Genug ward gezeigt, wie Deutschland als föderativer Staat nie dasselbe stören könnte; Frankreich ist immer noch der am besten concentrirte Staat, der im Innern weniger als alle andern durch die Verschiedenheit der Religion oder der bewohnenden Stämme in einer gleichmäßigen Entwickelung und Benutzung seiner Kräfte gehemmt ist. In dieser Beziehung war er noch allen europäischen Mächten überlegen, und so kann man sagen, daß jene geringe Verkleinerung das Gleichgewicht mehr förderte, als bedrohete. Alle andern großen Staaten hatten in den Befreiungskriegen ihr Theil erlangt; England die wichtigsten militairischen Punkte auf unserer Erdkugel und die vortrefflichsten Colonien, Rußland Polen, Oesterreich Norditalien, nur Deutschland allein hatte mehr darin verloren wie der allgemeine Feind den man bekämpfte, denn es hatte aus der eignen Mitte noch zuletzt die Entschädigung hergeben müssen, ohne welche Preußen sich

nicht zufrieden geben wollte. Sollte es wohl unmöglich gewesen sein, auch ihm seinen Tag erscheinen zu lassen, und sollten solche Gründe wirklich in der Politik nichts gegolten haben, wenn man sie mit dem Ernste zur Sprache gebracht hätte, der nicht daran zweifeln läßt, daß man das Geforderte auch durchzusetzen Willens sey? Aber für Deutschland redete Niemand; der österreichische Botschafter mußte für Oesterreich, und der preußische für Preußen handeln, das war Recht und ganz natürlich; aber wiederum sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß das allgemeine deutsche Interesse nicht ganz in dem dieser zwei Staaten aufgeht; warum verurtheilte man jenes, allein stumm zu bleiben?

Von der Stellung der deutschen Staaten im Innern nach dem zweiten Pariser Frieden.

Wenn eine auswärtige Politik Pläne auf Deutschland durchführen wollte, so würde sich unter ihren Augen dieser Staat in drei Massen sondern: Oesterreich, Preußen, und die kleineren deutschen Staaten. Sie würde nicht minder in Betracht ziehen, wie letztere sich von den beiden größeren Reichen nicht allein durch ihre Macht unterscheiden, sondern auch durch ganz andere Verfassungen als ein eigenthümliches Drittheil hervortreten, das zwar an Volkszahl nicht zurücksteht, wohl aber der vielmaligen innern Theilung wegen, an innerer Selbstständigkeit. Der letzte Punkt hat oft schon fremden Mächten als die Angel, und das ganze Verhältniß als trübes Wasser gedient; der Fang ist leider oft günstig ausgefallen. Der deutsche Bund wird dem hoffentlich für die Zukunft wehren; aber wieder scheint Alles auf die Stellung der kleineren deutschen Mächte anzukommen, da diese eher als Oesterreich und Preußen, von Außen her in Versuchung geführt werden möchten.

Gleich nach den Befreiungskriegen ward bekanntlich auch über die Idee Einiger, Deutschland als einen solchen Staat

hinzustellen, der nur einem Einzigen unterworfen sei, viel gesprochen. Es ist gewiß ein so großes Unglück nicht, daß dieses auszuführen unmöglich war. Jedes Volk hat vor dem Andern eine Eigenthümlichkeit voraus, die den innersten Charakter desselben ausmacht. So wie diese dahin ist, ist das Volk sicherer todt als durch eine politische Eroberung, von welcher doch, wenn nur jene Eigenthümlichkeit gewahrt ist, eine Auferstehung möglich ist. Des Deutschen Charakter ist aber, nach seiner tausendjährigen Geschichte, grade seine getrennte Entwickelung, die um deswillen so vollständig geworden ist, weil sie nicht von einem Mittelpunkt ausging, und daher auch nie von einem solchen tyrannisirt werden konnte. Sie arbeitete angemessen nach Ort und Zeit, verschieden nach der Individualität der einzelnen Stämme, um die doch wieder die Nationalität Ein Band schlang, das immer stark genug war, das Einzelne zusammenzuhalten, wenn man es nur anerkennen wollte. Fehlt aber dazu der Wille, so werden auch alle andern Staatsformen nichts helfen. Auch stellte sich bei den Vorfechtern jener neuen Ansicht sehr bald die Erfahrung heraus, — wie z. B. bei dem Freiherrn von Stein, — daß ihre Wünsche, ohne daß sie sich dessen selbst bewußt waren, nicht ganz getrennt von partikular-nationalem Interesse dastanden. Aber ein Unglück ist es vielleicht gewesen, daß die Umstände Oesterreich verhinderten, die Kaiserkrone wiederum aufzusetzen. Wir hätten dann einen Mittelpunkt gewonnen, der nicht beherrschte, sondern der zum Sammeln und Vereinigen um ihn wie ein Reichspanier dastand; jetzt haben wir deren zwei. Ein Unglück ist es auch um deswillen, weil der einstimmige Wunsch aller deutschen Fürsten (mit Ausnahme Preußens) dahin zu gehen schien, indem sie den Grafen Münster baten, auf dem Congresse zu Wien der Vertreter und Verfechter eines solchen Planes zu werden. Für jede andere Form der Verfassung aber konnte man eine ähnliche Einstimmigkeit von vorn herein leider nicht gewinnen.

Denn daß Oesterreich und Preußen es für die Folge übernehmen würden, Deutschland, also auch die übrigen Staaten in ihm, nach Außen in europäischen Angelegenheiten zu repräsentiren, stellte sich namentlich nach dem zweiten Pariser Frieden und nach der Stiftung der heiligen Allianz sehr bald heraus. Schon dies Verhältniß hätte folgeweis zu einem präponderirenden Einfluß im Innern ganz allein führen müssen, — das Verhältniß der Macht nicht einmal in Anschlag gebracht. Man hat oft gesagt, Oesterreich und Preußen haben sich darin getheilt, und ersteres die südlichen, letzteres die norddeutschen Staaten sich zum besondern Augenmerk erkoren. Man hat dies beweisen wollen zunächst aus den Verhandlungen, in Folge deren Baiern bei seinem Austritt aus dem Rheinbunde zuerst mit Preußen communicirte, von diesem hingegen an Oesterreich gewiesen wurde, das mit den süddeutschen Staaten abschließen würde. Die «Ligne du Mein» im Briefe des Fürsten Metternich vom 22. October 1814 *), schwerlich auf die Verhältnisse berechnet wie sie jetzt bestehen, sondern auf die, welche zu damaliger Zeit projektirt wurden, ist viel zu diesem Zwecke angeführt worden. Dies Verhältniß ist sogar schon so weit ausgemalt, daß Baiern zum Opponenten gegen Oesterreich in Süden, Hannover aber gegen Preußen im Norden gemacht ist; nichts desto weniger, scheint es unter die unzähligen politischen Fabeln zu gehören, denn die letzten Ereignisse widerlegen es ganz. Oesterreich hindert nicht den preußischen Zollverein in Süddeutschland, was man doch beim Bestehen einer solchen Uebereinkunft hätte erwarten sollen, und man wird von keiner Opposition da reden wollen, wo Baiern und Hannover ihre eignen Interessen nur zu vertheidigen gezwungen waren. Es besteht nur in Deutschland das System, wo die kleineren Staaten in Beziehung auf die Verhältnisse nach Außen ganz den Fahnen zweier größeren

---

*) Hormayr Lebensbilder Th. III. p. 444 sq.

folgen, und in den innern Verhältnissen in so weit, als der Einfluß hievon, und der der größeren Macht rückwirkend ist. Jener Einfluß wird aber, da er nur von andern europäischen Verhältnissen abhängig ist, auf und niederschwanken.

Man hat dieses als das System des Dualismus bezeichnet. Es hat sich oft schon in der Geschichte anderer Länder und Verfassungen hervorgestellt, wohl verschieden in der Form, der Sache nach aber bei aller scheinbaren Verschiedenheit als ganz dasselbe. Aber immer waren seine Folgen die traurigsten, und die römische Geschichte ist ein offenes Buch, um sich Raths darüber zu erholen. So lange noch ein Dritter zwischen Zweien steht, ist eine Vermittlung möglich, und wenn der Einzelne auch das Aeußerste wünschte, so wird er es nie dazu kommen lassen, weil es wahrscheinlich ist, daß er in diesem Falle Zwei gegen sich habe. Tritt aber der Dritte aus, dann kann es mit der Zeit nie fehlen, daß die Berührungen der Uebrigen, die nun alle unmittelbar treffen, endlich nothwendig zu einer traurigen Entscheidung führen. Jeder der beiden sich Gegenüberstehenden sieht diesen Fall voraus; er sucht sich durch Hülfe und Einfluß für denselben zu stärken, und in diesem Streben wird nur das Ende um so mehr beschleunigt. Aber es liegt in diesem Systeme des Dualismus noch ein anderes Uebel verborgen. Man sehe es ja nicht als die nächste Stufe zu einer größern Vollkommenheit und zum Glücke, d. h. zur Einheit an. Diese ist zwar oft daraus entstanden, wenn auch stets schwach und meist den Keim des Untergangs schon in sich tragend; aber eine Nothwendigkeit, daß selbst dies geschehe, ist gar nicht vorhanden. Denn eben so oft haben sich im Kampfe zwei große Theile wieder in mehrere kleinere aufgelös't, die dann später sämmtlich um so gewisser verloren waren *).

---

*) Schon auf dem Congresse zu Wien äußerten sich mehrere der geachtetsten Staatsmänner, unter andern auch der Herr von Gagern, kräftig genug gegen ein solches System. „Es mögen wohl Deutsche

Man versinnlicht sich im Geiste häufig für Deutschland künftige mögliche Verwickelungen, und man thut wohl daran, im Frieden schon sich über die Handlungsweise, die man zu ergreifen gedenkt, zu verständigen, damit im wirklichen Fall der Noth nicht durch ein Hin= und Herstreben die Verwirrung noch vergrößert werde. Dabei setzt man die kleinern deutschen Staaten ganz von selbst als abhängige voraus, und stellt die Frage einfach nur so: „haben sie sich hauptsächlich zu Oesterreich oder zu Preußen zu halten"? Für beides sprechen Gründe, die aber, schon der innern Verfassung Deutschlands wegen, die Sache doch nie entscheiden werden. Folge davon ist, daß der Dualismus schroffer wird, und daß je nachdem die Ansicht der einzelnen kleinern Staaten verschieden ist, diese mit Gewalt in seine Kreise gezogen werden, wozu doch eigentlich eine Nothwendigkeit von Anfang an nicht existirt.

Oesterreich ist ein großer wohl concentrirter Staat, schon jetzt an Macht allen andern europäischen Mächten vollkommen gleich, der aber den Vortheil noch bietet, daß die in ihm ruhende Kraft zu einem großen Theil noch kaum entwickelt ist, so daß daher seine Macht, aus dem Innern geschöpft, ohne alle äußere Eroberung noch um ein gutes Drittel gesteigert werden kann. Man hat ihn so darstellen wollen, als wenn er, als deutscher Staat, dem Deutschen gar nicht in den Kreis seiner politischen Berechnungen kommen dürfe,

---

„sein, denen theoretisch die strenge Alleinherrschaft die liebste wäre, „weil sie ihnen die sicherste schiene. Der Zweiherrschaft aber ist der „Stab durchaus gebrochen. Es ist die gehässigste und gefährlichste, „ein Wurzel=Uebel in Europa, — eine Spaltung unserer Nation, ein „ewiger Saamen des Bürgerkrieges, deren wir, einschließlich des sie= „benjährigen, in den letzten Jahrhunderten nur zu viele gehabt ha= „ben." Herr von Gagern irrt nur darin, wenn er später behauptet: Die Zweiherrschaft sei nur darum erträglich, weil sie in späteren Zeiten einmal in die Einheit sich verlaufen könne. Es ist durchaus keine Nothwendigkeit hiezu vorhanden. Hormayr Lebensbilder III. p. 587.

weil das ungarische, italiänische und slavische Element das deutsche rein darnieder halte. Allein an solchen Darstellungen ist wohl nur Parteiinteresse Schuld, und es wäre wohl kaum nöthig gewesen, diese Ansicht noch weitläuftig zu widerlegen wie kürzlich geschehen ist. Man kann denn doch nicht alle Geschichte unsers Vaterlandes rein zum Fenster hinauswerfen, auf deren jedem Blatte man den Namen Oesterreichs finden wird. Seine Entwickelung ist so eng mit der Deutschlands überhaupt verschmolzen, daß eine Trennung rein unmöglich ist, und wer von Beiden daher eine gänzliche Lossagung von dem andern versuchen wollte, würde allein den Schaden davon haben. Rein deutsch war der Kern, um welchen die österreichische Monarchie sich bildete; es war immer das deutsche Element, welches die verschiedenen Interessen der entfernten Theile ausglich, und so wird es auch ferner bleiben, denn man glaube ja nicht, daß sich der Italiäner leichter mit den Magyaren verständige. In diesem Sinn ist Oesterreich wirklich auch über die Gränzen seines deutschen Gebiets hinaus, noch immer deutscher Staat, und wir mögen wohl als solchen auf ihn rechnen. Auch hat es nirgend dieses deutsche Interesse ganz zu verläugnen, sondern nur dahin zu sehen, daß es sich nicht ohne Noth und zu egoistisch zum Nachtheile anderer Nationen hervorthue, und nur in dieser einzigen Beziehung, bei seiner allgemeinen Politik, braucht Oesterreich solche Rücksichten zu nehmen, die jedoch noch weit davon entfernt sind, es Deutschland darum entfremden zu brauchen.

Man hat seine Macht heutiges Tags verdächtigen wollen, und den Beweis aus der Lage seiner Finanzen dabei geschöpft. Es gehört dies abermals zu den vielen Angriffen, die dieser Staat hat in der neuesten Zeit erleiden müssen. Man kann diesen Punkt für unsere Zwecke ruhig dahin stehen lassen; er bewiese doch schlimmsten Falls nur gegen die Verwaltung, nicht gegen die innern unerschöpflichen Hülfsquellen aller Art, welche die Natur mit einer fast übermäßi-

gen Bevorzugung dem Kaiserstaate verliehen hat. Deswegen vermag er aber auch an Ausdauer vielleicht alle Staaten zu übertreffen, und solche Gegner sind die schlimmsten von Allen. Der erste Stoß mit seinen Folgen ist nicht immer der entscheidende; der Sieg über ein Heer ist nicht immer Sieg über den Widerstand, wohl aber hat der letztere, wenn er nur die Kraft des Ausharrens in sich trägt, stets das glückliche Ende erzwungen. Ein großer Theil des Landes ist von der Natur selbst zur Festung geschaffen, so daß es der künstlichen kaum bedarf.

Schon um deswillen vermag Oesterreich wohl Vertrauen für sich zu erwecken; es vermag es aber noch aus andern Gründen. Es hat mit einer lobenswerthen, ja bewundernswürdigen Mäßigung die Individualität aller der Theile, die ihm doch unmittelbar untergeben sind, zu schonen gewußt, so daß der ganze Staat mehr einer Vereinigung gleicht. Dem Gefühle der innern Macht genügte ein solches Verhältniß vollkommen, während die Schwäche stets darauf bedacht sein muß, Anderes zu eignem Vortheil vollkommen bis auf den Grund auszubeuten. Findet nun schon dies Verhältniß bei wirklichen Unterthanen Statt, so würde es noch viel erträglicher bei einer bloßen Bundesgenossenschaft hervortreten, und die Gefahr, in derselben doch nach und nach mit den Farben der Protektion bekleidet zu werden, ist so gut wie gar nicht vorhanden. Und eine solche Zuversicht kann der, welcher die Verbindung mit einem Mächtigern sucht, nicht hoch genug anschlagen.

Dazu ist Oesterreichs Politik stets eine conservative gewesen, und muß es auch ferner bleiben, eben jener innern Zusammensetzung des Staates wegen, der in mancher Hinsicht auch wie ein Staatenbund erscheint. Deutschland aber, als föderativer Staat, wird nach dem auch bei den Pariser Verhandlungen ausgesprochenen Urtheile der größten Staatsmänner stets einer gleichen Richtung folgen müssen, wenn es seinen Vortheil wohl versteht. Nur die Defension vermag

die Interessen verschiedener Staaten fest zu einem einzigen zu verbinden, nur in der Defension vermögen sie, Erfolge zu erstreiten, und Wiederverlornes zu erwerben; wollte sich einmal je ein solcher Staat es einfallen lassen, von Haus aus ein erobernder zu werden, so würden sich die Interessen bald theilen, spätestens beim Streiten über das Eroberte, meistens noch früher, und der angegriffene Feind hätte unter allen Umständen die letzten Vortheile von der Sache. Dieser Umstand ist von nicht hoch genug anzuschlagender Wichtigkeit, und wäre ganz allein für sich schon genügend, die politische Verbindung des übrigen Deutschlands mit Oesterreich, als eine nothwendige, stets wach zu erhalten.

Etwas anders dagegen steht Preußen da. An Größe, vorzüglich aber an Einwohnerzahl ist es um die Hälfte geringer als die Staaten, mit denen es als Mächte ersten Ranges auf einer Stufe zu stehen wünschte. Damit dies ausgeführt werden könne, mußte eine mit jenen gleiche mobile Macht hergestellt werden, die natürlich wieder veranlaßt, daß die innern Kräfte Preußens gegen die der andern großen europäischen Staaten in der Stunde der Entscheidung um das Doppelte angespannt werden müssen, um den letztern nur gleich zu sein. Nach ganz einfachen mechanischen Grundsätzen, die allenthalben in der Welt gelten, kann aber die Dauer einer solchen Kraft auch nur die Hälfte der Zeit hindurch wirksam sein. Dies Verhältniß kann natürlich in den langen Friedensjahren seit 1815 nicht so hervortreten, wo ein Gleichgewicht zwischen nöthiger mobiler Macht, und den Aufkünften des Staates sich leicht herstellt. Einen andern Etat aber werden die Zeiten des Kriegs fordern, und dann gilt jenes einfache Gesetz in seiner ganzen Strenge. Preußen braucht gewiß nicht den ersten Anlauf irgend einer Macht zu scheuen; aber schlimm wird es, wenn nicht gleich durch Siege die Sache schnell beendet wird. Die Dauer eines Krieges kann allein schon den preußischen Staat aufreiben, und die Folgen werden schlimmer sein als in jedem

andern Staate, weil bei doppelt angespannten Kräften nachher auch die Erschlaffung und damit das Verderben doppelt ist.

Diesen Umstand hat Preußen selbst nie verkannt; es ist als erobernder Staat nach und nach durch unzählige Anstrengungen in die Reihe der großen Mächte zwar eingetreten, aber es fühlt auch, daß es noch nicht auf den Punkt gekommen ist, sich zur Ruhe setzen zu dürfen. Immer weiter strebend, muß noch mehr gewonnen werden, um das Mißverhältniß der physischen Kräfte nach und nach auszugleichen. Preußen hat wohl bei dem Ersatze des Fehlenden von dem moralischen Einflusse viel gehofft; ein solcher kann zwar allerdings für den Augenblick von großem Gewichte sein, auf die Dauer aber kann er einer materiellen Grundlage so wenig entbehren wie der Geist des Körpers. Preußen wird daher auch ferner noch erobernder Staat bleiben müssen, seine Existenz erfordert es. Der Verfasser der „Denkwürdigkeiten eines Staatsmanns über die geheimen Ursachen, welche die Politik der Cabinette von 1792 bis 1815 bestimmten“ wofür lange, jedoch fälschlich, der Fürst Hardenberg galt, sagt über diesen Punkt sehr richtig: Ein jeder neuer, wie Preußen militairisch organisirter Staat muß sich im Verhältniß der steigenden nachbarlichen Macht, ebenfalls vergrößern, er mag dies Ziel durch Krieg oder Negociationen erreichen.“ Hier ist gar nicht von einer steigenden, sondern nur von einer schon gestiegenen nachbarlichen Macht die Rede, und die Anforderung wird dadurch um das doppelte erhöhet. Der neueste Lobredner Preußens, Bülow Cummerow, erkennt auch ganz dieselbe Lage der Sache an. Nur im Verein mit Deutschland hält er Preußen für stark genug, allen Zufälligkeiten zu widerstehen; wenn aber ersteres seinen Vortheil nicht erkenne, und sich nicht an Preußen anschließe, so existire für letzteres eine Nothwendigkeit, um seiner eignen Existenz willen, durch weitere Eroberungen

seine Macht zu vermehren*). Der Verfasser ist wegen seines Werks hochgeehrt von seinem Monarchen und von der öffentlichen Meinung in seinem Vaterlande; er hat gewiß überall die wahre Gesinnung getroffen. Nur ein Bedenken kann sich der unbefangene Fremde dabei nicht unterdrücken. Es war von der Lebensfrage Preußens, nicht von der Deutschlands überhaupt die Rede. Wenn ersteres nicht ohne letzteres bestehen kann, warum richtet sich Preußen nicht mehr nach dem übrigen Deutschland, warum soll das Verhältniß grade umgekehrt sein, wenn man doch glaubt, daß ohne Preußen die politische Existenz Deutschlands noch keineswegs gefährdet sey?

Bei aller Kleinheit ist die Zusammensetzung des preußischen Staates dazu noch eine sehr unglückliche. Zwei getrennte Theile sind nur kümmerlich durch Staatsservituten, durch Heerstraßen, mit einander verbunden, die Gränzen weitgeschweift fast von doppelter Länge wie die Frankreichs, und welche Entfernung von Trier bis Königsberg! Ein bedeutender Theil des Königreichs Preußen ist militairisch durch Polen bereits von Rußland umgangen und kann beliebig abgeschnitten werden. Wenn hier, um dies zu verhindern, ein bedeutender Theil des preußischen Heeres stets Wache stehen, wenn ein anderer stets dazu vorhanden sein muß, um nur für die Verbindung der Theile der Monarchie zu kämpfen, wenn endlich die entfernten Gränzen nicht ohne Beobachtungs-Corps gelassen werden dürfen, so ist allein dadurch auch die höchste Zahl, welche die mobile preußische Macht ausdrücken soll, auf eine bedeutend kleinere reducirt. Alle diese Mißverhältnisse lassen sich nur durch weitere Eroberungen ausgleichen. Aber wo sollen sie gemacht werden? Mit Rußland wird im Osten schwerlich ein Krieg deswegen begonnen werden, auch nicht im Westen mit Belgien, weil dies

---

*) Vid. pag. 10 seines allbekannten Werks.

zum Zerwürfniß mit Frankreich führte und gegen beide kann Preußen schwerlich einen Angriffskrieg wünschen. Da bleibt nur Deutschland übrig, von welchem wir bei dieser Gelegenheit vielleicht auch Oesterreich ausnehmen können. Hier könnte zunächst eine territoriale Verbindung der preußischen Staaten bewerkstelligt werden und man hätte nur Mächte geringern Grades gegen sich. So lange nun freilich die deutsche Bundesverfassung existirt, kann so etwas auf dem Wege der Waffengewalt nicht durchgeführt werden, möchte es für Preußen auch noch so wünschenswerth sein. Bisher aber ist wirklich, nachdem die Theilung Polens jeden weitern außerdeutschen Erwerb unmöglich gemacht hatte, ganz jene Politik befolgt worden. Wir wollen die Fälle, wo sie ins Leben trat, nicht von Friedrich dem Großen an beginnen, sondern nur seit dem Frieden von Basel, wo durch das einseitige Verlassen der deutschen Interessen in eignem Vortheil, der fast einer Eroberung in Deutschland gleich kam, eine lange Reihe von Unglücksfällen über unserm Vaterlande hinzog. Wir dürfen sodann die Besitznahme Hannovers nicht übergehen. Herr von Gentz in seinen Briefen hat uns ferner darüber unterrichtet, wie trotz den sich anders ausdrückenden Proklamationen ein anderer deutscher Staat bei dem Kriege von 1806 dazu ausersehen war, Preußen zu vergrößern und die Kriegskosten zu bezahlen. Es folgt dann der schon früher, vorzüglich aber aus den Schriften des Herrn v. Gagern bekannt gewordene geheime Artikel des Vertrags von Kalisch, wo sogar mit Rußlands Hülfe in Deutschland Eroberungen gemacht werden sollten. (**Pour cet effet S. M. L'Empereur de toutes les Russies promet de la manière la plus solemnelle, d'appliquer aux équivalens, que les circonstances pourraient éxiger pour l'intérèt même des deux états et à l'agrandissement de la Prusse, toutes les acquisitions dans la partie septentrionale de l'Allemagne, à l'exception des anciennes possessions de**

la maison d'Hannovre *). Ganz im Zusammenhange damit steht dann die wirklich ausgeführte Besitzergreifung des größten Theiles von Sachsen. Die Verhältnisse gestalteten sich nach dem Frieden nun so, daß wirkliche Vergrößerungen an Land nicht mehr Statt finden konnten, und es kam jetzt die Zeit, wo nach den schon angeführten Worten jenes Staatsmanns, Preußen sich durch Negociationen vergrößern mußte. Dazu mußte natürlich das übrige Gebiet Deutschlands jenem Staate offen bleiben und ein Abschluß desselben in sich möglichst verhütet werden. Daher die Erklärung bei den Beredungen über äußere Form des deutschen Bundes und die spätern ganz in diesem Geiste schon erwähnten Maßregeln, welche auch bei den Verhandlungen in Paris etwas der Art, was sich ausbilden konnte, zu verhindern suchten. In „Kombst, Authentische Aktenstücke, Strasburg 1835" ist eine preußische Geheime Denkschrift vom Jahre 1822 veröffentlicht, welche die Grundlagen für die weiter hiebei zu befolgenden Plane genau vorzeichnet, die fast alle vom Erfolge gekrönt sind. Ist das Aktenstück noch nicht allgemein bekannt oder schon vergessen, so soll auch dessen Inhalt des allgemeinen deutschen Interesses wegen, welches Beruhigung, nicht Aufregung fordert, hier nicht wieder zur Sprache gebracht werden. Zu gleichen Zwecken ist endlich, um kleinere Einzelnheiten zu übergehen, in neuerer Zeit das preußische Steuersystem, das man zu einem allgemeinen Zollverbande auszudehnen bemüht war, benutzt. Denn daß dies die Absicht gewesen sei, sagt das bekannte Memoire des Grafen Bernstorf vom 29. Januar 1831 ganz ausdrücklich **). Die Sache ist gleichfalls vollkommen gelungen; in gewisser Hinsicht haben die einzelnen kleineren deutschen Staaten von ihrer Unabhängigkeit etwas abgegeben, und um eben soviel ist Preußens Einfluß gewachsen. Dies Verhältniß wird auch von

*) Martens, nouveau recueil T. I. 564 u. T. III. 235. Gagern, Mein Antheil an der Politik, Thl. II. p. 31.

**) Portfolio, Heft I. Nro. I.

letzterem vollkommen anerkannt, und es vermag sich dessen, selbst von seinen Lehrstühlen herab, mit vollem Rechte zu rühmen. Das Schlimmste dabei ist nur, daß man nicht weiß, wie weit Preußen in ähnlichen Bestrebungen fortschreiten und wann der Punkt gekommen sein wird, wo seinen Wünschen von dem übrigen Deutschland genügt worden ist. Wenn ich die schon erwähnten Worte des Herrn v. Bülow pag. 10 lese: „Preußen bedarf kei-„ner Ausdehnung seiner Grenzen, insofern das „übrige Deutschland es begreift, was Preußen „ihm ist und sich vertrauensvoll mit soviel That-„kraft Preußen anschließt, als die gemeinschaft-„liche Wohlfahrt es erfordert. Geschieht dies „nicht, und es entsteht ein neuer Kampf, so ist „Preußen um seiner eigenen Erhaltung willen „gezwungen, sein Gebiet zu erweitern, bis es „stark genug ist, seine Selbstständigkeit zu be-„wahren. So wenig Preußen jetzt eine Vergrö-„ßerung seiner Monarchie wünscht, so ist doch „der feste Wille in die Brust jedes Preußen ein-„gegraben, seine Selbstständigkeit um jeden „Preis zu erhalten und gezwungen wird es je-„des Mittel zum Ziele ergreifen" und dabei bedenke, daß er ohne Zweifel die Stimmung in Preußen damit richtig wiedergegeben habe, so entstehen Besorgnisse mancher Art in mir. Denn jener Zwang für Preußen, von dem geredet wird, ist ja eigentlich so lange vorhanden, bis es nicht eben so groß ist, wie die übrigen vier größern Staaten Europas, und das Maaß für die Thatkraft, die Deutschland Preußen widmen soll, welches ist dieses, und wer der Richter, der bestimmen soll, wann genug geschehen ist? Und endlich, werden mit dem Gelingen nicht auch die Wünsche wachsen?

Doch dies mögen zu weit getriebene Bedenken sein; aber sehr nahe liegend ist das folgende. Deutschlands Politik muß durchaus, wie schon erwähnt ist, eine conservativ-defensive

sein, wenn man auch den letztern Begriff häufig ein Bischen weiter ausdehnen könnte, als bisher geschehen ist. Dies liegt in der innern Natur und der ganzen politischen Entwickelung unsers Vaterlandes. Wollten wir anders handeln, so würde mit unserer Stellung in Europa auch zugleich die Nationalität und mit ihr unsere wahre eigentliche Existenz gefährdet werden. Der Anschluß an einen erobernden Staat, der zur Vergrößerung und zum Erwerbe seiner eigenen Existenz wegen gezwungen ist, will daher für einen Staatenbund namentlich wohl überlegt sein. Nicht der erste gleich in die Augen fallende Vortheil kann hier die Sache entscheiden, sondern man muß sich zuvor darüber Rechenschaft gegeben haben, welche die unausbleiblichen Folgen eines solchen Schrittes sein würden. Zwar ist hiebei die Frage: Würde Preußen nicht grade durch den nähern Anschluß Deutschlands der Nothwendigkeit überhoben, erobernder Staat zu bleiben und dadurch auch zum conservativ-defensiven?

Der Anschluß müßte, um dies zu erreichen, ein sehr enger und zugleich ein unauflöslicher sein, wenn man auf ein solches politisches System mit Sicherheit rechnen wollte. Das würde denn aber wieder zu einer andern Erscheinung führen, wie wir sie in Preußen wahrnehmen. Hier nämlich mußte, im Gegensatz zu Oesterreich, die Eigenthümlichkeit der einzelnen Nationalitäten mehr einem allgemeinen, Alles gleich machenden Principe sich unterordnen, so daß der ganze Staat wie aus einem Gusse geformt dasteht. Die Macht desselben im Allgemeinen ist dadurch gewachsen, aber manche geschichtliche Erinnerung auch untergegangen. Zu etwas der Art müßten sich daher auch die bequemen, die zu Preußen halten, denn letzteres als der bedeutendere Staat, wird seine Eigenthümlichkeit Andern zu Gefallen nicht aufopfern dürfen.

So sind die rein äußern Verhältnisse von Oesterreich und Preußen dem übrigen Deutschland gegenüber; für Preußen wird noch häufig um deswillen eine Bevorzugung in Anspruch genommen, weil es der Repräsentant des geistigen Fortschrit-

tes und jeder Ausbildung der Staaten sei, während in Oesterreich auch in dieser Hinsicht nur das Stabile vorherrsche. Ueber solche Angelegenheiten kann unbefangen in der Regel erst die Nachwelt urtheilen, und der Gleichzeitige thut wohl, sich höchstens auf ein Zeugniß über das, was er mit eigenen Augen gesehen, oder mit eigenen Ohren gehört hat, zu beschränken. Den Spruch mag eine andere Zeit dann thun. Aber die ganze Frage über den Anschluß der kleineren deutschen Staaten an einen größern scheint schon an sich ein Unglück für Deutschland zu sein. Sie wird sich nie Allen annehmbar entscheiden lassen, und selbst wenn dies theoretisch anginge, so wäre damit für den Anschluß selbst in der Wirklichkeit noch nichts gewonnen, denn der dadurch in Nachtheil gesetzte große Staat würde sich schwerlich dabei beruhigen, sondern auf eigne Hand die Verkürzung wieder einzubringen suchen. Ein jeder weiß, daß eine richterliche Entscheidung in einer solchen Sache nicht Statt finden kann, sie muß sich den Umständen gemäß von selbst zum Abschluß bringen, und Jeder gilt dabei so viel, als er sich geltend zu machen weiß. Aber dabei sieht man auch klar, daß, wenn das Glück unsers Vaterlandes auf einem System beruhen muß, dem wieder zur Begründung jene Frage unterliegt, wir dieses schwerlich in der nächsten Zeit zu erwarten haben würden, indem es den Keim zu Zerwürfnissen und zur Nährung der alten Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen in sich trägt. Sollen wir denn eine Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland mit verschiedenen Interessen, die doch Folge wäre, wünschen, oder vielmehr eine Annäherung der so oft und vielfach getrennten Theile? Wir Deutschen müssen dem Auslande grade bei Behandlung jener Frage in einem eigenen Lichte erscheinen. Wir regen uns gegenseitig auf bei Besprechung derselben und können uns kaum Rechenschaft darüber geben, wer sie zuerst aufgestellt, und seit wann man sich ihr zu Gefallen, in zwei Theile sondert. Aber noch mehr als das ist, daß man sich noch niemals eine gründliche Rechenschaft darü-

der abgelegt hat, ob dann auch wirklich von ihrer Entscheidung allein unser künftiges Heil so nothwendig abhängt, daß man sie gar nicht umgehen könne, und ob nicht noch ein Weg auszufinden sei, der sie ganz und gar entbehrlich machte?

Fortsetzung. Von der Stellung der kleineren deutschen Staaten in Deutschland.

So wie in dem Streben, diese mehr Oesterreich oder Preußen geneigt zu machen, der Grund einer ewigen Mißstimmung in Deutschland liegt, so würde diese auch wiederum am leichtesten dadurch aufgehoben, wenn jenes Bestreben einmal wegfallen könnte.

Die Geschichte des zweiten Pariser Friedens kann den kleineren deutschen Staaten in sofern zu einem Spiegel dienen, als sie daraus sehen können, daß sie in der europäischen Politik wichtig genug sind, um auch ihre Stellung zu verlangen, die eine andere sein muß, als nur die von Bundsgenossen, die unbedingt und ungefragt hinterher ihre Stimmen zu dem geben müssen, was auch mittelbar über ihre Verhältnisse ausgemacht worden ist. Wenn ihnen eine solche 1815 angewiesen worden wäre, so waren grade sie es, welche mit ihrer Stimme die wichtigste europäische Angelegenheit zur Entscheidung bringen konnten, was wieder in Beziehung auf die innern deutschen Verhältnisse von unabsehbaren Folgen gewesen wäre. Bei weiterer Berathung von deutschen und allgemeinen europäischen Angelegenheiten in Congressen, wo das deutsche Interesse nie unbetheiligt bleiben kann, darf daher auch ihre Stimme sich nicht bei einem Anschlusse an einen größern Staat ganz verlieren; es wäre dies nicht ein nur ihnen entgehender Vortheil, sondern ein Nachtheil, den das ganze Deutschland erlitte.

Ein drittes ausgleichendes und versöhnendes Princip, was allenthalben zwischen den Dualismus vermittelnd einträte und verhinderte, daß jemals eine von seinen nachtheili-

gen und verderblichen Folgen zum Ausbruch käme, müßte für das deutsche Staatensystem, betrachten wir nun seine Stellung nach Innen oder nach Außen, ein wahrer Gewinn sein.

Schon ist zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, wie innerhalb der Gränzen des allgemeinen Deutschthums doch die Verhältnisse der kleineren Staaten in mancher Beziehung andere sind, als die Oesterreichs und Preußens. Schon die gewöhnliche Klugheit forderte, diesen Fingerzeig nicht zu übersehen und ihnen zusammen demgemäß eine Stellung anzuordnen, welche sie gegen jene einzunehmen haben in der Jeder so selbstständig für sich sein darf, wie es sich mit dem Vortheile des Allgemeinen verträgt. Aber nicht minder scheint auch schon die Gerechtigkeit eine solche Stellung zu fordern. Zur Abschätzung der Macht eines Staates kann die Truppenzahl desselben einen zureichenden Maßstab geben. Preußen stellt als Bundescontingent, — um runde Zahlen anzunehmen, — 79,000 Mann, Oesterreich 95,000 Mann; die kleineren deutschen Staaten aber müssen ein Heer von 127,000 Mann unterhalten, also allein mehr wie dreimal soviel, als das alte Reichscontingent betrug, ohne daß darum solche Rechte, welche als Folge der ehemaligen Reichsverfassung noch jetzt bei ihnen in Frage kommen, auch nur um das Mindeste erhöhet wären. Diese ganze Wehrmacht ist weniger auf Schutz im Innern, als zur allgemeinen Abwehr gegen äußere Feinde berechnet. Hier ist es billig, daß auch das Interesse einer solchen Macht nach Außen selbstständig verfolgt und nicht allein durch eine Vertretung geltend gemacht werde. Da nun Oesterreich und Preußen noch außerdeutsche Besitzungen haben, und beide Staaten vermöge dieser Stellung darauf verzichten müssen, in ihrer Politik sich auf reindeutsche Gesichtspunkte zu beschränken, so ist wohl natürliche Folge, daß sie als europäische Großmächte häufig in Verwickelungen gezogen werden, von denen Deutschland nicht unmittelbar berührt zu werden brauchte. Aber dieses hat jetzt wieder seiner selbst willen ein Interesse, auch die entfernteste österreichi-

sche oder preußische Provinz von äußeren Feinden ungeschmälert zu sehen. Wenn auch die Bundesgesetze hier die Nothwendigkeit einer Hülfe nicht aussprechen, so sollte sie doch stets im wohlerwogenen Verständniß der ganzen Stellung Deutschlands geliefert werden. So kann es nicht fehlen, daß von den Kriegen, in welche wir in künftigen Zeiten noch verwickelt werden, wenigstens dreiviertel der Zahl nach um solche Ursachen geführt werden müssen, die eigentlich zunächst und direkt nur Oesterreich und Preußen als europäische Staaten angehen, und bei solchen ist dann allerdings eine jederzeit vollständig ausgerüstete und disponible Hülfsmacht von 127000 Mann wohl wichtig genug, um auch eine Anerkennung bei der politischen Debatte in Anspruch zu nehmen. Zwar ist es wahr, Oesterreich und Preußen stellen eine weit zahlreichere, mehr einem Wink gehorchende Macht, während jene im Innern viel mehr getheilt und bunter zusammengesetzt ist. Aber um sie nach Außen nur durch jene beiden Staaten vertreten zu lassen, dazu ist sie aller jener Mängel ungeachtet, doch noch immer zu bedeutend, denn der Theil Deutschlands, von welchem sie ausgeht, würde als Ganzes betrachtet, nach den Begriffen des heutigen europäischen Völkerrechts, einem Staate erster Größe vollkommen entsprechen. Die von Innen ausgehende moralische Macht, welche von Preußen mit Recht andern Staaten gegenüber als ein Ersatz der physischen, materiellen, mit in Anschlag gebracht wird, würde auch einer solchen Staatenvereinigung ein nicht minder bedeutendes politisches Gewicht verschaffen und gegen nichts Aehnliches zurückstehen.

Jener schon angedeutete Gesichtspunkt, daß die reindeutschen Interessen nicht immer die Gelegenheit gehabt haben, sich in Beziehung auf die äußere Politik gegen die Grenzstaaten genügend geltend zu machen, würde es nicht minder wünschenswerth machen, wenn eine Auskunft gefunden werden könnte, welche dem abhülfe. Es würde dies gelingen, wenn es möglich wäre, die Regierungen der kleineren deutschen

Staaten in soweit unter sich zu einigen, daß sie in Beziehung auf äußere Verhältnisse als eine neue zusammengehörige europäische Großmacht wirklich daständen, eine Macht, welche alsdann im Stande wäre, bei allen diplomatischen Verhandlungen in Europa das reindeutsche Element ohne Zumischung gehörig zu vertreten.

Im Jahre 1814, als noch über die innere Einrichtung Deutschlands und des deutschen Bundes debattirt, und vorgeschlagen wurde, diesen allein aus den reindeutschen Staaten bestehen zu lassen, wäre es ein Leichtes gewesen, einen solchen Plan zu realisiren. Die jetzige Stellung der einzelnen Staaten macht die Sache allerdings schon schwieriger, jedoch gehört sie gewiß nicht zu den Unmöglichkeiten. Der Politiker würde trotz der Eifersucht und der verschiedenen Interessen wohl zum Ziele gelangen, wenn die Sache nur im richtigen Geiste begonnen würde. Die Geschichtschreibung hat jedoch nur zu berichten, daß ein solcher Plan keineswegs ein neuer, sondern ein solcher ist, über welchen sich die Stimmen verschiedener Staatsmänner seit dem Jahre 1815 öfter haben hören lassen. Dem baierschen Gesandten, Grafen Rechberg, schwebte dergleichen sicherlich vor, und er sprach sich darüber schon 1815 in Paris, freilich nur kurz und etwas fragmentarisch aus *). Dann ist, wie bekannt, die Angelegenheit später namentlich in Süddeutschland zum öfteren wieder aufgenommen, und von hieraus Manches, was wohl Beherzigung verdiente, geltend gemacht. Den Staatsmännern und also auch den einzelnen Regierungen hat daher die Sache nie eine absolute Unmöglichkeit geschienen. Das sie bisher nicht zur Ausführung gebracht worden ist, scheint für sich allein noch kein Grund dawider zu sein.

Jedoch dürfte natürlich durch eine solche Stellung der kleineren Staaten in der innern Verfassung des deutschen

*) Aktenstücke Nro. XX.

Bundes nicht das Mindeste geändert werden, und es wäre dies auch in keinerlei Hinsicht nöthig. Der Zweck dieser Verbindung könnte nur dadurch noch mehr gefördert werden. Die innern Verhältnisse, Stimmrecht und Vertretung der einzelnen Staaten so wie deren Gesammtinteresse zu einander, blieben ganz dieselben. Nur die innere Fehde, einerlei ob in der Wirklichkeit bestehend oder nur als Stimme der öffentlichen Meinung geistig sich geltend machend, wegen des Hinüberziehens und Hinüberneigens von einer Seite zur andern, würde dann mit einemmale wegfallen. Gelänge es sodann den kleinen Krieg und die Folge davon, Mißstimmung der einzelnen Theile Deutschlands gegen einander, dadurch zu beseitigen, daß Jedem sein festes Theil angewiesen würde, so müßte eben dadurch, daß die Ruhe im Innern neue Bürgschaft für alle Zeiten erhielte, die Kraft Deutschlands und seiner Bundesverfassung um das Doppelte wachsen.

Auch darf man nicht aus den Augen lassen, daß ein solcher Wunsch der kleineren deutschen Staaten, innerhalb der Gränzen der Bundesgesetze zur Ausführung gebracht, auch nie in politischer Hinsicht, gegen diese anstoßen kann. Diese lassen für Vereinigungen noch ein weites Feld offen, was immer und täglich benutzt, und für welche auch das Recht dazu in Staatsschriften, welche die neuere Zeit hervorgerufen hat, ganz besonders in Anspruch genommen worden ist. Und grade dieses könnte auch noch specieller nachgewiesen werden. Denn da wir nur hauptsächlich Deutschlands Stellung nach Außen, in soweit sie durch die kleinern Mächte bedingt ist, im Auge haben, so dürfte für eine solche Verbindung vielleicht der Paragraph 42 der Wiener Schlußakte in seinem direkten Ausspruche, noch mehr aber in seinen natürlichen Consequenzen, gradezu angezogen werden. Die Gefahr eines feindlichen Angriffs nämlich braucht nicht allein von Außen her bedingt zu werden, sie kann auch von dem Innern Deutschlands, namentlich von der Stellung seiner einzelnen Theile gegen einander selbst, ausgehen. Die Ge-

schichte der neuern Zeit hat uns grade das letztere mehr als einmal zum Deutlichsten gezeigt. Da nun die Supposition eines feindlichen Angriffs so unendlich viele Punkte in den Bundesgesetzen hervorgerufen hat, und darauf dann wieder so vieles, was die Stellung der einzelnen Staaten begründet, beruhet, so sollten wir nicht allein darauf trachten, nur einem solchen Angriff zu begegnen, als vielmehr durch unsere innere Einrichtungen dahin streben, daß diese nie und zu keiner Zeit wieder den Nachbarn einen Reiz geben, einen solchen oder eine Einmischung zu versuchen.

Eine solche Vereinigung wie die ist, von welcher wir sprechen, hat vielleicht auch um deswillen bisher so unausführbar geschienen, weil man immer etwas Gehässiges in ihr zu finden meinte, nämlich ein Streben nach größerer Unabhängigkeit der kleineren Staaten in Deutschland von den größern, Oesterreich und Preußen, welche nur durch Trennung von ihnen zu erreichen sei. Jedoch „die Loyalität die„ser beiden Mächte steht so unangetastet da, daß es ein Ver„gehen gegen sie wäre, nur einmal zu vermuthen, sie däch„ten an ein Recht von ihrer Seite, eine Suprematie gegen „einzelne deutsche Regierungen auszuüben, oder an eine Pflicht „der letzteren, sich nur in einem solchen Verhältniß zu be„wegen.“ So sprach ein deutscher Staatsmann auf dem Congresse zu Wien, und seine Worte sind gewiß noch heutiges Tages in Kraft. Das einzige Bedenken könnte also nur sein, ob nicht vielleicht durch eine solche Vereinigung der kleineren Staaten unter sich ein Auseinanderfallen Deutschlands von Innen heraus veranlaßt und befördert werde? Aber dies muß ganz verschwinden, und eben sowohl wie für die kleineren Staaten Deutschlands die Geschichte des zweiten Pariser Friedens ein Spiegel ist, so auch für die größeren; auch sie können sich wohl die Lehre daraus nehmen, daß viel mehr für sie zu erreichen gewesen wäre, wenn sie als dritte zu ihnen gehörige Macht jene mit in die Berathungen eingeführt hätten! Es ist also grade das Interesse Preußens und Oe-

sterreichs mit daran zu arbeiten, die Macht Deutschlands für die Zukunft dadurch nach Außen zu heben und zu vermehren, daß unter ihrer Garantie noch ein dritter bisher unbeachteter Theil als sechste europäische Hauptmacht in die Congresse, welche über das Schicksal unseres Erdtheils zu entscheiden haben, mit eingeführt werde. Dann erst hat Deutschland die vollkommene Vertretung, die ihm zukommt, und darin auch die Garantie für eine seinem Interesse angemessene Zukunft.

Wir leben in einer Zeit, wo in den Staaten alle auch die geringsten Kräfte, welche Jahrhunderte unbeachtet darin geruht und geschlummert haben, entwickelt und benutzt werden. Diese Thatsache kann nicht so isolirt aufgefaßt werden; die äußere Stellung der Staaten steht mit dem inneren Leben derselben im genauesten Zusammenhange; warum soll also nicht auch jene in eben demselben Maße erhöht werden, wie das letztere wächst? Oesterreich und Preußen sind als europäische Großmächte anerkannt, auch ohne das Accessorium der deutschen Staaten kommt ihnen diese Stellung zu, und das Ansehen, was wiederum diese haben könnten, geht bei einem Anschlusse unnöthig auf, ohne große Frucht zu bringen. Würden Oesterreich und Preußen, die doch ihren Schwerpunkt stets in Deutschland haben, nicht unendlich gewinnen, so wie dieses Land im Allgemeinen in seiner äußern Stellung gehoben würde? Denn welchen andern Staaten könnte es sonst zu Gute kommen, als nur ihnen.

So oft dieser Punkt zur Sprache kam, ist dagegen eingewendet: daß alsdann nur die fremde Politik einen günstigern Boden für ihre Zwecke gewinnen würde, und er ist allerdings für eine Berücksichtigung wichtig genug. Indessen sollte es fast scheinen, daß die Gesetze des deutschen Bundes, innerhalb deren man sich bewegt, wohl im Stande wären, jeden Versuch der Einmischung abzuwehren. Die Gefahr aber, daß eine solche eintreten könnte, ist vielleicht nicht so hoch anzuschlagen, als der Nachtheil, wenn eine Politik im Innern Deutschlands die Staaten dadurch sich entfremdet,

daß den verschiedenen Interessen grade zwei Mittelpunkte und nicht die natürlichen Vereinigungen angewiesen werden. Die schlimme Stimmung, welche dadurch hervorgerufen wird, erhält sich von selbst alle Tage wach. Sie schwankt nach den Umständen bald hiehin bald dorthin, und ihr augenblicklicher Charakter muß ja nicht für ihren ewigen, beständigen genommen werden, wohl aber ist sie nach den Lehren, welche die Geschichte bis jetzt uns seit zweihundert Jahren aufgestellt hat, immer noch am ersten im Stande gewesen, nach Außen zu treiben und Hülfe von daher zu begehren. Und so dünkt mich, daß das, was man befürchtet, eher vermieden würde.

Vielleicht würde eine solche Stellung der kleinern Staaten noch den unendlichen Vortheil gewähren, daß Holland, dieser durch Sprache und Abstammung uns so nahe verwandte Schwesterstaat, sich jenen auch wieder näher anschlösse. Denn eines Anlehnungspunktes ist er in seinen jetzigen politischen Verhältnissen ganz und gar bedürftig. Er hat ihn vielleicht um deßwillen noch nicht in Deutschland gesucht, weil dieses nach Außen hauptsächlich von zwei Großmächten repräsentirt wird, und weil man also bei einem Anschlusse an diese fürchten müßte, eine schiefe Stellung nach Innen und gegen die andern Mächte Europas zu gewinnen. Alle diese Bedenken würden wegfallen, wenn Holland sich mehr zu solchen Staaten halten könnte, deren jeder mit ihm auf gleicher Stufe der Macht steht.

Sonderbar genug wird sich, — wenn die öffentlichen Blätter richtig berichten, — wiederum in unsern Tagen eine Frage erheben, welche für das allgemeine Deutschland vom höchsten Interesse ist, und bei deren Erörterung die Stellung der europäischen Mächte ganz dieselbe sein wird, wie bei den Pariser Friedensverhandlungen, — Rußland, Frankreich und England gegen Deutschland oder zunächst Oesterreich und Preußen. Wir meinen die Successionsfrage wegen Holstein und Schleswig. Die Ereignisse wiederholen sich oft merkwürdig im menschlichen Leben; auch hier wird die Sache

als europäische Angelegenheit behandelt und abgemacht werden, aber der Wunsch kann natürlich nur allgemein entstehen, daß die beiden Deutschland vertretenden Mächte dabei nicht abermals das Gewicht zurückweisen mögen, was ihrer Stimme dadurch erwachsen müßte, wenn sie verlangten, daß auch die übrigen deutschen Mächte dabei das Interesse selbstständig verträten, was auch sie bei dieser Angelegenheit haben.

Kann der Zollverein eine selbstständige Stellung der kleinern deutschen Staaten ersetzen?

Einheit Deutschlands — woher stammt diese Idee, auf was ist sie gegründet? Die beglaubigte Geschichte unseres Volkes umfaßt bereits schon fast 2000 Jahre, aber von Anfang an bietet sie uns nur das Bild von gesonderten Stämmen, die sich kaum kannten, wohl sich aber befehdeten, wenn nur irgend Gelegenheit dazu war, und die nichts Eiligeres zu thun wußten, als sich schnell wieder zu trennen, so oft eine Vereinigung versucht wurde. Der ganze Gang der Ausbildung des Rechts und der Verfassung war stets mehr ein Auseinandergehen, als ein Streben nach einem einzigen Mittelpunkte; in keinem Lande der Welt ist die Bevölkerung durch die Confessionen so schroff in zwei Hälften getheilt, und nirgend ist daher in Folge aller dieser Verhältnisse so oft der Schauplatz blutiger Verwickelungen gewesen, wie in Deutschland! Und, sonderbar genug, ganz im Gegensatze zu diesen sichtbaren Erscheinungen schwebte hoch erhaben über alle den Verwirrungen, denen manch' anderes Volk längst unterlegen wäre, die Idee der Brüderlichkeit und des Zusammengehörens wie ein milder versöhnender Geist. Die Besten im Volke waren sich dessen stets und zu allen Zeiten bewußt, auch wenn andere äußere Verhältnisse sie zwangen, im Felde oder in der Versammlung sich einander feindlich gegenüber zu treten. Was das Leben der Menschen in seinem Verlaufe nur Materielles mit sich führen kann, alles dies hat zu

seiner Zeit schon in der Geschichte unsers Vaterlandes als Motiv gewirkt; aber stets hat es viel mehr dazu gedient, die Völker in Deutschland zu entzweien und gegen einander in Harnisch zu bringen, als sie für einen gemeinschaftlichen Zweck, bei dem sonst leicht der Vortheil zum größten Hebel des Handelns und der Thatkraft wird, zu vereinigen. Mit all' ihrer Unwiderstehlichkeit zwingt uns daher die Geschichte zu dem Ausspruche: daß niemals das sichtbare Materielle es sein könne, sondern daß vielmehr Sprache und die innere Ahnung einer gemeinschaftlichen Abstammung es sind, die ein Band um alle Deutsche schlingen, was nicht auf veränderlichen menschlichen Einrichtungen beruht; so wie es selbst ein geistiges ist, so bindet und vereint es auch hauptsächlich nur Geister im Geiste, und sein Zauber weicht — als wenn es eine Eintheilung wäre — in demselben Augenblicke, wo man den Versuch macht, es durch sichtbare Einrichtungen zu verkörpern und zu profaniren. Sogleich entstand stets statt Vereinigung nur die bunteste Verwirrung.

So ist es auch wieder in unsern Tagen gewesen, als ein neues bisher ungekanntes Institut in das politische Leben eingeführt wurde, das man an die Spitze eines dadurch einig gewordenen Deutschlands stellen zu können glaubte. Die Folgen hätten sich leicht voraussagen lassen; es war ja wieder das Materielle, was man in den Kreis deutscher Verhältnisse brachte! Es ist wieder viel hin und her gestritten und gesprochen über Mangel an Patriotismus, oder wohl gar Verrath an der Sache des einigen Deutschlands u. dgl. m.; aber wer ist Schuld daran, diejenigen welche gern ihre eigne Ansicht, bei der sie sich lange gut standen, behalten wollen, oder die, welche einer neuen Sache eine viel zu weitgehende Bedeutung willkürlich unterlegen? Und was hilft der Streit; die Parteien bleiben doch grade so gute Deutsche wie sie vorher gewesen sind, und wenn die Zeit der Noth und der Prüfung einmal wieder kommt, so zeigt sich vielleicht erst recht, daß die, welche sich stets so nennen,

noch nicht darum die besten Deutschen sind, weil sie sich selbst dafür halten. Doch dies nur beiläufig; es ist eine andere Seite, von welcher wir diesen Gegenstand hier ins Auge fassen wollen.

Aus dem Verlaufe der Darstellung ging hervor, daß die kleineren deutschen Staaten, weil sie ihren eignen fest bestimmten politischen Mittelpunkt nicht haben, gegen die größeren in unserm Vaterlande überall zurückstehen mußten. Das äußere Ansehen, oder das bischen Macht und Wichtigkeit was ihnen dabei entgeht, ist dasjenige, was wohl am wenigsten, oder vielmehr gar nicht zu beklagen ist, denn dieser Prunk, wenn es allein sich darum handelte, würde durch manche andere Anforderung vielleicht schon zu theuer erkauft. Aber ein fühlbarer Mangel ist es, daß das rein deutsche Interesse ohne irgend eine Vermischung mit dem allgemein-europäischen, welches von ihnen allein vertreten werden kann, nun überall keine Gelegenheit hat, sich auch in der äußern europäischen Politik selbstständig geltend zu machen. Man hat gesagt, der Zollverein biete den kleineren deutschen Staaten jetzt einen solchen Mittelpunkt, bei dem es nur darauf ankomme, ihn als einen allgemeinen wirklich anzuerkennen; es würde damit alles Fehlende, was man beklagt, sich erreichen lassen, und schon aus diesem Grunde erfordere das deutsche Interesse den Anschluß.

Der Zollverein bildet ein eignes nationalökonomisches Institut, an welchem Mehrere Theil nehmen, und dessen System mehrere Staaten zu dem ihrigen gemacht haben. Im Staate aber kommt bei einem solchen zweierlei in Betracht: einmal die Cassen, denen die Einkünfte gesichert werden müssen, welche der Staat für seine Ausgaben so nothwendig bedarf; und dann erst die Interessen der Unterthanen, in soweit sie sich damit vereinigen lassen; zwar steht diese letztere Rücksicht sehr nahe, aber doch immer hinter der ersteren. Denn alle Prohibitiv-Systeme sind zunächst nur ersonnen um Staatseinnahmen zu begründen und zu ver-

mehren; daß sie in Beziehung auf alle Staatsmitglieder ein Uebel sind, wenn freilich jetzt nachgerade ein nothwendiges, wird wohl Niemand läugnen, und wäre es auch nur der Repressalien wegen, die gegen eine Maßregel der Art gleich allenthalben ergriffen werden. Alle diese Propositionen lassen sich leicht erweisen, wenn nur daran erinnert wird, daß es keineswegs bei einem Prohibitiv-System alleinige Absicht des Staates ist, Fremdes zum Vortheile des Einheimischen durch hohe Steuersätze ganz auszuschließen; eben so hoch steht das Interesse, recht viel Fremdes zu einem hohen Steuersatze eingeführt zu sehen, und zwar grade solche Dinge, welche die unentbehrlichsten, und die am allgemeinsten verbreiteten sind. Würde z. B. der Zollverein ausländische Naturalien, wie Zucker und Caffee, wovon er seine beste Einnahme bezieht, freigeben, oder sie durch einen unerschwenglichen Steuersatz ganz von sich zurückweisen, und so seine Mitglieder zwingen, inländische Produkte an deren Stelle zu setzen, so würde trotz des Vortheiles den diese und mittelbar der Staat davon haben müßten, doch der Zollverein sich auflösen, weil er alsdann den Cassen nicht mehr die Summen zuführte, welche kein Staat zu unserer Zeit entbehren kann. Der Satz steht unumstößlich fest: um eben so viel, wie alle Prohibitiv-Systeme in allen Staaten der Erde zusammen aufbringen, um eben so viel ist allen Mitgliedern derselben das bürgerliche Leben vertheuert. Keinem entgeht dabei seine Quote, und wenn Einer meint, er gehe ohne Schaden aus, und habe noch Vortheil obendrein, so ist er gewiß in einem großen Irrthum. Es ist höchstens ein Einzelner der gewinnt ohne zu verlieren, wohl aber sind es viel mehr, die verlieren ohne zu gewinnen. Auch der Staat muß sich wohl hüten, die wachsenden Einnahmen aus Prohibitiv-Systemen als reinen Gewinn anzusehen. Bezahlt er sie, — wie bei jenem Beispiele oben — nicht zuvor aus eignen Mitteln sich selbst?

Ein solches Cassensystem, oder um mich nicht so hart auszudrücken, ein solches nationalökonomisches System, wenn

es auch im Einzelnen vortheilhaft erscheint, als den endlich gefundenen Grundstein für die lange entbehrte fühlbare äußere Einheit Deutschlands hinzustellen, — thut man wohl Recht daran, und darf sich die Weisheit unserer Tage groß damit thun, endlich mit diesem Mittel das ins Werk gerichtet zu haben, wonach man Jahrtausende vergeblich gestrebt hat? Ist ein solches Band stark genug, um Geister zu binden, oder wird es allgemein für würdig genug gehalten, um eine sichtbare Repräsentation des unsichtbaren Nationalgefühls zu bilden?

Deutschland besteht aus einer Reihe selbstständiger Staaten, deren Bewohner schon der verschiedenen Lage wegen, ziemlich verschiedene Beschäftigungen treiben, und ganz verschiedene Bedürfnisse haben. Diese zwei Gesichtspunkte müssen überall das nationalökonomische System bestimmen, dem ein Staat zu huldigen hat, und so war es auch immer in Deutschland gewesen. Diesen Grundsatz aufgeben, und verlangen, daß ein anderes allgemeines an allen Orten eingeführt werde, heißt eben so viel, als ein solches Verhältniß eintreten lassen, wo der Eine günstiger, der Andere ungünstiger steht. Denn selbst zugegeben, daß jenes Verhältniß im Allgemeinen vortheilhaft sei, so wird doch Niemand von ihm behaupten wollen: es würden Alle dabei gewinnen, und Keiner verlieren; der Stein der Weisen möchte noch eben so leicht zu finden sein, als etwas der Art. Ein Staat, der aus mehreren Provinzen besteht, wie z. B. Preußen, kann den Verlust ruhig ansehen, welchen eine derselben bei einem solchen Systeme erfährt; er hat die Mittel in der Hand, aus den Vortheilen, welche die andern genießen, einen solchen auf hundertfache Art wieder auszugleichen. Aber dies Verhältniß besteht nicht in Beziehung auf die deutschen Staaten untereinander. Was einer derselben bei einem nationalökonomischen Systeme, was nicht in allen seinen Punkten unmittelbar aus Volk und Staat hervorgegangen ist, einbüßt, das ist auch

auf ewige Zeiten verloren und der Schaden wird von Niemand vergütet. Und daß dergleichen, den gehofften Ansichten zum Gewinn entgegen, auch vorfallen kann, dafür liefert die Geschichte unserer Tage ihre Beispiele.

Erfordert nun aber das allgemeine Gefühl der deutschen Nationalität um zu bestehen, nach der Geschichte bis hieher, gar nicht solche Rücksichten, und beruht es zu einer Zeit, wo gar keine Opfer nöthig sind, nicht auf solchen Opfern, — warum bringt man beides denn in Zusammenhang, und nährt in Schriften und in Versammlungen absichtlich die Stimmung: der begehe einen Verrath an der allgemeinen deutschen Sache, der nicht zum Zollverbande halte? Und wie kann dieser selbst glauben, grade diese Angelegenheit der Einigkeit durch eine andere Inconsequenz (um nicht gradezu Ungerechtigkeit zu sagen) zu fördern, wo er ohne selbst entgegen zu kommen, solche Maßregeln nimmt, welche die Trennung von Oesterreich so schroff machen, daß an eine Vereinigung schwerlich zu denken ist, und dazu noch offen ausspricht, wie Oesterreich mit seinem slavischen Elemente wenig oder vielmehr gar nicht als deutscher Staat anzusehen sei! Hier muß denn doch, und sollte es auch sein, ohne daß man sich dessen klar bewußt wäre, noch ein anderes als das allgemeine deutsche Interesse mit unterlaufen, von welchem Niemand, der es damit ehrlich meint, Oesterreich getrennt zu sehen wünschen kann! Eben darum wäre es vielleicht gut, das Eifern einzustellen, und die ganze Sache sich selbst und der Zeit zu überlassen; die letztere mag die Ansichten der Menschen läutern, wir stehen vielleicht zu sehr mitten in den Begebenheiten, um ganz unbefangen über sie urtheilen zu können. Gefahr beim Verzuge ist nicht, da, wie schon bemerkt ist, eine sichtbare Vereinigung Deutschlands doch nie durch jene Verbindung hergestellt wird, und das Nationalgefühl mittlerweile dasselbe bleiben wird, was es vorher ohne dieselbe war.

Es braucht jedoch wohl nicht hinzugefügt zu werden,

daß damit auch nicht ein Wort gegen die Zweckmäßigkeit des Zollvereins überhaupt gesagt sein soll. Alle diejenigen Staaten, die ihre Stellung genau geprüft, und das nationalökonomische System, was er begründet und mit sich führt, für das ihnen als vortheilhaft zusagende erkannt haben, würden sehr Unrecht thun, wenn sie es nicht sofort bei sich einführten und streng daran hielten. Die allgemeine Staatspflicht, die Wohlfahrt der Unterthanen zu befördern, gebietet dies unweigerlich. Aus einem ganz andern Grunde ist vielmehr das Vorangegangene nur beiläufig berührt. Es begegnet dem Deutschen nämlich nur allzuleicht, daß er, wenn er einmal etwas Neues erfaßt hat, dann auch mit einer fast ganz ungewöhnlichen Begeisterung, die zuweilen kaum von Hartnäckigkeit zu unterscheiden ist, daran hängt, und sich bemüht in der Sache stets viel mehr zu finden, als wie ihrer Natur nach in der Wirklichkeit darin liegen kann. So scheint es in unsern Tagen fast mit der Angelegenheit des deutschen Zollvereins gegangen zu sein. Man würde gewiß gut thun, in ihm nicht mehr finden zu wollen, als einen Theil des innern Staatshaushaltes, den die Länder führen, die zu ihm gehören, — eine Angelegenheit, die Jedes Sache und die Keines Andern ist. Aber in Wort und Schrift die Verbindung als eine solche hinzustellen, von der sich für die Folge die wichtigsten politischen Folgen erwarten lassen, ist gewiß zu weit gegangen, und hier täuscht man sich selbst, oder man wird von Andern getäuscht. Denn wenn sie solche Zwecke verfolgen will, hat alsdann nicht Oesterreich, schon der Erhaltung der ihm in Deutschland zukommenden Stellung wegen, ein gegründetes Interesse, gegen eine Verbindung, welche diesen Staat da auszuschließen arbeitet, wo die Wurzeln seiner Macht sind, die nöthigen Operationen vorzunehmen? Die Frage: ob auf eine solche Art die Einigkeit Deutschlands mehr befördert, oder heillos untergraben werde, scheint sich leicht zu beantworten, und es möchte wohl gut sein, ehe man einen

solchen Zwiespalt herbeiführt, das Symbol des Paniers, dem man dabei folgt, mit dem doppelten Maßstabe der Zweckmäßigkeit und der Gerechtigkeit zu messen.

Denn so wie man die Idee weiter verfolgen will, der Zollverein bilde eine sichtbare Basis eines dadurch als einig herzustellenden Deutschlands, so kann es nicht ausbleiben, daß alsdann der politische Charakter einer solchen Verbindung von Tage zu Tage mehr hervortreten müsse. Die Folgen davon in Beziehung auf Oesterreich sind eben angedeutet; wie stehen aber die kleineren deutschen Staaten alsdann in einer solchen Verbindung mit einem großen europäischen Staate?

Ihre äußere Stellung wird hier unmöglich anders sein können, als wie sie bisher in Deutschland und auch zur Zeit des zweiten Pariser Friedens gewesen ist, und an eine Verbesserung ist nicht zu denken. Denn jener größere Staat allein ist schon an Volksmenge fast eben so bedeutend, an concentrirter Macht hingegen sichtbar mächtiger, als alle andern Mitglieder zusammen genommen. Bei einer Staaten-Verbindung von solchen Größen-Verhältnissen muß aber stets an den Erfahrungssatz gedacht werden: daß alle Vortheile davon auf Seiten des größern, alle Nachtheile auf Seiten der kleineren sind, und daß letztere nie die Macht haben, ersteren zu seinen Verbindlichkeiten zu zwingen, daß dieser aber wohl sich allenthalben seine Rechte unverkürzt nehmen kann. Doch wir wollen hiervon ganz absehen, und fragen, ob es möglich wäre, die rein deutschen Interessen ohne alle Vermischung, welche daher auch nur von den rein deutschen Staaten allein repräsentirt werden können, in Zukunft durch eine solche Verbindung zu verfolgen, die an ihrer Spitze einen Staat hat, der seine europäische Stellung als die Hauptsache ansieht, und der, wie Bülow-Cummerow sagt, erst dann von weiterer Ausbreitung seiner Macht abstehen will, wenn Alles freiwillig seinen Fahnen folgt? Alles politische Raisonnement würde hier zu nichts führen, wohl aber redet

die Geschichte der Art der Vertretung der deutschen Interessen zu Paris, in soweit sie schon einmal in preußischen Händen war, für sich selbst. Alle Geschäfte, die man selbst für sich in eignen Sachen besorgen kann, werden besser so ausgeführt, als wenn man sie Andern überträgt; wer nichtsdestoweniger, ohne daß die Nothwendigkeit dazu existirt, dies doch thut, wird stets hinterher den Schaden davon tragen müssen, ohne sich beklagen zu dürfen!

Setzen wir also, um zum Schluß zu kommen nur einmal gleich der Bundesgesetzgebung, einen feindlichen Angriff der Deutschland in Gefahr bringt, voraus; er wird abgeschlagen, der Feind besiegt, und zwar so, daß wir im Stande wären den Frieden vorzuschreiben. Denken wir uns ferner noch mehrere Staaten außer Deutschland in einen solchen Krieg gezogen, so daß der Friedenscongreß verwickelter und zu einem europäischen wird. Hier würden nach aller Erfahrung die kleineren deutschen Staaten am besten thun, sogleich als verbunden unter sich aufzutreten, und selbst, sei es nun mit getrennten Stimmen, viel besser aber noch mit einer einzigen sie repräsentirenden Plenarstimme ihr Interesse selbst zu verfechten, — müßte es auch sein, daß eine solche Stellung mit Gewalt gegen fremde außerdeutsche Staaten durchgesetzt werden sollte. Das ist die wahre Art, wie zwar nicht die unmögliche Einheit, wohl aber Eintracht und Einigkeit in Deutschland, in soweit sie möglich ist, und mittelbar eine größere Macht unsers Vaterlandes erzielt wird. Der Dualismus und die unglückliche Stellung Oesterreichs gegen Preußen hört ganz von selbst auf, und statt sich über den Einfluß auf die kleinen Staaten in Deutschland zu streiten, und in diesem Streite in neidischer Ueberwachung des Andern das allgemeine Interesse Deutschlands so sichtbar hintanzusetzen, können sie mit jenen vereint auf allen Congressen eine ganz andere Sprache gegen Rußland, England und Frankreich führen, wie bisher.

Dahingegen lasse man ganz unabhängig davon jeden Staat für sein national-ökonomisches Interesse so sorgen, wie es ihm am besten scheint, und hüte sich nur, materielle Interessen und aus ihnen hervorgegangene Verbindungen zu politischen erheben, und sie an die Spitze eines Staatensystems in diesem Geiste stellen zu wollen. Das Materielle ist Schwankungen und Veränderungen unterworfen, natürlich dann auch eine solche darauf beruhende Politik. Soll die gegenseitige Stellung der Staaten in Deutschland aber eine solche sein, daß aus ihr aller menschlichen Voraussicht nach auf ewige Zeiten ein solcher Zustand folgere, der durch Wegnahme jedes Grundes zur Eifersucht und zu innerem Zerwürfniß zum Heile führt, und die Garantie seiner Dauer schon in sich selbst trägt, so könnte es nur durch eine solche Gliederung der Theile geschehen.

Druck von E. A. Huth in Göttingen.

Zweiter Theil.

Actenstücke.

Nro. I.

Mémoire de M. le Comte de Capo d'Istria.

État des négociations actuelles entre les Puissances alliées et la France.

Le 28 Juillet 1815.

L'alliance Européenne et la guerre qui vient d'être heureusement terminée par la bataille du 18 Juin, avaient pour but:

1. de délivrer la France de Bonaparte et du système révolutionnaire qui l'avait reporté sur le Trône;
2. de placer cet État dans la situation intérieure et dans les rapports extérieurs rétablis par le traité de Paris;
3. de garantir à la France et à l'Europe le maintien inviolable des transactions fondées sur le traité de Paris et completées par les actes du congrès de Vienne. —

Bonaparte et les siens sont au pouvoir des Alliés. Son armée est soumise. Elle va être licenciée. — Louis XVIII. est à Paris. La nation reconnait ce Monarque comme l'Intermédiaire de sa pacification avec l'Europe.

Les armées alliées occupent la France. — Elles sont entretenues à ses dépens. Le premier et le plus essentiel objet de l'alliance et de la guerre est donc atteint. Il s'agit maintenant de remplir le second, savoir de garantir par des mesures grandes et efficaces le repos de la France et conséquemment celui de l'Europe.

Le repos ne peut consister en France que dans un ordre de choses qui y rende à jamais impossible le retour des révolutions. Il ne peut se consolider en Europe qu' autant que la France comme corps politique sera mise dans l'impossibilité d'y porter atteinte. C'est de ce principe, de l'état actuel de l'esprit public en France, enfin du traité du 25 Mars, que dérivent en raison composée toutes les questions relatives aux garanties que les Alliés ont le droit d'exiger de la nation française, à l'effet d'assurer d'une manière immanquable et permanente les résultats des grands sacrifices qu'ils ont portés au bien général. Ces garanties sont morales ou réelles. Les unes ne peuvent reposer que sur l'opinion, les autres se fondent sur la force. Une constitution qui affermisse le pouvoir du gouvernement du Roi sur celui d'une représentation nationale et qui identifie les intérêts créés par 25 ans de révolution à ceux de la Royauté peut seule présenter l'ensemble des garanties morales.

La diminution directe ou indirecte des forces de la nation française, la présence temporaire ou permanente des forces étrangères en France, constituent en général les garanties réelles.

Il importe d'examiner les garanties de l'une et de l'autre classe pour décider:

1. Si c'est dans l'une ou dans l'autre classe ou enfin dans toutes les deux espèces de garanties que les Puissances alliées peuvent légitimement trouver celles qu'elles sont en droit de demander à la France.
2. Après avoir déterminé avec précision la nature

de ces garanties, il est également important d'examiner quelles sont les formes, moyennant lesquelles les Puissances alliées peuvent les obtenir régulièrement et d'une manière analogue aux principes sur lesquels se fonde leur Alliance.

Garanties réelles.

On commencera par l'examen des garanties de ce genre. Elles pourraient consister dans les suivantes:

a) Resserrer les limites assignées à la France par le traité de Paris;
b) Lui enlever la ligne de défense qui garnit ses frontières ou en détruire les fortifications;
c) La priver de tout le matériel de son État militaire et en détruire les sources;
d) Frapper la nation d'une forte contribution pécuniaire, qui la mette pour longtems dans l'impossibilité de se rélever de la crise actuelle.

Les Puissances alliées en prenant les armes contre Bonaparte et ses adhérens, n'ont point considéré la France comme un pays ennemi (déclaration du 13 Mars, traité du 25 Mars, déclaration du 12 Mai). Maintenant qu'elles occupent le Royaume de France, elles ne peuvent donc y exercer le droit de conquête.

Le motif de la guerre a été le maintien du Traité de Paris, comme base des stipulations du congrès de Vienne. La fin de la guerre ne saurait donc exiger la modification du traité de Paris et celles qui s'ensuivraient nécessairement pour toutes les transactions subséquentes. — Conséquemment si les Puissances alliées devaient dans les circonstances actuelles exercer en France le droit de conquête, il faudrait nécessairement qu'un nouveau traité déterminât au préalable le motif de ce changement de système et en fixât les principes. Mais ces motifs et ces

principes seraient en contradiction avec ceux qui ont été consacrés par le Traité de Paris et par toutes les stipulations de Vienne. Ces stipulations en effet ont eu pour but de reconstruire les États respectifs sur une échelle propre à rétablir un juste équilibre en Europe. En portant atteinte à l'intégrité de la France, il faudrait revenir sur toutes les stipulations de Vienne, procéder à de nouvelles répartitions territoriales, combiner un nouveau système d'équilibre. Cette opération difficile et peu analogue aux principes libéraux qui caractérisent la politique des grandes Puissances, provoquerait une divergence dans la conduite uniforme qu'elles ont suivie jusqu'à ce jour et de laquelle seule les peuples attendent leur repos.

Les alliés ont reconnu le Roi de France durant l'usurpation de Bonaparte. — Il vient d'être replacé sur son trône par la force de leurs armes. — Il est donc de leur justice autant que de leur intérêt d'affermir l'autorité de ce Monarque et de l'aider du concours de toute leur puissance à fonder sur un intérêt général et national la force morale de son gouvernement.

Ce serait détruire dès son principe la restauration de cette monarchie, que d'obliger le Roi à consentir à des concessions, qui donneraient au peuple français la mesure de la méfiance avec laquelle les Puissances Européennes envisagent la stabilité de leur propre ouvrage.

Affaiblir directement ou indirectement les forces de la nation française, pour l'obliger à respecter le gouvernement que l'Europe veut reconnaître comme légitime, c'est dire à la France qu'un gouvernement légitime est pour elle une calamité, c'est justifier peut-être aux yeux de la postérité toutes les horreurs de la révolution, c'est faire croire à la France que la guerre n'est point terminée; c'est engager les Puissances à se tenir en mesure de la faire avec succès.

Ces considérations et celles qu'on pourrait aisément

en déduire, donnent la juste valeur politique de toutes les garanties, qui appartiennent exclusivement à cette classe.

Garanties morales.

Un système de gouvernement quelconque en France ne peut offrir à lui seul la garantie absolue de sa stabilité. Il est inutile de développer cette observation, comme il serait déplacé ici d'examiner quel serait dans la situation actuelle de la France la réforme constitutionnelle la plus propre à raffermir solidement le pouvoir souverain et à éteindre entièrement dans ce pays tout foyer de révolution.

Ce dont toutefois l'on peut convenir, c'est qu'en préservant à jamais la France du retour de la dynastie de Bonaparte et de son influence pernicieuse, le Roi peut et doit rétablir son autorité constitutionnelle de manière à ce que la partie saine et la majorité de la Nation se rallie fortement à son Trône.

Les Puissances alliées ne sauraient néanmoins faire consister les résultats de tous leurs sacrifices dans cet état de choses hypothétique, qui n'aurait pour toute garantie que des opinions abstraites et des combinaisons conjecturales.

Il parait conséquemment juste d'affirmer que dans la classe exclusive des garanties morales, les Puissances alliées ne peuvent trouver celles qu'elles sont tenues de présenter à l'Europe comme le gage de son repos. Cela étant, il faut nécessairement chercher ces garanties dans les deux choses réunies, en partant du principe que les garanties réelles ne sauraient être fondées sur le droit de conquête.

Garanties morales et réelles.

Supposons que le Roi de France par un accord entre ses opinions et celles des Puissances alliées parvienne

à réformer la Monarchie française, de manière à ce que les intérêts de tous les partis se confondent en un seul intérêt, savoir celui du gouvernement et de la représentation nationale. Cette garantie morale de la fin de toute révolution en France, deviendrait réelle du moment que l'ordre et le repos, qui doit en résulter, ne pourront être troublés par une réaction intérieure quelconque semblable à celle qui a reportée Bonaparte sur le Trône sans que la France attire encore sur son territoire des armées étrangères.

Faire sentir par le fait au peuple français cette grande vérité, en convaincre tous les partis c'est les forcer indirectement à ne chercher leur salut que dans le maintien de la constitution que la France aura adoptée, pour sortir de l'état d'humiliation et d'anéantissement auquel ses égaremens l'ont réduite.

Les Puissances alliées peuvent remplir de deux manières cette tâche importante:

1. En renouvelant entr'elles des stipulations conformes à celles du traité du 25 Mars à l'effet:
   a) d'exclure Napoléon Bonaparte et sa famille du pouvoir suprême en France, en vertu d'une loi générale, sanctionnée par toute l'Europe;
   b) de mettre en vigueur pour un tems déterminé, la partie défensive du traité de Chaumont contre toute atteinte que la France à l'avenir pourrait porter à la sécurité des autres États Européens.
2. En prenant du consentement de son gouvernement actuel une position militaire en France et en la conservant tout le tems qui serait jugé nécessaire,
   a) pour obtenir la certitude de la stabilité du système de gouvernement qui serait adopté et qu'on trouvera propre à mettre un terme à toutes les révolutions;
   b) pour donner aux États limitrophes de la France le tems et les moyens de renforcer leur ligne de défense militaire.

IX

Par la première mesure les Puissances alliées conserveraient une égalité parfaite dans leurs rapports avec la France et cet État serait tenu de payer une contribution pécuniaire destinée à subvenir aux frais occasionnés par la guerre actuelle et à mettre en même tems les États limitrophes en mesure de pouvoir garantir par de nouvelles fortifications leur propre sûreté, et conséquemment celle de l'Europe contre l'immense et menaçante ligne de places fortes que la France présente le long de ses frontières du côté de la Belgique et du Rhin.

C'est à ces titres qu'une contribution considérable pourrait être légitimement fournie par la France aux Puissances alliées comme moyen de concilier la conservation de son intégrité territoriale avec ce qu'elle doit à la sûreté et à la tranquillité générale si longtems sacrifiées à ses tentatives et à son ambition.

En percevant cette contribution, les Puissances ne violeraient aucun principe de justice.

En s'y soumettant la France y trouverait son salut sans voir son existence politique compromise par la nature et la force du remède.

Mais comme il est de toute impossibilité de retirer à la fois ou en peu de tems toute la somme de cette contribution, il s'ensuit que les Alliés auraient à ce titre le droit d'occuper une ligne militaire dans le territoire français jusqu'à l'époque où cette contribution serait acquittée. — Par cette mesure fondée sur un droit incontestable, les Alliés obtiendraient indirectement l'autre avantage, celui de mettre à l'épreuve du tems et de l'expérience la garantie morale, qui consisterait dans la réforme constitutionnelle de la Monarchie française.

En effectuant cependant cette mesure, les Alliés ne sauraient maintenir l'égalité de leurs rapports actuels avec la France. On a déjà démontré que ce n'est que du consentement du gouvernement que les Alliés pouvaient gar-

der en France une position militaire. Or s'il y a moyen d'obtenir ce consentement libre, ce n'est qu'en offrant au gouvernement français des garanties qui le mettent en état de persuader à la nation que cette attitude militaire des Alliés sur le territoire français cessera aux conditions et dans le tems déterminé par un traité formel.

Il suit de cette considération que parmi les Puissances alliées, celles, dont les troupes pourraient le plus convenablement occuper une position militaire en France, ne sauraient à la fois être considérées comme propres à offrir cette garantie. Elle serait conséquemment réservée aux Puissances, dont les troupes évacueraient immédiatement le territoire français.

Ces deux systèmes de garanties positives présentent nombre de combinaisons faciles à saisir, et sur lesquelles il parait prématuré d'entrer dans des développemens ultérieurs. — Il s'agirait de réunir les opinions des cabinets sur le système qu'on jugerait le plus adapté aux circonstances, et le plus conforme au principe comme au but que l'Alliance s'est proposé.

Formes à suivre pour obtenir de la France les garanties que les Alliés jugeront nécessaires.

Mais quel que soit le système de garantie qu'adopteront les Puissances, les formes à suivre pour les réaliser ne peuvent être que celles d'une négociation amicale avec le gouvernement français.

L'Europe a été et se trouve l'alliée de ce gouvernement. L'ayant replacé à la tête de la nation française, elle est en paix avec la France. — Si ce gouvernement ne s'ouvre pas encore avec une pleine et entière confiance aux alliés, si toute la France, ou pour mieux dire, le parti le plus immédiatement intéressé à la révolution, ne se rallie pas encore de bonne foi au gouverne-

ment; c'est que les Alliés n'ont point déclaré dans quelles intentions ils occupent la France et se proposent de s'y maintenir.

Le traité du 25 Mars et les déclarations des Alliés sont sous les yeux de la nation française.

Bonaparte, objet principal de l'une et de l'autre, est en leur pouvoir. — Le roi est censé gouverner légitimement la France. — Néanmoins les armées alliées vont prendre des cantonnements.

On travaille à un système d'administration destiné à pourvoir à leur subsistance pour un long espace de tems. — Des divergences momentanées, provoquées par l'ascendant du pouvoir militaire, font croire que quelques unes des armées alliées se considèrent en pays ennemi. — Le silence des cabinets glace les esprits, autorise toutes les méfiances, allarme une nation ivre d'orgueil et d'amour propre et capable encore d'une grande énergie, — double ses souffrances, peut exciter en elle le désespoir. — Il est dont urgent que les cabinets s'expliquent catégoriquement avec le gouvernement français sur les garanties qu'ils se proposent de lui demander. A cet effet il parait nécessaire:

1) de se concerter sans délai sur ces garanties et de les déterminer de commun accord;
2) d'entamer une négociation formelle avec le gouvernement français afin de les lui faire adopter;
3) de consigner le résultat de cette négociation dans un traité qui serait stipulé entre les Puissances alliées et la France, et de donner en conséquence de ce traité une déclaration par laquelle, en annonçant la fin de la guerre, on déterminerait les rapports de la France avec les Puissances signataires des traités du 25 Mars.

On pourrait objecter ici qu'il serait imprudent d'aborder ces questions avec le gouvernement français, tant

que plusieurs des forteresses sont encore au pouvoir de leurs garnisons, et tant que l'armée n'est pas licenciée et dissoute.

Cette objection porte essentiellement sur la crainte d'une réaction de la part de l'armée du gouvernement et de la nation.

L'armée et la nation se prêteront aux vues des Alliés, s'ils se bornent à procurer à la France une constitution solidement établie et propre à rallier tous les partis. Dans ce cas le gouvernement ne peut que seconder les intentions des Alliés. — Cette réaction ne saurait donc avoir lieu toutes les fois que les prétentions des Alliés seront conformes aux principes et aux conditions sur lesquels repose leur alliance.

D'ailleurs peut-on supposer que le gouvernement concoure à mettre les Alliés en possession des forteresses, tant qu'il ignore leur système politique à l'égard de la France?

Dissoudra-t-il l'armée, pour se placer dans un état de nullité absolue et pour souscrire à toutes les loix que la force voudrait lui imposer?

L'ensemble de ces considérations démontre qu'en gardant un silence, qui provoque et autorise toute espèce d'appréhensions, les Alliés n'obtiendront pas ce qu'ils semblent désirer, c'est à dire, la faculté de tout pouvoir et de tout obtenir, sans compromettre la sûreté de leurs armées et la liberté de leurs communications. —

De plus grands détails sur le mode de combiner les garanties morales aux garanties réelles, et d'en déterminer les proportions, ne sauraient trouver place dans ce mémoire. Il convient de les réserver pour le moment où l'on sera d'accord sur les principes qui y sont exposés.

Nro. II.

Mémoire du Prince de Bénévent;

servant de déclaration aux Alliés sur le système que le gouvernement français se propose de suivre.

Le Ministère du Roi a l'honneur de communiquer à LL. EE. Mrs. les Ministres et Secrétaires d'État des Puissances alliées deux ordonnances de S. M., l'une rendue à Gand, pour le licenciement de l'armée française, et l'autre, qui n'est encore qu'un projet, et qui est relative à l'organisation d'une nouvelle armée. Le besoin de l'Europe, non moins que de la France elle-même, étant que celle-ci ait une armée, le Roi s'est attaché et croit être parvenu à concilier ce besoin avec le besoin encore plus grand qu'elles ont également l'une et l'autre de finir sans retour les révolutions.

Il y a vingt six ans que la France cherchant des garanties contre les abus d'un pouvoir ministériel sans contrepoids et exercé sans unité comme sans contrôle, s'égara et se perdit dans cette sorte d'égalité dont l'inévitable conséquence est la domination de la multitude, c. à. d. sa tyrannie, la plus effroyable de toutes, moins aussi, et, par cela même, la moins durable. Cette tyrannie fit place, ainsi qu'il est toujours arrivé et qu'il arrivera toujours, au despotisme d'un seul, lequel, par tempérament et par calcul, déplaça la révolution en en changeant le mobile, et la transportant du dedans au dehors, en substituant à l'esprit qui avait jusque là régné, l'esprit de conquête.

Les derniers événemens ont prouvé jusqu'à quel point l'un et l'autre s'étaient affaiblis; puisque l'usurpateur, qui

les avait tous deux appelés à son secours, n'a pu être soutenu par eux contre les effets d'un premier et seul revers.

Mais les chances de révolution ne pouvant cesser qu'ils ne soient tous deux entièrement éteints ou contenus de manière à ne pouvoir jamais redevenir dominants, toutes les pensées du Roi, pendant sa retraite en Belgique, ont été tournées vers les moyens d'obtenir ce résultat et tous ses actes, depuis son retour, ont eu pour but de l'assurer.

La doctrine d'une égalité absolue peut bien avoir encore pour apôtres et pour partisans quelques spéculatifs bâtissans des théories pour un monde imaginaire et un certain nombre d'hommes à qui cette doctrine seule a valu, pendant un tems, un pouvoir dont ils ont abusé et qu'ils regrettent; mais la multitude même en est depuis longtems détrompée par la cruelle expérience, qu'elle en a faite. Cette doctrine ne pourra faire de prosélytes, et son esprit ne sera jamais à craindre, tant que les droits civils de chacun seront garantis contre tout arbitraire par une constitution politique qui exclue du pouvoir quiconque n'est pas dans cette situation où l'on sent plus le besoin de conserver que la nécessité et le désir d'acquérir.

Or, tel est le caractère de l'institution politique qui va régir la France.

La chambre des Pairs sera héréditaire.

La chambre des Députés sera formée selon le seul principe qui la puisse mettre en harmonie avec les deux autres branches de la législature.

Elles partageront avec le Roi l'initiative des lois qu'il s'était précédemment reservée.

De la manière de former la loi résultera la plus forte garantie que l'on puisse avoir de son impartiale équité; puisqu'elle sera l'expression, non de la volonté d'une seule personne ou d'un seul corps, mais d'une volonté formée par le concours de trois volontés distinctes.

Un ministère est déjà constitué, dont les membres exécutent chacun dans sa sphère d'attribution, ce qui a été arrêté dans une délibération commune. Il a ainsi toute la force d'action que donne l'unité; il est responsable, ce qui est un préservatif contre les aberrations du pouvoir.

Les juges seront inamovibles ce qui assure l'indépendence des Tribunaux.

En matière criminelle, le jugement par Jurés déjà existant sera maintenu. La confiscation reste pour tous les cas et pour toujours abolie.

Enfin les réstrictions mises à la liberté de la Presse ont déjà été révoquées.

Cette institution, plaçant l'état à une égale distance du pouvoir absolu et de la licence, ne laissera à celle-ci ni accès, ni prétexte dont elle puisse abuser pour s'en faire un.

Cette même institution ne réprimera pas avec moins de bonheur l'esprit de conquête, né dans des circonstances et entretenu par des causes qui ne reparaîtront plus.

Il n'y aura plus en France de dynastie révolutionnaire, intéressée au renversement des Souverains légitimes, pour en établir qui lui ressemblent.

Il n'y aura plus en France de dynastie tyrannique, qui ait le besoin de distraire le peuple de ses maux, en le berçant des illusions d'une gloire payée du plus pur de son sang.

Bonaparte est au pouvoir des Alliés et a cessé pour jamais d'être à craindre.

Les instigateurs et les principaux fauteurs de son dernier crime sont livrés aux Tribunaux.

Les principaux instrumens de son despotisme, les plus ardens de ses zélateurs sont éloignés, les uns de la France, les autres de la Capitale et tous des affaires publiques.

L'esprit de conquête n'était pas celui de la France

pour qui il n'était qu'une calamité cruelle; il ne régnait que dans l'armée, mais il doit être nourri par le succès, il s'éteint dans les revers, les campagnes précédentes l'avaient graduellement affaibli. Il semble impossible qu'il survive à la dernière campagne. Ceux qui en seraient encore atteints ne peuvent se dissimuler, qu'ils ne trouveraient plus, comme autrefois, l'Europe divisée, et que, contre l'Europe unie, ils n'auraient rien à espérer; or nul ne s'obstine à désirer sans espérance, l'esprit de conquête était encore entretenu par la presque perpétuité du service militaire qui faisait que le soldat finissait par ne plus connaître d'autre patrie que l'armée. Cette cause sera ôtée par le plan d'organisation actuelle qui rendant fréquemment les militaires aux habitudes et aux affections de la vie civile et domestique, les disposera à ne plus se faire des intérêts et des sentimens contraires à ceux de leur pays.

Le Roi pense, que cet ensemble de faits, de dispositions et de mesures, donne à l'Europe, à la France et à lui même tous les motifs désirables de sécurité.

Le ministère du Roi est de la même opinion.

Il prie LL. EE. MM. les Ministres et les Secrétaires d'État des Puissances alliées de vouloir bien lui faire connaître s'ils la partagent, ou s'ils jugent qu'il faille ajouter quelque chose à ces dispositions, et dans ce cas, ce qu'ils croient nécessaire d'y ajouter.

Le Prince de Talleyrand a l'honneur etc.

Signé: Le Prince de
Talleyrand.

Nro. III.

Mémoire du Baron de Humboldt, devant servir de réfutation à celui du Comte de Capo d'Istria.

Mémoire confidentiel.

La situation des Puissances alliées vis-à-vis de la France, ou du gouvernement français, est trop compliquée pour qu'il ne soit pas très essentiel de la définir avec une grande précision; d'un côté, elle a été évidemment différente aux différentes époques, qu'on ne saurait se dispenser de distinguer dans le cours des événemens depuis l'évasion de Napoléon de l'île d'Elbe; d'un autre côté, nous ne sommes point encore parvenus au point où la France et le Gouvernement français pourraient être regardés comme des termes synonymes.

Lorsque les Puissances publièrent leur déclaration du 13 Mars, le Gouvernement légitime subsistait encore en France et n'était attaqué que par une poignée d'hommes ou semblait du moins ne l'être qu'ainsi. Car la vérité est que cette poignée d'hommes n'eût jamais renversé le trône sans l'indifférence avec laquelle au moins une très grande partie de la nation attendait, les uns avec satisfaction, les autres sans peine, ni regret, l'issue de la révolution qui se préparait. C'est alors que les Puissances furent vraiment les alliés de Louis XVIII. La déclaration promet au Roi de France et à la nation française (qu'on croyait réunie à lui) des secours et cela seulement dans le cas que les secours seraient demandés. Elle suppose un gouvernement indépendant en France et en respecte l'autorité.

Le traité du 25 Mars est encore conçu dans le même sens. L'article 8. exprime le but de soutenir la France contre Napoléon, et il y est question de la réquisition des forces des Puissances par Louis XVIII. Mais en même tems, il y est aussi parlé des secours que le Roi apportera à l'objet du traité, ce qui détermine suffisamment ce que suppose l'application de cette stipulation. Du reste ce traité porte évidemment le caractère de former une ligue Européenne pour la sûreté de l'Europe contre un état de choses en France qui pourrait la menacer. C'est là son but essentiel; l'art. 1. ne parle que de celui-là et ce traité se distingue déjà par là très-fort de la déclaration du 13 Mars. S. M. T. Chr. n'est point accedée à cette alliance, en signant un traité formel; on s'est borné à demander et à accepter une note d'adhésion de la part de son ministre.

Au moment de la ratification de ce traité, les circonstances étaient devenues différentes. Le Gouvernement britannique déclara positivement, et toutes les autres Puissances accedèrent à cette déclaration, qu'il ne prenait pas l'engagement de poursuivre la guerre dans l'intention d'imposer un Gouvernement à la France. Les malheurs si glorieusement réparés à présent, avaient éloigné le Roi légitime de son Royaume; on distingua officiellement le Gouvernement et la France; on regarda, comme possible, que le Gouvernement ne rentrât pas dans ses droits. L'alliance prit alors le caractère bien prononcé et entièrement décidé, d'une ligue dirigée contre la France pour la propre sûreté des Puissances.

Les armées se mirent en marche, Napoléon commença la guerre, la journée du 18. Juin la termina, et les Alliés entrèrent à Paris. Il faudrait renverser toutes les idées et changer arbitrairement la valeur des termes pour nier

que la France n'était alors l'ennemie des Alliés, et que la partie subjuguée devint leur conquête.

Le Roi Louis XVIII. ne s'y trouvait point, il avait conservé certainement tous ses droits, toujours inproscriptibles; les droits étaient reconnus par les Puissances, mais de fait, il n' exerçait aucune autorité et n'avait en rien contribué au succès. Les engagemens des Alliés envers lui, étaient, ainsi que le prouvent la teneur et la ratification du traité du 25 Mars, pour le moins coordonnées à d'autres considérations, et ne leur imposaient pas des obligations absolues. La France d'un autre côté aurait en vain voulu rejeter tous les torts sur Napoléon, elle les avait, ce qui est le seul point de vue pratique, tellement partagés, qu'elle avait rendu impossible aux Alliés de séparer la nation de l'Usurpateur. Celui-ci ne s'était point replacé sur le trône, seulement entouré de baïonnettes et inspirant la terreur, mais avait constitué un Gouvernement, assemblé des Chambres, introduit des formes qu'il aurait été impossible d'introduire, si la volonté d'une très-grande partie de la nation n'y avait concouru directement ou indirectement. Quoiqu'on dise, le parti opposé, ce qui se fit dans les trois mois de son usurpation, ne fut pas seulement l'ouvrage de la force. On ne peut pas même dire qu'il exerça beaucoup d'actes de rigueur. Il opposa aux Alliés, non pas une poignée de partisans de sa cause, mais une armée de près de 200,000 hommes pris à peu près sur toute la surface de la France et cette armée se battit avec courage et persévérance. Il n'y a guères de Français qui doutent que si la bataille du 18 Juin lui avait été favorable, il n'eût pu attirer possiblement de nouveaux renforts à son armée, prolonger la guerre, faire, si les Alliés le lui avaient permis, une paix et régner, comme il régna avant 1813.

Immédiatement après la prise de Paris par les Alliés, le Roi revint, se replaça sur son trône et les Puissances

alliées commencèrent à négocier. C'est alors que l'état des choses, tel qu'il avait été avant la crise, commença à se rétablir, mais néanmoins avec deux immenses différences.

1. Les Puissances alliées ont fait une terrible expérience et de grands sacrifices; elles ont vu que le Gouvernement Royal en France a pu succomber à l'enterprise la plus téméraire et la plus avanturée; que ni l'idée de sa légitimité, ni la conviction de sa modération et de sa douceur, ni l'influence qu'il a exercée sur la France pendant près d'une année, n'ont pu empêcher la nation de s'armer sous les ordres de Napoléon contre l'Europe; et que, sans une bravoure aussi signalée des armées et des talens aussi rares des Généraux, contre qui le premier choc était dirigé, l'Europe aurait facilement été plongée dans une guerre aussi longue que désastreuse. Elles sont autorisées, par conséquent, et même obligées envers leurs sujets, d'user de toutes les précautions nécessaires pour éviter qu'un pareil désastre ne se renouvelle, et leurs relations avec le Gouvernement replacé sur le trône doivent évidemment être modifiées par ce premier et plus important de tous leurs devoirs. Leur alliance ayant été dès son principe, et étant devenue ensuite une ligue défensive de l'Europe contre l'attitude menaçante des affaires en France, elle doit conserver ce caractère, et elles doivent subordonner à ce but toute autre considération. Si ces réflexions engagent à penser à des garanties, les sacrifices exigent des garanties.
2. Quoique le roi soit revenu et que toute la France, à peu d'exception près, ait arboré le signe extérieur de la soumission à son pouvoir, il n'est encore guère possible de regarder le Roi et la

France comme un et le même pouvoir. L'autorité Royale n'est encore ni assurée ni consolidée et l'on se met dans une contradiction évidente, si pour l'affermir, on veut épargner des conditions pénibles à la France et qu'on affaiblit par là, ce qui, dans le moment actuel est encore son véritable soutien; la supériorité des armées étrangères. La nation s'étant mise dans une attitude entièrement hostile envers les Puissances alliées, elles ne peuvent la regarder comme étant devenue, tout-à-coup, entièrement amie.

Elles ne peuvent se dispenser de la crainte, qu'ainsi que les ménagemens dont on a usé à la paix de Paris, auraient sans un concours heureux de circonstances et ont, en effet, servi Bonaparte, ceux dont on userait maintenant, ne retournent au profit d'une partie de la nation qui s'opposerait de nouveau aux Bourbons. Les relations des Alliés avec le Roi sont donc encore modifiées par la considération que la durée de l'autorité Royale et la soumission de la nation, dépendent elles-mêmes des mesures qu'ils vont prendre.

Si, d'après cet aperçu, purement historique, l'on demande ce que les Alliés ont le droit de faire vis-à-vis de la France et de son Gouvernement et ce qu'ils auraient tort de se permettre, la question devient facile à résoudre dès qu'elle est placée d'une manière convenable.

La sûreté de l'Europe ayant été la cause de la guerre et le but de l'alliance, elle doit aussi être la base de la pacification et les Alliés ont le droit incontestable de tout exiger de la France et de son Gouvernement ce qu'ils jugent nécessaire pour cette sûreté. Ni le Roi, ni la nation ne sauraient contester ce droit. La nation n'en a aucun à réclamer sans le roi; elle a souffert de paraître identifiée avec Napoléon et a été vaincue avec lui;

le Roi a été placé par les malheurs qui l'ont frappé **hors de la ligue** où il n'avait demandé que l'assistance des Alliés, et ceux-ci ayant dû commencer et terminer à eux seuls ce qu'ils avaient entrepris, il leur appartient aussi à eux seuls de juger ce qui sera nécessaire pour leur épargner à la suite les mêmes sacrifices.

On prétend que le droit des Puissances alliées ne s'étend pas jusqu'à porter atteinte à l'intégrité de la France, puisque les Puissances alliées, n'ayant pas considéré, en prenant les armes contre Napoléon et ses adhérens, la France comme pays ennemi, elles ne peuvent point maintenant y exercer un droit de conquête. Mais ce raisonnement qui semble déjà pécher par là qu'il n'a nullement égard aux différens caractères que l'alliance des Puissances a dû prendre, ne parait vrai que d'un côté tout au plus.

Il est très certain que la guerre actuelle n'a point dû, et ne doit jamais être une guerre de conquête; les Puissances agiraient entièrement contre leurs intentions et contre leurs principes, si elles voulaient s'aggrandir aux dépens de la France, uniquement pour profiter de ses malheurs. **Mais malgré cela, la conquête existe de fait**, et si la mesure de resserrer les limites de la France, était reconnue comme la plus convenable pour atteindre le but principal de leur alliance, il est incontestable qu'elles ont le plein droit de l'exécution.

Ni le traité du 25 Mars, ni la note d'adhésion remise par le Plénipotentivire de France, ni les déclarations du 13 Mars et du 12 Mai, ne renferment une promesse directe et explicite des Puissances de ne pas toucher à l'intégrité de la France. On s'est borné uniquement à proclamer le maintien de la paix de Paris, et si l'on examine bien attentivement les termes de l'art. 1. du traité qui est le fond de toutes les déclarations postérieures, on verra, qu'il renferme beaucoup plus un engagement mutuel des Alliés de ne point souffrir que la paix de Paris

soit altérée contre eux, qu'un engagement de leur part, vis-à-vis de la France de n'y rien changer. Si l'article avait eu ce dernier sens, la restriction ajoutée à sa ratification en aurait entièrement changé la nature. Mais quand même on voudrait l'interpréter ainsi, il est toujours indubitable que la conduite de la France qui, au lieu de se servir de l'assistance des Puissances pour se débarrasser de Napoléon, prit les armes contre elles, leur a donné le plein droit de ne plus penser qu'à leur propre sûreté.

Rien n'est, en général, aussi singulier que le raisonnement que, puisque Napoléon est pris, la guerre est terminée, et que les Alliés n'ont plus rien à demander à la France. La guerre ne sera terminée, que lorsque les Puissances alliées auront obtenu les garanties et les indemnités qu'elles ont droit de réclamer; et les Puissances demandent aussi, après l'éloignement de Napoléon, avec raison à la France des gages qu'une nouvelle tentative ne les force à prendre de nouveau les armes. Si les Puissances, en disant qu'elles ne faisaient la guerre que contre Bonaparte et ses adhérens, ont séparé la nation de lui, la nation pour réclamer cette déclaration en sa faveur, aurait dû s'en séparer réellement, ne pas rester passive et même combattre pour l'usurpateur, mais, au contraire, contribuer à s'en débarrasser.

Le mémoire qui a fait naître ces réflexions établit une grande différence entre une cession territoriale et l'imposition d'une contribution, même suivie d'une occupation de Provinces. Mais cette différence subsiste-t-elle bien sous le rapport du droit? N'est-ce pas aussi user d'un droit de conquête que d'imposer de pareilles contributions? Tout droit de conquête n'est-il pas, d'après une saine théorie du droit des gens, limité par la nécessité de garanties et d'indemnités?

Si l'on peut exiger une indemnité, ne peut-on pas la

fixer, ou en territoire, ou en argent? Et peut-on dire qu'une contribution considérable pourrait être légitimement fournie par la France, comme moyen de concilier la conservation de son intégrité territoriale avec ce qu'elle doit à la sûreté générale, lorsque l'on soutient que les Alliés n'ont aucun droit à porter atteinte à cette intégrité? Comment la France doit-elle faire des sacrifices pour conserver ce qu'on n'a pas le droit d'attaquer?

La question du droit étant établie, il s'agit de déterminer quelles sont les garanties et les indemnités qu'on devra exiger de la France? et quelles mesures il convient de prendre pour ne pas s'exposer à de nouveaux dangers de sa part?

Tout le monde est d'accord qu'il y a deux moyens pour atteindre ce but, l'un de rétablir et d'amener la tranquillité en France, en finissant, comme l'on s'exprime, la révolution, l'autre, de faire, par différens modes d'une manière temporaire ou permanente, une autre répartition de forces entre la France et les États ses voisins, pour empêcher qu'elle ne puisse empiéter sur leurs droits.

Rien n'est certainement aussi salutaire et aussi nécessaire que de tâcher de tranquilliser la France, d'y neutraliser les passions, et de rattacher tous les intérêts à la conservation de l'autorité légitime. Mais comme une saine politique doit toujours s'en tenir de préférence à ce qu'il est entièrement dans son pouvoir de faire, cette tâche doit être subordonnée à l'autre de l'établissement d'une proportion relative de forces adaptées aux circonstances et rien de ce qui est vraiment essentiel sous ce dernier point de vue ne doit être abandonné dans le premier. L'esprit public et la volonté nationale, là où il en existe une, se composent de tant d'élémens divers qu'il est extrêmement difficile d'éviter même des erreurs assez grossières en les jugeant en détail, et plus encore en voulant y exercer une influence directe: celle des Puis-

sances étrangères blesse naturellement la fierté nationale et le droit même de s'y imiscer est bien plus douteux que celui de pourvoir entièrement à leur propre sûreté. Les Alliés ont rendu au Gouvernement toute l'assistance qui dépendait d'eux, en faisant disparaître son plus cruel ennemi, et en dissipant et désarmant les autres; il doit le maintenir à présent par lui-même; mais il est toujours beaucoup trop douteux, s'il pourra conserver son autorité et son indépendance pour qu'il puisse encore de longtems offrir à l'Europe une garantie suffisante pour qu'on puisse se relâcher sur d'autres mesures de précaution et de sûreté. La révolution française a été la suite de la faiblesse du Gouvernement; elle ne pourra être terminée que par un Gouvernement fort, mais à la fois juste et légitime. Il sera difficile par conséquence de la voir finir, tandis que des Puissances étrangères exercent la tutèle sur la France. Cette tutèle pourra tout au plus empêcher les crises, autant qu'elle dure. Les tentatives de rendre le Gouvernement agréable à la nation, de le mettre à même de se faire des mérites auprès d'elle ne seront jamais d'un grand effet. La partie de la nation qui sait apprécier ce mérite, n'est pas celle qui s'agite, et celle qui est habituée à ne pas rester tranquille, ne peut être comprimée que par la force de l'autorité. Le maintien du Gouvernement dans sa véritable indépendance sera donc longtems un sujet de doute très-fondé et tout système de pacification actuelle dans lequel la sûreté générale sera rendue dépendante de là, ou qui exigera seulement qu'on porte là-dessus un jugement sûr et précis entrainera de grands inconvéniens après lui et pourra être nommé erroné. Mais, il n'en est pas moins vrai que, tout en réglant ce qu' exige leur sûreté, la conservation du Gouvernement Royal doit être constamment une des premières sollicitudes des Puissances alliées.

Une autre répartition des forces respectives, reste,

en conséquence, le seul moyen qui puisse vraiment mettre l'Europe à l'abri de nouveaux dangers, et parmi les différentes méthodes qu'on pourrait adapter, soit pour affaiblir la France, soit pour renforcer ses voisins, la plus simple, la plus conséquente et la plus conforme au système général des Puissances alliées, paraîtrait celle de procurer aux États voisins de la France une frontière assurée, en leur donnant, comme moyens de défense, les places fortes dont la France depuis qu'elle les possède, s'est servie comme point d'aggression.

L'aggrandissement qui résulterait de là pour les États, serait trop peu considérable pour exiger un nouveau travail sur l'établissement de l'équilibre en Europe, est un changement essentiel du recès du congrès de Vienne. Il est donc l'esprit de cet acte que l'indépendance des Pays-bas et de l'Allemagne ne puissent éprouver d'atteinte et c'est là ce qui résulterait de cette mesure. La Belgique acquerrait plusieurs points importants, l'Allemagne s'étendrait du côté du haut Rhin, ce qui serait d'autant moins nuisible que les traîtés conclus à Vienne laissent toujours ouvert un arrangement entre l'Autriche et la Bavière qui ne peut se réaliser qu'aux dépens de quelques uns des petits Princes de l'Allemagne, et qui serait prodigieusement facilité par quelque acquisition de ce côté. La Prusse gagnerait assez en voyant ses voisins ainsi renforcés, pour pouvoir se borner à quelque peu d'objets tendant uniquement au but de compléter son propre système de défense.

Ce n'est pas depuis Napoléon ou depuis la révolution seulement que la France a fait des tentatives pour envahir l'Allemagne et la Belgique. Elle les a toujours renouvelées de tems en tems, et les places qu'on lui ôterait à présent ont servi de bases à ses opérations militaires. L'Allemagne, de son côté, est un état essentiellement pacifique. La tranquillité de l'Europe ne peut,

en conséquence, que gagner par le changement de frontière. — Les cours d'Allemagne doivent, d'ailleurs, attacher un intérêt particulier à revendiquer au moins une partie de ce qui lui a été injustement arraché.

Tous les autres moyens d'affaiblir la France que le mémoire en question comprend sous le nom général de garanties réelles, quoique ce mot (pour observer ceci en passant) ne soit pas proprement l'opposé des garanties morales qui sans doute, peuvent être très-réelles aussi, sont ou impossibles ou même injustes, comme celui de priver la France de tout le matériel de son état militaire, et d'en détruire les sources, ou tellement compliqués, que leur emploi même ferait naître de nouveaux inconvéniens. Ce reproche semble pouvoir être fait surtout à celui dont l'exécution est proposée définitivement dans le mémoire.

Après avoir exclu par une loi de l'Europe Napoléon Bonaparte et sa famille du trône de France, ce qui semblerait donner trop d'importance à un homme qu'on envoit à St. Héléne et à des individus qui n'ont jamais occupé aucun rang que par lui, et après avoir remis en vigueur la partie défensive du traîté de Chaumont, les Puissances alliées doivent prendre et conserver une position militaire en France dans le double but de faire acquitter une forte contribution et de voir si l'état intérieur de la France se consolide; et cette contribution doit être employée par les Puissances voisines de la France à renforcer leurs frontières par de nouvelles places qu'elles devront construire.

La première objection qu'on peut faire à ce plan, est, qu'au lieu qu'on pourrait tranquillement abandonner le soin de leur propre défense et celui du maintien du repos de cette partie de l'Europe aux États voisins de la France, si l'on renforçait leurs frontières par les points aggressifs de ce Royaume, il établit une surveillance prolongée des Puissances alliées sur le repos extérieur et in-

térieur de la France, occasionne des cantonnemens et des marches des troupes et remet le retour d'un véritable état de paix à un nombre presque indéterminé d'années. Car comment l'échéance des termes fixés pour le payement des contributions coincidera-t-il précisement avec le terme où l'état intérieur de la France pourra se passer d'une pareille surveillance? Et à quels symptômes assez certains ce dernier pourra-t-il être reconnu? Car la supposition que le Roi de France parvienne à réformer la monarchie française, de manière à ce que les intérêts de toutes les parties se confondent en un seul intérêt, et qu'il en résulte une garantie morale de la fin de toute révolution en France, dont parle le mémoire, ne se réalisera guères, et il faudra, comme dans toutes les choses humaines se contenter d'un état tout au plus approchant de celui-ci.

En exigeant que la contribution soit employée à la construction des places fortes, on confond les idées de garanties et d'indemnité et établit une inégalité évidente entre les Alliés, puisque les états voisins de la France sont seuls grevés de cette charge. Serait-ce en général le moyen de conserver la paix que d'opposer des forteresses à des forteresses et ne serait-il pas plus simple, de donner celles qui forment, d'après l'aveu du mémoire même, une immense et menaçante ligne, à ceux qui en sont menacés, et dont les dispositions paisibles ne laissent pas de doute, en abandonnant plutôt à la France le soin d'en construire de nouvelles? Elle garderait, d'ailleurs, toujours ces places davantage vers l'intérieur du Royaume.

La seconde considération est pour la France et l'autorité Royale, elle même. La cession de places et de territoire est un sort auquel tous les états sont sujets, c'est une plaie douloureuse, mais qui se cicatrise et s'oublie. Mais il n'y a rien de si humiliant, surtout pour une na-

tion que le mémoire en question nomme, non sans fondement, ivre d'orgueil et d'amour propre, que la présence prolongée de troupes étrangères dans les provinces. Quelque précis que soient les réglemens et quelque stricte que soit leur execution, il naît toujours, dans ces cas, des différences qui ne laisseraient au Gouvernement que le choix entre une condescendance qui blesserait la fierté nationale ou le danger de se brouiller avec les Puissances alliées. Il est inévitable aussi que la province occupée souffre considérablement et que cela mécontente extrêmement les habitans. Ces plaintes se renouvellent chaque jour, elles tourneront infailliblement toutes contre le Gouvernement; on lui imputera non seulement d'avoir acheté, par cet arrangement, son retour en France, mais encore d'être l'ame de la prolongation de cet état pour se servir des forces étrangères pour son maintien et il deviendra infiniment plus impopulaire par cette mesure, que par celle d'une cession, qui étant la suite immédiate de la guerre, pourrait encore être imputée à Bonaparte.

Une troisième objection, et peut-être la plus importante de toutes, est que le remède proposé n'offre aucunement une véritable garantie. Il a, au contraire, le défaut de ne point assez renforcer les états voisins de la France, de ne point ôter à la nation française les principaux moyens d'aggression et de l'inciter et de l'exaspérer au dernier point. On objecterait en vain que la France après avoir dû payer de fortes sommes ne pourrait se procurer le matériel nécessaire pour faire la guerre. La Prusse a montré à quoi porte au contraire un pareil traitement, et ce que peut un état, même lorsqu'il semble dénué de tous les moyens. Priver la France de celles de ses forteresses qui menacent ses voisins est la seule garantie solide qu'on puisse obtenir. Sans elle, ni le Gouvernement ni l'Europe, ne serait à l'abri d'une nouvelle explosion, lorsque le moment de l'évacuation ar-

rivera, qui pourra, devra arriver un jour, puisqu'une occupation permanente de troupes étrangères, quoique le mémoire la nomme aussi parmi les garanties réelles, offre à peine une idée pratique et les états voisins de la France n'auront pour lors d'autre avantage que leurs places fortes nouvellement construites, tandis que la France aura conservé les siennes et fera la guerre avec toute l'énergie que donne la fierté nationale humiliée et la pauvreté causée par le payement des contributions.

Le passage du mémoire relatif à la garantie à offrir à la France dans le cas de l'occupation n'est pas assez clair pour qu'on puisse entièrement en juger. Mais il est très-douteux, si la circonstance seule que ce ne seraient pas les troupes qui pourraient le plus convenablement occuper une position militaire en France, qui en occuperaient une partie, rassurerait entièrement la nation sur la restitution du territoire occupé. Il serait difficile, d'ailleurs, que les Puissances alliées habituées à suivre constamment un système d'égalité parfaite, voulussent y renoncer dans un cas aussi important.

Conformément à ces considérations, une cession territoriale qui, en se portant surtout sur les places fortes, ne tendrait qu'à renforcer les frontières des Pays-bas, de l'Allemagne et de la Suisse, comme garantie, et une contribution, comme indemnité paraîtraient mieux remplir les vues des Puissances alliées et le but de leur alliance; placer plus convenablement le Roi dans l'attitude de pouvoir reprendre d'une manière indépendante les rênes du Gouvernement, éviter d'avantage l'irritation de la nation qui naîtra nécessairement de la présence prolongée des troupes étrangères et de tout contact trop rapproché avec les Alliés dans les premières années et mettre, si, malgré cela, on en venait à une nouvelle guerre avec la France, les États qui l'avoisinent, en état de faire une résistance suffisante, sans s'épuiser par des efforts excessifs.

Quant à la marche à tenir actuellement, il est incontestable que celle que prescrit le mémoire:

De se concerter sans délai sur les garanties et indemnités, de négocier avec le Gouvernement français et

de faire un traité avec la France et les Alliés, est d'une extrême urgence, et qu'elle est en même tems la seule qu'il soit possible de suivre.

Nro. IV.

Mémoire du Prince de Metternich.

Memorandum.

A. La guerre de 1815 n'est pas une guerre de conquête, elle n'a été entreprise que dans le double but d'abattre l'usurpation de Napoléon Bonaparte et d'asseoir un Gouvernement en France sur des bases assez solides pour qu'il puisse offrir des garanties de tranquillité à la France et à l'Europe.

Cette guerre ne doit point dégénérer en guerre de conquête parce que les déclarations des Puissances et les termes des traités seraient en opposition à un pareil but. Une saine politique ne doit pas moins retenir les Puissances de la laisser dégénérer en guerre de conquête, parce qu'une altération notable dans l'état de possession tel qu'il se trouve établi par le congrès de Vienne entraînerait un revirement général, dans lequel le but de la

guerre, l'urgente nécessité de mettre un frein aux principes subvertifs de l'ordre social sur lesquels Bonaparte a fondé son usurpation, quelque courte qu'elle ait été, a donné le plus dangereux développement, se perdrait très-incessamment dans la foule de nouveaux intérêts qui résulteraient de pareils reviremens. Il est tems enfin de donner un nom au mal que nous combattons en France. Le Jacobinisme armé seul pourrait espérer tirer un avantage réel d'un bouleversement nouveau dans les relations politiques des Puissances, relations toujours liées à leurs rapports géographiques et statistiques.

J'exclus en conséquence de mes calculs tout arrangement entre les Alliés qui entraînerait des reviremens territoriaux.

B. Plus je suis convaincu que tel doit être le principe qui devra guider la marche des Puissances, moins il me parait d'un autre côté qu'elles davent se faire illusion sur la nécessité d'exiger des garanties de la part de la France et de ne pas borner ces garanties à celles qu'elles ne pourraient vouloir chercher que dans des institutions politiques et dans une occupation militaire momentanée.

La France, de long-tems, ne sera pas dans le cas d'asseoir le système de son Gouvernement de manière à offrir à l'Europe dans ses seules institutions des gages de sûreté.

L'occupation militaire, si elle devait avoir lieu sur une échelle étendue, heurterait autant et plus le sentiment national de la France, que des cessions auxquelles elle s'attend. Nous risquerions sans doute non moins de manquer notre but si cette occupation était restreinte; et si elle n'était appuyée sur aucune autre garantie; il est donc certain que les efforts immenses que vient de faire l'Europe, ne peuvent être

couronnés d'un plein succès qu'autant que les quatre grandes cours ne se réunissent franchement sur un système fondé également sur l'esprit des traîtés, sur la position réelle des choses en France, sur la nécessité de rendre le calme à cette partie du continent par des garanties que la France devra donner aux Puissances, et qu'elle est en droit de leur demander à son tour. J'essayerai de développer les principes que je crois les plus conformes à ces divers points de vue.

Les Puissances alliées ont le droit de demander à la France:

1. Une indemnité pour les frais de la guerre.
2. Une garantie réelle et permanente en changeant son attitude offensive en une attitude défensive plus rapprochée de celle des autres Puissances.
3. L'adoption d'une forme de Gouvernement et d'institutions qui se concilient avec celles des autres grandes Puissances de l'Europe, et qui, par un juste balancement de pouvoir assurent à la France et à l'étranger des garanties de leur stabilité.
4. Que la France enfin se soumette à des mesures de police intérieure et momentanée qui offrent au Gouvernement Royal un juste soutien, et à l'Europe des gages de repos.

ad 1) Cette indemnité ne pouvant avoir lieu qu'au moyen d'une contribution forcée, il suffit que pour ne pas sortir du but du présent mémorandum, j'admette cette contribution en thèse, en réservant la fixation de sa qualité à une discussion séparée.

ad 2) L'Europe et surtout les Puissances limitrophes de la France, ont le droit de demander que cet état ne demeure pas dans une attitude offensive.

L'attitude offensive de la France se fonde:

A. sur des positions offensives qu'elle a trouvé mo-

en de se ménager depuis le règne de Louis XIV. par l'établissement de grandes places d'armes et de forteresses sur des points menaçants pour la tranquillité de ses voisins ou par des forteresses placées à des postes assez avancés pour empêcher la formation et le déployement d'armées qui n'auraient d'autre but que la défense de leur propre territoire;

B. sur un système de fortification qui se trouve hors de proportion avec les moyens de défense des États voisins et non moins hors de proportion avec tous ceux dont ils puissent jamais disposer pour établir un balancement dans leur attitude militaire réciproque.

Le système de fortification de la France a été formé ou par la conquête de places fortes que son Gouvernement a conservées et augmentées, telles que les forteresses dans la Flandre Française ou par la construction de nouvelles places dans des provinces conquises; et de ce nombre sont les forteresses de l'Alsace, de la Lorraine, de la Franche comté et de la ligne du midi.

Ce système de fortification de la France a acquis dans les derniers tems une nouvelle valeur par des circonstances qui ne sauraient être trop portées en ligne de compte.

L'une est l'institution de la garde nationale; de cette force défensive qui suffit pour la dotation de toutes les places fortes de la France et qui permet à son gouvernement de jeter impunément au dehors toute sa force militaire réglée.

L'autre est la destruction de toutes les places fortes dans les Pays-Bas et en Allemagne, et cette dernière opérée par la France elle-même dans toutes les guerres depuis Louis XIV. Ehrenbreitenstein, Philippsbourg, Ingolstadt, et plusieurs autres places de la plus grande importance ont été démolies en entier. Toutes les villes tel

que Francfort, Ulm etc. qui avaient une circonvallation et quelques moyens de défense en ont été privées.

La Savoye a dû prendre entièrement l'engagement de ne pas fortifier les passages de ses montagnes.

Toutes les guerres entreprises par la France, sous tous ses Gouvernemens depuis Louis XIV. fournissent la preuve que cette Puissance a poursuivi avec une constance invariable l'établissement d'un système de fortification et de défense aux dépens de tous ses voisins. Il ne serait pas digne des Puissances alliées, vouées à la noble entreprise de rétablir le repos de l'Europe sur des bases fortes et véritables de se faire illusion sur des faits aussi incontestables que le sont ceux-ci:

1. Que ce système défense offensive ressort bien moins des principes qui ont provoqué la guerre de la révolution qu'il n'est inhérent à celui de la Monarchie Royale Française.
2. Que vu le système de fortification de la France, il a fallu et la destruction totale de l'armée française dans la campagne de 1812, la perte dans cette même campagne de tout le matériel nécessaire à la dotation des places, et surtout les efforts réunis de l'Europe entière pour assurer les succès des années 1813, 14 et 15.

La France conservant sa triple ligne de forteresses, sera toujours, et sous une forme de Gouvernement quelconque, assez forte pour porter au delà de ses frontières, autant et plus de monde que ne peut lui opposer toute autre puissance du premier ordre et pour ne risquer en perdant des batailles, que toujours elle livrera sur territoire étranger, que d'être forcée à renoncer à un projet de conquête.

Elle sera de même assez forte pour résister dans des tems ordinaires à l'attaque de deux ou trois puissances du premier ordre, réunies pour une même cause.

La conviction que doit avoir le peuple français que les guerres ne lui coutent que des hommes et tout au plus de l'argent, mais que les propriétés des particuliers ne sauraient être dévastées; que les citoyens ne risquent point d'être exposés aux fléaux inséparables de la présence d'armées ennemies est sans contredit une des raisons qui a mis le plus de moyens offensifs à la disposition du Gouvernement révolutionnaire.

Il suffit de connaître l'égoisme et le manque total d'esprit public qui caractérisent la nation française pour vouer à cette considération une valeur tout particulière.

Il me parait donc que l'intérêt permanent de l'Europe exige:

A. Que la France perde les points offensifs que lui a laissés le traîté de Paris.

B) Que les forteresses de la 1ère ligne passent, ou sous domination étrangère et servent dorénavant à la défense des frontières des états voisins, ou que pour le moins, elles soient rasées, si la première ligne des forteresses de la Flandre devait former dorénavant la frontière des Pays-Bas. Ceux-ci ne seraient point placés par ce fait dans une attitude offensive contre la France, car il resterait dans ce cas à ce Royaume deux lignes de défense fortifiées.

Si les places de l'Alsace étaient rasées à l'exception de Landau, qui à mon avis devrait être réunie à l'Allemagne pour compenser la perte de Philippsbourg, et à l'exception de quelque autre place qui ne peut servir qu'à la défense de cette frontière sans menacer, comme Huningue, la tranquillité d'une Capitale voisine, si Strasbourg ne conservait que sa citadelle pour appuyer cette grande et importante cité, qui dans ce moment n'est qu'un vaste camp retranché, une place d'armes dans laquelle se formera et se concentrera toujours une armée qui vu sa position à l'extrême frontière, portera dès-l'ouverture

d'une campagne le théâtre de la guerre sur territoire étranger, la sûreté de la France serait loin d'être menacée.

Les défilés et les propositions des Vosges et du Jura; les forteresses de la seconde ligne qui sont susceptibles de grands développemens formeraient des boulevards plus que suffisants et que le manque de places fortes dans lequel se trouve le midi de l'Allemagne est loin de compenser en faveur des puissances voisines.

Il en est de même de Besançon et de plusieurs fortifications sur la ligne du midi qui doivent être démolies.

Il suffit de consulter l'histoire de tous les tems et de considérer le dénuement de moyens pécuniaires dans lequel les Puissances se trouvent pour que la construction projetée de places ne présente guères de chances de sécurité quelque secours pécuniaire qu'il soit possible de tirer de la France. Les Princes qui ont fait de si glorieux efforts pour le soutien de la cause générale des Gouvernemens et des nations, et qui sont également prêts à n'admettre de nouveau aucune chance d'ambition et à ne consulter que ce qu'ils doivent à la sûreté de l'Europe, doivent viser à couronner leur grande entréprise par des mesures qui ne mettent pas en doute le fruit des efforts de leurs peuples, et ce but ne sera véritablement atteint que quand la France ne pourra plus attaquer et envahir ses voisins avec l'assurance de l'impunité.

Il me parait en un mot, que la France doit être mise au niveau des chances et des risques des autres Puissances du premier ordre et que de cette manière un gouvernement fort en France, soit moins tenté de subjuguer ses voisins et qu'un gouvernement faible y devienne moins le jouet des factions qui à l'abri de remparts inexpugnables ne risquent pas à moins de l'arrivée des forces de l'Europe entière, de se voir arrêtées dans leurs criminelles entreprises.

L'expérience des dernières 150 années a prouvé que ces considérations s'adaptent à tous les régnes qui se sont succédés en France, et que sans doute elles sont dignes de toute la sollicitude des Puissances.

ad 3) Les Alliés ont sans contredit le droit de s'assurer que les institutions sur lesquelles doit se fonder le repos de l'Europe et de l'intérieur de la France, soient assises sur des bases solides et aptes à assurer ce but. — La marche que les Cabinets réunis suivent dans ce moment semble la seule conforme à cette intention et la plus adaptée aux circonstances.

ad 4) J'entends par mesures de police intérieure, la présence prolongée en France de troupes étrangères.

Cette mesure offre des considérations tellement majeures qu'elle devra être dans son application le résultat d'une délibération expresse qui devra porter sur les points suivants.

1. De quelles armées devra se composer le corps de troupes étrangères?

Il paraîtrait utile que pour éloigner d'une mesure de simple précaution toute idée de conquête, les Puissances qui se trouvent en contact de frontières avec la France ne devraient pas fournir ce corps des troupes.

2. Quel devrait être le nombre des contingens?

Je crois que le nombre total des troupes étrangères en France, devrait pour le moins être de 100 à 150,000 hommes.

3. Fixer les rapports dans lesquels les Généraux commandant ces troupes, devraient se trouver placés vis-à-vis du Gouvernement français.

4. Fixer les rayons qui devraient être assignés aux cantonnemens de ces troupes.

Ces rayons me paraîtraient devoir êtres déterminés d'après des considérations combinées tant militaires qu'ad-

ministratives et dans tous les cas tenir les troupes étrangères hors de contact avec les corps d'armée française.

5. Prendre en considération jusqu'à quel point il serait convenable et utile d'employer ces corps auxiliaires à l'exécution des stipulations des traités futurs à la charge de la France.

Nro. V.

Mémoire du Lord Castlereagh.

Principles upon which the proposed negociation with France ought to be conducted.

---

1. The demands which the Allies have to make upon France and the arrangement upon which they propose to rest the future peace and security of Europe, should be opened to the French government without loss of time, so as to admit of a final arrangement before the 15. of September, on which day the Assemblies are to meet.

2. In deciding upon any arrangement, the first object to attend to is that it shall preserve unimpaired the alliance to which Europe already owes its deliverance, and on the permanence of which union it ought in wisdom to rely, above every other measure for its future peace and preservation.

3. That the security to be required from France should be framed upon such principles, political and military, as shall afford to Europe an extraordinary and

adequate protection against the revolutionary danger of France so long as that particular danger may be presumed likely to exist. The retrocession of the fortresses occupied, to be stipulated in favor of Louis the 18. and his lawful successors, so as to enable the allied Powers, in the event of any new convulsion to France, to provide anew for their own security according to the exigency of the case.

4. That the required security should be studiously combined with the reestablishment of the Royal authority in France, which object, next to the continuance of the European Alliance, is calculated, above all other expedients, to protect other states against the revival of those dangers from which they have been recently delivered. It is in truth the only real and effectual cure for the evil.

If the Royal Authority is not reestablished in France, the presumption is, that some revolutionary order of things of a character decidedly military will arise, against which one or two fortresses, the more or the less, will tell for little in the balance.

If, after every aid the Allies can give him, the King should fail to establish his authority, it will be a great satisfaction to the Allies to have done nothing which may be supposed to have precipitated his fall, whilst they will hold in their hands for an extended period of years an adequate number of French fortresses as pledges for their own security.

5. That in previding against the extraordinary danger which Europe has to apprehend from the present corrupted state of the Army and political Parties of France we should consider this particular danger, as the real, if not the exclusive object of our Alliance and of the measures to be taken.

The ordinary danger that may arise at the end of seven or ten years from the power of France, supposing

it restored to its natural relations with Europe, can not in wisdom justify the adoption of any measure at the present moment which is either inconsistent with the Unity of the Alliance, or which must render the efforts of the Allies inoperative to suppress, in conjunction with the French Government, the revolutionary spirit, and to consolidate the Kings power in France.

The period of seven or ten years is mentioned as that for which the military occupation of the Allies is presumed to last, and within which time the Allies will have their securities in their own hands, should any new convulsion break out.

6. To effectuate the preceding principle, the demand ought to be framed, not against France as a state, but against a dangerous faction in that state. Altho imposed by the authority of the allied arms, it ought to be felt by the king, his ministers, and the sound part of the nation as an appui and a protection.

If it be so degrading in its terms, as to leave the king no other alternative, but to refuse it, or to remain without influence at the head of a Nation universally discontented, and in the mass, loyal as well as disloyal, prepared to renew the contest at the first favorable occasion, danger and not security will have been produced by such an indiscret demand.

7. The arrangement should not be such as to reopen the labours of the congress by giving occasion to a fresh distribution of territory, in which, although the pretension of the several powers can not all be gratified, all may be either directly or collaterally considered.

Whatever is required of France in direct cession, should be taken upon some obvious and general principle, as for example: the frontier as it stood in 1790; assigning the enclaves to the country in which they are situated, rather than upon a consideration of insulated

points, and the line to be drawn ought not to alter essentially the character of the arrangement, or to defeat the policy already contended for.

8. In the existing posture of the allied Powers toward Louis the 18. the proceeding on their part ought not to take the shape of an ordinary negociation. The Powers of Europe stand sufficiently in the relation of an ally to the king, to make it unbekoming in them to put forward strong demands, for the purpose of reducing them.

It is more consistent with their character and dignity to have voluntarily reduced their pretentions as low as a sense of duty would permit, and to adhere peremptorily to them, rather to invite opposition by partial concessions.

When once the demand is made, the Allies can not keep their Armies inactive in France, till the king submits. They must be prepared upon a refusal, to denounce the armistice and to have recourse to Arms.

To be so maintened without imparing the Alliance, the case ought to be a clear one in the eyes of Europe, such as each and every Power is prepared in conscience to maintain to the extremity of war.

The minimum of their demands must in fact constitute a species of ultimatum on the part of the Allies.

The Arrangement being once made and the number of troops which is to constitute the European corps to remain in France being settled, the double of this force might remain till a fixed proportion of the whole contribution to be levied, (say two thirds), shall be discharged; the rest of allied forces to be withdrawn forwith.

It is material, to secure at as early a period as is financially practicable, the heavier payments, else they might become at a future period a motive for a new war.

A proportion of the contribution, not less than one third, to be assigned, under proper regulations, to erect, during the period, the French fortresses shall be held by

the European Powers, an adequate defence for Belgium and for Germany, one half to be expended on the line north of Luxembourg, the other half to the southward, between Luxembourg and Basle.

Observations du Lord C. sur son Mémoire précédent.

Observations.

On the 1st principle.

a) It is impossible to conceal from ourselves the awkward position in which the Allies stand (more especially after the assurance given in their late note to Prince Talleyrand) when day after day they are either unable or unwilling to state to the French Government, what their ultimate object is.

b) This appearence of hesitation from which disunion will be inferred, must essentially impair their real influence and if the arrangement is not finally concluded before the Assemblies meet on the 15th of Stbr. the difficulties of a peaceful settlement may be seriously increased. It would be of importance, that the kings ministers should have some days to prepare the public mind for the Arrangement, before it can be brought into question before the Assemblies.

c) The Emperor of Russia has represented, that he can not keep his Army in France after the middle of Stbr. without exposing them to a march in winter. It is unnecessary to observe, to what pernicious misconceptions their returning before an Arrangement was actuelly signed, would give rise, not only in France, but throughout Europe.

On the 2[d] principle.

In waking to the conservation of the Alliance as the great measure of European security, it is presumed that so soon as the treaty is signed with France, the four Powers will renew amongst themselves (inviting their Allies to accede) the defensive Branch of the treaty of Chaumont with such additions and alterations as the existing circumstances may require, as for instance:

1. An engagement by which the family of Bonaparte shall be for ever excluded from the throne of France.
2. An engagement to furnish a contingent of troops to compose the European force to be stationed in France, constituting an unity of command.
3. To furnish a further contingent in case that force should be at any time menaced or attaked, and generally to repel any attak which France may injustly make upon the territories of any of the contracting Parties.
4. To concert together and to take such measures as the security of Europe may require, in the event of the stipulations contained in the treaty with France for the retrocession of the fortresses at a given period, being rendered null and void, by a convulsion affecting the succession; and generally to act in concert against any danger resulting from the interior state of France, that may menace Europe.

On the 3[d] principle.

This object seems sufficiently secured by an European Force of 150000 men occupying the central and fortified position on the northern Frontier between Valenciennes and Givet, as proposed by the Duke of Wellington,

whilst both Flanks of Alsace are secured by the occupation of Landau, Bitche and Huningen. This position is both offensive and defensive in its character.

It is too menacing and powerfull to be passed, and it can not be forced without a succession of sieges, whilst the army, that occupies it, is within ten marches of Paris without an intervening Fortress.

The army that is to occupy it represent Europe; to menace or to attak that army is to declare war against Europe; the effects of which France will hereafter understand!

The proposed arrangement gives to the Allies an efficient army always assembled for Field-service in a commanding and fortified position. France can not assemble a force capable of taking the offensive against it, without her preparations being long known and giving to this army full time, to be supported.

It is true, this measure is temporary, but in Politics and in war security for seven or ten years is as much, as human foresight can provide for.

It must be admitted, that for the period it is to endure, no power in Alliance ever took so effective a security against an opponent, and no state was ever placed more completely at the mercy of its adversaries.

Can it be asserted that the occupation of either Lille or Strasbourg is necessary, to render the Low Countries and Germany secure against attak from France, whilst the arrangement subsists?

If not necessary to the main object of the Allies may not their being demanded either drive the king to a refusal, or disqualify him for being the instrument, to effectuate the great object the Allies ought to have in view namely to putting down and closing for ever the revolution in France.

If the king is to be stripped out of the three or four

great fortresses of the monarchy, may he not be rendered odious on his throne, as the mere instrument of a foreign supremacy? Can the demand to occupy Strasbourg in addition to Landau, Bitsch and Huningen be considered in any other light, than as a demand of Alsace, and can any Frenchman suppose, with the known sentiments of Germany and the principle avowed that the defences of France should be the line of the Vosges, and not the valley of the Rhine, that this fortress will be quietly restored at the expiration of the term?

There is no doubt, that both, Strasbourgh and Lille are points of great value, and if it were a matter of choice, there could be no hesitation in the decision; but the true question is, at what price are they now to be obtained? at what increased risk of war are they to be held? What is their value at a distant day as a means of security? and, subject to all these chances, is it wise for such Power as the Netherlands, or even for so disjointed a confederacy as the Germanic Body, for the remote advantage incident to such possessions, to commit themselves to maintain conquests of this nature, against such a power as France, or is it wise for Great Britain and Prussia on whom must fall the burthen of supporting the house of Orange, to encourage the King to do so?

NB. On the 4. 5. 6. 7. 8 and 9th principles there are no observations.

Nro. VI.

Mémoire du Lord Wellington.

Projet du Duc Wellington sur l'occupation des forteresses françaises.

Comme il parait que les Puissances alliées ont l'intention de demander à la France certaines sécurités pour la confection du traîté de paix par lequel il sera mis un terme à l'état critique des choses, ainsi que pour le maintien d'un système à établir, tant en France qu'en Europe; et comme diverses considérations portent les Alliés à préférer de conserver des forces en France, en occupant certaines places pour un tems limité, au lieu de demander la démolition de ces places ou d'insister sur des cessions territoriales, il semble que les idées suivantes indiquent le meilleur moyen d'atteindre leur but.

On pense qu'une armée de 100,000 hommes devra être formée pour rester en France pendant .... années. Cette armée devra sous tous les rapports être entretenue par la France.

Il est à supposer que cette armée sera suffisante:

1. pour former les garnisons des places, dont les Alliés se proposent de demander l'occupation;
2. pour donner de la solidité et de l'assistance au Gouvernement du Roi, jusqu'à ce que l'armée française soit formée dans un esprit propre à contenir les mécontens et les factieux;
3. pour se soutenir contre toute attaque jusqu'à ce qu'elle soit secourue par les troupes alliées que l'on suppose devoir toujours être conservées dans

les Pays-Bas et dans les états Prussiens, situés sur la rive gauche du Rhin.

On désigne les places suivantes comme devant être occupées: Lille, Condé, Valenciennes, le Quesnoy, Maubeuge, Philippeville, Givet, Mezières, Sédan, Thionville, Saarlouis, Saargemines, Bitsch, Landau, Huningue.

Comme on pourrait néanmoins suivre encore à cet égard un système différent, en choisissant des forteresses qui donneraient aux armées alliées une position plus concentrée au lieu de les disséminer, pour ainsi dire, en cordon depuis la mer jusqu'à la Suisse, on proposerait dans cette hypothèse:

Condé, Valenciennes, Bouchain, Maubeuge, Lendrecy, le Quesnoy, Avennes, Rocroy, Philippeville, Givet, Bitsch, Landau, Huningue.

En mettant ce système en exécution, il est indispensable d'employer tous les moyens qui, en nous faisant obtenir le grand objet de la sécurité des Alliés et du Gouvernement intérieur de la France, lui donnent en même tems la certitude de le rendre tout à-fait évident aux yeux de la nation, qu' à l'expiration de l'époque fixée, les armées alliées se retireront et que les forteresses seront restituées aux forces de S. M. T. C^{ne}.

En conséquence le gouvernement civil des places occupées devra être conservé aux employés du Roi de France, et les troupes alliées seront considérés les occuper tant pour les lui conserver que pour l'intérêt des Puissances.

Nro. VII.

Mémoire du Prince Hardenberg remis au Prince Metternich.

Paris le 28. Août 1815.

Pour peu qu'on considère attentivement la situation intérieure de la France, le caractère de la nation et les élémens de discorde que les évènemens ont laissés dans les différents partis, on reconnaîtra combien le danger de nouvelles commotions est éminent, combien l'existence des Bourbons sur le trône qui cependant semble le meilleur gage de la tranquillité de l'Europe, est précaire sans les mesures les plus sages et les plus énergiques de notre part, combien il importe de bien calculer celles-ci afin de ne pas perdre le fruit de tous nos efforts.

Nous sommes tous d'accord sur cette vérité, nous le sommes encore que nous ne pouvons trop nous presser de prendre des arrangemens définitifs avec la France, qu'en les prenant il faut avant toute chose ne pas porter atteinte à l'alliance à laquelle l'Europe doit sa délivrance; nous voulons tous le même but, nous sommes animés du même esprit; mais il existe une différence d'opinions sur les moyens d'y parvenir; leur discussion franche et impartiale devient donc nécessaire et servira j'espère à les réunir.

Lord Castlereagh dans son mémoire exposant les motifs pour la négociation avec la France place les sûretés dont nous avons besoin, et les moyens que nous avons pour soutenir le Gouvernement de Louis XVIII.:

1. Dans le maintien de l'alliance entre les quatre cours spécialement dirigée contre les dangers dont l'esprit révolutionnaire en France menace l'Europe.
2. Dans le principe de rien faire qui puisse occasionner ou précipiter la chûte des Bourbons.
3. Dans l'occupation temporaire d'un certain nombre de places fortes pour 7 à 10 années à ne rendre à la France qu'en faveur de Louis XVIII. et de ses successeurs légitimes. Cette occupation ne doit être que purement militaire et avoir le caractère d'un appui et d'une protection pour le soutien des Bourbons.

Dans un autre mémoire de son Excellence et dans ceux de M. le Duc de Wellington qui l'accompagnèrent, l'armée dont l'entretien serait à la charge de la France est affixée à $^{100}/_{m}$ hommes et les forteresses à occuper seraient Lille, Condé, Valenciennes, Quesnoi, Maubeuge, Philippeville, Givet, Mezières, Sedan, Montmédi, Longwy, Thionville, Saarlouis, Sarguemines, Bitsch, Landau et Huningue ou bien dans une position plus concentrée, Condé, Valenciennes, Bouchain, Maubeuge, Landrecys, Quesnoi, Avesnes, Rocroy, Philippeville, Givet, Bitsch, Landau et Huningue. Cette armée doit également servir de sûreté aux pays voisins et d'appui au Roi de France pour le cas où il serait obligé de l'appeler à son secours, elle serait appuyée par les troupes Belgiques et Prussiennes dans les provinces du Rhin.

4. Dans la construction d'une chaîne de places fortes en Belgique et en Allemagne jusqu'àux frontières de la Suisse pour laquelle on emploierait une partie de la contribution de guerre à demander à la France qui ne serait pas au dessous d'un tiers de cette contribution.
5. Dans le double des $^{100}/_{m}$ hommes qu'on laisserait en France jusqu'à ce que cette contribution

payable dans le plus court délai possible serait acquittée.

6. Dans la cession permanente de la valeur des enclaves qui n'étaient pas au pouvoir de la France avant la révolution en 1790, telles que le comté Montbelliard et Venaissin, et dans la rétrocession de ce qui lui a été cédé par la paix de Paris.

Les cessions qu'on exigera ne doivent point être de nature à occasionner des changemens essentiels dans les décisions du congrès de Vienne et à nécessiter de nouveaux partages entre les Alliés.

7. La demande de ces articles serait péremptoire de manière que le refus entraînât la dénonciation de l'armistice et le recours aux armes.

Voilà pourquoi il serait essentiel de se réunir sur le minimum que nous voulons exiger.

Je l'ai déjà dit, nous n'avons qu'une seule et même opinion sur les principes. Je me permettrai les observations suivantes sur les moyens proposés:

ad 1) L'alliance entre les quatre cours doit sans doute être maintenue, il n' ya qu'une voix là-dessus; elle doit être particulièrement dirigée vers le but indiqué.

ad 2) Il ne faut rien faire sans doute, qui puisse occasionner ou précipiter la chûte de la maison régnante en France, mais il est essentiel d'un côté que ce principe reste subordonné à ce que notre propre sûreté exige; de l'autre nous manquerions notre but de soutenir les Bourbons en prenant des demi-mesures.

ad 3) L'occupation temporaire et militaire de certaines places fortes pour un corps de $^{100}/_{m}$ hommes ne semble-t-elle pas propre à ne pas remplir nos intentions? En comptant $\frac{50 \text{ à } 60}{m}$ h. pour les garnisons il ne resterait de disponible que $\frac{40 \text{ à } 50}{m}$ h. et ce serait bien une

force toute aussi peu capable de résister à une attaque sur la ligne des forteresses qu'insuffisante pour soutenir le Gouvernement légitime dans le cas d'un mouvement insurrectionnel.

Supposons les armées Russes et Autrichiennes et celles de l'Angleterre et de la Prusse retournées dans leurs foyers à l'exception de leur contingent de ce corps Européen resté en France ; supposons le renversement subit du Gouvernement légitime et une attaque contre ce corps avec des forces supérieures, il faudra le tems d'une campagne entière peut-être avant l'arrivée de l'armée Russe, il faudra la moitié de ce tems pour celle de l'armée Autrichienne et de la plus grande partie de l'armée Prussienne. Il faudra aussi du tems à l'Angleterre pour mettre sur pied et pour envoyer sur le continent ce qu'elle y destinera.

Ce ne sera donc que sur l'établissement de paix des troupes du Roi des Pays-Bas et des troupes Prussiennes dans les Provinces Rhénanes, peu nombreuses d'après la formation de notre armée qui ne consiste pour la plus grande partie qu'en milices, qu'il est indispensable de rendre à la culture, qu'on pourrait compter comme soutien. Et encore ces troupes doivent-elles avoir le tems nécessaire pour se former sur le pied de guerre? Or l'expérience nous a prouvé depuis 1792 et plusieurs fois depuis jusqu'à l'évidence, qu'un pays tel que la France peut créer très promptement une armée et il ne serait nullement étonnant de voir $^{300}/_{m}$ h. et plus animés de l'esprit de vengeance et favorisés de tous les avantages dont jouit une armée qui combat sur les propres foyers, se réunir et tomber sur cette armée alliée avant qu'aucun préparatif n'ait été fait pour lui opposer une résistance suffisante.

Supposons p. e. qu'une partie tienne nos places et nos troupes en échec, qu'un autre corps se plaçât dans

les lignes de Weissembourg, l'armée principale pourrait déboucher sans crainte par Strasbourg en Allemagne, s'établir dans la forêt-noire, passer le long du Danube et couper ainsi la retraite aux contingents des puissances méridionales. Toute cette partie de l'Allemagne serait exposée et en général le mal serait probablement fait avant qu'on ait pu y porter remède. Il paraît du reste que la ligne des environs de Condé et de Maubeuge jusqu'à Huningue ne pourra guères être défendue par une seule armée et sous le commandement d'un seul chef. Des obstacles naissant du territoire et de la nature des choses s'y opposeront.

L'armée alliée de $^{100}/_{m}$ h. doit occuper les forteresses, mais celles-ci quant au Gouvernement civil, doivent rester à la France. Cela présentera les plus grandes difficultés. Sans doute conviendra-t-il de les entretenir dans le plus complet état de défense et leurs garnisons en état de soutenir un long siège ou blocus. Or, l'approvisionnement de ce siège, et pour la consommation successive, l'artillerie, les munitions coûteront une somme considérable. Qui s'en chargera? — Le Gouvernement français, supposé même qu'il le promette, couvrira-t-il les frais? Les généraux de l'armée ne peuvent être ni subordonnés pour ces objets à ce Gouvernement, ni s'assujettir à des négociations pour ce qui les regarde. La police des places ressortira-t-elle du commandant ou du Gouvernement? — C'est un objet d'une grande importance. Qui fera enfin les réparations, les constructions nécessaires? Qu'on lise avec attention l'histoire des ci-devant forteresses de l'Empire et des places barrières, on se convaincra que tous ces objets et tant d'autres forment autant de principes de déstruction. Il paraît évident pour ce que je viens d'énoncer que la possession militaire seule d'un certain nombre de forteresses n'est ni suffisante, ni exempte de difficultés, mais qu'il faudra

occuper une certaine étendue de pays dans lequel ces forteresses sont situées, qu'il faudra en avoir l'administration et en percevoir le revenu pour suffire aux frais et à l'entretien de l'armée et des places, qu'enfin cette armée pour remplir ce but, doit être beaucoup plus considérable que $^{100}/_{m}$ hommes. Je propose d'en fixer le nombre au moins à $^{240}/_{m}$ combattans, ce qui sera facile à exécuter, si chacune des quatres Puissances alliées y destine $^{40}/_{m}$ hommes et si toutes celles qui ont accédé au traîté du 25 Mars y contribuent à proportion pour un nombre de $^{80}/_{m}$ hommes. Les Anglais soit par leurs propres troupes, soit par des subsidiaires, les Belgiques et celles des Princes qu'on leur associerait, occuperaient le rayon le plus septentrional; les Prussiens et une partie des Alliés, celui avoisinant leur pays sur le Rhin. Les Russes et les Autrichiens avec une autre partie de ceux-ci des rayons plus méridionaux jusqu'à la mer. Lord Castlereagh est déjà dans l'intention de fixer le nombre de troupes qu'on laisserait en France jusqu'à ce que la contribution de guerre soit payée à $^{200}/_{m}$ hommes; il étendrait cette mesure plus loin comme je viens de l'indiquer.

ad 4) La destination à donner à une partie de la contribution pour construire des forteresses me paraît inutile dans la supposition qu'on adopte ma proposition ad 6. D'ailleurs cette contribution doit être appliquée à d'autres fins; le premier et le plus sacré des devoirs des Souverains dont les sujets ont si cruellement souffert par la guerre étant de leur porter des soulagemens et de les sauver de leur ruine.

ad 5) J'ai dit plus haut ce que cet art. pourrait exiger.

ad 6) Sans vouloir revenir sur les stipulations du congrès de Vienne et occasionner de nouvelles discussions sur le partage des territoires à céder par la France, il me semble que nous devons cependant insister sur

la cession permanente des points offensifs que notre sûreté exige absolument et impérieusement. Condé, Valenciennes, Maubeuge, Philippeville, Charlemont, et Givet semblent être indispensablement nécessaires au Royaume des Pays-Bas. Luxembourg dont le Roi des Pays-bas ferait la cession avec un rayon convenable, Thionville et Saarlouis à la Prusse. Bitsch, Landau, fort Vauban et Huningue au midi de l'Allemagne. Fort Joux et fort l'Ecluse à la Suisse et à la Savoie; les places de Quesnoi, Mezières, Sédan, Montmédi, Longwy ne rentreraient que restées sous la domination française; les fortifications de Strasbourg et de la citadelle surtout devraient être démolies. Il serait à désirer qu'on pût faire de Strasbourg et d'un territoire proportionné une ville libre de l'empire Germanique. Cette ville alors rentrerait dans l'état où elle se trouvait après le traîté de Westphalie. La France garderait les places de Dunkerque, St. Omer, Béthune, Lille, Douai; elle opposerait à Condé et Valenciennes, Bouchain, Cambray et Peronne, à Maubeuge, Landrecys et Avesnes, à Philippeville, Mariembourg, à Charlemont, Rocroy, à Luxembourg et Thionville, Metz et Verdun, à Saarlouis château Salins Mursal et Phalsbourg, à Bitsch, Petit Pierre, à Huningue enfin Béfort. Elle conserverait Brisack, Schletstadt et Colmar. C'est ainsi qu'en combinant avec un système d'occupation temporaire celui de quelques cessions permanentes qui ne seraient point contraires aux principes de Lord Castlereagh nous aurions au moins quelques sûretés contre les invasions d'un voisin turbulent et qui depuis des siècles a suivi avec conséquence l'esprit de conquête et haîne de l'Allemagne.

ad 7) Je suis tout-à-fait d'accord avec Lord Castlereagh sur la marche à donner à notre négociation. Il faudrait, ce me semble, se déterminer le plutôt possible sur le montant de la contribution que nous demanderons à la France. Elle s'attend à de grands sacrifices et il

vaut mieux pour sa tranquillité et son crédit de faire cesser le plutôt possible l'état de l'incertitude dans laquelle elle se trouve. Douze cents millions à partager entre les Puissances de manière à y faire participer nos Alliés d'après une proposition équitable et (sommes à fixer) prélever sur celles-ci de la ville de Paris par l'Angleterre et la Prusse me paraissent être une demande qui ne surpasse ni les forces de la France ni les bornes de l'équité. Le meilleur mode de l'acquitter serait de donner deux ans de tems pour l'acquittement de la contribution et de la faire payer en termes mensuels chacun de 50 Millions.

Le Roi se procurerait le montant par un emprunt forcé qu'il rembourserait peu-à-peu dans un certain nombre d'années.

Nro. VIII.

Deux mémoires confidentiels du Général de Knesebeck.

P. M.

Le but que les Puissances de la grande alliance de l'Europe s'étaient proposé d'atteindre est:

> „d'amener un tel état des choses qu'une paix solide et durable fût assurée à toutes."

La Franche a derechef troublé cette paix.

L'Europe a généreusement pardonné l'année passée à la France.

L'expérience a prouvé que cette confiance généreuse dans la loyauté de la nation française a manqué le but proposé.

Employer encore une fois une telle générosité serait une faiblesse impardonnable.

L'Europe le doit donc à elle-même et chaque puissance le doit à ses peuples de prendre des mesures de sûreté pour se garantir d'être facilement troublée par la France.

L'Europe a droit de demander ces garanties, puisque la France ne s'est pas montrée digne de sa confiance et de sa générosité. C'est son devoir, puisque chaque puissance a pris des engagemens formels envers la nation de lui donner une paix solide et durable.

L'Europe a en même tems le droit, de demander de la France des indemnités pour les frais de cette guerre provoquée par elle.

La grande question est donc:

„En quoi ces garanties et ces indemnités doivent-elles consister ?"

Quand on analyse cette grande question, les questions sociales suivantes se présentent:

1. Les garanties doivent-elles être purement politiques, ou purement militaires, ou bien politiques et militaires ensemble?
2. Si elles doivent être politiques et militaires, en quoi doivent consister les garanties politiques?
3. En quoi les garanties militaires?
4. Est-ce que ces dernières doivent consister en des mesures de sûreté temporelles ou permanentes? ou en toutes les deux à la fois?
5. En quoi doivent alors consister les mesures de sûreté temporelles?
6. En quoi doivent consister les garanties permanentes?

7. En quoi doivent consister les indemnités?
   Est-ce qu'elles doivent consister simplement en des contributions qu'on demande de la France, ou en argent ou en pays?
8. En quoi dans ce cas doit consister la somme en argent, en quoi la masse du pays?
   Ou
9. quelles doivent être les provinces qu'on demandera de la France?

Sans vouloir préjuger l'une ou l'autre de ces questions je me permettrai quelques considérations:

a) Si on ne demande que de l'argent, quelle que soit la somme, on ne sera pas indemnisé.

b) Une nation qui a plus d'égoisme que de patriotisme, trouvera moins dur de céder des provinces que de payer de l'argent, puisque la charge d'une contribution tombe sur chacun, et que céder quelques départemens ne tombe que sur l'ensemble et sur le gouvernement.

c) Comme ce cas supposé existe apparemment en France, une indemnisation purement en argent lui paraîtra plus dure, et sera moins avantageuse pour la coalition, qu'une indemnisation donnée en partie en pays.

D'ailleurs le Français est avare, la masse du peuple n'est pas riche.

Si on lui demande une forte somme d'argent, il en sera plus mécontent, que si la France en général cède quelques départemens.

Je préférerais donc d'indemniser en argent les états éloignés de la coalition et de demander pour les autres des pays.

d) Quant aux garanties, l'expérience prouve, que rien n'est plus fait pour aigrir une nation, que de lui demander des garanties temporelles.

Des cessions permanentes s'oublient, ce n'est que le trait de plume de la cession qui compte, des cessions temporelles rappellent à chaque individu d'une nation le joug sous lequel elle se trouve et ces souvenirs se répètent chaque jour, chaque semaine, chaque mois, chaque année aussi long tems que cet état des choses dure; puisque la charge d'une occupation passagère pèse sur chacun et le pousse par son intérêt même à se soustraire au joug qu'il porte et à le repousser.

Témoin l'occupation des forteresses de la Prusse de la part des Français qui prouve entièrement cette vérité.

Veut-on donc se brouiller avec la nation française en lui demandant des occupations temporelles?

Si l'on ne le veut pas,
si l'on veut une paix solide,

qu'on établisse entre elle et les voisins des limites qui garantissent à l'une et à l'autre une défension naturelle ou artificielle.

e) Lors qu'une nation a surpassé sa défense, marquée par la nature ou par l'art, elle devint offensive et menaçante par ce pas même.

Son activité, ses forces, sa politique, ses instituts, son esprit national, son opinion publique, tout prend alors la direction de sa situation géographique et elle conservera cet esprit aussi long tems que sa situation géographique restera la même.

La France se trouve dans ce cas depuis que Louis XIV. par une ambition demesurée et quelques campagnes heureuses parvint à ôter aux pays voisins la défensive, que leurs ancêtres avaient établie: savoir dans les Pays-Bas et sur la Meuse, les forteresses qui forment à présent la première et en partie la première et la seconde ligne des forteresses françaises vers l'Allemagne, en ôtant à cet Empire l'Alsace et les places fortes de la Moselle et de la Saar.

Dès ce moment l'histoire nous montre l'inclination de la France de pousser ses conquêtes plus loin et de subjuguer les autres états.

Pourquoi ?

Puisque la France voyait la facilité qui existait pour elle, et la difficulté que les états voisins avaient de lui résister; puisque son offensive se trouvait dans sa situation géographique, et puisque cette situation même l'y poussait et l'induisait à chaque moment.

Veut-on donc une paix durable et solide comme on l'a annoncée et prononcée tant de fois, la France elle-même veut-elle sincèrement une telle paix avec ses voisins, il faut qu'elle rentre dans sa défensive, formée par l'art ou par la nature et qu'elle rende à ses voisins la défensive qu'elle leur a ôtée, c'est à dire l'Alsace et les forteresses des Pays-Bas de la Meuse, de la Moselle et de la Saar.

Ce ne sera qu'alors que la France se verra dans sa vraie ligne défensive, savoir, dans les Vosges et dans ses deux lignes de forteresses depuis la Meuse jusqu'à la mer et seulement alors la France restera tranquille.

Si on ne la fait pas rentrer dans ces limites marquées plus spécialement encore sur la carte ci-jointe, les nations voisines n'auront pas recouvré leur défensive contre la France et l'avantage de la situation géographique et militaire de cet empire et la facilité qu'il gardera d'aller plus loin, influeront tellement sur la politique, sur l'ambition et sur le caractère de la nation, enfin sur son opinion publique et son cabinet, qu'il est à prévoir, qu'aux premières circonstances favorablss qui se présenteront, la France tâchera derechef d'étendre ses frontières jusqu'au Rhin, et dès lors plus de bornes, puisque dès ce moment son influence sur l'Allemagne sera si grande, qu'elle sera entraînée malgré elle à troubler le repos de l'Europe.

Pour le bien de l'Europe, pour le bien de la France, ne laissons donc pas échapper le moment favorable qui se présente à nous pour statuer une paix solide et durable.

Aujourd'hui nous le pouvons. La main de la providence a visiblement amené cette occasion. Si on la laisse échapper, des torrens de sang couleront pour atteindre à ce but et les cris de cause malheureux nous en demanderont raison.

Paris le 4 Août 1815.

signé Knesebeck.

Nro. IX.

Supplément du mémoire du soussigné du 4. Août 1815.

I. On a objecté, que par la ligne désignée comme nécessaire pour la sûreté de l'Europe la France ne conserverait depuis la Franche-comté jusqu'à Calais, que des forteresses du second rang et serait privée de toutes les places fortes du premier rang.

Cela est vrai:

Lille, Metz, Strasbourg se trouvent aussi précisément sur ces frontières, ce qui prouve qu'elles tiennent au système offensif de cet empire, contraire à la sûreté des autres états.

Ce n'est donc que par l'application du principe de sûreté, nécessaire pour la tranquillité de l'Europe et non

par son abus, qu'on prétend que la France doit y renoncer.

Voilà pourquoi on ne lui demande ni Besançon ni Grénoble, ni Toulouse, puisque ces places, quoiqu' aussi de grands dépôts et du premier rang, sont plus éloignées de la frontière et contre-balancées par les chaînes de montagnes, qui font face contre elles, ce qui ne les rend que défensives et moins menaçantes pour les états voisins.

II) Mais, dit-on encore, est-ce que le principe adopté comme règle pour la France sera aussi suivi comme telle par les états voisins de ce royaume. Et ces places dont il s'agit, et qu'on leur rendrait, ne seraient-elles pas placées alors à l'extrémité de leurs frontières et ne deviendraient-elles pas de leur côté offensives contre la France?

La même situation n'aurait-elle pas les mêmes suites?

Sans doute elle les aurait, si la situation était la même; mais elle ne l'est point.

1. Les états voisins de la France forment de Nice jusqu'à Dunkerque cinq états différens, au lieu que la France forme contr'eux une masse consolidée.
2. Chacun de ces états séparément comparé avec la France n'en offre que le tiers ou le cinquième, donc aucun n'est capable de lui faire une guerre offensive à lui seul.
3. Encore sont-ils situés sur l'étendue du cercle, dont la France forme le centre, et ceux d'entr'eux qui pourraient être comptés parmi les Puissances du premier rang n'ont sur les frontières de la France que des provinces détachées, ayant leurs grands corps d'état loin de là.

La situation de ces états n'est donc pas offensive contre la France, mais défensive, et ces places rentrent chez eux dans la catégorie de la situation des états dont ils font partie. Elles cessent donc d'être des places offensives ou de grands dépôts militaires et

deviennent des places défensives, nécessaires pour leur sûreté et pour les mettre à même de résister aux forces prépondérantes avec lesquelles la France pésera toujours sur eux.

III) Mais ne suffirait-il pas de les raser et de les faire sauter? — Sans doute, ce serait beaucoup, mais pas assez, et pour les faire sauter, il faudrait encore en être le maître ou renoncer que cela se fasse; car jamais la France ne s'y résoudra sans y être forcée.

Chacune de ces places est pour elle d'une si grande importance, qu'elle risquera plutôt de faire la guerre avant d'en faire sauter une seule, tandis qu'elle y consentira peut-être aujourd'hui, puisqu'elle ne verra pas la possibilité de résister, mais elle n'exécutera jamais les stipulations qu'on pourrait faire à cet égard.

Il faudrait donc toujours lui faire la guerre pour obtenir l'exécution de cette stipulation; et comme on ne court pas un plus grand danger que celui-ci, en lui demandant ces places pour toujours, il vaut mieux risquer une guerre pour les obtenir que pour les faire sauter dans la suite.

IV. Tout le monde convient d'ailleurs que les états voisins manquant de places fortes contre la France, n'ont pas jusqu'ici une défensive contre elle; mais on craint de les demander à la France, pour éviter la chance d'une nouvelle guerre et on propose donc de faire bâtir de nouvelles places par les nations voisines, en gardant les forteresses françaises jusqu'à ce que les premières pourraient remplacer celles-ci.

Si les états voisins avaient provoqué la guerre, ce principe serait juste, mais la France l'ayant provoquée et la situation étant offensive et menaçante pour la sûreté des autres états, c'est à elle à en porter la charge et les inconvénients.

Changeons donc la thèse, et si de nouvelles forteres-

ses devaient être nécessaires que ce soit la France qui les fasse bâtir et non les nations tranquilles et paisibles qui l'environnent.

Vouloir faire tomber cette charge sur celles-ci, ce serait une injustice terrible et punir l'innocent au lieu de frapper le coupable.

V) Mais, dit-on encore, si l'on demande tous ces sacrifices de la France, la nation se soulevra, on risquera une guerre d'Espagne. L'odieux de cette mesure tombera sur le Gouvernement et les Bourbons ne se maintiendront pas.

Voici ce que je réponds :

1. un soulèvement est possible; mais on le risquera toujours, aussi long tems que cette génération existera, qui est élevée dans les principes de la révolution.

Doit-on craindre, lorsque l'Europe est en France avec **600,000** hommes? Est-ce une raison de ne demander aucune sûreté de la France, et doit-on courir la chance de se trouver en guerre avec elle, aussitôt que l'Europe ne sera plus réunie et d'avoir alors cette guerre dans nos propres foyers? —

Laquelle de ces deux chances est la plus risquante?

2. Pour ce qui regarde le danger d'une guerre, comme celle de l'Espagne, il faut observer;
   a) que le caractère des deux nations y admet une grande différence;
   b) que l'Espagne avait un grand soutien dans l'alliance avec la Grande-Brétagne, qui lui a fourni des armes, des munitions et des troupes, qu'au contraire la France se trouverait abandonnée de toute part et en même tems affaiblie et dépourvue d'armes et de munitions;
   c) que la situation physique du pays est extrêmement différente entre les deux pays. —

L'Espagne favorise beaucoup plus une guerre nationale que la France, tant par de plus grandes montagnes dans l'intérieur du pays que par l'infertilité des grands districts qui s'y trouvent;

d) que toute l'Europe est dans ce moment assemblée en France, et qu'en Espagne ce n'était seulement qu'une partie de l'armée française qui y faisait la guerre, pendant que la plus grande partie de cette armée était occupée loin de là;

e) il faut encore péser, que si effarouché par la possibilité d'une telle guerre, on ne prenait que des demi-mesures, on se trouvait dans le cas d'avoir tout fait pour éveiller la haine et la vengeance dans les coeurs et rien pour leur ôter l'avantage de porter cette haine chez nous; donc on pourra être sûr d'avoir à soutenir dans peu d'années une guerre terrible et dans une situation désavantageuse, pour avoir voulu éviter le risque d'une guerre sous des chances favorables pour nous.

Qu'on pèse donc bien, de quel côté le danger sera plus grand?

3) La question, si les Bourbons se maintiendront en France ou non? ne dépend absolument pas du plus ou moins de mesures de sûreté qu'on demandera d'elle, mais tient aux garanties politiques, sur lesquelles il faudra convenir.

Pour les prouver je changerai la question et je demanderai:

Si l'on peut croire, qu'ils se maintiendront, supposé qu'on ne demande rien à la France?

Certes, personne n'osera l'affirmer.

VI) Comme cette question nous mène aux garanties

politiques, qu'il me soit permis de dire en peu de mots mes idées sur cet objet:

Puisqu'il n'est pas douteux que la tranquillité de l'Europe dépend de la tranquillité de la France et que la tranquillité de la France ne peut résulter que de ses institutions politiques, l'Europe a sans doute le droit de demander à la France des garanties politiques, sans lesquelles toutes les garanties militaires ne suffiraient pas pour assurer le repos de l'Europe.

En quoi donc ces garanties peuvent-elles consister?

Veut-on se borner à s'assurer de la personne de Bonaparte, à le mettre sous la surveillance et la garde de l'Europe et à ramener la France à son point de ralliement légitime, ou veut-on étendre plus loin les droits de s'immiscer de la part de la grande société Européenne dans les affaires d'un de ses membres?

1. En soutenant le souverain légitime durant sa vie?
2. ou en étendant ce principe de la dynastie?
3. En garantissant à la nation une constitution qui loin de tout principe révolutionnaire, lui assure les droits libéraux, contenus dans la charte du Roi?
4. En se constituant médiateur et conciliateur entre la nation et le souverain pour tous les justes voeux que la nation formerait pour obtenir des changemens dans la charte du Roi? Ou voudra-t-on se contenter de ce qu'on a fait jusqu'ici et ne pas s'immiscer directement ni indirectement dans les affaires intérieures de la France?

Sur toutes ces questions, il faudra prendre des décisions.

Si on le veut, et il me semble qu'on le devra, il faudra écouter les voeux de la nation et voici sur quoi ces voeux semblent rouler:

a) Monarchie constitutionnelle;
b) garantie de l'Europe pour une telle constitution,

fondée sur des principes libéraux, comme la charte du Roi les exprime;

c) maintien de la personne du Roi jusqu'à sa mort. Puis

d) changement de dynastie en faveur de la maison d'Orléans, qu'on croit plus susceptible des idées du tems présent, plus libre de préjugés, et n'étant pas liée par des promesses et assurances données dans des tems passés; enfin plus faite pour régner sur la France que les autres Princes de la maison des Bourbons.

Si on donne ces garanties à la nation française, on pourra espérer qu'elle restera tranquille, si non, il ne faut pas s'en flatter.

Les troubles éclateront aussitôt que les armées alliées se seront éloignées et si leur séjour en France durait pendant dix ans. Il me semble donc que c'est un devoir de l'Europe de se prononcer sur ces questions et de prendre le rôle de médiateur entre la nation et le Roi.

La nation ne peut pas prononcer ces voeux devant le roi; elle se trouverait peut-être dans une contradiction avec lui.

Le Roi peut-il se placer entre la nation et sa famille qui lui a donné tant de preuves de son attachement et de son dévouement, qui a partagé ses malheurs et souffert avec lui? Non sans doute, cela ne peut pas être, ni le Roi, ni la nation ne le peuvent. Il faudrait donc un tiers et ce tiers, c'est l'Europe, puisque le bonheur et la tranquillité de la France et de l'Europe en dépendent.

Si l'on pouvait parvenir à cela, on aurait des garanties politiques, et ces garanties contribueraient beaucoup à adoucir les prétentions à des garanties militaires, qu'il faudra exiger de la France jusqu'à ce qu'on lui rendît

en bonheur domestique, ce qu'on lui ôterait en vain éclat et bonheur imaginaire.

VII) De ces garanties politiques pourraient résulter alors des garanties morales; mais pour le moment il n'y en a pas en France.

Une génération qui a tellement confondu toutes les idées qu'aucun sens de vérité ne s'attache plus à aucune, n'est pas capable de donner des garanties morales. Cette génération élevée dans la révolution, restera révolutionnaire.

L'arrogance et la suffisance ont pris chez elle la place de l'énergie et du caractère, la valeur celle de l'honneur, — la licence celle des idées libérales, — et la fidélité aux sermens n'est qu'un jeu de mots, auquel elle se dit elle-même que les autres nations ne peuvent ajouter aucun prix.

Avec une telle nation les garanties morales n'existent pas, et il faut avoir recours à d'autres mesures pour pouvoir espérer qu'elle restera tranquille.

signé de Knesebeck.

Nro. X.

Mémoire confidentiel du Comte de Wintzingerode,

MINISTRE DE WURTEMBERG.

Mémoire sur les intérêts des Etats du Sud de l'Allemagne, à l'égard des garanties à demander à la France.

La guerre est finie; Napoléon est mis hors d'état de troubler de nouveau la tranquillité de l'Europe; la dynastie des Bourbons est replacée sur le trône de France; le moment des négociations est venu.

Les garanties à exiger de la France sur sa tranquillité future doivent nécessairement en être l'objet principal.

L'expérience la plus récente a prouvé, que l'établissement des Bourbons sur le trône de France ne suffit point pour cet effet, et les événemens qui ont eu lieu dans ce pays étaient de nature à faire croire, que la part, qui en appartenait à Napoléon Bonaparte, a plutôt été accessoire que principale.

S'il faut déduire de-là que son éloignement et le rétablissement des Bourbons n'offrent point de garanties suffisantes et si l'on ne saurait disconvenir, qu' une occupation temporaire de provinces et de forteresses n'en fournirait que de précaires, tandis que la voix réunie de tous les peuples de l'Europe réclame, exige même des garanties stables et solides, des garanties indépendentes de l'esprit et des principes du Gouvernement, qui s'éta-

blira dans ce pays: on ne peut se refuser à la conviction, que le premier but des arrangemens pacificatoires doit être de munir les États limitrophes de la France de boulevards suffisamment puissants pour les affranchir de toute inquiétude.

La paix de Paris et les déterminations du Congrès de Vienne ont satisfait sous ce rapport, à peu de modifications, près tous les États compris dans ce nombre, à la seule exception de ceux du midi de l'Allemagne.

Ces États ont concouru par leurs efforts à rendre à l'Autriche et à la Prusse le rang qu'elles tenaient en 1805, à entourer la Russie d'une nouvelle et formidable ceinture de provinces qui porte ses avantpostes des bords du Bog sur ceux de la Wartha, à relever les trônes de Sardaigne, des Pays-Bas, du Hannovre, de Brunswic, de Hesse-Cassel; il n' ya guères une Puissance en Europe, grande ou petite, qui n'ait recueilli quelque avantage dans le partage des vastes conquêtes faites par les Alliés sur la France, dans la guerre de 1814.

Pourquoi les États du Sud de l'Allemagne en furent-ils seuls exclus? Pourquoi veut-on les laiser dans la position politique (en tant que cette position résulte de la conformation des frontières et de la distribution des forces) que leur avait donnée la France et qui était calculée dans le système de celle-ci?

Serait-ce pour les contraindre de se rejeter tôt ou tard dans ce système et de fournir par là un prétexte aux vues d'aggrandissement de quelqu' autre Puissance?

La loyauté et la modération connues des cabinets, que ce soupçon pourrait atteindre, doivent ne point le faire écouter. Mais il n'en est pas moins vrai que les mêmes causes doivent produire les mêmes effets et que les États du Sud de l'Allemagne n'ont été forcément entrainés dans le système français, que par l'oubli de leurs

intérêts à Basles, Luneville, Ratisbonne et Campo-Formio, par ce même oubli dont ils viennent de se plaindre à Paris et à Vienne, par ce même oubli dont ils craignent d'avoir à se plaindre encore aujourd'hui.

„Ils ont conservé ce qu'ils avaient“ leur répondra-t-on peut-être. „Les Alliés, en renversant l'édifice de Napoléon en ont respecté cette partie et ont acquitté par là leur dette envers les Souverains du Sud de l'Allemagne.“

Ces Souverains ne connaissent point celui, qui aurait eu le droit de renverser cette partie de l'édifice et au surplus, il ne s'agit pas des Souverains, il s'agit des peuples, des États; il s'agit de décider si l'intérêt de l'Europe exige qu'ils soient mis à l'abri des invasions de la France et fortifiés au point d'y pouvoir résister.

En saisissant le moment actuel (qui difficilement se reproduira une troisième fois) pour compléter ce que les négociations de Paris et de Vienne ont laissé à désirer sous ce rapport, les Puissances alliées offriront non seulement à ces États, mais à tous les peuples de l'Allemagne, intéressés à leurs sûreté, le seul dédommagement dont leurs sacrifices inouis soient susceptibles.

Sur aucun point des frontières de la France, depuis les Alpes jusqu'à la mer du Nord, les boulevards des États limitrophes n'ont été tracés par la nature d'une manière plus prononcée, que les Vosges ne les offrent au Sud de l'Allemagne.

Il serait superflu de répeter ici tous les arguments, qui militent pour la réunion des provinces à L'Est des Vosges avec leur mère-patrie; mais il ne sera pas de répondre aux objections qu'on pourrait peut-être faire à cette prétention.

„L'intérêt des Puissances alliées (pourrait-on dire) exige d'établir en France un Gouvernement stable; les Bourbons sont rétablis, mais ils ne pourront se maintenir si on les force à des cessions et à des démembremens,

qui rayeraient la France de la liste des grandes Puissances et troubleraient l'équilibre de l'Europe."

Cette objection mériterait peut-être quelque considération, si les Bourbons pouvaient donner une garantie, qu'en ne point les forçant à des cessions, ils se maintiendraient et que le Gouvernement Français n'emploira jamais les armes offensives qu'on lui laisserait, en lui laissant la rive gauche du Rhin, pour troubler de nouveau la tranquillité de l'Europe. Une telle garantie ne pouvant être donnée, il serait d'autant plus coupable de sacrifier à une chance plus favorable pour les Bourbons, les intérêts et la sûreté future de plusieurs Alliés, ou plutôt de tous, que ce n'est pas aux Bourbons, mais à la nation Française qu'on peut et doit demander les garanties; qu'il n'est pas question de la cession d'une partie du royaume de France, mais seulement de la restitution d'une province, qui ne lui appartient que par droit de conquête; qu'il n'est pas question d'imiter l'exemple donné par la France depuis 25 ans en exigeant un démembrement qui la ferait disparaître de la ligne des grandes Puissances appelées à maintenir l'équilibre de l'Europe mais seulement de faire rentrer conformément aux principes énoncés jadis par les Puissances alliées elles-mêmes, la France ainsi que l'Allemagne dans leurs frontières naturelles et de ramener dans le sein Germanique des Provinces essentiellement Allemandes, que la force et l'astuce en avaient arrachées.

En les restituant, la France ne perdra point ses boulevards, qui sont les Vosges avec leurs formidables fortifications, elle ne perdra que les armes essentiellement offensives que lui assure la possession de la rive gauche du Haut-Rhin (soit avec, soit sans forteresses) et elle n'en restera pas moins égale et même supérieure en population comme en ressources à toutes les autres grandes Puissances.

„Les Alliés ont des traités avec les Bourbons: ces traités garantissent l'intégrité de la France telle qu'elle est aujourd'hui."

Il est impossible que ceux qui font cette objection soient de bonne foi. Un traité pour rester valable, suppose, d'après toutes les lois naturelles et positives, que les parties contractantes demeurent dans la possibilité de remplir leurs obligations.

Or, les Bourbons en perdant leur trône, soit par leur faute, soit autrement, se trouvèrent dans l'impossibilité de remplir leurs obligations et par ce fait même leurs traités avec les Alliés cessent d'être obligatoires pour ceux-ci. Les Bourbons n'ont pû empêcher que la France ne menace l'intégrité du territoire des Alliés. Les Bourbons, dès ce moment, n'ont plus le droit de prétendre, que l'intégrité de la France soit respectée.

Ce n'est pas aux Bourbons, (il faut le répéter) c'est à la France, qu'on peut et qu'on doit demander des garanties. C'est à elle seule qu'on a à faire depuis qu'elle sépara sa cause de celle de Louis XVIII. pour embrasser celle de l'usurpateur; car personne ne saurait être la dupe de ceux qui prétendent, que ce n'est pas la nation, mais la force de baïonnettes qui opéra ce changement.

C'est la force de 200 mille baïonnettes étrangères, qui plaça Louis XVIII. sur son trône l'an passé; c'est la force de 800 mille baïonnettes étrangères qui l'y replace aujourd'hui; pas une goutte de sang français ne fut versé pour l'y maintenir; six cents Français suffirent à Napoléon pour s'en emparer; l'élite de la nation Française s'immola pour le lui conserver. Ces faits sont constans, et la postérité sera aussi peu embarrassée que tous les contemporains de bonne foi pour décider lequel des deux fut l'homme de la nation ou du moins celui de sa très-grande majorité.

„Mais Louis XVIII. se trouve une fois replacé sur

son trône et dès ce moment les traités des Alliés avec lui, rentrent en pleine vigueur."

Pourquoi Louis XVIII. s'y trouve-t-il replacé? Pour arracher aux Alliés tous les fruits de leurs victoires? Impossible! Qui l'y a replacé? Les Alliés? Impossible encore, aucune des Puissances alliées n'a pû trahir la cause commune et ç'aurait été la trahir que de mettre les Alliés dans la fausse position d'avoir à faire à une nation ennemie et à un Gouvernement ami et de devoir sacrifier aux ménagements à garder avec celui-ci les intérêts de leurs peuples et des autres alliés qui exigent des sacrifices de celle-là.

Il est donc impossible que les Alliés ayent pû ramener Louis XVIII. avant que ces sacrifices ne soient consommés et le fait de l'y voir déjà ne s'explique que par la supposition, qu'il a lui-même demandé de s'y replacer.

En ce cas, il a embrassé la cause de son peuple telle qu'elle est aujourd'hui et a voulu en courir les chances; car le peuple et le Gouvernement ne peuvent être deux et ne peuvent avoir des causes différentes.

„Mais la cause de la légitimité exigeait de rendre à Louis XVIII. sa couronne."

Personne ne dit le contraire; la cause des Souverains légitimes est la plus sacrée des causes; c'est celle de tous les peuples, car leur repos en dépend; et si la déclaration des Souverains du 12 Mai a pû faire craindre un instant aux peuples de l'Europe de voir abandonnée cette cause par les Gouvernements, ils doivent avec gratitude les voir en reprendre la défense.

Mais peut-être aurait-elle été plus efficacement défendue; peut-être son triomphe aurait-il été plus beau et mieux assuré, si Louis XVIII. eût attendu que le même Gouvernement provisoire et les mêmes représentans qui venaient de la proscrire fussent contraints par leur con-

science, ou à son défaut, par la sévérité des conditions du vainqueur à l'appeler à leur secours, à se jeter dans ses bras et à lui rendre eux-mêmes le trône dont ils l'avaient si injustement fait descendre; s'il leur eût abandonné le triste soin de recueillir eux-mêmes le fruit de leurs crimes, en signant cette partie de ces conditions, dont la sûreté future de l'Europe ne permet point de se rabattre et s'il eût apporté la remise de cette autre partie, que le ressentiment, la vengeance et l'indignation auraient eu le droit de dicter comme un hommage rendu par tous les peuples à la cause des souverains légitimes, comme une preuve de l'estime des nations pour les vertus et malheurs du frère de Louis XVI., comme un gage enfin de la réconciliation de l'Europe avec la France.

„Encore aurait-il fallu, que les Alliés s'accordassent entre eux sur les conditions qui sont effectivement nécessaires au maintien de la tranquillité future, et sur celles qui ne tiendraient qu'à la vengeance; qu'ils s'accordassent sur la question, s'il est nécessaire de reprendre les Vosges pour limites de l'Allemagne, ou s'il suffit d'ôter à la France les points d'aggression en la forçant de céder quelques forteresses, d'en démolir quelques autres etc.“

Si à cet égard il pouvait y avoir différence d'opinion entre les Alliés, la décision ne pourrait sans doute appartenir qu'aux parties intéressées; c'est à ceux, qui depuis des siècles luttent contre l'ambition de la France, qui enfin succombèrent et portèrent pendant de longues et cruelles années de deuil, de désespoir et d'humiliation le joug de la France; c'est à eux seuls et non à des états qui ne partagent point ces dangers, à déterminer les moyens de s'en garantir.

Que la nécessité de consolider davantage les états du Sud de l'Allemagne, soit surtout au nombre de ces moyens, ce point est prouvé par mainte triste expérience et reconnu par tous les cabinets éclairés. Cette consoli-

dation ne serait point effectuée par la cession ou démolition des forteresses sur le Rhin.

En forçant une nation à démolir des forteresses on l'humilie et on l'aigrit, sans l'affaiblir et sans se fortifier.

Une forteresse, sans la province à laquelle elle appartient, est une charge aussi onéreuse pour l'état qui l'aquiert que vexatoire pour celui qui la perd.

Une province garnie de forteresses, défendue par des boulevards naturels se reprend aussi difficilement, que la conquête d'une forteresse isolée, ou la reconstruction de fortifications démolies sont faites après le moindre succès.

Ce ne sont pas les places de Huningue, Schletstadt, de Strasbourg et Landau, c'est la possession de la rive gauche du Haut-Rhin qui si elle demeurait à la France compromettrait tôt au tard la sûreté du Sud de l'Allemagne, du grand Duché, du Rhin, du Royaume des Pays-Bas et enfin la tranquillité de l'Europe.

Il n'est pas à présumer que d'aucun côté on pourrait faire l'objection :

> „que le Sud de l'Allemagne n'a pas besoin de boulevards contre la France, puisque les armées des grandes Puissances sont assez rapprochées pour pouvoir venir à chaque instant à leur secours."

Ce serait insulter aux malheurs des peuples du Sud de l'Allemagne, qui depuis vingt ans hébergent alternativement les armées de toutes les nations et qui par des flots de sang et par les plus pénibles sacrifices, ont acquis le droit d'exiger, qu'enfin on les mette en état de se défendre eux mêmes.

Ils le réclament ce droit et le Gouvernement qui leur prête son organe, ne fera que remplir un devoir sacré.

Puisse-t-on les écouter; puissent les cabinets éclairés qui, dans ce moment, sont appelés à décider des destins de l'Europe, faire entrer dans la balance, la situation de l'esprit public en Allemagne et péser à sa juste

valeur le cri d'indignation, qui retentirait sur la rive gauche du Rhin, comme sur la rive droite, si le voeu unanimement prononcé des peuples-frères qui les habitent, étoit encore une fois rejeté, leur attente encore une fois trompée et l'Allemand du Breisgau ou de Deux-Ponts encore une fois condamné à prévoir un ennemi dans l'Allemand de Montbelliard ou de Strasbourg.

„Le même cri d'indignation et de désespoir retentira dans toute la France si l'on ne respecte son intégrité."

Chaque froissement de l'amour propre Français fera retentir ce cri.

La cession de la Belgique l'a déjà fait retentir, sans qu'on l'ait écouté; pourquoi l'écouterait-on lorsqu'il s'agit d'une cession toute aussi juste et qui n'est qu'une conséquence nécessaire de la première?

Jamais la possession de la Belgique ne sera assurée sans celle des Alsaces. Si l'on veut écouter les Français de préférence à ses Alliés, on n'osera toucher à aucune forteresse, à aucun monument, ni même à leur bourse, et l'Europe entière ne se sera soulevée, elle ne se sera appauvrie et n'aura fait tous les genres de sacrifices que pour emporter de stériles lauriers et la perspective certaine, de recommencer les mêmes sacrifices au premier jour.

„Des cessions de la part de la France (pourrait-on enfin objecter) en entraineraient d'autres et prolongeraient ces revirements continuels des Provinces, auxquels il est d'autant plus tems de mettre un terme qu'ils ébranlent d'une manière dangereuse les relations des Gouvernements et des gouvernés.

Ces reviremens pourraient effectivement devenir nécessaires si les Provinces à céder par la France servaient à l'agrandissement d'une puissance déjà formidable à des voisins, qui alors devraient exiger des rétrocessions. Mais cet inconvénient disparaîtra, si l'on emploie ces cessions à consolider ceux des états du Sud de l'Allemagne, qui

se trouvent en première ligne contre la France. Le mince agrandissement qui leur en reviendrait ne donnera de l'ombrage à personne; mais du moins ils se verraient par-là mis en état d'entretenir le nombre de troupes et les forteresses nécessaires pour resister à un premier choc.

Nro. XI.

Mémoire confidentiel du Baron de Gagern,

MINISTRE DES PAYS-BAS.

Observations sur la question de l'Intégrité de la France.

Deux grandes portions de l'Europe se sont fait la guerre. L'une évidemment dans l'intention d'agrandir son territoire, d'envahir si elle réussissait. Appeler, admettre ou applaudir à Napoléon n'était autre chose que vouloir guerre, gloire, pillage, et conquête.

L'Europe demandait à la France un Gouvernement plus pacifique, et l'ancienne Dynastie qui n'avait pas besoin d'un autre éclat, y paraissait la plus propre. Napoléon paraît. Tout fléchit devant lui, la guerre éclate, il emploie les forces de la France, il succombe avec elles et elle rejette aujourd'hui l'idée d'être payée de la même monnaie. J'analyserai brièvement ces sophismes pour s'y soustraire et les combattre par le gros bon sens.

Il s'agit de cessions territoriales.

L'honneur français en serait blessé.

Cet honneur français est-il autrement fait que celui des autres nations? Je croyais à cet honneur français; j'y croirai encore. Mais n'en parlons pas aujourd'hui. L'honneur est un sterling valeur, composée de ses élémens. Tenir foi, serment et hommage est précisement le premier, le plus essentiel de ses élémens et attributions. Le retour de Napoléon, soutenu par l'armée et l'élite de la jeunesse est une des plus vilaines taches faites à ce même honneur, depuis que l'espèce humaine est civilisée.

Le territoire, ce Royaume est indisivible.

Depuis long-tems les diplomates français se sont moqués de cette prétendue indivisibilité. Perdre du territoire est une des suites du *vae victis*.

C'est la terrre classique de la France, dont il s'agit.

C'est à dire la terre de leur concupiscence et de leur vanité; le fruit de leurs guerres, de leurs victoires et de leurs ruses, c'est la valeur, l'intelligence et la fortune supérieure qui vont la leur ôter.

A commencer par les trois Evêchés: Metz, Toul, Verdun et leurs Diocèses; les ont-ils occupés en guerre ouverte? Point du tout; mais à titre de bienveillance, d'amitié et de protection. Il suffit de lire leur propre aveu sur cette usurpation et ce qu'en disent les ambassadeurs de Louis XIV., ou de la Reine Régente au congrès de Munster, dans les dépêches officielles, datées du 17. Septembre 1646.

„Mais ce qui n'est guères moins à estimer, Madame, c'est qu'un droit de protection sur les trois Evêchés qui a été le seul jusqu'à présent, est aujourd'hui échangé en une souveraineté absolue et indépendante, qui s'étend

aussi loin que ces trois diocèses: encore que nous ayons bien connu d'abord l'importance de cette acquisition, nous avons effecté pendant quelque tems de la mépriser, jusqu'à ce que nous avons été assurés du reste."

La guerre de trente ans était foncièrement guerre civile en Allemagne. Le parti protestant avait appelé la Suède et la France pour le maintien de l'équilibre. Ces cours demandèrent à tître de satisfaction des contributions et des cessions qui n'étaient nullement l'objet primitif de la guerre. Nous demandons la même chose, à bien plus juste tître et au besoin nous employons et emploirons les mêmes expressions.

Ouvrons les mémoires du tems, voyons la narration succincte et ci-jointe du suffragant Adami, lui-même Plénipotentaire à ce congrès et l'un des Hommes d'état les plus estimés de tous les partis.

Dans le courant de ces mêmes négociations, Contarini, le médiateur Vénitien, se plaisait à dire sur les deux Alsaces et le Sundgau à l'ambassadeur français qui haussait ses prétentions à mesure qu'on accordait: „Qu'il avait envoyé à son maître trois provinces dans une lettre."

Après 60 ans de possession le Prince Eugène de Savoye observait encore à Torcy le négocialeur français: „Que d'ailleurs l'Alsace n'était pas une province française, mais un pays de conquête qu'on devait abandonner sans peine."

Après 160 ans, nous dirons la même chose. Rien n'est oublié, rien n'est changé.

La prescription est une invention du droit civil, inconnue au droit de la nature. On oublie sans doute les rapports contrats, tîtres de famille; et pour couper court à des procès inintelligibles et interminables, l'esprit humain a inventé l'idée de la prescription, en admettant certain nombre d'années l'unité, trois, dix, trente; enfin le tems immémorial. En politique il n'y a rien d'immémorial.

L'histoire est là pour nous montrer clair et net l'origine des guerres, la transmission des possessions, les traités de paix et les motifs. Une saine morale veut que les traités de paix, même désavantageux, soient maintenus. Mais rompus pour d'autres causes, l'état de guerre échéant, on revint au précepte; ce qui a été juste, équitable ou admissible pour vous, le sera aujourd'hui pour nous.

Dire qu'on n'a fait la guerre qu'à Bonaparte est une des assertions les plus absurdes que jamais gens raisonnables se soient permises, et qui ne peut avoir été inventée que pour se moquer de nous. Nous ne la croirons que quand on nous aura prouvé que lui seul mitraillait, tirait, sabrait à Quatrebras, Ligny et Waterloo. Qu'il y a eu des gens assez sages en France pour ne pas vouloir la guerre et en craindre les suites, qui en doute? Charles XII. était aussi un Roi ambitieux et conquérant. La Suède gemissait de ses excès et une grande masse de la nation désirait vivement la paix. Lui-même combinait, méditait déjà un autre système d'alliance et commençait même à briguer l'amitié de la Russie. La balle atteint l'ayant, les Suédois dans leurs négociations se servirent à peu près de semblables argumens, ce qui n'empêche pas Pierre le Grand de se faire céder les plus belles provinces. Et celui qui a succédé à son Empire et à sa gloire saura être magnanime, mais il saura être juste.

On assure qu'on a promis l'Intégrité. Où? Qui? Comment? Pareille phrase s'était glissée dans un projet de déclaration. Le ministre des Pays-Bas au Congrès, qui sans doute y était le plus intéressé, a cru de son devoir, de rendre attentif aux fausses conclusions. Il s'est opposé par une lettre adressée au Ministre Britannique, et la rédaction, la signature n'a pas eu lieu. Voici cette lettre écrite à la hâte: Vienne 11. Avril 1815.

„En entrant, My Lord, je trouve la pièce ci-jointe, pour y apposer ma signature. Comme ce passage:

„Que le traité du 30. Mai et les arrangemens territoriaux et politiques, arrêtés au Congrès, resteront la règle des Rapports entre elle et les autres états de l'Europe.“

„est absolument contraire à une conviction morale et politique, je ne peux me résoudre à la signer. Votre Excellence est le maître de passer ce refus sous silence, ou d'en faire mention dans les Protocoles.“

„Les forces de la France turbulente se déployeront pour nous prendre des provinces. Les nôtres pour la punir, se déployeront dans les mêmes intentions. Nos frontières sont mauvaises, il faut les rectifier.“

Cependant je suis loin de mettre trop d'importance à cette opposition. Car si cette proclamation avait eu lieu, le sens était tout autre que celui qu'on cherche à lui donner. Je rétablirai ce véritable sens:

La Paix de Paris est faite, quelque défectueuse qu'elle nous paraisse, nous la maintiendrons. L'exclusion de Napoléon du trône de France en est la première base. Chassez le: chassez le pendant que nous nous préparons à vous en débarrasser; car nous n'en voulons pas à votre territoire. Mais si vous lui adhérez, si nous en venons sérieusement aux mains; prenez-vous en à vous-mêmes de toutes les suites fâcheuses. Combattions-nous à Waterloo quelque faction? non sans doute, l'armée, la jeunesse Française, l'élite était là; elle se battait avec acharnement, avec une valeur admirable. Nous continuons donc de dire aujourd'hui et après la victoire: l'accord était fait — vous le rompiez, payez les frais de la guerre. En France on admet ce raisonnement, et la justice de l'indemnité — car nulle part on ne raisonne mieux qu'en France, pourvu qu'on le veuille. Mais on croit en être quitte par des sacrifices en argent. Qui leur permet ce choix? A Munster et Osnabruck on a fait marcher de

pair la satisfaction en argent et en cessions territoriales; l'une modifiait l'autre.

Notre traité d'alliance est rédigé avec une grande précaution et un excellent choix d'expressions:

„de préserver contre toute atteinte l'ordre des choses si heureusement rétabli en Europe et de déterminer les moyens les plus efficaces, de mettre cet engagement à l'exécution, ainsi que de lui donner dans les circonstances présentes toute l'extension qu'elles réclament impérieusement.

Et plus bas, Art. I.

„Les hautes Puissances contractantes ci-dessus denommées s'engagent solennellement à réunir les moyens de leurs états respectifs pour maintenir dans toute leur intégrité les conditions du traité de paix conclu à Paris le trente mai, mil huit cent quatorze, ainsi que les stipulations arrêtées et signées au congrès de Vienne, dans le but de compléter les dispositions de ce traité, de les garantir contre toute atteinte et particulièrement contre les desseins de Napoléon Bonaparte."

Le but principal de la paix de Paris n'était donc certainement pas le ménagement du soi-disant honneur français ou de leur gloire; la sécurité du Roi et des Bourbons, les déférences pour cette dynastie ne tenaient indubitablement que le second rang.

Une pacification durable, une répartition des forces, l'équilibre de l'Europe, sa tranquillité, voilà quel était le but; et l'évènement a prouvé sur le champ qu'on avait encore mal calculé; qu'il fallait toute cette réunion des forces, pour compléter la Paix de Paris, pour consolider cet état de repos, ce système d'équilibre; en chercher les moyens les plus sûrs; voilà le grand et no-

ble objet de notre alliance, et c'est à nous à juger ce qui doit former ce complément.

Loin de moi et de tout homme d'état qui connaît l'Europe, l'idée d'un déchirement de la France, de l'antique France; loin de moi l'intention de la réduire à un véritable état de faiblesse!

Posséder sur le Rhin, avoir l'Alsace, n'est pour eux qu'un aliment d'orgueil, qu'une tentation, qu'un stimulant de plus d'en avoir davantage, d'avoir la limite du Rhin toute entière. Nous nous gênons entre Suisse et Hollande: l'un doit faire place à l'autre.

Schoepflin, l'un des savans les plus distingués de France, lui-même Alsacien, disait de son pays: „Alsatia, praepotens illa Rheni superioris custos, quae superiori aevo Germanis aperuit Galliam, nostris Germaniam nunc aperit Gallis.“ (L'Alsace, cette puissante gardienne du Rhin supérieur, qui jadis ouvrait la France aux Allemands, ouvre aujourd'hui l'Allemagne aux Français).

Et qui nous dira qu'il a tort?

Mr. de Bignon, diplomate habile, auquel on destinait le porte-feuille des affaires étrangères, s'exprime ainsi dans son: Exposé comparatif de l'état financier, militaire, politique et moral de la France, et des principales puissances de l'Europe — ouvrage sous plus d'un rapport digne d'être lu, pag. 173:

> „Il est notoire que depuis plusieurs siècles la limite du Rhin est une acquisition que la France n'a cessé d'avoir en vue. Nous repousser de nouveau loin de cette limite, dont nous avons été vingt ans en possession, est un acte d'une politique insidieuse qui nous provoque à des démarches indiscrètes, dans le dessein d'en profiter. Trompons son attente par une noble résignation et une héroique patience.“

Nous venons de voir cette noble résignation et cette

héroique patience; et trois années ne s'écouleront pas que nous serons encore témoins et peut-être victimes de cette héroique patience si éloignée du caractère national. Mieux vaut-il leur ôter tout prétexte, tout contact avec ces bords du Rhin qui depuis des milliers d'années formaient notre antique patrimoine.

La France nous fera bientôt la guerre; elle sera toujours menaçante. A la bonne heure. Je le crois. Elle le sera en cédant et en ne pas cédant. L'irritation est trop forte et trop prononcée, l'orgueil trop blessé, pour qu'il en soit autrement. Préparons-nous à cette lutte. Mais ôtons lui quelques grands moyens de nous faire du mal. Pour gagner les affections, la reconnaissance des Français, affections que vous ne gagnerez jamais, faut-il indisposer, révolter toute l'Allemagne? Il y aura un cri d'indignation d'un bout à l'autre, je vous en préviens. Les monarques allemands, François et Fréderic Guillaume ne rentreront pas avec tout honneur, acclamation et gloire dans leurs capitales, ils auront peut-être troublé leur avenir. Leurs ministres, seraient-ils les plus vertueux et les plus sages, seront sur le champ accusés d'ineptie et de corruption, et rien ne les relevera de ces reproches.

J'entends dire: Il n'y a pas d'Allemagne. Il me semble que nous avons joliment prouvé qu'il y en a une, et une Allemagne et des Allemands. Une Allemagne qu'il ne faut pas irriter ni injurier. Une Allemagne qui a son genre de public esprit. La France a été atteinte de révolutions parcequ'elle se croyait négligée et que ses Rois étaient censés avoir souffert l'offense et injustice!! Le meilleur moyen d'empêcher les révolutions, le discrédit des monarques, c'est d'en éviter les causes.

Pour les Pays-Bas, quand on leur aura restitué ses cantons enlevés sans motif, ce n'est pas une question d'ambition, mais une question essentiellement militaire pour l'Allemagne, une question nationale.

Dans un sens sans doute, il n'y a pas d'Allemagne. Il n'y a pas cet ensemble d'un vaste empire qui effraye ses voisins par l'agrandissement de son territoire. L'Allemagne comme telle est un système fédératif, une ligue par sa nature en paix avec tout le monde, et l'agrandir n'est qu'un gage de plus du maintien de la paix de l'Eu rope et cette même considération majeure est encore applicable aux Pays-Bas.

Mr. de Bignon s'appliquait à prouver que même après les sacrifices de la Paix de Paris, la France serait l'état le plus puissant, le plus prépondérant sous tous les rapports. J'en suis intimement persuadé. Il aura encore raison même après la cession de l'Alsace, de la Lorraine, de la Flandre.

Je pourrais dans cette reminiscence de provinces envahies y ajouter l'Artois, la Franche comté, si telle était ma conviction.

La guerre, pour me servir du langage des anciens, m'a paru toujours un jeu funeste où les chances de gain et de perte devraient se trouver égales pour l'une et l'autre partie. Le contraire, tout d'un côté et rien de l'autre est une absurdité. Je n'en ai aucune animosité personnelle contre les Français. Personne ne peut rendre plus de justice que moi à ce peuple vaillant, hospitalier, aimable, spirituel, mais gâté par la fortune et le désordre. Je lui souhaite bonheur et prospérité, le repos après tant d'orages et son haut rang parmi les nations. Mais d'autres conditions me paraîtraient bien plus dures et plus humiliantes que celles communes à toutes les guerres malheureuses. Paris, Août 1815.

.... Quod *) si quis ad illam satisfactionis obligationem, quam forsan ex foedere cum Protestantibus con-

---

*) Dieser, als Parallelstelle für die Zeit von 1815 angezogene Passus ist aus dem Werke Adam Adami's, Arcana pacis Westpha-

tracto natam praetendere Galli possent, respicere velit, satis clare constare, non tantum Protestantium mentem nequaquam fuisse, ut aliquam Coronae Gallicae satisfactionem pollicerentur, aut dari oportere confiterentur; sed etiam ipsummet Regem foedus ipsis prorsus gratuitum ac spontaneum obtulisse, disertisque adeo verbis pollicitum esse, omnia se et singula oppida, castra, fortalitia, ditiones, quaecunque durante bello in suam deventura essent potestatem, ad status Imperii quoscunque pertinentia, pristinis dominis absque omni bellicarum impensarum refusione, optata pace obtenta restiturum.

In quam sententiam imprimis Ludovici XIII. orator Feuquierius, in conventu Protestantium Francofurti ad Moen. tertio Idus Junii anno MDCXXXIV publice protestatus sit, quod Rex suus nullo unquam tempore difficultatem moturus sit, quominus terrae omnes ad Archiepiscopatum Trevirensem et Episcopatum Spirensem spectantes, tum etiam loca illa omnia, quaecunque ad Alsatiam spectare possent, sacro Romano Imperio sub futuram pacis conventionem restituantur, nec in concedenda tali pace universali ullam aliam damnorum compensationem postulaturus sit quam gloriae triumphum, quod praedictis statibus regio et heroico animo tulisset auxilia, ipsosque in suis necessitatibus adjuvisset. Quo eodem anno VII. nonas Octobris, cum paullo ante Sueci accepta ad Nordlingam clade suas ex Alsatia copias et praesidia deducere, et pleraque loca, quae illic detinuerant, Gallorum curae committere coacti fuissent, Regii

licae, sive plenior et ex secretioribus Actis et Congressibus deprompta relatio historica de S. R. Imperii pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi. Francof. a. M. 1698 p. 163 ff.

Der Verf.

Ministri, et expresse et nominatim datisque Reversalibus caverint quod ea omnia videlicet: Schletstadium, Colmariam etc. ad Austriacorum jurisdictionem spectantia, possessoribus suis pristinis restituturi sint. Porro eodem anno atque in illo Calendis Novembris concluso foedere, quo se Rex Christianissimus, pacem cum Imperatore rupturum, et palam cum eo belligeraturum promiserit, ante omnia fuisse pactum, ut bellum hoc propriis sumptibus suis Rex gerere, eaque de causa pecuniarum subsidium, quo pridem singulis annis juvare Protestantes consueverat, ipsi remissum esse deberet. Brisacum vero, et quidquid occupare in Imperio Rex posset, bello finito absque refusione sumptuum restitueret. Quid? quod mortuo Bernardo duce Vinariensi anno 1639 cum Galli ab ipsius exercitu Brisacum sibi tradi postularent, cum relictis ejus praefectis expresse convenerit, castrum illud cum tota Alsatia statibus Imperii Germanici, facta pace restitui debere! Cum igitur nec Caesar nec Imperium, multo minus Leopoldi Archiducis Austriae Heredes, coronae Galliae ad nullam teneantur satisfactionem, redintegrandae interea amicitiae causa Imperator juribus Imperii, quae circa supra dictos Episcopatus Metensem, Tullensem et Veredunensem, Mediovicum quoque et Pinerolium ipsi competant, renunciaturus sit, non habere Plenipotentarios Regis Christianissimi causam aliquam ultra haec utramque Alsatiam aliaque in eorum Replicis enumerata, postulandi. Certum nempe esse, praeter violentas urbium istarum Episcopalium detentiones, juris omnino nihil Gallos habere in istos Episcopatus. — Quin etiam stante istius modi detentione, agnitum in illis esse supremum Imperatoris Imperiique Dominium, appellationes ab Episcopatibus et civitate Metensi ad cameram Imperialem interpositas, devolutas atque acceptatas. Ex quibus omnibus clare satis appareat, nullam quidem imprimis Gallos exigere satisfactionem posse, debere autem usurpatos Episcopatus imperio restituere,

oblatam autem eorundem cessionem ultroneam tanti aestimare, ut quotquot auri milliones in cruentissimum et Ecclesiae Catholicae perniciosissimum bellum impendissent, abunde sibi per horum cessionem satisfactum censere debeant. Quamvis autem haec omnia verissima esse Caesariani faterentur, Gallosque ex ejus modi rationibus pollicitationum suarum et publicae fidei commonefacerent, hi tamen contra quod inficiari non poterant excusare moliebantur. Et primo quidem, evanuisse adstruebant vetera isthaec promissa, postquam in apertum cum Caesare bellum prorupisset Rex Christianissimus hocque pacto non solum damni periculum subire, statuisset. Quis enim rerum suarum dubiam omnino experiri fortunam velit, absque ullius spe emolumenti? Addebant huic exculpationi antiquam de nimia Domus Austriacae Potentia Cantilenam, quae eo jam excreverit, ut vicinis omnibus non modo gravis, sed plane sit intolerabilis; ideoque nulla non arte, nullo non conatu minuenda, ne per eam quidquid est aliorum Regnorum, Rerum publicarum ac Statuum uno velut ictu concutiatur. — Frustra hic esse Caesarianorum responsa quod principes Austriaci ad tantam potentiam nullius injuria, sed divini numinis benignitate, justis matrimoniis, hereditationibus, successionibus, electionibus et pactis evecti sint. Frustra quod hac sua felicitate contenti alienae non inviderint; frustra quod contra Gallos nisi ab his lacessiti nunquam, saepius pro illis, arma sumpserint Austriaci. Difficile erat verbis aut rationibus adversariorum sedare famem, qui aliquando ea protulisse verba auditi sunt nullo hic rationum pondere, sed aestimatione armorum negotia decidenda esse.

Nro. XII.

Second mémoire de Lord Castlereagh.

Paris 2d Septbr. 1815.

The memoirs and opinions of the several Powers upon the demands proposed to be made, for the common security, upon the Government of France, having been referred for the Prince Regent's consideration, the Undersigned is authorised to declare, on the part of his Court, that under all the circumstances of the particular case, H. R. High• adheres to the principle of the propositions brought forward on the part of the Emperor of Russia.

H. R. High• is of opinion, where the present relations of the Allied Powers with regard to Louis 18th. is avowedly such as not to admit of decisive measures being adopted for permanently reducing the military power and ressources of France as a Nation, that attempts to strengthen particular states by extorting at the present moment the cession of a few fortresses unconnected with any solid mass of military ressources, would upon the whole be more likely to compromise the states receiving them in new wars, than to augment usefully the relative military strenght of these states with regard to France.

H. R. H. is further of opinion that it is more wise upon the present occasion to adopt a common measure of European security, providing on the behalf and with the joint means of all the allied Powers, against the obvious danger that may yet menace the general tranquillity from the internal state of France, than to attempt now to correct, and that by imperfect means, the supposed

disproportion, which may be alledged to have existed, previous even to the French revolution, in the relative strenght of the states of Europe.

Holding these principles in view, it may be observed that the last Prussian memoir opposes a serious obstacle in principle to an immediate settlement with France, and this for the sake of an object very remote and uncertain in its practical effects.

Consistent with the principle of temporary occupation as proposed by Great-Britain and Russia coupled with a recurrence of the ancient frontier of 1790, there can be no serious objection to include in that occupation for the next seven years all the places, which the Russian Paper requires to be occupied on the part of the Allied Powers. It is therefore not during the next seven years that any superior advantage can result from the adoption of the Prussian plan. It is only upon the expiration of that period and of the occupation under the treaty, that the Prussian demand can be productive of any real advantage, whilst the inconvenience of its adoption is certain and immediate.

Ought then this remote and problematical good to embarrass at present the Allied Councils and possibly to lead to a renewal of war with a Sovereign standing towards us nearly in the character of a former ally?

Can it be contended that this species of remote security avowedly claimes rather against the supposed excessive Power of Royal than revolutionary France, constitutes that clear case of security, which was necessarily understood to be reserved for the decision of the Allies, when the King of France's Ministers were admitted as parties to the negotiations at Vienna?

If not, why now take up a new principle of very questionable faith, upon which the King of France and the Allies must necessarily have an adverse interest,

and abandon that on which their former proceedings presumed they had one and the same, provide adequatily by the conjoint Power of Europe and of the Kings loyal subjects in France, against the occupation of Bonaparte, and against the revolutionary spirit, that menaced all with destruction?

Why, for comparatively so small, so distinct and so remote an object, create a new principle of action which if France remains quiet for seven years had better sleep? should France during that period again disturb the repose of Europe, will not this case when it arises, open the whole question of occupation without reproach, and enable the Powers to take their own precautions with regard to the places in their hands, as much as if now actually ceded.

The effect then of the Prussian proposition is not to give any improved means of security during the presumed period of danger; but, either altogether to change the nature of the negotiation with the Government of France contrary to what it professes to approve, into that of an ordinary negotiation of demand and concession, or it proposes to invite the Allies, upon the refusal of this Ultimatum, immediately to denounce the armistice and to recommence hostilities against France, that is against Louis 18th., for the remote value of these securities at the end of seven years.

To the suggestion of renewing war on such grounds, the Undersigned feels himself bound on behalf of his Government to object; and if the intention of the proposition is not to hush the demand to this extremity, but to employ it only as a mean of negotiation for the reasons stated in a former paper, he feels it his duty to express his sense of its inexpediency, at the same time that he professes himself to be ready, upon a point of Menage-

ment, at all times to conform to what may appear to his Colleagues best for the general interest.

Having stated the objections, which on the part of the British Government, is felt to this intermediate course of measures, which neither appertains necessarily to an effective system of precaution for extended period of time against the revolutionary dangers of France nor to an effectual and permanent reduction of the ordinary military power of France, the Undersigned will be happy to meet the views of the Austrian and Prussian Governments as far as the same can be effectuated without unnecessarily lowering at the present moment the character and authority of the Kings Government in France, and placing it in adverse, rather than in conciliatory relations with the Allied Sovereigns with respect to the difficulties which may attend the system of temporary occupation, he has no doubt, with a sincere good will on the part of the several Powers that they may be successfully surmounted, and a new principle of solidity communicated to the existing Alliance. On this important branch of the question the Undersigned refers to the observations of the Duke of Wellington. He concurs entirely in the expediency of augmenting the force to be stationed in France, to 150,000 men at the least; possibly some further increase might be advantageously admitted for the first year.

As the occupation or dismantling of Strasbourgh is professedly intended for the defensive purposes, and not to deprive France of the province of Alsace, it is suggested whether this object might not be sufficiently obtained by stipulating the disarming of the place, and the exclusion of all Troops during the seven years, other than the Garde urbaine of the town.

The other fortresses in the hands of the Allies would form a sufficient security for the performance of these

conditions; and Commissaries on the part of the Allies might reside to see them duly observed. The same arrangement might be extended to Lille.

To meet the particular views of Prussia, as brought forward in Prince Hardenberg's paper, it seems reasonable to assign a liberal proportion of the fund appropriated to fortifications, to construct a suitable place, to cover effectually the extremity of the Prussian frontier on the Saare. This might be equally charged upon the shares before proposed to be expended on the lines north and south of Luxembourg.

The British Government can have no object more at heart, than to give security to the position of Prussia west of the Rhin, and to interest so powerfull a state in the military defence of all the countries lying on its left bank; but this may be more prudently and not less effectualy done, by a judicious improvement of the local defences both of the Prussian and Belgic provinces, than by an inconsiderable but irritating encroachment upon the territory now belonging to France for above a century. The latter course would no doubt, for the moment flatter the pride and gratify the resentment which naturally animates the public feeling, at the present day towards France; but this is a consideration which ought to weigh but little with Statesmen whose duty it is to bring back the world to peace, and not to indulge those passions which must endanger its repose. —

Nro. XIII.

Second mémoire du Prince de Hardenberg.

Une longue succession de malheurs et de dangers avait porté les plus profondes plaies à presque toutes les nations; les pertes les plus immenses leur avaient été causées par la France. En 1812 nous avions vu l'Europe sur le point de succomber sous l'esclavage, lorsque tout a été changé. Les plus nobles efforts et les plus grands sacrifices dont nous devons l'exemple à la Russie nous ont fait triompher d'une situation qui semblait désespérée; nous avons été conduits par la providence et par de hauts faits d'armes depuis Moscou jusqu'au coeur de cette France qui depuis des siècles nous infligeait tant de maux et augmentait son territoire de la dépouille de ses voisins. Nous pouvions l'en punir et surtout nous mettre en sûreté contre ses attaques, mais une générosité sans égale l'épargna, elle et l'audacieux usurpateur qui avait bouleversé le monde. Bientôt nous fumes forcés à renouveler le combat, heureusement dans un moment où les souverains alliés étaient encore rassemblés et leurs forces à portée. Le succès le plus complet a terminé l'entreprise, la France est entre nos mains. L'épargnerons nous une seconde fois aux dépens de nous-mêmes, au risque de perdre le fruit de nos succès et des flots de sang qui ont été répandus? n'en doutons pas, notre responsabilité est des plus grandes envers les contemporains et la postérité. Les peuples ont les yeux fixés sur nous. Plus les puissances sont éloignées, plus elles ont

de force et de consistance, plus l'intérêt qu'elles ont à ces sûretés que les circonstances exigent est moindre pour elles-mêmes, mais il ne peut entrer dans leurs plans de n'écouter que cette considération; l'esprit qui les a guidées jusqu'ici a toujours eu en vue le bien général. Il les animera encore. Celles qui se trouvent en première ligne, qui plus faibles doivent cependant servir de boulevard aux autres et affronter le danger; celles qui ont tout à craindre, comme l'Allemagne, la Prusse et les Pays-Bas, ont l'obligation et le droit de parler et de réclamer contre un système de modération qui accumule les dangers de leurs têtes.

Il est impossible de se persuader que les déclarations de Vienne nous mettent avec Louis XVIII. dans des relations qui nous empêchent d'écouter des considérations majeures et auxquelles notre existence peut se rattacher.

La déclaration du 13 Mars fut donnée dans un moment où Bonaparte n'était à la tête que d'une force si peu considérable, qu'elle aurait succombé pour peu que la nation eût montré de l'énergie et de l'attachement à son Gouvernement légitime. Les transactions subséquentes ont encore bien plus laissé nos relations avec les Bourbons dans le doute. Plus tard Louis XVIII. lui-même a proclamé la défense aux Français de combattre leurs compatriotes. Bonaparte s'est trouvé à la tête non seulement d'une armée nombreuse, mais de toute la nation, quels qu'aient été les partis et les sentimens qui la divisaient, une réprésentation nationale agissait dans son sens. — Comment est-il possible de dire que nous n'ayons fait la guerre qu'à Bonaparte et non à la nation française? Que nous n'eussions pas pu arriver à Paris après nos éclatantes victoires si la nation n'avait pas favorisé notre marche? Louis XVIII. s'est replacé sur le trône de ses pères, mais il est bien loin d'y être affermi.

Nous le désirons tous, mais devons-nous oublier ce que nous nous devons à nous-mêmes? Est-ce bien le service que de laisser aux Français les moyens de renverser de nouveau le trône de leur monarque légitime et de compromettre le repos de l'Europe? On veut s'assurer par une occupation temporaire d'un certain nombre de places et par la présence d'une armée Européenne en France. Mais supposé que cette mesure soit prise pour sept années, ne verrons-nous pas renaître les mêmes dangers après ce court espace? La France ne le mettra-t-elle à profit pour se procurer les moyens de troubler encore notre tranquillité dont elle ne dispose pas à présent? Cette mesure n'augmentera-t-elle pas en attendant les haines, l'esprit de vengeance, le Roi de France sera-t-il capable d'en arrêter les efforts, supposé qu'il soit pénétré personnellement des meilleurs sentimens? Les Français ne fondront-ils pas sur nous dès que tous ces points offensifs leur seront rendus dans une époque où nous serons peut-être loin de leur opposer les forces dont nous disposons dans ce moment, où des événemens impossibles à prevoir auront porté atteinte peut-être à l'heureuse union? Les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne appuyent sur un argument que je ne puis pas admettre. Ils pensent que pour nous garantir d'un danger éloigné et problématique nous négligerions celui que nous encourrions en provoquant dans ce moment la guerre et une réaction, tandis que l'occupation temporaire nous mettrait en sûreté contre celles-ci, nous laisserait les moyens d'aviser à ce qui nous menacerait dans la suite. Ils sont d'avis que la cession de quelques places serait dangereuse et qu'il faudrait pour réduire la France dans de justes bornes exiger des sacrifices beaucoup plus considérables.

Le danger que nous appréhendons n'est pas si éloigné. Dans sept ans les mêmes hommes, les mêmes élémens qui subsistent à présent peuvent exister encore. Cette

guerre que nous craignons actuellement et que nous n'avons guères raison de craindre si nous restons unis, qui n'aura pas même lieu pour peu que nous soyons fermes, pourra prendre un caractère formidable et nous devenir funeste. La France n'offre pas les mêmes chances que l'Espagne. Là un même enthousiasme réunissait les partis, là étaient des Puissances alliées sans lesquelles l'Espagne aurait probablement échoué.

Nous serions sans doute en droit d'exiger des provinces entières de la France qui nous a fait tant de mal afin de nous garantir jamais contre ses attaques, nous ne rédemanderions que l'héritage de nos pères qui nous a été ravi par elle et elle n'aurait pas à se plaindre de ce que le droit de la guerre nous autoriserait pleinement à faire et dont l'histoire de tous les tems nous offre l'exemple, après des guerres aussi justes qu'heureuses. Elles n'entraineraient pas tous les inconvénients indiqués dans les mémoires de la Prusse. Mais comme les autres Puissances ont été loin de cette opinion, elle s'est bornée à insister au moins sur la cession non de quelques forteresses mais de toute une ligne de places offensives dont la frontière de la France est hérissée et elle ne peut trouver dans cette proposition ce caractère d'une insuffisance entière que lui donnent les mémoires anglais.

Dans des affaires si importantes que celles dont il s'agit, c'est un devoir sacré et un puissant motif de consolation d'avoir exprimé son opinion sans réserve. Les malheurs qui pourraient être la suite des mesures qu'on va prendre ne sauraient jamais être attribués au moins à la Prusse.

Le Roi mon auguste Souverain m'ordonne de déclarer que voyant ses hauts Alliés réunis dans un sentiment contraire il est prêt à leur porter le sacrifice du sien afin de maintenir avant toute chose l'union heureuse qui existe entre les quatre cours. S. M. se flatte toutefois qu'on

aura égard aux modifications que j'ai l'honneur de proposer et qui ne portent aucune atteinte au principe établi par Lord Castlereagh et adopté par S. M. Impériale de toutes les Russies d'après lequel la France doit être réduite à l'état de 1790.

1. Le tableau ci-joint sous la lettre *A* montre ce qui a été cédé à la France par la paix de Paris au delà de cet état et de ce qui serait retrocédé,

celui sous *B* le partage que le Roi propose de ces objets,

et sous *C* les reviremens qui semblent nécessaires.

Il saute aux yeux que dans le plan proposé on n'a en vue aucun esprit d'agrandissement et de conquête, mais simplement de ce que la position géographique et la sûreté de chaque état semble exiger. Le Roi de Sardaigne obtient le meilleur lot, puis l'Autriche, ensuite la Prusse, puis le Roi des Pays-Bas etc. etc. Landau, fort Louis et Bitsch seraient à la disposition de l'Autriche, Luxembourg dont la possession et la défense sont une charge onéreuse pour les Pays-Bas serait à la Prusse dans la ligne naturelle de défense de même que Saarlouis, forteresses sur la frontière dont le besoin pour l'Allemagne est démontrée par des combinaisons militaires avec Landau. Le Roi des Pays-Bas aurait au moins Givet, Charlemont et Philippeville pour couvrir la partie la plus vulnérable de ses états. Enfin on pourrait donner Huningue à la Suisse. Il n'est pas concevable que la France puisse se refuser à des cessions aussi peu importantes dans la situation où elle se trouve et le tout rentrant dans le principe du statu quo de 1790. Si elles rencontraient des difficultés, elles tomberaient également sur ce principe, sur Landau, Huningue et toute espèce de cession.

2. Quant à l'occupation temporaire S. M. le roi de Prusse se prêtera aux arrangemens qui seront jugés nécessaires pour les autres cours alliées et se réserve de

faire ses observations lorsque les projets de traités seront mis sous ses yeux.

3. Il reste encore à s'expliquer sur le montant de la contribution à exiger de la France. Ici le devoir envers ses propres sujets fait la loi au Roi. Ils ont été ruinés par les Français, il faut les soulager, les préserver d'une perte totale et leur donner les moyens de se refaire. La générosité envers la France que d'autres Puissances peuvent peut-être exercer, deviendrait une injustice criante pour les Prussiens. Le mémoire que j'ai eu l'honneur de communiquer prouve très-bien que la France peut sans faire des sacrifices semblables de loin seulement à ceux qu'elle a fait souffrir à la Prusse suffire à ce que j'ai proposé et payer 1200 millions, ce qui n'est pas une somme disproportionnée aux ressources de la France et l'on conviendra qu'il ne s'agit pas de lui sauver tout embarras de finance et d'augmenter par là les justes appréhensions que nous avons sur les moyens futures de nous nuire. Qu'elle nourrisse, qu'elle vêtisse, et qu'elle paye l'armée qui restera en France et qu'elle assigne un district suffisant pour cet effet d'après les idées de Mr. le Duc de Wellington; mais qu'on ne décompte ni cette somme ni ce que nous avons stipulé pour la solde et l'équipement de nos armées sur le revenu courant. Dès-lors on pourra s'entendre sur les termes et le mode des payemens des 1200 millions, sur les sûretés à donner et sur leur partage auquel nos alliés des puissances secondaires participeraient dans une juste proportion et auquel les armées anglaises et prussiennes concourraient particulièrement en prélevant une somme pour la prise de Paris.

4. Je me permets finalement une remarque. Les cours alliées comme celle de la Sardaigne, des Pays-Bas, de Bavière, de Wurtemberg témoignent en partie un désir inquiet d'être informées de nos transactions et d'y pren-

dre part. Elles ont le droit d'y prétendre tant que cela conforme leurs intérêts, et il faudra bien convenir de la marche à suivre à cet égard dès que nous serons d'accord entre nous.

Paris le 8. Septembre 1815.

(signé) HARDENBERG.

A.

Objets cédés à la France par la paix de Paris de 1814 au delà de l'état dans lequel elle se trouvait en 1790 avant la révolution.

1) Dans le Département de Jemappes, les cantons de Dour, Merbes-le-Chateau, Beaumont et Chinnay appartenans autrefois au Hainaut autrichien . . . . 67,000 h.
2) Dans le Dépt. de Sambre et Meuse, les cantons de Valcour, Florennes, Beauraing et Gèdinne autrefois à la Province de Namur et au Pays de Liège . . . . 37,600 -
3) Dans le Dépt. de la Saare les cantons de Saarbruck, d'Arneval et partie de celui de Lebach, autrefois aux pays de Saarbruck et de Krichingen Puttlingen . . . . 20,000 -
4) Dans les Départemens du Mont Tonnère, de la Moselle, Haut-Rhin et Bas-Rhin:
   a. une partie du baillage autrefois Palatin de Germersheim au Sud de la Queich, le baillage de Bergzabern autrefois au Duché de Deux-Ponts, les baillages autrefois à l'évêché de Spire, Maden-

	bourg, Rheinzabern et Lauterbourg	30,000
b.	Le cidevant comté de Saarweder	13,400
c.	Le cidevant comté de Krichingen	2,500
d.	Le cidevant comté de Salm	13000
e.	Les baillages Rodt et Reinheim autrefois à Bade	3000
f.	Le Comté de Montbeillard, avec les cantons appartenans autrefois à Wurtemberg	50,000
g.	Partie de la Savoye restée à la France	183,000
h.	Avignon et le Venaissein	150,000
		569,500

Objets cédés par la France de son ancien Territoire en 1814.

1)	Le Canton de Tholey	8,507	
2)	Une partie de celui de Lannedorf	4000	
			12507 hs.
			557,000 -
	La France céderait maintenant		557,000 -
1)	Des Cantons dans le Dépt. de Jemappes à l'exception de quelques points	51,000	
2)	Les Cantons dans le Dépt. de Sambre et Meuse	37,600	
3)	Dans le Dépt. de la Saare	20,000	
4)	Les Dépt. cidevant allemands sur le Rhin	33,000	
5)	La partie de Savoye. . . , ...	183,000	
6)	Les Cantons de Givet et de Philippeville du Dépt. des Ardennes avec une partie enclavée entre Philippeville et Beaumont.	20,000	

7)	Les cantons de Saarlouis et de Reling, Dépt. de la Moselle . . .	20,000	
8)	Moitié du Canton de Forbach et ¾ de celui Saargemines	14,000	
9)	Les Cantons de Valmunster, de Rorbach et de Bitsch, Dpt. de la Moselle	22,000	
10)	La Sous-Préfecture de Weissembourg	89,000	
11)	Les Cantons de Haguenau et ¾ du canton de Bischweiler	28,000	
12)	Le canton de Huningue	12,000	
13)	Le pays de Gex	24,000	
14)	Monaco	3400	
		557,000	

B.

Partage des 557000 habitans à céder d'après l'état de 1790 par la France.

1)	Au Roi des Pays-Bas:		
	a. les cantons dans le Département de Jemappes à l'exception de quelques points	51,000	
	b. Les cantons dans le Dépt. de Sambre et Meuse	37,600	
	c. Les cantons de Givet et de Philippeville dans le Dépt. des Ardennes avec l'enclave entre Philippeville et Beaumont	20,000	
			108,600
2)	Au Roi de Prusse:		
	a. du Département de la Saare .	20,000	

b. Les Cantons de Saarlouis et Reling, Dépt. de la Moselle . .	20,000	
c. Moitié du Canton de Forbach	6,000	
		46,000 hs.
3) à la disposition de l'Autriche:		
a. Les cantons de Valmunster, de Rorbach et Bitsch, Dépt. de la Moselle.	22,000	
b. La Sous-Préfecture de Weissemberg	89,000	
c. Les cantons de Haguenau et ¾ de Bischweiler	28,000	
d. ¾ du Canton de Saargemines	8000	
e. Les départements cidevant allemands sur le Rhin	33,000	
		180,000 -
4) à la Suisse le Canton Huningue		12,000 -
5) à Genève le pays de Gex		24,000 -
6) à la Savoye: *a.* partie de ce pays	183,000	
b. Monaco	3,000	186,400 -
		557,000 -

C.

Reviremens qui paraissent nécessaires.

1) La Prusse obtiendrait de la France, voyez le Tableau B. 46,000hs.

2) Le Roi des Pays-Bas lui céderait du grand Duché de Luxembourg:

La Place de Luxembourg etc. avec . . 69,883.

Du côté d'Aix la Chapelle afin d'élever de graves inconveniens sur la frontière 8,000

———————— 77,883

Le Roi des Pays-Bas acquiert de la France . . . . 108,600 h.

et céderait . 77,883 -

profiterait . 30,717 -

et les places de Givet, Philippeville et Charlemont.

3) L'Autriche céderait à la Prusse, inclusivement des 69,000 déjà cédés à Vienne.

a.	Le reste du Département de la Saare excepté le canton de Waldmohr	32,773
b.	Le canton de Wadern	8,084
c.	Le canton de Tholey	8,507
d.	Le reste du canton de Birkenfeld	4,789
e.	— — — — — — Baumholder .	6,749
f.	— — — — — — Grumbach . .	3,080
g.	— — — — — — Lebach . . .	5000
h.	Les cantons St. Wendel et Ottweiler . .	27,000
		95,982
		123,883

D.

On a dit que l'arriéré des finances françaises qu'on estime à huit cent millions, s'opposerait aux moyens proposés pour payer la contribution de guerre par une création des rentes sur le Grand livre, attendu qu'il y paraît impossible que les ressources de la France puissent suffire en même tems au payemens de cette contribution et à l'acquittement de l'arriéré.

Le dit arriéré n'est encore rien moins que constaté. Le Ministre de l'Intérieur, l'abbé Montesquiou, dans le pre-

mier rapport qu'il a fait à la chambre des Députés l'année passée évaluait à 1700 millions. Le ministre des finances, Baron Louis, le réduisit par un nouveau rapport présenté peu de jours après à la même chambre à 759 millions et promit de couvrir près de 100 millions par l'excédent des recettes du budget de l'année 1815 et par les biens communaux cédés à la caisse d'amortissement.

Il est probable que cette promesse sera realisée. Le 11. Juin 1815. le Ministre des finances de Napoléon, M. Gaudin Duc de Gaëte, prétendit dans le compte imprimé qu'il a rendu des années 1813 et 1814 que cet arriéré n'était que de 200 à 220 millions et qu'il avait été prodigieusement exageré par les rapports faits l'année dernière aux deux chambres.

Les raisons qu'il allègue me paraissent incontestables et je serais porté à croire que quand cet arriéré sera véritablement liquidé, il se trouvera encore au dessous de cette somme.

Car l'ensemble de cet arriéré ne peut provenir que des pertes qui ont été faites pendant la dernière guerre et de ce qui reste à acquitter sur les crédits du budget des divers Ministres. Or le gouvernement de Bonaparte n'ayant jamais joui d'aucun crédit et tous les fournisseurs et entrepreneurs s'étant toujours empressés ou d'être payés d'avance ou de recevoir leur argent au moment de la fourniture, il serait bien difficile, que les créances à la charge de tous les ministres puissent s'élever à la somme énorme de 7 à 800 millions.

Il faut du crédit pour faire des dettes; et je ne crois pas qu'il y ait un gouvernement en Europe qui en ait assez pour qu'il puisse rester en arrière pour une somme pareille dans le service courant et de l'administration.

Il est d'ailleurs constaté que les payemens se sont faits très régulièrement jusqu'au moment où les troupes

alliées ont passé le Rhin, au commencement de l'année passée. Il ne peut donc être question que du service des 3 mois, qui se sont écoulés de là jusqu'au 1 Avril; époque à laquelle le Baron Louis a établi son calcul.

Une somme de 200 millions au plus ne peut mettre aucune entrave au prélévement de la contribution de la guerre et quand même les créanciers de la dite somme devraient attendre leurs payemens pendant plusieurs années et n'en recevoir que les intérêts, le malheur ne serait en aucune proportion avec celui qui doit être détourné par le payement de la contribution de la guerre qui est sans contredit la plus sacrée et la plus incontestable de toutes les dettes du Gouvernement.

Je dois observer encore que lors du second rapport présenté au mois de Juillet au Roi et à la chambre des Députés par le Ministre des finances, Baron Louis, le ministre lui-même a déjà été d'avis, qu'une exécution de 40 ou 50 millions de nouvelles rentes à 5% d'intérêts serait une chose très possible et que si par cette addition les rentes qui montaient alors à 65 millions s'éleveraient à celle de 106 millions de rentes annuelles, cette dette serait encore bien inférieure à celle qui existait autrefois et nullement au dessus des forces du Royaume.

La raison qu'il allègue dans le dit rapport pour ne pas choisir ce moyen qui lui paraît d'ailleurs extrêmement facile, consiste dans la crainte, qu'il a, de faire éprouver des réductions aux créanciers de l'état.

Il dit qu'il ne veut leur offrir des inscriptions sur le Grand livre que comme un payement facultatif et nullement obligatoire.

Ces ménagemens qui sont justes dans un tems ordinaire et dont on ne saurait que louer le motif, doivent cesser dans le moment actuel, où il est reconnu qu'on devra recourir à des mesures de rigueur et où le Gouvernement même n'a pas hésité de les prendre par son

ordonnance du 16 Août qui établit un emprunt forcé. Et comme le Ministre avoue lui-même, qu'une mesure telle qu'elle a été proposée pour les 1200 millions de contribution est non seulement très praticable, mais qu'elle offre de très grands avantages aux finances, il ne peut plus être douteux si on doit la prendre et l'exécuter avec toute la rigueur que les circonstances et même le bonheur futur de la France paraissent exiger.

Je joins ici les deux rapports dont je viens de parler.

Il existe une grande différence d'opinions sur les moyens que la France peut avoir pour payer une forte contribution de guerre et sur la quotité de cette contribution.

Voici quelques observations sur ce sujet. Une somme de 1200 millions de francs parait énorme à tous ceux qui croient qu'il s'agit de payer dans un court espace de tems, et qui comparent cette somme au revenu *annuel* du Gouvernement, qui d'après le dernier budget présenté à la chambre des Pairs n'est évalué qu'à 618 millions de francs.

Mais en réfléchissant mûrement sur cette question, on trouve qu'il ne s'agit ni de payer d'abord ni de prendre le susd. capital sur le revenu annuel de la France, mais seulement de créer un fonds pour les intérêts et l'amortissement d'une telle dette et que le capital même peut-être mis à la charge des générations futures et même des étrangers sans être jamais payé en totalité.

L'opinion qui doit infailliblement atteindre ce but, si elle est bien dirigée et qui contribuera en outre à la consolidation du gouvernement des Bourbons et au maintien de la paix intérieure et extérieure, consiste dans une création de 65 ou 70 millions de rentes sur le Grand livre, ce qui doublerait à peu près le tems auquel ils sont aujourd'hui; attendu que ces rentes se montaient à

63,605,000 francs au 1 Janvier de cette année. De ces 65 ou 70 millions de nouvelles rentes, on donnerait soixante millions en gage pour un emprunt forcé que l'on ferait sur toutes les communes de France et que les acquereurs payeraient en 24 termes mensuels, chacun de 50 millions, ce qui ferait les 1200 millions de francs qu'on exige pour la contribution. Les cinq ou deux millions qui restent, seraient employées à un fonds d'amortissement qui racheterait successivement les rentes et les ferait remonter en peu d'années, sinon au pair, du moins au cours de 81 et 82 pour Cent, où ils étaient même sous le règne de Bonaparte; en six ou douze ans elles seraient infailliblement au pair, parce que le fonds d'amortissement aurait absorbé toutes les rentes nouvellement créées et les premiers acquéreurs forcés de ces rentes, qui en attendant auraient joui de cinq pour cent d'intérêts, seraient entièrement satisfaits.

Il ne s'agit donc que de trouver:
1) par une augmentation des impôts actuels et notamment de la contribution directe un fonds de 65 ou 70 millions par an et 2) de faire la répartition de l'emprunt sur les principaux propriétaires, rentiers et capitalistes des communes du Royaume.

Il suffirait
ad 1) d'imposer 25 centimes additionnels sur chaque franc de contribution directe qui d'après le budget de l'année 1814 se monte à peu près de 300 millions par an, de manière que l'addition portée à 25 centimes serait de 75 millions et par conséquent plus que suffisante pour payer les rentes ci-dessus mentionnées.

Les contributions directes en France étant en général beaucoup moins élevées que dans les pays limitrophes et surtout dans l'Allemagne, ces 25 Cent. additionnels ne porteront aucun préjudice au bien-être des habitans.

Sous Bonaparte ces Centimes montaient souvent à 50 et 60 par franc, sans que les contribuables ayent été ruinés.

ad 2) L'ordonnance du Roi du 16 de ce mois a déjà tracé la route qu'il faut suivre à cet égard, car il est tout aussi facile de faire cette répartition pour 1200 millions payables en 24 termes d'autant de mois, que pour 100 millions payables dans un terme de deux mois. Mais quand ces renseignemens manqueraient on pourrait toujours les trouver dans le Grand livre, dans les livres hypothèques, dans les registres du timbre et de l'enregistrement et chez les notaires.

Cette mesure dictée par la nécessité et par la justice qui met à la charge de toute la nation les suites d'une guerre malheureuse, toute en convenance à chaque individu, sa propriété entière, et qui donne à tous les habitans de la France un intérêt commun, celui de soutenir la dette publique au taux le plus élevé possible, pourrait être sanctionnée par les Chambres des Pairs et des Députés et obtenir par là tout ce qui pourrait lui manquer de l'égalité constitutionnelle.

Qu'on n'objecte point que le crédit du royaume serait ruiné par cette augmentation subite de la dette perpétuelle. L'accroissement ferait baisser à la vérité pour quelques mois les rentes actuelles, mais aussitôt qu'on verrait l'action du fonds d'amortissement, le discrédit disparaîtrait et la confiance se rétablirait d'autant plus, que même avec cet accroissement la dette de la France resterait toujours dans une proportion favorable avec celle des pays qui l'environnent et ne peut causer aucune alarme fondée. Elle sera au contraire encore pendant longtems celle qui présentera aux étrangers même un emploi de leurs capitaux bien sûr et bien garanti.

La baisse momentanée du cours quoique désagréable en elle-même serait utile d'un autre côté, parce-

qu'elle engagerait les étrangers à placer leurs fonds en France, et accélerer ainsi le rachat des rentes tout en rapportant de l'étranger les fonds qui sortiraient du royaume par le payement de la contribution.

Nro. XIV.

Projet de traité proposé au Gouvernement Français le 19. Sept. 1815.

Les Puissances alliées ayant par leurs efforts réunis et par le succès de leurs armes, soustrait la nation française aux calamités que lui préparait le dernier attentat de Napoléon Bonaparte, ont préservé l'Europe des bouleversemens dont elle était menacée par suite du système révolutionnaire réproduit en France pour faire réussir ces attentats;

Et partageant aujourd'hui avec S. M. T. C. le désir d'offrir à l'Europe par le maintien inviolable de l'autorité Royale et la remise en vigueur de la Charte constitutionnelle, les garanties les plus rassurantes de la stabilité de l'ordre des choses heureusement rétabli en France, de consolider les rapports d'amitié et de bonne harmonie que le traité de Paris avait ramenés entre la France et les États voisins, et d'écarter tout ce qui pourrait altérer ou compromettre ces rapports;

L. L. M.M. I. I. et R. R. ont proposé à S. M. le Roi de France et de Navarre les bases d'un arrangement propre à leur assurer de justes indemnités pour le passé, ainsi que des garanties solides pour l'avenir, seules con-

ditions auxquelles il serait possible d'atteindre à une pacification prompte et durable;

Et S. M. T. C. ayant accédé aux dites propositions, il a été convenu de les consigner dans un traité définitif. — A cet effet les hautes Parties contractantes ont nommé etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont signé les articles suivans:

Art. 1.

Le traité de Paris du 30/18 Mai 1814 est confirmé et sera exécuté et maintenu dans celles de ses dispositions qui ne se trouveront pas modifiées par le présent traité.

Art. 2.

Les hautes Parties contractantes instruites par l'expérience des inconvéniens attachés, sous plusieurs rapports administratifs et militaires, à la désignation des *limites* du territoire français telle qu'elle avait été établie par l'art. 2. du traité du 30 Mai 1814 en voulant à cet égard adopter pour l'avenir un système également favorable au maintien de la tranquillité générale et au bien-être de leurs sujets ont définitivement reglé la ligne de démarcation entre le dit territoire français et les états voisins, de la manière suivante;

Du côté du Nord, cette ligne suivra la démarcation fixée par le traité de Paris, jusqu'au point où l'Escaut entre dans les Dépt. de Jemappes et de là ce fleuve jusqu'à la frontière du Canton de Condé qui restera hors de la frontière de la France. Depuis Quievrain la démarcation sera tracée le long de l'ancienne frontière des provinces Belgiques et du cidevant Évéché de Liège jusqu'à Villers, près d'Orval, en laissant les territoires de Philippeville et de Mariembourg qui s'y trouvent enclavées ainsi que le Canton de Givet, hors des limites françaises.

Depuis Villers jusqu'à Perle, à droite de la chaussée qui mène de Thionville à Trèves, la démarcation restera telle qu' elle a été fixée par le traité de Paris. De Perle elle suivra une ligne qui sera tirée sur Lannstorf, Waldwich, Scharedorf, Niederveiling, Pellweiler jusqu'à Houvre, laissant tous ces endroits avec leurs appartenances à la France.

De Houvre, la frontière suivra les anciennes limites du pays de Saarbruck en laissant Saarlouis et le cours de la Sarre, avec les endroits situés à la droite de la ligne susmentionnée et leurs appartenances, à l'Allemagne. Des limites du pays de Saarbruck, la démarcation suivra celle qui sépare actuellement le Département de la Moselle et celui du Bas-Rhin de l'Allemagne jusqu'à la Lauter, qui servira de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin; de sorte que Landau, enclavé dans les points avancés formés par la Lauter, restera à l'Allemagne, tandis que Lauterbourg et Weissembourg, situés sur cette rivière, resteront à la France.

Du côté de l'Est la démarcation restera telle qu'elle a été établie par le traité de Paris. Depuis l'embouchure de la Lauter jusqu'à St. Brais, dans le Département du haut Rhin; et suivra de là le Daubs jusqu'au fort de Joux, en sorte que la ville de Pontarlier, située sur la droite du Daubs, appartiendra avec un rayon à la France, et le fort de Joux situé sur la gauche à la confédération Helvétique.

Du fort de Joux, la ligne suivra la crête du Jura jusqu'au Rhône, laissant le fort de l'Ecluse hors de la frontière de France.

Depuis le Rhône jusqu'à la mer, la ligne de démarcation sera formée par celle des frontières, qui en 1790, séparaient la France de la Savoye et du comté de Nice.

La France renoncera au droit de tenir garnison à Monaco.

La neutralité de la Suisse sera étendue au territoire qui se trouve au Nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au midi du lac d'Annecy par Faverge jusqu'à Lecheraine, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue aux provinces de Chablais et de Faucigny par l'art. 92 de l'acte final du congrès de Vienne.

Art. 3.

Les fortifications de Huningue étant un objet d'inquiétude perpétuelle pour la ville de Bâle, les hautes Parties contractantes, pour donner à la confédération Helvétique une nouvelle preuve de leur bienveillance et de leur sollicitude, sont convenues entre elles de faire démolir les fortifications de Huningue, et le Gouvernement français s'engage par le même motif à ne les rétablir dans aucun tems, et à ne point les remplacer par d'autres fortifications à une distance de trois lieues de la ville de Bâle.

Art. 4.

Le devoir des Souverains alliés envers les peuples qu'ils gouvernent, les ayant portés à demander une compensation des sacrifices pécuniaires que le dernier armement général a fait imposer à des pays déjà fortement épuisés par cette longue suite de guerres soutenues contre les pouvoirs révolutionnaires de la France, et S. M. T. C. n'ayant pas pu se refuser à admettre le principe sur lequel cette réclamation se fonde, le Gouvernement français s'engage à payer la somme de six cents millions de francs aux Puissances alliées à titre d'indemnité. Le mode et les termes de payement de cette somme seront reglés par une convention particulière qui aura la même force et valeur que si elle était textuellement insérée dans le présent traité.

Art. 5.

Considérant de plus que, dans le cours des guerres amenées par les événemens de la révolution, tous les pays limitrophes de la France et notamment les Pays-Bas, l'Allemagne et Piémont ont vu successivement démolir les places fortes, qui jusque là leur avaient servi de barrières, et que la sûreté de ces pays et le repos futur de l'Europe font également désirer un ordre de choses qui établisse entre les moyens de défense de part et d'autre un équilibre essentiellement favorable au maintien de la paix générale; les Puissances alliées ont cru ne pouvoir mieux atteindre ce but qu'en proposant à la France de se charger d'une partie des frais qu'entraînera la construction d'un certain nombre de places sur les frontières opposées aux siennes et de faciliter et completer cette mesure en renonçant, en faveur des Alliés à quelques unes de celles qui se trouvent sur les points les plus avancés de ses lignes de fortifications; et S. M T. C. pénétrée des avantages que la France après de longues agitations, retirera de l'affermissement de la paix générale et prête à se soumettre pour obtenir un aussi grand bien, à tout sacrifice qui ne compromette pas l'intégrité substancielle de son royaume, ayant accédé aux propositions des Puissances, il est convenu que, indépendamment de l'indemnité pécuniaire stipulée dans l'art. précédent, le Gouvernement français fournira aux Alliés, pour couvrir une partie des charges résultantes du rétablissement de leur système défensif, la somme de 200 millions et cédera les places de Condé, Givet avec Charlemont, et Saarlouis avec des rayons convenables tels qu'ils ont été désignés dans l'art. 2.

Art. 6.

L'état d'inquiétude et de fermentations dont après tant de secousses violentes et surtout après la dernière

catastrophe, la France doit nécessairement ressentir encore et dont, malgré les intentions paternelles de son Roi, et les avantages assurés par la Charte constitutionnelle à toutes les classes de ses sujets, il est difficile de calculer la durée, exigeant pour la sûreté des états voisins des mesures de précaution et de garantie temporaire, il a été jugé indispensable de faire occuper provisoirement par un corps de troupes alliées des positions militaires le long des frontières de la France, sous la reserve expresse que cette occupation ne portera aucun préjudice à la souveraineté de S. M. T. C. ni à l'état de possession tel qui'l est reconnu et confirmé par le présent traité.

Le nombre des troupes ne dépassera pas 150 mille hommes. Le commandant en chef de cette armée sera nommé par les Puissances alliées.

Le corps d'armée occupera les places de Valenciennes, Bouchain, Cambrai, Maubeuge, Landrecies, Le Quesnoy, Avesne, Rocroy, Longwy, Thionville, Bitsch et la tête du pont du fort Louis.

La place de Strasbourg sera évacuée par la troupe de la ligne et confiée à la Garde Urbaine, la citadelle restant occupée par les Alliés *).

La ligne qui sépare les armées françaises et alliées, sera particulièrement déterminée. Les places comprises dans cette ligne et non occupées par les troupes alliées seront confiées à la Garde Urbaine.

L'entretien de l'armée destinée à ce service devant être fourni par la France, une convention spéciale réglera tout ce qui peut avoir rapport à cet objet. Cette convention réglera de même les relations de l'armée d'occupation avec les autorités civiles et militaires du pays.

La durée de cette occupation militaire est limitée à sept ans. Elle finira avant ce terme si, au bout de trois

*) ou bien: elle sera complettement évacuée, désarmée et confiée à la Garde Urbaine.

ans les souverains alliés, réunis pour prendre en considération l'état de la France s'accordent à reconnaître que les motifs qui les portèrent à cette mesure ont cessé d'exister; mais au terme de sept ans révolus toutes les places et positions occupées par les troupes alliées seront sans autre délai, évacuées et remises à S. M. Louis XVIII. ou à ses héritiers et successeurs.

Nro. XV.

Réponse des Commissaires français (Prince de Bénévent, Bn Louis et Duc de Dalberg) au projet de traité du 19. Sept.

Les soussignés plénipotentiaires de S. M. T. C. ont porté sur le champ à sa connaissance les communications qui, dans la conférence d'hier leur ont été faites par L.L. E.E. M.M. les Ministres plénip. des quatre cours réunies touchant un arrangement définitif pour les bases duquel L.L. E.E. ont proposé:

1. La cession par S. M. T. C. d'un territoire égal aux deux tiers de ce qui avait été ajouté à l'ancienne France par le Traité du 30 Mai, et dans lequel seraient comprises les places de Condé, Philippeville, Marienbourg, Givet et Charlemont, Sarrelouis, Landau et les forts de Joux et de l'Ecluse;
2. la démolition des fortifications d'Huningue;
3. le payement de deux sommes, l'une de 600 millions

à titre d'indemnité, l'autre de 200 millions à la construction des places fortes dans les pays limitrophes de la France ;

4. l'occupation militaire pendant 7 ans des places de Valenciennes, Bouchain, Cambrai, Maubeuge, Landrecies, Le Quesnoy, Avesne, Rocroi, Longwy, Thionville, Bitsch et la tête de pont du fort Louis ainsi que d'une ligne le long des frontières du Nord et de l'Est par une armée de 150/m h. sous les ordres d'un Général à nommer par les Puissances alliées et entretenue par la France.

S. M. désirant ardemment de hâter autant qu'il est en Elle la conclusion d'un arrangement dont le rétard a causé à ses peuples tant de maux qu'Elle déplora chaque jour, a prolongé en France et prolonge cette agitation intérieure qui a excité la sollicitude des Puissances, mais plus animée encore du désir de faire connaître ses bonnes intentions aux souverains ses alliés, a voulu que sans perte de tems les soussignés communiquassent à L.L. E.E. les plénipotentiaires des quatre cours les principes sur lesquels Elle pense que la négociation doit être suivie, relativement à chacune des bases proposées en leur ordonnant de présenter sur la 1re de ces bases, celui qui concerne les cessions territoriales, les observations suivantes, dans lesquelles cet important objet est envisagé sous le double rapport de la justice et de l'utilité qu'il serait si dangereux de diviser.

Le défaut d'un juge commun qui ait autorité et puissance pour terminer les différences des Souverains, ne leur laisse d'autre parti lorsqu'ils ne peuvent s'accorder à l'amiable, que de remettre la décision de ces différences au sort des armes, ce qui constitue entre eux l'état de guerre. Si dans cet état, des possessions de l'un sont occupées par les forces de l'autre, ces possessions sont la conquête par le droit de laquelle l'occupant en acquiert

al pleine jouissance pour tout le tems qu'il les occupe ou jusqu'au rétablissement de la paix. Il est en droit de demander comme conditions de ce rétablissement que ce qu'il occupe lui soit cédé en tout ou en partie, et la cession, lorsqu'elle a lieu transformant la jouissance en propriété, de simple occupant il en devient souverain. C'est une manière d'acquérir que la loi des Nations autorise. Mais l'état de guerre, la conquête et le droit d'exiger des cessions territoriales sont des choses qui procèdent et dépendent l'une de l'autre, de telle sorte que la première est une condition absolue de la seconde et celle-ci de la troisième. Car hors de l'état de guerre, il ne peut pas être fait de conquête, et là où la conquête n'a point eu ou n'a plus lieu, le droit de demander des cessions territoriales ne saurait exister puisqu'on ne peut demander de conserver ce qu'on n'a point ou ce qu'on n'a plus.

Il ne peut y avoir de conquête hors de l'état de guerre, et comme on ne peut prendre à qui n'a rien, on ne peut conquérir que sur qui possède; d'où il suit que pour qu'il puisse y avoir conquête il faut qu'il y ait guerre de l'occupant au possesseur, c'est-à-dire au souverain, droit de possession sur un pays et souveraineté étant choses inséparables ou plutôt identiques.

Si donc on fait la guerre dans un pays, et contre un nombre plus ou moins grand des habitans de ce pays mais que le souverain en soit excepté, on ne fait point la guerre au pays, cette dernière expression n'étant qu'un trope par lequel le domaine est pris pour le possesseur. Or un souverain est excepté de la guerre que des étrangers font chez lui, lorsqu'ils le reconnaissent et qu'ils entretiennent avec lui des relations de pays accoutumées. La guerre est faite alors contre des hommes, aux droits desquels celui qui les combat ne peut succéder, parcequ'ils n'en ont point et sur lesquels il est impossible de conquérir, ce qui n'est pas à eux. L'objet ni l'effet d'une

telle guerre ne peuvent pas être de conquérir, mais de recouvrer, ou quiconque recouvre ce qui n'est pas à lui, ne le peut recouvrer que pour celui qu'il en reconnaît comme le possesseur légitime.

Pour pouvoir se croire en guerre avec un pays sans l'être avec celui qu'on en reconnaissait précédemment comme souverain, il faut de toute nécessité de deux choses l'une, ou cesser de le tenir pour tel et regarder la souveraineté comme transférée à ceux que l'on combat, par l'acte même pour lequel on le combat, c'est à-dire reconnaître, suivre et par là sanctionner ces doctrines qui avaient renversé tant de trônes, qui les avaient ébranlés tous et contre lesquelles l'Europe a dû s'armer toute entière; ou bien croire que la souveraineté peut être double: mais elle est essentiellement une et ne peut se diviser; elle peut exister sous des formes différentes, être collective ou individuelle, mais non à la fois dans un même pays qui ne peut avoir en même tems deux souverains. Or les Puissances alliées n'ont fait ou cru ni l'un ni l'autre de ces deux choses.

Elles ont considéré l'entreprise de Bonaparte comme le plus grand crime qui pût être commis parmi les hommes, et dont la seule tentative le mettait hors de la loi des nations. Elles n'ont vu dans ses adhérens que des complices de ce crime, qu'il fallait combattre, soumettre et punir, ce qui excluait invinciblement toute supposition qu'ils pussent avoir ou acquérir, conférer ni transmettre aucun droit.

Les Puissances alliées n'ont pas un instant cessé de reconnaître S. M. T. C. comme Roi de France, et conséquemment les droits qui lui appartiennent en cette qualité; elles n'ont pas un instant cessé d'être avec lui dans des relations de paix et d'amitié ce qui seul emportait avec soi l'engagement de respecter ses droits; elles ont pris cet engagement d'une manière formelle bien qu'im-

plicite, dans leur déclaration du 13 Mars et dans leur traité du 25; elles l'ont rendu plus étroit, en faisant entrer le Roi, par son accession à ce traité, dans leur alliance contre l'ennemi commun; car si l'on ne peut conquérir sur un ami, à plus forte raison ne le peut-on pas sur un allié; et qu'on ne dise point que le Roi ne pouvait être l'allié des Puissances, qu'en cooperant activement avec elles, et qu'il ne l'a point fait; si la défection totale de l'armée, qui, à l'époque du traité du 25 Mars, était déjà connue ou réputée inévitable, ne lui a point permis de faire agir des forces régulières, et les Français qui, en prenant pour lui les armes au nombre de 60 à 70/m dans les départs. de l'Ouest et du Midi, et ceux qui, se montrant disposés à les prendre ont mis l'usurpateur dans la nécessité de diviser ses forces, et ceux qui après la défaite de Waterloo, au lieu des ressources en hommes et en argent, qu'il demandait, ne lui ont laissé d'autre que de tout abandonner, ont été pour les Puissances alliées des auxiliaires très réels et très utiles. Enfin les Puissances alliées à mesure que leurs forces se sont avancées dans les Provinces françaises, y ont rétabli l'autorité du Roi, mesure qui aurait fait cesser la conquète, si ces provinces eussent été véritablement conquises. Il est donc évident que la demande qui est faite des cessions territoriales ne peut être fondée sur la conquête

Elle ne peut pas davantage avoir pour motif les dépenses faites par les Puissances alliées; car s'il est juste qui les sacrifices auxquels elles ont été forcées par une guerre entreprise pour l'utilité commune, mais pour l'utilité plus spéciale de la France, ne restent pas à leur charge, il est également juste qu'elles se contentent d'un dédommagement de même nature que le sacrifice: or les Puissances alliées n'ont point sacrifié de territoire.

Nous vivons dans un tems où plus qu'en aucun au-

tre, il importe d'affermir la confiance de la parole des Rois. Des cessions exigées de S. M. T. C. produiraient l'effet tout contraire après la déclaration où les Puissances ont annoncé qu'elles ne s'armeraient que contre Bonaparte et ses adhérens: après le traité où elles se sont engagées à maintenir contre toute atteinte l'intégrité des stipulations du traité du 30 Mai 1814 qui ne peut être maintenue, si celle de la France ne l'est pas; après les proclamations de leurs généraux en chef où les mêmes assurances sont renouvelées. Des cessions exigées de S. M. T. C. lui ôteraient les moyens d'éteindre totalement et pour toujours parmi ses peuples cet esprit de conquête, soufflé par un usurpateur et qui se rallumerait infailliblement avec le désir de recouvrer ce que la France ne croirait jamais avoir justement perdu. Les cessions exigées de S. M. T. C. lui seraient imputées à crime, comme si elle eût acheté par là les secours des Puissances, et seraient un obstacle à l'affermissement du gouvernement royal, si important pour les dynasties légitimes et si nécessaire au repos de l'Europe, en tant que ce repos est lié à la tranquillité intérieure de la France.

Enfin des cessions exigées de S. M. T. C. détruiraient ou altéreraient du moins cet équilibre à l'établissement duquel les Puissances ont voué tant de sacrifices, d'efforts et de soins. Ce sont elles-mêmes qui ont fixé l'étendue que la France devait avoir. Comment ce qu' Elles jugeaient nécessaire il y a un an, aurait-il cessé de l'être? Il y a sur le continent de l'Europe deux états qui surpassent la France en étendue et en population. Leur grandeur relative croitrait nécessairement en même raison que la grandeur absolue de la France serait diminuée. Cela serait-il conforme aux interêts de l'Europe? Cela conviendrait-il même aux intérêts particuliers de ces deux états dans l'ordre des rapports où ils

se trouvent l'un à l'égard de l'autre? Si dans une petite démocratie de l'antiquité le peuple en corps apprenant qu'un de ses généraux avait à lui proposer une chose très utile, mais qui n'était pas juste — s'écria d'une voix unanime qu'il ne voulait pas même savoir quelle était cette chose; comment serait-il possible de douter que les Monarques de l'Europe ne soient unanimes dans une circonstance où ce qui ne serait pas juste, serait encore pernicieux?

Cependant et malgré les inconvéniens attachés à toute cession territoriale dans les circonstances actuelles, S. M. consentira au rétablissement des anciennes limites sur les points où il a été ajouté à l'ancienne France par le traité du 30 Mai. Elle consentira pareillement au payement d'une indemnité, mais qui laisse les moyens de suffire aux besoins de l'administration du Royaume, sans quoi il serait impossible, de parvenir au rétablissement de l'ordre et de la tranquillité, qui a été le but de la guerre.

Elle consentira encore à une occupation provisoire. Sa durée, le nombre des forteresses, et l'étendue du pays à occuper seront l'objet des négociations. Mais le Roi n'hésite pas de déclarer dès ce moment qu'une occupation de 7 années étant absolument incompatible avec la tranquillité intérieure du Royaume, est entièrement inadmissible.

Ainsi le Roi admet en principes:

Des cessions territoriales sur ce qui n'était pas l'ancienne France;

Le payement d'une indemnité;

L'occupation provisoire par un nombre de troupes et pour un tems à déterminer. S. M. T. C se flatte que les Souverains ses alliés consentiraient à établir la négogotiation sur ces trois principes, aussi bien qu'à porter dans le calcul des quotités l'esprit de justice et de modération qui les anime; et qu'alors l'arrangement pourra

être conclû très-promtement à la satisfaction mutuelle.

Si ces bases n'étaient pas adoptées, les soussignés ne se trouvent pas autorisés à en entendre ni à en proposer d'autres.

Paris le 21. Sept. 15.

Nro. XVI.

Lettre du Baron de Gagern à Lord Castlereagh, sur la réponse des Commissaires français.

Mylord,

Je dois des remerciemens à votre Excellence de m'avoir communiqué la réponse des Ministres français aux ouvertures de paix ou d'accommodement de la part des Alliés.

Le changement du ministère français, je m'imagine, n'entravera pas la marche des affaires, et n'empêchera pas la conclusion très prochaine sans trop s'occuper de contredire et de réfuter leur théorie. Ils se sont plû à contempler un côté de la médaille sans voir le revers. S'il s'agissait sérieusement de cette rectification d'idées, je serais volontiers entré en lice, d'abord, pour soutenir d'anciennes thèses et pour ce que le Ministre des Pays-Bas est sans doute le plus immédiatement intéressé à la question. Il n'aurait pas été bien difficile, d'opposer une autre doctrine du droit des Gens, une autre doctrine de justice et d'utilité à celle qu'on nous propose.

Je no dis cependant pas que la note française soit faite sans art et sans dialectique. J'y reconnais les talens éminens des Ministres auxquels je n'ai jamais refusé justice; j'y reconnais la plume du solitaire modeste, habile et bienveillant; j'y reconnais la plume d'un ami éprouvé. Cette amitié ne souffrira pas par la libre réfutation de ses argumens.

Pour être conséquent, pour arriver à ses fins et conclusions, le Ministre français devait établir: 1.° Que malgré les batailles de Ligny et de Waterloo il n'y avait pas bonne guerre; 2.° qu'on n'a fait cette guerre, qu'on n'a été armé que contre Napoléon Bonaparte: 3.° que Louis XVIII. possédait la France quand il se trouvait à Gand, et que 4.° les Puissances réunies de l'Europe ont fait alliance avec ce Prince, distinct de sa nation et pour le profit seulement de ce Prince.

Ces assertions extraordinaires et hazardées toutes contraires aux idées reçues du droit public et à l'évidence, si on les dépouille de leurs ornemens et accessoires vous auront peut-être parû, Mylord, ne pas avoir besoin de grande contradiction. Mais aux yeux des Français égarés ou passionnés ou peu instruits, ce raisonnement ne trouve que trop de partisans et il m'a parû utile de désabuser, de calmer ainsi cette même irritation et en montrant la modération des Alliés, de rétablir une plus franche réconciliation.

Les passages les plus remarquables de la réponse française m'ont paru les suivans:

„Il ne peut y avoir de conquête hors de l'état de guerre, et comme on ne peut prendre à qui n'a rien, on ne peut conquérir que sur qui posséde; d'où il suit que pour qu'il puisse y avoir conquête, il faut qu'il y ait guerre de l'occupant au possesseur, c'est à-dire au Souverain, droit de possession sur un pays et souveraineté étant choses inséparables ou plutôt identiques.

„Si donc on fait la guerre dans un pays, et contre un nombre plus ou moins grand des habitans de ce pays, mais que le souverain en soit excepté on ne fait point la guerre au pays, cette dernière expression n'étant qu'un trope par lequel le domaine est pris pour le possesseur. Or un souverain est excepté de la guerre, que des étrangers font chez lui, lorsqu'ils le reconnaissent et qu'ils entretiennent avec lui des relations de paix accoutumées. La guerre est faite alors contre des hommes, aux droits desquels celui qui les combat ne peut succéder, parce qu'ils n'en ont point et sur lesquels il est impossible de conquérir ce qui n'est pas à eux. L'objet ni l'effet d'une telle guerre ne peuvent pas être de conquérir, mais de recouvrer; ou quiconque recouvre ce qui n'est pas à lui, ne le peut recouvrer que pour celui qu'il en reconnaît comme le possesseur légitime.

„Pour pouvoir se croire en guerre avec un pays, sans l'être avec celui qu'on en reconnaissait précédemment comme souverain, il faut de toute nécessité de deux choses l'une, ou cesser de le tenir pour tel et regarder la souveraineté comme transférée à ceux que l'on combat, par l'acte même pour lequel on le combat, c'est-à-dire reconnaître, suivre et par là sanctionner ces doctrines qui avaient renversé tant de trônes, qui les avaient ébranlé tous et contre lesquelles l'Europe a du s'armer toute entière; ou bien croire que la souveraineté peut être double: mais elle est essentiellement une, et ne peut se diviser, elle peut exister sous des formes différentes, être collective ou individuelle, mais non à la fois dans un même pays qui ne peut avoir en même tems deux souverains.“

Dans cette théorie abstraite de la souveraineté, dans ce problème on se perd, sans jamais convaincre. Les hommes sages tenant la balance de la morale publique sont à peu près d'accord, d'abandonner

cette question abstraite ou de ne s'en servir que d'un côté pour admonéter les Princes qu'ils ne sont que premiers Magistrats, dépositaires du pouvoir, quand ils paraissent en train d'en abuser; et les meilleurs et les plus sages ne font pas difficulté d'en convenir eux-mêmes, et de l'autre côté pour avertir les peuples qu'ils sont dessaisis, que l'exercice en est confié à l'homme désigné par la Providence et son image sur la terre, enfin que c'est une calamité de vouloir la reprendre.

Cependant si le mémoire dit si positivement „que la souveraineté ne peut pas être double,“ il faut convenir, ceux qui nous ont dévancé ne pensaient pas de même. H. Grotius: Sexto „si Rex partem habeat summi Imperii, partem alteram populus aut Senatus.“ Et qu'est ce que la souveraineté si ce n'est la puissance suprême?

Il ne conviendrait même pas au plus déterminé Ultra-Royaliste de dire qu'un Roi possède son royaume. Pensez vous, Mylord, que George III. ou le Prince Régent possèdent la Grande-Bretagne, dirais-je de mon Roi qu'il possède les Pays-Bas, Ferdinand possédait-il l'Espagne? Louis XVIII. voudrait-il dire de sa personne qu'il possède la France?

Louis XVIII. ne possédait pas plus la France à Gand qu'il ne la possédait à Mitau et à Hartwell, dans l'une et dans l'autre position des milliers de Français, sans doute, avaient les yeux tournés vers lui, son nom était gravé dans leurs coeurs, ce n'était pas là la question, et le plus ou moins de ces fidèles, même de provinces fidèles, n'y change rien.

Ce sont les nations qui se font la guerre, ce sont les nations qui déploient les forces nécessaires, soit pour la défense, soit pour l'aggression; c'est sur elles que retombent les biens et les maux. Ce sont les nations au nom desquelles on fait des alliances, on stipule, l'on acquiert ou l'on cède; que les chefs s'appélent Empereurs

ou Rois, sénateurs au Landammans. C'est pourquoi, dans les tems modernes nous évitons de nommer les Rois ou les peuples. Nous disons les Puissances. Cette puissance, ou pouvoir suprême, la Souveraineté enfin, ne peut être dans les mains de celui qui est divorcé de son peuple, qui est exilé ou qui s'exile. C'est une pure fiction. Il ne peut pas stipuler pour son peuple qui ne lui obéit pas, dont il ne peut pas garantir les actions; il ne peut faire alliance ou traité obligatoire parce que l'obligation ne serait pas réciproque. Les Jurisconsultes anciens et modernes, le Romain et le Sage des Pays-Bas sont d'accord.

H. Grotius: „Conventiones Ulpianus divisit in publicas et privatas — publicas ergo conventiones eas intelligit, quae nisi jure imperii majoris an minoris fieri nequeunt."

Et il ne s'agit pas d'un Empire imaginaire, il ne s'agit pas d'un Empire des droits, mais de fait et de son exercice réel et salutaire. C'est pour ces raisons que l'alliance avec sa Majesté très-Chrétienne, les secours stipulés, les conditions réciproques, les engagemens vis-à-vis d'elle sont restés dans le vague, pour être modifiés, reglés et précisés pas les événemens; ce que la note française exprime elle même par manière formelle — bien qui l'implicite.

La Vendée tenait longtems sous les assemblées nationales, sous le directoire, même contre Bonaparte; l'existence de cette Vendée armée aurait-elle raisonnablement empêché des cessions territoriales, si sous le directoire, après les insolences de Rastadt, ou à la suite de quelque victoire de l'Archiduc Charles nos armées avaient penétré en France? Elle s'est soumise enfin à Napoléon. Des hommes de la Bretagne combattaient à Smolensk, à Leipzig, à Hanau, à Arcis sur Aube et jusque sous les murs de Paris. Et si la bataille de Wa-

terloo ou du Mont St. Jean avait tourné au profit de la France, si elle avait été suivie par d'autres succès, qui nous empêche de croire que par une autre soumission, de nouveaux bataillons se seraient bientôt formés ou complétés chez eux? Je n'en ai pas le moindre doute.

En révolution, ce sont les hommes énergiques en vertu et en vice qui se chargent de rôles, mais c'est l'immensité des indifférens, des faibles et des timides, si vous voulez des vertueux indolens, qui forme la masse, le parterre applaudissant au dernier acteur; et enfin, bon gré mal gré les gros bataillons suivent de bonne foi. On nous parle de l'armée parjure, mais cette armée avait des pères et mères, des frères, des amis et des amantes. Avons-nous vu un grand élan digne d'une nation si vive et si spirituelle? une exécration, une horreur générale? Des parens accourus pour arracher les fils de ces rangs pernicieux? les bannir de leurs regards, les deshériter? avons nous vu les femmes éplorées ramener au droit chemin les gardes nationaux? Ont-ils fait une assez honorable résistance? et Paris même..... à quoi nous servaient les doléances et les soupirs?

Nous pourrions facilement admettre, que nous nous trouvons dans une position toute neuve, nous pourrions facilement admettre un genre mixte de guerre et d'intentions pacifiques, que Bonaparte était notre principal antagoniste, admettre que les fruits de la révolution française comme la révolution elle-même n'avaient pas de précédents et d'exemples. Nous trouverons cependant avec un peu d'attention des analogies assez frappantes.

Si Arioviste avec les Germains ou quelque chef Gaulois avaient eu des succès majeurs contre les légions de César, s'ils avaient pénétré en province ou sur le sol de Rome et de l'Italie, croyez-vous qu'ils se seraient contentés de leur ancienne frontière et de la personne de César pour le mettre en cage parceque César était un usur-

pateur, parceque la majeure partie du sénat blâmait ses téméraires entreprises, parceque les gens sages avaient demandé qu'on le mît hors de la loi et qu'on le livrât à l'ennemi? Et cependant la Majesté de Rome, l'exercice de la souveraineté se trouvait bien dans ce sénat.

Il est bien plus avéré encore qu'une grande majorité à Carthage se déclara contre la seconde guerre punique. La fougue d'Annibal et de ses jeunes et vaillants adhérens l'emporta. Cependant quand après tant de dégâts et de sang versé Scipion passa en Afrique, quand les ambassadeurs Carthaginois se présentèrent à Rome pour demander la paix, quand ils osèrent rejeter toutes les fautes sur Annibal et disculper leur peuple, prétendre vraiment que l'ancienne amitié et alliance subsistait; — T. Liv. XXX. **22.**: „Senatui ac populo Carthaginiensi, si quis vere aestimet, foedus ad eum diem inviolatum esse cum Romanis" — on n'y fit pas la moindre attention et on rit. Scipion l'Africain poursuivit ses opérations en Afrique, comme le Scipion moderne et Blucher son grand ami, mon vaillant compatriote ont poursuivi les leurs vers la Seine et vers la Loire.

Il n'est encore pas exacte, si vraiment l'histoire est notre guide, qu'on ne puisse être l'ami d'un Roi et son appui, et cependant viser par de grands motifs à diminuer son territoire. Toute la guerre de succession d'Espagne en fait preuve. Charles d'Autriche et Philippe de France étaient bien certainement alliés, amis et même les plus proches parens de ceux qui soutenaient chaudement leur cause, et cependant non seulement la diminution, mais le démembrement de cette vaste monarchie formaient la base avancée de toutes les négociations du tems.

Quand le Prince de Talleyrand ou mon honorable ami M. le chevalier de la Bernadière me diront qu'ils détestent l'esprit de conquête et ses abominables écarts, je les en crois. Je leur rends volontier cet hommage

personnel. J'étais témoin de ce noble sentiment dans les époques calamiteuses, mais s'ils parlent au nom de la France, si c'est la France qui nous parle par leur organe nous ne pourrons empêcher de voir dans cette détestation, dans cette horreur du fruit défendu, l'application de plus d'une fable de Gellert et de la Fontaine. La France depuis des siècles, ne connoissait plus de revers et de pertes sur le continent. L'esprit de conquête sans doute est un vice; mais une cession modérée est un remède, un memento salutaire que l'entreprise de nouvelles guerres entraînerait des suites plus graves et peut-être le démembrement du plus beau Royaume de la terre.

Par le traité d'alliance de Vienne qui d'ailleurs n'est pas un traité, fait avec la France, ou en sa faveur, on ne se proposait pas seulement de maintenir la paix de Paris, mais d'en compléter les dispositions suivant que l'intérêt général de l'Europe et son équilibre l'exigeraient, ce qui pouvait être applicable à la France, seulement menaçante, ne l'était plus à la France vraiment hostile, à la France qui livrait les plus sanglantes batailles et qui y a succombé.

Convenons donc tout franchement:

1⁰ Que l'Europe alliée par un très-haut dégré de modération a voulu rendre le plus bel hommage à la civilisation et à l'ordre social;

2⁰ que dans aucune époque la diplomatie française ne s'est montrée dans un plus beau jour, parcequ'il est bien plus aisé de faire valoir à Munster, Nimégues, Luneville les victoires que de publier les revers dans la Capitale;

3⁰ que les Alliés ont sans doute eu des égards pour les besoins de leurs peuples, mais qu'ils en ont eu pour la situation de la France, pour la personne très respectuée du Roi, pour les Bourbons et même

pour cette portion de Français, quelqu'en soit le nombre, restée fidèle et loyale;

4° que ces cessions modérées et presque imperceptibles comparées aux forces de la France, peuvent à peine être nommées conquêtes et qu'on a raison d'y substituer l'idée d'une indemnité.

La France rendue au calme sera reconnaissante envers les hommes de l'état qui ont si bien plaidé sa cause; mais elle ne se dissimulera pas ces vérités.

Je suis avec la plus haute considération etc. etc.

signé Gagern.

Nro. XVII.

Réponse des quatre Cabinets réunis à la réponse des Commissaires français relativement au projet de traité du 19. Sept.

Les soussignés ont reçu la note par laquelle M. M. les plénipotentiaires de France ont répondu aux communications qui leur avaient été faites dans la conférence du 20 de ce mois.

Ils ont été surpris de trouver dans cette pièce une longue suite d'observations sur le droit de conquête, sur la nature des guerres auxquelles il est applicable et sur les raisons qui avaient dû empêcher les Puissances d'y recourir dans le cas présent.

Les soussignés se croient d'autant plus dispensés de suivre M. M. les Plénipotentiaires de France dans ce rai-

sonnement qu'aucune des propositions qu'ils ont faites par ordre de leurs augustes Souverains pour régler les rapports présens et futurs entre la France et l'Europe n'étaient basées sur le droit de conquête et qu'ils ont soigneusement écarté dans leurs communications tout ce qui pourrait conduire à une discussion de ce droit.

Les cours alliées considérant longtems le rétablissement de l'autorité royale en France comme l'objet principal de leurs démarches, mais persuadées en même tems que la France ne saurait jamais jouir d'une paix solide, si les nations voisines ne cessent de nourrir vis-à-vis d'elle soit des ressentimens d'années, soit des assurances perpétuelles: ont envisagé le principe d'une juste satisfaction pour les pertes et sacrifices passés ainsi que celui d'une garantie suffisante de la sûreté future des pays voisins comme les plus propres à mettre un terme à tous ces mécontentemens et à toutes ces craintes et par conséquent comme les seules et redoutables bases de tout arrangement solide et durable.

Ce n'est absolument que sur ces deux principes que les C. C. ont placé leurs propositions, et la rédaction même du projet que les soussignés ont eu l'honneur de remettre à M.M. les Plénipotentiaires de France, les nomme encore distinctement dans chacun de ses articles.

M.M. les Plénip.ˢ de France reconnaissent eux-mêmes le premier de ces principes tandis qu'ils gardent le silence sur le second. Il est cependant de toute évidence, que la nécessité des garanties pour l'avenir est devenue plus sensible et plus urgente, qu'elle ne l'était du tems de la signature du traité de Paris. Les derniers événemens ont porté la consternation et l'allarme dans toutes les parties de l'Europe; dans un moment où les souverains et les peuples se flattaient de jouir enfin après tant de tourmens d'un long intervalle de paix, ces événemens ont provoqué partout l'agitation, les charges, les sacrifi-

ces, inséparables d'un nouvel armement général. Il est impossible d'effacer de sitôt dans l'esprit des contemporaines le souvenir d'un bouleversement pareil. Ce qui a pu les satisfaire en 1814 ne peut donc plus les contenter en 1815. La ligne de démarcation qui semblait devoir rassurer les états voisins de la France à l'époque du traité du 30 Mai ne peut plus répondre aux justes prétentions qu'ils forment aujourd'hui. La France doit de toute nécessité leur offrir quelque nouveau gage de sécurité. Elle doit s'y déterminer tout autant par un sentiment de justice et de convenance, que par son propre intérêt bien entendu. Car pour que les Français puissent être heureux et tranquilles, il faut absolument que leurs voisins le soient aussi.

Ce sont là les motifs puissans qui ont engagé les C. C. à demander à la France quelques cessions territoriales. L'étendue peu considérable de ces cessions, le choix même des points sur lesquels elles portent, prouvent assez qu'elles n'ont rien de commun avec des vues d'agrandissement et de conquête et que la sûreté des états limitrophes est leur seul et unique objet.

Ces cessions ne sont pas de nature à entamer l'intégrité substantielle de la France; elles n'embrassent que des terrains détachés ou des points très avancés de son territoire; elles ne sauraient réellement l'affaiblir sous aucun rapport; le gouvernement administratif n'en sera point affecté, la France n'en restera pas moins un des états les mieux arrondis, les mieux fortifiés de l'Europe et le plus riche en moyens de toute espèce pour résister aux dangers d'une invasion.

Sans entrer dans ces considérations majeures, M. M. les Plénipotentiaires de France admettent cependant le principe des cessions relativement aux points que le traité de Paris avait ajoutés à l'ancienne France.

Les soussignés ont de la peine à comprendre sur

quoi cette distinction pourrait être fondée et en quoi consisteront sous le point de vue établi par les Puissances alliées la différence essentielle entre l'ancien et le nouveau territoire.

Il est impossible de supposer que M.M. les Plénipotentiaires de France voudraient reproduire dans les transactions actuelles la doctrine de la prétendue inviolabilité du territoire français. Il sûrent trop bien que cette doctrine mise en avant par les chefs et les apôtres du système révolutionnaire formait un des chapitres les plus choquans de ce code arbitraire qu'ils voulaient imposer à l'Europe.

Ce serait complétement détruire toute idée d'égalité entre les Puissances que d'exiger et principer que la France a pu sans difficulté étendre ses dimensions, les réunir à son territoire par des conquêtes ou par des traités, tandis qu'elle jouirait seule du privilège de ne jamais rien perdre de ses anciennes possessions ni par les malheurs de la guerre ni par des arrangemens politiques qui en résulteraient.

Quant à la dernière partie de la note de M.M. les Plénipotentiaires de France, les soussignés se reservent de s'en expliquer sérieusement dans une conférence prochaine qu'ils auront l'honneur de proposer à M.M. les Plénipotentiaires de France.

(signé) Rasowmoffski, Capo-d'Istria, Weissemberg, Humboldt, Metternich, Hardenberg, Castlereagh.

Nro. XVIII.

Protocole secret du 2. Octobre 1815.

A la suite de plusieurs explications confidentielles entre MM. les plénipotentiaires d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, d'un côté, et M. le duc de Richelieu, nommé plénipotentiaire de S. M. le roi de France, de l'autre côté, il a été convenu aujourdhui que les rapports entre la France et les puissances armées, pour maintenir et rétablir la paix générale, seront définitivement réglés sur les bases suivantes:

1. Les limites de la France telles qu'elles étaient en 1790, depuis la mer du Nord jusqu'à la Méditerranée, formeront la base de l'arrangement territorial, de sorte que les districts et territoires de la ci-devant Belgique, de l'Allemagne, de la Savoie, qui, par le traité de Paris de 1814, avaient été ajoutés à l'ancien territoire français, en resteront séparés.

2. En partant de ce principe, les limites de 1790 seront modifiées et rectifiées d'après les convenances et intérêts réciproques, tant sous les rapports administratifs pour faire cesser les entraves et obtenir la rectification de territoire de côté et d'autre, que sous les rapports militaires pour fortifier quelques parties faibles des frontières des pays voisins.

Conformément à cette base, la France cédera aux alliés les places de Landau, Sarrelouis, Philippeville, Marienbourg, avec les rayons et territoires spécifiés dans le projet de traité proposé le 20 Septembre par les quatre cabinets réunis.

Versoix, avec le territoire nécessaire pour mettre le canton de Genève en communication directe avec la Suisse, sera cédé à la confédération helvétique, et la ligne de douanes sera placée de la manière la plus convenable au système d'administration des deux pays.

Les fortifications d'Huningue seront démolies. Le gouvernement français s'engage à ne pas les remplacer par d'autres à trois lieues de distance de Bâle.

La France renoncera à ses droits sur la principauté de Monaco. De l'autre côté la possession d'Avignon, du Comtat-Venaissin, du comté de Montbelliard et de tout autre territoire enclavé dans les limites françaises, sera de nouveau assurée à la France.

3. La France paiera aux puissances alliées à titre d'indemnité pour les frais de leurs derniers armements, la somme de sept cents millions de francs, et une convention particulière réglera le mode, les termes et les garanties de ce paiement.

4. Une ligne militaire basée sur les places fortes de Cambray, Valenciennes, Bouchain, Condé, le Quesnoy, Maubeuge, Landrécies, Avesnes, Rocroy, Givet, Mézières, Sédan, Montmédy, Thionville, Longwy, Bitche et la tête du pont de Fort-Louis, sera occupée par une armée de cent cinquante mille hommes que fourniront les puissances alliées. Cette armée placée sous le commandement d'un chef choisi par ces puissances, sera complétement entretenue aux frais de la France; une convention particulière réglera tout ce qui regarde cet entretien de la manière la plus convenable aux besoins de l'occupation, et en même temps la moins onéreuse pour le pays.

Le maximum du terme de cette occupation militaire sera fixée à cinq ans; cependant au bout de trois ans les souverains alliés, de concert avec S. M. le roi de

France, après avoir mûrement examiné la situation et les intérêts réciproques, et les progrès que le rétablissement de l'ordre et de la tranquillité aura faits en France, se décideront, s'il y a lieu, à en raccourcir le terme.

M.M. les plénipotentiaires, après avoir définitivement adopté ces bases, se sont concertés sur la marche à suivre pour parvenir, dans le plus court délai possible, à un arrangement formel, et ont arrêté en conséquence :

1. Qu'un traité général sera rédigé sur les bases ci-dessus énoncées, en y ajoutant les articles qui, d'un commun accord, seront jugés nécessaires pour le compléter. Le gouvernement français désignera, de son côté, la personne qui doit se joindre à celles que les quatre cours ont chargées de la rédaction de ce traité.
2. Que la commission établie pour les affaires militaires procédera, conjointement avec le commissaire que le gouvernement français nommera à cet effet, à la rédaction d'un projet de convention, pour régler tout ce qui a rapport à l'occupation militaire et à l'entretien de l'armée chargée de cette occupation. La même commission déterminera aussi le mode et les termes de l'évacuation de toutes les parties du territoire français qui ne se trouveront pas comprises dans la ligne de l'occupation militaire.
3. Qu'une commission spéciale, nommée à cet effet par les parties contractantes, rédigera sans délai un projet de convention pour régler le mode, les termes et les garanties du paiement des sept cents millions stipulés par le traité général.
4. Que la commission, établie pour consigner et examiner les réclamations de plusieurs puissances relativement à la non-exécution de certains articles du traité de Paris, poursuivra son travail, sauf à en

faire part le plus tôt possible à M.M. les plénipotentiaires chargés de la négociation principale.

5. Qu'aussitôt que ces commissaires auront terminé leurs travaux, M.M. les plénipotentiaires se réuniront pour en examiner les résultats, pour arrêter l'arrangement définitif et pour signer le traité principal, ainsi que les différentes conventions particulières.

Lecture faite de ce procès-verbal, M.M. les plénipotentiaires l'ont approuvé et signé :

Signé Rasowmoffski, Castlereagh, Richelieu, Wellington, Weissemberg, Capo-d'Istria, Humboldt, Hardenberg.

Nro. XIX.

Dépêche des ministres des quatre Cours, adressée au Duc de Wellington. Paris le 20. Novembre 1820.

Les souverains alliés, nos augustes maîtres, ayant résolu de confier à votre excellence le commandement en chef de leurs armées destinées à rester en France, nous ont ordonné de transmettre à votre excellence les copies certifiées des différents traités et conventions signés tant entre eux-mêmes qu'avec Sa Majesté Très Chrétienne, afin que votre excellence ait une idée claire et précise de l'ensemble des arrangemens qui ont été arrêtés à Paris pour la sûreté de l'Europe.

Pour que la parfaite union continue à régner dans les mesures des cabinets respectifs, particulièrement dans tout ce qui regarde le système politique à observer vis-à-vis de la France, leurs majestés impériales et royales ont chargé leurs ministres à la cour des Tuileries de conduire conjointement la correspondance entre le gouvernement français et votre excellence, comme commandant en chef des troupes alliées.

Il n'échappera pas à votre excellence que nos augustes souverains, en plaçant un corps de leurs troupes en France, ont eu principalement en vue deux objets:

1. D'assurer l'exécution complète et effective des arrangements européens, tels qu'ils étaient établis par les traités ;
2. De protéger l'Europe non seulement contre une attaque directe de la part de la France, mais aussi contre le danger non moins redoutable d'être troublés et forcés de nouveau à recourir aux armes, par les convulsions révolutionnaires dont ce pays ne paraît encore que trop menacé.

Quoique les souverains alliés considèrent le maintien du repos et des intérêts de leurs propres sujets comme le fondement de leur politique, ils attachent cependant la plus grande importance à la conservation du souverain légitime et de l'ordre des choses actuellement établi en France, non seulement par le respect que leur inspirent les vertus personnelles du roi, mais encore parcequ'ils regardent cet ordre des choses comme le meilleur moyen d'assurer la tranquillité de l'Europe.

Par conséquent, jusqu'à l'époque où les troupes du roi de France seront suffisamment organisées, votre excellence voudra bien, de concert avec le gouvernement français, distribuer les forces qu'elle commande, de manière à assurer à la capitale et à la famille royale la protection nécessaire, et ne retirer ces troupes dans la

ligne de démarcation, que lorsque Sa Majesté Très Chrétienne croira ne plus avoir besoin de leur présence.

Nos augustes souverains, tout en répugnant à l'emploi de leurs troupes pour le maintien de la police et de l'administration intérieure du pays, ont cependant, en considération de l'intérêt majeur qui les porte à affermir le souverain légitime sur le trône de France, formellement promis au roi de le soutenir par leurs armes contre toute convulsion révolutionnaire.

Les souverains ne se dissimulant pas que, dans cette variété de formes sous lesquelles l'esprit révolutionnaire pourrait se manifester en France, il peut y avoir des doutes sur la nature du cas qui exigerait l'intervention de la force étrangère, sentent la difficulté d'une instruction applicable à chaque cas particulier, et pour donner à votre excellence une nouvelle preuve de leur confiance, leurs majestés s'en remettent entièrement à votre discrétion pour juger quand et comment il sera convenable de faire agir les troupes sous vos ordres, en supposant que vous les instruirez toujours des motifs qui vous auraient fait prendre telle ou telle mesure. Mais comme, pour guider votre excellence dans le choix des mesures, il séra essentiellement important qu'elle connaisse avec exactitude, non seulement les événemens qui se passeront en France, mais aussi le point de vue sous lequel ces événemens sont envisagés par les agents diplomatiques des souverains respectifs à la cour de France, ces ministres recevront l'ordre exprès de joindre à chaque réquisition relative à des secours à prêter, que le gouvernement français adressera à votre excellence par leur organe, l'exposé complet de leurs opinions, soit pour, soit contre l'objet de la réquisition.

Pour entretenir des communications vives avec votre excellence pendant son absence de Paris, les ministres recevront ordre de lui adresser, pour le moins une fois

par semaine, une dépêche concertée entre eux. Votre excellence pourra compter sur leur exactitude à transmettre toute communication qu'elle jugerait à propos d'adresser au gouvernement français par leur intervention commune.

Signé Metternich, Weissenberg, Castlereagh, Capo-d'Istria, Hardenberg, Humboldt.

Nro. XX.

Bâses d'une ligue entre les états du Sud de l'Allemagne projetées par le Comte de Rechberg à Paris 1815.

L'union ou la ligue pourrait être rétablie sur l'alternative suivante:

A) Elle aurait la forme de l'ancienne ligue Germanique créée par Frédéric second et embrasserait tous les objets tant intérieurs qu'extérieurs qui constituent essentiellement une fédération étroite et forte; ou

B) Elle ne se rapporterait en général qu'à la situation actuelle de l'Europe et des grandes Puissances vis-à-vis des états du second et troisième ordre et tendrait à leur opposer pour le cas d'un renouvellement de la coalition une masse de forces assez importante pour les empêcher d'exercer dorénavant à leur égard cette lutille humiliante et insoutenable.

ad A. Une ligue formée à l'instar de l'ancienne ligue Germanique porterait quant à l'intérieur

1. sur une garantie réciproque du status quo des états respectifs;
2. sur l'engagement de ne se prêter de part et d'autre à des échanges que de gré à gré;
3. sur une garantie des constitutions légalement arrêtées entre les souverains et leurs états;
4. sur la fixation des forces militaires que chaque puissance entretiendrait en tems de paix;
5. sur un concert étroit et une correspondance active entre les Ministres sur tous les objets concernants les intérêts Germaniques;
6. application de ce concert à la diète de Francfort où les deux Cours royales s'engageraient d'accorder un quatrième suffrage au Grand Duc de Bade.

Quant à la politique extérieure de concerter préalablement les mesures à prendre dans le cas que des troubles s'élèvent en Europe soit pour le cas d'une neutralité armée ou d'une participation active aux événemens; on fixerait

1. à cet effet pour le second cas le maximum des contingens;
2. l'engagement de réunir les troupes confédérées en une seule et grande armée commandée par un ou deux chefs dont on conviendrait;
3. de ne se prêter à concourir avec les grandes Puissances que d'un commun accord en stipulant l'égalité complette des droits et des charges; à cet effet on chercherait;
4. à effectuer que chaque cour pût être admise à toutes les conférences et négociations relatives au grand but, et à son défaut on ne se porterait à aucune accession à moins d'une stipulation précise que la ligue fût réprésentée en corps par un Ministre commun.

Ces stipulations ne devraient au reste porter aucune atteinte aux droits et aux prérogatives inhérentes à la

souveraineté de chaque membre qui aurait faculté plénière de contracter des relations d'après les intérêts de son pays pourvu que celles-ci ne portent pas sur son voisin.

ad B. Toutes les stipulations relatives à la politique extérieure y seraient applicables et on élaguerait ce qui concerne l'intérieur.

Druck von E. A. Huth in Göttingen.

Geschichte

des

zweiten Pariser Friedens

für

Deutschland.

Aus Aktenstücken

von

Dr. A. F. H. Schaumann,
Außerordentlichem Professor der Geschichte zu Göttingen.

Göttingen,
Verlag von Vandenhoeck und Ruprecht.
1844.





